Interview mit Hamburger Punks S. 37

C 21734 E



Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg. 12 Nr. 223 12.7.82

4 DM Förderpr. DM 5

Aufgepaßt: Der nächste AK erscheint in 6 Wochen, am 23. August!

SPD-Grüne
Nicht mehr als ein Bluff

Und wieder einmal stehen der Zerfall der FdGO und der Untergang des Abendlandes direkt vor der Tür: Einer nach dem anderen tragen namhafte SPD-Politiker ihr Bekenntnis vor, daß über eine Zusammenarbeit mit den Grünen/Alternativen ernsthaft nachzudenken sei. Da gebe es zum Teil „sehr sachliche Leute'', lobt Altfriedenskanzler Willy Brandt, und hat dabei vor allem die Landtagsarbeit der gemäßigt-konstruktiven Grünen Baden-Württembergs im Blick. Selbst Nochbundeskanzler Schmidt spekuliert über einen „Reifungsprozeß'' der Grünen, der anscheinend zu einigen Hoffnungen berechtigt. Noch im März hatte Schmidt eine Zusammenarbeit mit den Grünen/Alternativen ausgeschlossen und hatte seine Parteifreunde Eppler und Farthmann, die in diese Richtung zu laut gedacht hatten, scharf zurechtgewiesen.

Aus dem Häuschen angesichts der freundlichen SPD-Winke in Richtung Grün-Alternativ scheint besonders die FDP. Selbst schon ganz offen auf dem Weg in die Arme der CDU/CSU werfen Genscher und Verheugen dem Koalitionspartner Flatterhaftigkeit und mangelnde Zuverlässigkeit vor.

In den Medien häufen sich Visionen vom Umsturz aller Verhältnisse: Die Auslieferung des Staates an verkappte Verfassungsfeinde, die Zerstörung der Wirtschaft durch utopische Öko-Forderungen, Räte-Herrschaft in den Rathäusern, sozialistische Experimente an den Schulen ... . Hamburgs Möchtegernbürgermeister Kiep (CDU) malt am allerschwärzesten: Er sieht den **„Einstieg in eine neue SPD-Koalitionsstrategie''** gekommen, **„die für die Stabilität des Staates verhängnisvolle Entwicklungen signalisiert''. „Das Vertrauen unserer westlichen Verbündeten und das internationale Ansehen unseres Staates steht auf dem Spiel''** („Welt'', 6.7.82).

Auch manche Grün/Alternative scheinen von der allgemeinen Erregung angesteckt, daß sich derzeit große Dinge tun oder zumindest andeuten. Die *„zunehmende Sensibilität führender Sozialdemokraten''* gegenüber der Grünen Partei wird freundlich begrüßt (Stellungnahme des grünen Bundesvorstands) und es werden staatsmännische Überlegungen angestellt, wie die Grün/Alternativen verantwortungsvoll mit der „Macht'' umzugehen haben, die ihnen da plötzlich zugefallen sein soll. Daß „die Macht'' vorwiegend im Parlament ausgeübt wird und daß Politiker in erster Linie l e r n f ä h i g e, vernünftigen Argumenten zugängliche Menschen sind, scheint sowieso festzustehen.

Machtgerangel

Nachdem Kieps überparteilicher „Bürgersenat'', von der Springer-Presse zunächst als genialer Ausweg aus der Unregierbarkeit der Stadt gefeiert, nicht die erhoffte Unterstützung einiger rechter Sozialdemokraten (fünf Stimmen hätten der CDU genügt) gefunden hatte, wartete die CDU mit einem neuen Vorstoß auf: Sie forderte den Senat in einem Antrag an die Bürgerschaft zum Rücktritt auf. Öffentlich wurde der weitere Ablauf der Ereignisse ausgemalt, z.B. im „Hamburger Abendblatt'': *„Der Antrag wird mit den 56 Stimmen der CDU bei Enthaltung der GAL angenommen, ... Der Bürgermeister stellt jetzt die Vertrauensfrage. Das Parlament spricht ihm mit seiner Mehrheit das Vertrauen nicht aus . . .''*. Anfang bis Mitte Dezember wären dann Neuwahlen fällig.

Forts. auf S. 10

Beirut: ... und die arabische Reaktion sieht ruhig zu

Das barbarische Vorgehen der israelischen Armee im Libanon beweist, daß an dem Willen der Zionisten, den palästinensischen Widerstand auch um den Preis eines Völkermordes zu liquidieren, nicht zu zweifeln ist. Im Süden des Landes geht die israelische Armee mit unglaublicher Brutalität vor. Sie verhindert die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Wasser und läßt medizinische Hilfe nicht zu. Gefangene Kämpfer werden nach Angaben der israelischen Regierung wie „Kriminelle'' behandelt, eine Begründung, die den Zionisten ausreicht, um das unmenschliche Vorgehen, Folter und Ermordung Gefangener zu rechtfertigen.

Westbeirut ist von einer riesigen militärischen Übermacht der Zionisten umzingelt, trotz offiziell erklärtem „Waffenstillstand'' werden Tag für Tag Wohnbezirke in Schutt und Asche gebombt. Unter der Bevölkerung versuchen die Zionisten, durch Scheinangriffe und Aufrufe zur Flucht Panik zu erzeugen, während sie gleichzeitig so tun, als würde die israelische Armee die Zivilbevölkerung schonen. Ohne das Augenmerk von dem Aggressor Israel ablenken zu wollen, versucht der folgende Artikel, die Politik der reaktionären arabischen Regimes und die Annäherung von Teilen der PLO-Führung an diese zu analysieren, die entscheidend mit dazu beigetragen haben, daß diese beinahe ausweglose Situation entstanden ist.

Die 6. US-Flotte steuert auf West-Beirut zu, um die palästinensischen Widerstandskämpfer und die PLO-Führung mit Hilfe von mehr als tausend Ledernacken aus dem von israelischer Armee und libanesischen Faschisten belagerten West-Beirut zu „retten'', falls alle Konfliktparteien einverstanden seien. Die Sowjetunion warnt die USA, Truppen im Libanon einzusetzen. In diesem Fall müsse die Sowjetunion ihre Politik entsprechend einrichten. Im übrigen appellierte Breschnew, *„alles in der Macht der Vereinigten Staaten Stehende zu tun, um das Blutvergießen im Libanon zu beenden, die barbarische Ausrottung der Libanesen und Palästinenser — Frauen, Kinder und alte Menschen — durch israelische Truppen zu verhindern.''* Er hoffe, daß die USA und ihr Sondervermittler Habib nicht zum *„Schutzschirm''* für die *„fortgesetzte Aggression und die Ausrottung des arabischen Volkes von Palästina''* würden (1).

Die PLO-Führung lehnte diese Provokation, den Libanon auf amerikanischen Kriegsschiffen zu verlassen, selbstverständlich ab, nicht aber Entwaffnung und Evakuierung. Das zynische „Angebot'' Reagans und der „Appell'' Breschnews veranschaulichen, wie sich das Kräfteverhältnis im Nahen Osten und auch global entwickelt hat. Die Sowjetunion und ihr Verbündeter Syrien stehen gegen die Übermacht von Zionisten, Imperialisten und arabischer Reaktion mit dem Rücken an der Wand und müssen sich — eine Folge ihrer bisherigen Politik — mit den USA arrangieren.

Forts. auf S. 3



Ist Dohnanyi eine

Artikel, die Politik der reaktionären arabischen Regimes und die Annäherung von Teilen der PLO-Führung an diese zu analysieren, die entscheidend mit dazu beigetragen haben, daß diese beinahe ausweglose Situation entstanden ist.
Die 6. US-Flotte steuert auf West-Beirut zu, um die palästinensischen Widerstandskämpfer und die PLO-

Nahen Osten und auch global entwickelt hat. Die Sowjetunion und ihr Verbündeter Syrien stehen gegen die Übermacht von Zionisten, Imperialisten und arabischer Reaktion mit dem Rücken an der Wand und müssen sich — eine Folge ihrer bisherigen Politik — mit den USA arrangieren.

Forts. auf S. 3



Ist Dohnanyi eine Marionette des KB?

Daß das Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahl vom 6.Juni das Ende der sozialliberalen Koalition in Bonn beschleunigt, ist unbestritten. Zehn Tage nach der Hamburger Wahl hat die hessische FDP eine Koalitionsaussage zugunsten der CDU beschlossen. Das gegenwärtig lautstark erhobene Geschrei von FDP und CDU über eine „Annäherung der SPD an die Grünen'' dient dem Zweck, den Absprung der FDP plausibel zu machen. Aus diesem Grund wird die banale Aussage von Willy Brandt, die SPD könne Koalitionen mit den Grünen nicht für alle Zukunft ausschließen, zur Sensation gemacht.

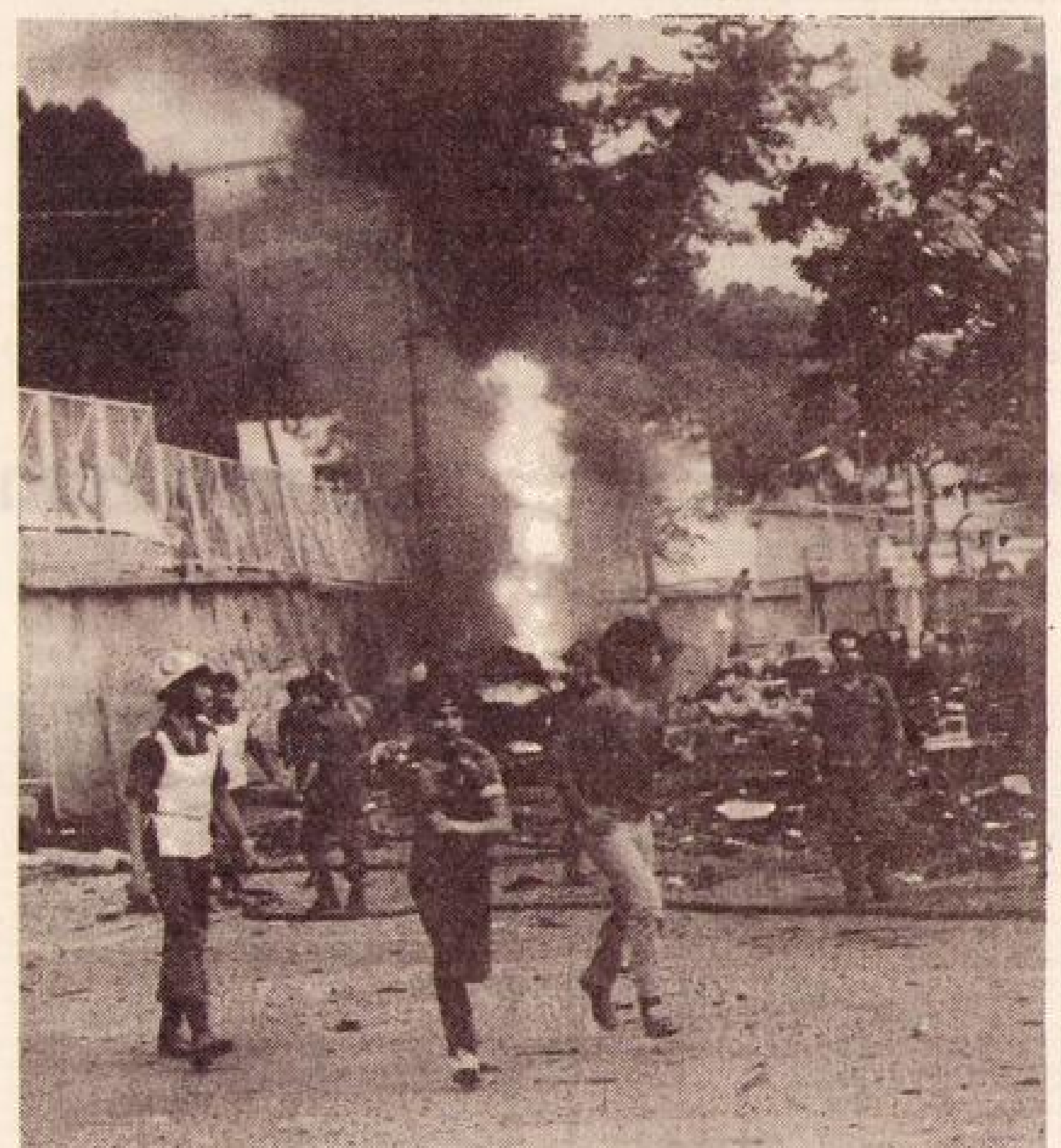
In Hamburg, wo die angebliche Linkswende der SPD praktisch Gestalt annehmen könnte, tut sich indessen gar nicht Sensationelles. Ein Gespräch hat bisher zwischen GAL und SPD stattgefunden; vereinbart wurden dabei nur ein Fahrplan für weitere Treffen (die am 21. August beginnen sollen) und die zu behandelnden Themen.

Gelungener Einstand der GAL

Tumulte im Parlament erwartete die Alterspräsidentin der Bürgerschaft, Charlotte Fera (CDU) für die erste Sitzung der Bürgerschaft nach der Wahl; selbstverständlich teilte sie ihre Befürchtungen der Springer-Presse mit. Um den Aufruhr in Grenzen zu halten, wurde das Eintrittskartenkontingent der GAL für die Besuchertribüne auf ganze neun Stück begrenzt. Für alle Fälle hielt sich die Polizei bereit. Journalisten lagen auf der Lauer, um wenigstens ein kleines Happening oder eine Bürgerschreck-Einlage der GAL-Neulinge zu erleben. Tumulte gab es zwar nicht, wohl aber - auch das einzigartig in der Parlamentsgeschichte, wie die Presse hervorhob - einen Debattenbeitrag der GAL als Entgegnung auf die Eröffnungsrede der Alterspräsidentin und die von ihr erhobenen Vorwürfe gegen die GAL, das imperative Mandat bedeute die Einflußnahme „anonymer, im Hintergrund agierender Gruppen''. GAL-Fraktionsvorsitzender Ebermann drehte in seiner Freund und Feind beeindruckenden Rede den Spieß um: Das verborgene Wirken „anonymer Gruppen aus Konzernetagen und Aufsichtsräten, Vereinigungen und Verbänden'' sei vielmehr für Frau Feras eigene Partei charakteristisch. Demgegenüber sei die Basis der GAL weder anonym, noch agiere sie im Hintergrund.

In einer ersten Abstimmungs„koalition'' mit der SPD wurde eine Woche später die Besetzung der Ausschüsse geregelt: Ihre Mitgliederzahl wurde generell auf 13 festgesetzt, so daß künftig überall je sechs Abgeordnete der SPD und der CDU und eine/r der GAL vertreten sein werden. Auf Antrag der GAL - unter heftigem Gezeter der CDU - wurde der bisher zwanzigköpfige Haushaltsausschuß auf künftig 19 Mitglieder begrenzt. Dadurch verliert die CDU einen Sitz (Verteilung jetzt: CDU 9, SPD 9, GAL 1). Neu eingerichtet wurden ein Frauenausschuß (Vorsitz: GAL) und ein Ausländerausschuß. Ausgesperrt bleiben soll die GAL aus „sicherheitssensiblen'' Gremien wie dem Beamtenernennungsausschuß, wo es u.a. um die Frage geht, *„ob Extremisten Beamte im Staatsdienst werden dürfen''* („Bild'', 1.7.) und dem Dreierausschuß, der die Arbeit des Verfassungsschutzes kontrollieren soll.

Forts. auf S. 10



Interviews

Mit **Gerd Bastian**. Seine Einschätzung von Helmut Schmidts Politik. Weiter auf der Basis des Minimalkonsens?

Mit der **ESG**. Rückblick auf den 10.6. in Bonn. Die Friedensbewegung soll künftig mehr gegen das gesamte Rüstungsprogramm, die NATO-Politik und die Militarisierung auftreten.

Mit **Jo Leinen**. Der BBU-Sprecher und die Vision eines neuen Reformblocks aus Friedensbewegung und Ökologiebewegung.

Mit **Wolf-Dieter Hasenclever.** Er spricht für eine Koalition von SPD und Grünen. Voraussetzung: Kein Atomprogramm und keine „Nach''rüstung.

Mit **Frauen der GAL Hamburg**. Die Bürgerschaft hat als erstes Parlament einen Frauenausschuß. Eine GALierin führt den Vorsitz über jeweils sechs Abgeordnete, Frauen und Männer (!), von CDU und SPD.

Gerhard Bolte (DFG/VK) kritisiert das weitgehende Stillhalten der Friedensbewegung gegenüber den stattfindenden Kriegen.

Kalter Handelskrieg durch die Röhre

Am 20. Juni 1982 erweiterte die US-Regierung den im Dezember 1981 ausgesprochenen Lieferstopp für Ausrüstungsgegenstände us-amerikanischer Firmen im Rahmen des sowjetisch-europäischen Erdgasgeschäftes. Bis zu diesem Zeitpunkt war es lediglich den direkt in den USA beheimateen Firmen verboten, Waren für den Bau der Erdgaspipeline in die Sowjetunion zu exportieren. Nun wurde das Embargo erstens auf alle us-amerikanischen Tochterfirmen außerhalb der USA ausgedehnt und zweitens ein Verbot erlassen, die an Firmen außerhalb der USA vergebenen Lizenzen zur Produktion von Ausrüstungsgütern für die Erdgaspipeline in Anspruch zu nehmen.

Im einzelnen richten sich diese Embargomaßnahmen gegen Firmen, die unter Lizenzverträgen Turbinen für die Pumpstationen produzieren wollen. Die Lizenzvergabe erfolgte vom US-Multi General Electric. Betroffen ist in der BRD die Firma AEG-Kanis, die einen Auftrag für 45 Turbinen im Gesamtwert von 650 Millionen übernommen hat. Die AEG-Kanis kann die Turbinenläufer (die Turbinenschaufeln) jedoch nur von General Electric in den USA kaufen oder auf Lizenzbasis bei einer außer-us-amerikanischen Firma herstellen lassen. Beide Möglichkeiten sind zunächst nach dem US-Embargo unmöglich. Ebenso wie AEG-Kanis sind die britische Firma John Brown und die italienische Gesellschaft Nuovo Pigone betroffen. Die französische Firma Astholm Atlantique, die eine Lizenz für den Bau der Turbinenläufe hält und bereits Pläne für den Bau von Produktionsanlagen aufgestellt hat, ist durch die Embargoverordnungen der US-Regierung an der Umsetzung der General Electric-Lizenzen behindert.

Die Ausweitung des Embargos hat zwischen den USA einerseits und den europäischen und der japanischen Regierung andererseits zu heftigen Auseinandersetzungen geführt. Auch innerhalb der US-Regierung ist die Embargoerweiterung umstritten.

Nationalisten contra Atlantiker

Generell besteht ein Konsens in der US-Regierung über die Verschärfung der Konfrontationspolitik gegen die Sowjetunion. In der Frage der konkreten Maßnahmen gibt es jedoch Differenzen, die unter anderem zum Rücktritt des Außenministers Haig geführt haben. Die Maßnahme der US-Regierung wurde als „Rückschlag für Außenminister Haig" gewertet, der „*wiederholt für eine Erleichterung der im Dezember ausgesprochenen Restriktionen eintrat, besonders unter dem Eindruck, daß die USA die europäischen Verbündeten nicht zu einem Zusammengehen in der Embargofrage*" gewinnen konnten

USA die europäischen Verbündeten nicht zu einem Zusammengehen in der Embargofrage" gewinnen konnten

(„The Wall Street Journal", 21.6.82). Die „Atlantiker", zu ihnen werden der ehemalige US-Außenminister Haig, Lawrence S. Eagleburger, stellvertretender Außenminister (zuständig für europäische Fragen) und J. Stoessel, ebenfalls Staatssekretär im Außenministerium, gezählt, wollen Europa zum Brennpunkt der US-Außenpolitik machen und bauen in diesem Zusammenhang auf eine Stärkung der NATO. „*Die Atlantiker stellen sich auf die begrenzte Macht der USA in der heutigen Welt und darauf ein, daß die USA auf starke europäische Alliierte angewiesen sind, um die sowjetische Expansion in Schranken zu halten.*" Abweichend von dieser Linie bauen die „Nationalisten" auf die USA als eigenständige Macht, unbelastet von ineinander verstrickte Alliierte, die NATO inbegriffen. Die Nationalisten werden von der „California Mafia" beherscht, zu denen neben Reagan der Kriegsminister Weinberger, der stellvertretende Wirtschaftsminister L. Brady und der stellvertretende Kriegsminister F. Ikle gehören. Die Nationalisten wollen das Verhalten im Erdgas-Geschäft für die europäischen Staaten zu einer Art Loyalitätstest gegenüber den USA aufbauschen und arbeiteten schon im Frühjahr auf die nun durchgeführte Ausweitung des Embargos hin. „*Wenn die europäischen Verbündeten nicht wie Verbündete handeln, sollten wir das besser heute als später herausfinden*" — und „*tatsächlich wollen die ‚hardline nationalists' die Pipeline-Frage ausnutzen, um Europa zu zwingen, besonders West-Deutschland, zwischen der NATO und den ökonomischen Bindungen an den Ostblock zu entscheiden*" („Business Week", 22.2.82).

Handelskrieg zwischen Europa und den USA?

Die Auseinandersetzung um das Erdgas-Geschäft läuft nun schon seit mehreren Jahren, und wiederholt haben die europäischen Staaten gegenüber der US-Regierung ihre Position durchgesetzt. Gegenwärtig kreuzen sich jedoch verschiedene Entwicklungslinien, die zu einer Verschärfung in der Auseinandersetzung um dies Geschäft führen. Wesentliche Triebkraft ist die gestiegene Konkurrenz zwischen den europäischen und japanischen Staaten einerseits und den USA andererseits. Dabei geht es wohl weniger darum, daß die US-Firmen das Erdgas-Geschäft selber machen wollten, als vielmehr um den Ausbruch von Widersprüchen, die ihren Ursprung in anderen Tatsachen haben. Dafür gibt es eine ganze Reihe von Anhaltspunkten:

— Seit zwei bis drei Jahren findet eine Auseinandersetzung zwischen Europa/Japan und den USA um die Stahlexporte auf den US-Markt statt. Anfang Juni 1982 belegte das US-Wirtschaftsministerium die Stahlimporte aus 21 europäischen Staaten,

Anfang Juni 1982 belegte das US-Wirtschaftsministerium die Stahlimporte aus 21 europäischen Staaten,

Brasilien und Südafrika mit Strafzöllen, um die US-Stahlfirmen vor der Konkurrenz zu schützen. Die British Steel Corporation wird z. B. mit einem 40-%-Aufschlag auf ihre Waren konfrontiert („financial times", 29.6.82).

— Mitte Juni schränkten die USA ihre Mitarbeit in der UNO-Wirtschaftskommission für Europa ein (ECE). Sie kündigten die Mitarbeit der US-Delegation auf dem Gebiet der energiepolitischen Zusammenarbeit in den ECE-Gremien auf („Neue Zürcher Zeitung" — „NZZ", 5.7.82).

— Die USA üben auf Hongkong Druck aus, damit ein Textilabkommen mit der EG nicht zustande kommt („Frankfurter Rundschau" — „FR", 24.6.82).

— Entgegen Absprachen auf dem Versailler Wirtschaftsgipfel werteten die USA den Dollar gegenüber dem französischen Franc um knapp 9 % auf und verteuerten damit für die französische Industrie die Importe, von denen 40 % in Dollars abgerechnet werden („financial times", 23.6.82).

— Besonders hart wird zwischen den USA und der EG um die Aushandlung eines gemeinsamen Vorgehens bei den Exportkreditzinsen gerungen. Während des Versailler Wirtschaftsgipfels hat Reagan den europäischen Regierungen einen Kuhhandel angeboten: Wenn sie bereit wären, auf die us-amerikanischen Vorschläge bei den Exportkreditzinsen einzugehen, würden die USA in der Frage des Erdgas-Röhrengeschäftes einschwenken („NZZ", 2.7.82). Die USA wollten auf eine Erhöhung der Zinsen hinaus und eine Angleichung an ihre Hochzinspolitik erreichen. In den Auseinandersetzungen um diese Frage fiel auch die Bemerkung „*des französischen Ministers für europäische Angelegenheiten, A. Chandernagor, Europa müsse den Fehdehandschuh mit den USA aufnehmen und bereit sein, einen Handelskrieg mit Washington zu riskieren*" („NZZ", 25.6.82).

Landen demnächst AEG-Handelsvertreter in Sing-Sing?

Allen Anzeichen nach ist die US-Regierung gewillt, nicht nur verbal zu drohen, sondern auch gegebenenfalls konsequent gegen die europäischen Firmen vorzugehen, wenn sich diese nicht an das Embargo halten. Dies wäre der Fall, wenn die französische Firma Astholm-Atlantique das von General Electric übernommene Know-how umsetzt und die notwendigen Turbinenräder an die AEG oder die anderen europäischen Firmen liefert. „*Es wird vermutet, daß die betroffene französische Firma (...), die für die Turbinen der Erdgasleitung Rotorblätter nach Lizenzen von General Electric herstellen soll, das Verbot nicht nur unterlaufen, sondern bei der Herstellung von Rotorblättern zu einer scharfen Konkurrenz*

das Verbot nicht nur unterlaufen, sondern bei der Herstellung von Rotorblättern zu einer scharfen Konkurrenz

für General Electric werden könnte" („Frankfurter Allgemeine Zeitung" — „FAZ", 25.6.82). Der Chef der Außenhandelsabteilung im US-Wirtschaftsministerium kündigte an, „*daß jede nicht-amerikanische Gesellschaft, die den Washingtoner Beschluß ignoriert, künftig vom Handel und Austausch von Informationen mit den USA ausgeschlossen werden soll, auch wenn es sich um Geschäfte handelt, die nicht mit dem Bereich Öl und Gas in Zusammenhang stehen. Darüber hinaus will die amerikanische Regierung gegen die betroffenen Unternehmen Geldstrafen bis zu 100.000 Dollar verhängen*" („Handelsblatt", 26.6.82). Von diesen Maßnahmen können die europäischen Tochterfirmen in den USA betroffen werden, wie z. B. die AEG-Telefunken Corporation und die Control Electric Corporation, die Tochterunternehmen der AEG sind. In diesem Zusammenhang können die USA auf Strafmaßnahmen zurückgreifen, die bis „*zur Festnahme (von) in Amerika reisender Unternehmensangehörigen reichen*" („FAZ", 21.6.82).

Ebenfalls betroffen von den Embargomaßnahmen sind japanische Firmen, die in den Gewässern vor Sachalin eine gemeinsame sowjetisch-japanische Öl- und Gasprospektion betreiben, denn „*als dritter Partner sind dort auch einige amerikanische Firmen mit von der Partie, ohne deren spezielles Knowhow gewisse Sondierungs- und Analysearbeiten nicht durchgeführt werden können*" („NZZ", 22.6.82).

Die Reaktionen der europäischen Regierungen waren entsprechend massiv. Die französische Regierung reagierte am härtesten. „*Staatspräsident Mitterand plädiert dafür, ein handelspolitisches Instrumentarium zu schaffen, das es der Gemeinschaft ermöglichen soll, sofort Gegenmaßnahmen zu treffen, wenn andere Staaten Exporte der EG behindern. Nach den Vorstellungen in Paris soll dieses Instrument nicht nur gegen die Vereinigten Staaten, sondern auch gegen Japan angewandt werden, weil Tokio die europäischen Exporte beeinträchtige*" („FAZ", 29.6.82). In das gleiche Horn stieß der britische Handelsminister in einer Rede vor dem US-Council für Außenpolitische Beziehungen und sprach von „Gegenmaßnahmen" gegen den US-Protektionismus. Letztendlich konnte die BRD-Regierung ihre Position im Europäischen Rat durchsetzen, alles „zu vermeiden, daß der handelspolitische ‚Kriegszustand' mit den USA ausgerufen wird" („NZZ", 29.6.82).

Die Ausweitung des US-Embargos und die rechtlichen Konsequenzen, die die US-Regierung angedroht hat, wird jedoch als „*gewisse Nichtachtung der Souveränität anderer Staaten*" gesehen, so z. B. Finanzminister Lahnstein („FR", 24.6.82). In die gleiche Richtung zielt auch die Kritik des Präsidenten des deutschen Industrie- und Handelstages, W. v. Amerongen: „*Höchst gefährlich ist diese Entscheidung* (der US-Regierung — Anm. AK) *auch des-*

delstages, W. v. Amerongen: „*Höchst gefährlich ist diese Entscheidung* (der US-Regierung — Anm. AK) *auch des-*

halb, weil hier Anordnungen getroffen werden, die extraterritorial sind, d. h. Anordnungen für Regionen, die nicht zum amerikanischen Staatsgebiet gehören" („Handelsblatt", 24.6.82).

So werden die Widersprüche zwischen den Metropolen konkreter, und es kann schon zu einigen „witzigen" Situationen kommen. Die Ruhrgas-AG wird das Erdgas in der BRD und in Europa verkaufen. An dem Geschäftskonsortium, das für dieses Geschäft verantwortlich zeichnet, ist die Esso AG über ihre 50-%-Beteiligung an der Firma Gewerkschaft Brigitta beteiligt. Die Esso AG ist aber eine 100-%-Tochter des US-Multis Exxon. Die us-amerikanischen Vertreter im Vorstand der Esso AG haben also die Wahl, entweder gegen das Geschäft zu stimmen, oder Schwierigkeiten mit ihrer eigenen Regierung zu bekommen. Für eine solche Situation gibt es auch einen Präzedenzfall, der zeigt, wie schnell solche Widersprüche auf der Ebene nationalstaatlicher Interessen ausgehandelt werden. 1965 untersagten die USA einer französischen Firma, die von US-Amerikanern beherrscht wurde, die Lieferung einiger Hundert Traktoren in die VR China, da damals noch ein Embargo gegenüber der VR China bestand. Frankreich trieb jedoch einen regen Handel mit der VR China. Die US-Bürger stimmten im Aufsichtsrat gegen die Abwicklung des Geschäftes; sie hätten sonst für ein paar Jahre nicht mehr in die USA zurückkehren können, ohne Gefahr laufen zu müssen, verhaftet zu werden. Gerichtlich wurde sodann in französischem Interesse entschieden, die US-Bürger mußten ihre Positioen in der betreffenden Firma aufgeben und wurden durch vom Gericht eingesetzte Franzosen abgelöst. Eine ähnliche Situation in der BRD, Frankreich oder Großbritannien ist auch heute ohne weiteres möglich (nach „FAZ", 1.7.82). In Großbritannien wurde bereits 1980 ein Gesetz erlassen, „*das notfalls britische Tochterfirmen amerikanischer Konzerne daran hindern (soll), amerikanische amtliche Beschränkungen für ihr Geschäft mit der Sowjetunion zu befolgen*" („FAZ", 2.7.82). Auf der Grundlage dieses Gesetzes wurde das US-Embargo als „schädlich für die Handelsinteressen Großbritanniens" erklärt. Dies Gesetz kann US-Tochterfirmen, die auf britischem Boden stehen, zur Vertragstreue zwingen.

In der Auseinandersetzung um das Erdgasgeschäft und bei der Austragung der anderen Widersprüche zwischen den Metropolen ist deutlich geworden, wie schnell die Kontroversen in offen nationalistische oder eurochauvinistische Töne umschlagen kann. Ein abschließendes Beispiel hierzu aus der sozialdemokratischen „Frankfurter Rundschau" vom 24.6.: **„Die 270 Millionen EG-Europäer sollten trotz ihrer verteidigungspolitischen Abhängigkeit von Washington Manns genug sein, sich wirtschaftlich von Reagan nichts mehr bieten zu lassen. Nebenbei könn-**

von Washington Manns genug sein, sich wirtschaftlich von Reagan nichts mehr bieten zu lassen. Nebenbei könn-

te solche Emanzipation in Westeuropa viele Arbeitsplätze schaffen."

Imperialismus-Kommission

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/435320, Aboverwaltung 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 60,–, halbjährlich DM 33,– (als Förderabo jährlich 100, halbjährlich DM 50,–); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00
Einzelpreis DM 4,–; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 6000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Frauen zum Bund, Verlängerung der Wehrpflicht — die Pläne werden konkret

Schon innerhalb der nächsten Wochen (!) will Verteidigungsminister Apel endgültig klären lassen, ob die Einbeziehung von Frauen zum Bund verfassungsrechtlich möglich ist. Bereits 1984 soll die gesetzliche Grundlage zur Verlängerung der Kriegsdienstzeit geschaffen werden. Dies sind die wichtigsten Ergebnisse der von Apel beauftragten sogenannten Langzeitkommission.

Die Kommission hatte die Aufgabe, nach Möglichkeiten zu suchen, wie die Bundeswehr in den 90er Jahren ihren Auftrag erfüllen könne, vor allem, wie die personelle und materielle Grundlage hierfür zu sichern sei.

Laut Apel stellt die „Personalnot" für die Bundeswehr das Kernproblem dar. Ohne zusätzliche Maßnahmen würde sich ihre „*Friedensstärke*" bis zum Jahr 1995 von 495.000 auf 290.000 Mann verringern. Schuld daran ist der „Pillenknick"; bundesdeutsche Familien produzieren nicht mehr genug Kanonenfutter. Erste Auswirkungen für das Militär werden schon in fünf Jahren spürbar. Doch gerade ein Blick auf den Pillenknick entlarvt das, was uns hier als Erhalt des status quo verkauft werden soll, als reale A u f r ü s t u n g. Während die Zahl der Bevölkerung zurückgeht, wird die Stärke der Bundeswehr (zumindest) erhalten. Das hat nicht nur höhere Militärausgaben pro Bundesbürger/in zur Folge, sondern auch eine weitgehende Militarisierung der Gesellschaft. Ein zunehmend größerer Teil der Bevölkerung wird direkt in den militärischen Apparat eingegliedert.

Von seinen ursprünglichen Ideen, auf Jugendliche unter 18 Jahren und Ausländer „*zurückzugreifen*", will der Verteidigungsminister (zunächst einmal?) absehen. 1983 wird über neue Tauglichkeitskriterien entschieden. Die Möglichkeiten, vom Kriegsdienst ausgenommen zu werden, sollen eingeschränkt werden. Die Zahl der „freiwillig Längerdienenden" dagegen wird erhöht.

In 2 Jahren soll die gesetzliche Grundlage für eine Verlängerung der Kriegsdienstzeit von derzeit 15 auf 18 Monate geschaffen werden. Diese Verlängerung bezeichnete Apel als „*ersten Schritt*". Bereits Ende der 80er Jahre müsse eine weitere Verlängerung vorgesehen werden. Längerfristig wird an 24 Monate (2 Jahre!) gedacht.

Noch in d i e s e m Jahr soll entschieden werden, wieviele Frauen als freiwillige Soldatinnen einbezogen werden können. Allerdings, so betonte der Verteidigungsminister, sei bei der „*Verwendung*" von Frauen kein Einsatz möglich, „*der eine unmittelbare Gefährdung durch feindliche Waffeneinwirkung*" mit sich brächte. General Jürgen Brandt,Leiter der Langzeitkommission, erläuterte dieses fürsorgliche Versprechen etwas näher: Gemeint sei das „*klassische Schlachtfeld*". Bei Verwendung auf einem Flugplatz sei selbstverständlich damit zu rechnen, daß der Flugplatz Ziel eines Angriffs werde.

Eine Zahl von 30.000 Soldatinnen ist derzeit im Gespräch. Vorerst geht es um gezielte Anwerbung von weiblichen Führungskräften: „*Man braucht zunächst einmal Kader. Es geht nicht darum, wie im Zweiten Weltkrieg einen Haufen Mädchen für niedere Tätigkeiten zu haben ...*" (General Brandt im „Hamburger Abendblatt", 28.6.82). Werbemaßnahmen, die die finanzielle und berufliche Attraktivität der Bundeswehr anpreisen, sollen noch in diesem Jahr in die Wege geleitet werden.

Trotzdem erweckt Brandt den Eindruck, als sei noch viel Zeit zur Diskussion: „*Wir sind jetzt in einem Stadium, in dem wir herauszufinden suchen, was rechtlich möglich ist, was praktikabel ist ...*" („HA", 28.6.82). Tatsächlich ist die Überprüfung der verfassungsrechtlichen Lage wohl nur noch eine Formsache und — solange es nicht um eine Ausbildung von Frauen an der Waffe geht — keine Schwierigkeit. Denn Politiker aller bürgerlichen Parteien sind sich völlig einig, daß eine stärkere Einbeziehung von Frauen in's Militär (aus ihrer Sicht) notwendig ist. Streit gibt es höchstens noch um Kleinigkeiten, z.B. ob tatsächlich alle Dienstgrade für Frauen geöffnet werden sollen oder nicht.

Obwohl der Bericht der Langzeitkommission sehr deutlich macht, daß es hier nicht um Planungen für die ferne Zukunft geht, sondern Entscheidungen schon sehr bald anstehen und erste Schritte bereits jetzt eingeleitet sind, ist der Protest dagegen bisher gering. Will die Friedensbewegung nicht dulden, daß die Bundesregierung ihr personelles Aufrüstungsprogramm lautlos über die Bühne zieht, darf sie sich nicht auf den Kampf gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen beschränken. Sie muß die Maßnahmen zur personellen Aufstockung der Bundeswehr zu einem Schwerpunkt ihrer Aktivitäten im Herbst machen!

Verschiedene antimilitaristische Frauengruppen laden für den 28. August zu einem Treffen in Hamburg ein. Hier soll über Möglichkeiten des Protestes gegen die Einziehung von Frauen zum Bund gesprochen werden. Die Einladung richtet sich insbesondere an Frauengruppen aus dem norddeutschen Raum. Informationen gibt es über die Verweigerungsgruppe c/o Dörte Kohbrok, Eichenstr. 45, 2000 Hamburg 19.

S., Hamburg

Beirut: ... und die arabische Reaktion sieht ruhig zu

Forts. v. Seite 1 Die Sowjetunion ist nicht in der Lage, ihre Verbündeten in der Region wirksam vor den Angriffen der Zionisten zu schützen. Im Juni-Krieg 1967 hatte sich das schon einmal in besonders drastischer Weise gezeigt und u. a. dazu geführt, daß sich die Schützlinge der Sowjetunion — die arabischen Regimes, die in Konfrontation mit dem zionistischen Staat standen, nicht etwa arabische Befreiungsbewegungen — der Supermacht zuwandten, die in der Lage schien, gegebenenfalls auch mal „Druck" auf Israel auszuüben: den USA.

In den letzten Jahren hatte sich die PLO sowohl auf Syrien als auch auf die Sowjetunion als ihre strategischen Verbündeten gestützt. Seit Anfang der 70er Jahre wurde die PLO zunehmend von der Sowjetunion und den Staaten des RGW-Blockes materiell, insbesondere durch die Lieferung von Waffen, unterstützt und zuletzt diplomatisch anerkannt. Die Sowjetunion bemühte sich aber zu jeder Zeit um eine politische Lösung auf der Basis der UN-Resolution 242 (17), die von der PLO abgelehnt wird. Beide Verbündete haben die PLO jetzt im Stich gelassen, wobei nicht nur die außenpolitische Konstellation (Isolierung Syriens in der arabischen Welt, Fehlen eines außenpolitischen Spielraums der Sowjetunion) und die innenpolitischen Schwierigkeiten Syriens (bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen mit Moslembrüdern vor wenigen Monaten) eine Rolle spielen. Sondern beide haben — wenn auch aus unterschiedlichen Gründen — nicht unbedingt und schon gar nicht heute ein Interesse an einem bewaffnet kämpfenden palästinensischen Widerstand. In noch stärkerem Maße gilt das für ihr Verhältnis zur linken und demokratischen libanesischen Bewegung.

Trotz des bewundernswerten und heldenhaften Widerstandes der palästinensischen Kämpfer steht die PLO vor der schwersten Niederlage seit ihrem Bestehen, was zweifellos die Auseinandersetzungen und Polarisierungen innerhalb der PLO anwachsen lassen wird. In den Jahren seit Bestehen der bewaffneten palästinensischen Widerstandsorganisationen hat sich innerhalb der Führung der PLO mehrheitlich eine „rechte" Linie durchsetzen können, die aufgrund ihrer Klassenlage und in Einschätzung des globalen Kräfteverhältnisses auf den Weg der Verhandlungen setzte, gestützt vor allem auf die reaktionären arabischen Regi-

auf die reaktionären arabischen Regi-

mes — in letzter Zeit offen auf Saudi-Arabien. Die Linie der Ablehnungsfront (besonders durch die PFLP/Habasch repräsentiert) blieb in der Minderheitenposition.

Ohne über die wirkliche Lage Rechenschaft abzulegen, werden schönfärberische Berichte über die militärische Lage, über angebliche Siege der PLO, wortradikale Durchhalteparolen gerade von den PLO-Führern abgegeben, die in Wirklichkeit schon längst in die Kapitulation eingewilligt haben und versuchen, in Verhandlungen mit den USA die Anerkennung der PLO als politische Kraft zu erreichen, um mit diesem diplomatischen „Sieg" die Umwandlung der PLO von einer bewaffneten in eine „rein politische" Organisation zu verkaufen. Als ein solcher diplomatischer Sieg im Gefolge der israelischen Invasion wird beispielsweise die Einladung Arafats durch Mitterand nach Frankreich angesehen — selbstverständlich, nachdem die bewaffneten PLO-Einheiten West-Beirut verlassen haben. Das Angebot Frankreichs, Truppen zu diesen Zweck zu entsenden, soll erst nach Einverständnis der PLO erfolgen, wiederum eine „Anerkennung"!

Die intensiv geführten Verhandlungen mit der libanesischen Regierung und dem US-Vermittler Habib (letztere über den von Saudi-Arabien unterstützten ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten Salam als Vertreter der PLO!) werden offensichtlich außer von der Al-Fatah-Führung nur von der Demokratischen Volksfront (DPLF, Hawatmeh) getragen. Die PFLP hat bisher in den hier spärlich veröffentlichten Stellungnahmen erklärt, weiterkämpfen zu wollen, und das Angebot der USA als „lachhaft" bezeichnet.

Es ist zu erwarten, daß jeder Entwaffnungs- und Evakuierungsversuch so oder so zu schweren Kämpfen führen wird. Die USA und die israelische Regierung haben bisher keine Zweifel daran gelassen, daß sie die politische und militärische Liquidation der PLO wollen und deshalb bei ihren Lösungsvorschlägen einen Weg verfolgen, der zu einem völligen Gesichtsverlust der PLO-Führung führen und entsprechend ihren politischen Einfluß verringern wird. Von seiten der verhandlungsbereiten PLO-Führer wurde den Forderungen weitgehend nachgegeben. Die Kapitulation ist beschlossene Sache.

Die bevorstehende Entwaffnung wird mit Sicherheit zum entschlossenen Widerstand vieler Kämpfer und der linken Organisationen führen, möglicherweise sogar zu ihrer Liquidation. Das gilt auch für den linken Flügel der libanesischen fortschrittlichen Kräfte, die nicht „evakuiert" werden.

Nur Walid Jumblatt (Drusenführer und Vorsitzender der libanesischen nationalen Bewegung und der dieser angehörenden Sozialistischen Partei) hat „resigniert" und scheint vom Wohlwollen der israelischen Armee abhängig.

Das überaus harte Vorgehen der israelischen Armee gegen die Proteste der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten zeigt, daß nach Schwächung der PLO hier erst recht keine Kompromisse eingegangen werden. Die Absetzung weiterer Bürgermeister ist ein sicheres Zeichen dafür,

meister ist ein sicheres Zeichen dafür,

daß die Zionisten — nach Schwächung der PLO — der Bevölkerung ihre Vorstellungen von „Autonomie" aufzwingen wollen.

Diese Kritik meint alles andere, als etwa der PLO in der heutigen, ausweglos erscheinenden Situation Ratschläge erteilen zu wollen, oder gar die dringend gebotene Solidarität mit dem palästinensischen Volk abzuschwächen. Sondern es geht um die Frage, welche Faktoren dazu geführt haben, daß Israel nahezu unbehelligt diesen barbarischen Feldzug beginnen konnte und weiter fortsetzen kann. Dabei sind die Bedingungen, die zu der heutigen katastrophalen Lage geführt haben, in einem langwierigen historischen Prozeß entstanden.

Hoffnungen auf die „Diplomatie" Saudi-Arabiens

Eine Woche nach der Invasion in den Südlibanon stand die israelische Armee kurz vor Beirut und konnte mit ihrer Artillerie die Straße Damaskus — Beirut kontrollieren. Die technologisch den vereinigten libanesischen und palästinensischen Streitkräften haushoch überlegene israelische Armee zerbombte die Küstenstädte und Flüchtlingslager, trieb die Bevölkerung in die Flucht und überrollte die Stellungen des palästinensischen und libanesischen Widerstandes. Trotz heldenhafter Gegenwehr, die bis heute in einigen Gebieten des Südlibanons noch immer anhält, konnten die palästinensischen und libanesischen Kämpfer der direkten Konfrontation mit der israelischen Armee an vielen Fronten nicht standhalten. Jeder, der die militärische und politische Situation im Nahen Osten und das derzeitige Kräfteverhältnis einigermaßen realistisch einschätzt, wußte, daß bei einem massiv vorgetragenen Angriff der israelischen Armee, bei ihrer Unterstützung durch die Imperialisten und bei der zu erwartenden passiven Haltung aller arabischen Regimes die palästinensischen und libanesischen Kämpfer für's erste eine vernichtende Niederlage würden einstecken müssen. Gerade angesichts des erklärten Ziels der Zionisten, die PLO politisch und militärisch zu vernichten, mußte mit einem barbarischen, bis zum Völkermord gehenden Angriffskrieg gerechnet werden.

Für die linken Kräfte innerhalb der PLO war lange vor der mörderischen Invasion klar, daß Palästina nur dann befreit werden kann, wenn es im arabischen Raum insgesamt zu einer Kräfteverschiebung zugunsten der demokratischen und sozialistischen Kräfte kommen würde.

Westbeirut ist nun von einer riesigen Übermacht an Soldaten, Panzern, Artillerie umzingelt, ganz zu schweigen von der israelischen Luftüberlegenheit. Die Entschlossenheit der Kämpfer, auszuharren und in einer militärisch letztlich aussichtslosen Situation nicht zu kapitulieren, rührt von dem Wissen her, daß die von Israel und den USA in Verhandlungen angebotenen „Lösungen" nicht einmal ihr Überleben vorsehen. Die libanesischen Linkskräfte wissen ebenfalls, daß auch im Falle der Kapitulation die libanesischen Falangisten ein Blutbad unter ihnen anrichten werden. Die Bevölkerung schließlich bleibt — trotz vieler Versuche der Zionisten, eine Fluchtbewegung auszulösen. Wohin sollte sie gehen? In den von Faschisten beherrschten Teil Libanons oder unter israelische Besatzung?

In dieser Situation wird von einigen PLO-Führern und auch von dem Bonner PLO-Vertreter Frangi nicht etwa Rechenschaft über die Lage abgelegt und eine klare Position bezogen. In fast abenteuerlicher Weise wird die Stärke der fortschrittlichen Kräfte hochgejubelt, aus jeder Niederlage, ganz gleich, auf welcher Ebene, ein Erfolg gemacht. Realistischere Einschätzungen werden als Propaganda der westlichen Medien diffamiert. *„Die Israelis haben große Teile des Libanon besetzt und unsägliche Massaker angerichtet. Aber sie haben es bislang nicht geschafft, die wichtigsten Basen der PLO zu besetzen. Die Israelis hatten sich vorgenommen, die PLO in sieben Tagen zu zerschlagen. Jetzt haben wir 22 Tage aushalten können"* (2). *„Israel hat die Palästinenser nicht b e s i e g t . Israel konnte nur deshalb vorrücken, weil die arabische Front an anderer Stelle aufgeweicht war"* (3). *„Allgemein anerkannte Tatsache ist jedoch, daß es niemandem gelingen wird, die PLO zu zerschlagen. Der Verteidigungskampf, den wir führen, ist bereits der längste arabisch-israelische Krieg"* (4). Auf die Frage nach einem israelischen Angriff auf Westbeirut: *„Sie müssen innerhalb einer Woche angreifen, mehr Zeit haben sie nicht ... Wir erwarten sie. Sie sind uns willkommen. Wir werden sie in jeder Straße, an jedem Ort bekämpfen ..."* (5).

Die radikal vertretenen Parolen von Entschlossenheit, Kampfkraft und Unbesiegbarkeit der PLO täuschen nur schlecht darüber hinweg, daß der Weg der Kapitulation gerade von diesen Vertretern gegangen wird, und daß, um diesen Weg zu vertuschen, zu wortradikalen Parolen gegriffen wird. Mit keinem Wort wird die Haltung der arabischen Regimes kritisiert, im Gegenteil, die syrische „Zurückhaltung" in den Kämpfen wird gerechtfertigt: *„Ich fand es gut, daß sie* (die syrischen Truppen) *sich zurückgehalten haben, um der gesamten Welt zu zeigen, daß die Araber wirklich gewillt sind, Frieden zu halten. Ich fand es aber auch gut, daß die Palästinenser sieben Tage lang alleine gekämpft haben, um zu demonstrieren, daß wir fähig sind, auch gegen eine solche Übermacht zu kämpfen"* (7). Die Haltung der übrigen arabischen Staaten wird ebenfalls nicht kritisiert, obwohl die Arabische Liga, die endlich Ende Juni getagt hat, zu keinerlei Beschluß gekommen ist und keine der PLO-Forderungen akzeptiert hat (8). Der Generalsekretär der Liga, Klibi, gab denn auch den Weg an, den die arabischen Staaten mitzugehen bereit sind: Diplomatische Wege könnten, vielleicht sicherer als andere, eine Anzahl von Staaten dazu bringen, den *„zionistischen Aggressor"* noch entschlossener zu verurteilen und Druck auf ihn auszuüben (9).

Vor diesem Hintergrund kann man die folgenden Äußerungen Arafats und seines engen Beraters Hani al-Hassan nur als Bereitschaft auslegen, den „diplomatischen Weg" unter maßgeblicher Beteiligung Saudi-Arabiens zu gehen. Die Schonung dieser Regimes gäbe auch nur in diesem Zusammenhang Sinn. *„Es gibt ein aktives Bemühen der arabischen Staaten, dieser Aggression Israels ein Ende zu setzen. Dabei spielt Saudi-Arabien eine besondere Rolle. Ich stehe im Kontakt zu den arabischen Staatsoberhäuptern, besonders zu König Fahd Ben Abdel Aziz"* (4). *„Ich möchte hervorheben, daß das Königreich Saudi-Arabien, sowohl unter König Chalid wie auch unter König Fahd, uns gegenüber seiner Pflicht nachgekommen ist. Wenn sich alle Araber um die Saudis geschart hätten, stünden wir heute besser da ... Wenn wir die Israelis zum Rückzug aus dem Libanon zwingen und der palästinensische Kampfwille die israelischen Absichten durchkreuzt hat, dann wird der Fahd-Plan* (10) *zu einem wichtigen Element, um eine friedliche Lösung in Nahost zu ermöglichen."* Der Hinweis, daß der ägyptische Präsident Mubarak eine der Politik Sadats entgegengesetzte Richtung verfolge, fehlt auch nicht (3), obwohl Mubarak bisher strikt an der Linie Sadats festgehalten hat.

Sicher gibt es auch andere Stimmen in der PLO-Führung, allerdings sind bis heute keine ausführlichen Stellungnahmen bekannt. Einzig Abu Iyad, Stellvertreter Arafats in der Al-Fatah und Mitglied des Exekutivkomitees der PLO, schlägt in einem Interview mit „Le Monde" (22.6.82) kritischere Töne an: Er kritisiert sowohl die syrische als auch die sowjetische Haltung und schlägt als Lösung den Rückzug der bewaffneten Palästinenser in die Flüchtlingslager vor (11).

Arafat und Hani al-Hassan waren bislang allerdings sehr einflußreich innerhalb der PLO-Führung. Daß beide keine isolierte Position vertreten, wird daran deutlich, daß sie zusammen mit dem Chef der Demokratischen Front, Hawatmeh (12), die Verhandlungen mit der libanesischen Regierung über ein neues Abkommen führten, das die Präsenz der Palästinenser im Libanon neu regeln und das Kairoer Abkommen von 1969 ersetzen sollte (13). Die libanesische Regierung, bekannt durch ihre gute Zusammenarbeit mit den Faschisten, ging erwartungsgemäß nicht auf diese Vorschläge ein. Schließlich ist auch sie an einer weitgehenden Schwächung der PLO interessiert.

Die vom libanesischen Ministerpräsidenten Wazzan und dem Vorsitzenden der libanesischen nationalen Front, Walid Jumblatt, übermittelten israelischen „Friedens"bedingungen hat Arafat zurückgewiesen, da sie die totale Kapitulation der PLO bedeuten würden.

Israel hatte gefordert:

— In Libanon dürfe es keine militärische Präsenz der PLO oder irgendwelcher anderer Palästinenser geben.

— Die palästinensischen Kämpfer müßten ihre Waffen niederlegen und erhielten, wenn sie wollten, sicheres Geleit in ein anderes arabisches Land.

— Nirgendwo im Libanon dürfe es exterritoriale palästinensische Enklaven geben.

— Die PLO müßte darauf verzichten einen Staat im Staate zu gründen.

— Die libanesischen Streitkräfte sollten ohne Einmischung der Palästinenser ganz Libanon kontrollieren(14).

Gleichzeitig machte ein israelischer Regierungssprecher deutlich, daß die PLO auch für eine solche Kapitulation nichts erhalten würde: Die politische Anerkennung der PLO komme auch dann nicht in Frage, wenn sie auf eine militärische Ausrüstung verzichtete, weil sie vermutlich weiter darauf zielen würde, Israel zu vernichten. Der israelische Kriegsminister Sharon drohte gleichzeitig, daß das israelische Kabinett beschlossen habe, die PLO zu vernichten. Der Waffenstillstand sei eine Verschnaufpause; die israelische Armee sei in der Lage, die PLO zu liquidieren.

Offensichtlich sind alle Versuche der PLO, auf dem Verhandlungswege eine symbolische (!) politische und militärische Präsenz in Libanon zu behalten, gescheitert. Der außenpolitische Sprecher der PLO, Faruk Kaddumi, hat inzwischen die Bereitschaft der PLO bekundet, die palästinensischen Kämpfer unter Kontrolle einer internationalen Truppe, der auch amerikanische Truppen angehören dürften, zu evakuieren. Gedrängt wird von Seiten der PLO nur noch auf eine stärkere Beteiligung der UNO. Wegen der „israelfeindlichen Haltung" der Mehrheit der Mitglieder der UNO hat der israelische Ministerpräsident Begin gerade diese

Israel raus aus Libanon!

Israels erneute Invasion in den Libanon hat den Charakter eines Vernichtungskrieges gegen die Palästinenser angenommen. Das unmenschliche Vorgehen der israelischen Armee gegen Flüchtlingslager, Dörfer und Städte, das barbarische Bombardement auf Beirut treffen vor allem die Zivilbevölkerung. Die vielen obdachlosen Flüchtlinge, erkrankten und verletzten Menschen bedürfen dringend humanitärer Hilfe, doch die israelische Regierung verbietet und behindert die Arbeit der internationalen Hilfsorganisationen.

Die von Israel bereits angekündigte längere Besatzung des Libanon wird zur Unterdrückung der arabischen Bevölkerung und möglicherweise zu weiteren Annexionen führen. Drei Jahre ergebnisloser Autonomie-Verhandlungen und die ganze bisherige Politik in den besetzen Gebieten haben gezeigt, daß eine dauerhafte Friedenslösung ohne Anerkennung der palästinensischen Rechte und ohne politische Beteiligung der Palästinenser nicht möglich ist. Auch mit dem neuen Krieg wird sich Israel nicht über die palästinensischen Rechte hinwegsetzen können.

Wir bekennen uns zur historischen Verantwortung der Deutschen gegenüber den Juden. Dies darf aber nicht bedeuten, daß wir eine Politik der Gewalt tolerieren, die anderen grundlegende Rechte verweigert. Deshalb fordern wir die Bundesregierung und politische und gewerkschaftliche Organisationen auf, über die EG und die USA endlich Druck auf die israelische Regierung auszuüben, daß sich die Armee aus dem Libanon zurückzieht.

GAL-MdBü: Thea Bock, Regula Schmidt-Bott, Bettina Hoeltje, Angelika Birk, Bernd Vetter, Thomas Ebermann, Udo Hergenröder, Ulla Jelpke, SPD-MdBü: Rosemarie Raab,Bezirksabg. GAL Harburg: Otto Merz, Erika Wilhelm, Reinhard Bodenstein, Mitte: Holger Kuhr, Die Grünen, LV: Niklaus Hablützel, Marion Pein, Jürgen Reents, Werner Fleischer, Landesbeirat: Dagmar Eßer, BHA: Adrienne Goehler, KV Altona: Gustine Johannsen, Mitar. d. Friedenspol. Info-Zentrums Harb.: Manfred Thiel, Michael Grüger, Axel Schubert, Detlef Knust, Ursula Schröter, Bernd J. P. Kähler, Betriebsräte: Marlit Klaus, Dieter Borik, Rainer Martin, Uwe Wagner, Peter Camin, K.D. Wilheim, Manfred Wulff, H. Gromball, Elke Albertsen, Ulrike Essack, Anneliese Moeckel, Jörg Wessels, Jugendvertr.: Sebastian Weber, Personalräte GEW: Gaby Teckentrup, RFFU: Friedhelm Klinkhammer, Sybille Wahnchaffe, Vertrauensleute: Holger Schlüter, Thomas Thiel, Joachim Koch, IGM: Robert Sadowsky, Oswald Pietzsch, Detlef Hartmann, Trutz Haase, IG Chemie: Hans Frankenberg, Gregor Klitscher,IG Druck u. Papier: Dieter Brumm, Landesvors. der dju, Gunter Peters, Ulli Möller, Renate Benecke, GEW: Jochen Wortelker, LV, Journalisten: Rainer B. Jongschies, Henning Venske, Volker Hermsdorf, Klaus Wegner, Walter Hasselbring, Christan Kölbelinger, Klaus Schwidrowsky, freie Autoren: Svende Merian, Norbert Ney, Schriftsteller: Peter Schütt, Carlos Lira, Redakteure: Elke Nicoline, Magda Hansen, Ortwin Löwa, Johanna Müller, Rolf-Henning Hintze, Dr. Ursula Voss, Wolf Schenke, Christa Möller, Pastoren: Jürgen F. Bollmann, Hans-Günter Werner, Markus Lehmann, Alexander Kaestner, Jochen Pajung, Siegfried Kurziwitz, Peter Kruse, Gerhard Gurg, Vikar, Ärzte: Dr. Elke Brüning, Dr. E.M. Kückelmann, Matthias Ewe, Dr. Meyer, Schulze-Stadler, Heiner Hille, Matthias Lütgert, Psychologen: Frank Volland, Wolf Hartwig Meyer, Harald Witt, Klaus Naffin, Walter Scobel, Erika Kerkow, Musiker: Abi Wallenstein, Inga Rumpl, Knut Kiesewetter, Rockgruppe Druckknöpfe: Birger Holm, Klaus-Peter Harbort, Achim Nietzschmann, Andreas Herrmann,„Blues-Kommission", Peter Holler,Rolf Diercks, Ulrich Fricke, Martin Behrendsohn, Detlef Petersen, Komponist, Martin Tiefensee, Tontechn.,Rottraut de Neve, Schauspielerin, Hannes Heer, Dramaturg, Michael Batz, Theatermacher,Rechtsanwälte: Petra Ewe, Brockmann-Wiese, Jacobi, Morik, Reid, Scharmer, Voges, Kurt Groenewold, Rüdiger Schultz, Nikolaus Piontek, Klaus Piening, Fritz Gärmer, Harald Muras, Uwe Maeffert, Michael Marionos, Jurist,Buchhändler: Christiane Bunz, Peter Offenborn, Inge Streckebach-Knopf, Peter Haß. buntbuch-verlag: Meike Lüdemann, Dieter Siewertsen, Peter Lohmann, Arbeiter: Klaus Radwan, Olaf Wilzchek, Rosemarie Süss,Maschinenschlosser: Rainer Lucht, Thomas Kröger, Maschinenbauer: Jürgen Koschnik,Hafenarbeiter: Thomas Konsky, Karl-Heinz Venus, Michael Byl, Tischler, Georg Schuller, Chemiefacharb., Kurt Hoff, Hafenfacharb.,Uwe Kirchmann, Gastwirt, Sozialarbeiter: Michael Herrmann, Elke Haedtke,Angestellte: Nils Hanßen, Renate Grenz-Kreher, Birgit Kayser, Ingrid Bolm, Walter Knopf, Helga Kallan, Heino Hoffmann, Hilde Hercher, Katja Heise-Wiederhold, Rüdiger Schulz, Margarete Arndt, Barbara Michel, Wolfgang Streu, Gerhard Ussenack, Karin Zboralski, Studenten: Wolfgang Morell, Jutta Diederich, Juliane Eichler, Freimut Reichert, Ulrich Heyden, Brigitte Krüger, MichaelSchuster, Jan Wetzel, Anne Barbier, Helmut Deecke, Edda Weßlau, W. Jörgen, H.U. Diesener, H. Mecklenburg, Anke Zumfe, Gabriele Sörmer, Dorothea Neddermeyer, Holger Zantopp, Marianne Hausmann, Marlis Gramann, Helge Wehrmann, G. Heymann, Kirsten Schulz, Erwin Heigelmann, Rainer Schmidt,Schüler, Silke Richter, M.v.d. Berk, Karen Steinfeld, Lehrer: Birgit Günter, Gerd Rathje, A. Soetje, H. Möller, Ursula Pfannenberg, M. Laldirk, Thomas Unruh, Elisabeth Hafner, Annette Chudzinski, Helmut Lüttmann, Ilse Callsen, Rudi Wedekind, Sabine Muldt, Gudrun Kühnast, Marianne Stern, Erzieher: Doris Schuppe, Anja Bergfeldt, Martina Starke, Annette Ponnath, Uta Wilm, Robert Volkmann, Brigitte Heinz, Elke Danesten, Marina Wüpper, Paul Sachse, Anke Sievers, Christiane Brandt, Petra Abdel-Salam, Soz.Pädagogen: Magdalene Baus, Astrid Jähnichen, Krankenschwestern: Heidrun Krause, Helga Bäter,Reinhard Fingerle, Dipl.-Ing., Maja Bock, Dipl.-Biol., Walter Unruh, Tabakhändler, Ada-Verena Gass, Soziologin,Brigitte Jensch Siebdruckerin, Günther Garbens, Bauer, Kurt Kaak, Schäfer, Übersetzer: Heiner Jörg Hermel, Ümit Güney,Manfred Gericke, Schriftsetzer, Dr Jürgen Hoffmann, Professor, Dozenten: v. Fesel, Reino v. Neumann-Cosel, Rüdiger v. Ilijn, Speditionskaufmann, Sekretärinnen: Christiane Schumacher, Elke Fürhoff, Marianne v. Ilten, Grafiker: Rudolf Franz, Marlise Appel, Textdokumentarinnen: Dörte Kretschmer, Susanne Lohmeyer, Susanne Schmidt, Ingenieurin, Doris Biesenbach, Chemielab., Rosel Harms, Bibliothekarin, Heiner Zillmer, Wiss. Angst., Thomas Haesloop, Taxifahrer, Klaus Freyler, Pädagoge, Bernadette Ridard, Ratsmitglied der War Resisters International, Guatemala-Komitee, Central-Fernsehdienst, Ellen Hauff, Rechtsanwaltsgeh., Gert u. Christine, Weinhändler,Rüdiger Schlepper, Wiss. Mitarb., Rüdiger Tannen, Bauschlosser, Alfred Grenz, Bautechniker, Hochschullehrer: Dr. Wilhelm Dreßler, T. Karchel, Tina Wacker, Arzthelferin, Pia Petersen, Margit Marquardt, Carmen Lange, Petra Meffert, Charlotte Wiedemann, Detlef Weiher, Gina Huber-Hönck, Birgit Kowalik, Martin Schenke, Gretchen Schenke, Klaus Kuschnereit, Herbert Schalthoff, Angelo Wehrli, Gisela Walk, Walter Rath, KL. D, Horwege, Regine Kiesewetter, M. Hofgen, Theo Christiansen, Barbara Ohst, Judith Brandenburg, Christiane Terboven, Andreas Meier, IG Druck, Karl-Heinz Roth, Arzt, Zentralfilmverleih, Rolf K. Kharberg, Filmemacher, Rechtsanwälte: Michael Spielhoff, Dieter Magsam, Michael Böttcher, Anwaltsgehilfinnen: Ursula Prückner, Karin Prinzhorn, Klaus Schultz, Herausgeber, Buchladen Gegenwind

Diese Anzeige wurde von den Unterzeichnern finanziert. Die Unterschriften wurden innerhalb von vier Tagen gesammelt. Verantw. M. Stern, Stellinger Weg 12, 2 Hamburg 19

Die Arbeiterkampf-Redaktion schließt sich diesem Appell an

Forderung schon vorbeugend abgelehnt.

Alle Karten in der Hand der USA

Unbestritten ist, daß die in West-Beirut eingeschlossenen palästinensischen und linken libanesischen Kräfte der israelischen Armee beim Eindringen in die Stadt heftigsten Widerstand leisten und schwere Verluste zufügen würden, unbestritten ist auch, daß Israel beim Einsatz seiner technologischen Überlegenheit letztlich siegen würde. Die israelische Armee steht vor allem wegen der außenpolitischen Konstellation v o r Beirut. Die USA und auch die EG-Staaten verhindern im Augenblick die Liquidation des Kaderapparates der PLO — genauso wie sie den Zionisten die vollständige Rückendeckung für eine entscheidende Schwächung des bewaffneten Widerstandes gegeben haben. Perverserweise treten die USA als „Schutzmacht" der kompromißbereiten Teile innerhalb der PLO auf. Für diese Rolle werden sie sich allerdings den entsprechenden politischen Preis zahlen lassen, nämlich die mehr oder weniger bedingungslose Kapitulation, mit der, wie oben deutlich wurde, bereits begonnen wird.

Die Imperialisten wissen natürlich genauso gut wie die Zionisten, daß mit der israelischen Invasion auch bei der jetzt angekündigten langfristigen israelischen Besetzung des Libanon die Palästinenserfrage nicht gelöst ist, eine kompromißbereite palästinensische Führungsschicht also durchaus brauchbar wäre.

Für dieses Vorgehen gibt es in der Geschichte des Nahost-Konfliktes Parallelen. 1967 wurden die arabischen Armeen im Juni-Krieg — im wesentlichen von der Sowjetunion militärisch ausgerüstet, die beiden wichtigsten Konfrontationsstaaten Syrien und Ägypten galten als enge Verbündete der Sowjetunion — von der israelischen Armee vernichtend geschlagen. Israel besetzte das Westjordanland und Ost-Jerusalem, den Gaza-Streifen und die Sinai-Halbinsel sowie die Golanhöhen. Die von der Sowjetunion unterstützten Staaten zahlten teuer dafür, daß die Sowjetunion nicht in der Lage war, sie gegen die Aggressivität und den Expansionsdrang der Zionisten wirksam zu unterstützen. Die Sowjetunion rüstete zwar n a c h Ende des Krieges die syrische und ägyptische Armee außerordentlich stark auf (im ersten Jahr nach dem Krieg hatten die Waffenlieferungen fast den gleichen Umfang wie zusammengenommen von 1955 bis 1967(15)). Sie hatte aber bis dahin auf eine friedliche Lösung des Nahost-Konfliktes gesetzt und, wegen engerer Beziehungen zu Syrien und Ägypten, unmittelbar vor Ausbruch des Krieges Hilfe versprochen, falls die Länder angegriffen würden. Einen Tag nach dem Ausbruch der Kämpfe forderte der sowjetische UN-Botschafter Federenko Waffenstillstand und machte gleichzeitig deutlich, daß sich die Sowjetunion nicht in einen Krieg ziehen lassen wollte. Der algerische Präsident Boumedienne kritisierte bitter das Ausbleiben sowjetischer Militärhilfe (16).

lassen wollte. Der algerische Präsident Boumedienne kritisierte bitter das Ausbleiben sowjetischer Militärhilfe (16).

Obwohl die sowjetische Militärhilfe gern in Anspruch genommen wurde, zeichnete sich doch schon eine Hinwendung des ägyptischen Regimes zu den USA ab. Die Sowjetunion orientierte auf eine gemeisame Strategie der vier Großmächte (Sowjetunion, USA, Großbritannien, Frankreich) zur Lösung des Nahost-Konfliktes auf der Basis der UNO-Resolution 242 (17). Israel verwickelte vor allem Ägypten in einen Abnützungskrieg, unternahm aber auch in den drei übrigen angrenzenden Staaten (Libanon, Jordanien und Syrien) massive Vergeltungsaktionen (inzwischen hatten die Fedayin des palästinensischen Volkes den bewaffneten Kampf aufgenommen).

Ägypten (Vereinigte Arabische Republik, VAR) billigte den nach dem damaligen US-Außenminister Rogers benannten Plan (18), der einen zunächst auf 90 Tage begrenzten Waffenstillstand vorsah. Der palästinensische Widerstand mißbilligte damals dieses Vorgehen aufs Schärfste (19). Jordanien stimmte dem Rogers-Plan ebenfalls zu, Syrien, wo gerade linke Baathisten geputscht hatten, Irak und die PLO lehnten ab.

Der Oktoberkrieg 1973 schaffte dann die Voraussetzungen für die USA, diesen mit Ägypten schon erprobten Weg weiterzugehen. Die Zeit bis zum Oktoberkrieg war von einer gezielten Schwächung der demokratischen und revolutionären Bewegungen gekennzeichnet: Nach dem Tode Nassers verstärkte Sadat die Politik der Öffnung gegenüber dem Westen und wies 1972 die sowjetischen Militärberater aus. Die jordanische Armee massakrierte im September 1970 den bewaffneten palästinensischen Widerstand (der damals auch von der Sowjetunion mißbilligt und als abenteuerlich bezeichnet worden war (20)). Im November putschte Assad in Syrien gegen den linkeren Baath-Flügel. Zuvor hatte Assad als Luftwaffenkommandeur eine wirksame Unterstützung der syrischen Armee für den palästinensischen Widerstand verhindert (21). Die Sowjetunion orientierte weiter auf eine politische Lösung.

derstand verhindert (21). Die Sowjetunion orientierte weiter auf eine politische Lösung.

Die anfänglichen Siege der arabischen Armeen (der saudische König Feisal und der jordanische König Hussein hatten die und Israel vor einem bevorstehenden Angriff Syriens und Ägyptens gewarnt (22)) bildeten eine wichtige Voraussetzung für die Einleitung einer umfassenden Verhandlungslösung. Erst eine Woche nach Ausbruch der Kämpfe, als die israelische Armee den Vorstoß der Ägypter auf den Sinai zum Stillstand gebracht hatten, lieferten die USA den Zionisten unumschränkt Nachschub und überließen der israelischen Armee Luftaufklärungsaufnahmen, die es Sharon ermöglichten, an einem Schwachpunkt den Suez-Kanal zu überqueren (23). Erst als die israelische Armee in der Offensive war und auf der anderen Seite des Kanals Gewinne gemacht hatten, willigte Kissinger in den Waffenstillstand ein, den Breschnew vorgeschlagen hatte. Kissinger äußerte später gegenüber dem ägyptischen Journalisten Heikal, er sei davon ausgegangen, daß der Waffenstillstand Kairo mehr befriedigen würde als Israel (24). Tatsächlich war Israel außerordentlich unwillig darüber; Sharon, der schon damals nach Kairo wollte, kämpfte noch drei Tage weiter — trotz UN-Beschlusses mit Rückendeckung der USA — bis schließlich die dritte ägyptische Armee eingekesselt war. Die USA waren also die „Retter" Kairos. Sadat hat hierfür entsprechend bezahlt.

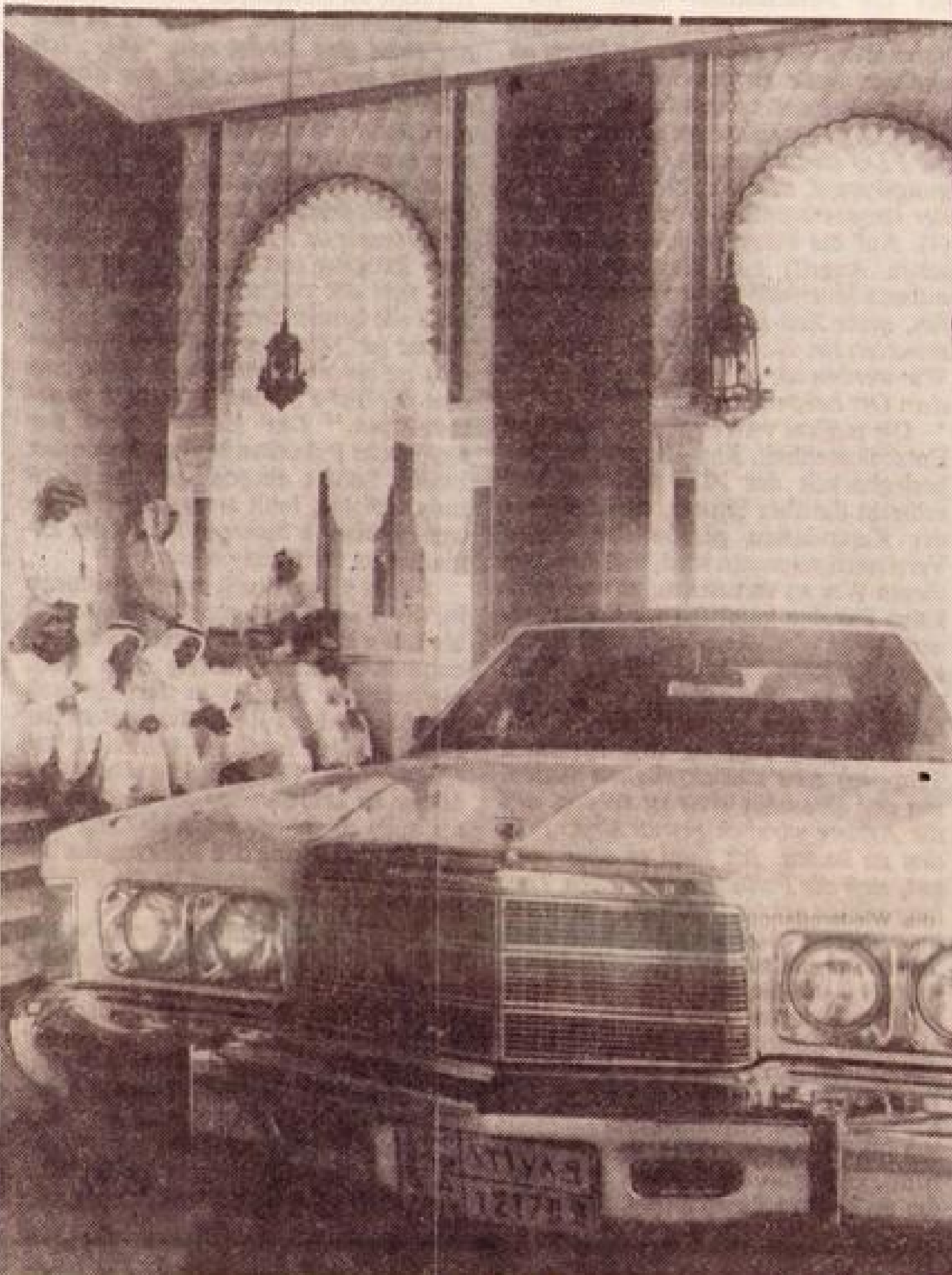
Die Sowjetunion drang auf eine internationale Konferenz zur Lösung des Nahost-Problems unter Schirmherrschaft der beiden Großmächte, die auf der Basis der UN-Resolution 242 abgehalten werden sollte. Die Genfer Konferenz begann im Dezember 1973, wurde aber erfolglos abgebrochen.

Kissinger hatte schon vorher gegen diese Konferenz polemisiert, da dort mit Pressionen der UdSSR zugunsten einer Teilnahme der PLO zu rechnen sei. In Wirklichkeit war schon recht erfolgreich der Weg bilateraler Verhandlungen eingeschlagen worden, die 1974 mit den Truppenentflechtungsabkommen auf dem Sinai und dem Golan und 1975 mit dem zweiten Sinai-Abkom-

mit den Truppenentflechtungsabkommen auf dem Sinai und dem Golan und 1975 mit dem zweiten Sinai-Abkom-

men endeten.





Es ist eindeutig falsch, die heutige Invasion der Zionisten im Libanon und die Vernichtung der palästinensischen und libanesischen fortschrittlichen Kräfte als alleinige Folge der Camp-David-Abkommen und des Verrats von Sadat hinzustellen, und zwar unter dem nebulösen Stichwort „internationales Komplott" oder „US-imperialistisch-zionistisches Komplott". Diese Einschätzung spielt b e w u ß t — und es ließe sich fragen, aus welchen Erwägungen — die aktive Rolle der arabischen Regimes bei der Vernichtung der fortschrittlichen Kräfte in diesem Raum herunter. **Der F e i n d des palästinensischen Volkes (und besonders des bewaffneten Widerstandes) waren immer ganz direkt und unmittelbar die arabischen Regimes, auch wenn sie für bestimmte Zeiten außenpolitisch eine gegen den Imperialismus gerichtete, nationale Position einnahmen. Es dient nur der Politik der arabischen Regimes, wenn diese mit dem Hinweis auf den „Hauptfeind" — Zionismus und Imperialismus — geschont werden, und trägt nichts dazu bei, die Ursachen für die jetzt schwerste Niederlage der**

Imperialismus — geschont werden, und trägt nichts dazu bei, die Ursachen für die jetzt schwerste Niederlage der

fortschrittlichen Kräfte im arabischen Raum zu analysieren, deren bewußtester und kämpferischster Teil der palästinensische Widerstand ist.

Gerade das syrische Regime, das jetzt ebenfalls der zionistischen Aggression ausgesetzt ist, hat durch seine Haltung im libanesischen Bürgerkrieg 1976 dazu beigetragen, den Boden für das jetzige Massaker zu bereiten. Zunächst sollen aber die Auswirkungen des Krieges 1973 auf den palästinensischen Widerstand kurz beleuchtet werden.

„Friedliche Lösung" und palästinensischer Widerstand

Die Niederlage der arabischen Armeen im Juni-Krieg 1967 führte zu einem starken Anwachsen der bewaffneten palästinensischen Widerstandsorganisationen (25). Dies war unter anderem die Voraussetzung dafür, daß die revolutionären Kräfte schließlich auch innerhalb der von den arabischen Regimes gegründeten Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) (26) an Boden gewannen, 1967 den reaktionären PLO-Führer Schukeiri (27) absetzen und schließlich in dem ehemaligen Natblen-Gremium mitarbeiten konnten.

Das Ansehen, das die Fedayin bei den palästinensischen und arabischen Massen besaßen, führte dazu, daß die arabischen Regimes ebenfalls bewaffnete Widerstandsorganisationen gründeten (Syrien: As-Saika, Irak: Arabische Befreiungsfront / ALF), mit denen sie im bewaffneten Widerstand und in der PLO ihren Einfluß zu wahren suchten (28), andererseits auch nicht davor zurückschreckten, diesen Widerstand zu liquidieren (siehe Jordanien 1970, stillschweigende Unterstützung der arabischen Regimes und der Sowjetunion (29)).

Die palästinensischen Widerstandsorganisationen orientierten damals auf einen langwierigen Volkskrieg.

Von Teilen der PLO wurde aber gerade dieses Konzept in Frage gestellt; Nasser hatte den Rogers-Plan akzeptiert, Jordanien hatte 1970 und noch einmal 1971 schwere Massaker am palästinensischen Widerstand verübt, die arabischen Armeen waren im Oktober-Krieg 1973 relativ erfolgreich. Statt den Weg zu gehen, den die Diskussionen innerhalb des palästinensischen Widerstandes nach dem Septembermassaker

innerhalb des palästinensischen Widerstandes nach dem Septembermassaker

ergeben hatten, und der auch in den Beschlüssen der verschiedenen Organisationen festgehalten wurde, nämlich gegen die arabischen reaktionären Regimes zu kämpfen, auf ihren Sturz hinzuarbeiten und mit den unterdrückten Massen in diesen Ländern zusammenzuarbeiten, setzte die Mehrheit der PLO (große Teile von Al-Fatah, As-Saika und die DPLF sowie der größere Teil der in den besetzten Gebieten gegründeten Palästinensischen Nationalfront (PNF)) auf den Verhandlungsweg. Die Minderheit (PFLP, PFLP/GC, ALF) wies Verhandlungen zurück, da sie die Gefahr sahen, für einen Mini-Staat in Gaza und im Westjordanland das palästinensische Selbstbestimmungsrecht zu verkaufen. Sie betonten, daß der Verhandlungsweg an die Seite der reaktionären arabischen Regimes führen würde. Niemand, weder Israel, Jordanien noch die USA, würden die Bildung eines progressiven und militanten Staates in den besetzten Gebieten erlauben (30). Die linken Organisationen bestanden auf der Fortsetzung des bewaffneten Kampfes.

Auf dem Gipfel in Algier (Nov. 1973) strebte die PLO erstmals ihre Anerkennung als einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes an. Dort wurden die wachsenden Widersprüche innerhalb der PLO deutlich. Im Juni 1974 verabschiedete dann der Palästinensische Nationalrat das berüchtigte 10-Punkte-Programm, das beiden Strömungen Rechnung trug. Die UN-Resolution 242 wurde zurückgewiesen, damit indirekt die Teilnahme an der Genfer Konferenz, der Ministaat wurde als ein Schritt auf dem Wege zur Befreiung Palästinas angesehen, das Programm schloß Verhandlungen nicht aus, dafür erhielt es die Unterstützung der arabischen Staaten.

Nachdem Hussein und Sadat zunächst die PLO als legitime Vertreterin

20 Kommunistische und Arbeiterparteien aus kapitalistis chen Ländern Europas rufen auf:

Israelische Aggression sofort einstellen!

"UZ" 12.6.82

Düsseldorf. UZ — Zwanzig Kommunistische und Arbeiterparteien aus kapitalistischen Ländern Europas wandten sich gestern mit folgendem gemeinsamen Appell an die Öffentlichkeit:

„Die Kommunistischen Parteien Westeuropas bringen hiermit die tiefe Empörung angesichts der verbrecherischen israelischen Aggression auf den Libanon zum Ausdruck. Schon sind Tausende, Abertausende Menschen aus der Zivilbevölkerung Opfer der blindwütigen Bombardierungen, des schändlichen Anschlags auf die Souveränität eines unabhängigen Landes geworden.

Wir rufen dazu auf, die Solidarität mit dem libanesischen und palästinensischen Volk, mit der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO sowie der Libanesischen National-Bewegung zu verstärken, deren anhaltenden heroischen Widerstand in zahlreichen Städten wir begrüßen.

Die Lösung des Dramas, das sich heute im Libanon abspielt, besteht in der Verwirklichung der Resolution des UNO-Sicherheitsrates.

In diesem Sinne wirken wir darauf hin, daß die demokratischen Kräfte und die Regierungen unserer Länder alle Maßnahmen ergreifen, damit die Aggression sofort eingestellt wird und die israelischen Truppen sich bedingungslos aus dem Libanon zurückziehen."

Der Appell trägt folgende Unterschriften:

Kommunistische Partei Belgiens
Kommunistische Partei Dänemarks
Deutsche Kommunistische Partei
Kommunistische Partei Finnlands
Französische Kommunistische Partei
Kommunistische Partei Griechenlands
Kommunistische Partei Großbritanniens
Kommunistische Partei Irlands
Italienische Kommunistische Partei
Kommunistische Partei Luxemburgs
Kommunistische Partei Norwegens
Kommunistische Partei Österreichs
Portugiesische Kommunistische Partei
Kommunistische Partei San Marinos
Linkspartei-Kommunisten Schwedens
Partei der Arbeit der Schweiz
Kommunistische Partei Spaniens
Kommunistische Partei der Türkei
Sozialistische Einheitspartei Westberlins
Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes Zyperns

des palästinensischen Volkes außerhalb Jordaniens und der besetzten Gebiete anerkannt hatten, wurde die PLO schließlich als einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes auf der Gipfelkonferenz in Rabat 1974 anerkannt, n a c h d e m kritische Elemente aus den Entscheidungsgremien entfernt worden waren (24).

Die Hoffnung, auf dem Verhandlungswege etwas zu erreichen, wurde selbstverständlich gerade von den Imperialisten auch gegenüber der PLO immer wieder geweckt. Mindestens seit 1974 standen einige Vertreter der PLO in direkten Verhandlungen mit den USA, ein Punkt u.a., der schließlich zum Austritt der PFLP aus dem Exekutiv-Komitee der PLO führte (1974). Inerhalb der US-Administration gab es zwar Bestrebungen, der sowjetischen Bedrohung und Einflußnahme im Nahen Osten durch eine Entschärfung des israelisch-arabischen Konfliktes auf dem Wege gewisser Zugeständnisse an die Araber zu begegnen (31), diese Tendenzen setzten sich allerdings nicht durch, zumal Israel nach Regierungsantritt Begins im Mai 1977 in bilateralen Verhandlungen mit Ägypten jeder möglichen Aufweichung der prozionistischen Position der US-Administration vorbeugte (32). In diesem Sinne war der Auftritt Sadats in der israelischen Knesset im November 1977 auch tatsächlich ein Überraschungscoup.

Syrien verhinderte 1976 die Gründung eines demokratischen Staates im Libanon

Mit der Intervention der syrischen Truppen im Libanon wurde die Errichtung eines demokratischen Staates verhindert. Syrien muß also in erster Linie mitverantwortlich für das heutige Massaker der Zionisten im Libanon gemacht werden, schuf es doch wichtige Voraussetzungen dafür.



Je mehr sich der libanesische Bürgerkrieg zu Gunsten der fortschrittlichen Kräfte entwickelte, umso deutlicher stellte sich Syrien auf die Seite der Reaktion.

Im Januar 1976 griff Syrien mit der Entsendung von Truppen der „Palästinensischen Befreiungsarmee" (PLA), die den verschiedenen arabischen Armeen angegliedert sind und von den Regimes kontrolliert werden, offen in den libanesischen Bürgerkrieg ein, um einen „Waffenstillstand" zwischen Faschisten und fortschrittlichen Kräften herzustellen. Der Zeitpunkt war bezeichnend: Es war der Moment, in dem die demokratischen Kräfte aus der Defensive in die Offensive übergingen, und in dem sich die Niederlage für die Faschisten abzeichnete. Schon vorher hatten Einheiten der pro-syrischen As-Saika die fortschrittlichen Kräfte angegriffen. Die Faschisten hatten den Bürgerkrieg provoziert, um den Forderungen der libanesischen demokratischen Kräfte nach demokratischen Spielregeln im libanesischen Staat zu begegnen und den erstarkenden palästinensischen Widerstand zu zerschlagen. Die palästinensischen Widerstandsorganisationen unterstützten die libanesischen Kräfte zunächst beim Aufbau eigener bewaffneter Kräfte und griffen dann notgedrungen in den Bürgerkrieg ein.

Als sich trotz Eingreifens der PLA die Offensive der demokratischen Kräfte recht günstig entwickelte, stoppte Syrien im März die Waffentransporte, die durch Syrien hindurch an die fortschrittlichen Kräfte gelangten — Israel hatte die von den fortschrittlichen Kräften kontrollierten Häfen blockiert. Als Warnung zog das syrische Regime zunächst 17.000 Mann an der Grenze zum Libanon zusammen. Die Truppen marschierten am 31. Mai ein, nachdem die Faschisten eine schwere Niederlage erlitten hatten und der Libanon von den demokratischen Kräften unter größten Opfern weitgehend befreit war.

Ein Wort zur Sowjetunion: Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich just in diesem Augenblick in Damaskus auf. Ein Jahr später — bei einem Freundschaftsbesuch Assads in Moskau — billigte die Sowjetunion ausdrücklich die syrische Intervention (33) und betonte die Notwendigkeit einer umfassenden Konferenz auf der Grundlage der UN-Resolution 242. Syrien versuchte mit seiner Intervention im Libanon auch seinen Großmachtsträumen näher zu kommen und seine Position in der Region als „Kontrolleur" der palästinensischen Widerstandsbewegungen aufzuwerten.

Das Vorgehen der syrischen Armee wurde damals von allen arabischen Regimes gedeckt. Die Arabische Liga beschloß die Entsendung einer Friedenstruppe, die hauptsächlich aus den syrischen Interventionstruppen bestand, also praktisch nachträglich die Intervention rechtfertigte. Die reaktionären arabischen Ölstaaten finanzierten das Unternehmen. Mit Israel bestanden geheime Absprachen. Israel „duldete" die Intervention der syrischen Truppen bis zur sog. roten Linie (Litani-Fluß), bis zu der die syrischen Truppen mit israelischer Einwilligung vorrücken durften.

Syrien hatte natürlich kein Interesse an einem Sieg einer der beiden Bürgerkriegsparteien, was die eigene Anwesenheit überflüssig gemacht hätte. Besonders als Syrien durch den Alleingang Sadats vom umfassenden „Friedensprozeß" ausgeschlossen wurde, da feststand, daß zwar der Sinai, nicht aber die Golanhöhen Verhandlungsgegenstand sein würden (34), ging Syrien zwangsläufig ins Lager der Staaten der Ablehnungsfront über und unterstützte jetzt wieder die PLO. Zu dem Zeitpunkt aber waren die libanesischen Faschisten von den Syrern und Zionisten wieder aufgepäppelt worden.

Syrien stärkte also die PLO immer nur soweit, wie es den eigenen politischen und machtpolitischen Interessen entsprach. Daß Syrien sich jetzt nicht auf die Seite der fortschrittlichen Kräfte stellt, ist also nicht nur der außenpolitischen Isolation Syriens im arabischen Raum und den eigenen innenpolitischen Schwierigkeiten geschuldet, sondern liegt daran, daß Syrien stets nur ein taktisches Verhältnis zum palästinensischen Widerstand hatte. So verspricht man sich von einer Unterstützung in der augenblicklichen Situation nichts.

Und nochmals zur Sowjetunion. Die Sowjetunion hat in den letzten Jahren der PLO massive materielle Hilfe zukommen lassen. Die schrittweise Anerkennung der PLO erfolgte aber immer entsprechend ihrer politischen und militärischen Bedeutung im Nahen Osten. Die Ziele der PLO hat die Sowjetunion nie vertreten oder unterstützt, sondern immer auf eine friedliche Lösung auf der Grundlage der UN-Resolution 242 gesetzt. Stärkere Unterstützung erhielt die PLO erst ab 1973/74, als die arabischen Regimes verstärkt den Ausgleich mit den US-Imperialisten suchten. Die Haltung, die die Sowjetunion angesichts des Massakers an den Tag legt — sich nicht einzumischen und noch nicht einmal eine drohende Haltung einzunehmen — ist nicht neu (siehe die Kriege 1967 und 1973, siehe das massenhafte Abschlachten der fortschrittlichen Kräfte 1970 und 1976). Die Sowjetunion hat immer auf die Regimes zur Wahrung ihres Einflusses und ihrer Interessen gesetzt.

Nahost-Kommission

Anmerkungen

(1) „Frankfurter Rundschau", 9.7.82
(2) Interview mit dem Bonner PLO-Vertreter Abdallah Frangi, „taz", 28.6.82
(3) Interview mit Hani al-Hassan, enger Vertrauter Arafats und als Mann Saudi-Arabiens geltend, „Spiegel", 5.7.82
(4) Interview mit PLO-Chef Yassir Arafat, „Unsere Zeit", 1.7.82
(5) Interview mit Arafat, „Guardian", 28.6.82, zitiert nach Palästina-Bulletin, 1.7.82
(6) entfällt
(7) „Le Monde", 29.6.82. Die PLO stellte insgesamt 14 Forderungen an die Arabische Liga, u.a. Verurteilung der USA, Boykott der USA und Abzug der Gelder, arabische militärische, materielle und politische Unterstützung der PLO, gemeinsame Aktion zum Rückzug der israelischen Truppen gemäß den UN-Resolutionen, Rettung der Souveränität des Libanon, Unterstützung Syriens und Verstärkung seines Militärpotentials, Errichtung „solider" Beziehungen zur Sowjetunion, Bekräftigung, daß das palästinensische Problem die Hauptangelegenheit der arabischen Nation und kein Frieden möglich ist, ohne die Wiedererlangung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes...
(9) „Le Monde", 29.6.82
(10) Der Fahd-Plan fordert in acht Punkten den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten von 1967 und — nach zwischenzeitlicher Überwachung durch die Vereinten Nationen — Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit Jerusalem als seiner Hauptstadt. Vor allem aber: Bestätigung des Rechtes der Staaten in der Region auf eine Existenz in Frieden. Jeder Kenner der Situation in Nahost weiß, daß nur Letzte-
gung des Rechtes der Staaten in der Region auf eine Existenz in Frieden. Jeder Kenner der Situation in Nahost weiß, daß nur Letzte-
res beim derzeitigen Kräfteverhältnis möglich ist. Der Fahd-Plan kann als Camp David II, Autonomie-Gespräche unter anderer Fahne, zum Preis der Anerkennung Israels bezeichnet werden.
(11) zit. nach „Kommunistische Volkszeitung", 25.6.82
(12) Die „Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas", Führer Hawatmeh, spaltete sich im Februar 1969 von der PFLP (Habasch) als marxistisch-leninistische Organisation ab. Die DPLF propagierte als erste palästinensische Widerstandsorganisation den „Ministaat" im Westjordanland und im Gaza-Streifen und lehnte sich stark an die Sowjetunion an.
(13) „taz" 30.6.1; das Kairoer Abkommen sicherte — nach vielen Kämpfen — dem palästinensischen Widerstand eine bewaffnete Präsenz im Libanon und gab den palästinensischen Flüchtlingen im Libanon Bewegungsfreiheit — vorher hatten sie völlig rechtlos gelebt.
(14) „Neue Zürcher Zeitung" („NZZ"), 26.6.82
(15) MERIP-Reports, Nr. 39, „Soviet Policy in the Middle East". 80 % der ägyptischen Verluste wurden in wenigen Monaten ausgeglichen, 1968 lieferte die Sowjetunion für 2,5 Mrd. Dollar Rüstungsgüter, zusätzlich entsandte sie Militärberater.
(16) Die Sowjetunion antwortete mit Angriffen auf die arabischen Regimes, die die fortschrittlichen Kräfte vernichtet und so dem Desaster den Weg geebnet hätten. In den Ländern des RGW-Blockes wurde erstmals Kritik an der „Theorie des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges" laut.
(17) Zeittafel zum Nahost-Konflikt, hrg. von Arnold Harttung, Berlin-Verlag 1979. Die UNO-Resolution 242 fordert im wesentlichen den Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten und eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems.
(18) Der Rogers-Plan zielte auf die Einhaltung verschiedener UN-Resolutionen auf Waffenstillstand während des Abnutzungskrieges und legte fest, daß Ägypten (VAR) und Israel Vertreter für Friedensgespräche bestimmen, die mit dem Ziel, die Souveränität, die territoriale Integrität, die politische Unabhängigkeit der Nahost-Staaten und den Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten zu erreichen, geführt werden sollten.
(19) Vgl. Palästinensische Revolution, Resistentia-Schriften Nr. 11, 1970, insbesondere die Stellungnahme von Al-Fatah, S. 8/9, verantw.: Abdallah Frangi, heute PLO-Vertreter in Bonn und scheinbar auf der Linie Saudi-Arabiens liegend.
(20) Alexander Flores, in „Khamsim", Nr. 7
(21) Die Sowjetunion erkannte das Assad-Regime umgehend an.
(22) Die jordanische Armee beteiligte sich nicht am Krieg.
(23) „New York Times", 29.10.73
(24) MERIP-Reports Nr. 31, „Open Door in the Middle East".
(25) Die ersten Gruppen, die für die Befreiung Palästinas kämpfen wollten, wurden 1956 gegründet (Al-Fatah 1956 im Gaza-Streifen). 1965 wurden die ersten bewaffneten Aktionen unternommen.
(26) Das politische Büro für die Vereinte Aktion der revolutionären palästinensischen Kräfte, der die Widerstandsorganisationen angehörten, meldete gegen diese Gründung Kritik an.
(27) Schukeiri wurde durch seine Parole, die Juden ins Meer treiben zu wollen, berüchtigt.
(28) Die schändliche Rolle der As-Saika, die im libanesischen Bürgerkrieg gegen die fortschrittlichen Kräfte und den palästinensischen Widerstand eingesetzt wurde, ist bekannt. Trotzdem reichte der syrische Einfluß in der PLO so weit, daß der Führer der As-Saika, Zuhair Mohsen, auf dem folgenden Palästinensischen Nationalrat zum militärischen Verantwortlichen der PLO ernannt wurde.
(29) Breschnew hatte noch wenige Wochen vor den Massakern in Jordanien die palästinensischen Kämpfer vor bewaffneten Aktionen gewarnt. Israel hatte gedroht, in Jordanien einzumarschieren, falls die jordanische Armee nicht allein mit den Fedayin fertig werden würde.
(30) Wie die folgenden Ereignisse zeigen, war der Ministaat-Gedanke insgesamt eine Illusion, die von einer Unterschätzung des zionistischen Expansionswillen ausging. Schon damals war im Grunde klar, daß die Zionisten freiwillig kein Stück des besetzten Palästinas zurückgeben würden (Annexion Ostjerusalems wenige Tage nach Ende des Juni-Krieges, Siedlungspolitik etc.)
(31) vgl. Walter Hollstein, „Die USA und der Nahe Osten", „Orient", März 1978
(32) Dayan sicherte im September 1977 in einer Geheimmission Ägypten die Rückgabe des Sinai zu; „taz", 29.4.82. In der von der Sowjetunion und den USA gemeinsam herausgegebenen Nahost-Erklärung kam diese Linie innerhalb der US-Administration zum Ausdruck (Okt. 1977). Carter sprach von dem Anspruch der Palästinenser auf ein „homeland". Unmittelbar nach der Nahost-Erklärung reiste Dayan nach Washington, die Erklärung verschwand so plötzlich, wie sie abgegeben worden war.
(33) „Horizont", 2.5.77. Im gemeinsamen syrisch-sowjetischen Kommunique heißt es: „Die Sowjetunion und Syrien äußerten ihre Befriedigung über den Normalisierungsprozeß im Libanon. Sie stellten fest, daß in diesem Land Frieden und Sicherheit bei Gewährleistung seiner Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität wieder hergestellt werden. Sie verurteilen die Einmischung Israels in die inneren Angelegenheiten des Libanons, die in ständigen Provokationen im Süden des Landes zum Ausdruck kommt."

(34) Der damalige israelische Ministerpräsident Rabin hatte schon 1975 von dem damaligen US-Präsidenten Ford die Zusicherung erhalten, daß im Falle von Friedensverhandlungen die Golanhöhen kein Verhandlungsgegenstand sein würden („SZ", Weihn. 81).

medico international Hanauer Landstr. 147-149 D-6000 Frankfurt/M



medico international e.V

Hanauer Landstraße 147-149
6000 Frankfurt am Main 1
Telefon (0611) 490350
Telex 416153 meco d

A U F R U F Z U R H I L F E F Ü R D E N L I B A N O N

"Die alltägliche Traurigkeit der Menschen in den Flüchtlingslagern des Libanon hat ihre grauenhafte Verdopplung gefunden: nach vorliegenden Schätzungen befinden sich an die 6oo ooo Flüchtlinge erneut auf der Flucht. Betroffen sind nicht allein die Palästinenser, sondern auch die Mehrheit der libanesischen Zivilbevölkerung.
In Städten wie Tyrus und Sidon sind Häuser und Unterkünfte bis zu 9o% zerstört. Allein in dieser Region flohen ca. 2oo ooo Menschen vor dem heranrückenden israelischen Tod eu das Land, wo sie schutz- und obdachlos vegetieren.

Hinzu kommt die vollständige Zerstörung sämtlicher Krankenhäuser im südlichen Libanon und die systematische Verhaftung einheimischer und ausländischer Ärzte und medizinischer Hilfskräfte. - Betroffen ist vor allem die Zivilbevölkerung, die in Panik und Verzweiflung ohnmächtig zum totalen Opfer des Kriegsgeschehens geworden ist. Es herrscht ein akuter Mangel an Obdach, Betten, Nahrungsmitteln und nicht zuletzt an elementarer medizinischer Versorgung. Dabei spricht alles dafür, daß die israelische Kriegsmaschinerie ihr schreckliches Tun erst noch entfaltet, die nicht einmal auf das Mittel der Selektion verzichten mag: Palästinenser müssen in den neu gebildeten Gefangenenlagern zur Unterscheidung von den Libanesen ein w e i s s e s K r e u z auf dem Rücken tragen.

Die Vorbereitungen zum Angriff auf die Stadt Beirut sind eingeleitet. Die militärischen Attacken auf die in ihren Lagern verschanzten Palästinenser werden ständig intensiviert. Die Zahl der Toten, Verwundeten und Obdachlosen wird sich vervielfachen. Schon jetzt muß von einer akuten Seuchen- und Ansteckungsgefahr ausgegangen werden.

In dieser Situation hat medico international beschlossen, einem dringenden Aufruf zu sofortiger medizinischer Notfallhilfe aus dem Libanon nachzukommen und ihn hier zu verbreiten. Vor allem kompakte, zum sofortigen Einsatz taugliche Ausrüstungen für mobile Feldhospitäler werden im Libanon benötigt, damit der von nahezu jeglicher medizinischer Hilfe abgeschnittenen Bevölkerung in rasch improvisierten Kliniken geholfen werden kann. Zu diesem Zweck hat medico international die Ausrüstung für eine erste Notfallklinik im Wert von 2o ooo DM bereit gestellt. Weitere medizinische Hilfe wird dringend benötigt. Nur eine sofortige, umfassende und wirkungsvolle Unterstützung mit medizinischen Versorgungsgütern kann gewährleisten, daß für die sehr große Anzahl von Verwundeten und Kranken, für die libanesischen Männer, Frauen und Kinder wenigstens eine Hilfe für den aktuten Notfall zur Verfügung steht.

Gemeinsam mit der LIBANESISCHEN VOLKSHILFE, der LIBANONHILFE E.V., der PALÄSTINENSISCHEN ÄRZTEVEREINIGUNG E.V. und der sozialen Hilfsorganisation "NAJDEH" bittet m e d i c o i n t e r n a t i o n a l um Geldspenden für medizinische Hilfe auf das Konto 18oo bei der Stadtsparkasse Frankfurt unter dem Stichwort: "Libanon-Hilfe".

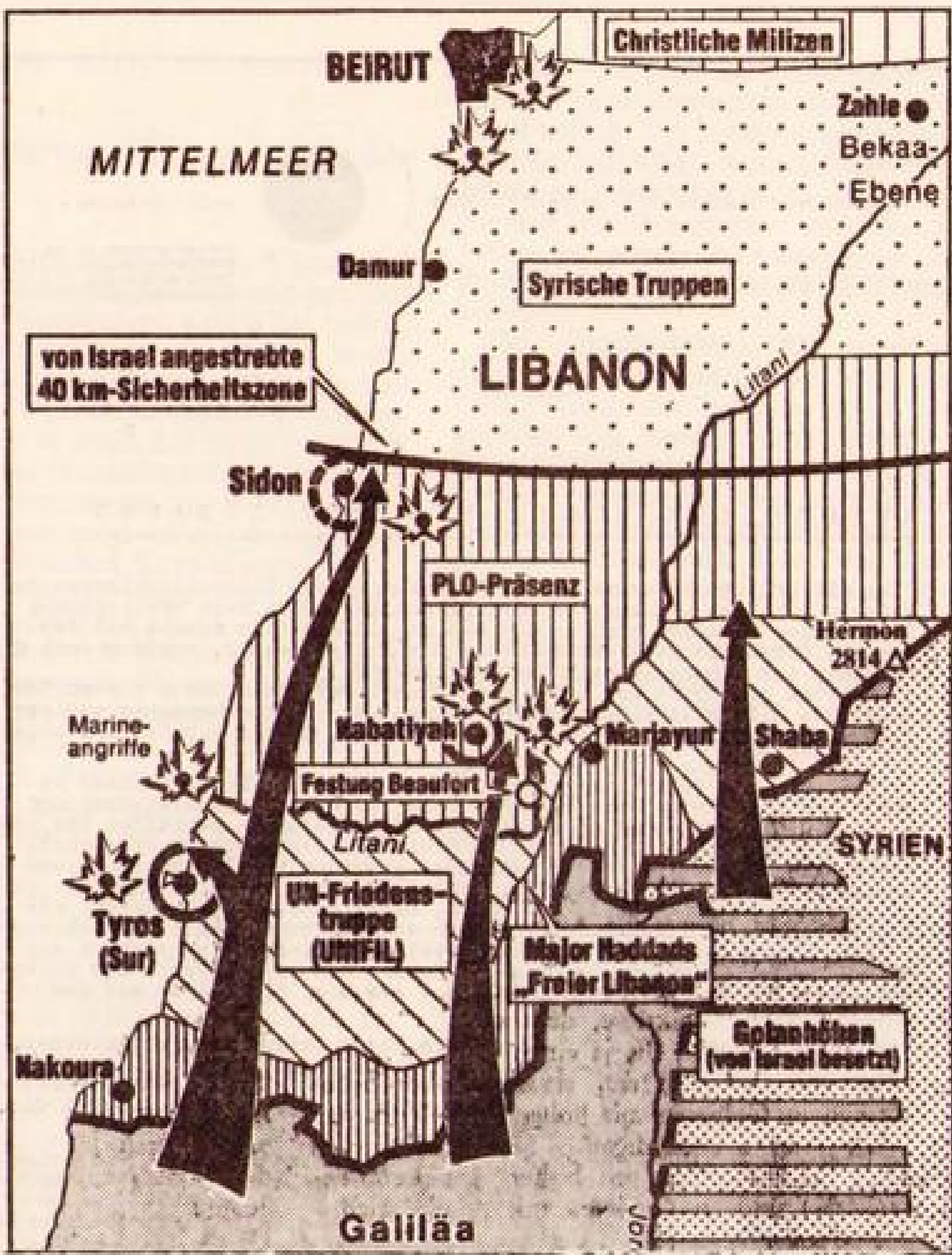
medico international
Pressestelle

Tel. o611 / 49 o3 5o

Sonderkonto:
Nr. 1800
Stadtsparkasse
Frankfurt

Stichwort: Libanon





Nahost im Zugriff der USA

Der folgende Artikel weist nach, daß es den USA in den letzten Jahren gelungen ist, Ägypten und Saudi-Arabien in die Militärstrategie der USA im Nahen Osten einzubinden, ohne die militärische Überlegenheit Israels anzutasten. Der Artikel belegt, daß Saudi-Arabien in den letzten Jahren zum Militärstützpunkt der USA ausgebaut wurde; antiamerikanische und antizionistische Tiraden des saudischen Regimes erweisen sich angesichts der Fakten als bloße Makulatur, mit der bestenfalls die eigene Bevölkerung getäuscht werden soll. Die stillschweigende Unterstützung Saudi-Arabiens für den israelischen Vernichtungskrieg im Libanon ist ein deutliches Zeichen für den proimperialistischen Charakter des saudischen Regimes. Über die aktive Beteiligung des saudischen Regimes an der imperialistischen Lösung im Nahen Osten wird in der nächsten Zeit sicher noch mehr enthüllt. Die „Welt" (3.7.82), gemeinsam mit den Zionisten im Siegesrausch, meldete bereits, daß Saudi-Arabien Waffenlieferungen aus Israel an die libanesischen Faschistenmilizen („Christen") finanziert habe!

Im „Arbeiterkampf"-Artikel „Imperialistische Eindämmungspolitik, Einkreisung der Sowjetunion und Bedrohung der ‚Dritten Welt'" (192, Januar 1981) wurde u. a. die Entwicklung des militärischen Kräfteverhältnisses im Nahen Osten (Zeitraum 1978 bis 1980) dargestellt und analysiert: Mit dem Sturz des Schah-Regimes im Iran verloren die USA ihre bis dahin nach Israel wichtigste militärische Bastion im Nahen Osten. Die Auflösung des CENTO-Paktes (Türkei, Pakistan, Iran, Großbritannien, USA) 1980 war eine Folge. Durch die Camp-David-Abkommen zwischen Israel, Ägypten und den USA wurde Ägypten in das imperialistische Lager integriert und von den USA massiv aufgerüstet, ohne dadurch zu einer militärischen Bedrohung Israels zu werden, aber stark genug, um vor allem in Nordafrika (Libyen!) Ordnungsfunktionen zu übernehmen.

Saudi-Arabien importierte schon damals die meisten Rüstungsgüter (inzwischen nehmen die Rüstungsausgaben astronomische Höhen an) und finanzierte darüber hinaus die Rüstungen anderer arabischer Staaten, u. a. den Aufbau der ägyptischen Luftwaffe. Jordanien erhielt ebenfalls Waffen aus imperialistischen Ländern, allerdings in vergleichsweise geringem Umfang (lange Grenze zu Israel).

Zusammenfassend hielt der Artikel fest, daß die USA wegen der instabilen politischen Verhältnisse in den arabischen Staaten den Schwerpunkt auf die Errichtung autarker Stützpunkte, auf ihre Flotte und auf ihre damals noch im Aufbau befindliche „Eingreifreserve" RDF (Rapid Deployment Force) aus 120.000 Soldaten setzte.

Der „geräumte" Sinai: Militärstützpunkt und Trainingsgebiet für die RDF

Am 25.4.82 räumte die israelische Armee die Sinai-Halbinsel im Rahmen der Camp-David-Abkommen. Die vollständige Souveränität über die Halbinsel allerdings erhielt Ägypten nicht zurück. In der Zone A am Suezkanal darf Ägypten 230 Panzer, Artillerie und Luftabwehr stationieren, diese Zone darf auch überflogen werden, allerdings dürfen keine Flugplätze installiert werden. In der Zone B dürfen sich bis zu 4.000 Mann Grenzpolizei aufhalten; Zone C, die am 25.4. geräumt wurde, wird einer multinationalen Truppe unterstellt. In der drei Kilometer breiten Zone D auf israelischer Seite darf Israel 4.000 Soldaten stationieren („Frankfurter Rundschau" — „FR", 16.4.82).

In den Camp-David-Abkommen war für die Überwachung der „Pufferzone" C entweder eine UN-Truppe oder eine multinationale Truppe vorgesehen. UN-Truppen allerdings unter-

In den Camp-David-Abkommen war für die Überwachung der „Pufferzone" C entweder eine UN-Truppe oder eine multinationale Truppe vorgesehen. UN-Truppen allerdings unter-

stehen den Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates, in dem alle Mitglieder, also auch die Sowjetunion, Vetorecht haben. Die Entsendung einer multinationalen Truppe zur „Friedenssicherung" umgeht diese Unannehmlichkeiten und zeigt, wie unangefochten die US-Imperialisten ihre Rolle als Weltpolizisten inzwischen spielen können. (Eine multinationale Truppe ist auch für den Libanon im Gespräch; der israelische Ministerpräsident Begin lehnt die Entsendung von UN-Truppen ab, da die Mehrheit der UNO israelfeindlich sei!). Der größte Teil der 2.600 Mann starken multinationalen Sinai-Truppe wird von den USA gestellt, und zwar von der 82. Luftlande-Division, die das Rückgrat der RDF bildet („Le Monde" — „LM", 16.3.82). Weitere Kontingente stellen vor allem die Westeuropäer, außerdem — sozusagen als Feigenblatt — Australien, Neuseeland, Uruguay, Fidschi, Kolumbien, Uruguay. Um einen ungefähren Überblick über die Größenordnungen zu erhalten: Die USA entsandten einen ersten Trupp von 600 Mann, Frankreichs Kontingent wird insgesamt nur 42 Mann betragen („LM", 16.3.82). Hauptstützpunkte werden Scharm al-Scheikh im Süden und Yamit im Norden sein. Der Chef der multinationalen Streitkräfte, General Hansen Bull, gab in einem ersten Interview als eine Aufgabe das gemeinsame Training von Einheiten verschiedener, meist verbündeter Armeen unter Wüstenverhältnissen zu („Neue Zürcher Zeitung", — „NZZ", 11./12.4.82). Is-

sen Bull, gab in einem ersten Interview als eine Aufgabe das gemeinsame Training von Einheiten verschiedener, meist verbündeter Armeen unter Wüstenverhältnissen zu („Neue Zürcher Zeitung", — „NZZ", 11./12.4.82). Is-

rael hinterläßt fünf Flugplätze (Scharm al-Scheikh, St. Katharin-Kloster und die Militärflugplätze in Bir Gafgafa, Ezion, Etam). Ein Drittel der Sinai-Halbinsel, die insgesamt rund 60.000 Quadratkilometer umfaßt, ist damit zu einem riesigen Truppenübungsplatz und Militärstützpunkt der USA und NATO geworden.



Saudi-Arabien — wichtiges Kettenglied in der Militärstrategie der USA

Saudi-Arabien fällt eine Schlüsselrolle beim strategischen Aufmarsch der USA im Nahen Osten zu. Das wird besonders deutlich an dem jüngst abgeschlossenen AWACS-Geschäft und an der Tatsache, daß das saudische Regime seit Jahren den größten Teil seiner Militärausgaben für den Ausbau einer Infrastruktur verwendet, die die vergleichsweise kleine saudische Armee (rund 50.000 Mann) niemals ausnutzen kann.

Am 1. Oktober 1981 setzte die US-Regierung formell den Senat davon in Kenntnis, daß sie beabsichtige, umfangreiche moderne Waffen an Saudi-Arabien zu verkaufen. Im einzelnen handelt es sich um:

— 6 KC-707-Tankflugzeuge mit einer Option für den Kauf von zwei weiteren Maschinen. Kosten: 2,4 Mrd. Dollar.
— 1117 AIM-9-L-SIDEWINDER-Luft-Luft-Raketen für die saudischen F-15 Flugzeuge. Kosten: 122 Mio. Dollar.

Option für den Kauf von zwei weiteren Maschinen. Kosten: 2,4 Mrd. Dollar.
— 1117 AIM-9-L-SIDEWINDER-Luft-Luft-Raketen für die saudischen F-15 Flugzeuge. Kosten: 122 Mio. Dollar.

— 202 Zusatztreibstofftanks für die F-15. Kosten: 110 Mio. Dollar.
— 5 AWACS nebst den dazugehörigen 22 Radarstationen und dem notwendigen umfangreichen Ausbildungsprogramm. Kosten: 5,8 Mrd. Dollar.

(Angaben nach „Europäische Wehrkunde", „EWK", 11/81 und „Frankfurter Rundschau" — „FR", 3.10.81. Siehe auch den Kasten „Was ist AWACS?").

Die Lieferungen dieser Waffen soll 1985 beginnen und 1987 beendet sein. Auf einer Pressekonferenz begründete Reagan die Lieferungen: *„So lange Saudi-Arabien und die OPEC-Länder des Nahen Osens jene Energie liefern, die benötigt wird, damit die Räder der Industrie sich in der westlichen Welt drehen, so lange ist es ausgeschlossen, daß wir tatenlos zusehen könnten, wie das alles von irgendjemandem erobert wird, der das Öl dann abschaltet".* Ferner begründete Reagan das AWACS-Geschäft mit *„vitalen Interessen der USA im Nahen Osten"* und der *„konstruktiven Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien und anderen Ländern des Nahen Ostens zur Erreichung von Frieden und Stabilität in der Region"* (nach „EWK", 11/81 und „FR", 3.10.81).

Die Lieferung von 62 F-15 (Eagle)-Kampfflugzeugen an Saudi-Arabien war schon vorher vereinbart worden; die ersten wurden im Januar 1982 geliefert. Da nur drei Flugplätze für die F-15-Flugzeuge geeignet sind (Dharam, Taif und Chamis Mushait) soll ein weiterer Flugplatz für die AWACS-Flugzeuge in der Nähe von Riad gebaut werden. Die militärischen Flugplätze sollen gegen Atomangriffe gesichert werden („Frankfurter Allgemeine Zeitung" — „FAZ", 22.12.81).

Anmerkungen zur Libanon-Solidarität in Hamburg

Die israelischen Truppen standen schon mehr als eine Woche im Libanon, als bei einem zufälligen Treffen von Mitgliedern des Palästinensischen Arbeiterverbandes (PAV), des Palästinensischen Studentenverbandes (PSV) und einigen Westdeutschen der Vorschlag für Bündnisgespräche über die Libanon-Solidarität und eine Protestdemonstration gemacht wurde. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Friedensbewegung und die westdeutschen Organisationen, daß erst so spät überhaupt an massenhafte Proteste gegen den Libanon-Krieg — der inzwischen den Charakter eines Ausrottungskrieges gegen die palästinensische Bevölkerung angenommen hatte — gedacht und nur sehr schleppend gehandelt wurde.

Auf dem ersten Bündnisgespräch am 15.6. stellte sich dann jedoch sehr schnell heraus, daß PSV, PAV und ihr Fürsprecher K.K. selbst angesichts dieser Situation kaum an einem breiten, gleichberechtigten Bündnis interessiert waren. Zwei vorhandenen Flugblattentwürfe wurden untergemauschelt, die Versammelten aufgefordert, doch das Flugblatt blanco zu unterschreiben, daß PSV/PAV erstellen würden. Proteste und Bitten, das Flugblatt doch vor der Unterschrift wenigstens einsehen zu dürfen, beschied der PSV-Vorstandsvorsitzende mit

co zu unterschreiben, daß PSV/PAV erstellen würden. Proteste und Bitten, das Flugblatt doch vor der Unterschrift wenigstens einsehen zu dürfen, beschied der PSV-Vorstandsvorsitzende mit

der Bemerkung, die Leute wollten wohl gar kein Bündnis mit ihnen, und schließlich würden DKP/MSB auch immer alles so unterschreiben.

Während die inhaltliche Debatte über das Flugblatt als „Zeitverschwendung" abgeblockt wurde, wurde von K.K. ein Bericht aus angeblich direkten Beiruter Quellen gehalten, in dem die Lage im Libanon generell beschönigt wurde. (So wurde behauptet, innerhalb einer Woche hätten die Linkskräfte und Palästinenser 2.000 israelische Panzer vernichtet, Israel habe sein Militärkontingent auf 200.000 Soldaten erhöhen müssen, da ihr erster Angriff gestoppt worden sei, die PLO sei nicht besiegt etc.). Realistischere Einschätzungen der Lage wurden als Boykottierung des Kampfes der Palästinenser klassifiziert.

Den radikalen Parolen standen aber dann nur klägliche Taten gegenüber: Das Flugblatt wurde anderen Organisationen und Gruppen nicht — wie verabredet — vorgelegt, wenige Stunden vor der Demonstration wurde es (am 18.6.) erstmalig verteilt. Die Demonstration war mit 300 Menschen entsprechend schlecht besucht.

Inzwischen hatte das vor einigen Monaten gegründete Deutsch-Arabische-Solidaritätskomitee mit Unterstützung der ESG die Initiative für ein Gespräch einzelner Menschen, Gruppen und Organisationen zur Libanon-Solidarität ergriffen. Nach anfänglicher Zusage von PSV-Mitgliedern, daran teilzunehmen, wurde ein Rückzieher gemacht und am gleichen Tag und zur gleichen Zeit an einem anderen Ort zu einem Bündnisgespräch Hamburger Organisationen eingeladen. Vor dem Tagungsort des Komitees wurde ein Abgrenzungsflugblatt verteilt, in dem der Alleinvertretungsanspruch von PSV/PAV als Teil der PLO für die Solidaritätsarbeit formuliert wurde. Das Komitee wurde, weil es Anspruch auf Selbständigkeit und gleichberechtigte Zusammenarbeit erhob, als PLO-feindlich bekämpft.

Der Kampf gegen das Komitee wurde nun leider zu einem wichtigen Teil der Arbeit von PSV/PAV und ihres Fürsprechers K.K. Immerhin wurde in einem breiten Bündnis gegen die zionistische Invasion in den Libanon, gegen den Völkermord und gegen die Versuche, die PLO zu liquidieren, mit 1.500 Menschen am 3.7. demonstriert und am 6.7. eine Veranstaltung mit 500 Menschen organisiert. Der PSV-Vorstand verweigerte per Beschluß dem Komitee, das Aufrufflugblatt zu unterschreiben und verhinderte damit die Unterstützung der Demonstration und der Veranstaltung. Er konnte sich damit im Bündnis durchsetzen.

Diese unglaublichen Vorgänge haben zwei der verschiedenen Unterstützer auf keinen Fall verschreckt: Das DKP-Spektrum und einen Teil der Autonomen („Freiheit" und Antiimp-Gruppen), die beide den Alleinvertretungsanspruch des PSV/PAV bisher bedingungslos akzeptieren. Dies ist

schreckt: Das DKP-Spektrum und einen Teil der Autonomen („Freiheit" und Antiimp-Gruppen), die beide den Alleinvertretungsanspruch des PSV/PAV bisher bedingungslos akzeptieren. Dies ist

nun ein eigentümliches Bündnis, daß sich allerdings unter den von PSV/PAV vertretenen Inhalten derzeit zusammenhalten läßt.

Das autonome Spektrum fährt auf die radikalen Parolen gerade der r e c h t e n PLO-Führer ab, die im Grunde die Unbesiegbarkeit der PLO beschwören, gleichzeitig aber unter weitgehenden Zugeständnissen verhandeln. Selbst der Rücktritt Haigs wird in dieser Situation noch als Sieg der Palästinenser ausgelegt (vgl. das Interview mit dem Bonner PLO-Vertreter Frangi in der „taz", vom 28.6.). Radikale Parolen eignen sich erfahrungsgemäß bestens, um eine geplante Kapitulation zu verschleiern (in unserer Analyse zum Libanon-Krieg weisen wir das ganz konkret nach).

Aus ganz anderen Gründen ordnet sich das DKP-Spektrum dieser Politik unter. Die wortradikalen Parolen über die Kampfkraft der Palästinenser, die Betonung, daß die Palästinenser im Grunde allein viel besser kämpfen als alle arabischen Armeen, lassen z.B. vergessen, daß auch die arabischen Regimes, besonders Syrien und Saudi-Arabien, nicht nur mitschuldig sind an der Lage im Libanon, sondern die Vernichtung der PLO aktiv mitbetreiben. Des weiteren wird dadurch die Haltung der Sowjetunion verschleiert, die im Palästina-Konflikt immer auf Verhandlungen und auf ein gutes Verhältnis mit den arabischen Regimes gesetzt hat und bis in die 70er Jahre hinein den Kampf der palästinensischen Fedayin als abenteuerlich abqualifiziert hat.

In der Wüste soll für 6 Mrd. Dollar die Militärstadt King Chalid Military City für 6.500 Soldaten und ihre Familien aus dem Boden gestampft werden (Herbert Wulf, Rüstungsimport als Technologietransfer, zit. nach „iz 3W" August 1981).

Lautstark protestierte die israelische Regierung in der Öffentlichkeit gegen die amerikanischen Waffenlieferungen und behauptete, es gerate gegenüber seinen arabischen Feinden ins Hintertreffen. Diese Proteste haben allerdings nur den Zweck, Israels Lüge, es sei durch die arabischen Staaten bedroht, abzusichern und den Boden für weitere Rüstungs- und Dollarhilfe vorzubereiten. Der amerikanische Präsident Reagan versicherte denn auch immer wieder, daß die USA niemals erlauben würden, daß Israel seine militärische Überlegenheit über die arabischen Staaten verliert („LM", 16./17.5.82). Diese Überlegenheit ist eine Tatsache: Zumindest technologisch wäre Israel auch vereinten arabischen Armeen überlegen.

Gleichzeitig dient die Propaganda von der Bedrohung Israels dazu, Rüstungslieferungen umso leichter an Bedingungen zu knüpfen: Die F-15-Kampfflugzeuge beispielsweise dürfen nicht in Tabuk stationiert werden, das relativ nahe an der israelischen Grenze liegt („FAZ", 25.1.82). Die Bedingungen schließlich, die die USA an das AWACS-Geschäft knüpften, erlauben den Saudis nur, diese teuren Flugzeuge (Quellen geben zum Teil sogar 8,5 Mrd. Dollar an) mit Petrodollars zu bezahlen. Während der Reise des amerikanischen Kriegsministers Weinberger durch die arabischen Staaten Anfang dieses Jahres akzeptierte Saudi-Arabien vertraglich die Bedingungen des amerikanischen Kongresses: Die USA können über die Informationen, die die Flugzeuge sammeln, verfügen; die Bordprogramme bleiben Eigentum der USA; bis weit in die 90iger Jahre wird US-Personal mitfliegen; die Erkenntnisse dürfen nur mit Einwilligung der USA an Drittländer weitergegeben werden; amerikanische Truppen können zum Schutz der AWACS eingesetzt werden („FR", 3.10.81, „LM", 1.3.82).

Die amerikanische Zeitschrift „The Middle East" (Januar 1982) schrieb, daß das AWACS-Geschäft Teil eines „nebulösen" Verteidigungsplanes sei, der seit zwei Jahren in geheimen Diskussionen entwickelt werde. Im Februar 1981 seien zwischen dem Chef der saudischen Luftwaffe und dem Chef der militärischen US-Gruppe in Saudi-Arabien, Donnelly, Übereinkünfte erzielt worden. Unter anderem habe Saudi-Arabien die Lagerung von Material- und Munitionsunterstützung für die RDF zugesagt. Die AWACS-Flugzeuge seien Teil eines computerisierten Kommando-, Kontroll- und Kommunikationssystems mit Hauptquartier in Riad (siehe Flughafenbau) und sechs Nebenstellen, das auch die Golfländer miteinbeziehen soll (siehe Golf-Kooperationsrat weiter unten). In den nächsten zehn Jahren werde das Projekt 60 Mrd. Dollar verschlingen.

Selbst der frühere US-Botschafter in Saudi-Arabien kritiserte, daß Saudi-Arabien US-Bedingungen akzeptieren mußte, die gleichbedeutend mit einem israelischen Veto gegen ihren Einsatz seien.

Der israelische Kriegsminister Sharon brachte die Sache auf den Punkt. In einem Interview mit „The Middle East", Dezember 1981, erklärte er, das AWACS-System einschließlich der Boden-Stationen werde die Region — einschließlich Türkei, Ägypten und Israel — für US-militärische Operationen verbinden.

Ein äußeres Zeichen für diese „Bindung" ist die Bildung eines gemeinsamen Militärausschusses durch die USA und Saudi-Arabien („FAZ", 10.2.82).

An dieser Stelle möchten wir, auch wenn es etwas aus dem Rahmen fällt, PLO-Chef Arafat zitieren, der in einem Interview mit der DKP-Zeitung „Unsere Zeit" (1.7.82) angesichts des israelischen Völkermordes äußerte: *„Es gibt ein aktives Bemühen der arabischen Staaten, dieser Aggression Israels ein Ende zu setzen. Dabei spielt Saudi-Arabien eine besondere Rolle. Ich stehe im Kontakt zu den arabischen Staatsoberhäuptern, besonders zu König Fahd Ben Abdel Aziz".*

1981 gab Saudi-Arabien allein rund 20 Mrd. Dollar für die Rüstung aus. Für die nächsten fünf Jahre sind 100 Mrd. Dollar veranschlagt. Verstärkt sollen darin Mittel für den konventionellen Ausbau der saudischen Armee und der Marine enthalten sein, unter anderem soll die Aufstockung der saudischen Armee auf 200.000 Mann vorgesehen sein, was nur durch die Eingliederung fremder Truppen (z. B. Pakistanis) möglich ist. (U. Braun, Die Außen- und Sicherheitspolitik Saudi-Arabiens, in Orient). Bisher gibt es 6.000 Pakistanis in der saudischen Armee, deren Zahl auf 20.000 ansteigen soll („The Middle East", Jan. 1982).

Seit Mitte der 60er Jahre gibt Saudi-Arabien 60 bis 70 % der Militärausgaben für den Ausbau der militärischen Infrastruktur aus, die die relativ kleine Armee gar nicht benutzen kann. Adalbert Weinstein, der Militärstratege der großbürgerlichen „FAZ", gibt dazu folgenden Kommentar: *„Im Ernstfall"* könne heute die Rapid Deployment Force der USA auf diese Einrichtungen gut zurückgreifen („FAZ", 25.1.82). Schon heute kommt auf etwas fünf saudische Soldaten ein amerikanischer Militärberater. (Zum Vergleich, der Schah hatte es „nur" auf eine Quote von 10 : 1 gebracht.) Mit der hochmodernen Technik der F-15-Kampfflugzeuge und der AWACS kann die saudische Armee allein schon gar nichts anfangen. Viele Jahre lang wird die Armee einen umfangreichen amerikanischen Ausbilder- und Militärberaterstab brauchen. Saudi-Arabien ist zu einem riesigen Militärstützpunkt der USA geworden.

Die westeuropäischen Staaten beteiligen sich an der Aufrüstung

Frankreich vereinbarte mit Saudi-Arabien 1980 ein 14 Mrd.-Franc-Geschäft über die Lieferung von Seekriegsgerät. Im März 1982 verhandelten beide über eine Beteiligung Saudi-Arabiens an den Entwicklungskosten für ein neues Kampfflugzeug „Mirage 4000" („Stern", 18.3.82). Von der Bundesregierung erwartet Saudi-Arabien noch immer die Zusage für die Lieferung von 300 Leopard II-Panzern, die mit Rücksicht auf Israel bisher noch umstritten ist.

Zusammenarbeit der Golfstaaten

Die engere Zusammenarbeit zwischen den Golfstaaten wurde in der Vergangenheit wiederholt — erfolglos — angestrebt. Nach dem Scheitern eines Umsturzversuches in Bahrein im Dezember 1981 schlossen Bahrein und Saudi-Arabien einen Beistandspakt, der ein *„koordiniertes Vorgehen gegen die Umtriebe ‚islamischer Revolutionäre' vor(sieht), einschließlich der Auslieferung von Revolutionären zwischen beiden Staaten".* Andere Golfstaaten können sich dem Pakt anschließen („EWK", 2/82). Bahrein schlug ferner die Bildung einer Schnellen Eingreiftruppe der Golfstaaten zur Bekämpfung innerer Unruhen vor („SZ", 22.12.81). Die geplante Aufstockung der saudischen Armee durch ausländische Söldner (siehe oben) würde gut in diese Pläne passen.

Im Februar 1981 wurde der sogenannte „Golfkooperationsrat" gegründet, dem Kuwait, Bahrein, Katar, Oman, die Vereinigten Arabischen Emirate und natürlich Saudi-Arabien — an der Spitze — angehören. Wenn zunächst auch keine Vereinbarungen über militärische Zusammenarbeit getroffen wurden, einigte man sich doch auf eine enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Flugwesens, des Informationsaustausches und der Kommunikation. An der Spitze des Kooperationsrates steht ein „Hoher Rat" der Staatschefs. Die Kooperation der Golfstaaten wird angesichts des Kräfteverhältnisses in der Region der Entwicklung einer einheitlichen proimperialistischen Politik dienen, unter Führung Saudi-Arabiens. Amerikafeindliche Äußerungen einiger Staaten, insbesondere Kuwaits, sollten darüber nicht hinwegtäuschen.

Die Militärausgaben dieser Staaten haben enorme Höhen erreicht: 1980 kauften die Golfstaaten für 40 Mrd. Dollar Waffen in den USA, Großbritannien und Frankreich. Die Pro-Kopf-Militär-Ausgaben betragen nach dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI in den USA 520 Dollar, in Saudi-Arabien 2.500 Dollar, VAE 2.100 Dollar, Katar 1.700 Dollar, Kuwait 1.200 Dollar, Oman 1.050 Dollar („LM", 14.5.82).

Besonders Oman hat den USA weitgehende Stützpunktrechte eingeräumt. In einem 1980 geschlossenen Vertrag überläßt Oman für 250 Mio. Dollar Militärhilfe die Nutzungsrechte über folgende Stützpunkte:

— Marine Depot in Maskat,
— die Häfen in Kabus und Raysut,
— den Hafen und Flugplatz Salalah in Dhofar als Reparaturplatz,
— den internationalen Flughafen bei Sib bei Maskat,
— die Insel Masira vor der Südküste, die für 80 Mio. Dollar ausgebaut wird, um Material für die RDF einlagern zu können. („EWK", 10/80, „FAZ", 3.11.81, 10.2.82, „Hamburger Abendblatt", 14.11.81).

Die Nato-Zeitschrift „EWK" mißt dem Stützpunkt in Masira eine besondere Bedeutung zu. *„Der Sultan von Oman hat auf Masira den im Aufbau befindlichen US-Streitkräften gute Möglichkeiten eingeräumt, relativ leicht die Schiffsbewegungen im Golf von Oman, vor allem aber in der engen Seestraße von Hormuz unter Kontrolle zu halten. Masira kann auch als US-Basis alle denkbaren Aktivitäten der UdSSR und ihrer Bundesgenossen aus der Region des afrikanischen Horns, des Golfs von Aden und aus der Volksrepublik Südjemen abblocken. — Die Schiffsliegeplätze um Masira können von Land gesichert werden; 2.500 m lange Startbahnen, feste Hangars und moderne Fernmeldeeinrichtungen werden den Wert dieses Stützpunktes für den Westen in Zukunft noch deutlich machen"* („EWK", 10/80, Seite 484).

Ägypten

Wegen der Bedeutung Ägyptens im arabischen „Friedensprozeß" und der „Sorge um die Hochrüstung Ghaddafis" haben besonders die USA dieses Land in den letzen Jahren aufgerüstet, verglichen allerdings mit Israel oder Saudi-Arabien vergleichsweise gering.

1978 erhielt Ägypten 1,27 Mrd. Dollar Entwicklungshilfe aus dem Westen, gab aber im gleichen Jahr 1,35 Mrd. Dollar für die Rüstung aus („Stern", 1.4.82). Für 1982 gewährte der US-Kongreß Ägypten einen Kredit von 1 Mrd. Dollar, mit dem aber auch noch Waffen bezahlt werden müssen, die das Land bereits erhalten hat. Ein Fünfjahresplan sieht Rüstungshilfe von 4 Mrd. Dollar für Ägypten vor, andere Quellen sprechen von 5 Mrd. („FR", 20.11.81). Vierzig F-16 Flugzeuge sollen noch in diesem Jahr an Ägypten geliefert werden („EWK", 11/81). Die Lieferung von 300 Panzern M 60-A-3 aus den USA ist angelaufen. Ein wesentliches Problem der ägyptischen Armee ist, daß sie über 850 leichte und 750 mittlere sowjetische Panzer verfügt; nach dem Abbruch der Beziehungen zur Sowjetunion fehlt es allerdings an Ersatzteilen. Nach Angaben des ägyptischen Verteidigungsministers Ghazala sind ab Mai 1982 die ersten neuen Aufklärungsschwadrone vom Typ „Hawkeye" sowie moderne Radarsysteme einsatzbereit („Monitor-Dienst", „MD", 5.3.82). Auch Ghazala schlug kürzlich die Bildung einer arabischen Eingreiftruppe „zum Schutz der arabischen Ölfelder vor der sowjetischen Bedrohung" vor. Die RDF der USA sei zu klein und zu teuer und biete daher keinen angemessenen Schutz („NZZ", 8.5.82). Diese Argumentation kann nur als Bitte nach weiterer Militärhilfe verstanden werden, nicht als ernsthafter Einwand.

Bedeutend ist die militärische Zusammenarbeit zwischen den USA und Ägypten, wie das gemeinsame Manöver „Bright Star" Ende 1981 gezeigt hat. In großem Maßstab wurde der Kern der RDF zusammen mit Truppen aus Ägypten, Sudan, Somalia und Oman erprobt, 1983 soll ein Nachfolgemanöver stattfinden.

In Ägypten sind ständig mindestens 500 US-Militärberater anwesend („FR", 15.12.81).

Seit einem Jahr dürfen die USA vertragsgemäß Militärstützpunkte in Ägypten benutzen. Der ägyptische Stützpunkt Ras Banas am Roten Meer wird seitdem für die US-Armee ausgebaut („EWK", 6/81).

Frankreich verkaufte Anfang dieses Jahres Ägypten 20 Mirage 2000 einschließlich Bewaffnung („EWK", 2/82).

„Strategische Zusammenarbeit" zwischen Israel und den USA

Ende November 1981 wurde erstmals die militärische Zusammenarbeit zwischen Israel und den USA formell bestätigt. Das Abkommen über die „strategische Zusammenarbeit" soll der Abwehr „sowjetischer Aktionen" im Nahen Osten dienen und nicht gegen die arabischen Staaten gerichtet sein. Das Abkommen ziele darauf ab, *„den beiden Ländern Zusammenarbeit und militärischen Beistand zur Abwehr von Bedrohungen der Sicherheit für die ganze Region zu ermöglichen, die von*

PILATUS



„...Erst werden die Palästinenser mit Hilfe unserer Waffen abgeschlachtet ... und dann sind die Übriggebliebenen noch so undankbar, unser Angebot zur Evakuation abzulehnen..." (Karikatur von Opland aus der sozialdemokratisch orientierten Tageszeitung „de Volkskrant", 8.7.82)

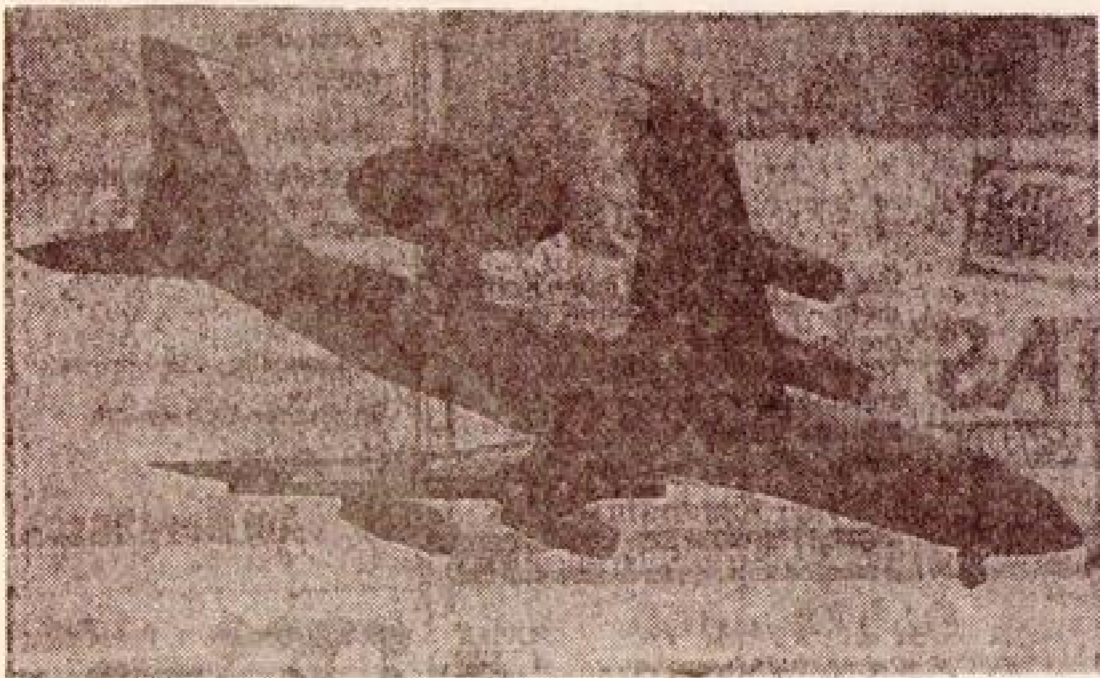
Was ist AWACS?

Fünf von den USA entwickelte und gebaute AWACS-Flugzeuge sollen zwischen 1985 und 1987 an Saudi-Arabien geliefert werden. AWACS ist die Abkürzung für das „Air Warning Alarm Control System", das sich als Frühwarn- und Angriffs-System eignet. AWACS kann bis zu 400 Flugzeuge im Umkreis von über 350 Kilometern ausmachen, unabhängig vom Wetter und der Bodenbeschaffenheit. Das bis zu 9 Kilometer hoch fliegende Radar-System kann seine Auswertungen gleichzeitig an dreißig Bodenstationen übermitteln. Jede AWACS-Maschine kann ohne aufzutanken elf Stunden in der Luft bleiben; beim Auftanken in der Luft verdoppelt sich die Einsatzzeit.

Als Kommandozentrale ist AWACS für den Luftangriff ebenso einsetzbar: Ein AWACS kann aus relativ sicherer Entfernung die eigenen Jagdflugzeuge und Raketen führen und gegnerische Abwehrmaßnahmen frühzeitig ausmachen. Als für den Einsatz in Europa zehn AWACS in der BRD stationiert wurden, wurde an den kostspieligen Systemen kritisiert, daß sie leicht verwundbar wären. Wortkarg antworteten damals Militärfachleute: *„Wir haben uns da etwas einfallen lassen, wollen es aber nicht bekannt machen"* („FR", 1.4.82). Hierbei scheint es sich um einen „Trugbild-Erzeuger" zu handeln, der in AWACS eingebaut werden kann. *„Dieses technische System wurde erstmals bekannt, als ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug des Typs SR-71 über Nordkorea von einer sowjetischen Boden-Luft-Rakete angegriffen und nicht getroffen wurde. Der Pilot der SR-71, so wurde aus dem Pentagon bekannt, wurde bereits in dem Augenblick bildschirm-visuell und auch akustisch gewarnt, als die Nordkoreaner ihre Rakete gestartet hatten. Binnen Sekundenbruchteilen wußte er über Flugbahn und Entfernung der auf ihn abgeschossenen Rakete Bescheid. Er schaltete daraufhin sein in Pilotenkreisen als ‚Hokuspokusbox' bekanntes Radar-Verzerrungsgerät ein, wodurch er seine Maschine theoretisch ‚unsichtbar' machen konnte, aber ein Trugbild seiner SR-71 erzeugte, das fast zwei Kilometer vor der Maschine entstand. Die Rakete flog dieses Trugbild an und explodierte damit weit entfernt von der SR-71. Vergleichbare Systeme befinden sich auch an Bord der AWACS-Maschinen"* („Europäische Wehrkunde", 10/81.

Sollte dieses System bereits ein Schritt hin zu dem von den USA geplanten „unsichtbaren" Jagdbomber sein? Fest steht, daß solche technischen Entwicklungen für die NATO den Krieg führbarer machen.

(Informationen aus „Spiegel", 5.10.81; „Europäische Wehrkunde" 10/81, „FR", 1.4.82)



der Sowjetunion oder von sowjetisch beeinflußten Kräften von außen hereingetragen werden''. Zur Abwehr solcher Bedrohungen wollen sich beide Seiten bei militärischen Operationen unterstützen („SZ'', 2.12.81). Zu den „sowjetisch beeinflußten'' Kräften zählen in erster Linie Syrien (1980 Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion) und selbstverständlich die Palästinsische Befreiungsorganisation. Das Hochspielen der „sowjetischen Bedrohung'' — die, wie die Entwicklung der letzten Jahrzehnte im Nahen Osten zeigt, überhaupt keinen realen Hintergrund hat (so war die Sowjetunion nicht einmal in der Lage, arabische Staaten gegen israelische Aggressionen wirksam zu schützen), bildet die gemeinsame Basis, auf der die Israel und die reaktionären Staaten umfassende US-Militärstrategie fußt. Sie wird von der US-Administration als das geeignete Propagandainstrument angesehen, um den israelisch-arabischen Konflikt ohne jedes Zugeständnis von Seiten Israels abzuschwächen. Die „sowjetische Bedrohung'' glaubhaft zu machen, war auch das erklärte Ziel der Rundreise des amerikanischen Kriegsministers Weinberger durch die Golfstaaten zu Beginn dieses Jahres.

Im Gefolge des Strategischen Abkommens zwischen Israel und den USA wurde ein gemeinsamer militärischer Rat gegründet, der ständige Konsultationen vorsieht. Konkret vereinbart wurden gemeinsame Manöver der Luft- und Seestreitkräfte, für die Israel die logistische Infrastruktur liefern wird. Flugzeuge der US-Luftwaffe und Schiffe der US-Marine können in Israel überholt und repariert werden. Die beiden neuen Luftwaffenbasen im Negev, Ramon und Ovda, können ebenfalls von den USA benutzt werden. Israel hatte mit dem Bau dieser Basen als „Ausgleich'' für die auf dem Sinai „aufgegebenen'', d. h. der multinationalen Truppe übergebenen Flugplätze, noch während der Verhandlungen begonnen. An den Kosten von 1,04 Mrd. Dollar beteiligen sich die USA mit 800 Mio. Dollar. Vereinbart wurde zwischen Israel und den USA außerdem die Einlagerung von Militärausrüstung für die RDF („Afrique-Asie'', 21.12.81, „EWK'', 9/80).

Die wichtigsten Teile dieses Abkommens wurden auf Drängen der USA und mit Rücksicht auf die reaktionären arabischen Regimes nicht bekannt. Obwohl Israel eine viel weitgehendere Zusammenarbeit angestrebt hatte, z. B. die ausdrückliche Festlegung einer gemeinsamen Strategie gegen *„unerwünschte Trends in arabischen Staaten''*, zeigte sich der israelische Kriegsminister Sharon befriedigt und äußerte, er habe fast alles erreicht („taz'', 2.12.81).

In den Zusatzabkommen soll nach saudischen Presseberichten folgendes vereinbart sein: Israel hat das Recht, ohne die amerikanische Regierung zu benachrichtigen, den Südlibanon zu besetzen, wenn israelische Dörfer und Siedlungen angegriffen werden; Israel darf jede arabische Armee angreifen, die sich Israel nähert; falls Ägypten sich von den-Camp David-Abkommen zurückzieht, darf Israel umgehend den Sinai wieder besetzen; bei „Gefahr für die jordanische Sicherheit'' von innen oder außen kann Israel Jordanien besetzen (ein Eingreifen hatte Israel schon während des Schwarzen Septembers 1970 angedroht, falls die jordanische Armee nicht mit den palästinensischen Widerstandskämpfern fertig würde); falls eine Organisation eines arabischen Staates in Israel, den Westbanks oder im Gaza-Streifen arbeitet, darf Israel gegen dieses Land Krieg führen (nach „Al-Mostakbal'', 2.1.82). Nach „Al-Sharq al-Awsit'' (zit. nach „Afrique-Asie'', 21.12.81) soll ein sehr geheimer Teil des israelisch-amerikanischen Abkommens die USA verpflichten, den Israelis zu helfen, nukleare Sprengköpfe zu bauen.

Israel ist, im Unterschied zu den arabischen Staaten, schon lange im Besitz der Atombombe. Die Bombardierung des irakischen Atomreaktors am 7. Juni letzten Jahres hat gezeigt, daß Israel mit allen Mitteln seine atomare Alleinherrschaft im Nahen Osten behauptet. Wenn Israel bis heute die Atomwaffen noch nicht eingesetzt hat und noch nicht zu offenen atomaren Erpressungen übergegangen ist, so ist trotzdem allein die Existenz dieser Waffen in den Händen Israels eine ständige Gefahr für die arabischen Völker und den Weltfrieden.

In dem kürzlich in London veröffentlichten Buch „Two Minutes over Bagdad'' (zitiert nach „taz'', 23.6.82) werden CIA-Quellen zitiert, die behaupten, daß Israel 200 Atomsprengköpfe besitzt. In Zusammenarbeit mit Südafrika würden eine Neutronenbombe und eine Cruise Missile entwickelt, die eine Reichweite von 2.400 km erhalten solle und damit alle arabischen Staaten und sogar die südliche Sowjetunion erreichen könnte.

Mit seinen F-15 und F-16-Bombern verfügt Israel schon heute über einsetzbare Trägerwaffen für Atomsprengköpfe.

Nahost-Kommission

21.12.81, „EWK'', 9/80).
Die wichtigsten Teile dieses Abkommens wurden auf Drängen der USA und mit Rücksicht auf die reaktionären arabischen Regimes nicht bekannt. Obwohl Israel eine viel weitgehendere Zusammenarbeit angestrebt hatte, z. B. die ausdrückliche Festlegung einer gemeinsamen Strategie gegen *„unerwünschte Trends in arabischen Staaten''*, zeigte sich der israelische Kriegs-
die eine Reichweite von 2.400 km erhalten solle und damit alle arabischen Staaten und sogar die südliche Sowjetunion erreichen könnte.
Mit seinen F-15 und F-16-Bombern verfügt Israel schon heute über einsetzbare Trägerwaffen für Atomsprengköpfe.
Nahost-Kommission

Vergleich Israel — Syrien

Der folgende militärische Vergleich zwischen Israel und Syrien stützt sich auf den Jahresbericht „The Military Balance'' 1981/82 des Londoner Instituts für Strategische Studien IISS, also auf NATO-Angaben, die keineswegs die israelischen Kapazitäten überbetonen würden.

	Israel	Syrien
Bevölkerung	4 Mio	9,15 Mio
Gesamtstreitkräfte	172.000	222.500

Innerhalb von 24 Stunden kann Israel durch Einberufung von Reservisten die Armee auf 400.000 Mann aufstocken, d.h. die Gesamtstreitkräfte bilden 10 % der Bevölkerung (wobei die Bevölkerungszahl von 4 Mio schon als übertrieben angesehen werden muß).

Luftwaffe — Israel

Flugzeug	Anzahl
F-16	53
F-15	25
F-4E	138
Mirage III	27
Kfir-C2	85

Moderne Luft-Luft und Luft-Boden-Raketen der Typen Sidewinder, Maverick u.a. In Bestellung sind: 22 F-16, 15 F-15, 600 Sidewinder und 600 Maverick.

Luftwaffe — Syrien

Flugzeug	Anzahl
MIG 25	25
MIG 23	64
MIG 21	230
MIG 17	85

Boden-Luft-Abwehrraketen der Typen SAM 2 und 3 und SAM 6. Der Libanonkrieg läßt einige Rückschlüsse auf die unterschiedliche Qualität der Waffen zu. Laut Rabin, führendes Miglied der israelischen „Arbeiterpartei'' und früherer israelischer Ministerpräsident, haben die F-15 und F-16 ihre hohe Überlegenheit gegenüber den sowjetischen MIG und SAM-Raketen klar gezeigt („stern'', 24.6.82). Fest steht, daß die Israelis ungehindert ihr Bombardement auf Beirut und andere Städte und die Zerstörung der syrischen SAM-Batterien im Bekaatal durchführen konnten. Auch liegen die syrischen Verluste an abgeschossenen Maschinen nicht nur wegen der modernen Sidewinder-Raketen der Isralis viel höher, sondern auch wegen der modernen Wartung und hohen Ausbildung durch die USA.

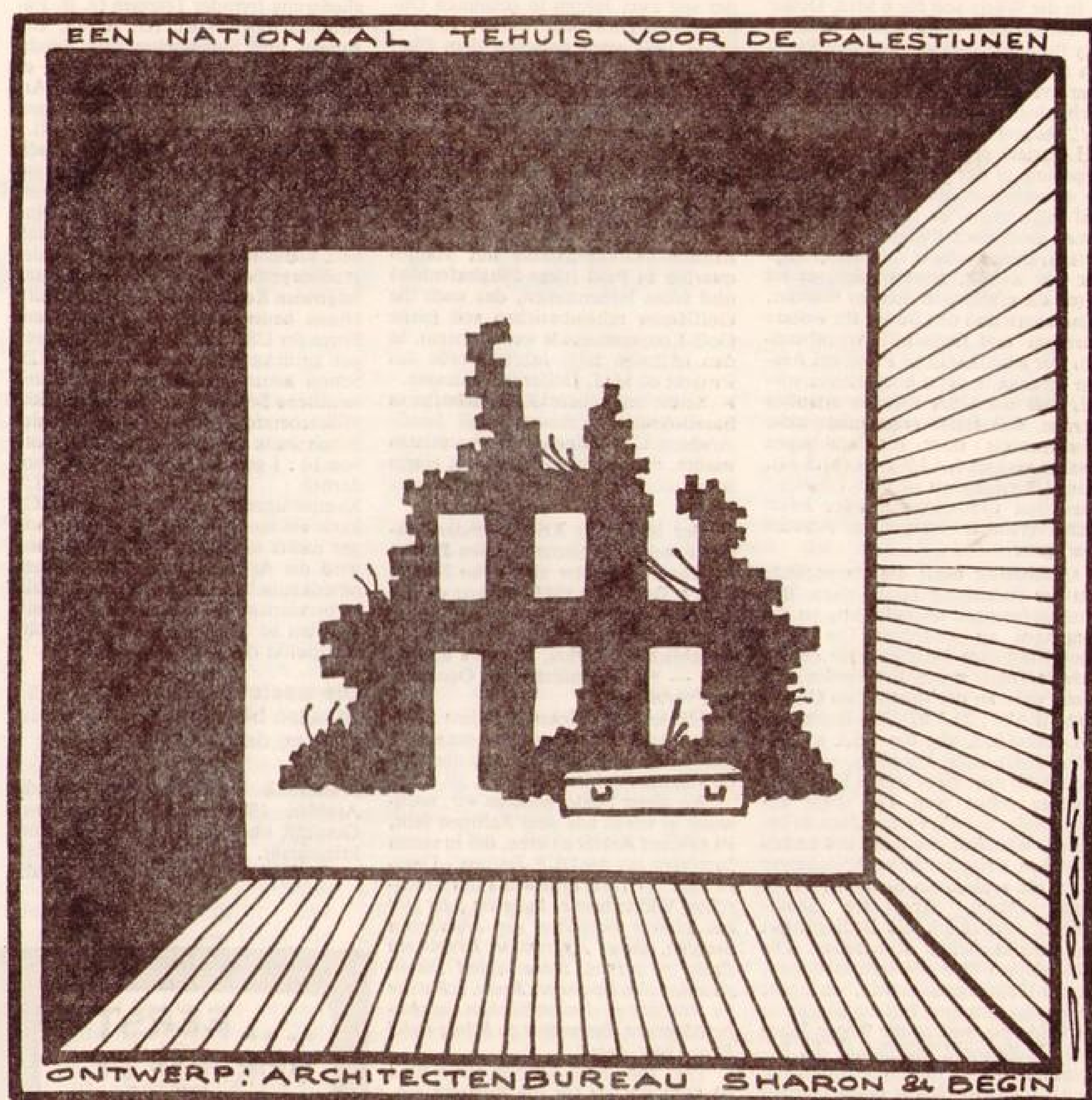
Marine

Daß die israelische Marine völlig ungehindert die ganze libanesische Küste kontrollieren kann und dort die Schiffe mit Hilfsgütern aus anderen Ländern abfängt und die libanesischen Städte beschießt, liegt z.T. auch an der Passivität Syriens. Aber selbst wenn Syrien zur See die Beschießung Libanons verhindern wollte, hätte es mit seiner schwachen Marine keine Chance. So besitzt Syrien im Unterschied zu Israel nicht einmal U-Boote.

Heer

Beide Seiten haben laut „Military Balance'' rund 3000 - 4000 Panzer, aber auch auf diesem Sektor ist die Qualität der Waffen, besonders auch der Panzerabwehrwaffen, entscheidend. Rabin führt im „stern'' aus, daß der israelische Merkava-Panzer „seine Feuerprobe mit Erfolg'' im Libanonkrieg bestanden habe. Der modernste syrische Panzer, der sowjetische T-72, sei leicht von israelischen Panzerabwehrkanonen von Land und Hubschraubern aus zu zerstören gewesen. Die Überlegenheit der israelischen Panzerabwehrwaffen zeigte sich schon im Nahostkrieg 1973 („Yom Kippur''), als sie den Vormarsch der ägyptischen Panzer stoppten.

Nahost-Kommission



„Ein Homeland für die Palästinenser — Entwurf: Architektenbüro Sharon & Begin'' (Zeichnung von Opland aus der niederländischen, linkssozialdemokratisch orientierten Wochenzeitung „De Groene Amsterdammer'' vom 30.6.82)

PLO reißt Freunden die Maske ab
— Kommentar von Jan Keulen, Nahost-Korrespondent der niederländischen „Volkskrant'' —
Beirut. — „Wir Palästinenser haben den längsten arabisch-israelischen Krieg gekämpft. Und wir haben diesen Krieg alleine bestritten.''
sichts des Überschusses auf dem Ölmarkt. Aber Saudi-Arabien, die Golfstaaten und andere „gemäßigte'' arabische Länder hätten doch ihre
auf politischen und militärischen Druck beschränken kann''. „Die Sowjetunion muß alle möglichen Mittel nutzen, um gegen die israelischen An-

PLO reißt Freunden die Maske ab

— Kommentar von Jan Keulen, Nahost-Korrespondent der niederländischen „Volkskrant'' —

Beirut. — „Wir Palästinenser haben den längsten arabisch-israelischen Krieg gekämpft. Und wir haben diesen Krieg alleine bestritten.''

Es ist, nach fast drei Wochen Krieg, ein wahrer Kern in dieser Behauptung, die man aus dem Mund von vielen PLO-Führern hören kann. Natürlich, Syrien hat in der ersten Woche des Krieges auch vier Tage gekämpft und in den vergangenen Tagen gab es in der Bekaa-Ebene, beim Karaun-See und bei Aley scharfe syrisch-israelische Zusammenstöße, aber die syrische Konfrontation mit dem israelischen Feind hatte einen rein defensiven Charakter.

Es ging und geht um Positionen wie die Hauptstraße Beirut-Damaskus und die Bekaa-Ebene, die für die Verteidigung von Syrien von Lebensinteresse sind. Für die meisten Palästinenser hat Syrien sich entlarvt. Wie war das doch mit dem syrischen Versprechen, daß die Syrier „die palästinensische Revolution im Libanon verteidigen werden''? Dieses Argument wurde immer als Legitimation für die syrische militärische Anwesenheit im Libanon gebraucht. Wie sieht es mit dem Verband Syrien-PLO-nationale Bewegung aus?

Schon vor dem Beginn des Krieges gab es Spannungen zwischen Syrien und der wichtigsten Bewegung innerhalb der PLO, Al Fatah. Verhandlungen über einen palästinensich-syrischen strategischen Pakt schleppten sich schon Monate hin und hatten letztendlich kein Ergebnis. Einige Wochen vor dem Krieg gab es in der nordlibanesischen Stadt Tripoli scharfe Gefechte zwischen syrischen Truppen und prosyrischen Milizen einerseits und lokalen libanesischen Gruppen, unterstützt von Al Fatah, andererseits. Von solchen Freunden hat man also nichts.

Was für Syrien gilt, das gilt in noch viel stärkerem Maße für die arabischen Bündnispartner. Wie sieht es aus mit der „Ablehnungsfront''? Libyen, Algerien und Süd-Jemen haben zur Solidarität mit den Palästinensern natürlich ihren verbalen Beitrag geliefert, aber die PLO hat vergeblich auf Waffen gewartet, ganz zu schweigen von direkter militärischer Hilfe in Form von Truppen. Alle Slogans von arabischer Einheit und Solidarität sind leere Worte geblieben. Das einzige Land, das einige Tausend Freiwillige sandte und einige direkte militärische Hilfe gab, war der nicht-arabische Iran.

Auch die Ölstaaten haben von nichts wissen wollen. Vielleicht ist die Ölwaffe im Moment nicht gut anwendbar angesichts des Überschusses auf dem Ölmarkt. Aber Saudi-Arabien, die Golfstaaten und andere „gemäßigte'' arabische Länder hätten doch ihre Freundschaft mit den Vereinigten Staaten einsetzen können? Sie hätten doch ihre finanzielle Macht gebrauchen können? Aber es ist bei einer — bisher unverbindlichen — saudischen Drohung geblieben, daß die arabische Welt Schritte unternehmen werde, wenn das israelische Heer in West-Beirut einfällt.

Inzwischen trinken israelische Offiziere guten libanesischen Wein mit ihren falangistischen Brüdern in Ost-Beirut und palästinensische und libanesische Wohnviertel in West-Beirut werden täglich aus der Luft, von Kriegsschiffen aus und von den Hügeln befeuert. Der neugebackene König Fahd hat unlängst ein Liebesgedicht geschrieben, Margret Thatcher gewidmet. Er hätte seine Gefühle besser seinen arabischen Brüdern und Schwestern im Libanon zuwenden können, die zu Hunderten von der „westlichen Demokratie'' Israel abgeschlachtet werden.

Es ist vielleicht eine Illusion anzunehmen, daß die prowestlichen Ölstaaten die Vereinigten Staaten bewegen könnten, die militärische und ökonomische Hilfe für Israel zu stoppen. Futter für Politologen. Aber es ist in jedem Fall keine Illusion anzunehmen, daß Amerika tatsächlich Israel zügeln könnte. Begin ist kein durchgedrehter Vampir, der zum großen Entsetzen von Washington „seine Zähne in das arme Libanon geschlagen hat''. Begin ist ein Vampir „made in America''. Die sauren Gesichter während des Besuchs von Begin in den Vereinigten Staaten scheinen nur für den Teil der öffentlichen Meinung bestimmt gewesen zu sein, den die Konsequenzen dieses Krieges gegen die „Terroristen'' doch etwas erschreckt haben.

Aber hat Reagan zu Begin „Halt'' gesagt? Die donnernden Kanonen und die bombardierenden israelischen Flugzeuge gaben am Mittwoch (23.6. — Anm. AK) die negative Antwort auf diese Frage.

Die Masken sind gefallen. Praktisch keiner findet es schlimm, daß die PLO als politischer und militärischer Faktor ausgeschaltet wird und daß das nun einmal viel Blut und Tränen kostet. David kämpft gegen Goliath allein, sterbenseinsam. Und die Sowjetunion? Einer der PLO-Führer, der sehr prosowjetisch engestellt ist, Nayef Hawatmeh, sagte am Dienstag (22.6. — Anm. AK), daß „die Sowjetunion sich nicht auf politischen und militärischen Druck beschränken kann''. „Die Sowjetunion muß alle möglichen Mittel nutzen, um gegen die israelischen Angreifer zu kämpfen'', so Hawatmeh in einer bisher nicht gehörten Kritik an Moskau. Aber die Führer im Kreml verstecken sich hinter dem formalen Argument, daß nur Staaten und keine Befreiungsbewegungen, wie die PLO, sie zu einer Intervention auffordern können.

Und der Freundschaftsvertrag mit Syrien bezieht sich nur auf Syrien, nicht auf die syrischen Truppen im Libanon. Vielleicht denken Sie: Das ist nur gut so, denn mit einer sowjetischen Intervention würde die Gefahr eines Weltkrieges zunehmen. So hat jeder seinen Grund, die Palästinenser ersticken zu lassen.

(Aus „de Volkskrant'', 24.6.82 — mit freundlicher Genehmigung der „Volkskrant''-Redaktion. Übersetzung: Niederlande-Kommission)

Sieglinde Hoffmann und Ingrid Barabass seit dem 9.7. im Durststreik

Seit dem 26.6. sind Sieglinde Hoffmann und Ingrid Barabass im unbefristeten Hungerstreik für sofortigen Umschluß in Frankfurt-Preungesheim und ihre gemeinsame Verlegung in eine Gruppe mit RAF-Gefangenen. Seit ihrer Verhaftung sind beide total isoliert. Nach den Prozessen — Sieglinde bekam 15 Jahre, Ingrid 4 Jahre — bestand die Gefahr, daß beide in verschiedene Knäste verlegt und dort isoliert werden. Bei Besuchen haben beide erklärt, daß sie bei einer Zwangsverlegung ins Knastkrankenhaus Kassel in den Durststreik treten werden, weil Kassel Zwangsernährung bedeutet. Trotz dieser Ankündigung sind die beiden Frauen am 9.7. nach Kassel verlegt worden. In Preungesheim sind dazu bis jetzt zwei Solidaritätsaktionen gelaufen: Gleich zu Anfang haben sich sechs gefangene Frauen dem Hungerstreik angeschlossen, und 150 Frauen haben in einer Erklärung die Forderung unterstützt. Am Sonntag früh, den 11.7., haben Frauen während des Knastgottesdienstes die Kirchenräume besetzt.

Brokdorf-Urteile: Weiter solidarisch mit Markus und Michael

Die ersten Urteile wegen der Brokdorf-Demonstration vom 28.2.81 gegen Markus Mohr und Michael Duffke sind äußerst scharf ausgefallen. Weitere Prozesse stehen in nächster Zeit an, und man darf gespannt sein, ob und wieweit die Gerichte, v.a. das Landgericht Itzehoe und das Oberlandesgericht Schleswig, den von dem Itzehoer Richter Selbmann angelegten Kurs fortsetzen werden. Die Urteile gegen Markus und Michael werfen nicht nur ein Licht auf die Unterwerfung des Itzehoer Gerichts unter das Atomprogramm der BRD, sondern sie lassen auch düstere Prognosen darüber zu, was nach einem möglichen Machtwechsel zugunsten der CSU/CDU zu erwarten ist. Für den Prozeßverlauf ist es nicht ohne Bedeutung gewesen, daß sich Richter Selbmann und die Staatsanwaltschaft jederzeit ihres Rückhalts im Kieler Innenministerium sicher sein konnten. Die Höhe der Strafanträge ist schließlich sogar gegen den ermittelnden Staatsanwalt auf Weisung Kiels zustandegekommen. Da andererseits jedes Vertrauen in die Sozialliberalen illusionär wäre, kommt dem Kampf gegen diese ersten beiden Urteile eine Bedeutung zu, die weit über den ursprünglichen Anlaß und auch über den Rahmen der Anti-AKW-Bewegung hinausgeht.

Vor diesem Hintergrund ist in den letzten Wochen eine rege Tätigkeit entwickelt worden:

— In Wilster trafen sich Ende Mai Vertreter zahlreicher BIs aus dem Unterelberaum und beschlossen u.a., eine Unterschriftensammlung zu starten. Der Text wurde erstmals von einer Vertreterin der BUU Pinneberg auf einem Forum der Friedenskundgebung am 10.6. in Bonn vorgestellt. Darüber hinaus wurde die Diskussion über Aktionen „vor Ort" wieder aufgenommen, die angesichts des deprimierend schnell fortschreitenden Betonbaus sehr notwendig erscheinen. Allerdings kennzeichnet hier wie auch anderenorts eher Ratlosigkeit das Ergebnis.

— Auf dem Gorlebener Pfingsttreffen wurde ein „Gedelitzer Aufruf" verabschiedet, in dem zu zahlreichen Aktivitäten (Unterschriftensammlungen, Spendenkampagne, Dokumentationen) aufgerufen wird.

— Der AKL veranstaltete in Hamburg mehrere Treffen, zu denen auch die einschlägigen Gruppen kamen, von denen wichtige Anregungen ausgingen.

— Alle gemeinsam trafen sich am 19.6. in Bremen. Erschienen waren dort neben BBU und ESG fast alle größeren Initiativen aus dem norddeutschen Raum.

Als wichtigste Ergebnisse sind zu verzeichnen:

1. Die Unterschriftensammlung des Wilster-Treffens wird mit geringfügigen Änderungen für gut befunden und über mehrere Verteiler verschickt. „Planziel" soll sein, bis September eine stattliche Anzahl von Unterschriften als Unterstützung der Revisionsforderung vorweisen zu können. Als Erstunterzeichner haben bislang unterschrieben: AKL, BBU, ESG i.d. BRD Westberlin, GAL Hamburg, Die Grünen Kreis Altona, Fraktion der Grünen im niedersächsischen Landtag, BIs aus Lüchow Dannenberg, Bergedorf, Geesthacht, Pinneberg, KB, GIM u.a..

Auf vehemente Kritik stieß der Text der Unterschriftensammlung (nebenstehend) bei einigen Autonomen. Er sei *„irreführend"*, da weder das Recht auf militanten Widerstand noch die prinzipielle Ablehnung der BRD-Justiz thematisiert werde. Folgerichtig wurde von ihnen (ohne greifbare Alternative) eine in die Breite gehende Protestkampagne gegen die Urteile abgelehnt. Dabei werden wichtige Gesichtspunkte ignoriert: So ist es nach wie vor keineswegs selbstverständlich, daß sich größere Teile der Öffentlichkeit mit Markus und Michael, den sogenannten „Mördern von Brokdorf", uneingeschränkt solidarisieren, wie es im Text der Unterschriftensammlung gefordert wird. Allein eine Unterstützung dieser Liste durch die 100.000 Brokdorf-Demonstranten wäre ein beträchtlicher Erfolg, da die Medienkampagne des Staatsapparats gerade auf eine Entsolidarisierung abzielte (vgl. AK 222). Eine breitestmögliche Kampagne aus Anlaß des Revisionsverfahrens abzulehnen, bedeutet darüber hinaus, die letzte Chance zu vergeben, um die Situation von Markus und Michael real zu verbessern. Bereits ein Blick auf das Erstunterzeichnerspektrum der Liste zeigt, daß sich hier ein Ansatzpunkt bietet, um dem Terror der Klassenjustiz, der z.Z. auf allen Ebenen eskaliert, exemplarisch mit einer Gegenmobilisierung zu begegnen. Sich dieser Möglichkeit zu entziehen, wie es bei den Autonomen den Anschein hat, ist politisch unsinnig und läuft letztendlich auf eine Kapitulation vor dem Justizterror hinaus. Ob hier noch eine Änderung in der Orientierung erfolgt, wird sich zeigen. Angekündigt wurde immerhin, den Text der Liste in den Infos der Autonomen zu publizieren.

2. Ähnlich wie etwa beim Russell-Tribunal soll evtl. im Spätherbst versucht werden, zusammen mit dem Republikanischen Anwaltsverein oder ähnlichen Gruppen ein öffentliches Tribunal anläßlich der Brokdorf-Urteile, inhaltlich aber darüber hinausgehend, zu veranstalten. Dieser Vorschlag wurde allgemein begrüßt, aber vorerst doch als „eine Hutnummer zu groß" bewertet und soll deshalb noch einmal in den Initiativen diskutiert werden. Unabhängig von diesen Einwendungen muß bei solchen Unternehmungen darauf geachtet werden, daß der inhaltliche Ausgangspunkt die uneingeschränkte Solidarität mit den Angeklagten bleiben muß, daß da also nicht durch Hintertüren Distanzierungen sich einschleichen können.

3. Es wurden dann noch koordinierte Klebeaktionen, Buttons, und die Herausgabe einer Dokumentation angeregt. Beschlossen wurde aber nichts mehr.

Hinweis: nächstes Treffen 14.8.; 13 Uhr BBA Laden, St. Pauli Str. 10/11, Bremen

Eine wichtige Bedeutung bei all diesen Vorschlägen kommt dem Zeitplan zu: im Juli / August kommt die schriftliche Urteilsbegründung heraus; entsprechend kann dann für September / Oktober die Revisionsbegründung der Anwälte erwartet werden.

Damit nicht — wie juristisch möglich — der Bundesgerichtshof die Revision als „offensichtlich unbegründet" zurückweist oder — falls er die Revision annehmen sollte — sie nur schriftlich und nicht öffentlich verhandelt, ist die verbleibende Zeit von September bis Januar 83, wo mit dem BGH-Urteil gerechnet werden kann, unsere „Kernzeit" für Öffentlichkeitsarbeit in allen denkbaren Formen.

Einzelheiten und weitere Infos sind zu haben über AKL, Gustav-Falke-Str. 2, 2000 Hamburg 13 (verschickt gute Prozeß-Infos!); Der BBA erstellt gerade eine umfassende Dokumentation. Bestellungen an: BBA-Laden, St. Pauli Str. 10/11, 2800 Bremen.

Freiheit für alle Brokdorf-Angeklagten!

Wir alle sind erschüttert über die Urteile im Brokdorf-Prozeß. 5 1/2 Jahre für Michael Duffke und 3 Jahre für Markus Mohr ohne Bewährung.

In dem Prozeß ging es zu keiner Zeit darum, die Wahrheit zu finden und Recht zu sprechen, sondern einzig und allein darum, staatliche Macht zu demonstrieren. Diese Urteile waren von Anfang an zur Verunsicherung, Einschüchterung und Abschreckung der gesamten Umweltschutzbewegung geplant. So verbreitete die Staatsanwaltschaft in der Öffentlichkeit, gestützt durch die emotionale Wirkung des Grabenfotos, bewußt eine Falschdarstellung des Demonstrationsvorfalls und der Folgen. Bis heute wurde die schwere Anklage im Fahndungsaufruf nicht öffentlich richtig gestellt. **Der beim Grabenvorfall angeblich fast zu Tode geprügelte Polizist blieb in Wahrheit unverletzt.**

Das Gericht hat unter dem politischen Druck der Landesregierung und der Atomlobby seine Unabhängigkeit aufgegeben. Der Atomstaat zeigt sein Gesicht. Auf dem einen Auge blind — tägliche Umweltunfälle in Brunsbüttel und Verseuchung der Elbe — auf der anderen Seite werden zwei junge Menschen, weil es in das politische Kalkül paßt, zu kriminellen Gewaltverbrechern hochgespielt und ohne Skrupel — „im Namen des Volkes" — geopfert.

Wir empfinden diese existenzzerstörenden Urteile als beispiellosen Justizskandal und darüberhinaus als einen Angriff gegen unsere gesamten demokratischen Rechte.

Wir erklären unsere uneingeschränkte Solidarität mit den Verurteilten. Wir werden diese Urteile nicht hinnehmen.

Wenn das Gesetz sein soll, das unser Leben, unsere Umwelt, unsere Gesundheit zerstört, dann können wir nicht tatenlos zusehen, sondern werden uns weiter entschieden zur Wehr setzen.

Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Freiheit für Michael Duffke und Markus Mohr!
Revision des Urteils!
Einstellung aller Brokdorf-Verfahren!
Stillegung aller Atomanlagen!

Mit meiner Unterschrift schließe ich mich dieser Erklärung an und unterstütze die vorstehenden Forderungen

Name	Anschrift	Beruf	Unterschrift
1			
2			
3			
4			

taz-Hamburg Freitag, 9.7.82 Seite 20
Redaktion Hamburg Nernstweg 32, ☎ 040/39 11 88 Telex: 21 45 25 taz/hh

MARKUS IST FREI

Markus Mohr, Angeklagter aus dem Brokdorf-Prozeß, wurde gestern freigelassen. Diese Nachricht traf kurz vor Redaktionsschluß bei der taz ein. Wie Anwalt Peter Tode mitteilte, hat die erste Jugendkammer in Itzehoe ohne Mitwirkung des Horro-Richters Manfred Selbmann, der sich zur Zeit im Urlaub befindet, diesen Beschluß gefaßt. Anwalt Bernd Rosenkranz und einige Leute aus der Anti-AKW-Bewegung holten Markus am frühen Abend aus Neumünster ab. Über die Haftbeschwerde, die von den Anwälten sowohl für Markus Mohr als auch für seinen Mitangeklagten Michael Duffke eingelegt worden war, hatte zunächst die Kammer am Landgericht zu entscheiden. Sie nahm eine Trennung vor: Markus' Haftbefehl wurde außer Vollzug gesetzt, Michael bleibt drin bis das Oberlandesgericht in Schleswig entschieden hat. Das soll in der nächsten Woche geschehen. Gegen das Urteil zu drei bzw. 5 1/2 Jahren und die Haftbefehle hatte es aus allen Teilen der demokratischen Öffentlichkeit breite Proteste gegeben. Sogar die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen hatte das Urteil gerügt. Mit zahlreichen Demonstrationen und Veranstaltungen in allen Teilen der Bundesrepublik hatten AKW-Gegner gegen das Urteil protestiert. Mit der Haftentlassung von Markus Mohr ist dieses Urteil nicht aus der Welt. Der Bundesgerichtshof muß über die Revision entscheiden und außerdem sitzt Michael noch in Untersuchungshaft- und dies schon seit 1 1/2 Jahren. *froh*

Westberlin: Die Folgen eines Präsidentenbesuches

Distanzierungsdruck und Kriminalisierung sind die Antworten der Staatsvertreter auf die Auseinandersetzungen, die anläßlich des Reagan-Besuchs in Westberlin am 11.6.82 stattfanden (siehe auch AK 222)

Der Polizeieinsatz: Sicherheitsstufe Nr. 1

Für die Demonstranten war die Überraschung am 11.6. zunächst groß. Die ersten 2.000 Demonstranten konnten sich bis um 10.00 Uhr nahezu ungehindert von der massiv anwesenden Polizei auf dem Nollendorfplatz sammeln. Keine Kontrollen, keine Durchsuchungen, im Gegenteil, sie wurden förmlich auf den Platz gebeten.

Ab 10.15 Uhr ging es dann aber Schlag auf Schlag. In eigens Tage zuvor eingelassenen Verankerungen wurde von Polizeikräften rund um den Nollendorfplatz Stacheldraht verlegt, zusammen mit den Hundertschaften nebst Mannschaftswagen wurde ein Ring um die Demonstration gebildet. Geprobt wurde „Massenfestnahme auf offener Straße". Diese geplante Aktion lief polizeiintern unter dem Stichwort „Aktion Eisenbart". Um den inneren Ring mit einigem Abstand ein zweiter und dritter — den Demonstranten wurde nun über Polizeilautsprecher erzählt, daß sie hier bis um 14.30 eingeschlossen bleiben sollten.

Den auf der Straße Festgesetzten wurde das „großzügige" Angebot gemacht, den Nollendorfplatz an zwei Ausgangsstellen in Richtung Kreuzberg einzeln zu verlassen. Es sprach sich jedoch schnell herum, daß diejenigen, die abzogen, fotografiert und durchsucht wurden. Der Großteil blieb, dazu sammelten sich jedoch zwischen dem inneren Kreis der Polizei und dem zweiten und dritten immer noch mehr Demonstranten. Die Straßenschlacht begann, und durch sie war der Einkreisungsplan der Polizei gescheitert.

Die geplante Massenfestnahme war unmöglich geworden, nicht jedoch die in Westberlin üblichen Polizeibrutalitäten. *„Als dicke Rauchschwaden von brennenden Autos nach Westen zogen, reagierte die Polizei mit einer gefährlichen Aktion. Um 11.05 fuhren rund acht Mannschaftswagen mit etwa 60 km/h quer über den ganzen Platz und wieder zurück. Viele hatten Mühe, den Wagen zu entkommen und beiseite zu springen"* („Tagesspiegel" (Tsp) 12.6.82).

Die Taktik des Polizeieinsatzes erwies sich dann für einzelne Polizeieinheiten als äußerst unklug: Insbesondere die innere Polizeikette wurde verschiedentlich von zwei Seiten mit Steinen eingedeckt. Des öfteren mußten sich auch Polizeieinheiten unter Steinwürfen zurückziehen, so daß Teilen der Demonstration der Ausbruch gelang.

Circa 1.000 Demonstranten gelang es, sich in Charlottenburg zu formieren — bis die Polizei sich jedoch wieder formieren konnte, und am frühen Nachmittag am Nollendorfplatz eintraf.

Besonders in den frühen Abendstunden begannen dann brutale Jagden auf Demonstrantengruppen, die bis in die Häuser hineinverfolgt wurden, dort zusammengeschlagen und/oder festgenommen wurden.

Rachefeldzüge auch insbesondere gegen besetzte Häuser im Bezirk: *„Um 18.00 Uhr begann die Polizei mit einer zweistündigen Durchsuchung der besetzten Häuser Potsdamerstr. 157/159* („Volksblatt Berlin", 12.6.82). Dabei tobten sich diese Bullen so richtig aus: Alles, was nicht niet- und nagelfest war, wurde zerstört.

Im Verlaufe der Auseinandersetzungen brannten etliche Autos, darunter auch ein Mannschaftswagen der Polizei, und Bauwagen aus, ebenso ein Möbelgeschäft. Offiziell gibt die Polizei 90 verletzte Beamten an. Es wurden über 280 Demonstranten festgenommen — wegen dieser Auseinandersetzungen in Haft sind mittlerweile 23 Demonstranten. Weit mehr als 200 Demonstranten wurden — teils schwer — verletzt.

Was der Polizei trotz Einsatzes auch mit den letzten Reserven nicht gelungen war, war die bis zu 5.000 Demonstranten am Nollendorfplatz festzunehmen. Wer eine Demonstration von solchem Ausmaß auf der Straße festzusetzen versucht, der sollte sich nicht wundern, daß es dabei Widerstand gibt.

Die Maxime der Polizeiführung lautete offensichtlich, Charlottenburg, wo Reagan ab ca. 11.00 im Schloß vor den letzten 20.000 Jubelberlinern sprach, von Demonstranten freizuhalten, die Auseinandersetzungen auf den Nollendorfplatz zu konzentrieren. *„Der Berliner Polizei-Präsident Klaus Hübner äußerte sich gestern Mittag befriedigt (!) über den Ablauf des Besuches des amerikanischen Präsidenten in der Stadt. Der Besuch sei nach Meinung aller Gäste zur vollen Zufriedenheit verlaufen. Er selbst, betonte Hübner, sei 'sehr froh, daß wir die gewalttätigen Störer fernhalten konnten'."* („Volksblatt", 12.6.82).

Im Schußfeld: die AL...

Hatte sich vor der Demonstration alles auf die Hetze gegen Hausbesetzer, Autonome Gruppen und „zugereiste westdeutsche Störer" konzentriert, so war danach die AL, die mitaufgerufen hatte, voll ins Schußfeld der Propaganda-Mühlen geraten: „Muß die AL die Krawallschäden zahlen" — so die „Berliner Morgenpost" vom 13.6. in ihrer Hauptschlagzeile. Tatsächlich ist diese Drohung auch in ihrem juristischen Gehalt für die AL sehr erst zu nehmen: *„Entschädigungsforderungen gegen die Verantwortlichen der Krawalle werden voraussichtlich das Land Berlin in Gestalt des Finanzsenators und die Polizei gerichtlich geltend machen"* („Volksblatt", 15.6.82). Würde die AL tatsächlich von einem Gericht dazu verurteilt, Polizeieinsatz und/oder entstandene Schäden zahlen zu müssen, käme dies einer Kriminalisierung auf kaltem Wege gleich!

Gleich mitdiskutiert wurde ein mögliches Verbot der AL, ins Gespräch gebracht durch den CDU-Abgeordneten Wohlrabe. Dies scheint aber vorläufig vom Tisch zu sein, wenngleich diese Forderung wohl auch anderen CDU-Vertretern aus dem Herzen spricht: *„Der Berliner CDU-Generalsekretär Günter Straßmeir warf der AL vor, bereit zu sein, mit 'Gewalttätern, Brandstiftern und Plünderern gemeinsame Sache zu machen"* („Volksblatt", 15.6.82)

Mehr auf Distanzierungsdruck: die alte Tante SPD. *„Der SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel erklärte, die AL müsse 'jetzt zur Gewaltfrage klar Farbe bekennen'. Die AL müsse sich darüber im klaren sein, daß sie jetzt an einem 'Scheideweg' stehe,"* erklärte Vogel („Volksblatt", 15.6.82). Kein Wort der Distanzierung von Reagans Atomkriegsplänen — aber die AL soll sich distanzieren.

Gerade mal noch ein „Bedauern" kommt diesen Politikern nach dem Brandanschlag auf das AL-Büro, das dabei vollständig ausbrannte, über die Lippen, für den sie selbst das Klima mitzuschaffen halfen!

... und selbstverständlich die Hausbesetzer

Gestützt durch eine just zur Veröffentlichung freigegebene Studie des Verfassungsschutzes, nach der *„die militante Protestbewegung in der Stadt, die sich gegenwärtig beinahe ausschließlich dem 'Häuserkampf' verschrieben habe, 'stellenweise zunehmend terroristische Züge' "* („Frankfurter Allgemeine", 18.6.82) annimmt, wird an der sogenannten „Berliner Linie" den Instandbesetzern gegenüber gebastelt.

Geräumt werden sollen nicht mehr nur Häuser, bei denen mit der Profitsanierung begonnen werden kann, sondern gezielt politisch mißliebige: *„Heute müssen besetzte Häuser noch mehr, als in der Vergangenheit unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, daß sie Fluchtburgen der Gewaltkriminalität darstellen. Deshalb appelliere ich an alle, die Gewalt ablehnen, sich von möglichen Gewalttätern zu distanzieren. Anderseits können künftig Häuserräumungen als Mittel zur Gewaltbekämpfung erforderlich werden"* („Morgenpost", 13.6.82).

Wo der Verfassungsschutz einen neuen Terrorismus wittert, der möglicherweise *„nicht hinter dem der Roten Armee Fraktion (RAF) während ihrer 'Blütezeit' zurückbleiben werde"* („FAZ", 18.6.82), ist der erneute Versuch der Anwendung des § 129 (kriminelle Vereinigung) nicht weit: Am Dienstag, den 15.6., durchsuchten Polizeibeamte gleichzeitig fünf Häuser und ein Café, die Durchsuchungsbefehle werden sämtlichst nach § 129 ausgestellt. In einem Haus in der Winterfeldstr. wurde dabei sämtliche Einrichtung brutal zerstört. Kein Zufall: Diese Häuser waren Anlaufstellen für die Vorbereitung der Demonstration vom 11.6.

... und Neues aus der Mottenkiste

„Das Geschehen vom Freitag (11.6.) hat deutlich gemacht, daß es dringend notwendig ist, den Tatbestand der gefährlichen Zusammenrottung in das Strafgesetzbuch einzufügen," so Lummer in der „Morgenpost" vom 13.6.82. Soll heißen: Wir brauchen einen Paragraphen, der die bloße Anwesenheit bei einer solchen Demonstration unter Strafe stellt. Des weiteren wird erneut die Einführung von CS-Gas als Polizeiwaffe gefordert.

Die Anti-Reagan-Demonstration vom 11.6. wird zum Ausgangspunkt dafür genommen, die radikaleren Teile sowohl der AL als auch der Hausbesetzer in die Defensive zu treiben und diese von den „friedlichen" Demonstranten abzuspalten. Falls dies nicht gelingen sollte, ist man jetzt offensichtlich gewillt, auch breitere Teile der Protestbewegung zu kriminalisieren; ob über finanziellen Ruin oder frontaler Kriminalisierung scheint dabei nur eine Frage der Taktik und des Gegners zu ein.

Anti-Repressionskommission KB/Westberlin

SPD-Grüne Nicht mehr als ein Bluff

Forts. v. Seite 1

Worum geht es da eigentlich praktisch?! Die Umfrage-Ergebnisse für die SPD schwanken — bezogen auf Bundestagswahlen — zwischen 31,1% und 37,5%; insgesamt liegen sie eher im unteren Teil dieses Rahmens. Für die Grünen ergeben diese Umfrage-Ergebnisse zwischen 6,7% und 8%. Die CDU/CSU liegt bei den Umfragen zwischen 47,7% und 53,3%. Außerdem sieht es nach allen Umfragen so aus, als würde die FDP auch nach den nächsten Wahlen weiter im Bundestag vertreten sein. Es gibt demnach, wie immer man auch kalkuliert, sicher keine Grundlage für ein Regierungsbündnis SPD/Grüne in Bonn. Allenfalls könnte es darum gehen, die Grünen als zusätzlichen Partner an die bestehende Koalition SPD/FDP anzubinden. Ein solches Regierungsbündnis würde aber nur dazu dienen, die Gewichte der FDP einerseits und der Grünen andererseits gegeneinander auszuspielen, um im Endeffekt rechte SPD-Politik durchzusetzen. Daß eine solche denkbare Konstellation irgendwelche grünen Politiker in einen „Macht"rausch versetzen könnte ist schwer vorstellbar, wenn auch nicht gerade unmöglich. Zudem läßt sich aus der Perspektive dieser Konstellation schwer begreifen, warum die Debatte um die Ehrlichkeit der Grünen/Alternativen derzeit zwischen SPD und FDP so verbissen und aggressiv geführt wird (Die angeblichen Ängste der FDP, ihr Koalitionspartner wolle sie demnächst gegen die Grünen eintauschen, sind rechnerisch unbegründet).

Betrachtet man die Vorgänge hingegen als Inszenierung mit verteilten Rollen, so stellen sich gleich Sinn und Zusammenhänge ein. Dort, wo die Rechten ganz unter sich sind, beispielsweise in Springers „Welt", sprechen sie Klartext: *„Es ist erst zwei Monate her, da wurde aus dem FDP-Präsidium der Satz zitiert: 'Die SPD in der Opposition würde die grünen Stimmen wiedergewinnen und somit der FDP nützen'. Diese lichtvolle Erkenntnis wird — offiziell nie bestätigt — dem Ehrenvorsitzenden Walter Scheel zugeschrieben. Der analytische Kern ist: Wenn das traditionelle Drei-Parteien-System, mit der FDP als 'Mehrheitsbeschaffer' in der Schlüsselrolle, erhalten bleiben solle, dann müsse die neue Formation der Grün/Alternativen von diesem Drei-Parteien-System aufgesogen werden,*
le, dann müsse die neue Formation der Grün/Alternativen von diesem Drei-Parteien-System aufgesogen werden,
und das könne am ehesten die SPD von den Bonner Oppositionsbänken aus leisten" (W. Hertz-Eichenrode, „Welt", 5.7.82).

So gesehen können die Spitzenpolitiker der SPD gefahrlos den Köder eines Regierungsbündnisses mit den Grünen/Alternativen auslegen, denn sie sind ohnehin gerade dabei, jedenfalls in Bonn, sich von der Regierung zu verabschieden. Wer schon bankrott ist, kann ruhig andeuten, er wolle vielleicht sein Vermögen demnächst verschenken. Es fehlt auch nicht ganz an Grünen/Alternativen, die schon mal an dem Köder schnuppern, oder die das bloße Auslegen dieses Köders als Beweis von gutem Willen der SPD mißverstehen. Ihnen teilte SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz in der „Bild" mit : **„Wir wollen erst einmal schauen, wie sich die Grünen entwickeln. Unser Ziel ist klar: Wir wollen aus den Wählern der Grünen wieder SPD-Wähler machen und nicht aus den Grünen einen Koalitionspartner. Wir suchen keine Mehrheitsbeschaffer, sondern die Mehrheit"** (6.7.82). Daß bei diesem Unternehmen die SPD auch ihre „Lernfähigkeit" zur Schau stellen und ein paar „neue Akzente" für ihre Politik setzen wird, darf getrost angenommen werden. „Lernfähig" gegenüber Elementen grün/alternativer Programmatik wird sich die SPD überall dort zeigen, wo daraus keine Regierungspraxis zu werden braucht. Also immer dann und dort, wo die SPD ohnehin als Oppositionspartei agiert. Und es soll sich bitte niemand die Illusion machen, daß ein solcher Taktikwechsel der SPD sowieso erfolglos bleiben wird. Ganz im Gegenteil: Es wird nicht an freundlichen grün/alternativen Menschen fehlen, die bereit sind, alle bisherigen Erfahrungen mit der SPD zu vergessen und wieder einmal Hoffnungen in die Wandelbarkeit dieser Partei zu investieren. Als Motto bietet sich an: „Wir sind die SPD de 90er Jahre!" oder — für die Langzeitdoppelstrategen: „Wir sind die SPD des 3. Jahrtausends!". Irgendwann wird es schon klappen.

Ist Dohnanyi eine Marionette des KB?

Forts. v. Seite 1

Noch vor der Abstimmung machte die CDU deutlich, daß sie nie mit einer Mehrheit für ihren Antrag rechnete. Fraktionsvorsitzender Perschau am Tag vor der Bürgerschaftssitzung: *„Uns geht es vor allem darum, die GAL und die SPD zu stellen. Wir wollen ihre gegenseitigen Abhängigkeiten dokumentieren, damit der Wähler sie erkennen kann"*. Und Kiep am Tag nach seiner Abstimmungsniederlage: *„Damit ist öffentlich klar geworden, daß SPD und GAL zusammengehen, zum ersten Mal in der Geschichte Hamburgs und der Bundesrepublik. Wir werden den Bürgern klarmachen, wohin die Reise geht"* („Bild", 1.7.). In einem Rundfunkinterview sah Kiep gar das *„westliche Verteidigungsbündnis gefährdet"*.

Auch die vor der Wahl begonnene Kampagne der CDU gegen die „kommunistische Unterwanderung" der GAL (*„Bis Platz 11 nur Kommunisten"*) wird wieder aufgenommen. Fraktionsvorsitzender Perschau plauderte in der „Welt" Intimes aus der KB-Geschichte: *„Während dieser Tätigkeit, die sich über ein ganzes Jahrzehnt erstreckt habe, sei ihnen jedoch klar geworden, daß sie aus dem ‚Ein-Prozent-Ghetto' bei Wahlen nicht herauskommen konnten. Deshalb begaben sich die Aktivisten des Kommunistischen Bundes und der Zentrums-Fraktion auf die Suche nach Partnern: Diesen Partner, so Hartmut Perschau, fanden sie schließlich in der Bewegung der Umweltschützer: ‚So wurde im Vorfeld der Hamburger Bürgerschaftswahl die Grün-Alternative Liste gegründet - eine kommunistisch gesteuerte Aktionseinheit!. ... Die Grün-Alternative Liste diene künftig dem Ziel, die SPD als Volksfrontpartei auf einen Weg ‚zurück nach links, zurück zur Ideologie des Klassenkampfes' zu drängen"*.

Jüngstes Stück der Kampagne ist ein direkt vom Verfassungsschutz lancierter Kommentar, der am 8.7. im NDR gesendet und am nächsten Tag in den Springer-Zeitungen breitgetreten wurde. Da werden gleich vier der neun GAL-Abgeordneten namentlich als „Verfassungsfeinde" angegriffen. Die alte Geschichte vom bösen staatsfeindlichen KB und von der raffiniert inszenierten Abspaltung der Gruppe Z wird wieder aufgewärmt. Der Abgeordnete Ebermann wird als „Chefdenker" der GAL, Kopf der Gruppe Z und gerissener kommunistischer Unterwandrungsstratege dämonisiert. Und über Jürgen Reents (Gruppe Z) wird, in Frageform verpackt, spekuliert: *„Vertritt er immer noch KB-Politik?"* („Hamb. Abendblatt", 9.7.). Der Gruppe Z insgesamt wird in diesem Verfassungsschutz-Geschenk für die CDU bescheinigt, sie sei in Wahrheit eine *„flexibel agierende orthodoxe K-Gruppe"*.

Getroffen werden soll mit dieser Kampagne vor allem die SPD, der mit dem „Volksfront"-Gespenst ein paar rechte Wähler weggefangen werden sollen. 24 Stunden vor der Abstimmung über Kieps Rücktrittsantrag gegen den Senat klärte die „Morgenpost"-Redaktion über die historische Bedeutung des folgendes Tages auf: *„(Dann) wird im Parlament öffentlich die entscheidende Antwort auf die Frage gegeben, wie sich die SPD zur GAL verhält - eine Antwort, die weit über Hamburg hinaus Bedeutung hat, vor allem für die Bonner Koalition und für die bevorstehende Hessen-Wahl. Ein Zusammengehen der SPD mit den Grün-Alternativen bedeutet eine endgültige Absage an die FDP - das muß endlich deutlich werden"* („Morgenpost", 30.6.).

Wie die FDP diese Stichworte ihrerseits aufgegriffen und in „ernste Warnungen" an die SPD hat einfließen lassen, ist auf den Titelseiten sämtlicher Tageszeitungen hinlänglich breitgetreten worden. Wesentlich interessanter ist die Frage:

Was will die SPD?

Laut „Bild", die die angeblich drohende Umorientierung der SPD in den schrillsten Tönen beschwört, hat Willy Brandt über die Grünen erklärt: *„Es gebe bei ihnen - vor allem im Stuttgarter Landtag - ‚ordentliche Abgeordnete' und ‚sehr sachliche Leute'. Auf die Frage nach einem Bündnis mit den Grünen nach 1984 sagt Brandt: ‚Ich wäre schön dumm, wenn ich darauf nein antwortete'. Die SPD müsse ‚Offenheit' für das zeigen, was sich bei den Grünen entwickele"*. Die „Bild"-Redakteure, die diese wenig sensationellen Aussagen mit den Worten kommentierten; *„Grün ist die Hoffnung der SPD"* und die wiedereinmal tiefe Meinungsverschiedenheiten zwischen Schmidt und Brandt konstruieren, wissen es natürlich besser. Schmidt hat in seinem „Spiegel"-Interview vom 5.7. eine Zusammenarbeit mit den Grünen ebenso wenig ausgeschlossen wie Brandt; alles hänge allerdings von ihrem weiteren „politischen Reifeprozeß" ab. Nach dem von CDU und FDP über Brandts Äußerungen angestimmten Skandalgeschrei hat Regierungssprecher Bölling die Übereinstimmung noch einmal bekräftigt: zwar bestehe *„zur Zeit keine Veranlassung, eine Zusammenarbeit mit den Grünen in Erwägung zu ziehen"*. Aber *„wie SPD-Chef Brandt habe der Kanzler prinzipiell nichts gegen die Grünen* (nach „Hamb. Abendblatt", 6.7.).

Daß Dohnanyi bei seinen Gesprächen mit der GAL Schmidts volle Rückendeckung hat, ist offiziell bestätigt worden. Angesichts der von Dohnanyi gegenüber dem „Spiegel" (5.7.) ausgesprochenen Motive, mit denen er in diese Gespräche hineingeht, kann das auch gar nicht anders sein: *„Mich treibt die Frage, ob in einer so schwierigen Lage die Sicherung sozialdemokratischer Politik mit einer neuen Gruppierung wie der GAL möglich ist. ...* ***Wir wollen in Hamburg sozialdemokratische Politik fortsetzen. Daß es dabei neue Akzente geben wird, ist selbstverständlich*****"**. Letzteres sind die vielzitierten „grünen und bunten Farbtupfer", von denen sich Dohnanyi nicht schrecken lassen will - wenn nur die sozialdemokratische Generallinie stimmt. Daß der Verhandlungsversuch mit der GAL viel mehr sein soll als ein Alibi für die Notwendigkeit von Neuwahlen, ist unwahrscheinlich. Zwar hat Dohnanyi davon gesprochen, daß man über wichtige Streitfragen (Kernenergie, Hafenerweiterung) ernsthaft „nachdenken" müsse und könne. Andererseits hat er seine Aussage aus dem Wahlkampf wiederholt, Forderungen der GAL wie die Abschaltung aller Kernkraftwerke oder die Duldung von Hausbesetzungen seien für ihn „ein Scherz". Nennenswerte Angebote wird man der GAL wohl gar nicht erst machen. Zunächst einmal soll die GAL in den am 21. August beginnenden Verhandlungen in Betrachtungen über die traurige Haushaltslage und die sich daraus ergebenden Sachzwänge verwickelt werden. Daß die GAL selbst in Nebenfragen nicht auf Entgegenkommen der SPD rechnen kann, wurde bereits anschaulich vorgeführt: Die GAL hatte eine Anfrage in der Bürgerschaft eingebracht, die sich kritisch mit den Polizei-Einsätzen in Hamburg-Ottensen gegen jugendliche Punks befaßte (Die Polizei hatte dort mehrmals „vorbeugend" Massenfestnahmen und Prügeleien veranstaltet; Festgenommene wurden schikaniert und mißhandelt). Die Anfrage der GAL wurde von der SPD kackfrech im bewährten Stil beantwortet: Das Vorgehen der Polizei war rechtmäßig und angemessen. Im Kontrast dazu hat allerdings die SPD im Bezirk Altona gemeinsam mit der GAL (und der FDP) die Polizei-Einsätze deutlich kritisiert und beteiligt sich an einem Untersuchungsausschuß über die Vorfälle.

Dies Beispiel zeigt, daß auf Bezirksebene derzeit z.T. Kooperation mit der SPD möglich ist. Die GAL scheint entschlossen zu sein, solche Möglichkeiten der Zusammenarbeit illusionslos zu nutzen.

Hamburg

Wie rot sind die Grünen wirklich?

Soll noch aktiv bei der Z-Fraktion mitmachen: GAL-Abgeordneter Ebermann

GAL-Abgeordnete Bettina Höltje: Ist sie ein Risiko für die Verfassung?

GAL-Bürgerschaftsabgeordnete Ulla Jelpke: Ist sie beim KB in leitender Funktion?

War bis kurz vor der Wahl in der DKP: Bürgerschaftsabgeordneter Hergenröder

Jürgen Reents, Sprecher der „Grünen": Vertritt er immer noch KB-Politik?

Fotos: FISCHER, BENCKMANN (1)

Für die CDU ist klar: „Von Marxisten maßgeblich beeinflußt"

Sitzen in der Hamburger Grün-Alternativen Bürgerschaftsfraktion Verfassungsfeinde? Diese – bei der in Hamburg zur Zeit herrschenden Parteienkonstellation brisante Frage – hat der NDR am Donnerstag ins Spiel gebracht. Ergebnis seiner Recherchen: Die Abgeordneten Thomas Ebermann und Bettina Höltje gehören zur sogenannten „Z-Fraktion", einer Gruppe, die sich 1979/80 vom Kommunistischen Bund (KB) abgespalten hat, und ihre Fraktionskollegin Ulla Jelpke arbeitet im KB mit. Über den Abgeordneten Udo Hergenröder indes behauptete der Sender, daß er bis April 1982, kurz vor Bildung der GAL, als „langjähriger Funktionär" der DKP angehörte.

Nun sind diese Erkenntnisse nicht so neu. Man konnte sie schon vor der Wahl lesen, und die genannten GAL-Kandidaten haben auch nie einen Hehl aus ihrer politischen Herkunft gemacht. Neu wäre allerdings – und da hat sich der NDR auf „Informationen der Verfassungsschutzbehörden" berufen – daß Ulla Jelpke auch heute noch „an leitender Stelle des Kommunistischen Bundes" arbeiten soll und daß Thomas Ebermann und Bettina Höltje immer noch „leitende Mitglieder" der Z-Fraktion sein sollen.

In den Geruch, aktiver Kommunist zu sein, geriet auch Jürgen Reents, Sprecher der Partei „Die Grünen" und als Verhandler bei der ersten Gesprächsrunde der GAL mit der SPD dabei.

Etwa 300 Mitglieder soll der KB in Hamburg gehabt haben. Rund 150 spalteten sich Anfang 1980 ab, bildeten die Z-Fraktion (Z ist ein willkürlich gewählter Buchstabe) und sprangen auf den Zug der Grünen auf, um auf diese Weise mehr politischen Einfluß zu gewinnen. Viele der anderen KB'ler, die diesen Kurs nicht mitmachen wollten, und gleichwohl heute noch dabei: in der Alternativen Bewegung.

Auf die Mitteilungen des NDR setzte die CDU noch eins drauf. Ihr parlamentarischer Geschäftsführer Wulf Brocke sagte, bei der GAL handle es sich um „eine maßgeblich von marxistischen Kräften beeinflußte Gruppierung". Hinter dem Etikett „Grün" verberge sich in Wahrheit eine „knallrote Bewegung".

Für die SPD erklärte ihr Fraktionsvorsitzender Dr. Henning Voscherau: „Wen sie zu Abgeordneten gewählt haben und wie viele davon aus sogenannten K-Gruppen stammen, das ist eine Frage, die sich die Wähler der GAL stellen müssen. Wären sie am 6. Juni bei der SPD geblieben, hätte Hamburg heute klare politische Verhältnisse." Es sei eine „absurde Unterstellung", die SPD-Politik würde sich auch nur um einen Millimeter in Richtung auf kommunistische Splittergrüppchen verändern. Klar sei aber, daß sich die Berichte über den kommunistischen Hintergrund von GAL-Abgeordneten in Wahrheit nicht gegen die GAL, sondern gegen die SPD richten sollten.

Bei der GAL wurde die NDR-Sendung mit Empörung aufgenommen. Die Abgeordnete Thea Bock: „Wenn die politischen Argumente ausgehen, wird der Verfassungsschutz bemüht." Dabei seien die politischen Ziele der GAL „für jedermann zugänglich und die Strukturen durchschaubar, die auf Einzelmitgliedschaften basieren". Die GAL werde nun alle juristischen Möglichkeiten prüfen, um sich gegen „eine offensichtlich anrollende Hetzkampagne" zur Wehr setzen.

Von der Hamburger Innenbehörde – ihr untersteht das Landesamt für Verfassungsschutz – war gestern keine Stellungnahme dazu zu bekommen, ob sie Z-Fraktion und KB als verfassungsfeindlich einschätzt. scho

„Hamburger Abendblatt", 9.7.82

GAL-Sprecher Ebermann schrieb noch 1980: Die Grünen benutzen, um Überleben der Kommunisten zu sichern!

Hamburg, 9. Juli

Die GAL-Abgeordneten Thomas Ebermann, Udo Hergenröder, Ursula Jelpke und Bettina Hoeltje sind nach Auffassung von Verfassungsschutzbehörden als Verfassungsfeinde einzustufen.

Das enthüllte NDR-Redakteur [illegible] Wagner gestern im [illegible] sich [illegible] Bundes, und Udo Hergenröder war bis April 1982 langjähriger DKP-Funktionär."

Worum arbeitet die Gruppe Z mit den Grünen in der GAL zusammen? Wagner zitiert den heutigen Fraktions-Chef Ebermann. Der hatte 1980 im „Arbei[illegible] (Zeitung des Kommu[illegible] geschrieben: [illegible] um die schwache Linke zu stärken, ihre Zersplitterung aufzuheben und die Möglichkeit der Erpressung und Einflußnahme auf die Grünen zu erhöhen, und vertreten eine Politik, die den Entrismus offenhält."

Theorie von Trotzki

Wagner: „Entrismus – das ist ein Begriff aus der Revolutionslehre von Trotzki. Sie geht da[illegible]

Wagner weist jedoch darauf hin, daß unter den Verfassungsschutzbehörden (Bundesamt Köln und Landesamt Hamburg, d. Red.) Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, ob die Gruppe Z heute noch eine verfassungsfeindliche Organisation ist.

Das Bundesamt jedenfalls hält die Mitglieder für Kommunisten, die im Widerspruch zur freiheitlich demokratischen Grundord[illegible]

U-Bahn planmäßig im Bau

„Bild", 9.7.82

Pressemitteilung

Ein Herr Wagner vom NDR und in der Folge die Hamburger Springer Presse arbeiten offensichtlich an einer großangelegten Kampagne, die der GAL „kommunistische Unterwanderung" und „Verfassungsfeindlichkeit" unterstellen will.

In der Zeitschrift „Praline" ist ein Artikel erschienen, der auch dem „Völkischen Beobachter" der Nazis alle Ehre gemacht hätte.

In unserer politischen Bewertung dieses Vorgangs steht im Mittelpunkt, daß ein erneuter Anlauf genommen wird, von den Inhalten unserer Forderungen zu einer Wende in Hamburg abzulenken. Es soll offenbar alles daran gesetzt werden, daß unsere Vorschläge zur Elbsanierung, zur Energieversorgung gegen Atomstrom, zur Behebung der Wohnungsnot, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit etc. in den Hintergrund gedrängt werden und stattdessen VS-Spekulationen über uns die Medienlandschaft bestimmen.

Sicher soll diese Kampagne auch uns treffen, denn eine vorurteilsfreie Debatte über marxistische Auffassungen ist in der Bundesrepublik Deutschland, die auf Adenauer-Ära und Berufsverbote zurückblicken kann, nicht möglich.

Wir sind allerdings zugleich überzeugt, daß die jetzige Kampagne von CDU, Springer und Co., die bereits auf der 1. Bürgerschaftssitzung von den Herren Kiep und Perschau angezettelt wurde, mehr
reits auf der 1. Bürgerschaftssitzung von den Herren Kiep und Perschau angezettelt wurde, mehr
noch auf die SPD zugeschnitten ist. Die zaghaften Ansätze des Umdenkens verschiedener Repräsentanten der SPD, die beginnenden Verhandlungen zwischen SPD und GAL sollen mit dem vorurteilsschweren Hammer des Volksfrontvorwurfs torpediert werden. Das entspricht dem Interesse der CDU, die so hofft, am rechten Rand der SPD Wähler abspenstig machen zu können. Das entspricht auch dem Interesse des rechten Flügels der SPD - als deren Sprecher sich gerade Herr Leber hervorgetan hat - der gegen jede Veränderung in der SPD zu Gunsten sozialer und ökologischer Forderungen eintritt.

Die GAL ist heute wie vor der Wahl durchschaubar. Unser Programm ist ebenso bekannt und für die Mandatsträger verpflichtend, wie unsere auf Einzelmitglieder basierenden Strukturen, in denen jedes Mitglied gleichberechtigt an der Ausarbeitung unseres Weges partizipert, vollkommen transparent sind.

Es war nie ein Geheimnis, daß Marxisten und Kommunisten, die dieses Programm, unser Selbstverständnis und die Struktur unseres politischen Zusammenschluß akzeptieren, bei uns mitarbeiten.

Bedingungen zur Mitarbeit sind z.B. die grundsätzliche Ablehnung der Kernenergie, das Bekenntnis zu freien Gewerkschaften und zur Meinungsfreiheit, die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker etc. - u.a. diese Grundsätze verunmöglichen die Mitarbeit von Anhängern der Doktrin der DKP in unserer Liste - auch das ist seit langem bekannt.

Wir sind nicht bereit uns über dunkle Kanäle, die mit dem VS zusammenhängen mögen, als verfassungsfeindlich diffamieren zu lassen und werden alle juristischen Mittel gegen diese Diffamierungen anwenden.

GAL, Hamburg, 9.7.82

Demokratische Sozialisten: Von der Initiative zur Partei

Am 16./17. Juni versammelten sich die Demokratischen Sozialisten zu ihrem ersten Bundeskongreß in Gießen. 460 Delegierte vertraten zu diesem Zeitpunkt 1808 Mitglieder; inzwischen dürften es über 2000 sein. Hoffnungen, relevante Teile aus der linken Sozialdemokratie herausbrechen zu können, einen raschen Zulauf zu erhalten und die neue Organisation entsprechend dynamisch aufbauen zu können, haben damit doch einen ziemlichen Dämpfer erhalten. Hansen und Coppik und mit ihnen viele Linke, hatten wohl gehofft, gleich zu Beginn deutlich mehr Menschen für ihre Idee zu gewinnen. Dementsprechend waren sie auch davon ausgegangen, rasch zu einer Parteigründung und zu verbindlich arbeitenden, wirksamen Strukturen zu kommen, bzw. hatten dies als Voraussetzung dafür angesehen, noch Unentschlossene und Zögernde für das Projekt zu gewinnen. Gegenwärtig jedoch ist es aus vielerlei Gründen nicht möglich, gewissermaßen ,,in einem Rutsch'' die heiß ersehnte sozialistische Partei aus der Taufe zu heben. Zu mühsam verläuft der Ablösungsprozeß des linken Gewerkschaftsflügels von der Sozialdemokratie, zu spärlich sind die Ansätze, die Erfahrungen neuer sozialer Bewegungen in eine sozialistische Gesamtperspektive einzuarbeiten, zu stark die Identitätsprobleme der zersplitterten Linken, und allen sitzt aus zahlreichen Fehlschlägen der Vergangenheit die Angst vor einem Scheitern dieses neuen Anlaufs in den Knochen.

Die Frage, wie angesichts dieser altbekannten und wieder einmal schmerzlich erfahrenen widrigen Umstände verfahren werden müßte beim weiteren Aufbau der DS, konkretisierte sich in einer Debatte über den **Zeitpunkt der Parteigründung**. Hierzu lagen kontroverse Beschlüsse aus den Landesverbänden vor, und der Bundeskongreß mußte eine mit Spannung erwartete Entscheidung treffen. Bei einem zunächst erstellten Meinungsbild stimmten ca. 40% der Delegierten für eine sofortige Gründung am 17.6.; 50% für einen Zeitpunkt im Herbst und ca. 10% für Frühjahr. Danach wurde der 27./28. November als Stichtag zur Abstimmung gestellt und fand eine große Mehrheit. Es mag ein, daß mit dieser Vereinheitlichung eine für die DS eher hinderliche Hürde für die inhaltliche Diskussion und Arbeit aus dem Weg geschafft wurde. Denn letztendlich ist die Frage, ob man sich nun die Rechtsform einer Partei gibt oder nicht, eine Angelegenheit, die nicht gerade entscheidend für das Voranschreiten der Weltrevolution ist. Andererseits war dieser Streit nur äußerer Ausdruck für eine viel tiefere und schwierigere Problematik. Soll auf unzureichender Grundlage der Anschein einer (nach Maßstäben der bürgerlichen Öffentlichkeit) ,,funktionierenden'' Partei Maßstäben der bürgerlichen Offentlichkeit) ,,funktionierenden'' Partei vorgespiegelt werden! Würde das nicht schnell zu Strukturen und Hierarchien führen, die den eigentlichen ,,Parteibildungsprozeß'' (der mit der ,,Rechtsform'' so gut wie nichts zu tun hat) eher lähmen und abtöten als befördern! Wie ist das Verhältnis der DS zu anderen Sektoren der Linken? Schleicht sich da etwa frühzeitig wieder Stellvertreterpolitik oder -mentalität in, wenn eine ,,fertige'' Organisation präsentiert wird, ohne daß die Massen von unorganisierten Sozialisten und Sozialistinnen, die doch gewonnen werden sollen, einbezogen sind? Diese Fragen sind für das Selbstverständnis der DS und dafür, ob sie überhaupt in der Lage sein werden, linker Politik zu größerer Wirksamkeit zu verhelfen, von entscheidender Bedeutung. Die Beendigung des Streits, ob die Rechtsform ,,Partei'' nun ein Vierteljahr früher oder später gewählt wird, trägt zu ihrer Beantwortung so gut wie nichts bei. Hoffentlich hat die anvisierte Parteigründung im November nicht zur Folge, daß ein solches Problembewußtsein verschüttet wird. Es ist kein Geheimnis, daß diese Befürchtung bei vielen KB-Genossinnen und -Genossen existiert, und daß sie es daher für klüger gehalten hätten, wenn die Demokratischen Sozialisten bis auf weiteres als Initiative und noch nicht als Partei arbeiten würden. Freilich läßt sich diese Kritik, das kann man nicht oft genug betonen, nicht von den Motiven etwa von Teilen der Grünen oder der DKP ableiten, die der DS ein frühzeitiges Ende wünschen. Sondern umgekehrt geht es darum, diesen neuen Ansatz vor Rückschlägen, die existenzgefährdend sein könnten, möglichst zu bewahren.

In der Vorbereitung des Bundeskongresses war großer Wert darauf gelegt worden, daß die Debatte über die Parteigründung nicht den ganzen Ablauf beherrscht, sondern stattdessen auch inhaltlich Akzente der Demokratischen Sozialisten gesetzt werden. So wurden einleitend ein Frauenbeitrag aus Münster und ein Gewerkschaftsbeitrag aus Hamburg gehalten, und später fünf Arbeitsgruppen gebildet (Frauen, Betrieb und Gewerkschaft, Sozialabbau, Bürgerinitiativen und Ökologie, Frieden). Das Thema ,,Gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung'' wurde auch im Plenum debattiert. Beschlossen wurde, die von den Falken und der Zeitschrift ,,Revier'' in NRW initiierte Kampagne (Unterschriftensammlung unter den ,,Sozialappell'', dezentrale Aktionen und eine zentrale Demonstration im Herbst) zu unterstützen und darin einen Schwerpunkt der DS-Aktivitäten der nächsten Zeit zu sehen.

Für die Initiative Demokratische Sozialisten, wie sie in Giessen bundesweit konstituiert wurde, wurde ein Übergangs- oder Minimalstatut beschlossen. Hierbei ist von großer Bedeutung, daß die Frauen die Forderung nach paritätischer Besetzung der Gremien durchsetzen konnten. Der Beschluß lautet im Wortlaut:

Bei der Wahl von Organen und Mandatsträgern/trägerinnen der Partei m u ß eine paritätische Besetzung nach Geschlechtern bei ausreichender Kandidatur von Frauen gewährleistet sein. D.h. bei der Wahl von Organen und Mandatsträgern/trägerinnen kann gegen das Votum der Mehrheit der abstimmenden Frauen die Wahl einer Kandidatin nicht abgelehnt werden, solange die paritätische Besetzung in dem Organ nicht erreicht ist. Außerdem muß es sich bei der Zahl der zu vergebenden Mandate um eine gerade Zahl handeln, damit die paritätische Besetzung gewährleistet ist.'' Wir sind gespannt auf den Kommentar derjenigen, die die Verabschiedung eines Frauenstatuts im KB seinerzeit noch herablassend belächelt haben...

Großen Beifall bekam ein Sprecher der GAL Hamburg mit der Aufforderung, den Hamburger Erfolg als Ermutigung für entsprechende Bündnisanstregnungen auf Bundesebene zu begreifen. Eine diesbezügliche Erklärung des Bundeskongresses drucken wir nebenstehend ab.

Sensationelles und atemberaubendes haben die Demokratischen Sozialisten der westdeutschen Linken bislang nicht bieten können. Aber wir waren ja auch bisher nicht gerade vom Erfolg verwöhnt. Es gibt sie, und sie haben sogar zu arbeiten begonnen. Der größte Fehler wäre jetzt ein (leider auch in der Linken anzutreffendes) Modegebaren, d.h. nach etwas Neuem, scheinbar ,,Zugkräftigerem'' zu suchen, weil bei den DS ein Senkrechtstart ausgeblieben ist.



Erklärung des 1. Bundeskongresses der Demokratischen Sozialisten

1. Die Demokratischen Sozialisten begrüßen den großartigen Erfolg der GAL bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen als einen wichtigen Schritt zur Herausbildung einer wirksamen politischen Alternative zur gegenwärtigen Politik der Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik. Gerade als breites linkes Bündnis, das die Fragen der Sozialpolitik, der Beschäftigungspolitik und der allgemeinen politischen Wende konkret und glaubhaft in den Vordergrund rückte, hat die GAL diesen Erfolg erzielen können. Dies ist ein notwendiger Schritt, damit das herrschende Parteiensystem endlich in Richtung einer wirksamen linken Alternative geöffnet wird.

2. Die Demokratischen Sozialisten sehen in der Bildung eines breiten Bündnisses, das über die Partei der Grünen hinaus gesellschaftliche Bewegungen und politischen Protest mobilisieren kann, den einzig erfolgversprechenden Weg, auch bei den nächsten Bundestagswahlen eine solche linke Alternative erfolgreich zu machen. Sie werden von sich aus alles tun, um ein solches Bündnis möglich zu machen.

3. Der 1. Bundeskongreß der Demokratischen Sozialisten ruft alle Demokratischen Sozialisten und Sozialistinnen in diesem Land dazu auf, sich überall in der konkreten politischen Zusammenarbeit mit grünen und alternativen und anderen Initiativen und Parteien dafür einzusetzen, daß ein breites, linksalternatives Wahlbündnis für die nächsten Bundestagswahlen von der aktiven Basis her aufgebaut wird.

Gießen, am 16./17. Juni 1982

SPD: ,,Gespräche auch mit der GAL''

Jede gemeinsame Abstimmung von SPD und GAL, sowohl in der Frage der Ausschußbesetzung, als auch insbesondere bei der Ablehnung des CDU-Rücktrittsantrags gegen den Senat, ist von CDU und Springer-Presse als Beginn einer Koalition, endgültige Absage der Sozialdemokraten an die FDP u.ä. kommentiert worden. Der außerordentliche SPD-Parteitag am 15.6. hat demgegenüber nichts weiter beschlossen, als daß Gespräche auch mit der GAL zu führen seien. Ein Änderungsantrag der SPD-Linken, in dem von einem ,,ernsthaften und konstruktiven Gesprächsangebot an die GAL die Rede war (eine immer noch weit interpretierbare Aussage) wurde mit 153:139 Stimmen abgelehnt. Über die acht Bedingungen der GAL für die Tolerierung eines SPD-Minderheitssenats (vgl. AK 222, S.11; das Forderunspaket ist jetzt von der GAL noch einmal in einem Faltblatt mit einer Auflage von 50.000 Stück veröffentlicht worden, ergänzt um Erläuterungen über die konkrete Machbarkeit der geforderten Maßnahmen) wurde auf dem Parteitag überhaupt nicht diskutiert. Das tun auch die SPD-Linken höchst ungern. Am liebsten retten sie sich mit der Beteuerung, in den Zielvorstellungen sei man sich mit der GAL selbstverständlich weitgehend einig - nur dürfe die GAL von der SPD als Ganzes nicht zu viel erwarten!

Nachfolgend der Text des Parteitagsbeschlusses (mit einer Gegenstimme und wenigen Enthaltungen angenommen):

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Die SPD hat bei der Bürgerschaftswahl erhebliche Verluste hinnehmen müssen. Die CDU ist stärkste Fraktion. Dieser Wahlausgang berechtigt und verpflichtet die CDU dazu, die notwendigen Schritte einzuleiten, um unter ihrer Führung einen neuen, von der Mehrheit in der Bürgerschaft getragenen Senat zu bilden.
2. Der Bürgermeister und die Senatoren haben gegenüber dem Landesvorstand erklärt, daß sie unverzüglich zurücktreten, sobald die CDU einen mehrheitsfähigen Senat präsentiert.
3. Die SPD fordert die CDU auf, der Bürgerschaft einen von ihr geführten Senat noch vor der Sommerpause zur Wahl vorzuschlagen, so daß durch Abstimmung in der Bürgerschaft Klarheit geschaffen werden kann.
4. Für den Fall, daß die CDU keinen mehrheitsfähigen Senat bilden kann, wird die SPD Gespräche führen mit dem Ziel, eine ausreichende parlamentarische Unterstützung für einen von Klaus von Dohnanyi geführten Senat zu sichern. Dabei ist eine Koalition mit der CDU und der GAL ausgeschlossen. Der Landesparteitag erwartet, daß die Gespräche auch mit der GAL unmittelbar nach Scheitern der Bemühungen von Herrn Kiep, einen Senat zu stellen, aufgenommen werden.
5. Es ist selbstverständlich, daß für die Herstellung regierungsfähiger Mehrheiten auch vorzeitige Neuwahlen ins Auge gefaßt werden müssen.
6. Der Landesparteitag erwartet, daß bis zur Wahl eines neuen Senats der jetzige Senat im Amt bleiben wird, um entsprechend der Verfassung seine Regierungspflicht zu erfüllen.

...und der Text des Änderungsantrages (mit 153:139 Stimmen abgelehnt):

Änderungsantrag zum Antrag B 1 des Landesvorstands.
Der Punkt (4) soll nach dem ersten Satz folgendermaßen fortgeführt werden:

Da die zentralen Ziele sozialdemokratischer Politik — die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Sicherung des erreichten Fortschritts in der Sozial- und Bildungspolitik, der Ausbau des Umweltschutzes, die Durchsetzung einer alternativen Energiepolitik und eine mieterfreundliche Wohnungspolitik — in einem Bündnis mit der CDU nicht verwirklicht werden könnten, hält der Landesparteitag ein ernsthaftes und konstruktives Gesprächsangebot an die GAL für notwendig.

... sowie der ebenfalls abgelehnte Antrag des SPD-Kreises Altona:

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Die Hamburger SPD hat in den Bürgerschaftswahlen schwere Verluste hinnehmen müssen. Es ist nicht gelungen, den bundesweiten Vertrauensverlust der SPD in Hamburg zu stoppen.
2. Die genauen Ursachen für die Niederlage der Sozialdemokraten in Hamburg müssen in einer detaillierten Wahlanalyse noch untersucht und geklärt werden. Unabhängig davon bleibt jedoch festzuhalten, daß die SPD sowohl bei den Arbeitnehmern wie auch bei jungen Wählern erheblich an Zustimmung verloren hat. Mit einiger Sicherheit haben folgende Gründe eine wesentliche Rolle gespielt:

Der Verlust an Glaubwürdigkeit bei den Arbeitnehmern ist eine Folge der uns von der F.D.P. in der Koalition aufgezwungenen Kompromisse, der Blockade der CDU im Bundesrat, aber nicht zuletzt auch eigener Fehler. Viele unserer Wähler sind durch die ungelösten Probleme auf dem Arbeitsmarkt, das Tauziehen um das Beschäftigungsprogramm, Diskussionen um Zumutbarkeitsregelungen, Einschnitte in die Sozialleistungen, Aufweichung des Mieterschutzes u.s.w. erheblich verunsichert worden und haben in der Hamburger Bürgerschaftswahl mit Wahlenthaltung reagiert.

Die Verluste bei den jüngeren Wählern sind keine Folge generationsbedingten Protestverhaltens oder eines Trends zum Ausstieg, sondern Folge ungelöster politischer Probleme, mangelnder Glaubwürdigkeit von Entscheidungen und fehlender sozialdemokratischer Perspektiven in wichtigen politischen Fragen.

Das Wahlergebnis der GAL konnte nur zustandekommen, weil wir politische Fehler und Versäumnisse im Umgang mit der Friedensbewegung, der Ökologiebewegung, der Frauenbewegung und Bürgerinitiativen begangen haben.

Daneben haben auch hausgemachte Hamburger Probleme die Niederlage mitverursacht. Anders ist nicht zu erklären, daß in Problemgebieten sowohl die CDU wie die GAL erhebliche Gewinne machen konnten oder die Gruppe der sogenannten sozialen Aufsteiger in Neubaugebieten zur CDU abwanderten.

Trotzdem bleibt festzustellen, daß die Mehrheit der Hamburger Wähler gegen einen Wechsel zur CDU war und gegen ein konservatives Modell Hamburg gestimmt hat.

3. Das Wahlergebnis hat weder der CDU noch der SPD eine regierungsfähige Mehrheit gebracht. Eine Koalition mit der CDU oder GAL scheidet aus. Wie weit eine Zusammenarbeit mit der GAL in Einzelfragen möglich ist, läßt sich derzeit noch nicht absehen. Deshalb werden der Landesvorstand und die Bürgerschaftsfraktion aufgefordert, sorgfältige Gespräche mit der GAL zu führen, um die Möglichkeiten für sozialdemokratische Politik bei der Behebung der Arbeitslosigkeit, der Sicherung erreichter Fortschritte in der Sozial- und Bildungspolitik, des Ausbaus des Umweltschutzes, der Durchsetzung einer alternativen Energiepolitik und einer mieterfreundlichen Wohnungspolitik festzustellen.
4. Die Niederlage der Sozialdemokraten in Hamburg macht es erforderlich, ausführlich über Perspektiven sozialdemokratischer Politik in unserer Stadt nachzudenken. Sozialdemokraten müssen sich der Frage stellen, wie sie ihre Wähler aus dem Bereich der Arbeitnehmerschaft und der Jugend zurückgewinnen können. Der Landesvorstand wird daher aufgefordert, im Herbst auf einem Landesparteitag eine ausführliche Wahlanalyse und politische Leitlinien für die Fortführung der Integrationspolitik vorzulegen.

GAL ein „Sicherheitsrisiko''?

Bei der nach der Hamburger Wahl u.a. auch anstehenden Neubesetzung des sog. G-10-Ausschusses, sowie der parlamentarischen VS-Kontroll-Kommission wurde mit den einträchtigen Stimmen von SPD und CDU der Einzug der GAL in diese Gremien verhindert. Lediglich 5 Stimmen wurden für eine Mitarbeit der GAL in diesen Gremien laut.

Der G-10-Ausschuß soll die von Justiz, Polizei und VS nach dem G-10-Gesetz getroffenen Maßnahmen bei der Einschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses kontrollieren, um mißbräuchliche Einschränkungen zu verhindern. Solche Ausschüsse existieren seit 1969. Dem Hamburger gehören 3 Mitglieder an, die mit einfacher Mehrheit in der Bürgerschaft gewählt werden.

Der parlamentarische Kontrollausschuß ist ein Produkt des 1978 in Hamburg novellierten Landes-Verfassungsschutzgesetzes, das sich die SPD und auch die FDP gern als fortschrittlich an den Hut stecken. Es ist seinerseits ein Produkt diverser vorangegangener VS-Sandale wie z.B. den berüchtigten HSW-Vorfällen, wo die enge Zusammenarbeit zwischen VS und Betrieben bei der Bespitzelung von Belegschaften deutlich wurde. In dem Kontrollausschuß sitzen ebenfalls drei Personen, die aber im Unterschied zum G-10-Ausschuß mit Zweidrittel-Mehrheit der Bürgerschaft gewählt werden müssen.

Traditionsgemäß waren G-10-Ausschuß, sowie seit 1978 auch der VS-Kontroll-Ausschuß, von den drei im Rathaus vertretenen Parteien CDU, FDP und SPD beschickt worden — wobei die SPD unter Nutzung der gegebenen Mehrheitsverhältnisse die FDP im ‚Huckepackverfahren' mitnahm.

Über die tatsächliche Kontrollfunktion dieser Gremien sind Illusionen nicht angebracht: die Ausschüsse haben nichts zu entscheiden und unterliegen der Verschwiegenheitspflicht. Der ‚Fall Weber', bei dem dem linken FDP-Abgeordneten auf Grund von VS-Dossiers die Mitarbeit in den Gremien als ‚Sicherheitssrisiko' verwehrt wurde, die FDP einen anderen Kandidten nominieren mußte, zeigt darüberhinaus, daß auch über eine entsprechende Personen-Manipulation für eine weitgehende Wirkungslosigkeit der Kontrollfunktion gesorgt wird.

Seit dem Einzug grün-bunter Listen in verschiedene Rathäuser sind die Intimitäten zwischen Innenbehörde, VS und herrschenden Parteien in Gefahr. Die ‚etablierten' rückten bereits in einem ähnlichen Fall in Münster zusammen, um die Mitarbeit eines Grün-Bunten Abgeordneten im „Sicherheitsausschuß'' der Stadt zu verhindern. Diese Linie hat sich hier in HH jetzt fortgesetzt. Offenbar fürchten die bürgerlichen Parteien nichts so sehr als daß die so laut verkündete notwendige öffentliche Kontrolle tatsächlich stattfindet. Die GAL und andere Listen werden sich gegen eine solche Politik zu wehren haben. Wir bringen im folgenden ein Interview mit Gerhard Weber zu seinem ‚Fall' 1974 und dem Fraktionsgeschäftsführer der GAL, Rainer Link, zur aktuellen Ausgrenzung der GAL.

AK: 1974 stand deine Kandidatur für den G 10 - Ausschuß an. Sie wurde abgelehnt. Wie du weißt, ist heute die GAL-Kandidatur ebenfalls für denselben Ausschuß abgelehnt worden. In diesem Zusammenhang möchten wir dir ein paar Fragen stellen.

Erste Frage: Wie beurteilst du die angebliche Kontrollfunktion des Ausschusses, was kontrolliert er eigentlich und welche Öffentlichkeit kann er überhaupt herstellen?

Gerhard Weber: Vielleicht eine kleine Korrektur: Es war damals so, daß ich als möglicher Fraktionsvorsitzender der FDP im Gespräch war und auch zum Fraktionsvorsitz eigentlich kandidieren wollte. Als dies in der Öffentlichkeit bekannt wurde, sickerte dann plötzlich in der Presse durch: Weber ist ein ‚Sicherheitsrisiko'. Warum? Weil mit dem Fraktionsvorsitz der Sitz im G 10 - Ausschuß verbunden war. Die Tradition dieses G 10 - Ausschusses ist, daß dort eigentlich immer die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden tätig sind und einer ihrer Stellvertreter. Ich wäre dann also als Fraktionsvorsitzender automatisch Mitglied der G 1o - Kommission geworden, was nicht zwingend notwendig ist, man hätte auch jemanden anders nominieren können, aber was eigentlich der Tradition dieses Ausschusses und seiner Besetzung entsprach. Als in der Öffentlichkeit bekannt wurde, daß Planungen in diese Richtung da waren, daß ich Fraktionsvorsitzender werden könnte, ging durch die Presse, daß ich ein ‚Sicherheitsrisiko' sei und von daher für den G 10 - Ausschuß nicht tragbar.

Der G 1o - Ausschuß ist ja von seiner ganzen Anlage her so ein Ausschuß, der eigentlich überwachen soll und Zu-

10 - Ausschuß nicht tragbar.
Der G 1o - Ausschuß ist ja von seiner ganzen Anlage her so ein Ausschuß, der eigentlich überwachen soll und Zu-

stimmung geben soll, wessen Telefone abgehört werden und wessen nicht. Er soll also die Informationen bekommen, wo wird abgehört und wo wird nicht abgehört. Aber er ist eigentlich gleichzeitig auch der Ausschuß, der den Verfassungsschutz kontrollieren soll. So nach dem Motto kontrolliert die Kontrolleure! Da aber alle, die diesem Ausschuß jeweils angehören - und das ist der wichtige Punkt - der Geheimhaltungspflicht unterliegen, ist im Grunde hier eine Transparenz und Öffentlichkeit zur Arbeit des Verfassungsschutzes über die Mitgliedschaft in diesem Ausschuß nicht herzustellen.

AK: Welchen Sinne hättest du denn darin gesehen, darin zu arbeiten, bzw. welchen würdest du heute sehen?

Gerhard Weber: Es war während meiner Zeit in der Bürgerschaft des öfteren ein Punkt, den ich aufgespießt habe in öffentlichen Debatten, daß der Verfassungsschutz in vielen Betrieben seine Hände mit drin hat z.B. bei Leuten, die in Gremien in Betriebe kommen sollten. In Verbindung mit den Hamburger Stahlwerken gab es damals einen großen Skandal, den ich aufgepickt habe durch öffentliche Anfragen und auch durch eine Anfrage in der Bürgerschaft. Es ist so: ich bin ja in den Ausschuß nicht reingekommen und bin auch nicht Fraktionsvorsitzender geworden. Es gab ne große Kampagne und einen ‚Fall Weber', eben das ‚Sicherheitsrisiko' - inzwischen haben Innenminister der CDU/CSU den Herrn Bundesinnenminister Baum als ‚Sicherheitsrisiko' bezeichnet. Man sieht, mit solchen Worten wird viel Politik gemacht. Was aber dann durchsickerte - das ganze geschah damals übrigens noch in der Ära Klose - war, daß mir meine Arbeit auf dem Gebiet der Ostpolitik ‚der Verständigungspolitik' zum Vorwurf gemacht wurde. Ich war und bin Vorsitzender der Gesellschaft BRD - UdSSR. Meine Reisen in die Ostblockstaaten, hauptsächlich in die Sowjetunion, meine Kontakte mit Kommunisten hier, mein Einsatz für Leute, die unter Berufsverbot fielen - dies alles, so meinte der VS, stelle jenes ‚Sicherheitsrisiko' dar, das heißt also Menschen, die sich hier nicht in die vorgefertigten Schablonen pressen lassen und sich nicht von irgendwelchen Seiten vorschreiben lassen, mit wem sie reden, und wohin sie reisen, die stellten nach Ansicht des damaligen Verfassungsschutzes und auch seiner politischen Verantwortlichen wie z.B. des Innensenators und anderer ein ‚objektives Sicherheitsrisiko' dar - d.h. der Verfassungsschutz bestimmt indirekt selber, wer ihn kontrolliert. Es gibt in einer Pressemeldung der ‚Welt' einen Ausspruch eines Vertreters der Innenbehörde: ‚Wenn Weber in die G 10 - Kommission kommt, dann kann der Verfassungsschutz seinen Laden ja gleich dicht machen.'

AK: Was hast du denn damals dagegen unternommen?

Gerhard Weber: Erstens hat sich die FDP mit mir solidarisiert und hat öffentlich bekannt gemacht, daß sie diesen Abstimmungen nicht zustimmen wird, daß ich für die FDP kein ‚Sicherheitsrisiko' darstelle und daß sie meine politische Tätigkeit voll billige. Mehr zu unternehmen gegen ein anonymes Gremium, gegen Akten, die angeblich da sind, in die ich aber nicht selbst hineinschauen durfte, - denn es soll irgendwelche Akten geben, die mich belastet hätten - war für mich nicht möglich. Ich hatte auch keine Akteneinsicht und selbst ein Gespräch mit dem

lastet hätten - war für mich nicht möglich. Ich hatte auch keine Akteneinsicht und selbst ein Gespräch mit dem

damaligen Innensenator Klose brachte nichts. Da wird gemauert. Und das trotz eines relativ fortschrittlichen Verfassungsschutzgesetzes, für das sich ja auch die FDP sehr maßgeblich eingesetzt hat. Das hat sich bis heute nicht geändert. Das zeigt sich an der neuen Situation bzgl. der GAL.

AK: Damit ist eigentlich auch die Frage schon beantwortet, ob du Einsicht in die Akten bekommen hast.

Gerhard Weber: Nein, selbst auch nicht in die Akten, die mich persönlich betreffen oder belasten würden. Dies wurde abgelehnt mit dem Hinweis, dadurch würde auch ein Teil der Informanten deutlich werden. Und daran hat der Verfassungsschutz und die Innenbehörde kein Interesse.

AK: Und hast du juristische Maßnahmen ergriffen?

Gerhard Weber: Ich habe damals davon abgesehen. Man hat mir davon abgeraten, um nicht in eine unerquickliche Debatte über meine sog. ‚Ostkontakte' verwickelt zu werden...

AK: Was hältst du denn jetzt von dieser neuesten Geschichte. Also diesmal ist ja die GAL abgelehnt worden.

Gerhard Weber: Ja, hier ist jetzt der Vorwurf, der damals gegen eine Person erhoben wurde, gleich gegen eine ganze politische Gruppierung übertragen worden, die ja noch gar nicht entschieden hatte, wer denn da nun hineingeschickt werden sollte. Das bedeutet, daß eine politische Gruppierung, die durch den Willen des Wählers ins Parlament gehievt wurde, von bestimmten Kontrollfunktionen, die gerade sie auf ihre Fahnen geschrieben hat, ausgenommen werden soll. Und dies ist im Grunde ein politischer Skandal. - Hier zeigt sich einfach, daß trotz einem relativ guten Verfassungsschutzgesetz eben der politische Wille da ist, - auch bei den zur Zeit in der Bürgerschaft vorhandenen politischen Mehrheiten-Gruppen abzugrenzen und nicht zuzulassen, daß Dinge im Hinblick auf die Arbeit des Verfassungsschutzes transparent werden. Dies meine ich, kann die GAL nicht hinnehmen. Und hier sollte sie nicht nur politisch dagegenangehen, sondern notfalls auch juristisch, denn man kann einfach nicht hinnehmen, daß eine politische Partei, die jetzt in der Bürgerschaft sitzt - auch wenn sie vielen vielleicht nicht genehm ist und es Vorurteile gibt, die hier und da zu festen Urteilen geführt haben - ausgegrenzt und abgestempelt werden soll. Das muß die GAL durchfechten. Und ich bin sicher, daß sie manns genug sind, auch die nötigen juristischen Schritte zu unternehmen, um das ihnen zustehende Recht einer Fraktion zu bekommen, nämlich auch in den G 10 - Ausschuß zu kommen.

AK: Gerd, wird danken dir für das Gespräch.

Interview mit dem Fraktionsgeschäftsführer der GAL Rainer Link

AK: Die Mitarbeit der GAL im berüchtigten G-10-Ausschuß, sowie auch im VS-Kontrollausschuß ist von SPD und CDU bei der turnusmäßigen Neubesetzung verhindert worden. In diesem Zusammenhang haben wir ein paar Fragen. Erstens: Wie weit ist eurer Meinung nach über so einen Ausschuß eine tatsächliche öffentliche Kontrolle gewährleistet? Und welche Arbeitsmö-

tatsächliche öffentliche Kontrolle gewährleistet? Und welche Arbeitsmö-

glichkeiten würdet ihr für euch darin sehen?

GAL: Eine Sache vorweg zur Klärung: Aufgrund des Hamburger Verfassungsschutzgesetzes ist für Hamburg die Einrichtung eines sog. parlamentarischen Kontrollgremiums für den Verfassungsschutz vorgeschrieben. Das ist ein dreiköpfiges Gremium mit drei Stellvertretern und da braucht man eine Zweidrittel-Mehrheit. Das heißt, da würden wir also nur mit den Stimmen der CDU reinkommen. Und daneben gibt es den G-10-Ausschuß, der ist beschränkt auf den Artikel 10 des Grundgesetzes, also die Kontrolle der Durchführung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses. Bei der Neubesetzung ging es um beide Gremien. — Nun zu der Frage: Wir gehen davon aus, daß sowohl der VS als auch die Innenbehörde und andere Nachrichtendienste dringend kontrollbedürftig sind. Man denke an die diversen Skandale der letzten Jahre. Gleichzeitig sagen wir aber auch, daß die G-10-Kommission und die Kommission zur Kontrolle des Verfassungsschutzes nur halbherzige Kontrollgremien sind. Das ergibt sich einerseits daraus, daß diese Kommissionen nur nachträglich informiert werden, sie aber nicht irgendwelche Entscheidungen über die Durchführung von Maßnahmen zu treffen haben. Das ergibt sich auch weiter daraus, daß sie zur Verschwiegenheit verpflichtet sind, keine Skandale an die Öffentlichkeit bringen können usw. Trotzdem ist u.E. die Anwesenheit von GAL-Vertretern in diesen Ausschüssen sinnvoll, da auch bei nachgezogener Information durchaus die Möglichkeit bestünde, politisch zu intervenieren, wenn Skandale ans Tageslicht kommen.

AK: In welcher Form könntet ihr denn in solchen Fällen tätig werden?

GAL: Es ginge zunächst erst einmal darum, selber an Informationen heranzukommen, und diese Informationen sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch in politische Initiativen umzumünzen. Das heißt nicht unbedingt, daß wir per se gegen die Geheimhaltungsvorschriften verstoßen müßten, sondern es ist durchaus denkbar, bei einer Anhäufung von Fällen von Mißbräuchen gesetzliche Initiativen in die Bürgerschaft zu bringen, um solche Mißbräuche für die Zukunft ausschließen zu können.

AK: Bzw. denkbar ist ja auch, daß Abgeordnete der GAL ihre Kenntnis von solchen der Verschwiegenheit unterliegenden Vorgängen dazu nutzen, über Anfragen in der Bürgerschaft eine entsprechende Öffentlichkeit herzustellen.

GAL: Auch das! Soweit das eben tatsächlich auf demAntragswege möglich ist. Hier steht natürlich immer die Geheimhaltungspflicht im Hintergrund.

AK: Gut, lassen wir es dabei. Ich will dann eine weitere Frage stellen. Wie ist euer Ausschluß begründet worden? Was meinst du, was dahinter steht?

GAL: Es hat zwei verschiedene Begründungen gegeben. Die eine seitens der SPD. Die SPD hat gesagt, sie bekämen sowieso nur einen Menschen da rein und den könnten sie nicht an die GAL abtreten. Das ist eine durch und durch verlogene Argumentation. Die Sache ist nämlich so: Die CDU hatte zwei Kandidaten und wenn die SPD einen GAL-Kandidaten mitgewählt hätte, dann hätten eben die CDU einen, die SPD einen und die GAL einen Vertreter gehabt. D.h. die SPD hätte keineswegs auf ihren Vertreter zu verzichten brauchen, sondern nur gegen einen CDU-Vertreter und für einen GAL-Vertreter zu stimmen brauchen. Dann säßen wir jetzt in der G-10-Kommission. Bei der Kontrollkommission für den Verfassungsschutz sieht es etwas anders aus, weil da eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich ist. Hier wären wir also nicht nur auf die Stimmen der SPD, sondern auch der CDU angewiesen. Das ist natürlich eine Lösung, an die wir politisch zu keinem Zeitpunkt geglaubt haben. Wir meinen jetzt abschließend zu dem Verhalten der SPD, daß sich hier ganz deutlich zeigt, daß die SPD nicht bereit ist, eine politische Annäherung an die GAL zu machen; sonst hätte sie in diesem Fall ganz klar den GAL-Kandidaten stützen müssen. Im Plenum haben insgesamt nur fünf SPD-Abgeordnete — oder möglicherweise SPD-Abgeordnete — für die GAL-Wahlvorschläge gestimmt.

AK: Das ist soweit der Abstimmungsvorgang und seine politischen Hintergründe, die du uns geschildert hast. Mich würde nun noch die genaue Begründung interessieren, mit der die GAL-Mitarbeit in diesen beiden Gremien abgelehnt worden ist.

GAL: Da müssen wir auf die Argumentation der CDU kommen. Die erschöpft sich im Grund darin, daß sie sagt: Leute wie die GAL gehören nicht in ‚sicherheitssensible Bereiche', da die GAL selbst ein ‚Sicherheitsrisiko' darstellt. Das ist im Grunde die alte abgeschmackte Theorie der CDU, daß all diejenigen, die links von der Mitte der SPD angesiedelt sind, bereits im Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit zu stehen haben.

SPD angesiedelt sind, bereits im Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit zu stehen haben.

AK: Und wie hat die SPD argumentiert?

GAL: Die SPD hat sich öffentlich dieser Argumentation nicht angeschlossen. Man darf aber vermuten, daß die Rechte in der SPD natürlich sehr erfreut war, daß die CDU ihr dieses Geschäft abgenommen hat.

AK: Die SPD hat sich also dazu gar nicht geäußert, nur durch Abstimmung verhalten?

GAL: Ja, durch Abstimmung die Sache perfekt gemacht.

AK: Im ‚Fall Weber' wurde 1974 eine einzelne Person als ‚Sicherheitsrisiko' von der Mitarbeit im G-10-Ausschuß ausgegrenzt. In eurem Fall — wo ja noch gar keine bestimmten Personen kandidiert haben — wird ja wohl gleich eine ganze Liste als ‚Sicherheitsrisiko' bezeichnet. Sehe ich das richtig?

GAL: Das ist zweifellos richtig. D.h. die CDU beschränkt sich nicht mehr darauf, einzelne Funktionsträger als ‚ostgesteuert', ‚K'-Gruppen-verdächtig oder Verfassungsfeinde zu diffamieren, sondern sie erhebt mittlerweile pauschal den Vorwurf, die Liste sei kommunistisch gesteuert. Diesen Vorwurf hat sie natürlich im Wahlkampf gern verschwiegen, weil es ihr im Wahlkampf darum ging, der GAL möglichst ein gutes Ergebnis zu bescheren, damit die SPD optimal geschwächt wird. Heute stehen wir allerdings vor einer Situation, daß Gespräche zwischen GAL und SPD ins Haus stehen, und diese CDU-Argumentation der verfassungsfeindlichen GAL-Steuerung jetzt ein ganz zentraler Hebel ist, um diese Gespräche, diese poltischen Annäherungsversuche zu sabotieren.

AK: Welche Möglichkeiten, speziell auch erst einmal juristisch, seht ihr nun eigentlich, gegen die Argumentation der CDU und gegen das Abstimmungsverhalten der beiden Parteien anzugehen und ggfls. eure Fraktionsrechte einzuklagen? Ihr seid ja schließlich auf legalem Wege ins Rathaus gewählt worden, wie jede andere politische Gruppierung auch.

GAL: Juristische Möglichkeiten nachträglich noch in die beiden genannten Kommissionen reinzukommen sehen wir nicht, da die Größe dieser Ausschüsse es einfach nicht möglich macht, ohne die Hilfe einer der beiden größeren Parteien dort einen Sitz zu erhalten. Wir werden aber gegen die Unterstellungen der CDU, daß wir ein ‚Sicherheitsrisiko' seien, gegen Falschmeldungen und gegen Beleidigungen von einzelnen Funktionsträgern unserer Fraktion versuchen juristische Schritte einzuleiten. Darüberhinaus sehen wir vor allen Dingen unsere Aufgabe darin, politisch zu verdeutlichen, weswegen es gerade sinnvoll ist, daß Vertreter einer GAL in diesen Ausschüssen mitarbeiten sollten.

AK: Kannst du das erläutern?

GAL: Wir gehen davon aus, daß im Grunde diejenigen, die bisher vom Verfassungsschutz diskriminiert, kontrolliert und bespitzelt wurden optimal dafür geeignet sind, eine parlamentarische Kontrolle gegen die Auswüchse dieses Amtes durchzuführen, während grade diejenigen am ungeeignetsten dafür sind, die in den letzen Jahren über einen sehr engen Informationszusammenhang mit dem VS zugleich Zulieferer und auch Nutznießer der VS-Tätigkeit gewesen sind.

rer und auch Nutznießer der VS-Tätigkeit gewesen sind.

AK: Wir wünschen euch für die bevorstehenden Auseinandersetzungen viel Erfolg.

GIM gibt Ratschläge

Jahrelang hatten sich die Wahl-Aussagen der trotzkistischen GIM darin erschöpft, erstens zur Bildung einer „Sozialistischen Alternative'' und zweitens zur Stimmabgabe für die SPD aufzurufen. Das hat sich erstmals anläßlich der Hamburger Bürgerschaftswahl ein bißchen geändert. Nach dem Wahlerfolg der GAL hält sich die GIM mit wertvollen Ratschlägen nicht zurück: *„In der konkreten Situation in Hamburg wird es nun darauf ankommen, daß die GAL gegenüber der SPD eine Taktik entwickelt, bei der eine SPD-Regierung ohne Vorbedingung gegen eine alternative CDU-Regierung parlamentarisch gestützt, die SPD zur Bildung bzw. Beibehaltung einer Minderheitsregierung aufgefordert wird, und daß für deren Tolerierung solche Bedingungen gestellt werden, die die Entwicklung des Klassenbewußtseins und der Kampfbereitschaft fördern und den Differenzierungsprozeß in der SPD selbst vorantreiben''*. Das ist der Ratschlag des GIM-Politbüros an die GAL. Ganz schön dialektisch ist das formuliert: eingerseits ohne Vorbedingung „stützen'', andererseits aber nur unter bestimmten Bedingungen „tolerieren''. Ob das GIM-Polibüro sich dabei etwas gedacht hat?!...

Sehr substantiell sind auch die Ratschläge des GIM-Chefideologen Winfried Wolf an die GAL: *„Die Wähler der GAL haben am 6. Juni dieser Liste einen Kredit gewährt, dessen Einlösung sie nun gespannt erwarten; darüber hinaus richtet sich das Interesse Hunderttausender Noch-SPD-Wähler auf die GAL und insbesondere auf deren Politik gegenüber der SPD und einer SPD-Minderheitsregierung. Die kommenden Tage und Wochen werden zeigen, ob die GAL hier zu einer Taktik findet, die auf ultimative Bedingungen verzichtet, gleichzeitig jedoch solche Forderungen an die SPD heranträgt, die das antikapitalistische Bewußtsein fördern und den Diskussions- und Differenzierungsprozeß in der SPD selbst vorantreiben''*. (Zitate aus „was tun'', 10.6.82).

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Wir haben die Ratschläge der GIM an die GAL hier v o l l s t ä n d i g zitiert, nichts wurde unterschlagen. Da hat die GAL nun schon Monate v o r der Wahl ausführlich und detailliert die Bedingungen schriftlich formuliert, unter denen sie bereit sein könnte, einen SPD-Senat zu tolerieren. Aber statt sich k o n k r e t zu diesen Bedingungen zu äussern, präsentiert die GIM nichts weiter als schwammige Statements, die mensch so oder auch anders interpretieren kann. —

Daß die GIM zur praktischen Politik der GAL nichts zu sagen weiß ist nicht einmal eine Schande. Aber warum schweigen die Genossen dann nicht lieber?!



Jo Leinen (BBU): Für einen neuen Reformblock

Interview zu Friedensbewegung und Wahlen

AK: Bei der Friedesdemonstration am 10. Juni hat Deine Rede ja einiges Aufsehen erregt. Du hast davon gesprochen, die Friedensbewegung müsse im Falle einer Durchsetzung der Raketenpolitik die BRD „unregierbar" machen, ähnlich wie das in Hamburg durch die Wahlen schon passiert sei. Kannst Du das etwas verdeutlichen?

Jo L.: Die Anhänger der Friedensbewegung werden nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sollten diese neuen Atomwaffen nächstes Jahr in der Bundesrepublik stationiert werden. Zu viele Menschen wissen, daß es sich um Erstschlagswaffen handelt und die Vernichtung Europas auf dem Spiel steht. Angesichts dieser höchstbedrohlichen Situation wird der Widerstand gegen diese Politik noch zunehmen, da bin ich ganz sicher.

Nun kann dieser Kampf auf zwei Ebenen geführt werden. Zum einen auf der außerparlamentarischen Ebene, indem die Stationierungsvorbereitungen verhindert werden, entweder direkt vor Ort oder durch vielfältige Formen der Verweigerung und des Boykotts, überall wo die Friedensbewegung lebt und existiert.

Seit den Wahlen in Hamburg wird deutlich, daß der Widerstand auch parlamentarisch führbar ist. Die Alternativbewegung kann sich eine Vetoposition verschaffen, indem es für die alte Politik der Parteien keine Mehrheit mehr gibt. Es ist voraussehbar, daß schon in zwei Monaten in Hessen eine ähnliche Situation eintritt. Dasselbe wird der Fall sein, wenn es nach einer Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II Bundestagswahlen gibt. Für die etablierte Politik der Aufrüstung im militärischen und der Abrüst-

Pershing II Bundestagswahlen gibt. Für die etablierte Politik der Aufrüstung im militärischen und der Abrüst-
nung im sozialen Bereich werden sich keine Menschen in der Bevölkerung mehr finden lassen. Die Reaktionen auf meine Bonner Rede waren hysterisch bis unverschämt. Vor allen Dingen die CDU ging in mehreren Erklärungen damit hausieren, daß hier ein Aufruf zur Gewalt und zur Anarchie erfolgt sei. Die FDP hat sich auf dem hessischen Sonderparteitag als „Retter der Nation" aufgespielt und den Koalitionswechsel damit begründet, die von mir erwähnte Unregierbarkeit verhindern zu wollen.

Diese Instrumentalisierung meiner Aussage durch CDU und FDP macht es notwendig, sie zu konkretisieren und als politische Forderung aufzustellen.

AK: Die Erreichung einer Position des „Züngleins an der Waage" in Hamburg ist ja Ergebnis einer gewachsenen Stärke der grün-alternativen Wahlbewegung. Soll dies auf Bundesebene ebenfalls zum Tragen kommen, müßte sich dann nicht die Friedensbewegung intensiv für die Schaffung eines breiten Wahlbündnisses einsetzen?

Jo.L.: Außerparlamentarische Bewegungen sind von ihrem Ansatz her überparteilich, das heißt, sie legen nicht fest, wie ihre Anhänger sich bei Wahlen verhalten sollen. Die Anti-AKW-Bewegung war in dieser Weise jahrelang offen in Richtung SPD und FDP. Nun haben die letzten Parteitage gezeigt, daß sich in diesen Parteien bezüglich des Ausstiegs aus der Atomenergie nichts mehr nach vorne bewegt. Die Grünen sind eine direkte Folge dieser energiepolitischen Blockadepolitik der etablierten Parteien.

In Teilen der Friedensbewegung gibt es meines Erachtens immer noch eine Hoffnung, daß der Sonderparteitag der SPD nächstes Jahr ein „Nein" zur Nachrüstung bringt. Bringt er aber ein „ja" oder ein „Jein" zur Stationierung neuer Massenvernichtungswaffen, ist ganz klar, daß viele Menschen aus der Friedensbewegung bei den nächsten Bundestagswahlen ihrem Protest mit dem Stimmzettel Ausdruck verleihen werden. Entweder durch die Unterstützung der Grünen oder durch ein möglicherweise bis dahin existierendes breiteres alternatives Wahlbündnis.

AK: In einer BBU-Presseerklärung nach dem 10. Juni hast Du befürwortet, daß sich „die ökologisch und friedenspolitisch orientierten Kräfte in SPD, FDP und Grünen zu einem neuen Reformblock zusammenfinden" müssen.

Vorraussetzung eines solchen Reformblocks ist u.E. aber zuallererst eine massive Stärkung der alternativen Wahlbewegung. Oder welche Bedingungen hast Du da im Auge?

Jo L.: Ich bin der Meinung, daß die FDP ihre historische Rolle längst verlassen hat. Die FDP repräsentiert keine gesellschaftspolitischen Themen mehr, die nicht auch von den anderen Parteien vertreten werden. Die Partei ist überflüssig geworden, insbesondere wenn sich sich als Mehrheitsbeschaffer für die CDU versteht. Das heißt für die politische Realität in der Bundesrepublik, daß fortschrittliche Mehrheiten links von der CDU nur dann zustandekommen, wenn die SPD einen anderen Partner erhält. Die SPD wird allein bundesweit keine absoluten Mehrheiten erhalten. Wenn der totale CDU-Staat verhindert werden soll, dann bedarf es dazu vieleicht nicht unbedingt förmlicher Regierungskoalitionen mit grün-alternativen Ministern, wohl aber müssen zwischen der alternativen Wahlbewegung und der SPD Gespräche und Verhandlungen geführt und Absprachen getroffen werden. Ziel könnte die Tolerierung von SPD-Minderheitsregierungen unter bestimmten Bedingungen sein.

Eine solche Lage besteht zur Zeit in Hamburg. Klar ist, daß die Alternativbewegung in den Parlamenten nicht ein willfähriger Mehrheitsbeschaffer für die SPD sein kann. Zielsetzungen und Standpunkte der außerparlamentarischen Bewegung müssen in diese Verhandlungen eingebracht und durchsetzungsfähig gemacht werden. Der archimedische Punkt wird allerdings sein, ob die Bedingungen so hoch geschraubt werden, daß es von vornherein nicht zu einer Einigung kommen kann. Die SPD wäre dann gezwungen, sich zur CDU hinzuwenden, bzw. es käme eine CDU-Regierung mit Tolerierung der SPD zustande. So wäre auf Jahre hinaus im Sinne unserer Vorstellungen alles verbaut. Die andere Möglichkeit ist eben, in harten Verhandlungen möglichst viele Positionen der außerparlamentarischen Bewegung durchzusetzen. Nach meiner Auffassung müßte die alternative Wahlbewegung genau dies zum Ziel haben, weil sie sich ansonsten selbst aus der praktischen Politik auf Parlaments- und Regierunsebene ausklinkt und die totale Macht dann unseren Gegnern überlassen wird.

AK: Das müßtest Du jetzt etwas konkretisieren. Was kann die alternative Wahlbewegung von der SPD fordern, wann soll sie eine SPD-Minderheitsregierung tolerieren?

Jo L.: Ein zentraler Punkt grün-alternativer Wahlprogramme ist der Ausstieg aus der Atomenergie. Ausstieg aus der Atomenergie heißt als Minimum, daß keine weiteren AKW-Kapazitäten mehr ans Netz gehen dürfen. Ausstieg heißt zweitens, daß eine Energiepolitik gemacht werden muß mit einem Zeitplan, wo der am Netz befindliche Atomstrom nach und nach abgeschaltet werden kann. Das bedeutet z.B. für Hamburg, daß Brokdorf und auch der Netzanschluß vom AKW Krümmel verhindert werden muß, und daß durch eine kommunale Energieversorgungspolitik auch der Ausstieg aus Stade und Brunsbüttel in naher Zukunft erfolgen kann.

Für Hessen heißt das, daß Biblis C, Borken und eine Wiederaufbereitungsanlage nicht mehr zur Diskussion stehen, daß die Startbahn West nicht gebaut werden darf und daß auch das Abschalten von Biblis A und B vorbereitet wird. Dazu kommt in Hessen ein wirksames Programm gegen die katastrophale Gewässerverschmutzung.

AK: Um nochmal auf Deine Vorstellungen von einem Reformblock zurückzukommen: Ich halte es für unrealistisch, die ganze SPD dafür gewinnen zu wollen. Der rechte SPD-Mehrheitsflügel hat — gerade in den letzten zehn Jahren — immer wieder bewiesen, daß er kein Interesse an echten Reformen hat; er hat im Gegenteil eine Faschisierung von Staat und Gesellschaft betrieben. Allerhöchstens der linke Flügel der SPD und die wenigen Linksliberalen in der FDP kommen doch für einen solchen Reformblock in Frage.

Jo L.: Das sehe ich anders. Es gibt seit Jahren auf der unteren und mittleren SPD-Ebene Beschlüsse für den Ausstieg aus der Atomenergie und gegen die Stationierung neuer Atomwaffen. Nur hat sich mit Rücksicht auf die Regierungsfraktion diese Mehrheitslinie der SPD-Basis auf Bundesparteitagen nie durchsetzen können. Deshalb traue ich der SPD eine Wandlungsfähigkeit zu, entweder wenn sie in die Opposition gerät, oder wenn sie — aufgrund einer Konstellation wie in Hamburg — unter den Druck der Grün-Alternativen kommt. Eine große gesellschaftliche Kraft und Partei wie die SPD wird immer das Ziel haben, Politik zu gestalten und Regierungsverantwortung zu übernehmen. Diese Gesellschaft der CDU auszuliefern oder sich durch eine Große Koalition mit der CDU total unglaubwürdig zu machen und die Spaltung der Partei zu riskieren, das wäre ein zu hoher Preis für die SPD. Die Veränderung der SPD durch den Druck der grün-alternativen Fraktionen in den Parlamenten wäre wesentlich vorteilhafter für die gesamtpolitische Landschaft in der Bundesrepublik.

Ist Grün allein ausreichend?

AK: Welche Voraussetzungen für die Herausbildung eines Reform-Blocks sind auf der Seite der alternativen Wahlbewegung notwendig? Ist

---

BBU PRESSEDIENST

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.

Bonn, den 21.Juni 82

DIE ALTE POLITIK DER PARTEIEN PROVOZIERT EINE DROHENDE UNREGIERBARKEIT DER BUNDESREPUBLIK
NEUER ÖKOLOGISCH UND FRIEDENSPOLITISCH ORIENTIERTER REFORM-BLOCK ZUR SICHERUNG DER LEBENS- UND ÜBERLEBENSBEDINGUNGEN DIESER GESELLSCHAFT NOTWENDIG

Politiker der CDU/CSU und der FDP haben in den letzten Tagen mehrfach versucht, die Warnung des BBU-Vorsitzenden JO LEINEN auf der Friedensdemonstration am 10. Juni in Bonn vor einer "drohenden Unregierbarkeit der Bundesrepublik" in verzerrter Form schamlos für die eigenen politischen Interessen auszunützen. Sie verschließen auch weiterhin die Augen vor einer spürbaren Unruhe in der Bevölkerung.

Der CDU-Vorsitzende Kohl kann sich unter einer absehbaren politischen Konstellation fehlender Mehrheiten für die alte Politik nur Gewalt und Anarchie vorstellen(siehe Bonner Perspektiven). Die politische Vorstellungskraft reicht offenbar nicht über diesen Horizont hinaus. Verschiedene FDP-Politiker spielen sich als Retter der Nation auf (siehe Hoffie auf dem Parteitag in Darmstadt) und benutzen das Stichwort von der "Unregierbarkeit" als Alibi für ihren Umfall zur CDU, ein Kurswechsel, der seit langem vorbereitet wird und hinter dem sich ganz andere politische Interessen verbergen.
In einer heute in Bonn abgegebenen Erklärung präzisierte JO LEINEN seine Äußerung von einer drohenden Unregierbarkeit der Bundesrepublik:

1. Wegen einer unglaubwürdigen Umweltschutz- und Friedenspolitik steigt der außerparlamentarische Protest von Jahr zu Jahr an und laufen den Parteien bei den Wahlen insbesondere die Jugendlichen weg. 100.000 Demonstranten in Brokdorf und Wiesbaden, 400.000 Menschen bei der Friedensdemonstration in Bonn sowie die Erfolge der Grünen bei den letzten Landtagswahlen sind ein deutlicher Hinweis darauf, daß immer mehr Bürgerinnen und Bürger bereit sind, sich für die Lebens- und Überlebensbedingungen unseres Landes tatkräftig einzusetzen. Ein unübersehbarer Teil dieser Gesellschaft wird bei einer Stationierung neuer Atomwaffen nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, sondern sich verweigern. Es ist deshalb absehbar, daß gegen eine immer noch wachsende Ökologie- und Friedensbewegung weder eine SPD/FDP-Koalition noch ein CDU/CSU/FDP-Block die alte Politik durchsetzen kann und bei den kommenden Wahlen hierfür keine regierungsfähigen Mehrheiten zustandekommen.

2. Ein Umfallen der FDP zur CDU wäre eine Machterschleichung ohne Legitimation durch den Wähler und eine Verfälschung der öffentlichen Meinung. Sowohl für eine konsequentere Umweltschutzpolitik als auch für eine wahrhafte Abrüstungspolitik gibt es deutliche Mehrheiten in der Bevölkerung. Die CDU/CSU ist mit ihrer Aufrüstungs-Politik ein klassischer Gegner der Friedensbewegung und mit ihrer forcierten Wachstums-Politik ein Paradegegner der Ökologiebewegung. Eine Atom-und Raketen-Koalition zwischen CDU/CSU und FDP wäre eine Kampfansage an die Ökologie- und Friedensbewegung und würde einen Massenprotest bisher unbekannten Ausmaßes hervorrufen. Als Mehrheitsbeschaffer für die überkommene Politik der CDU/CSU würde die FDP zudem politisch überflüssig und ihr Abstieg wäre unvermeidbar.

3. Die Ökologie und Friedensbewegung spiegelt eine neue Qualität demokratischen Bewußtseins in unserem Staat wieder. Sie ist ein notwendiges Frühwarnsystem für bereits vorhandene Fehlentwicklungen und drohende Katastrophen. Die große Mehrheit der in diesen Bewegungen engagierten Menschen will eine zukunftsorientierte Reformpolitik zur Sicherung der Lebens- und Überlebensbedingungen in unserem Land. Die derzeitige politische Krise kann deshalb nur überwunden werden, wenn sich die ökologisch und friedenspolitisch orientierten Kräfte in SPD, FDP und Grünen zu einem neuen Reform-Block zusammenfinden. Nur so kann eine ernsthafte Störung des politischen Friedens und eine drohende Unregierbarkeit der Bundesrepublik überwunden werden.

Fazit:

1. Die drohende Unregierbarkeit der Bundesrepublik durch einen wachsenden außerparlamentarischen Protest und die Entstehung einer neuen parlamentarischen Opposition ist eine Folge des Versagens der Parteien im Hinblick auf die Lösung wichtiger Menschheitsprobleme. Die Schuld ist deshalb zuerst bei den Parteien zu suchen und nicht bei den sich wehrenden Menschen.

2. Ein konservativer Machtwechsel durch die Bildung einer Atom- und Raketen-Koalition zwischen CDU/CSU und FDP ist ohne Legitimation durch den Wähler und würde einen Massenprotest bisher nicht gekannten Ausmaßes hervorrufen.

3. Der Aufbruch von Millionen aktiver Menschen in der Ökologie- und Friedensbewegung muß sich auch in der Politik von Parlamenten und Regierungen wiederspiegeln. Die Bildung eines neuen Reform-Blocks zwischen zukunftsorientierten Kräften in SPD, FDP und Grünen könnte eine neue Basis für eine durchsetzungsfähige und glaubwürdige Regierungspolitik schaffen.

Der BBU bietet allen interessierten Kräften für diesen politischen Wandel seine Mithilfe und Gesprächsbereitschaft an.

Für weitere Informationen: BBU-Geschäftsstelle Tel. 0721/ 57 42 48

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz · Hellbergstraße 6 · 7500 Karlsruhe · Telefon (0721) 574248

Fortsetzung v. letzter Seite

Grün allein hier ausreichend?

Jo L.: Die Wahlbewegung wird nur stark und dauerhaft werden, wenn ein breites Spektrum des aufkommenden Protestpotentials zu einer alternativen Koalition zusammenfindet, also unter Einschluß von Initiativen zu sozialen Fragen.

Ich sehe die Rolle einer grün-alternativen Wahlbewegung nur auf der linken Seite der SPD und nicht in einem diffusen Feld der Mitte, was irgendwann vielleicht sogar zu Koalitionen mit der CDU führen könnte. Das wäre sicherlich ein Betrug an den außerparlamentarischen Bewegungen und ihren Kämpfen. Ein warnendes Beispiel in dieser Hinsicht ist das Verhalten einiger Leute in der Bremer Grünen Liste (BGL).

Die grün-alternative Wahlbewegung muß noch elementare politische Bereiche aufarbeiten und wichtige Fragen klären: so z.B. die Rolle des Staates, die soziale Sicherheit, die ungleiche Vermögensverteilung. Hier sind erst wenige Ansatzpunkte für eine fortschrittliche Programmatik erkennbar. Im Gegenteil: Es gibt sogar einige ausgesprochen reaktionäre Vorstellungen im ökologischen Lager. Für die Arbeiterbewegung wird es entscheidend darauf ankommen, ob sich in einem politischen Bündnis mit der Alternativbewegung mehr Perspektiven ergeben als in einem CDU-dominierten Staat.

Im konkreten Fall wird sich das daran zeigen, ob die Grün-Alternativen für eine stärkere Besteuerung von hohen Einkommen eintreten, wie sie sich zum rasanten Kahlschlag der Sozialleistungen verhalten und ob sie Konzepte gegen die wachsende Arbeitslosigkeit anbieten.

An der Haltung zu diesen Fragen wird sich erweisen, ob die Grünen letztendlich ein neu-bürgerliches Spektrum sind, was im Konfliktfall sogar eher mit der CDU harmoniert. Oder ob sich eine mehr sozialistische Prägung der Wahlbewegung herausbildet, die in derartigen Situationen fortschrittliche politische Bündnisse trägt.

Entweder die Grünen erarbeiten sich diese Standpunkte selber oder sie verbinden sich mit dem entstehenden Protestpotential an der Basis der Gewerkschaften, der Betriebe und auch der SPD. Jedenfalls wird nur ein breites alternatives Wahlbündnis zu einer fortschrittlichen Gesellschaftspolitik in der Lage sein.

AK: So wie Du das jetzt darstellst, kann man damit rechnen, daß Du Dich am Aufbau eines solchen Bündnisses beteiligst und bei den Bundestagswahlen als Kandidat zur Verfügung stehst?

Jo L.: Ich habe mich der Bürgerinitiativenarbeit verschrieben und halte diese Initiativen für so wichtig, daß ich jetzt keinen Wechsel zur Parteipolitik, auch nicht zur grün-alternativen, vornehmen werde. Gerade die Existenz von grün-alternativen Parlamentsvertretern macht es notwendig, daß der außerparlamentarische Druck nicht verlorengeht.

Der BBU, die Umweltschutz- und Friedensbewegung müssen aber die Entwicklung der grün-alternativen Wahlbewegung verfolgen und sich in diese Diskussion einmischen. Letztenendes besteht ja ein enger inhaltlicher Zusammenhang, und die Wahlerfolge sind Resultat der außerparlamentarischen Anstrengungen.

Horrorurteile im Brokdorf-Prozeß

AK: Abschließend noch eine etwas persönliche Frage. Was denkt Jo Leinen über die Veränderung von Jo Leinen? Immerhin wären Äußerungen wie in diesem Interview in dieser Schärfe vor einigen Jahren noch nicht vorstellbar gewesen. Und immerhin bist Du nach wie vor Mitglied der SPD.

Jo L.: Mittlerweile 7 Jahre Arbeit in der BI-Bewegung haben zu einer Reihe von neuen Einsichten und praktischen Erfahrungen geführt.

Ich habe ein Stück Optimismus und Zutrauen in die Wandlungsfähigkeit von Parteien, Regierungen und Parlamenten verloren und festgestellt, daß ohne Druck und ohne Widerstand keine großen Veränderungen zugunsten der Bevölkerung, Veränderungen zur Sicherung der Lebens- und Überlebensbedingungen dieser Gesellschaft stattfinden. Das Machtkartell von Wissenschaft, Finanzwesen, Industrie und Politik verhindert derartige Veränderungen. Ich sehe auch, daß der Staat in gesellschaftlichen Konfliktfällen mit Hilfe von Polizei und Bundesgrenzschutz fast immer auf seiten der Industrie eingreift, um protestierende Menschen unter Kontrolle zu bekommen.

Brokdorf war für mich ein Schlüsselerlebnis dafür, wie eine Landesregierung in Kiel versucht, die Anti-AKW-Bewegung zu kriminalisieren und in die Illegalität zu drängen, angefangen von dem skandalösen Demonstrationsverbot, über die brutalen Polizeieinsätze bis hin — als vorläufiger Höhepunkt — zu den Horrorurteilen gegen Michael Duffke und Markus Mohr. Im November beginnt ein weiterer Schauprozeß gegen mich, mit dem Vorwurf der „Leitung und Veranstaltung einer verbotenen Demonstration" am 28.2.81.

Das ist ein Widersinn in sich, da jeder weiß, daß diese Demonstration von vielen hundert Organisationen und Basisgruppen vorbereitet und durchgeführt worden ist und einzelne Personen nicht für die Wut und den Widerstand von 100.000 Menschen verantwortlich gemacht werden können.

Alle diese Brokdorf-Prozesse sollen die AKW-Bewegung in die Defensive drängen und von der Bevölkerung isolieren. Es ist dringend erforderlich, daß wir uns alle zu einer Anti-Repressionskampagne zusammentun, um gegen die Brokdorfurteile, gegen die Verschärfung des Demonstrationsrechts, gegen die weitere Aufrüstung der Polizei usw. vorzugehen. Im BBU haben wir beschlossen, daß dabei die Solidarität mit a l l e n Angeklagten Grundlage sein wird.

AK: Jo, wir danken Dir für das Gespräch.

Grüner Stadtrat fordert kurze Leine für Schauspieler

„...Auch ich finde es falsch, die Gastfreundschaft eines Landes, demgegenüber wir aufgrund unserer Geschichte besonders verpflichtet sind, zu verletzen; wir sollten sie unter den gegebenen Gründen nicht in Anspruch nehmen... Ich könnte zu der Lösung die nun das israelische Militär im Libanon anstrebt, nicht schweigen, und durch meinen Kopf geistern fatale Assoziationen zu einem Wort wie ‚Lösung' gegenüber der Palästinenserfrage. Alles, was mir zu diesem Thema in Israel über die Lippen käme, kommen müßte, wäre dazu angetan, bei Opfern der Verbrechen unserer Elterngeneration emotionale Reaktionen auslösen...".

Das sind Auszüge aus einem Brief, mit dem sich Schauspieler des Heidelberger Stadttheater weigerten, zum jetzigen Zeitpunkt an einem Theaterfestival in Tel Aviv teilzunehmen. Es handelt sich dabei um eine offizielle Veranstaltung unter der Schirmherrschaft des israelischen Staatspräsidenten.

Auf den politischen Schritt der Schauspieler reagierte vor allem die CDU mit Gezeter. Dem „Ruf Heidelbergs in der Welt" sei „schwerer Flurschaden" zugefügt worden. Und: **„Das Theater gehört nicht den Schauspielern, ... es gehört den Bürgern dieser Stadt"** (OB Zundel).

In einem Leserbrief ans „Heidelberger Tageblatt" (26.6.) meldete sich der Stadtrat der Grünen, Prof. Dr. Hermann Funke, zu Wort. Zur inhaltlichen Seite der Angelegenheit warf Funke den Schauspielern *„grenzenlose politische Naivität"* vor. Sie mit ihrem *„zweifelhaften Vorwissen"* hätten überhaupt kein Recht, Israels Politik zu beurteilen. *„Ich selbst kenne Israel aus zahlreichen Reisen..."*. Wer könnte diesem Argument widerstehen?!...

„Nicht weniger betroffen" äusserte sich Funke über die Reaktionen auf die Verweigerung der Schauspieler: *„...Niemand — mit Ausnahme einer Feststellung von OB Zundel — hat bemerkt, daß eine solche Weigerung auch formal eine politische Entscheidung ist und als solche zu keiner Zeit im Ermessen von Ensemblemitgliedern stehen, sondern einzig und allein von der vom Bürger bestellten politischen Vertretung, d.h. von Oberbürgermeister und Gemeinderat als zuständigen Organen, getroffen werden kann... Entschieden werden muß eine solche Frage im Rathaus, nicht in der Kantine des Theaters.*

Wenn diese Frage in Heidelberg nicht grundsätzlich und mit allen Konsequenzen geklärt wird, sollte sich die Stadt Rehovot (in Israel — Anm. AK) *überlegen, ob sie mit solchen Schönwetterfreunden eine Partnerschaft eingehen will".*

Gerade in Baden-Württemberg haben die Grünen stärker als anderswo den Versuch gemacht, Kräfte der „bürgerlichen Mitte" zu gewinnen. Offensichtlich hat man sich dabei auch allerlei Gesochs eingehandelt. Allzu lange haben selbst progressive Grüne mit der blödsinnigen Formel kokettiert, die Grünen seien „weder rechts noch links"; allzu lange wurden CDU-nahe Standpunkte in der Grünen Partei zum „Wertkonservatismus" veredelt. Positiv anzumerken ist jetzt immerhin, daß sich der Kreisvorstand der Heidelberger Grünen deutlich von seinem Rechtsaußen Funke distanziert hat: *„Funke versucht nun genau wie Zundel und die CDU, den moralischen Konflikt in der entmündigenden Zwangsjacke eines Dienstverhältnisses der Schauspieler zu ersticken. Sene Haltung ist menschenverachtend und beleidigend. Sie ist mit unserer nicht vereinbar. Wir fordern ihn auf, hieraus die einzig mögliche Konsequenz zu ziehen. Wir solidarisieren uns mit dem Entschluß der Schauspieler".*

Interview mit Wolf-Dieter Hasenclever

Für eine Koalition von Grünen und SPD

Aber Ausstieg aus Atomprogramm und „Nach"rüstung als Vorbedingung



AK: Schon bald stehen uns vielleicht Bundestagswahlen ins Haus. Seit neuestem trittst Du anscheinend für ein breites Wahlbündnis ein. Diesen Eindruck konnte man jedenfalls bei der Lektüre des „Mannheimer Morgen" vom 8. April gewinnen. Du hast dort bezüglich der „Demokratischen Sozialisten" „längerfristig eine Zusammenarbeit und ein Zusammengehen" als „durchaus sinnvoll und denkbar" bezeichnet. Das war mir neu, früher warst du nicht so „bündnisfreudig".

Hasenclever: Das ist ein Irrtum. Ich hab' mich in der Gründungsphase gegen die Doppelmitgliedschaft in der Grünen Partei einerseits und anderen Gruppierungen andererseits eingesetzt, weil dadurch gerade ein Bündnis mit eher bürgerlichen Leuten unmöglich gemacht worden wäre. Ich halte es andererseits für sehr wichtig, im grünlich-sozialistisch-wertkonservativen Lager nicht zu Zersplitterungen zu kommen. Das würde die Stoßkraft dieser „Ökopax"-Bewegung - also der Umweltschutz- und Friedensbewegung - ziemlich schwächen.

AK: Was meinst Du zu einem Wahlbündnis auf Bundesebene, das außer den Grünen auch noch Alternative Listen und linke Organisationen umfaßt? Der Bundeskongreß der Demokratischen Sozialisten hat einen solchen Vorschlag am 17. Juni verabschiedet.

Hasenclever: Die Grüne Partei ist in sich ja schon ein ziemlich breites Wahlbündnis. Die Richtigkeit dieser Konzeption hat sich mittlerweile herausgestellt. Außerdem ist es nach dem Bundeswahlgesetz nicht möglich, ein Wahlbündnis zu machen. Das geht nur in Landesparlamenten wie in Hamburg und Bremen; bei uns in Baden-Württemberg beispielsweise würde es nicht gehen. Außerdem ist bei Bundestagswahlen eine richtige Parteistruktur vorgeschrieben, und da seh' ich die Grünen als geeignete Verkörperung eines solchen Bündnisses an. Das heißt ja nicht, daß man z.B. die hessische Konzeption der „offenen Liste" nicht übernimmt. Persönlichkeiten aus dem von Dir angesprochenen Spektrum könnten auf dieser Liste ihren Platz finden.

Die Grünen sind gerade in den Flächenstaaten zu einem Markenzeichen geworden, in Niedersachsen, Baden-Württemberg und vielleicht schon bald in Bayern. Daran kann man bei Wahlen nicht vorbeigehen.

AK: Du argumentierst da reichlich formal. Nach den letzten Bundestagswahlen hatten wir eine Kette grün-alternativer Wahlerfolge, beispielsweise die AL Berlin, die AGIL Göttingen, die GABL Hannover und zuletzt die GAL in Hamburg. Es besteht doch auch die Möglichkeit, daß sich da überörtlich und längerfristig eine neue Grün-alternative Partei herausbildet.

Hasenclever: Längerfristig kann man das natürlich nicht grundsätzlich ausschließen. Aber für die vielleicht schon recht rasch kommenden Bundestagswahlen sehe ich keine reale Möglichkeit. Ich halte das darüber hinaus auch nicht für so günstig. Natürlich kann ich das hier nicht definitiv sagen, das muß an unserer Basis diskutiert und entschieden werden. Aber von meinem Gefühl her finde ich es besser, wenn die Grüne Partei - mit offener Kandidatenliste - antritt.

AK: Der Knackpunkt dabei ist regelmäßig, wer die Kandidatenliste „genehmigt". In Hessen z.B. wurde Alexander Schubarth irgendwann von den Grünen von der sogenannten „offenen Liste" wieder heruntergeschubst.

Hasenclever: Das war zweifellos ein Problem in Hessen. Nach dem Wahlgesetz dürfen eben nur die Mitglieder der jeweiligen Partei die Kandidaten aufstellen. Wenn es nun Bündnisabsprachen gibt, stehen zwei Wege offen. Entweder man sagt, die anderen sollen halt eintreten. Oder man hält auf der offenen Liste bestimmte Plätze für andere Gruppen frei, das hat sich dann in Hessen so durchgesetzt.

Dies hängt natürlich auch von der Situation im betreffenden Bundesland ab. In Baden-Württemberg z.B. sehe ich keine Wahlbewegung außerhalb der Grünen. Bei Hamburg ist die Sache natürlich völlig anders. Ebenso in Bremen, wo die Situation zur Zeit etwas diffus ist.

AK: Um nochmal auf die Bundestagswahlen zurückzukommen. Natürlich können wir jetzt keine Entscheidungen treffen. Aber mich würde schon interessieren, wen Du noch gerne auf dieser „offenen Liste" sehen würdest.

Hasenclever: Ach du großer Gott. Das wird mir dann wieder als Basisferne ausgelegt.

AK: Keine Bange, der AK nimmt dich dann in Schutz...

Hasenclever: Also gut, unter dieser Bedingung. Beispielsweise könnte ich mir Coppik auf so 'ner Liste vorstellen oder Mechtersheimer als maßgeblichen Repräsentanten eines bestimmten Flügels der Friedensbewegung. Damit will ich mich aber nicht dafür aussprechen, nur Großkopfete und andere etablierte Typen - wie ich es auch bin - aus der grünen und alternativen Szene zu nehmen.

Berücksichtigen müssen wir weiterhin, daß die Bundestagswahl eine harte Bewährungsprobe ist. In den Bundestag zu kommen ist sicher schwerer als in die Hamburger Bürgerschaft. Aus diesem Grunde muß man die Kandidaten sehr sorgfältig auswählen.

AK: Also lieber keine radikalen Linken auf den guten Plätzen...

Hasenclever: Das würde ich so nicht sagen. Außerdem ist ‚radikale Linke' ein recht schillernder Begriff.

Weder links noch rechts, sondern vorn??

AK: Auf dem Landesparteitag am 27./28. Juni hat Dein Fraktionskollege Holger Heimann nochmal das programmatische Profil der baden-württembergischen Grünen in seinem Rechenschaftsbericht umrissen: „Wir müssen unsere stillen Reserven bei den Bauern und beim Mittelstand erkennen und den Mut haben, in diese Besitzstände der CDU und FDP einzubrechen." Ansatzweise sei das bisher schon geschehen, z.B. durch seinen Antrag an die Landesregierung, die Dorfschulen wieder einzuführen.

Wir sind da natürlich ganz anderer Meinung. Grundsätzliche Positionen dürfen nicht mit Blick auf ein rechtes Wählerpotential verwässert werden. Beispielsweise ist die Forderung mit den Dorfschulen eine sehr zweischneidige Sache. Es kommt nicht von ungefähr, daß CDU-Rechtsaußen Mayer-Vorfelder die entsprechenden grünen Vorschläge ausführlich im offiziellen Kultusblatt nachdrucken ließ!

Bei anderen Punkten wird's noch gefährlicher. Ein zentraler Wahlkampfschlager der CDU ist z.B. die Ausländerhetze, an der sie auch ihr Wählerpotential ausrichtet und mobilisiert. Wollte man in solche „stillen Reserven" zwecks Stimmenfang einbrechen, müßte man sich auf diese Propaganda einlassen und „alternative" Vorstellungen zur Ausländerabschiebung und Asylanten‚begrenzung' entwickeln.

Hasenclever: Zunächst mal zu den Dorfschulen. Da handelt es sich ja um authentische grüne Positionen (die im Programm festgelegten kleinen, überschaubaren Schulen), und nicht um CDU-Standpunkte oder das Hinterherlaufen hinter CDU-Wählern. Im Gegenteil ist das sogar ein Auftrag unseres Landesprogramms, den wir versucht haben mit Leben zu füllen und parlamentarisch zu konkretisieren. Holger hat gesagt, wir sollten mehr darauf aufmerksam machen, daß die CDU in Wirklichkeit die Interessen der Bauern und kleinen Unternehmer verrät; z.B.

Forts. n. Seite

Fortsetzung v. letzter Seite

ist ihre EG-Politik eigentlich ein permanentes Bauernlegen. Der Einbruch in ein neues Wählerpotential ist für uns hier wichtig. Von der SPD können wir - anders als in Hamburg, wo die GAL praktisch alle Stimmen von der SPD und den Jungwählern holte - nichts mehr erben. Nach den neuesten Meinungsumfragen liegt sie bei uns im Land um 24,5%; einem nackten Mann kann man nicht mehr in die Tasche greifen. Und andererseits hat die CDU 58 %; wenn das so bleibt, ist es müßig, über politische Veränderungen weiter nachzudenken. Deshalb muß diese Abwanderungswelle zur CDU gestoppt werden. Auch bundesweit, sonst haben wir bald den totalen CDU-Staat. Für mich ist das kein Hinterherlaufen, sondern eine eminent wichtige Sache, über die wir endlich mal unbefangen diskutieren müssen.

AK: Die Wahlanalysen zeigen aber etwas anderes. Es gibt immer noch eine Mehrheit links von der CDU. Nur kommt sie an Wahltagen kaum noch zustande, weil viele enttäuschte SPD-Wähler eben nicht zu den Grünen abwandern, sondern schlicht zuhause bleiben. In Hamburg waren das z.B. 35.000. Es wäre doch wichtig, daß die Wahlbewegung bei diesen meist aus dem Arbeitermilieu kommenden ehemaligen SPD-Wählern einen Einbruch versucht, anstatt bei der CDU im Trüben zu fischen.

Hasenclever: Im Bund ist derzeit kaum eine Mehrheit links von der CDU zu sehen. Im übrigen wäre es doch eher Aufgabe der SPD, sich wieder auf ihre Ursprünge zu besinnen und eine Politik zu machen, die in die Arbeiterschaft verstärkt hineinwirkt und auch die Facharbeiter anspricht. Das Unglück der baden-württembergischen SPD z.B. ist ja gerade, daß sie eine abgehobene Politik betrieben und so ungeheuer viele Arbeiterwähler an die CDU verloren hat. Die Grünen können in der Hinsicht nicht die Nachfolger der SPD sein. Wir bemühen uns schon, auch dieses Potential anzusprechen; Beispiel ist die Wahl von Udo Tischer, einem Streikführer von ,Videocolor', in den neuen geschäftsführenden Landesvorstand, die wir von der Landtagsgruppe entschieden unterstützt haben. Udo Tischer spielt in der IG Metall hier inzwischen eine wichtige Rolle.

Trotzdem stehe ich dazu, daß wir uns um die von Holger Heimann benannten Schichten kümmern müssen. Hier besteht eine ,,Interessenslücke" der etablierten Politik, die einseitig das Großkapital bevorzugt und mittelstandsfeindlich orientiert ist.

AK: Du argumentierst doch aber vollkommen an der Wirklichkeit vorbei. Eine Rückkehr der SPD zu einer etwas weniger arbeiterfeindlichen Praxis ist überhaupt nicht absehbar.

Hasenclever: Da wird sich die SPD aber in sehr kurzer Zeit neu orientieren müssen, wenn sie überhaupt als einigermaßen relevante Kraft überleben will. Sonst führt das für die SPD in die Katastrophe. Und ich bin nicht dafür, daß die SPD völlig abwirtschaftet. Ich bin

maßen relevante Kraft überleben will. Sonst führt das für die SPD in die Katastrophe. Und ich bin nicht dafür, daß die SPD völlig abwirtschaftet. Ich bin

nicht dafür, daß die SPD von der historischen Bühne verschwindet.

AK: Und du bist auch nicht dafür, die SPD nach links zu ziehen, oder?

Hasenclever: Doch, ich bin entschieden dafür, daß die SPD eine Politik macht, die wieder linker orientiert ist. Das wäre auch für die Grünen sehr wichtig. Ein Block links von der CDU; ich hab' da allerdings meine Schwierigkeiten mit dem Links-Rechts-Schema...

AK: ... Nennen wir's mal einfach Reform-Block...

Hasenclever: Das ist mir lieber. Wenn man in der Bundesrepublik Reformpolitik treiben will, läßt sich das jetzt nur ohne die CDU machen, auch bei ökologischer Reformpolitik. Also muß doch unser Ziel sein, in der Bevölkerung eine Mehrheit für eine Politik jenseits der CDU zu gewinnen.

Vom sozialen Paradies auf Erden

AK: Aber gerade in diesem Fall ist es doch wichtig, daß die Grünen als möglicher neuer Partner der SPD von links her Druck auf diese ausüben. Sonst haben wir einen Aufguß des sozialliberalen Bündnisses, diesmal vielleicht ein öko-sozialliberales Bündnis. Mit Reformpolitik hat das nichts zu tun gehabt. In wirtschaftspolitischen Fragen sehe ich das Dilemma schon kommen. Was da z.B. im Landesverband Baden-Württemberg vertreten wird, ist keineswegs fortschrittlicher als die SPD-Linie. So hast Du Dich schon für einen Beförderungsstop im öffentlichen Dienst ausgesprochen. Dein Fraktionskollege Heimann denkt offen darüber nach, ob eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich nicht eine prima Sache sei.

Hasenclever: Das wird sich auch durchsetzen. Vor kurzem war ein Ökonomieseminar des Bundesverbandes in Landau, bei dem ähnliches mehrheitlich vertreten wurde.

AK: Umso schlimmer. Das heißt doch, die Grünen würden als möglicher neuer Partner der SPD in einem ganz zentralen Punkt erzkapitalistische Vorstellungen vertreten, konkret die Ausweitung der Kurzarbeit.

Hasenclever: Mit ,,erzkapitalistisch" hat dies nichts zu tun! Die Gegenposition ist doch gar nicht links, meinetwegen die Ablehnung eines Beförderungsstops im öffentlichen Dienst.

Die Schwäche der Linken zeigt sich gerade darin, daß sie auf das Problem der ständig steigenden Staatsverschuldung, auf das Problem der Ausgabenmentalität keine Antwort weiß. Allerdings sind viele Linke schon erheblich weiter, als das in Deiner Frage zum Ausdruck kommt. Beispielsweise wird im Buch von Strasser/Traube ,,Die Zukunft des Fortschritts" durchaus von dieser wirtschaftlichen Vorstellung des Immer-mehr-Ausgebens abgegangen. Hier wird - wie auch bei Andre Gorz - der Sektor der Eigenarbeit berücksichtigt. Das finde ich wichtig, weil eine Steigerung der Ausgaben im sozialen Bereich zu keiner qualitativen Verbesserung mehr führt. Hier könnten eigenverantwortliche soziale Netze sicher echte Fortschritte bringen. Ein Mehr an Eigenverantwortung bringt natürlich immer auch ein Mehr an Eigenrisiko. Wir sollten deshalb noch darüber nachdenken, wie ein mögliches Scheitern solcher eigenverantwortlicher sozialer Initiativen abgefangen werden kann. Aber wir müssen wegkommen von dem Glauben, ,,5 % mehr Lohn für alle" oder ,,Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich" seien linke Forderungen. So wird die Linke jedenfalls nicht an Einfluß gewinnen.

AK: Du vernachlässigst vollkommen, daß jede Mark, die im sozialen Bereich vom Staat aufgrund von Eigenarbeit der Betroffenen eingespart werden kann, postwendend in die Rüstung gesteckt wird.

Hasenclever: Das ist doch wirklich eine linke Denkschablone. Eine Denkfigur ohne Bezug zur Wirklichkeit, jedenfalls was Landespolitik angeht. Die Einnahmen der Staatshaushalte schrumpfen ja wirklich dramatisch. Und man kann die Militärausgaben auch nicht fünf mal verteilen. Wir haben einen Verteidigungsetat im Bund von ca. 60 Milliarden DM, und davon ist der eigentliche Rüstungsanteil noch nicht mal ein Viertel. Natürlich kämpfen wir für die Streichung dieser Ausgaben. Aber wir dürfen doch nicht den Irrglauben erwecken, daß wir selbst bei einer Zurücknahme dieses Etatpostens auf Null das soziale Paradies auf Erden schaffen könnten. Die Lücken im Staatshaushalt sind eben erheblich größer als diese ca. 20 Milliarden reine Rüstungsausgaben. Und selbst bei einer

schaffen könnten. Die Lücken im Staatshaushalt sind eben erheblich größer als diese ca. 20 Milliarden reine Rüstungsausgaben. Und selbst bei einer

Null-Rüstung bleibt schon deshalb kein Geld übrig, weil das für die Umstellung der Waffenindustrie auf zivile Produktion benötigt wird. Sonst gäbe es auf einen Schlag noch viel mehr Arbeitslose, die Wirtschaft wäre ruiniert.

AK: Es würde den Rahmen dieses Interviews sprengen, wenn wir jetzt ins Detail gingen. Als Marxisten haben wir natürlich andere Vorstellungen, was die Verwirklichung eines ,sozialen Paradieses auf Erden' mit den in der BRD vorhandenen Möglichkeiten und Reichtümern angeht. Allerdings brauchen wir dazu eine andere Gesellschaft, das ist der Knackpunkt.

Hasenclever: Im Grunde genommen lügt Ihr Euch da in die Tasche. Reale politische Schritte müssen von der Wirklichkeit ausgehen.

„Koalition mit der SPD wäre ehrlicher und nützlicher als Tolerierung"

AK: Die Situation nach den Hamburger Wahlen könnte sich bald auch bundesweit stellen. Die GAL lehnt eine Koalition mit der SPD ab, eine SPD-Regierung soll aber unter bestimmten Mindestbedingungen toleriert werden.

Hasenclever: Ich finde die Haltung der Hamburger Grünen richtig. Sie wurde ja schon vor der Wahl festgelegt, und jetzt kann man hinterher nicht etwas völlig anderes erzählen. Der angestrebte Konsens ist - gerade in Hamburg - durchaus im Bereich des Möglichen. Die Mehrheit der Hamburger SPD vertritt sehr ähnliche Standpunkte wie die GAL, gerade bei den sogeannten ,,Fundamentalpositionen".

Allerdings darf man die der SPD nicht rigoros vor den Latz knallen und nicht über die Modalitäten sprechen wollen. Aber von dieser Position ist die GAL auch abgekommen; sie ist bereit zu verhandeln, und das halte ich für eine sehr gute Sache.

AK: Die GAL hat allerdings beschlossen, daß es keinen Tauschhandel mit den Grundforderungen gibt.

Hasenclever: Völlig richtig. Was man aber verhandeln kann, ist z.B. die Schnelligkeit des Abkoppelns vom Atomstrom, der Reduzierung der Elbverschmutzung auf Null. Hier könnte man Stufenpläne festlegen. Im Grunde genommen halte ich aber auf längere Sicht gesehen dieses Stützen von Minderheitsregierungen für außerordentlich problematisch. Das Gesetz des Handelns bleibt dabei nämlich bei der Regierungspartei. Dies betrifft vor allem die Bereiche, die im Tolerierungspakt nicht enthalten waren. Wenn z.B. in Hamburg ein Widerspruch zwischen GAL und SPD im Bereich der Bildung-



spolitik auftritt, könnte das zum Bruchpunkt werden. Eine Regierung, die von einer solchen Tolerierung abhängig ist, wäre also sicher eine schwa-

spolitik auftritt, könnte das zum Bruchpunkt werden. Eine Regierung, die von einer solchen Tolerierung abhängig ist, wäre also sicher eine schwa-

che Regierung. Nun kann man das für wünschenswert halten. Auf einem Landesparteitag meinte mal jemand, schwache Regierungen seien ein erster Schritt in die Anarchie. Ich wünsche dies jedoch nicht.

Gerade bei der schwierigen außenpolitischen Lage wäre eine schwache Bundesregierung eine zweischneidige Sache. Auf so etwas kann sich die SPD gar nicht einlassen. Die SPD kann sich nicht auf eine Gruppierung mit wechselnden Vorstellungen stützen, wo - wie meinetwegen in der AL - eine Mitgliederversammlung so und die nächste wieder etwas anders entscheidet. Um ernsthaft in solche Machtkonstellationen hineinzuwirken, müssen die Grünen ein größeres Maß an Zuverlässigkeit entwickeln. Sie müssen Kontinuität und Stringenz herausbilden.

Mittelfristig sollten wir deshalb Koalitionen mit der SPD anstreben. Das ist ehrlicher, man mogelt sich nicht um die Frage der Beteiligung an der Macht herum. Auch wenn das den Verlust der Unschuld beinhaltet, auch wenn es nicht ohne Risiko ist. Ich verspreche mir von solchen stabilen Konstellationen Fortschritte in den Bereichen Ökologie, Friedenspolitik und bei der Durchsetzung basisdemokratischer Strukturen.

AK: Aber am Nachrüstungsbeschluß wird sich doch nichts ändern, nur weil in der Bundesregierung drei, vier Minister sitzen.

Hasenclever: Das ist natürlich eine ganz klare Sache, daß wir da vorher Koalitionsvereinbarungen machen müssen. Und Bestandteil solcher Koalitionsvereinbarungen wäre natürlich das Kippen des Nachrüstungsbeschlusses. Es gibt fundamentale Positionen bei den Grünen, das haben die Hamburger gut formuliert, die sind für uns unverzichtbar. Auf der Bundesebene gehört dazu selbstverständlich auch der Ausstieg aus der Atomenergie. Diese Vorbedingungen sind nicht verhandelbar, darauf muß sich die SPD einlassen.

Aber verhandelbar ist beispielsweise beim Ausstieg aus der Atomenergie ein alternatives Energieszenarium mit verschiedenen möglichen Auswirkungen auf den Bundesetat. Bei Koalitionsvereinbarungen wäre es möglich, eine Konkretisierung unserer Zielvorstellungen über ein Einwirken auf die Haushaltspläne zu erreichen.

AK: Irgendwie baust Du da Luftschlösser auf. Einerseits sprichst Du Dich für eine Koalition mit der SPD aus, andererseits formulierst Du Bedingungen, die die SPD nie erfüllen wird, solange sie Regierungspartei ist.

Hasenclever: Das kann man nicht so sagen, es gibt starke Minderheiten in der SPD, die genau das vertreten. Da finde ich die Haltung der Hamburger GAL wirklich vorbildlich, die solche Positionen als Essentials genommen hat, die in der Bevölkerung und in der SPD verankert sind. Das wäre auch auf Bundesebene möglich. Bei der Ableh-

Positionen als Essentials genommen hat, die in der Bevölkerung und in der SPD verankert sind. Das wäre auch auf Bundesebene möglich. Bei der Ableh-

nung von Nachrüstung und Atompolitik könnnen wir an Strömungen in der SPD ansetzen, und da sind wir knallhart. Und über die Einzelheiten könnten wir weiter verhandeln. Etwa in der Außenpolitik über das Verhältnis zur DDR, oder über die Fortführung des Erdgas-Röhren-Geschäftes mit der Sowjetunion. Das wäre ein weiterer Vorteil einer förmlichen Koalition, daß man auch bei diesen Dingen dann mitbestimmen kann.

AK: Die direkte Beteiligung an der Macht würdest Du also im Gegensatz zur GAL bejahen?

Hasenclever: Wenn wir die Verhinderung des Nachrüstungsbeschlusses wirklich ernst nehmen wollen, dann dürfen wir diese Beteiligung an der Macht nicht scheuen, auch wenn wir dadurch auf anderen Gebieten in bestimmte Kompromißzwänge kommen. Das Kippen des Nachrüstungsbeschlusses z.B. hat absolute Priorität, andere Dinge müssen diesem historischen Ziel untergeordnet werden, z.B. auch die Kräutchen-rühr-mich-nicht-an-Unschuld unserer Partei.

AK: Da haben wir wahrscheinlich grundsätzlich andere Vorstellungen, was überhaupt über das Parlament machbar ist. Der Nachrüstungsbeschluß wird nur über sehr starke und sehr militante Massenkämpfe a u ß e r h a l b des Parlaments zu kippen sein. Natürlich könnte eine parlamentarische Unregierbarkeit oder meinetwegen auch eine ,,Ökopax"-Regierung dabei hilfreich sein. Aber die Entscheidung fällt nicht im Bundestag. Aufgabe prominenter grüner und alternativer Abgeordneter ist deshalb nicht das Einlassen auf parlamentarische Feinheiten, sondern die Ankurbelung außerparlamentarischer Kämpfe, auch mit den Möglichkeiten des jeweiligen Amtes.

Hasenclever: Da habe ich eine Antithese. Ein solch zentrales Projekt wie der Nachrüstungsbeschluß kann gar nicht anders verhindert werden, als über das Parlament.

Für solche militanten Mobilisierungen, wie sie Dir vorschweben, gibt es in der Bundesrepublik keine Massenbasis. Ich würde sie auch ablehnen. Im Gegenteil könnte das zu einer Zunahme staatlicher Repression führen. Für mich ist die einzige Chance der parlamentarische Weg, der allerdings begleitet sein muß vom Druck außerparlamentarischer Aktionen.

So waren die Demonstrationen in Bonn eine äußerst wichtige Sache. Aber solange es im Bundestag eine rechte Mehrheit gibt, die das alles niederstimmt, wird man den Nachrüstungsbeschluß nie verhindern können.

AK: Leider zeigt die historische Erfahrung, daß fortschrittliche Regierungen einfach durch das Militär liquidiert wurden, wenn dem Kapital die Beschlüsse zu heiß waren. Stichwort Chile 1973.

Hasenclever: Die Voraussetzungen für einen solchen Militärputsch sehe ich hier überhaupt nicht. Wenn wir einmal im Bundestag eine fortschrittliche Mehrheit hätten, würde im Gegenteil der Widerstand auch in den anderen westeuropäischen Ländern gewaltig ermutigt, auch die Friedensbewegung in den USA. Wenn wir die internationale Zusammenarbeit und die Absicherung suchen, sind deine Befürchtungen gegenstandslos.

Für Zusammenarbeit auch mit der DKP

AK: Die baden-württembergischen Grünen haben sich bisher durch eine starke Überbetonung der ,,sowjetischen Gefahr" und durch ein rüdes Auftreten gegenüber der DKP ausgezeichnet. Was meinst Du dazu?

Hasenclever: Auf der Orts- und Kreisebene in Tübingen haben wir und auch ich persönlich eine gute Zusammenarbeit mit der DKP in vielen konkreten Fragen. Man kann da durchaus kooperieren, man soll es auch. Auch in der Friedensbewegung sind Berührungsängste fehl am Platz. Auf der anderen Seite hat die DKP sehr viele Fehler gemacht. Sie hat versucht, Veranstaltungen zu majorisieren. Letzten Sommer beim ,,Cannstätter Forum" z.B. wollte sie Willi Hoss nicht auf einer Podiumsdiskussion reden lassen. Solchen undemokratischen Verhaltensweisen muß man entgegentreten. Ansonsten muß man bei nüchterner Analyse der Weltsituation sagen, daß die sowjetische Führung in der Außenpolitik erheblich zuverlässiger zu sein scheint als die der USA. - Ich würde 100 mal lieber in der USA leben als in der Sowjetunion, das nur zur Klarstellung, und man muß bei einer nachdrücklichen Verurteilung der russischen Politik gegenüber Polen und Afghanistan bleiben. Der Sowjetblock ist derzeit stark mit inneren Problemen

nur zur Klarstellung, und man muß bei einer nachdrücklichen Verurteilung der russischen Politik gegenüber Polen und Afghanistan bleiben. Der Sowjetblock ist derzeit stark mit inneren Problemen

beschäftigt. Die Vorschläge Breschnews in Bezug auf die Abrüstung sind konstruktiver und weiterführender als die der USA, das muß die Friedensbewegung erkennen, zum Beispiel der Verzicht auf den atomaren Erstschlag.

Ohrfeige für grüne Profis?

AK: Auf dem Landesparteitag am Wochenende wurde die Professionalisierung mit großer Mehrheit abgelehnt. Marie-Luise Beck-Oberdorf, die das Gegenteil gewollt hatte, mußte den Vorsitz an ein Führungskollektiv von fünf Leuten abgeben, einige davon ausgesprochene Basisdemokraten. Holger Heimann und Helgo Bran sind nach dem ersten Tag schon abgereist. Seid ihr verärgert?

Hasenclever: Es war schon irgendwie paradox, daß ich selber mich dafür aussprechen mußte, den Landesvorstand durch Professionalisierung möglichst stark zu machen, um ein Gegengewicht zur Landtagsgruppe zu haben. Vielleicht meinten unsere Delegierten, das sei nicht so wichtig, wir müßten ja gar nicht so sehr kontrolliert werden...

Natürlich hat die Basis allergisch auf die Professionalisierung reagiert, die Debatte darum wurde auch ganz falsch angefangen. Ich persönlich war zusammen mit dem KV Tübingen für einen dreiköpfigen geschäftsführenden Vorstand mit Teilbezahlung und nicht für einen einzigen, voll bezahlten Landesvorsitzenden. Verärgert bin ich nicht, ich werde sicherlich auch mit dem neuen Vorstand gut zusammenarbeiten. Inhaltliche Differenzen sehe ich nicht.

AK: Wir danken Dir für das Gespräch.

Für den AK interviewte Jürgen/Freiburg, 29.9.82

FDP HESSEN: WENDE ODER ENDE ?

Bis vor kurzem noch galt in Frankfurt eine gewisse Unternehmenskette (seßhaft in der Mainzer Landstraße) als besonders konkursträchtig. Inzwischen jedoch konzentriert sich das Interesse der Beerdigungsinstitute ganz auf den Todeskampf einer anderen kleinen Partei. Das Erstaunliche dabei ist: Fremdverschulden kann in diesem Fall ausgeschlossen werden. Es handelt sich um einen eindeutigen Selbstmordversuch. Am 17. Juni beschloß die hessische FDP auf einem Parteitag in Darmstadt eine Koalitionsaussage zugunsten der CDU. Und seitdem möchte man eher noch in der Haut von Jupp Derwall stecken als in der von Ekkehard Gries.

Mit 169 zu 129 Stimmen, also einem recht knappen Ergebnis, folgten die Delegierten damit einer Empfehlung ihres Landesvorstands. Dort hatte es eine Mehrheit von 14 zu 10 Stimmen für das Bündnis mit Dregger nach den Landtagswahlen (26. September) gegeben. Demonstriert die Zerstrittenheit in der Koalitionsaussage schon die heikle Situation, in der sich die FDP in Hessen befindet, so gerät die Begründung für den Wechsel von der SPD zur CDU vollends zur Farce. So soll bei den hessischen Sozialdemokraten der Hang zu „sozialistischen Experimenten" (??) besonders stark sein, weshalb die FDP mit ihnen keine „konsequent marktwirtschaftliche Politik" mehr machen könne. Dies bezieht sich auf einen rein propagandistischen Antrag Börners zur „Beschaffung von Arbeitsplätzen", den er auf dem Münchner SPD-Parteitag stellte, und der, wie jeder Gewerkschafter weiß, nicht mal das Papier wert ist, auf dem er gedruckt wurde.

Mehr ist dem amtierenden Innenminister bislang nicht eingefallen zur Abgrenzung von seinem Ministerpräsidenten, mit dem er doch so wacker für Startbahn West und Atomanlagen gestritten hat, und mit dem ihn wahrscheinlich mehr verbindet als nur das Naturell (Maßeinheit: Zentner). So macht der eher provinziell wirkende Gries auch nicht den Eindruck, als sei der Wechsel an die Seite Dreggers seine ureigenste Idee gewesen. Eher hat es den Anschein, als sei die Entscheidung hierfür in Bonn gefallen. **'Hans-Dietrich befiehl — wir fallen um'.**

Ziemlich komisch mutet auch das Ziel an, das sich die FDP als möglicher Partner der CDU angeblich gesetzt hat: Stoppen, wie bisher, will man Dregger selbstredend nicht mehr; dafür aber soll der Rechtsaußen mit dem ostpreußischen Rittmeistergehabe „gebremst" werden. Speziell im Bundesrat verspricht die FDP, dafür zu sorgen, daß Schmidt und Genscher in Bonn weitermachen können. Die Frage ist bloß, ob Genscher dann noch will ...

Dem Rechtsschwenk widersetzten sich in der hessischen FDP vornehmlich Andreas von Schoeler (Staatssekretär im Bundesinnenministerium) und der sogenannte „Gießener Kreis", der sich als linksliberal versteht. Freilich ging es in ihrer Argumentation weniger um die schlimmen Folgen, die eine CDU/FDP-Koalition in Hessen für die Bevölkerung nach sich ziehen würde, sondern sie stellten die Frage der „Glaubwürdigkeit" ihrer Partei in den Vordergrund. Gerade mit diesem Argument konnten sie in der FDP natürlich überhaupt keinen Stich machen. Von der FDP Glaubwürdigkeit zu erwarten, ist wahrscheinlich noch aussichtsloser, als bei der BRD-Fußballmannschaft auf spielerische Eleganz zu hoffen.

Wie aus dem „Gießener Kreis" verlautet, wünschen sich die Linksliberalen nun, daß die FDP am 26.9. eine schwere Schlappe hinnehmen muß. Dann soll der Parteiführung dafür der schwarze Peter zugeschoben werden. Umgekehrt wollen die „Linken" alle Handlungen unterlassen, womit sie selbst zu einer solchen Niederlage beitragen könnten; denn sonst könnten s i e ja dafür verantwortlich gemacht werden. Leider sind diese taktischen Spielchen einer Hand voll Leute in einer Minipartei ziemlich irrelevant. **Relevant (d.h. wahlbeeinflussend) könnte in dieser Situation nur ein spektakulärer Austritt des linken Flügels sein.** Dieser (längst fällige) Schritt wird — z.B. von den hessischen Jungdemokraten — jedoch nur für den Fall eines Umfallens der FDP in Bonn angedroht. Auf diese Weise manövriert sich der linke Flügel wieder einmal selbst aus: Sollte die FDP in Hessen noch einmal gewählt werden, und kommt eine Dregger/Gries-Regierung wie angekündigt zustande, dann wird dies für Genscher und Lambsdorff der willkommene Anlaß sein, ihrerseits zur CDU überzulaufen. Denn dann wird es heißen, „die Wähler haben entschieden", und das in einem zentralen Bundesland.

Den Eindruck von Ratlosigkeit, wenn nicht gar Hilflosigkeit, macht der im Stich gelassene Holger Börner. Es scheint fast, als habe es ihm die Sprache verschlagen. Auch dieses Problem läßt sich offenbar nicht mit Dachlatten lösen. Für Börner gibt es, und das macht seine Verzweiflung verständlich, nur noch zwei Möglichkeiten. Entweder er überlebt den Bau der Startbahn West nicht als Ministerpräsident, wie es ihm die größte Bürgerbewegung Hessens bereits vor neun Monaten angekündigt hat. Oder aber er wäre, falls die FDP aus dem Landtag ausscheidet, nach Hamburger Vorbild abhängig von den Abgeordneten der Grünen (die ihn strikt ablehnen!). Börner hat seine Lektion weg. Für ihn ist das in etwa die Alternative zwischen Hölle und Fegefeuer ...

Hoffnungen, der Ministerpräsident werde nun „auspacken" und seinen liberalen Kollegen wenigstens noch ein paar schöne Affären auf den Weg in den Wahlkampf mitgeben, haben sich (vorerst?) leider auch zerschlagen. Er macht der interessierten Öffentlichkeit nicht einmal den Gefallen, endlich das Zwielicht zu erhellen, in dem sich die hessischen FDP-Spitzenpolitiker traditionell bewegen. War es nicht G e n s c h e r , der der US-Administration versprach, ihre Forderung nach einer Erweiterung der Flughafenkapazitäten zu erfüllen? K a r r y , der beim westdeutschen Waffenexport eine stille, aber maßgebliche Rolle spielte (und dafür sein Leben lassen mußte?)? Warum hält gerade G r i e s Geheimakten unter Verschluß, die für die Aufklärung des Schmücker-Mordes (und allgemein gewisser Praktiken des Verfassungsschutzes) wichtig sind? Wie sehen die zarten Bande aus, die zwischen H o f f i e und der Energiewirtschaft gesponnen sind? Fragen, zu deren Aufklärung hessische Sozialdemokraten allerhand beitragen könnten. Wenn Sie's nicht tun, darf (muß?) man wohl schließen, daß sie selbst genug Dreck am Stecken haben.

All das dürfte allerdings nur ein Vorgeschmack darauf sein, was uns blüht, wenn erst einmal Dregger, mit Unterstützung dieser FDP, wie angekündigt „aus dem Schatten Hitlers heraustritt", um „frei" und unbelastet von der leidigen Vergangenheit seinen eigenen Schatten zu werfen.

In der Linken ist es nicht ohne Genugtuung aufgenommen worden, daß die FDP das, was sie ohnehin schon lange plante, nun auch offen ausspricht. Denn es war ja allgemein klar, daß SPD und FDP in keinem Fall noch einmal eine Mehrheit im Landtag erreichen würden. Unter diesen Umständen schien eine „Hamburger" oder „Berliner" Taktik der hessischen FDP gefährlicher zu sein: Daß die FDP nämlich scheinheilig verspricht, „alles für den Erhalt der sozialliberalen Koalition zu tun", dann aber nach dem 26.9. doch zur CDU wechselt, „weil es nicht mehr langt". Diese Taktik ist bei den Hamburger Liberalen zwar erfreulicherweise nicht aufgegangen; in Hessen ist die Situation jedoch etwas anders, da die FDP mit einem Polster von 6,6% aus der letzten Landtagswahl in den Ring geht. Was hat sie also bewogen, auf diesen Trick zu verzichten? Ein (scheinbar) nicht gewollter bzw. „durch die Umstände erzwungener" Wechsel in Hessen würde vermutlich nicht als Begründung ausreichen, um auch in Bonn umzufallen. **Man kann also davon ausgehen, daß Genscher die Entscheidung jetzt haben will, und daß seine Taktik darauf hinausläuft, das Schicksal der sozialliberalen Koalition mit der Hessenwahl zu besiegeln.**

Besiegelt werden könnte auf diese Weise aber auch das Schicksal der FDP. Nur noch einmal unter 5%, schreibt Gremliza treffend in „konkret", und sie sind weg. Dann hilft den Liberalen nämlich auch kein Elfmeterschießen mehr. Dies wäre schon erreicht, wenn nur ein Viertel der bisherigen FDP-Wähler den Wechsel nicht mitmacht. Um dies zu vermeiden, wird die FDP-Spitze nicht müde, zu warnen, dann werde es eben eine absolute Mehrheit der CDU geben. Doch dieses Argument ist wenig überzeugend: Angesichts der knappen Mehrheit, die Albrecht in Niedersachsen gerade eben schaffte, ist es unwahrscheinlich, daß Dregger in Hessen an die 50% herankommt. **Entscheidend wird bei dieser Landtagswahl nicht sein, ob die CDU die absolute Mehrheit erhält, sondern ob die FDP die 5%-Hürde schafft. Unser aller Herzenswunsch lautet also: Guten Rutsch, Herr Gries!**

Bedenkt man, was auf dem Spiel steht, so sollte die Linke unbedingt Kraft und Zeit in diesen Wahlkampf investieren, auch wenn die hessischen Grünen aus unserer Sicht nicht gerade die attraktivsten sind. Dabei macht sich das Manko, ein Bündnis mit den Alternativen ausgeschlagen zu haben und es stattdessen auf eigene Faust zu versuchen, bei den Grünen durchaus bemerkbar. Viel mehr als die Versicherung, daß man sehr stark sei und viele Stimmen bekommen werde, fiel den Grünen zum Umfallen der FDP leider nicht ein. Hier wäre es notwendig gewesen, sich ganz massiv an die Öffentlichkeit zu begeben mit der Parole: **Jetzt Hamburger Verhältnisse in Hessen!** Vielleicht wäre es sogar möglich, die zerstrittenen Bürgerinitiativen unter diesem Ziel zusammenzubringen und vor allem die Bewegung gegen die Startbahn West neu zu mobilisieren.

KB/Gruppe Frankfurt

DIE DKP ZUR HESSENWAHL: OLLE KAMELLEN IN NEUER VERPACKUNG

Theorie ...

„Wenn wir die Bedeutung der selbständigen Kandidatur der DKP als der marxistischen Arbeiterpartei unseres Landes betonen, so wollen wir uns damit anderen Überlegungen nicht verschließen. Wir sind vielmehr der Meinung, daß es zugleich an der Zeit ist, ernsthaft zu prüfen, wo und unter welchen Bedingungen die Möglichkeit eines organisierten parlamentarischen Zusammengehens verschiedener demokratischer und linker Kräfte geschaffen werden könnte."

Diese Sätze aus dem Rechenschaftsbericht von Herbert Mies auf dem DKP-Parteitag im Mai '81 ließen den interessierten Leser aufhorchen. Seit ihrer Gründung 1968 hatte die DKP immerhin bei jeder Wahl unverdrossen ihre Parteiladenkandidatur durchgezogen. Nach dem Aufkommen grüner und alternativer Listen waren die DKP-Stimmanteile regelmäßig halbiert worden und (außer bei Kommunalwahlen) deutlich unter ein Prozent gesunken. Bis zu ihrem 6. Parteitag waren alternative Wahlbündnisse für die DKP nur bürgerliche Manöver, um der „einzigen Partei der Arbeiterklasse" das Wasser abzugraben. Daß Partei-Chef Mies die Möglichkeit von Wahlbündnissen ins Gespräch brachte, ließ einiges erwarten.

... und Praxis

Im Vorfeld der hessischen Landtagswahlen hat die DKP vorgeführt, wie sie diese „neue Linie" in die Praxis umzusetzen gedenkt. Bereits im Dezember 81 veröffentlichte der hessische DKP-Bezirksvorstand einen Offenen Brief, in dem es hieß: *„Die Unzufriedenheit darf nicht rechts kanalisiert werden. Sie muß die Linke stärken. Eine Möglichkeit dazu ist das gemeinsame Handeln in einem Wahlbündnis".* So ganz ist die DKP von ihrer neuen Linie aber wohl selbst noch nicht überzeugt: Vorsichtshalber stellte sie schon Ende letzten Jahres ihre Kandidatenliste für die Hessenwahl im Herbst 82 auf.

Als nach vielen Anlaufschwierigkeiten am 3. April das erste Arbeitstreffen der Initiative für eine hessische AL stattfand, erschien die gesamte hessische DKP-Prominenz mit der Bezirksvorsitzenden und Parteivorständlerin Ellen Weber an der Spitze. In der Folgezeit diente die Aktivität der DKP für die Grünen und die zur Wahl der Grünen aufrufenden Frankfurter Spontis als Vorwand, um eine Zusammenarbeit mit der AL von vornherein zu blockieren — und dies, obwohl sich sehr bald weitgehende Differenzen zwischen den Vorstellungen der DKP-Führung und der übrigen an einer AL interessierten Kräfte herausstellten.

„Wahlbündnis" à la DKP

„Die Grünen, die Demokratischen Sozialisten und die DKP wären Parteien, deren bewußt gestaltetes, einheitliches Handeln, auf der Grundlage eines politischen Minimalprogramms, in der Lage wäre, eine große Anziehungskraft auch auf andere Bewegungen und Gruppierungen bei der Schaffung eines Wahlbündnisses auszuüben„. Dieser Satz (aus einem Brief des Bezirksvorstands der Hessen-DKP nach dem 3. April) deutet schon einen Teil der Differenzen an:

1. Der DKP ging es von Anfang an um ein Bündnis zwischen Organisationen, vor allem zwischen den Grünen und der DKP. Demgegenüber beruht das Konzept von alternativen Listen auf dem Prinzip der Einzelmitgliedschaft ihrer Mitarbeiter, die die Mitgliedschaft in anderen Organisationen unberührt läßt. Dies wäre auch für eine AL Hessen das einzig mögliche Organisationsprinzip gewesen, nachdem die BIs gegen die Startbahn West — eine wesentliche politische Kraft im Hessen der letzten Monate — eine Beteiligung an den Wahlen abgelehnt, aber ein Zusammengehen der Grünen und der sich bildenden AL befürwortet hatten. Um gerade auch unorganisierte Menschen in ein Wahlbündnis einzubeziehen, verbot sich ein Organisationsbündnis von vornherein. Hinzu kommt, daß weder die Demokratischen Sozialisten noch die Grünen mit der DKP ein Bündnis schließen konnten: erstere waren noch gar nicht in der Lage, als einheitlich handelnde Gruppe aufzutreten, letztere wollen aus grundsätzlichen Erwägungen keinesfalls mit der DKP zusammengehen. Die praktische Auswirkung war offenkundig: Das Engagement der DKP in der Wahlfrage beschränkte sich auf Aktivitäten von oben, der Vorstand kam zu einem hessenweiten Arbeitstreffen, war im Koordinationsrat der AL präsent — aber die Basis tat nichts. In den Initiativen vor Ort waren DKPler so gut wie nicht vertreten. In Marburg z.B. erschienen zum ersten AL-Treffen zwei DKPler, danach wurde nie wieder einer gesehen. Entgegen allen Einheitsbeteuerungen hat somit auch die DKP einen tatsächlichen Aufbau der AL von unten, wenn nicht verhindert, so jedenfalls nicht gefördert.

2. Der zweite Pferdefuß war die Sache mit dem „Minimalkonsens". Diese Spezialität der DKP-Bündnispolitik besagt, daß ein Bündnis nur zu d e n Fragen politische Arbeit leisten darf, in denen Übereinstimmung unter den Bündnispartnern besteht. Politische Streitpunkte sollen „ausgeklammert" werden. Praktisch bedeutet das ein Veto-Recht für die DKP.

Für eine auf vier Jahre angelegte Zusammenarbeit im Parlament wäre das eine kaum erträgliche Blockade. Wie sagte doch schon Herbert Mies auf dem Parteitag: *„Es ist doch ganz selbstverständlich, daß sich die Partner eines Wahlbündnisses auf ein gemeinsames Minimalprogramm verständigen müssen, für das sie im Wahlkampf und im Parlament eintreten. Dieses Programm muß die dringendsten und gemeinsamen Anliegen beinhalten und zugleich jene Fragen aussparen, in denen die Standpunkte nicht zu vereinbaren sind".*

In der alternativen Wahlbewegung war das bisher allerdings nicht so selbstverständlich, Herr Mies! Vielmehr galt in den alternativen und bunten Listen bisher das demokratische Prinzip der Mehrheitsentscheidung unter angemessener Berücksichtigung von Minderheitenpositionen. Eine Parlamentsarbeit von alternativen Listen ist bei einer Reduzierung auf DKP-Positionen wohl auch nur schwer vorstellbar: Forderungen wie BRD raus aus der NATO, Solidarität mit der DDR-Friedensbewegung o.ä. müßten an taktischen oder grundsätzlichen Einwänden der DKP scheitern. Die Forderung nach dem „Minimalkonsens" — außer von der DKP von sonst keinem innerhalb des AL-Spektrums befürwortet — war übrigens groteskerweise ein wesentliches Argument von Grünen gegen die AL, wenn sie überhaupt zum Thema Wahlbündnis einmal etwas abließen.

Als Fazit bleibt die Feststellung, daß die DKP zu keinem Zeitpunkt ernsthaft bereit war, sich in ein wirkliches Wahlbündnis fortschrittlicher Kräfte auf der Grundlage von Einzelmitgliedschaft gleichberechtigt einzubringen. Sie wollte nur ihre speziellen Vorstellungen durchsetzen.

„Wir sind die stärkste der Partein"

Ideologische Grundlage dieses DKP-Verhaltens ist ihre maßlose Selbstüberschätzung: *„Nicht umsonst richtet der politische Gegner, richten die Rechtskräfte ihr ganzes Feuer des Antikommunismus und der Verleumdung gegen die DKP. Man vermutet in ihr — übrigens völlig zu Recht — einen scharfen Feind der kapitalistischen Gesellschaft. Man weiß, daß die DKP für die sozialistische Gesellschaft kämpft, die die radikalste Alternative zum System der Ausbeutung ist. Aus diesen Gründen wäre für die Herrschenden in Bonn und Wiesbaden ein Bündnis aller demokratischen und linken Kräfte unter Einschluß der DKP ein echtes Hindernis auf dem Weg der Verwirklichung ihrer reaktionären Politik"* (aus einem Offenen Brief des hessischen DKP-Vorstandes). Für jemand, der sich im Vollbesitz der einzigen Wahrheit glaubt, ist ein auch nur haarbreites Abweichen von seinen Positionen durch ein von ihm mitgetragenes Bündnis nicht akzeptabel. Alle anderen an Wahlbündnissen beteiligten Gruppierungen haben sich dagegen auf das „Wagnis" eingelassen, im Bündnis auch mal nicht ihre Sondermeinungen durchsetzen zu können. Solange die DKP dazu nicht bereit ist, solange sie nicht auch ihre Vorstellungen zur Disposition stellt und solange sie nicht auch alle ihre Mitglieder zu g l e i c h b e r e c h t i g t e r und solidarischer Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften auffordert, wird die DKP ihrem Sekten-Dasein in der Wahlfrage nicht entrinnen können.

Noch eine Anmerkung zum Schluß: Nachdem klar ist, daß die Hessen-AL nicht zur Wahl antritt, greift die DKP ohne Wenn und Aber wieder auf ihre Parteiladenkandidatur zurück und versucht nur noch, Wahlaufrufe für die Grünen zu verhindern zugunsten von Wahlaufrufen „gegen die Landtagsparteien", — ein weiteres Indiz für die „Ernsthaftigkeit" ihrer Bündnisappelle.

KB/Gruppe Marburg

Die Bonner Demonstration im Rückblick:

Ein bißchen Frieden...?

Nach dem 10.6. sind viele Fragen über die Orientierung und die politischen Inhalte dieser Demonstration sowie über das Bündnis aufgeworfen worden. Das folgende Interview mit den beiden Vertretern der ESG im Koordinationsausschuß (die Bonner Zentrale) antwortet auf einige dieser Fragen vom linken Flügel des Bündnisses her.

AK: Die Demonstration vom 10.6. ist von der Größe und Beteiligung ein großer Erfolg gewesen, obwohl dieser erst nach einer Reihe von Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen möglich war.

Peter: Großer Erfolg ist das Stichwort: Einmal liegt es an der Zahl, gleichgültig ob 400.000 oder 460.000, wie die Polizei sagt. — Eine ganze Reihe organisatorischer Mängel, offener politischer Fragen hat es auch gegeben, aber es war einfach vorher in der Koordination nicht abzusehen, daß es so ein Erfolg wird. Es gibt soviel autonom und selbst Organisierte in der Bundesrepublik, daß ein „Büro", die „Bürokratie" in der Friedensbewegung nicht so eine zentrale Rolle spielt. Die Meinungsverschiedenheiten, ob hier nun ein bißchen mehr DKP-Einfluß oder ein bißchen weniger grüner Einfluß oder diese oder jene Position eine tragende Rolle spielt, haben offenbar bei den Leuten nicht viel zu sagen. Sie wollten aus Anlaß des NATO-Gipfels demonstrieren und haben den Rahmen, den die Organisation gesetzt hat, angenommen.

Theo: Wenn wir hier Erfolge aufzählen, wollen wir unsere kritischen Sachen nicht weglassen, vor allem zwei Sachen muß man hervorheben: Einmal das Zustandekommen dieser Demonstration an dem Tage des NATO-Gipfels selbst, denn dies war ja lange umstritten. Bis zum ersten von uns öffentlich gemachten Treffen im März wollte das KOFAZ- und Sühnezeichenspektrum in Absprache die Demonstration lieber auf den 12.6. verlegen oder auf den 10.6. nach Köln ...

Peter: Mit bereits fest geplanten Rednern wie Eppler oder ähnlichen.

Theo: Wie man von Eppler erfuhr, hatte es bereits Zusagen aus den USA dafür gegeben. Es ist u. E. der erste Erfolg, daß die Demonstration tatsächlich in Bonn und am 10.6. stattfand. Wie Peter schon gesagt hat, die Leute sind wegen des NATO-Gipfels gekommen. Diese Provokation ist also authentisch von der Friedensbewegung aufgenommen worden. Alle Versuche des KOFAZ und des sozialdemokratischen Spektrums, die Spitzen in den Formulierungen gegen diese Provokation rauszunehmen, haben nicht gefruchtet.

Das Zweite ist ein mehr interner Aspekt: Es hat im Bündnis und seitens der Polizei immer wieder Behinderungen gegeben, einen kämpferischen Demonstrationszug zustandezubringen.

Anfangs sollte es überhaupt keinen linksrheinischen Demonstrationszug geben, dann hieß es, wir starten gleich hinter der Kennedy-Brücke. Das Endresultat war der bei weitem stärkste Zug — heute redet auch Gunnar Mathiessen vom KOFAZ von 160 - 180.000 auf der linksrheinischen Seite. Es ist nachprüfbar und nachweisbar, daß große Teile direkt in den Westen Bonns gefahren sind, — übrigens auch Teile der Grünen — und daß viele von Beul aus über die Brücke marschiert sind und sich dem linksrheinischen Zug von der Thomas-Mann-Straße aus in Richtung Kundgebungsplatz angeschlossen haben.

AK: Während Eppler am 10.10.81 noch d e r Starredner gewesen ist, hat diesmal Lafontaine, der dann schließlich doch noch eine Einladung bekommen hatte, abgelehnt.

Peter: — erfreulicherweise!

AK: Während Aktion Sühnezeichen und Aktionsgemeinschaft für den Frieden Träger der Demonstration am 10.10.81 gewesen sind, haben sie diesmal gar nicht mitgemacht und teilweise gegen die Demo gearbeitet.

Peter: Es ist erst einmal wichtig, einen Punkt festzustellen: Es kann überhaupt nicht darum gehen, sozialdemokratische Wähler oder Sozialdemokraten aus der ganzen Geschichte und auch nicht aus der Koordination herauszuhalten. Die SPD bindet einfach noch einen großen Teil der politischen Kräfte. Die lösen sich jedoch zunehmend von ihr. Es geht darum, daß die SPD unter falschem Etikett auf den Friedensgeschichten etwas verkaufen will und sich nach meinem Empfinden auf die Oppositionsrolle in Bonn vorbereitet und die Gefahr besteht, daß sie sich mit ihren Kadern und Führern in die Spitze der Friedensbewegung einschleust. Es geht nicht darum, ob wir mit einzelnen Positionen eines Erhard Eppler, Lafontaine oder anderer Sozialdemokraten übereinstimmen und sie aufnehmen, weiterdiskutieren, sondern: Wenn solche Leute die zentrale Rede halten und eine solche Rolle spielen, und damit den Eindruck vermitteln, als sei die SPD immer noch in der Lage, den großen Teil der Friedensbewegung mit zu führen oder mit aufzunehmen, oder gar ihr geistiger oder moralischer oder sonstwie Vater zu sein, müssen wir aufpassen.

Wir haben die SPD sozusagen durch die Vordertür rausgeschmissen — ideologisch gesehen — sie stand aber bei der Hintertür wieder da. Erfreulicherweise hat es aber nicht so hingehauen, wie sie sich das vorgestellt haben. Das halte ich für etwas sehr wesentliches.

Theo: Eine Sache, die mir noch wichtig ist, ist nicht so bekannt geworden. Es hat eine Diskussion um Lafontaine als zentralen Kundgebungsredner im Koordinationsausschuß gegeben. Wir von der ESG haben dazu angesichts der Schwierigkeiten der Sozialdemokratie dort in Großbritannien mit dem Falklandkrieg gesagt, wir fänden es wichtig, sich damit auseinanderzusetzen. Wir haben gesagt: Gut, Lafontaine solle reden, aber er solle sich ausdrücklich mit dem linken Labourflügel solidarisieren, mit dem Teil der Sozialdemokratie, der kompromißlos jede Kriegsführung aus nationalen Interessen um die Malvinen ablehnt. Im Koordinationsausschuß hielt außer der BAF und uns niemand diese Forderung überhaupt für sinnvoll; und zwar aus inhaltlichen Gründen nicht. Wir finden es für die Friedensbewegung angemessen, von Sozialdemokraten zu fordern, daß sie sich von jeder Kriegsführung, auch der ihres eigenen Landes, distanzieren. Das steht in tiefem Gegensatz zur Tatsache, daß weite Teile der Friedensbewegung bereit sind, führenden Sozialdemokraten dieses Podium ohne Bedingungen hinzustellen. Es muß offen darüber geredet werden, wo Sozialdemokraten ihre Loyalitäten setzten. Die Jusos haben die aktive Trägerschaft für diese Demonstration, die ihnen angetragen worden war, aus Loyalität gegenüber der Mutterpartei abgelehnt. Erschreckens ist auch ein Blick auf die letzten Veröffentlichungen von Aktion Sühnezeichen, einer Organisation, die im kirchlichen Rahmen Anerkennung genießt und auch sehr viel von Sozialdemokraten hofiert wird. Dort heißt es, daß Friedenspolitik per se keine Anti-NATO-Politik sein dürfe.

AK: Die zweite Auseinandersetzung hat es mit dem Bundesvorstand der Grünen gegeben, der mit Absprung und Spaltung drohte, wenn seine Forderungen nicht von allen aufgenommen würden. Heute behaupten die Grünen sogar, daß es ein Erfolg ihrer Auseinandersetzung sei, daß überhaupt so viele nach Bonn gekommen sind. Ernst Hoplitschek hat angekündigt, daß der Streit nach der Demonstration verstärkt weitergeführt werden solle. Wie schätzt ihr diese Kontroverse in ihrer Bedeutung für die Demonstration und für die Zukunft ein?

Peter: Ich war außerordentlich unsicher, wie weit die Frage ‚Schwerter zu Pflugscharen' auch innerhalb der ESG schwierige Auseinandersetzungen bringt. Wir hatten schon vorher auf unserer Bundeskonferenz, unserer eigenen innerverbandlichen Friedenskoordination, darüber sehr eifrig diskutiert. Uns war klar, daß jenseits der Solidarität mit der neuen oder alten Friedensbewegung in der DDR — worüber noch sehr viel diskutiert werden müßte — die Parole „Schwerter zu Pflugscharen" nicht zentrale Demo-Losung anläßlich des NATO-Gipfels sein kann. Die Verschiebung der Optik, weg von der Interventionspolitik, weg vom täglichen Terror in der Türkei, hätte den Medien und den Herrschenden ausgezeichnet gepaßt. Ganz egal, wer aus der DDR auf einem der (Neben-)Foren oder auf der Hauptkundgebung reden würde, dies würde immer voll in den Medienrummel fallen. Das war unser Hauptgesichtspunkt. Worum es jetzt geht, ist, daß wir uns mit dieser Friedensbewegung auseinandersetzen müssen, uns mit ihren Positionen beschäftigen müssen. Da sage ich, und das habe ich auch im Koordinationsausschuß den Befürwortern solcher Forderungen deutlich zu machen versucht, daß wir hier eine analoge Bewertung haben — nämlich ‚Ohne Rüstung leben', die für sich eine pazifistisch christliche Selbstverpflichtung eingegangen ist und diese Bewegung wird hier z.B. von Kräften wie den Grünen kaum beachtet, sondern links oder rechts liegen gelassen. Das ist doch der Widerspruch. Sicher geht es in der Friedensbewegung auch darum, die politische Autonomie und die politische Selbständigkeit zu zeigen, indem man zu internationalen Konflikten Stellung nimmt. Dazu gehört auch, ob und wie soziale und politische Bewegungen in Ländern des sich als ‚real' bezeichnenden Sozialismus diskriminiert werden. Aber ich bin mir da überhaupt nicht sicher, was sich dort wirklich abspielt. Alles, was ich von dort an Informationen habe, ist mir viel zu ungenau und kommt mir auch vielzusehr über parteiliche Quellen, die das ein wollten, sie waren zunächst auch bereit zu kommen.

AK: Gegenüber dem 10.10.81, wo noch am Vorabend der Demonstration der Redner für die 3. Welt gestrichen wurde, war es ein Durchbruch, daß diesmal die Solidarität mit den unterdrückten Völkern und den Befreiungsbewegungen mit im Mittelpunkt gestanden hat. Dies drückte sich bereits im Aufruf aus, es gab ein eigenes Forum zu diesem Thema und es wurde auch auf der Hauptkundgebung thematisiert. Umstritten waren dagegen andere Punkte: Darf das Bündnis eine Aussage zum Malvinen-Krieg machen? Solidarität mit verfolgten Kriegsgegnern und ihre Kriminalisierung konnte nicht als Thema durchgesetzt werden. Es war ein ständiger Streitpunkt, wie weit über den ‚Minimalkonsens' hinaus überhaupt politische Fragen thematisiert werden könnten. Zum Schluß, nach der Demonstration und vor Auflösung der Koordination, ist eine Erklärung gegen den laufenden Vernichtungskrieg gegen das palästinensische Volk abgegeben worden.

Theo: Die heutige Erklärung zum Libanon-Krieg kann man nicht so hoch bewerten, es war heute die letzte Sitzung des Koordinationsausschusses und zwar eben nach der Demonstration. In den vorbereitenden Sitzungen hat die Mehrheit des Koordinationsausschusses alles abgelehnt, was über den ‚Minimalkonsens' hinausgegangen wäre. Beim Malvinenkrieg hat es sehr lange und zähe Auseinandersetzungen gegeben, was nun endlich verabschiedet werden sollte. Es hat dann ein etwas lauwarmes Papier gegeben, was ich persönlich nicht als sehr inhaltsreich empfunden habe.

Für uns waren drei Fragen wichtig:

Die Aussage zu dem anderen Amerika ist dabei völlig umstritten gewesen, die ist so entsprechend auch immer durchgekommen. Das zweite war die Frage der Solidarität mit den Befreiungsbewegungen. Wir sehen es schon auch als unseren Erfolg in Zusammenarbeit mit den 3. Weltgruppen an, daß dies so stark herausgekommen ist. Dies ist ein Stachel im Fleische, der nicht mehr so schnell aus der Friedensbewegung herauszuziehen ist.

Als drittes war uns wichtig, Anti-NATO-Positionen zu verankern. Dies ist uns nur halb gelungen. Es gab ein Anti-NATO-Forum, wo wir diese Positionen mit hineinnehmen konnten. Andererseits ist viel getan worden, daß dies nicht übermäßig betont wird. Heute hat Jo Leinen gesagt, daß vorher vereinbarte und ausgehandelte Formulierungen zum NATO-Gipfel für ihn — wie es dann so heißt — persönlich nicht mehr tragbar gewesen seien, nachdem im Ko-Ausschuß der Entwurf des BAF-Spektrums als Grundlage für die gemeinsame Erklärung akzeptiert worden war. Es ging darum, Schärfen herauszunehmen. Da ist noch viel Arbeit zu bewältigen, aber ich denke, daß auf dieser Großdemonstration die Stoßrichtung eines antiimperialistischen Kampfes immerhin zum ersten Mal diskutiert worden ist, aber noch lange nicht in dem Maße vertreten ist, wie ich dies für einen Erfolg der Friedensbewegung für notwendig halte.

Peter: Nach außen sieht man viel weniger, was sich vor allem intern abgespielt hat. Da ist z.B. die Forderung von uns, die von der BAF vorgetragen wurde, daß wir auf den Haupttribünen nicht vor allem die großen Redner haben wollten, die das reden, was ihnen politisch oder persönlich gerade in den Kram paßt. Wir haben gesagt, wir müßten eigentlich auf dieser Demonstration das ausdrücken, was uns politisch am Herzen liegt. Die Forderung war, vorher allen Rednern, egal wie sie heißen, den politischen Konsens, der ja viel weiter gegangen ist als das, was sich letztlich in den Reden ausgedrückt hat — ich nenne hier nur einmal stellvertretend Bastian — nahezubringen und sie gebeten werden sollten, Teile davon in ihre Reden zu übernehmen, als Aspekte natürlich — es ist auch klar, daß dies nicht jeder Redner kann, aber viele könnten es. Diesen Punkt, der uns sehr wichtig war, hat man doch ein wenig vernachlässigt. Das betrifft auch alle politischen Erklärungen der Presse gegenüber. Die sollten keine persönlichen Erklärungen irgendwelcher selbsternannten Sprecher der Friedensbewegungen sein, sondern Meinungen des Gesamtspektrums. Das ist von Leinen und Mannhardt immer wieder durchkreuzt worden. Die Erklärung zu dem Malvinenkrieg sollte z.B. zunächst ganz verhindert werden, wo dann zumindest etwas rübergekommen ist, wovon Theo schon gesprochen hat. Auch die Solidarität mit dem Hungerstreik der Türken kam nicht an die Presse. Ein anderer Punkt war, auch in der Schlußformulierung noch einmal deutlich zu machen, daß es mit dem ‚Aufstehen' nicht getan ist, daß jetzt ein bißchen mehr folgen muß. Hier wurden beschlossene Formulierungen einfach wegzensiert.

Theo: Man muß schon sehen, daß überall wo es sich zuspitzte, wo es auf klare Formulierungen ankam, dieee dort auch verhindert worden sind. Das muß man sehr deutlich sehen. Und das in einer Zeit, wo die NATO in einer Offensive ist, wo sie Kriege anzettelt, Kriege duldet und wie am Falle Israels, diese zumindest stillschweigend über Waffenlieferungen unterstützt.

Peter: Eine Sache konnten wir nicht durchsetzen, aber wenigstens was in die Diskussion im Vorfeld einbringen, nämlich die Tatsache, daß jetzt ja schon von deutschem Boden aus Kriege geführt werden mit der ganzen Logistik und mit dem Zurverfügungstellen von militärischen Basen und des ganzen Apparates. Während die politische Forderung eines Großteils der Friedensbewegung sich daran festmacht, bißchen im Vorfeld von Wahlen ausschlachten wollen.

AK: Nachdem es die Mehrheit im Bündnis abgelehnt hatte, einen DDR-Redner auf der Hauptkundgebung reden zu lassen, wurde gleichzeitig von dieser Mehrheit beschlossen, ihn auf einem der Foren zu Wort kommen zu lassen. Ihr als ESG seid beauftragt worden, Eppelmann einzuladen. Klaus Wolschner hat in der taz behauptet, ihr hättet die Einladung verschlampt und boykottiert.

Peter: Wir waren zunächst gegen einen DDR-Redner, aber als dieses Thema öffentlich problematisiert worden war, haben wir gesagt, das ist nicht der Punkt in der Friedensbewegung, wo wir uns streiten müßten. Daran scheitert kein Bündnis. Selbstverständlich sollte dann, von uns aus, jemand aus der DDR reden, warum nicht auch Eppelmann, warum nicht Heym oder sonst jemand? Wir haben im Koordinationsausschuß zusammen mit den Katholischen Hochschulgemeinden (AGG-Vertreter) den Auftrag bekommen. Als wir mit Leuten in der DDR telefoniert haben, haben wir zu unserem Erstaunen erfahren, daß alle beide schon eingeladen worden waren, bevor der Beschluß im Ko-Ausschuß überhaupt gefaßt worden war. Beide hatten auch bereits signalisiert, daß sie sehr gern kommen würden. Später, im Zuge der Auseinandersetzung innerhalb der Koordination — das haben wir nicht von Leuten aus der DDR, sondern aus anderer Quelle erfahren — haben Eppelmann und Heym ihre Entscheidung nicht mehr für opportun gehalten, bzw. ihre Entscheidung noch einmal überdacht. Wir hatten unmittelbar nach der Entscheidung in der Koordination einen Brief in die DDR geschickt an Eppelmann und Heym und an zuständige Stellen, damit sie die Ausreisegenehmigung bekommen auf dem ganz offiziellen Weg. Und gewünscht worden war, daß man das auf dem halblegalen oder illegalem Weg auskungelt, indem man beispielsweise Leute irgendwo in den Kneipen trifft. Ich halte so etwas nicht für sinnvoll.

Wir haben in dem Moment, wo der Beschluß gefaßt wurde, ganz normal die Einladung schriftlich gemacht, mit Eilbrief nochmals nachgehakt, haben auch über die anderen Kanäle und über Leute erfahren, wie der Stand der Dinge ist. Sie waren zu einem sehr frühen Zeitpunkt, wo noch nichts in der Presse war, über das informiert, was wir NATO-„Nachrüstung" zu verhindern, wird dabei übersehen, was jetzt schon alles passiert, daß Raketen von hier oder Italien aus schon jetzt auf Tanklager oder die arabischen Staaten gerichtet sind, daß dies nicht nur ein Konflikt gegenüber der Sowjetunion ist, sondern es weltweit für den Imperialismus um die Rohstoffrecourcen geht, und darum, seinen Einfluß zu sichern und auch ausbauen. Das ist die alte Politik des ‚roll back', wie sie von den Amerikanern nach 45 begonnen worden ist. Das wird jetzt wieder aufgenommen. Das ist wenig deutlich geworden in den Aussagen der Demonstration, ansatzweise ja, während der Demonstration

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung v. letzter Seite

am 10.10. gar nicht. Da bleibt eine große Aufgabe für die Friedensbewegung.

Theo: Anläßlich von zwei Kriegen, die derzeit geführt werden bzw. gerade geführt wurden, stellt sich die Frage für die Friedensbewegung, wie verhindern wir t a t s ä c h l i c h den Krieg. Wie können wir eine Stimmung schaffen, die das verhindert, was zur Zeit in Großbritannien läuft, nämlich daß dort eine Friedensdemonstration stattfindet, ohne überhaupt ein Wort zu dem zur Zeit von England in Sachen Kolonialinteressen geführten Krieg zu äußern. Hier bestehen auch bei uns noch große Defizite, auch hier ist das Bewußtsein noch viel zu gering.

AK: Ihr habt es schon angesprochen, bisher gilt in der Friedensbewegung als ‚Minimalkonsens', gemeinsam die „Nachrüstung" zu verhindern. Gerade die letzten NATO-Treffen und dieser NATO-Gipfel hatten die Vorbereitung einer konventionellen „Nachrüstung" zum Thema. Ihr habt gesagt, die NATO sei dabei und bereite sich darauf vor, verstärkt auch „konventionelle" Kriege in der Welt zu führen. Ihr habt davon gesprochen, daß es eine gewisse Öffnung für diese Debatte am 10.6. gegeben habe. Wie weit ist dort zukünftig verstärkt eine Diskussion notwendig, gerade gegenüber den Kräften, die auf den ‚Minimalkonsens' (Verhinderung neuer Raketen) pochen und wieweit müssen sich linke Teile, die darüber hinausgehen wollen, stärker zusammenschließen? Und wo siedelt sich dabei die ESG an?

Peter: Das erste Problem ist, daß man sich jahrelang nicht groß um die Friedensbewegung gekümmert hat; man war zwar ein selbstverständlicher Teil von ihr, hat aber das Feld vielfach anderen, z.B. DKP-nahen politischen Kräften überlassen. Aufgrund dessen haben sich viele Leute orientiert auf das Unterschriftensammeln, auf Auseinandersetzungen, wie bekomme ich mehr Unterschriften, beispielsweise 2 oder 5 Millionen oder 10 Millionen unter den Krefelder Appell, wie gestalte ich die Ostermärsche etwas phantasievoller, wie bereite ich auch gewaltfreie Aktionen vor Militärstützpunkten vor, oder ähnliches. Weil dabei viele Dinge

oder ähnliches. Weil dabei viele Dinge

außerhalb der Diskussion blieben, sind viele geschichtliche Fakten, die inzwischen geschaffen worden sind, in der Friedensbewegung nicht geläufig, z.B. das, was von Europa und speziell von der Bundesrepublik schon heute an Einfluß in der 3. Welt oder in anderen Staaten vorhanden ist. Es ist nicht geläufig, welche Rolle etwa der CIA im Vorfeld solcher Dinge spielt, daß sehr genau geschaut wird, wo Befreiungskämpfe möglich werden könnten, um dann „Polizeitruppen" einzusetzen, aus dem jeweiligen Land bezahlt und ausgerüstet durch die NATO, damit sich die Amerikaner nicht mehr die Hände schmutzig machen müssen, oder welche Rolle der Aufbau der schnellen Eingreiftruppen, wo auch die deutsche Beteiligung eingeplant wird, spielt. Das wird heute ja alles schon diskutiert in der NATO. Entscheidender Punkt dabei ist, daß die Umweltschutzbewegung mit in die Friedensbewegung hineingekommen ist, die auch in den letzten Jahren sehr vieles deutlicher machen konnte, welche Arsenale hier lagern und welche militärischen Zusammenhänge bestehen, z.B. bei der Startbahn West, dann, daß die 3. Weltbewegung hinzugekommen ist, die ein sehr elementares Interesse hat, solche Zusammenhänge, wie ich sie genannt habe, aufzudecken. Ich glaube, daß dies zwei Dinge sind, auf die zusammen mit den autonomen Kräften eine Orientierung laufen muß: Einmal muß zunächst eine öffentliche Diskussion in der Friedensbewegung hergestellt werden und zusammen mit den autonomen, nicht-parteigebundenen Kräften in der Friedensbewegung muß eine Strategie-Debatte begonnen werden, wie es weitergehen soll, um ein bißchen wegzukommen von dieser Unterschriftensammelei und diesen Einpunktaktionen zur „Nachrüstung". Die „Nachrüstung" zu verhindern, bleibt natürlich ein wichtiges Ziel, aber wenn über dieses Ziel vergessen wird, was jetzt schon anliegt und was jetzt schon an Fakten geschaffen wird, dann hat die Friedensbewegung im Anlauf schon ihre wichtigste Aufgabe aus den Augen verloren.

Theo: Gerade die Kriege um die Malvinen und Palästina zeigen ja, wie sehr der Westen jetzt mit seiner Aufrüstung im ‚konventionellen' Bereich „Triumphe" feiert. Die westlichen Waffenschmieden schauen jetzt mit einer selten großen Freude auf die Auseinandersetzungen im Libanon, weil sie dort sämtliche konventionellen Systeme des Ostblocks ausschalten konnten und mit einem Schlag. Es bahnt sich an, daß konventionelle Kriege sich damit für die NATO als viel ‚führbarer' erweisen als auch im eigenen Land viel schwerer durchführbare atomare Kriege, an denen die Friedensbewegung ansetzt. Der Krefelder Apell ist ja an und für sich nicht schlecht, aber die Kampagne, die dafür geführt wird, läuft ja darauf hinaus, daß die Dinger spätestens 83 von uns gestoppt werden müßten. Alles andere würde dann einen großen Frust für die Friedensbewegung bedeuten. Ob man dies zugeben will oder nicht, die ausschließliche Stoßrichtung auf die Verhinderung der „Nachrüstung" heißt für mich, einen Frust zu organisieren. Darum halte ich es für so notwendig, die anderen Fragen ins Auge zu rücken, um tatsächlich Erfolge organisieren zu können.

AK: Hängt es nicht auch damit zusammen, daß die Friedensbewegung immer noch eine Politik der Appelle betreibt, Bastian in seiner Rede in Bonn noch Helmut Schmidts lobende Worte für die Friedensbewegung positiv hervorhob, auf der anderen Seite die Reaktion der Parteien und auch Reagans auf dem NATO-Gipfel war, zu verkünden, man sei auch für den Frieden wie die Bewegung, Unterschiede gebe es nur in der Frage des Weges dahin.

Peter: Nicht nur Bastian hat den Kanzler gelobt, sondern auch Jo Leinen. Das zeigt ein ganz großes Defizit in der Friedensbewegung. Am 10.10.81 ist das noch deutlicher geworden. Dort hat die Presse den „Fehler" gemacht, daß sie diese Demonstration erst sehr stark publizistisch bekämpft und sie damit sehr stark ins Blickfeld gerückt hat. Diesmal hat sie die Demo totgeschwiegen; also das Medienecho war nicht sehr erhebend. Du hast vorhin in anderem Zusammenhang gesagt, daß das Bürgertum den Frieden als Begrifflichkeit okkupiert hat, als Sehnsucht der Leute; — der Frieden ist jetzt dabei total vermarktet zu werden, Nicole ist das beste Beispiel und sicheres Indiz dafür. Hier muß man sich einfach neue Formen und Inhalte überlegen, wie man das verhindert. Das haben wir bei anderen Bewegungen auch: Umweltschutzpapier wird künstlich grau gemacht, damit es als Umweltschutzpapier verkauft werden kann. Ebenso wird Kriegspolitik als Friedenspolitik verkauft. Da muß die Friedensbewegung einiges an Arbeit leisten, um das zu durchkreuzen.

Theo: Ein Teil dabei muß die Diskussion um die Aktionsformen sein, wozu die ESG auch öfter schon etwas beigetragen hat, in dem Sinne z.B., daß wir

die ESG auch öfter schon etwas beigetragen hat, in dem Sinne z.B., daß wir

nicht bei Appellen stehen bleiben dürfen. Die ESG gehört zu den Gruppen, die Blockaden vor Ramstein mitorganisiert haben.

Es ist auch immer wichtig zu betonen, wer hier ein Interesse an einem Krieg hat und auf wieviel verschiedenen Ebenen die Kriegsvorbereitung läuft. Je mehr die Herrschenden vom Frieden reden, umso näher rückt der Krieg, dies ist eine alte geschichtliche Weisheit. Wenn Schmidt das Wort Frieden in den Mund nimmt, muß man dies konkret entlarven, dies ist uns bei dieser Demonstration nicht besonders gut gelungen.

Peter: Seit einigen Jahren haben sich ESG-Arbeitskreise z.B. mit Rüstungstechnologie und Rüstungsexport usw. befaßt. Das ist auch so ein Hinweis, wie man ökonomische Interessen deutlich machen könnte: wer verdient am Krieg, wer steckt dahinter, wer hat Interesse an Krieg. Es ist alles andere als zufällig, daß sich die ESG gerade damit befaßt.

AK: Könnt ihr noch einiges zu der ESG-Arbeit sagen. Es ist offensichtlich, daß die ESG hier einen Schwerpunkt hat. Ihr habt die Kirchentagsdemonstration im vergangenen Jahr in Hamburg mitorganisiert, ihr seid in der Geschäftsführung dieser Demonstration vertreten gewesen.

Peter: Ich kann es nur von mir her sagen, auch wenn wir das in der ESG diskutiert haben: Für die Masse derjenigen, die an Demonstrationen teilnehmen, ist es unstrittig, daß man heute etwas gegen die Kriegsgefahr tun muß, mehr als bisher. Wir alle wissen, daß Demonstrationen alleine nicht genügen, um auf die Politiker Druck auszuüben. Was jetzt gefragt ist, welche Formen, welche nächsten Schritte müssen es jetzt sein, um irgendwo konkret etwas zu verändern oder zu verhindern. Das ist die Frage, an der auch die ESG arbeiten muß. Einer der Punkte ist, daß man sich mit Leuten, die es ähnlich sehen und auch so arbeiten, koordinieren und auch gemeinsam diskutieren muß, um da Antworten zu geben, nicht Antworten von Oben, sondern aus der Notwendigkeit heraus.

Theo: Die Stellung der ESG zur Friedensarbeit ergibt sich daraus — so glaube ich —, daß die ESG nie als Einpunktbewegung gearbeitet hat. Es gibt in der ESG, um einmal vier Blöcke zu nennen, Friedens-, Ökologie-, Frauen- und 3. Welt-Projekte, das sind vier Standbeine der ESG, an denen sie arbeitet. Das hat für die Friedensarbeit zur Folge, daß sie überhaupt keine Einpunktbewegung für uns sein kann, das ergibt sich auch schon aus unserer Struktur. Wir müssen uns mit den Zielen der Befreiungsbewegung auseinandersetzen und können nicht nur sehen, wie wir h i e r den Krieg verhindern. Friedenspolitik kann für uns nur dann gelten, wenn wir uns auch mit den Gruppen, die in der ESG tagen, solidarisch auseinandersetzen, in deren Ländern Krieg geführt wird; oder wenn Türken zu uns kommen, die in ihrem Land NATO-Politik spüren in den Knästen und in den Folterkammern. Friedenspolitik heißt für uns in erster Linie Arbeit gegen Unterdrückung, wo sie auch stattfindet, heißt konkret Aufnahme von Zielen von Befreiungsbewegungen, immer auch die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht aller Völker, heißt Aufdeckung der Zusammenhänge von Atomenergie und Atomwaffen. Das sind Sachen, die durch die tägliche, jahrelange Arbeit der ESG zu vielen verschiedenen Punkten zusammenkommen, an denen sich die Erfahrungen gegenseitig stimulieren und bereichern.

Peter: Da kommt hinzu, daß die ESG Teil der Kirche ist und was vorhin für die Sozialdemokraten gesagt wurde, das gilt natürlich für diesen Teil von Kirche. Die Kirche bindet immer noch — die evangelische wie die katholische — Hunderttausende, wenn nicht Millionen von Menschen, die doch aus ihrer moralischen, christlichen Überzeugung heraus pazifistisch eingestellt sind. Für uns besteht eine der Aufgaben darin, in diese Kirche stärker als bisher hineinzuwirken.

AK: Aber aktuell kommt doch auch das Problem auf euch zu, daß die Kirche euch gerade herausdrängeln will. Es gilt ja nicht nur für die ESG, sondern auch für andere kirchliche Gruppen, daß sich diese Auseinandersetzung im Zusammenhang mit dem 10.6. zuspitzt.

Peter: Dabei muß man zweierlei sehen: Einmal, daß die Amtskirche wieder ein Stück weit zur alten Autorität zurückkehrt, vielleicht, wie es manche sagen, in Erwartung einer Änderung der politischen Landschaft in der Bundesrepublik, Große Koalition oder eine andere Koalition. Die Möglichkeiten ‚sozialliberaler' „Experimente" sind von der Kirche schon mal im Vorfeld wieder weggenommen worden. Andererseits spürt die Amtskirche auch ihren Einfluß ein Stück weit sinken, insoweit als die Positionen der Friedensbewegung innerhalb der Kirchen, der lebendigen Gemeinden, diskutiert werden und

innerhalb der Kirchen, der lebendigen Gemeinden, diskutiert werden und

dort auch nicht ohne Wirkung bleiben. So ist die Amtskirche auch interessiert, Positionen wie unsere, ein Stück weit zurückzudrängen. Das ist ein ganz normaler Prozeß, vor allem wenn wir uns daran erinnern, daß die Kirche mit dem Staat zusammen immer noch Träger der Macht ist, also eines der Standbeine dieses Staates — jedenfalls die Amtskirche. Unser Hineinwirken in die Kirche hängt vielleicht nicht so sehr unbedingt mit der Institution ESG zusammen, sondern mehr damit, daß die vielen kirchlichen Gruppen und Institutionen mit vielen Gemeinden sehr intensive Kontakte entweder schon haben, sie verstärken oder noch aufnehmen müssen. Es gibt viele Berührungspunkte, z.B. an der Frage der 3. Welt, wo „Kirche" ein offenes Ohr hat. Die Auseinandersetzung mit der Amtskirche ist noch nicht ausgestanden.

AK: Euch ist ja direkt mit Streichung der Gelder gedroht worden. Wie will die ESG darauf reagieren?

Peter: Mein Eindruck ist, daß die ESG in den vergangenen Jahren schon immer in diesem Konflikt stand, seit 20 Jahren schon. Die Konflikte sind nicht immer so gelöst worden, wie wir uns das vorgestellt haben, aber auch nicht so, wie sich die Amtskirche das vorgestellt hat. Das wird auch auf diesen Konflikt zutreffen.

Ich denke, wegen unserer jahrelangen Politik, wegen der Friedenspolitik, die die ESG macht — die übrigens keineswegs einäugig ist — hat diese Friedensdemonstration — ich sage mal bewußt Anti-Reagan-Demonstration hier — bei der Amtskirche das Faß ein Stück weit zum Überlaufen gebracht. Dazu gehören auch die Ängste, die von interessierter Seite geschürt worden sind, hier würde es ein „Blutbad" geben oder sonst noch was. In diesem Zusammenhang ist der ESG konkret gedroht worden: Wenn ihr euren neuen Generalsekretär, der sich u.a. für diese Demonstration stark gemacht hat, in seinem Amt laßt, auch wenn er ordentlich gewählt wurde, dann werden die Mittel gestrichen. Soweit ich das zum jetzigen Zeitpunkt sehen kann, ist das ein sehr einsamer Beschluß des EKD-Ratsvorsitzenden, des Herrn Bischof Lohse, gewesen. Es ist fraglich, ob er innerhalb des Rats der EKD in dieser Form eine Mehrheit findet. Wir sind nicht voll abhängig von kirchlichen Mitteln, aber es zeigt sich natürlich, daß Institutionen, die sich bezahlen lassen, immer auch ein Stück weit in Abhängigkeit geraten. Wieweit wir diesen Konflikt aushalten, ist eine andere Frage.

Es ist wichtig, diese kirchliche Option, diese kirchliche Funktion, die die ESG hat, unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, sonst gibt es bald eine „Einheitskirche"

AK: Bisher ist dies ja vor allem ein ‚interner' Streit gewesen. Gibt es eine Solidarität anderer kirchlicher Gruppen, z.B. von Aktion Sühnezeichen, die im Prinzip unter einem ähnlichen Druck steht und auch anderer Gruppen euch gegenüber? Dies ist ja ein Konflikt, wo ihr solidarisch auch von der Friedensbewegung mit untertsützt werden müßtet.

Peter: Wir suchen jetzt noch Konfliktlösungen, wo wir der Kirche einen Kompromiß anbieten. Wir sind bereit, wie wir es immer waren, mit der Amtskirche zu diskutieren. Wir sind bereit, über Strukturen des Verbandes nachzudenken. Wir sind aber nicht bereit, politische Zugeständnisse zu machen, den Verband im Sinne der Amtskirche umzuformieren, im Sinne dessen z.B., was auf der letzten Synode beschlossen worden ist, daß Christen sagen können, sie seien für Atomwaffen oder auch gegen Atomwaffen; die ESG ist gegen Atomwaffen, kompromißlos, hier und anderswo. Unter diesen Vorzeichen hat der Konflikt noch nicht die große Öffentlichkeit erreicht, aber die kirchliche Öffentlichkeit, die er erreicht, steht solidarisch zu uns. Es gibt Stimmen aus der Kirche selber, von Pastoren, Gemeinden, Synoden, die in diesem Konflikt zu uns stehen, aber vielleicht nicht sehen, wie ernst der Konflikt ist, daß er tatsächlich die Existenz der ESG bedroht und damit all das bedroht, was die ESG in diesen 30 Jahren gemacht hat, was sich demokratisch gewachsen, vom antifaschistischen Widerstand gegen Hitler bis heute, herausgebildet hat.

AK: In der katholischen Kirche wird ein ähnlicher Konflikt auch sichtbar. Im September ist der Katholikentag, wo am 9. September die ‚Kirche von unten' eine Friedensdemonstration angemeldet hat, während offiziell am Vortage Schmidt und Kohl zum Frieden reden. Der Aufruf der ‚Kirche von unten' wird ja auch vom niederländischen Interkirchlichen Friedensrat und Aktion Sühnezeichen unterstützt. Damit werden sich nach dem evangelischen Kirchentag auch im katholischen Bereich die Friedenskräfte sichtbar organisieren und mobilisieren. Wie sieht es dabei mit Konflikten aus?

Peter: Wir wissen, daß es große Konflikte gab, ob die Demonstration überhaupt stattfinden kann, daß die katholischen Freundinnen und Freunde, die das organisieren, starken Pressionen ausgesetzt waren und sie es dennoch organisieren. Im Vorfeld war die Zustimmung so groß, den Willen gegen die NATO-Politik deutlich zu machen, daß es die katholische Kirche sich wohl nicht mehr erlauben konnte, diese Demo im Vorfeld zu verhindern, das wäre auch kaum gegangen. Auf der anderen Seite hat die katholischen Brüder und Schwestern eigentlich jetzt schon dasselbe Schicksal getroffen, das uns möglicherweise bevorsteht: Soweit wir wissen, eine vollständige Austrocknung ihrer Geschäftsstelle, ihrer zentralen Arbeit und Koordination. Es sollen da, soweit ich mich erinnere, nur noch ein, zwei Leute sein. Das wird von den Bischöfen mit ‚strukturellen Problemen' bezeichnet. Tatsache ist aber, daß hier der politische Katholizismus steht, der einen sehr lebendigen Verband kaputtmachen und zerschlagen will, das ist ziemlich eindeutig.

AK: Erwartet ihr für die Demonstration auf dem Katholikentag trotzdem einen ähnlichen Durchbruch wie auf dem evangelischen Kirchentag in Hamburg? Seid ihr aufgefordert, euch daran zu beteiligen und werdet ihr dort mitmachen?

Peter: Das ist eine Selbstverständlichkeit, der Katholikentag steht auf unserem Programm. Wir sind ja vielfach ökumenische Gemeinden, d.h. die katholischen und evangelischen Studentengemeinden sind an manchen Orten zusammen und haben auch ein gemeinsames Programm, was ich übrigens sehr positiv finde. Von daher gibt es die Zusammenarbeit von unten, aber auch in den Gremien der Verbände und auf Seminaren, den Delegiertenkonferenzen usw. in der ESG ist ganz klar, daß diese Demonstration mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützt werden muß, wie übrigens auch die fortschrittlichen Katholiken die Kirchentagsdemonstration in Hamburg unterstützt haben.

AK: Wir danken euch für das Interview.

Fragen an Gerd Bastian:

Annäherung des Kanzlers an die Friedensbewegung?

Unser Interview mit dem General a.D. Bastian kam auf Basis schriftlicher Fragen und Antworten zustande. Diese Form ließ Nachfragen und kritische Einwände an einzelnen Punkten nicht zu. Das Interview berührt wesentliche Themen der sich entwickelnden Auseinandersetzung um den weiteren Weg der bundesdeutschen Friedensbewegung. Unsere Widersprüche zu den Äußerungen Bastians ergeben sich im wesentlichen schon aus den Fragestellungen. Weiter wollen wir die Streitfragen h i e r nicht vertiefen. Diese Differenzen in Zukunft weiterzudiskutieren, scheint uns allerdings unbedingt notwendig; ohnehin hat die Debatte durch den Vorstoß der Grünen wie auch durch die Kritik des BAF-Spektrums am bisherigen „Minimalkonsens" schon begonnen.

Zur Person: General Bastian ist einer der Initiatoren des Krefelder Appells. Politisch steht er der Grünen Partei am nächsten. Im Vorfeld des 10. Juni ist er, gemeinsam mit der grünen Vorständlerin Petra Kelly, mit einem Offenen Brief hervorgetreten, der sich im wesentlichen gegen den DKP-Einfluß in der Friedensbewegung bzw. dessen praktische Auswirkungen (Stichworte: Polen, Afghanistan, DDR-Friedensbewegung) wandte.

Es ist allgemein aufgefallen, daß die Demonstration vom 10.6. im Gegensatz zu früheren Anlässen kaum noch Aufregung bei den etablierten Parteien ausgelöst hat. Im Gegenteil hat es, bis hin zur Rede Reagans im Bundestag, Vereinnahmungsversuche der herrschenden Politiker gegenüber der Friedensbewegung gegeben. Motto: „Für den Frieden sind wir eigentlich alle, nur über den besten Weg zum Frieden gehen die Ansichten ein bißchen auseinander". — Auf der anderen Seite haben Sie in Bonn einigen Widerspruch hervorgerufen, als Sie in Ihrer Rede lobende Worte für Helmut Schmidt fanden.

Kann das nicht dahingehend mißverstanden werden, daß eine Annäherung zwischen herrschender Politik und Friedensbewegung angestrebt wird!? Oder halten Sie eine Annäherung gegenüber einem Teil der herrschenden Politiker sogar für sinnvoll? Ist der Bundeskanzler Schmidt Ihrer Ansicht nach ein Bündnispartner der Friedensbewegung bzw. könnte er zu einem solchen werden?

Gerd Bastian: Ich weiß nicht, wem das aufgefallen ist, denn ich hatte nicht diesen Eindruck. Ich fand im Gegenteil, daß die Demo vom 10.6.82 genauso diffamiert und attackiert worden ist, und zwar schon im Vorfeld, wie die am 10.10.81. Darauf habe ich ja in meiner Rede auch ausdrücklich Bezug genommen und Graf Huyn von der CSU sowie Kardinal Höffner als Repräsentanten dieser hysterischen Kampagne namentlich erwähnt. Verständnis für die Demonstranten hat nur der Bundeskanzler geäußert, was allerdings einen Unterschied zur Lage vom Oktober 81 bedeutete. Ich habe auch darauf in meiner Rede hingewiesen, weil ich es für richtig und wichtig halte, über solche Veränderungen nicht stillschweigend hinwegzugehen. Das hat einigen nicht gepaßt. Die überwiegende Mehrheit hat das aber demonstrativ begrüßt.

An das von Ihnen befürchtete Mißverständnis glaube ich nicht, weil die atmospärischen Verbesserungen natürlich nicht über die unverändert fortbestehenden sachlichen Gegensätze hinwegtäuschen können. Auch das habe ich übrigens ausdrücklich festgestellt. Heute, nach den Äußerungen des Bundeskanzlers in den USA muß man allerdings hinzufügen, daß er auch eine Annäherung in der Sache hat erkennen lassen, die wohl niemand noch vor zwei Monaten für möglich gehalten hätte. So z.B. mit der Meinung, man könne an der großen moralischen Kraft der Friedensbewegung nicht einfach vorbeigehen, sondern müsse sie für die aktive Politik nutzen. Und so erst recht mit der Äußerung, er, Schmidt, habe nie an eine Unterlegenheit der NATO gegenüber dem Warschauer Pakt geglaubt und er würde auch nicht glauben, daß die USA sich unterlegen fühlen würden, wie oft sie eine solche Unterlegenheit auch behaupten würden.

Das war doch geradezu sensationell, weil es eine Abkehr von allen früheren

Forts. n. Seite



Äußerungen darstellt, in denen immer von einem besorgniserregenden Ungleichgewicht zuungunsten der NATO die Rede war, womit ja auch die Notwendigkeit zur sog. Nachrüstung in Europa begründet wurde. Mag sein, daß der Bundeskanzler sich damit schon auf eine Rolle als Oppositionsführer einstimmen will, ich weiß es nicht. Aber es ist ja in jedem Fall nur gut, wenn Helmut Schmidt zugibt, daß seine bisher bekundete Auffassung von der Unterlegenheit der NATO nicht richtig war. Gegen eine solche Annäherung der Kanzlermeinung an den Standpunkt der Friedensbewegung habe ich nichts einzuwenden. Im Gegenteil, ich begrüße sie sehr.

Der Bundeskanzler hat sich öffentlich als geistiger Urheber des NATO-Doppelbeschlusses (sog. Nachrüstung) bekannt. Gibt es Ihrer Meinung nach Anzeichen dafür, daß H. Schmidt seine Ansicht darüber inzwischen geändert hat — und worauf könnte das gegebenenfalls zurückgeführt werden?

Gerd Bastian: Diese Anzeichen gibt es, wie bereits gesagt. Und ich kann mir auch vorstellen, daß die Gründe für diesen Bewußtseinswandel einmal in einer kritischeren Haltung gegenüber den von der NATO und den USA, auch von den Scharfmachern im eigenen Land, vorgelegten Daten und Fakten, als auch in einer zunehmenden Erkenntnis liegen, daß die amerikanische Haltung so selbstlos und europafreundlich eben doch nicht ist, wie man das bisher gesagt hat. Daneben spielen natürlich auch die Wahlniederlagen in Niedersachsen und Hamburg sowie das Verhalten der F.D.P. in Hessen eine Rolle, weil der Zwang zur Rücksichtnahme auf die außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen eines Herrn Genscher damit geringer geworden ist.

Von relevanten Teilen der Friedensbewegung wird die Konzentration und Beschränkung der Bewegung auf Verhinderung der Aufstellung neuer NATO-Mittelstreckenraketen als Voraussetzung politischer Erfolgsmöglichkeiten gesehen. Wir sind hingegen der Meinung, daß diese Selbstbeschränkung angesichts der weitreichenden Pläne zur Ausweitung des Aktionsraums der NATO und demnächst anstehender enormer „konventioneller" Aufrüstungsprogramme bereits viel zu kurz greift. Wir halten es beispielsweise für das Produkt einer solchen falschen Selbstbeschränkung, wenn in Großbritannien zwar Zehntausende gegen das atomare Wettrüsten protestieren, zugleich aber der praktisch schon stattfindende Kolonialkrieg um die Malvinen kaum auf öffentlichen Protest gestoßen ist. Was ist Ihre Ansicht zu diesem Problem?

Gert Bastian: Die Haltung eines Großteils der Briten im Falkland-Krieg war natürlich erschreckend, weil sie gezeigt hat, wie schnell Völker in einen unerwarteten Hurra-Patriotismus verfallen können, wenn sie glauben, Besitz, Ehre und Weltgeltung der Nation verteidigen zu müssen. Aber einen Beweis gegen die Richtigkeit unserer Anstrengungen zur Verhinderung der Nachrüstung in Europa sehe ich darin überhaupt nicht.

Auch die von Ihnen befürchtete zu kurze Zielsetzung gibt es ja in der Tat nicht. Alle in der Friedensbewegung wirkenden Gruppen haben sehr weite und oft sehr unterschiedliche Ziele entwickelt, die vom „Frieden schaffen ohne Waffen" bis zur „sozialen Verteidigung" reichen. Auch die Krefelder Initiative hat ja in einer Erklärung vom Januar 82 über die Verhinderung der Nachrüstung hinaus eine Politik gefordert, die eine Auflösung der beiden Militärblöcke, NATO und WP, anstrebt.

Unabhängig von diesen notwendigen, weitreichenden Zielen halte ich es aber für richtig, die erste gemeinsame Anstrengung auf den wichtigen ersten Schritt zu konzentrieren, ohne den es auch keine folgenden Schritte geben kann. Und das ist eben die Verhinderung neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen bei uns und unseren Nachbarn. Ich sehe in dieser Konzentration keine Schwäche, sondern eine Stärke der Bewegung, denn auch der längste Weg beginnt eben nun mal mit dem ersten Schritt.

Wir sehen als eine ganz große Gefahr für die nächsten Jahre, daß ein umfangreiches „konventionelles" Rüstungsprogramm der NATO durchgeführt wird, das noch einen Schritt näher an die Führbarkeit eines globalen Krieges heranbringen wird. Wir sehen weiter die Gefahr, daß die herrschenden Politiker dieses Aufrüstungsprogramm als Friedensschritt („Erhöhung der Atomschwelle") darstellen werden, und daß die Friedensbewegung (sofern sie nicht von ihrer Fixierung auf ausschließlich die Atomrüstung und speziell die „Nachrüstung" loskommt) dieser Propaganda ziemlich hilflos gegenüberstehen wird. Was ist ihre Meinung dazu?

Gerd Bastian: Zu diesem umfangreichen, konventionellen Rüstungsprogramm der NATO kann es schon aus finanziellen Gründen nicht kommen. Selbst wenn die Absicht bestünde, in der konventionellen Rüstung zuzulegen, wie es ja z.B. von Herrn Wörner gefordert worden ist, die dafür notwendigen Mittel sind nicht vorhanden. Man wird froh sein, die jetzt laufenden Beschaffungsprogramme realisieren zu können. Wahrscheinlicher ist aber, daß die Haushaltslage zu Einsparungen zwingen wird. Ich halte das für denkbar und für wünschenswert.

Sollte das Gegenteil dennoch eintreten, wäre die Friedensbewegung keineswegs hilflos oder sprachlos. Sie fordert ja jetzt schon neben der nuklearen Abrüstung und neben dem Verzicht auf neue Nuklearwaffen immer auch die Reduzierung der konventionellen Rüstung. Eine gegenteilige Entwicklung würde natürlich auf genauso entschiedenen Widerstand stoßen, wie die Absicht, Pershing 2-Raketen und Marschflugkörper bei uns aufzustellen, es heute tut.

Würden Sie unserem Eindruck zustimmen, daß die Waffen-Konfrontation beim israelischen Einmarsch in den Libanon Anlaß sein müßte, die NATO-Version von der „konventionellen Überlegenheit" des Warschauer Pakts in Europa noch stärker unter qualitativen Gesichtspunkten zu überprüfen und dieser Version — als Begründung für die demnächst anstehende „konventionelle Nachrüstung" der NATO — entschiedener entgegenzutreten?

Besteht nicht die Gefahr, daß die westliche Friedensbewegung bei ihrem einseitigen Engagement gegen die Atomrüstung den Blick verliert für die Möglichkeit „konventioneller" Kriege, die möglicherweise eine viel direktere, realere Gefahr als der große Atomkrieg sein könnten, zumindest in den überschaubaren nächsten Jahren?

Gert Bastian: Ja, da stimme ich Ihnen voll und ganz zu. Es gibt ja auch schon eine Reihe von Kommentaren und Berichten, die eben zu dieser Schlußfolgerung gelangen, daß nämlich die Kampfhandlungen im Libanon erneut und schlagender als je zuvor die Überlegenheit der westlichen Waffentechnik offenbart und manches zur Wunderwaffe hochstilisierte Waffensystem der Sowjets, wie z.B. den neuesten Kampfpanzer T 72, als äußerst verwundbar enttarnt haben.

Mag sein, daß die bereits zitierte Äußerung des Bundeskanzlers, die NATO sei dem WP keineswegs unterlegen, auch auf solche Erkenntnisse zurückgeht.

An die Gefahr eines konventionellen Krieges in Europa, also zwischen NATO und WP glaube ich nicht. An eine Absicht der Sowjetunion, Westeuropa anzugreifen, glaube ich schon seit mindestens 10 Jahren nicht mehr. Und die NATO ist zwar konventionell stark genug, um Westeuropa zu verteidigen, aber nicht ausreichend stark, um die UdSSR anzugreifen. Ein solcher Angriff könnte nur mit Nuklearwaffen mit Aussicht auf Erfolg geführt werden, und das ist ein Grund mehr, solche Waffen bei uns nicht zuzulassen.

Wir danken für das Interview.

Gerhard Bolte

Das Elend des Internationalismus oder Stillstand in der Bewegung

Es ist Krieg.

Krieg zwischen Großbritannien und Argentinien. Weit entfernt vom eigentlichen Schauplatz versenken die Briten einen argentinischen Kreuzer, Hunderte von Soldaten finden den Tod. Nicht nur die USA, sondern zunächst die EG (und damit auch BRD) ergreift Partei für England; damit unterstützt sie auch den Krieg. Und die Friedensbewegung? Sie schweigt. Wenige Transparente am Rande der Bonner Riesendemo. Alle sind auf Reagan fixiert. Als ob nicht die kriegführende Thatcher am jenseitigen Rheinufer mit am Tisch gesessen hätte...

Schlimmer noch als der Falkland/Malvinen-Krieg ist der Krieg, den Israel — den „Frieden" mit Ägypten im Rücken — gegen die Palestineser führt: ein Ausrottungskrieg gegen die Zivilbevölkerung. Die Juden, die die „Endlösung" selbst erfahren mußten, vollziehen sie nun in zionistischer Variation an einem andren Volk. Negative Dialektik.— Zwar sprach PLO-Vertreter Frangi zu den Demonstranten in Bonn, zwar gab es vereinzelt größere Solidaritätsaktionen. Dennoch muß es inzwischen eingestanden werden: ein Großteil der Friedensbewegung schweigt auch zu diesem Krieg.

Was ist das für eine Friedensbewegung, die sich angesichts der Realität des Krieges in Schweigen hüllt und in Passivität versinkt?

Natürlich werden alle gegen diese Kriege sein, sie abscheulich finden usw.; das ist klar. Aber sie verurteilen und doch nichts tun heißt: sie nicht ernstnehmen. „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit", heißt es in der Grundsatzerklärung der War Resisters' International. Und da ist es einfach zu wenig, nur „dagegen" zu sein. Auch die Erklärung, viele seien eben nicht informiert, die Medien berichteten zu wenig usw., ist nicht plausibel. Und daß es qualitativ wie quantitativ andere Formen des Widerstands gibt, hat die Kampagne gegen den Vietnam-Krieg längst erwiesen. Diese Dimension eines tätigen Internationalismus ist der Friedenswegung verlorengegangen.

Schuld daran, daß ein solcher Internationalismus in der gegenwärtigen Friedensbewegung keinen Platz findet, ist vor allem die — fast blinde — Fixierung auf die NATO-Raketenrüstung. Die vielen Initiativen, die erst vor kurzer Frist entstanden sind, brauchen sicherlich einige Zeit, um sich über den engen Horizont des Krefelder Appells hinausweisende Perspektiven zu erarbeiten. Für pazifistische Organisationen wie die DFG-VK, die gern auf ihre lange Tradition verweist und in diesem Jahr ihr 90jähriges Bestehen feiert (Frage: Was gibt's da zu feiern? Es ist wohl eher ein trauriger Anlaß, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Frieden auch nach 90jähriger Verbandsgeschichte nicht in greifbare Nähe gerückt ist), können solche Entschuldigungen allerdings nicht gelten. Sie hätten sich auf eben diese Traditionen zu besinnen und — im Bündnis mit der traditionellen und neuen Linken, Grünen, Ökos u.a. die augenblickliche Lähmung überwinden und mit massiven Antikriegskampagnen an die Öffentlichkeit treten müssen. Wenn der Bundesvorsitzende der DFG-VK, Klaus Mannhardt, in einem Rundschreiben dazu auffordert, *„allen Versuchen, von der dringendsten und wichtigsten Aufgabe, der Verhinderung der neuen US-Atomraketen, abzulenken, entschieden entgegenzutreten"*, dann lenkt er selber ab. Nicht, daß die Verhinderung des NATO-Beschlusses nicht wichtig wäre. Gleichwohl ist es eine Desorientierung, die ganze Kraft der Friedensbewegung gegen ein einziges Aufrüstunsgprojekt zu lenken und sich mit Haut und Haaren diesem Ziel zu verschreiben — nicht nur, weil damit die bereits stationierten atomaren Potentiale und die konverntionellen Waffen verharmlost werden; sondern, weil ganz offensichtlich die Kraft fehlt, den so bitter nötigen Widerstand gegen die realen Kriege in der 3. Welt und deren Billigung/Unterstützung durch die Bundesregierung zu organiseren. Wenn die Friedensbewegung sich auf die Formel „Keine Pershing II, keine Cruise Missiles" reduziert, können die Aufrüster ruhig schlafen. Eine Opposition, die ihr Ziel derart niedrig hängt, wird es gewiß nicht erreichen.

Es geht schon merkwürdig zu in dieser Friedensbewegung. Wie gebannt starrt sie auf die künftige Atomrüstung und vergißt die bereits vollzogene. Wenigstens momentan snd doch wohl vorhandene (abschußbereite!) Atomwaffen bedrohlicher als die erst in Aussicht stehenden. Wer nicht die bedingungslose Abrüstung der vorhandenen Systeme fordert, wird auch die Stationierung der neuen nicht verhindern können. — Jahrelang kämpfen wir gegen Rüpstungsproduktion, Waffenhandel, Rüstungsexport. Erst im Mai demonstrierten in Hannover 40 000 Menschen gegen die Militärelektronikmesse IDEE. Und wenn jetzt die exportierten Waffen tatsächlich eingesetzt werden im Krieg auf den Falklands und im Libanon (gerade dort wird von den Israelis modernste NATO-Elektronik ausprobiert), bleiben die Protestaktionen aus. Die Widersprüche einer Bewegung, die in weiten Teilen keinen Begriff hat vom Frieden, treten offen zu Tage.

Entlarvend auch die Phrase von der „Friedenssicherung". Diejenigen, die einen auf Europa begrenzten „Frieden" erhalten wollen, verkennen die Realität: die Abschreckungssituation, in der sich zwei feindliche Militärblöcke waffenstarrend gegenüberstehen, hat mit Frieden nichts zu tun; außerdem argumentieren sie eurochauvinistisch: die Stabilität Europas beruht im wesentlichen auf dem relativen Wohlstand bzw. Überfluß, in dem die europäischen Völker großenteils leben; erkauft ist dieser Wohlstand mit der Armut und dem Elend in der 3. Welt, was wiederum zu schärferen Konflikten führt. Die Kriege in der 3. Welt korrespondieren notwendig mit dem Abschreckungsfrieden in Europa. Der „Frieden" ist in Wahrheit ein Unfrieden, „gesichert" wird allein die bestehende gesellschaftliche Ordnung, die für diesen Unfrieden verantwortlich ist.



Alltagsbild aus dem Krieg: Häuserfassade in Beirut

Falsches Bewußtsein setzt sich auch in der Friedesbewegng fort. Denn ihr Schweigen ist nicht zufällig mehr die Angst, selbst vom Krieg betroffen zu werden, als der Wille, dieses Verbrechen an der Meschheit radikal und ursächlich zu beseitigen, bestimmt die Motivation vieler Friedensbewegter. Die folgenden Sätze Herbert Marcuses sollten uns zu denken geben, ehe das St. Floriansprinzip sich völlig durchsetzt: *„Das Glückliche Bewußtsein verdrängt den Zusammenhang. Die Folter ist als normale Angelegenheit wieder eingeführt worden, aber in einem Kolonialkrieg, der sich am Rande der zivilisierten Welt abspielt. Und dort wird sie mit gutem Gewissen praktiziert; denn Krieg ist Krieg. Un dieser Krieg ist höchst peripher er verwüstet nur die ‚unterentwickelten' Länder. Sonst herrscht Frieden."* (Der eindimensionale Mensch, S.103).

(Gerhard Bolte ist Mitglied im Landesvorstand Niedersachsen der DFG/VK)

Rede von Ursula Schwarzenberger in Bonn am 10.6.82

Die Blocklogik und ihre Alternativen

Ursula Schwarzenberger ist Mitglied des Bundesvorstandes der Grünen. Ihre politische Position weicht in vielen Fragen von der derzeitigen Mehrheitslinie im Bundesvorstand ab. In Bonn sprach sie nicht als Mitglied des Bundesvorstandes, sondern auf Vorschlag der BAF-Gruppen als Mitglied des KV Göttingen ‚Die Grünen'.

Der erste Teil ihrer Rede beschäftigt sich mit dem Thema Blocklogik und Blockkonfrontation. Im zweiten Teil - „Was bleibt zu tun in letzter Stunde ?" - der in Bonn nicht mehr gehalten werden konnte, skizziert sie die ihrer Meinung nach wichtigsten Aufgaben der Friedensbewegung: internationale Kontakte, Solidarität mit der Dritten Welt, Kampf um soziale Gerechtigkeit.

Nüchternheit und klare Aussagen zu unseren politischen Hauptzielen und unseren längerfristigen Perspektiven sind von uns in der Friedensbewegung gefordert.

Wir müssen mehr Menschen hinzugewinnen, aber mit Argumenten, die Ängste nicht verdrängen, sondern immer klarer einsichtig machen, daß wir, um zu überleben, uns wehren müssen.

Ein Begriff ist zur Zeit in aller Munde: **Blocklogik.**

Könnte es in unserem beredten Verhandeln über ihn Fallen für uns geben, die unseren gemeinsamen Kampf schwächen ?

Wir müssen ihn kritisch daraufhin abklopfen.

Erstens: Hängt alle Kriegsgefahr, alles Wettrüsten wirklich ausschließlich am Ost-West-Konflikt - an der Blockkonfrontation?

Wir haben es vielleicht lange selbst geglaubt, daß dieses Problem die ganze Weltentwicklung bestimme; haben damit zugelassen. daß dieses Dogma bis

glaubt, daß dieses Problem die ganze Weltentwicklung bestimme; haben damit zugelassen, daß dieses Dogma bis

in die Dritte-Welt-Problematik hinein ständig als Erklärungsmuster herangezogen wird. Der Falklandkrieg sollte uns endgültig die Augen geöffnet haben. Kriege entstehen anders ! Beißen wir uns auf eine einseitige Sicht fest, sind nur die herrschenden Politiker froh, die sie uns aufgedrückt haben. So sind wir selbst in der Einseitigkeit gefesselt. Solche vereinfachenden Denkschemata haben in konkreten Fällen noch nie Kräfte freigesetzt, Kriege wirklich zu verhindern, den Regierenden wirklich in den Arm zu fallen.

Zweitens: Rufen politische Entwicklungen auf der einen Seite wirklich ganz bestimmte Reaktionen auf der anderen Seite zwangsläufig hervor ?

Immer neue Schübe, durch Eigendynamik der Blöcke - angetrieben vom Exterminismus, vom Drang zur Auslöschung - das sind gespenstische Worte für eine fatalistische These, die mir s o gefährlich erscheint für die Lebendigkeit und Handlungsfähigkeit unserer Bewegung.

Hier werden die Herren, die an den Schalthebeln der Macht sitzen, aus ihrer Verantwortung entlassen. Helmut Schmidt hat aber den NATO-Gipfel hierher geholt, Reagan, Haig und Weinberger haben den möglichen Erstschlag von deutschem Boden gegen die UdSSR ins Auge gefaßt. Wir müssen sie beim Namen nennen, Gefahren dort sehen, wo sie existieren, sonst können wir keine Strategien entwerfen, nicht kämpfen. Und warum wehren sich nicht die vielen Millionen Menschen, die leben wollen wie wir ? Solcher Fatalismus lähmt noch mehr, macht leblos schon vor der Bombe.

Drittens: Aus solcher Blocklogik scheint dann wie von selbst die Gleichartigkeit beider Blöcke zu folgen. Staaten und ihre Politiker sind immer an Machterhalt - leider mit allen Mitteln interessiert. Auch die Sowjetunion ist also keine Friedensmacht, das weiß die Friedensbewegung nicht nur wegen Afghanistan. Aufrüstung und Militarisierung haben von jeher auch der sogenannten „Sicherheit nach innen" gegolten. Und das gilt leider in immer stärkeren Maße auch für unseren „freiheitlichen Westen". Aber es ist gefährlich, nicht mehr die Unterschiede zu analysieren. Einfach unterstellte Gleichartigkeit beider Seiten lenkt uns davon ab, nicht nur das reale Kräfteverhältnis zu prüfen, sondern vor allem auch militärische und politische Strategien zu durchleuchten, um so benennen zu können, wer wen unter Druck setzt. - Wenn wir darauf verzichten, uns darin sachkundig zu machen, dann lassen wir uns einlullen, bis auch uns plötzlich einmal eine „Nullösung" ganz plausibel erscheint.

Viertens: Ist es möglich, die Blöcke so zu überspringen, daß man gleichsam über ihnen steht, um dann blockübergreifende Politik zu machen ?

Diese Vorstellung gibt es in zwei Varianten:

Die Teilung Deutschlands erscheint vielen Menschen als Ursache der Blockkonfrontation. Sie ist aber eine Folge des Hitlerkrieges und seiner Beendigung durch die Siegermächte. Unsere gemeinsame perverse und unfreiwillige Situation besteht darin, daß beide Teile Deutschlands Bollwerk und unter Umständen Speerspitze für ihre jeweilige Supermacht darstellen.

Uns verbindet aber auch eine gemeinsame Schulde. Gerade auf unserer Seite hat die Adenauer-Regierung die Aufarbeitung bewußt verhindert.

Aber wer nun denkt, daß bei all diesen Gemeinsamkeiten die neue nationale Frage die Lösung sei, der irrt sich, der sitz einer Ideologie auf, die uns vergessen machen will, wie unterschiedlich die Entwicklung hier und in der DDR nach 1945 gelaufen ist.

Die Friedlosigkeit in der heutigen BRD und in der heutigen DDR wird durch ganz unterschiedliche Faktoren bestimmt.

Deshalb kann der Kampf dagegen nur konkret in jedem Lager stattfinden, in der konkreten Analyse der eigenen Friedlosigkeit und Unfreiheit. Die nationale Frage - mindestens zu diesem Zeitpunkt - vernebelt uns. Sie ist ein Rückzug aus unserer eigenen politischen Realität hinter bereits gewonnene Perspektiven zurück !

Die zweite Variante fordert die Auflösung der Blöcke, zumindest zunächst

ne Perspektiven zurück !

Die zweite Variante fordert die Auflösung der Blöcke, zumindest zunächst

die Ankoppelung von ihnen auf beiden Seiten. Wir forderten dies für unsere Bindung an die NATO. Das darin bestehende Befehls- und Sklavenverhältnis wollen wir nicht mehr ! Können wir diese Ankoppelung stellvertretend auch für die andere Seite fordern ? Ein solches Ineinander-Denken ist in der Aufforderung von der „wechselseitigen Abrüstung" enthalten. Das ist jedoch eine m.E. unzulässige Verkürzung unserer alten Forderung nach einseitiger Abrüstung. Wir bewegen uns dadurch in gefährlicher Nähe zu NATO- und Regierungsvorschlägen: „wenn die da drüben nicht, dann wir eben auch nicht!"

Müssen wir diesen Weg gehen, um die zu erreichen, denen eine solche „blockübergreifende" Politik ihre Sicherheit zu garantieren scheint ? Oder ist dies nicht nur eine Wiederholung von „Sicherheit durch Gleichgewicht" auf einer anderen Ebene ?!

Aber welche Alternativen haben wir für die Zukunft - Alternativen, die wirklich offensiv sind. ABC-Waffenfreies Europa, ist das eine Handlungsperspektive ? Ja, eindeutig eine Forderung in die richtige Richtung. Bei der Klärung nach dem Weg dorthin stieß ich auf ein absurdes Phänomen: Der letzte Parteitag der Hamburger SPD sprach sich für ein atomwaffenfreies Europa aus, wandte sich aber nicht gegen die NATO-Nachrüstung. Was ist hier los ? Hier muß jeder normale Mensch stutzig werden. Langfristiges Ziel ja, kurzfristiges, konkretes Ziel nein. Hier wird die Bruchlinie deutlich, die nicht mehr die Linie der Blöcke ist. Und diese Linie gibt es überall in der Welt. Es geht um den Führungsanspruch der Herrschenden, in diesem Falle der USA. Wer ihn akzeptiert, muß die Unterstützung der Nachrüstung akzeptieren, dann kann er in Verhandlungen für weitreichendere Ziele einwilligen. Im Endeffekt werden sie nie etwas bringen, solange die USA an ihrem Interesse - BRD als Abschußrampe - festhält. Jetzt sehen wir die Verhandlungsvorschläge von Reagan, die sich geradezu überschlagen. Wie soll die Friedensbewegung da noch einen Standpunkt finden, zwischen den USA, der eigenen Regierung und der oft noch geschürten diffusen Angst in der Bevölkerung vor der Bedrohung aus dem Osten. Inmitten dieses Verwirrspiels, das die Herrschenden und in ihrem Schlepptau die staatstragenden Parteien mit uns treiben, brauchen wir klare Prüfsteine.

Die alten Geschichten, die von Männern wie Micha und Jeremia berichten, zeigen für mich solche klaren Leitlinien auf. Sie zeigen die Bedingungen, die erfüllte werden müssen, wenn Schwerter zu Pflugscharen umgeschmiedet werden sollen.

1. Dann werden Schwerter zu Pflugscharen umgeschmiedet werden, wenn die Regierenden eindeutig in ihrem Todesgeschäft entlarvt werden. Die Friedenssache wird uns niemals von den Regierenden geschenkt werden. Friedensbewegung wird immer staatsunabhängig sein, nicht unbedingt antistaatlich. Überall, wo Menschen das erkennen, lösen sie sich aus der tödlichen Abschreckungs- und Blocklogik der Regierenden und beginnen in echter Selbstbestimmung unabhängig von etablierten Parteien und kritisch auch gegen ihre eigenen Organisationen die Friedensarbeit selbst in die Hand zu nehmen.

2. Dann nur werden Schwerter zu Pflugscharen umgeschmiedet werden, wenn wir nicht nur auf unser „bißchen Frieden" hoffen, ohne auf die Verdammten dieser Erde zu schauen, auf deren Kosten wir in erschreckendster Weise schon viel zu lange leben. Wenn wir den status quo nur für uns erhalten wollen, kann das auch nur ins Verderben führen.

3. Dann nur werden Schwerter zu Pflugscharen umgeschmiedet werden, wenn Menschen nicht mehr zulassen, daß Menschen zu Sklaven gemacht werden. Soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmte Arbeit, das ist wohl der wichtigste Maßstab, den wir an sogenannte Friedfertige legen müssen, und gleichzeitig sind es Grundsätze für unseren Frieden.

Wer Abrüstung vorgibt, aber weiterhin, vom Wissenschaftler bis zum Arbeiter, alle als „schweigende Mehrheit" an der Bombe basteln - läßt auch die ökologische ist gemeint - damit es Arbeitplätze gibt, wer Frieden sagt und als Herrschender nur noch Wirtschaftssanktionen, ökonomische Daumenschrauben für ganze Völker verteilt, der entlarvt sich selbst. Friedenskampf muß auch Kampf gegen Sozialabbau und für wirkliche Mitbestimmung bis hin zum selbstverwalteten Betrieb sein. Nützliche Dinge statt Rüstung, Arbeitsgruppen bei Blohm und Voss etc. beweisen, daß das auch in Deutschland möglich ist.

4. Es werden nur Schwerter zu Pflugscharen werden, wenn wir mitden Millionen Menschen zusammen nicht mehr nur nach Sicherheit rufen, sondern gerade diese Forderung aufs kritischste prüfen. Hier muß jeder selbst an sich und an alle Menschen, die er erreichen kann, die Entscheidungsfrage stellen: Tod oder Leben? Das Leben wählen heißt, sich für eine völlig neue menschliche Qualität zu entscheiden, Sicherheit und Freiheit nicht von den Versprechungen der Regierenden zu erwarten. Grausig ist die Lüge vom Atomschirm, unter dessen Schutz es doch noch besser ist zu leben. Die Todes-Sicherung ablehnen! Der IKV in Holland spricht ganz klar in einfachster Sprache das so aus:Wir wissen, daß es sein könnte, daß ein Aggressor, der unser Land besetzt, uns das, was wir besonders schätzen - unsere demokratische Freiheit -, nehmen könnte. Aber auch das rechtfertigt für uns niemals die Bereitstellung von Atomwaffen, denn wir wissen, daß ihr Einsatz alles zerstören würde, was uns lieb ist und den Menschen auf der anderen Seite.

Das ist für mich wirklicher Ausbruch aus der Blocklogik. Die Friedensbewegung muß blockunabhängig arbeiten, blockübergreifend muß die menschliche Sicht sein.

Was bleibt zu tun in letzter Stunde?

Oberstes Ziel ist es unbestritten, unsere Bewegung zu erweitern - das darf uns aber nicht zu Schritten in die falsche Richtung verführen! Wir müssen unsere Aktivitäten vervielfältigen, aber gleichzeitig unserer eigenes und das Bewußtsein der Vielen politisieren, das ist nötig, um unseren Kampf für den Frieden zu verstärken und um gleichzeitig die Lügen-Angriffe der Massenmedien zu entlarven.

Ich möchte drei mir wesentlich erscheinende Gesichtspunkte nennen:

1. Solidarität - das heißt auch Begegnung an der Basis mit den internationalen Friedensgruppen

2. Verstärkte Zusammenarbeit der großen Protestbewegungen mit der Friedensbewegung

3. Trotz der notwendigen stärkeren Politisierung kein Steckenbleiben in der Abstraktion

zu 1.: Weil sich - wie vorher ausgeführt - Friedensbewegung als Bewegung von unten verstehen muß, sind wir zu allen Menschen der Friedensbewegungsgruppen mit gleichem Verständnis solidarisch. Wir sollten auf breitester Basis bewußt Kontakte pflegen zu diesen Gruppen in Westeuropa und den USA - zu Osteuropa und zu Japan bis hin

- zu Osteuropa und zu Japan bis hin



zur Friedensbewegung selbst in Israel. Diese Besuche und Einladungen können uns durch hohe Reisekosten oder auch durch politische Schwierigkeiten vielleicht nicht gerade vom Himmel fallen, wir sollten aber keine Anstrengungen sparen, diesen Austausch zu verbreitern - neue Kontakte zu knüpfen. Echte Solidarität wird aber nicht bei Gedankenaustausch oder gar nur Solidaritätsadressen stehen bleiben - wir müssen voneinander lernen, dann erst ist unsere Verbindung nicht paternalistisch geprägt und droht nicht die anderen für unsere Zwecke zu vereinnahmen, sondern nützt in echter Weise beiden Seiten.

Wenn ich z.B., Solidarität mit Solidarnocz sage, weiß ich, daß es hier bei uns zuerst gilt, die Schallmauer des Schweigens, die bei uns an jedem Arbeitsplatz aufgetürmt ist, um politische Gespräche, Diskussion über die soziale Ungerechtigkeit, über die Friedensbedrohung einfach abzublocken - diese ‚Schallmauer' täglich zu durchbrechen. Wenn wir die Arbeit der Solidarnosz kennenlernen, wird uns bewußt, wie weit wir von einer wirklichen Gewerkschaftsbewegung zur Zeit entfernt sind, - ja wir könnten vielleicht sogar von ihnen lernen, wie man gegen eine verlogene Propagandawelt die „Mund-zu-Mund-Medien" einsetzt.

Wenn wir von „Schwerter zu Pflugscharen" gleichsam ‚schwärmen', sollten wir zunächst die oben genannte Aussageabsicht des Textes nicht unterschlagen, gleichzeitig sollten wir aber auch die Kirche in unserem Land attackieren, die sich immer noch nicht eindeutig auf die Seite des Lebens gestellt hat, die mit ihrer „sowohl-als-auch-Taktik" in ihren Friedenspapieren eine Halbherzigkeit bezeugen und so schuldig werden, wie die Kirchen schon so oft.

Verbunden mit der Friedensbewegung in den USA und in Japan, überall erkennen wir neue Wege und Möglichkeiten für die Mobilisierung vieler Kräte - der Zusammenhalt stärkt und ermutigt und erweitert gleichzeitig die so wichtige politische Sicht der internationalen Hintergründe im „Kriegs-Spiel-Theater".

zu 2.: Ökologie-Bewegung und Friedensbewegung haben in den letzten zwei Jahren bereits immer mehr zusammengefunden - nicht nur in den Organisationen, sondern auch im Bewußtseinswandel. Nukleargefahr, Vergiftung der menschlichen Umwelt und Gesundheitsgefährdung auf allen Gebieten sind heute schon im Bewußtsein vieler Menschen der große Auftakt zur Massenvernichtung im Krieg. Die Wälder sterben und symboliseren inmitten unserer friedlichen Landschaft bereits faktisch den Tod der gesamten Lebenswelt.

Die Verflochtenheit eines drohenden Weltkrieges mit dem Töten und Sterben, mit dem „Krieg", der täglich in der unmenschlichen Politik in den 3. Welt-Ländern stattfindet - diese andere

Weltkrieges mit dem Töten und Sterben, mit dem „Krieg", der täglich in der unmenschlichen Politik in den 3. Welt-Ländern stattfindet - diese andere

Seite der Medaille unseres eigenen Noch-Wohlstands - wird den meisten Menschen zumindest in der politischen Sicht nicht bewußt. Hier sollten wir nicht bei der schon geleisteten organisatorischen Verknüpfung der 3. Welt-Gruppen mit den Gruppen der Friedensbewegung stehenbleiben. Friedensargumentation, Kampf gegen Militarismus und Kriegsvorbereitung muß die 3. Welt-Arbeit immer mit einbeziehen, damit der tatsächlichen Verflechtung auch der Zusammenhang im Bewußtsein aller Friedenskämpfer und derer, die wir noch gewinnen wollen, entspricht.

Genauso muß es den Menschen immer deutlicher werden, daß wir, die Arbeitnehmer in allen Berufsgruppen, für den Friedenskampf auch den Kampf für die soziale Gerechtigkeit hier in unserem Land offensiv und politisch führen müssen. Wenn man sagt, die Arbeiterbewegung ist tot, so muß sie um des Aufstandes für das Leben willen wieder lebendig werden. Gewerkschaften dürfen kein Hemmschuh der Friedensbewegung sein - sie müssen von unten her die Möglichkeiten zum Widerstand gegen die Todesmaschinerie bieten, Gewerkschaften müssen vom Kampf für Gerechtigkeit, die Frieden schafft, wieder zur lebendigen Bewegung werden, oder sie werden ihren wichtigsten Sinn verlieren.

Für den Überlebenskampf müssen sich alle Gruppen und Bewegungen vereinen. Menschen, die ihr weiterleben wollt - vereinigt Euch!

zu 3.: Unser Kampf muß politisches Bewußtsein verstärken, er darf aber auch nicht nur mit politischen Theorien überfrachtet werden. Die Brüder Berrigan aus der Friedensbewegung der USA sagen: die größte Sünde ist die Abstraktion! Mit vielen Zeichen, sinnfälligen Aktionen rufen sie wie damals die Männer aus dem biblischen Zusammenhang und wie die gewaltlosen „Propheten" heute, wie Martin Luther King und die Farm-workers in den USA, zum Protest sichtbar für alle Welt auf!

In diesem Zusammenhang setze ich vor allem die Frauenbewegung - ihr Kampf um Befreiung von den Machtzwängen überall in der Gesellschaft hat sich selbstverständlich mit dem Friedenskampf vereinigt. Freiheit, um zu leben - zusammen mit den Kindern - zusammen mit allen Menschen in einer veränderten, menschlichen Welt.

Gerade die Frauen, meine ich, werden zur Lebendigkeit unseres Kampfes immer wieder Entscheidendes beitragen. Frauen, die aus ihrem Selbstverständnis und ihrer Erfahrung als Frauen Gewalt ablehnen, stehen um so entschiedener der Machtfrage gegenüber und werden zusammen mit einer Bewegung der Kinder der wesentliche Motor des Friedenskampfes sein. Horst Bethman, Schriftsteller und Fotograf, drückt das mit einem Foto russischer Kinder, die er 1941 auf einem Panjewagen bei Smolensk aufnahm, so aus: **Ihre Friedfertigkeit und ihr Lächeln inmitten des Zerstörungswahns waren eine Quelle meiner Wut auf Krieg und Gewalt. Wir brauchen viele solcher Quellen, sie müssen stärker fließen - zu großen Strömen werden - wir werden schließlich doch die Friedensutopie zur Realität erkämpfen!**







„Man hat politisch mit ihnen zu rechnen, wenn man die Welt verändern will, nur darf man sich nie dem Wahn hingeben, als seien sie für das Erringen einer besseren Zukunft brauchbar. Sie sind nicht einmal gärende Gegenwart, nur Vergangenheit und darum die unangreifbarsten Totengräber jeder gerechten Gesellschaftsordnung."
(O.M.Graf, Anton Sittinger)











Die Christreaktion nebst Anhang huldigt ihrem Messias Reagan im Bonner Hofgarten

Fotos: K.M./AK

Karl-Rainer Fabig

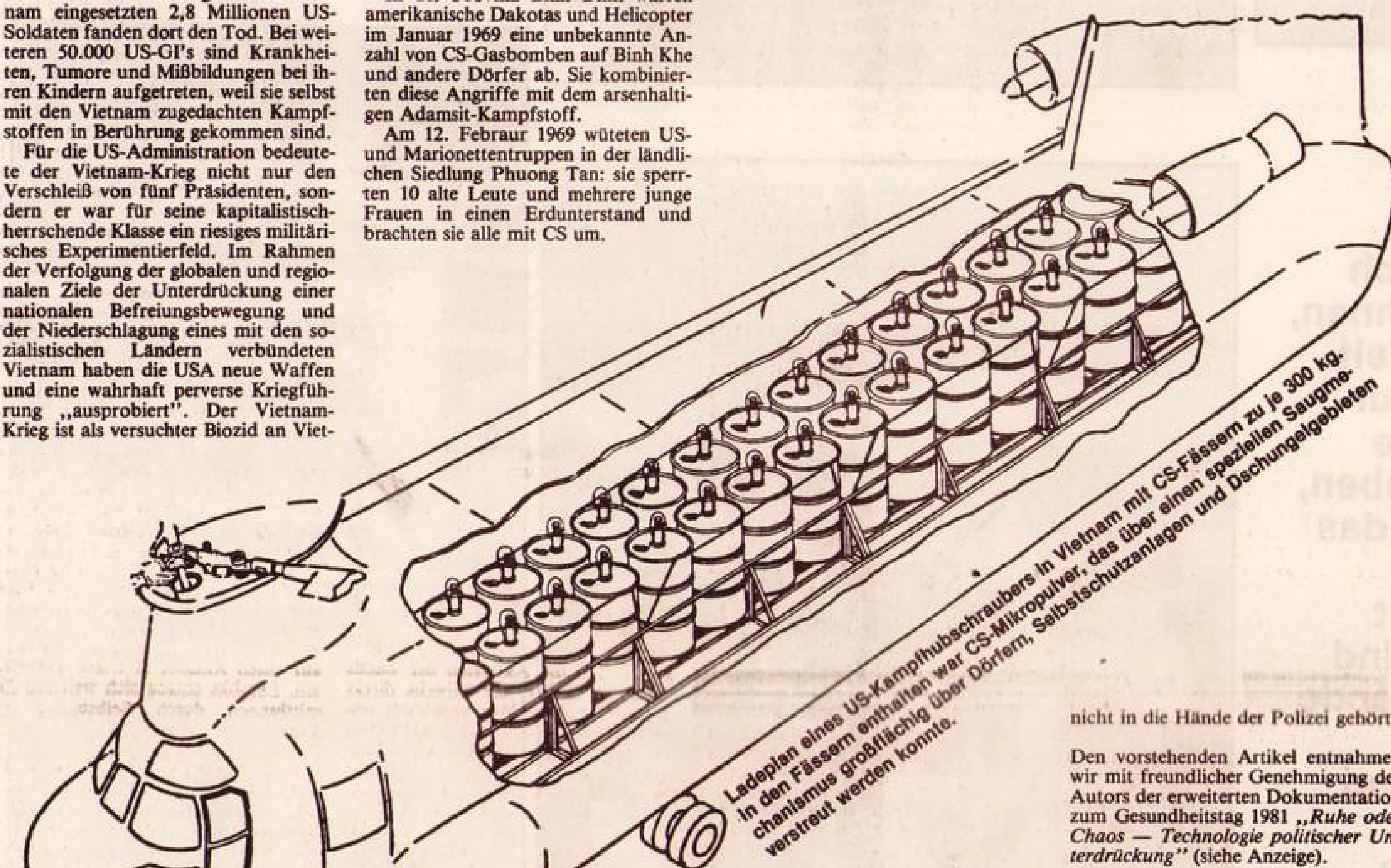
CS im Vietnamkrieg

Der Vietnam-Krieg dauerte von 1961 bis 1975 und endete am 30. April 1975 mit der Befreiung Saigons. Der Kampf für die Erringung der nationalen Unabhängigkeit und die Grundlagen der sozialen Befreiung vom US-Imperialismus hatte von Vietnam ungeheure Opfer gefordert: 1,435 Millionen Menschen fanden direkt durch die Kriegseinwirkungen den Tod. 60 Prozent aller Ansiedlungen in Südvietnam wurden zerstört. Die Sprengkraft aller US-Bomben gegen Vietnam entspricht der von 750 Hiroshima-Atombomben. Napalm und 100.000 Tonnen chemischer Kampfstoffe forderten damals und jetzt noch Opfer in großer Zahl.

Etwa 50.000 der insgesamt in Vietnam eingesetzten 2,8 Millionen US-Soldaten fanden dort den Tod. Bei weiteren 50.000 US-GI's sind Krankheiten, Tumore und Mißbildungen bei ihren Kindern aufgetreten, weil sie selbst mit den Vietnam zugedachten Kampfstoffen in Berührung gekommen sind.

Für die US-Administration bedeutete der Vietnam-Krieg nicht nur den Verschleiß von fünf Präsidenten, sondern er war für seine kapitalistisch-herrschende Klasse ein riesiges militärisches Experimentierfeld. Im Rahmen der Verfolgung der globalen und regionalen Ziele der Unterdrückung einer nationalen Befreiungsbewegung und der Niederschlagung eines mit den sozialistischen Ländern verbündeten Vietnam haben die USA neue Waffen und eine wahrhaft perverse Kriegführung „ausprobiert". Der Vietnam-Krieg ist als versuchter Biozid an Vietnam anzusehen, indem die US-Militärs Genozid und Ökozid in bisher nicht gekannten Ausmaßen auf ein kleines Land konzentrierten. Die Lebensumwelt Vietnams wurde auf Jahrzehnte hinaus beeinträchtigt, ja auf Jahrhunderte geschädigt. 44 Prozent des tropischen Regenwaldes und 43 Prozent der landwirtschaftlichen Anbaufläche Süd-Vietnams wurden durch den massiven Einsatz von Herbiziden (die u.a. das Seveso-Gift TCDD enthielten) ein- bis mehrmals vergiftet. 3.000 Menschen starben bisher an Herbiziden und anderen chemischen Kampfstoffen. Viele Überlebende haben Leberschäden und Krebs. Signifikant viele ihrer Nachkommen werden mit Erbschäden geboren: Babys ohne Gehirn, ohne Augen, mit Nerven- und Hautdefekten liegen in den Hospitälern Vietnams.

nam anzusehen, indem die US-Militärs Genozid und Ökozid in bisher nicht gekannten Ausmaßen auf ein kleines Land konzentrierten. Die Lebensum-



Ladeplan eines US-Kampfhubschraubers in Vietnam mit CS-Fässern zu je 300 kg. In den Fässern enthalten war CS-Mikropulver, das über einen speziellen Saugmechanismus großflächig über Dörfern, Selbstschutzanlagen und Dschungelgebieten verstreut werden konnte.

Innerhalb der US-Kriegführung spielte der Einsatz von toxischen Gasen und insbesondere von CS eine herausragende Rolle. Neben dem Psychokampfstoff BZ wurden CN und CS hauptsächlich in den Jahren 1969-71 der Regierungszeit von Präsident Nixon eingesetzt.

Dabei wurden zwei verschiedene Formen von CS verwendet, die man CS-1 und CS-2 nannte. Letzteres war im Freien ca. 30 Tage beständig und wurde zur mittelfristigen Verseuchung ganzer Dörfer und Landstriche eingesetzt. CS-1 dagegen hatte nur eine kurze Beständigkeit und wurde besonders in Unterstände und Tunnelsysteme geblasen, in denen die Bevölkerung vor den Bomben und den Herbiziden Schutz gesucht hatte. Dabei ist zu erwähnen, daß praktisch jedes Haus und jedes Dorf in Vietnam solche — z.T. weitverzweigten — Tunnelsysteme besaß, die bereits im Widerstandskrieg gegen die französische Kolonialarmee und die japanischen Faschisten angelegt worden waren (und in ähnlicher Weise im chinesischen Bürger- und antijapanischen Befreiungskrieg eine Rolle spielten).

CS wurde in Form von Granaten verschossen, von Hubschraubern in Behältern mit bis zu 300 kg Inhalt abgeworfen oder von einzelnen Soldaten gesprüht. Die GI's waren dafür mit der sog. ‚Mity-Mite' ausgerüstet, einer Art tragbarer Gaskammer, mit der Dörfer und Tunnelsysteme ausgeräuchert werden konnten.

Von der nationalen Befreiungsbewegung Vietnams wurden Hunderte dieser Gas-Einsätze gegen die Zivilbevölkerung nachgewiesen, im folgenden wird nur eine ganz kleine Auswahl aufgeführt, die in die Regierungszeit von Richard Nixon fällt:

In der Provinz Binh Dinh warfen amerikanische Dakotas und Helicopter im Januar 1969 eine unbekannte Anzahl von CS-Gasbomben auf Binh Khe und andere Dörfer ab. Sie kombinierten diese Angriffe mit dem arsenhaltigen Adamsit-Kampfstoff.

Am 12. Febraur 1969 wüteten US- und Marionettentruppen in der ländlichen Siedlung Phuong Tan: sie sperrten 10 alte Leute und mehrere junge Frauen in einen Erdunterstand und brachten sie alle mit CS um.

Im Juli 1969 wurden durch CS über 1.000 Menschen in der Nähe des Trinh Minh The-Kanals vergiftet. Dabei starben 30 Kinder den CS-Tod.
Im Arm seiner Mutter kam am 7. September 1969 ein Baby ums Leben.

Im Juli 1969 wurden durch CS über 1.000 Menschen in der Nähe des Trinh Minh The-Kanals vergiftet. Dabei starben 30 Kinder den CS-Tod.

Im Arm seiner Mutter kam am 7. September 1969 ein Baby ums Leben, als US-Flugzeuge den Marktplatz des Dorfes Go Dau mit CS belegten.

Selbst der *‚Heilige See'* der Cao-Dai-Sekte war dem US-Oberkommando nicht heilig. Am 18. Juli 1969 vergifteten sie ihn mit über 100 CS-Containern.

Anfang März 1970 wurden Hunderte von Bewohnern der Dörfer Xuan Binh, Phu Tho und Tu Chanh vergiftet, als US-Hubschrauber drei Tage lang Hunderte von Gasgranaten und 50 Gasbomben abschossen.

Über 100 Behälter mit je 3,6 kg CS warfen US-Bodentruppen am 2. April 1970 in Tunnel und Häuser der Dörfer Son Kanh, Son Thach und Son Long. Drei Wochen später entleerten Hubschrauber weitere 40 CS-Container über diesen Dörfern. Die Zahl der Verletzten und Toten ist nicht registriert.

Mehr als 200 Gasgranaten verschossen sie am Morgen des 19. Mai 1970 über Siedlungen nordöstlich im Hiep-Duc-Distrikt. Am Mittag kamen sie erneut, diesmal mit 300 Gas-Containern. Vietnamesen berichten, daß noch Wochen später die Luft „ungenießbar" war.

Mit einem Dutzend Hubschrauber-Angriffswellen und Hunderten CS-Containern auf die Dörfer Tan An und Que Son am 27. Mai 1970 sollten Bevölkerung und Befreiungskämpfer wehrlos gemacht werden. Denn unmittelbar darauf wurden Bombenangriffe mit B-52 geflogen und ein Bataillon Süd-Soldaten kam in die Dörfer, um alles zu vernichten.

Südkoreanische Truppen in Süd-Vietnam haben vom 1. bis 15. Mai 1970 während einer Ausrottungsaktion im Phu-Cot-Distrikt neben Adamsit auch massiv CS eingesetzt. Bei vielen Dorfbewohnern trat nach dem Angriff Bluthusten auf, zehn Menschen verstarben.

Neben Agent Orange (dem Herbizid mit bis zu 4% TCDD) setzten US-Flugzeuge auch CS gegen Dörfer im Distrikt Hoai An ein. Nach einer solchen Aktion im Juli 1970 mußten 12 Menschen sofort in ein Hospital.

Zu den unmittelbaren CS-Todesopfern gehört übrigens auch der australische Corporal Robert Bowtell (24), der im Januar 1966 bei einer CS-Attacke im Distrikt Cu Chi nicht schnell genug seine Gasmaske aufsetzen konnte.

Insgesamt ist der direkt durch CS verursachte Tod von 689 Vietnamesen belegt. Die Dunkelziffer dürfte um ein Vielfaches höher liegen. Nicht einbezogen in diese Aufzählung sind auch all jene Todesopfer, die nach CS-Einsätzen als wehrlose Opfer auf andere Weise umgebracht worden sind.

Bereits vor den oben geschilderten Einzelfällen der Jahre 1969-70 hatte die US-Army schon 7.000 Tonnen CS in Vietnam eingesetzt (Prof. Meselson, Boston, 3.1.1970). Von 1963 bis 1969

stiegen die Ausgaben der US-Army für „Reiz-Kampfstoffe" von 2,4 Mio. Dollar auf 80,5 Mio. Dollar jährlich. Das Geschäft mit diesem Exportartikel teilten die US-Chemiekonzerne unter sich auf. Spätere und genauere Zahlen liegen in den Aktenschränken des Pentagon und wurden bislang nicht veröffentlicht.
Mitverantwortliche des Vietnam-Krieges befehligen noch heute die US-

stiegen die Ausgaben der US-Army für „Reiz-Kampfstoffe" von 2,4 Mio. Dollar auf 80,5 Mio. Dollar jährlich. Das Geschäft mit diesem Exportartikel teilten die US-Chemiekonzerne unter sich auf. Spätere und genauere Zahlen liegen in den Aktenschränken des Pentagon und wurden bislang nicht veröffentlicht.

Mitverantwortliche des Vietnam-Krieges befehligen noch heute die US-Army. Nur zwei Beispiele: Der Oberbefehlshaber der US-Truppen in der BRD, General Kroesen, war von Juli 1971 bis Mai 1972 stellvertretender kommandierender General in Süd-Vietnam. Er ist im November 1981 bekannter geworden, als er Parlamentariern aus Rheinland-Pfalz den Zutritt zum VX-Nervengasdepot bei Fischbach/Pirmasens verweigerte.

Ein weiterer Aktivist der chemischen Kriegsverbrechen ist der kürzlich zurückgetretene US-Außenminister Alexander Haig. Von 1966 bis 67 war er zuerst Kommandeur eines Bataillons, dann einer Brigade der 1. Infanteriedivision der USA in Südvietnam. Als Fachmann für chemische Kriegführung schrieb er im Oktober letzten Jahres in der US-Soldatenzeitschrift *Stars and Stripes*, die NATO brauche *„eine Aufwertung ihres chemischen Offensivpotentials"*. Inzwischen ist das chemische „Nach"-rüstungsprogramm der USA schon ein paar Schritte weitergediehen.

Vietnam zeigte während des Krieges und jetzt, zu welch diabolischen Kriegshandlungen der US-Imperialismus fähig ist. Heute erklärt die US-Regierung ihr „Vietnam-Trauma" für überwunden. Die Gegenwart beweist das Gegenteil. Nach wie vor boykottieren die USA die Sozialistische Republik Vietnam wirtschaftlich, politisch und diplomatisch. Sie verweigern die von Nixon schriftlich zugesagten 3,25 Mrd. Dollar Entschädigung für die Kriegsfolgen und rüsten Thailand sowie reaktionäre Khmer-Einheiten militärisch aus. Schließlich wollen sie Pershing II-Raketen und Marschflugkörper in der 7. (Pazifik) Flotte — gegen Vietnam — stationieren (im übrigen mit binären Nervengasen).

Die USA haben sich aus den Ländern Indochinas zurückziehen müssen, die feindliche Politik gegen die Völker dieser Region hat aber nur die kriegerische Form abgestreift.

Die Geschichte der Tatsachen und Personen, der Regierungen und ihrer Politik zeigt, daß die USA-Führung zu allen Verbrechen bereit ist. Die atomare und chemische Aufrüstung der NATO und der USA als Führungsmacht sind gerade aufgrund der Erfahrungen aus dem Vietnam-Krieg zu bekämpfen. Die Kraft der amerikanischen und europäischen Friedensbewegungen muß noch stärker werden, um den Rüstungsapologeten in den Arm zu fallen.

Im Schatten dieser militärischen Aufrüstung der NATO-Staaten verdient die Militarisierung der Polizei eine stärkere Beachtung der Friedensbewegung. Die Ausrüstung der Polizei mit CS wird gerade auch in der BRD heruntergespielt. Dabei zeigt der Vietnam-Krieg, daß CS nicht nur militärisch geächtet werden muß, sondern als gefährliche und oft tödliche Waffe nicht in die Hände der Polizei gehört.

Den vorstehenden Artikel entnahmen wir mit freundlicher Genehmigung des Autors der erweiterten Dokumentation zum Gesundheitstag 1981 *„Ruhe oder Chaos — Technologie politischer Unterdrückung"* (siehe Anzeige).

Reiselektüre:
„Ruhe oder Choas"

Der vorstehende Artikel „CS im Vietnamkrieg" ist ein Beitrag aus der erweiterten Dokumentation zum Gesundheitstag 1981. Sein Verfasser, Karl-Reiner Fabig, ist stellvertretender Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft BRD - Sozialistische Republik Vietnam und praktiziert als niedergelassener Arzt in Hamburg. Als einer von 13 Autoren und Autorengruppen hat er einen Beitrag über sein Fachgebiet für die Dokumentation „Ruhe oder Chaos" geschrieben - das Buch ist ein aktueller Reader über die Polizeientwicklung und Innere Aufrüstung der BRD mit speziellen Abschnitten zu den Themen Demonstrationsrecht, CS und Gummigeschosse, Erfahrungen aus Zürich, den Niederlanden und vom europäischen Testfeld für Unterdrückungstechnologie, Nordirland.

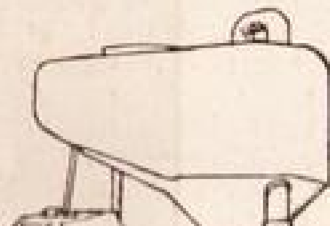
„Ruhe oder Chaos" ist der gelungene Versuch, Autoren und Gruppen zusammenzubringen, die ungeachtet ihrer sonst bestehenden Differenzen und Berührungsängste zu einer gemeinsamen themenbezogenen Arbeit bereit waren. Wir finden den Beitrag Karl-Rainer Fabigs neben dem des Westdeutschen Irland Solidaritätskomitees über das „Testfeld Nordirland", unseren eigenen über die „Chronologie der Inneren Aufrüstung" neben der Studie des Freiburger Ökoinstituts über die „Toxikologie von Reizkampfstoffen", zwei Artikel Falco Werkentins (Mitherausgeber von CILIP-Informationsdienst Bürgerrechte und Polizei) über die Argumentation der Sicherheitsphilosophen bzw. über die bundesdeutschen Polizeigewerkschaften neben dem Beitrag der Sanitätergruppen über „Die körperlichen Folgen der Polizeigewalt". Weitere Autoren sind Alfred Schrempf, Diplomchemiker und Herausgeber des Standartbuches „Chemical Mace", die Freiburger Bunte Liste, die Sanitätergruppe Westberlin und Hamburg, Hartmut Scharmer, Rechtsanwalt aus Hamburg, sowie zwei Autoren aus Zürich und den Niederlanden.

Eine Fülle von teilweise erstmalig veröffentlichten Fotos und anderem Illustrationsmaterial qualifiziert „Ruhe oder Chaos" zusätzlich für einen festen Platz in jedem linken Bücherbord.

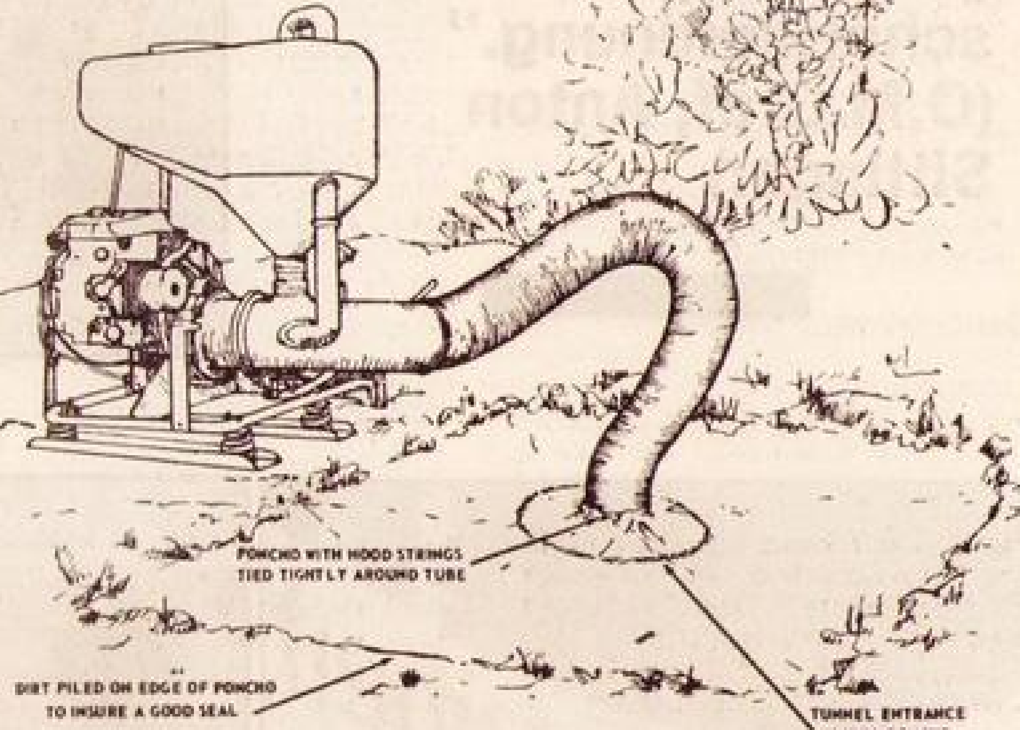
(„Ruhe oder Chaos", 136 Seiten, 47 Abbildungen, DM 7,50. Vertrieb: BUU - Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe, Bartelsstraße 26, 2 Hamburg 6).

Antifa-Kommission

Mity Mite



Mity Mite



Der *M106 riot control agent disperser „Mity Mite"* (zu deutsch: Aufruhrkontrollmittelzerstäuber *„Mächtiges Würmchen"*) ist ein auf militärische Zwecke zugeschnittenes Landwirtschaftsgerät, das ursprünglich zum Zerstäuben von Insekten- und Unkrautvernichtungsmitteln konstruiert wurde. In Vietnam wurde der *„Mity Mite"* auf vielfältige Weise genutzt: zur Erzeugung von Kampfgaswolken im Freien, zum Versprühen von Insektiziden und Herbiziden und vor allem zum Ausräuchern der Tunnelsysteme in Südvietnam.

Jede Infanteriekompanie verfügte über ein Tunnelaufspür- und Ausräucherungsteam. Einstiegsluken und Eingänge wurden nach sorgfältiger Untersuchung auf Minen und Fallen mit einem Poncho abgedichtet und das mit einem Plastikschlauch verlängerte Auspuffrohr des *„Mity Mite"* durch die Ponchoöffnung eingeführt. Entweder wurde CS-1 Mikropulver eingeblasen, um den gesamten Eingang nachhaltig zu verseuchen, oder es wurden von der Seite alle 2 - 4 Minuten CS-Schwelkörper unter den Poncho geworfen, deren Rauch vom heißen Luftstrom des *„Mity Mite"* bis ca. 200 m weit in den Tunnel getrieben wurde. Spezielle Farbrauchkörper zeigten an, wo weitere Eingänge oder Luftlöcher verborgen waren; diese wurden ebenfalls abgedichtet oder zum Einblasen von Kampfgas genutzt. Für größere Tunnelsysteme benutzte man mehrere Generatoren gleichzeitig.

Die „Tunnel-Teams" der amerikanischen Verbände waren angewiesen, Gasmasken zu tragen. Die vietnamesische Bevölkerung und der Vietkong, die in den Tunnelsystemen Schutz vor Vernichtungsaktionen suchten, hatten nach kurzer Zeit den Dreh raus, die Gänge mit speziellen Luftschleusen abzudichten oder weitverzweigte Fluchtwege zu graben. Viele von ihnen erstickten jedoch elendig.

Eine Weiterentwicklung des Mity-Mite für den Einsatz in bürgerkriegsähnlichen Situationen ist der Pepper-Fog Generator der Firma Smith & Wesson, der auch zur Ausrüstung der bundesdeutschen Polizei gehört.

Auch in der Pfalz:
NPD-Parteitag sehr unbeliebt

Etwa 1500 - 2000 Antifaschisten demonstrierten am Samstag, 26.6.82 in Germersheim/Pfalz gegen den in der dortigen Stadthalle stattfindenden Bundesparteitag der NPD. Etwa 500 Polizisten hatten die Stadthalle, in der sich etwa gleichviele Nazis befanden, weiträumig abgesperrt und durch Straßensperren und Kontrollen auf der einzigen Zufahrtsstraße dafür gesort, daß die wenigen militanten Gegendemonstranten bar jeder Ausrüstung in Germersheim angekommen waren. Initiiert worden war die Gegendemonstration von einem Bündnis im wesentlichen aus SPD, DGB, DKP und VVN, die am Nachmittag ein Kulturprogramm veranstalteten und von vornherein auf jeden Verhinderungsversuch verzichtet hatten.

Leider hatte die linke Koordinierung nur sehr wenig Antifaschisten mobilisieren können, die sich mit ca. 200 Personen recht verloren vor dem Polizeiaufgebot vorkamen und sich dann der Demonstration anschlossen. Noch einmal 250 Demonstranten sammelten sich am Sonntag wieder in Germersheim, um eine angekündigte öffentliche Kundgebung der NPD (ihr sogenannten „Deutschlandtreffen") zu behindern. Doch ein Buttersäureanschlag auf die Stadthalle am Donnerstag zuvor war diesmal der Stadtverwaltung Anlaß genug, der NPD jedes öffentliche Auftreten zu untersagen.



Sabrautzky, Chef der „Hamburger Liste für Ausländerstopp" mit Geleitschutz



„Recht obzön" — so kommentierte die „Frankfurter Rundschau" dieses Transparent

Kühnen wird vorerst nicht freigelassen

„Wegen dringender Fluchtgefahr" wird Michael Kühnen vorerst nicht aus seiner Celler Haft entlassen. Am 25. Juli hätte er dort seine vierjährige Strafe abgessen, die er wegen seiner Aktivitäten im Rahmen der „Hansa-Bande" hatte absitzen müssen.

Im Frühjahr war Kühnen dann wegen eines im Gefängnis geschriebenen und herausgeschmuggelten Buch-Manuskripts („Mein Kampf") zu einer neunmonatigen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Das dort gefällte Urteil ist zwar noch nicht rechtskräftig (Kühnen ist in Revision gegangen), der Haftbefehl wurde aber nun auf Antrag der Flensburger Staatsanwaltschaft erlassen. (Neue Han-

ist in Revision gegangen), der Haftbefehl wurde aber nun auf Antrag der Flensburger Staatsanwaltschaft erlassen. (Neue Hannoversche Presse, 26.6.82)

Hohe Strafen gegen Roeder und Co.

Zweimal lebenslänglich für Sybille Vorderbrügge und Raymund Hörnle, 13 Jahre für Manfred Roeder und sechs Jahre für den Arzt Heinz Coldiz — so lauteten die Urteile gegen die vier Angeklagten der „Deutschen Aktionsgruppen", deren Prozeß nach über fünf Monaten Dauer vor dem Oberlandesgericht Stuttgart in Stammheim zu Ende ging.

Vorderbrügge und Hörnle hatten gemeinsam sieben Brandanschläge — zuerst auf antifaschistische Einrichtungen, später auf Asylantenheime — verübt, bei denen in Hamburg zwei von der „Cap Anamour" gerettete Vietnamesen starben und weitere verletzt worden waren. An den ersten Anschlägen hatte sich auch Heinz Colditz beteiligt, dessen Haus und Praxis zentraler Stützpunkt der Bande gewesen war. Roeder selbst erhielt seine Strafe wegen Anstiftung und unterlassener Verhinderung der Anschläge; eine direkte Beteiligung an den Anschlägen wurde ihm nicht vorgehalten.

Unbehagen bleibt

Mit diesen Urteilen, die mit Ausnahme der sechs Jahre für Colditz, der sein Urteil annahm, alle noch nicht rechtskräftig sind, blieb das Gericht bei den Forderungen der Staatsanwaltschaft, im Falle Roeders erkannte es sogar auf ein Jahr mehr. Auch wenn drei Angeklagte in Revision gehen werden, kann doch angenommen werden, daß dieses für Prozesse gegen Rechtsradikale hohe Urteil im wesentlichen aufrechterhalten werden wird. Dennoch sollte die Höhe der Urteile nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch dieser Prozeß wenig dazu beigetragen hat, den terroristischen Sumpf um Roeder endlich trockenzulegen.

— So „versäumte" es die anklagende Bundesanwaltschaft, den Chef der Gruppe, Roeder, überhaupt der Rädelsführerschaft anzuklagen. Dieser Anklagepunkt mußte erst im Eröffnungsbeschluß des Gerichts nachgeschoben werden.

— So wurden mit den vier Verurteilten gerade mal die Aktivsten der Bande verurteilt; andere, die teilweise direkt in einzelne Anschläge verwickelt waren, befinden sich bis heute auf freiem Fuß und sind teilweise nicht einmal angeklagt, so u.a.: die Tochter Colditz und ihr Ehemann Klaus-Peter Schulze aus Hamburg (über Gabriele Colditz lernte Sybille Vorderbrügge Manfred Roeder bei einem Arzt in der Lüneburger Heide kennen); so Hans-Peter Möller, Stuttgarter Möbelfabrikant, in dessen Wohnung der erste Anschlag auf eine Auschwitz-Ausstellung im Esslinger Landratsamt geplant wurde, so Peter Glaser, der am Anschlag auf ein Asylantenheim in Leinfelden (bei Stuttgart) beteiligt war; so Wolfgang Woerner, Schwiegersohn Hoernles, beteiligt am Esslinger Anschlag; so der Schweizer Hugo von Sänger und zwei weitere Schweizer, die Sprengstoff beschafft hatten, so Frau Colditz, die die Flug-

zer Hugo von Sänger und zwei weitere Schweizer, die Sprengstoff beschafft hatten, so Frau Colditz, die die Flug-blätter der Bande getippt hatte und jetzt bei der Postsparkasse in Hamburg arbeitet und Ursula Rauscher, Freundin von Colditz, die das Auto zu einem Anschlag in Echterdingen fuhr und nach wie vor Kindergärtnerin in Stuttgart ist.

Besonderer Schonung erfreut sich auch Melitta Schubert, Verwaltungsangestellte im Rathaus Sindelfingen. Sie solle Adressen von Asylantenheimen besorgen. Sie war im Oktober 80 festgenommen worden, dann aber nach 30 Tagen mit strengen Meldeauflagen wieder entlassen worden. Obwohl sie diesen Auflagen längst nicht mehr nachkam, soll dies keine Folgen für sie haben. Frau Schubert beteilgt sich im übrigen schon in den 50er Jahren aktiv im Nazi-Sumpf, verschickte rechtsradikale Broschüren, betreute Nazi-Verbrecher wie Kappler, Reder etc., um schließlich den wegen 46 nachgewiesener Morde im KZ Sachsenhausen einsitzenden NS-Verbrecher Wilhelm Schubert zu heiraten.

Völlig unbehelligt bleiben offenbar auch all die Unterstützer Roeders über diesen engen Kreis der „Deutschen Aktionsgruppen" hinaus. Wie im Prozeß bekannt wurde, befand sich der angeblich über Interpol gesuchte Roeder seit dem 3o.8.1979 wieder in der BRD, tauchte öfters auf seinem „Reichshof" in Schwarzenborn/Knüll auf, unternahm Urlaubsreisen mit seiner Familie (!) in den Bayerischen Wald etc.

Daß es sich bei den „Deutsch Aktionsgruppen" nur um einen kleinen Teil der Roeder-Bande gehandelt hat, wurde auch deutlich am Fall Heinz Lembke, der im Sommer 1980 von Hoernle um Waffen, Sprengstoff und weitere Nazi-Terroristen angegangen worden war. Lembke sollte Hauptakteur der Bande in Norddeutschland werden, u.a. die Fehmarnsund-Brücke sprengen und offenbar einen Anschlag auf einen Richtert in Ülzen vorbereiten. Lembke entzog sich weiteren Ermittlungen durch Selbstmord im Knast.

Doch es war gar nicht im Intersse der anklagenden Behörden, diese Zusammenhänge aufzudecken. So wurde weit mehr Zeit darauf verwandt, den Hormonspiegel der drei Hauptbeteiligten aufzudröseln: Die verliebte, fast hörige Sybille Vorderbrügge, die alles aus Liebe und ohne Auftrag für ihren geliebten Führer getan hatte; der unglücklich verliebte Raymund Hoernle, der seine Liebe zu Sybille Vorderbrügge nur in verstärkten Aktionismus äußern konnte und schließlich der charismatische Führer Roeder, der dieses Unheil nicht verhindern konnte.

Nachdem der Prozeß in der Tat dieses Niveau eines Lore-Romans angenommen hatte, muß es dem Gericht

Nachdem der Prozeß in der Tat dieses Niveau eines Lore-Romans angenommen hatte, muß es dem Gericht hoch angerechnet werden, daß es jeweils auf die Höchststrafen enschieden hat.

Wahnsinnskonstruktion: 15 Jahre für Sieglinde Hoffmann

Wegen „versuchten gemeinschaftlichen erpresserischen Menschenraub bzw. Geiselnahme in Tateinheit mit der Zugehörigkeit zur terroristischen Vereinigung „RAF" wurde Sieglinde Hofmann am 16.6. zu 15 Jahren Knast verurteilt. Sie stand wegen angeblicher Beteiligung an der versuchten Entführung des Bankiers Ponto vor Gericht.

Die Ponto-Aktion

Zur Erinnerung: Am 30.7.77 war (nach Aussage der Witwe Pontos) Susanne Albrecht, deren Familie mit den Pontos befreundet war, in Pontos Villa in Oberursel/Taunus zum Tee verabredet. Gekommen sei sie in Begleitung einer Frau und eines Mannes. Wenige Minuten nach ihrem Erscheinen fielen die tödlichen Schüsse auf Jürgen Ponto (damaliger Vorstandsvorsitzender der Dresdner Bank).

Weder Frau Ponto noch ihr Chauffeur konnten später die beiden Begleiter von Susanne Albrecht identifizieren. Unter mehreren Verdächtigen war auch Sieglinde Hofmann. In trauter Zusammenarbeit mit dem BKA gelang es der französischen Kripo, sie am 5. Mai 1980 in Paris festzunehmen, zusammen mit vier weiteren Frauen.

Deutsch-französische Freundschaft

Der Bundesgerichtshof hatte einen Auslieferungsantrag gestellt, dem die Pariser Justizbehörden unter dem Vorbehalt nachkamen, daß Sieglinde Hofmann nur wegen ihrer Zugehörigkeit zur RAF und der versuchten Entführung Pontos vor ein deutsches Gericht gestellt werden dürfe. Rebmann meinte aber demgegenüber, Sieglinde Hofmann sei dringend verdächtig, an der Erschießung Pontos beteiligt gewesen zu sein. Damit deutete sich schon die Intention der Bundesanwaltschaft an: **für Sieglinde Hofmann „geht es darum, ob lebenslange Freiheitsstrafe verhängt wird oder nicht"**, sagte Norbert Jaedtke, einer der beiden Wahlverteidiger Sieglinde Hofmanns. Und der deutschen Justiz war mal wieder kein Trick zu schmutzig:

Ein paar *„clevere deutsche Ministerialjuristen"* („taz", 15.4.82) wandten sich am 20.8.80 mit einer diplomatischen Note an das französische Außenministerium, in der sie anfragten, *„ob Paris zur Vermeidung von Schwierigkeiten bei der strafrechtlichen Verfolgung die Bonner Auffassung teile, daß die Auslieferung Sieglinde Hofmanns auch wegen Entführung mit leichtfertig verursachter Todesfolge bewilligt worden sei"* („taz", 15.4.82). Die Auslegung der französischen Auslieferungsentscheidung entspreche *„durchaus den Intentionen der Regierung"*, war die Antwort der Giscard-Administration (Note vom 1.9.80). Damit konnte die Bundesanwaltschaft vorerst zufrieden sein und der Prozeß beginnen: am 22.9.81 vor dem Vierten Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt.

Doch die Freude währte nicht lange. Der Regierungswechsel in Frankreich drohte dem Staatsschutzgericht einen Strich durch die Rechnung zu machen. In einer Note vom 29.10.81 an die Bundesregierung stellte das (neue) französische Außenministerium fest, daß die Bundesanwaltschaft die französischen Auflagen bei der Auslieferung von Sieglinde Hofmann verletzt habe. Das deutsch-französische Auslieferungsabkommen sieht nämlich vor, daß nur solche Straftaten verfolgt werden können, die in beiden Rechtssystemen erfaßt sind (Art. 16, Gebot beiderseitiger Strafbarkeit). Aus diesem Grund könne eine Strafverfolgung Sieglinde Hofmanns nach den Paragraphen 239 a Abs. 2 und 239 b Abs. 2 StGB (Entführung mit leichtfertig verursachter Todesfolge) nicht stattfinden. Im französischen Recht existiert nämlich kein vergleichbarer Paragraph. Außerdem schränkt das Prinzip der Spezialität (Art. 3 des deutsch-französischen Auslieferungsabkommen) die strafrechtliche Verfolgung von Sieglinde Hofmann in der BRD auf die Tatvorwürfe ein, wegen der ihre Auslieferung bewilligt wurde.

Dem Auslieferungsbegehren wäre nicht nachgekommen worden, wäre die Passage überprüft worden, wo es heißt: *„...mit leichtfertig verursachter Todesfolge"*. Es gebe keinerlei Anhaltspunkt, der diesen Vorwurf stützen könnte. Die erste Note vom französischen Außenministerium (vor dem Regierungswechsel) wurde *„als Irrtum"* bezeichnet („FR", 17.12.81).

Das heißt, Sieglinde Hofmann durfte der Tod Pontos in keiner Form zur Last gelegt werden, weshalb die Verteidigung auch gleich am ersten Verhandlungstag die Einstellung des Verfahrens beantragte, da die Anklage „nicht Rechtens" sei. Das Gericht setzte sich „offenbar bedenkenlos" über die französischen Bestimmungen hinweg („Tagesspiegel", 23.9.81).

Die französische Klarstellung beeindruckte aber weder Bonn (die Einwände aus Paris seien *„ohne Belang"* („FR", 17.12.81) noch die Bundesanwaltschaft, die gemeinsam mit dem Bundesjustizministerium rotzfrech erklärte, selbst wenn die Bedenken richtig seien, habe Paris *„keine Berechtigung zur einseitigen Korrektur"* („Tagesspiegel", 17.12.81). Rebmann wörtlich: Auch wenn Sieglinde Hofmann *„als Täterin am Tatort"* nicht in Frage komme, stehe sie *„doch als Kommandomitglied und damit als Mittäterin des Anschlags fest"* „Stern", 17.9.81).

Das ist im Klartext gesprochen, was die Verteidigung in ihrem Plädoyer eine *„Wahnsinnskonstruktion eines kollektiven Gesamtvorsatzes"* nannten, *„wobei der konkrete Nachweis einer individuellen Beteiligung nicht mehr geführt wird"* („taz", 18.6.82).

Die Kronzeugen

Den zweiten Hauptpart in dieser Jurstizfarce spielten die Aussagen der beiden Kronzeugen der Anklage Volker Speitel und Hans-Joachim Dellwo.

Gegen den Widerspruch der Verteidigung, die forderte, Speitel solle persönlich erscheinen und vor Gericht aussagen, wurde Anfang März 1982 das Protokoll der Vernehmung von Speitel vor dem Staatsschutzsenat verlesen. Speitel war für das Gericht *„unerreichbar"*. Durch seinen Anwalt ließ er erklären, aus Angst vor einer Racheaktion der RAF sei er nicht bereit, zur Vernehmung in die BRD zu kommen. Er hatte sich vom Terrorismus *„losgesagt"* und sich mit Hilfe des BKA nach Südamerika abgesetzt (lt. Stern vom Sept. 81 soll Speitel aus der Staatskase mehr als 50.000 DM bekommen haben).

Aus dem Vernehmungsprotokoll geht im wesentlichen nur hervor, daß Speitel, der 1976 als Kurier zwischen Croissant und RAF-Mitgliedern fungiert haben soll, *„die Angeklagte bei geheimen Treffen mehrmals gesehen"* haben will („FR", 1./2.3.82).

Wie Akten verschwinden ...

Es gab aber noch ein Vernehmungsprotokoll, in dem Speitel am 9.5.80 der italienischen Justiz behilflich war. Damals erschien er in der italienischen Botschaft in Mexico City und machte u.a. Aussagen, die Sieglinde Hofmann hätten entlasten können. Von dem Protokoll hatte das BKA auch sofort ein übersetztes Exemplar. Doch aus „uner-

Forts. n. Seite

Fortsetzung v. letzter Seite

findlichen'' Gründen landete es nicht bei den Prozeßakten im Ponto-Prozeß.

Daß Prozeßakten vom Staatsschutz zurückbehalten werden, ist ja inzwischen nichts Neues mehr. Nachträglich stellte der Staatsschutzsenat fest, daß die Akte von Mexico City dem BKA seit langem bekannt gewesen sei.

... und wieder auftauchen

Aber wieder hatte der Senat Pech, denn der Verteidigung war ein sauberer Schachzug gelungen, der selbst dem *,,wortgewaltigen Anklagevertreter Peter Zeis die Sprache verschlug''*: Die Verteidiger Jaedtka und Eyssing legten kurz vor Schluß der Beweisaufnahme das Speitel-Protokoll (von Mexico-City) auf den Tisch.

Daraus geht hervor, daß sich Sieglinde Hofmann zwischen Mai und Oktober 1977 ständig im Ausland, namentlich in Brüssel, Paris und Amsterdam aufgehalten hat.

Doch nun schlug der zweite Kronzeuge, Hans-Joachim Dellwo quer, der behauptete, Sieglinde Hofmann wenige Stunden vor dem Anschlag auf Ponto in einer ,,konspirativen Wohnung'' in der Frankfurter Birminghamstr. gesehen zu haben, zusammen mit sechs weiteren RAF-Mitgliedern (darunter sollen Susanne Albrecht, Brigitte Mohnhaupt und Elisabeth van Dyck gewesen sein). Auf diesem Treff sei aber nicht über die Erschießung bzw. Entführung Pontos gesprochen worden. Er selbst habe von der Aktion erst nach seiner Rückkehr nach Stuttgart am selben Tag erfahren.

Hans-Joachim Dellwo gehört wie Speitel zu den *,,aus der Staatsschutzkasse subventionierten Lieblingen der Bundesanwaltschaft''* (,,taz'', 9.6.82). Das Gericht war demgegenüber selbstverständlich der Meinung, beide Zeugen, auf deren Aussagen sich ja das ganze Prozeßkonstrukt stützte, hätten *,,in sich stimmige Aussagen gemacht''* und wären dabei *,,frei von jeglichem Einfluß gewesen''* (,,FR'', 4.6.82). Außerdem sei mit der Aussage Speitels, Sieglinde Hofmann habe sich im Zeitraum von Mai bis Oktober 1977 im
raum von Mai bis Oktober 1977 im
Ausland aufgehalten, eben noch lange nicht bewiesen, daß sie sich am 30.7.77 nicht doch im Raum Frankfurt aufgehalten habe, was ja nun die Aussage Dellwos bestätige.

Dennoch gelang es nicht, Sieglinde Hofmann die Beteiligung an der Erschießung Pontos nachzuweisen. Weder meterlange Tische voller *,,Beweisstücke''* aus Paris, noch Fingerabdrücke aus einer Düsseldorfer Wohnung, noch die unsicheren, widersprüchlichen Aussagen anderer Zeugen wie die der Witwe Pontos halfen dabei. Und selbst die Aussagen der beiden Kronzeugen, auf die sich das ganze Schauspiel stützte, waren teilweise so haarsträubend widersprüchlich, daß auch sie der Bundesanwaltschaft nicht in erhofftem Maß nützten.

Einigkeit und Recht und ...

Nichtsdestotrotz waren sich Anklage und Richter einig: Sieglinde Hofmann sei zwar nicht am Tatort gewesen, dennoch habe sie den Tod Pontos mitverschuldet. Die Rechnung ist einfach: als Mitglied des *,,harten Kerns''* der RAF habe sie den Anschlag gebilligt und *,,zumindest mitgeplant''* (!). Aber auch dafür gibt es natürlich keinerlei Beweise (,,FR'', 3.6.82). Deshalb forderte die Verteidigung, nur die Mitgliedschaft wegen ihrer Zugehörigkeit zur RAF als Anklage gelten zu lassen, da es für alle anderen Anklagepunkte keine Beweise gebe.

Anklagevertretung und Richter hatten unter sich noch eine kleine Meinungsverschiedenheit zu klären. Während die Bundesanwaltschaft die Erschießung Pontos als *,,leichtfertig verschuldet''* betrachtete, legte der Vorsitzende Richter Schäfer noch einen Zahn zu: **Die Erschießung Pontos sei ein kaltblütig einkalkulierter Mord gewesen und demnach Sieglinde Hofmann Mittäterin an diesem Mord** (,,FR'', 18.6.82).

Aber ungeachtet dieser Interpretationsunterschiede war man sich über das Strafmaß einig: 15 Jahre! Einig war man sich auch im Bedauern, Sieglinde nicht lebenslänglich verurteilen zu können. Immer wieder wurde betont, nur die französischen Auslieferungsbedingungen hätten sie davor bewahrt.

Es wird wohl eher Rücksicht auf die Mitterrand-Regierung und die französische Öffentlichkeit gewesen sein, die ein ,,Lebenslänglich'' verhindert hat. Gerade w e i l die französischen Auslieferungs b e d i n g u n g e n dreist gebrochen wurden. Auf den großen Protest der französischen Regierung mögen wir nicht hoffen. Sieglinde Hofmann erwarten Jahre um Jahre Hochsicherheitstrakt. Angesichts dessen ist uns jeder weitere Kommentar unmöglich.

Antirepressions-Kommission KB-Westberlin

Niederlande: Soldatengewerkschafter verhaftet

Am 17. Juni wurden in Utrecht und Breda von der niederländischen Militärpolizei zwei Vorstandsmitglieder — (Oskar van Rijswijk und Peter van Wijk) und ein Aktivist (Steef Boot) der Soldatengewerkschaft VVDM verhaftet. Die Wohnung von Van Rijswijk wurde von der Militärpolizei — ohne Durchsuchungsbefehl — durchsucht; im VVDM-Büro wurden Papiere und Zeichnungen beschlagnahmt. Der VVDM wurde gewarnt, die Verhaftungen nicht öffentlich bekannt zu machen. Ein Grund für die Verhaftungen wurde nicht angegeben; es ginge allerdings um eine sehr ernste Angelegenheit; mit einer Freilassung der drei sei so schnell nicht zu rechnen.

Nachdem die Presse am 18.6. über die Verhaftungen berichtet hatte, gab das Verteidigungsministerium eine Erklärung ab, in der mitgeteilt wurde, die drei unterlägen dem Verdacht, *,,die Sicherheit des Staates in Gefahr gebracht''* zu haben; sie hätten *,,streng geheime Dokumente''* kopiert und veröffentlichen wollen. Um welche ,,Dokumente'' es sich dabei handele, könne man selbstverständlich nicht mitteilen. Am 24.6. wurde Peter van Wijk wegen ungenügender Beweislage freigelassen, aber ein weiterer VVDMler aus Breda, Frans Maas (wie Oskar van Rijswijk auch Mitglied des BVD — einer ihrem Selbstverständnis nach revolutionären, antimilitaristischen Organisation, die u.a. innerhalb des VVDM arbeitet), unter dem Verdacht, ,,geheime Dokumente'' im Besitz gehabt zu haben, verhaftet. Maas wurde am 28.6. wieder freigelassen.

Die ,,Volkskrant'' berichtete am 25.6. unter Berufung auf ,,BVD-Kreise'', die inzwischen eine eigene Untersuchung durchgeführt hatten, daß es sich bei den ,,geheimen Dokumenten'' wahrscheinlich um zwei Zeichnungen eines atomsicheren Bunkers unter dem Cannerberg, nahe der südniederländischen Stadt Maastricht, handele. Diese Meldung wurde vom Verteidigungsministerium bisher weder dementiert noch bestätigt. Steef Boot, der seinen Wehrdienst auf einer Zeichen-Abteilung in Breda absolvierte, habe die Zeichnungen dort gefunden, kopiert und an Van Rijswijk (der im VVDM-Vorstand für die Aktivitäten gegen Atomwaffen verantwortlich ist) geschickt.

Der Cannerberg-Komplex ist allerdings seit anderthalb Jahren nicht mehr so geheim, wie das Verteidigungsministerium das gerne hätte: **Ende 1980 hatte ein belgischer General — laut ,,Volkskrant'' zum Ärger der NATO und des niederländischen Verteidigungsministeriums — in der belgischen Militärzeitschrift ,,Vox'' berichtet, daß sich unter dem Cannerberg ein NATO-Hauptquartier befindet, das im Kriegsfall als Kommandozentrum für die NATO-Truppen im Norden Mitteleuropas fungieren soll.**

In einem gemeinsamen Flugblatt vom 20.6. und in einer Pressekonferenz am 21.6. erklärten VVDM, BVD und das Komitee ,,Soldaten gegen Atomwaffen'', sie sähen die Verhaftungen als Versuch, den wachsenden Widerstand unter den Wehrdienstleistenden gegen die Atombewaffnung zu kriminalisieren. In den letzten zwei Jahren haben verschiedentlich Soldaten in Uniform (am 21.11.81 in Amsterdam mehr als 400) gegen Atomwaffen demonstriert und einige Dutzend Soldaten die Bewachung von Atomwaffen (,,Site-Wache'') verweigert. Van Rijswijk solle, nachdem frühere Versuche, ihn durch Versetzungen als Aktivisten unschädlich zu machen, mißlungen seien, mit dieser Aktion exemplarisch eingeknastet werden. Die Beschuldigungen gegen die Verhaftungen wurden als *,,reichlich vage''* bezeichnet; ihre sofortige Freilassung wurde gefordert. Der VVDM habe nach wie vor *,,das vollste Vertrauen''* den verhafteten Vorstandsmitgliedern gegenüber.

Am 23.6. überraschte der VVDM-Vorstand dann mit einer Presseerklärung, in der die Beurlaubung von Van Rijswijk, Van Wijk und Boot aus ihren Funktionen mitgeteilt wurde. Der VVDM sei zu dieser Beurlaubung gezwungen, da *,,der Eindruck entstanden sei, daß der VVDM sich als Organisation mit staatsgefährdenden Aktivitäten beschäftigt. Der VVDM will einer richterlichen Entscheidung nicht vorgreifen, aber ist gezwungen, diesen Beschluß zu fassen im Interesse der Organisation als Gewerkschaft. Der VVDM wird in seiner Gewerkschaftsarbeit ernsthaft behindert. Das Vertrauen des VVDM bei seinen Mitgliedern droht ernsthaft geschädigt zu werden. Der Ruf, den der VVDM im Laufe der Jahre als Soldatengewerkschaft aufgebaut hat, kann hierdurch in Mißkredit gebracht werden.''*

Auch am Solidaritätskomitee, zu dessen Gründungsversammlung der VVDM ein paar Tage zuvor noch eingeladen hatte, wollte er nicht mehr teilnehmen; die Forderung nach sofortiger Freilassung und Freispruch könne er nicht mehr so ohne weiteres unterstützen.

Nicht unwahrscheinlich ist, daß die Militärführung bzw. das Verteidigungsministerium den VVDM-Vorstand direkt unter Druck gesetzt hat. Ein VVDM-Vorstandsmitglied erklärte dem ,,Groene Amsterdammer'' (30.6.) gegenüber, der VVDM sei *,,abhängig vom Verteidigungsministerium und von den Vergünstigungen, die wir vom Ministerium bekommen, wie z.B. unsere Büroräume, die Freistellung unserer Vorstandsmitglieder und die Einnahme der Beiträge''*. ,,Staatsgefährdende Aktivitäten'' brächten die institutionalisierten Beratungen mit dem Ministerium in Gefahr.

Die rechte Presse, die sich gerade auf die ungeliebte Soldaten-Gewerkschaft eingeschossen hatte, zeigte sich für die Distanzierung des VVDM nicht erkenntlich: Während der ,,Telegraaf'' die Distanzierung und den VVDM für unglaubwürdig erklärte und die Verhafteten jetzt natürlich erst recht für schuldig befand, bezeichnete das ,,Algemeen Dagblad'' den VVDM-Vorstand als *,,Angsthasen''*. Ein Gewerkschaftsvorstand, der seinen Mitgliedern keine Rückendeckung gebe, sei *,,keinen Schuß Pulver wert''*.

Um den politischen Hintergrund dieser — für niederländische Verhältnisse außergewöhnlich harten — Aktion gegen die VVDMler zu verstehen, ist es wichtig zu wissen, daß sich einerseits der VVDM seit längerem in einer tiefen Krise befindet (stark sinkende Mitgliederzahlen, kaum geschulte und erfahrene Kader, kaum noch Aktionen auf Kasernen oder auch zentrale Aktionen), während andererseits der Einfluß des BVD im VVDM in letzter Zeit größer geworden ist (Van Rijswijk z. B. war seit langer Zeit der erste BVDler im VVDM-Vorstand), was sich u.a. in den Standpunkten und Aktivitäten des VVDM gegen die Atombewaffnung ausdrückt. Die Militärführung wollte, wie der ,,Groene Amsterdammer'' annimmt, mit dieser Aktion den VVDM *,,zur Räson rufen''* und *,,BVD und VVDM auseinandertreiben'': ,,Denn nicht nur das Verhältnis zwischen VVDM und BVD ist schlechter als je zuvor — die vorsichtige Annäherung der letzten Jahre hat einen empfindlichen Schlag bekommen. Es werden inzwischen im VVDM schon Stimmen laut, die Diskussion über Atomwaffen beiseite zu schieben, 'angesichts der Tatsache, daß wir uns damit ständig die Finger verbrannt haben'.''*

Wahrscheinlich muß die Aktion auch über die Soldatenbewegung hinaus gesehen werden, als ,,Warnung'' vor illegalen Aktivitäten an die Adresse der niederländischen Friedensbewegung, die in letzter Zeit einiges an militärischen Geheimnissen enthüllt und im Falle einer Stationierung von Cruise Missiles in den Niederlanden direkte Verhinderungsaktionen angekündigt hat.

Niederlande-Kommission

,,Schmidt will die Raketen nicht''

Überraschend wird dem Eisernen Kanzler und seiner SPD bestätigt, Gegner der ,,Nachrüstung'' zu sein: Der Sekrätär des niederländischen Interkirchlichen Friedensrates (IKV) hat sich zum Propagandisten Schmidtschen Friedenswillens gemacht.

,,Mient Jan Faber über die westdeutsche Strategie: Bonn zielt auf Zurückziehung der SS-20'' titelt die ,,Volkskrant'' (18.5.82) ein Gespräch mit dem Ersten Sekretär des IKV. Die SPD wolle ein *,,regionales Atomwaffen-Gleichgewicht in Mitteleuropa''* schaffen, indem die NATO auf die Stationierung der 572 neuen Mittelstreckenwaffen verzichtet, und die Sowjetunion ihr SS-20-Potential beträchtlich reduziert sowie einen verbleibenden Rest hinter den Ural zurückzieht, von wo aus Mitteleuropa für diese Waffen nicht erreichbar ist. *,,Diesen Eindruck hat IKV-Sekretär Mient Jan Faber in einer Reihe von Gesprächen mit Spitzenpolitikern der SPD gewonnen, die mit der Atomwaffenfrage zu tun haben.''*

Einen weiteren Eindruck hat Faber von den Absichten der BRD-Regierung bei den Genfer Verhandlungen. Hier versuche die BRD - im Gegensatz von den ,,beiden Supermächten'' - tatsächlich ein Gleichgewicht auf niedrigerer Stufe zu erreichen. Dies sei *,,ein hoffnungsvolles Zeichen, das bedeutet, daß die 572 Raketen nicht stationiert werden''* - wenn sich die SPD mit ihren (von Faber so gesehen) Vorstellungen durchsetzen könne.

Aber auch für den Fall eines Scheiterns der SPD-Vorstellungen glaubt Faber nicht an eine Stationierung der neuen Raketen in der BRD: *,,Ich denke, daß die Deutschen dann eine solche Polarisierung fürchten, daß sie letztendlich der Entspannung den Vorzug geben werden vor einem weiteren Wettrüsten...''*. Und: *,,Ich bin wirklich zu der Überzeugung gelangt, daß Schmidt die Raketen nicht will.''* (1)

Die gleichen Auffassungen verbreitete Faber am 21.5. bei der Versammlung der IKV-Kerngruppen: Die BRD-Politik ziele auf die Verhinderung der Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Mitteleuropa bis zum Ural. Ob diese Politik sich durchsetzen werde, sei noch unklar, *,,aber wenn Schmidt noch eine Zeit an der Macht bleibt, besteht die Chance, daß in dieser Hinsicht etwas mit den Mittelstreckensystemen passiert. Diese Chance gibt es allerdings nur dann, wenn es eine äußerst starke Kraft gibt in Europa, die das fördert; mit anderen Worten, wenn die Friedensbewegung weiterhin aktiv Widerstand leistet gegen die Mittelstreckensysteme''* (zit. nach IKV-Kernblad, Juni 1982).

Fabers Anrufung der Friedensbewegung als letztendlich entscheidender Kraft mutet angesichts des konkreten Verhaltens der IKV-Spitze gegenüber Großdemonstrationen gegen eben diese Mittelstreckensysteme recht merkwürdig an: In auffälligem Gegensatz zur Bonner Demonstration im Oktober letzten Jahres hatte die IKV-Spitze einschließlich Fabers für die Mobilisierung nach Bonn am 10.Juni in den Niederlanden nicht nur keinen Finger krumm gemacht, sondern diese Demonstration Monate vorher öffentlich diffamiert und ,,alternativ'' nach London mobilisiert (s. AK 221, S.5).

Dieses (scheinbar unlogische) Verhalten klärte sich auf, als Faber am Tag darauf anläßlich der 25-Jahres-Feier der Pazifistisch-Sozialistischen Partei an einer Forumsdiskussion zur Friedensbewegung teilnahm.

Er wolle, leitete er seinen Beitrag ein, *,,ganz offen sein''*: Im IKV beginne man zu zweifeln, ob die ,,Politik der kleinen Länder'' (2) tatsächlich der richtige Weg für die Niederlande sei. Die Lage der Niederlande in Zentraleuropa mache die Erfolgsaussichten einer solchen Politik gering. Dem IKV ginge es darum, betonte er mehrfach, *,,eine realistische Strategie''* zu entwickeln. Vorrangiges Ziel des IKV sei die Verhinderung der Nachrüstung. Dabei habe man bisher einen radikal ablehnenden Standpunkt gegenüber der Politik der BRD und den Genfer Verhandlungen eingenommen. Sähe man sich diese Verhandlungen jedoch etwas genauer an, dann säßen dort nicht nur die offiziellen Verhandlungsteilnehmer, USA und UdSSR, am Tisch, sondern auch die BRD. Während die USA in Genf versuchen würden, von den UdSSR einseitige Abrüstungsschritte zu erreichen, und die UdSSR versuchen würde, Westeuropa von den USA abzukoppeln, außerdem auch nicht auf ihr SS-20- und ihr Backfire-Programm verzichten wolle, strebe die BRD in Genf dagegen an, sowohl die Stationierung von Cruise Missiles und Pershing-2-Raketen in Westeuropa zu verhindern wie auch das SS-20-Programm zu stoppen. Die BRD sei - *,,und da könnt ihr mir glauben oder nicht, aber ich bin inzwischen wirklich davon überzeugt!''* - im Grunde genommen alles andere als an der ,,Nachrüstung'' interessiert. Falls die Genfer Verhandlungen scheitern würden, werde die BRD auf ein Moratorium drängen. **Im IKV (was natürlich heißt: in der IKV-Spitze) werde zur Zeit diskutiert, ob man nicht diese Politik der SPD/FDP-Regierung unterstützen solle anstatt auf der ,,Politik der kleinen Länder'' zu beharren.** *,,Diese Frage sollten wir ganz offen und ohne Tabus diskutieren.''*

Seine Einschätzung stützte Faber, wie er auf Nachfrage bekanntgab, *,,auf eine Reihe von Gesprächen mit Vertretern der SPD-Spitze. Und die wissen ja wohl am besten, was die SPD will''*. Sicher, aber ob sie das Faber auch auf die Nase binden ... ?

Unbeeindruckt zeigte sich Faber auch von dem Einwand, daß es gerade Kanzler Schmidt war, der (1977 in einer Rede im Londoner International Institute for Strategic Studies) als erster die ,,Nachrüstung'' gefordert hat. Schmidt habe - sähe man sich seine Rede ganz genau an - nicht neue Atomraketen für Westeuropa gefordert, sondern lediglich ein Ungleichgewicht im eurostrategischen Bereich festgestellt, Schmidt wolle *,,Entspannung auf der Basis eines Gleichgewichts''*.

Es ist naheliegend, daß der IKV-Spitze im Lichte dieser neuen Erkenntnisse an einer Mobilisierung zur Demonstration in Bonn nicht gelegen war. Für dieses Mal hat sich die IKV-Führung mit ihrer Taktik von Desinformation, Spaltung und Diffamierung durchsetzen können: Zu der Friedensdemonstration in Bonn im Oktober 1981, zu der auch der IKV mobilisiert hatte, waren rund 10000 Niederländer/innen gekommen, in diesem Juni waren es - wo faktisch gegen den IKV mobilisiert werden mußte - nur einige hundert.

Wieviele solcher ,,Erfolge'' wird der IKV verkraften können, bevor er zur Bedeutungslosigkeit herabsinkt?

***

Anmerkungen:

(1) Das politische Magazin „Haagse Post" berichtete im Herbst letzten Jahres in einem Artikel über die Schwierigkeiten der Bildung einer Regierungskoalition zwischen Christ- und Sozialdemokraten, Kanzler Schmidt habe auf „seinen Freund", den christdemokratischen Spitzenkandidaten Van Agt, Druck ausgeübt, die sozialdemokratische PvdA - die Schwesterpartei der SPD - wegen ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der „Nachrüstung" aus der Regierung herauszuhalten.

Auch sonst ist es ein offenes Geheimnis, daß die Niederlande speziell von der BRD unter Druck gesetzt werden, der „Nachrüstung" zuzustimmen. Seine Zustimmung zur „Nachrüstung" begründete der ehemalige niederländische Verteidigungsminister De Geus in einer Rede vor Reserveoffizieren im Herbst letzten Jahres damit, daß die Niederlande bei einer Ablehnung „wirtschaftlichen Schaden" erleiden würden: *„Unsere nationale Spezialität - Handel und Transport - richtet sich zum großen Teil auf die angesprochenen Partnerländer. Es ist klar, daß wir von den Beschlüssen in diesen Ländern abhängig sind, von der Verlängerung der Genehmigung für Lastwagen bis zur Verschmutzung des Rheins. Man wird nicht zu Sanktionen übergehen, wenn die Niederlande kein vollwertiges Mitglied der NATO sein wollen, aber man wird auf unsere wirtschaftlichen und anderen Interessen nicht länger Rücksicht nehmen und das wird uns teuer zu stehen kommen"* (zit. nach „de Volkskrant", 24.9.81).

(2) Die IKV-Theorie der „Politik der kleinen Länder" geht zurück auf eine These von SIPRI-Direktor Frank Barnaby. Sie besagt, daß die einzige Möglichkeit, den Rüstungswahnsinn zu stoppen, derzeit darin bestehe, daß kleine Länder - wie die Niederlande, Dänemark, Rumänien - aus der „Rüstungsdynamik" ihrer Blöcke - NATO und WVO - ausbrechen und zusammen mit kleinen Ländern der Dritten Welt eine „Gegenmacht" von atomwaffenfreien Staaten „gegen die großen Mächte" aufbauen, was sowohl als Beispiel für Dritte wirken als auch die „großen Mächte" unter Druck setzen könnte.

Niederlande-Kommission

Fünf Polizisten verhaftet

Drei Mitglieder der NOCS, der Spezialeinsatztruppe des Innenministeriums in Rom, ein höherer Beamter der DIGOS, der politischen Polizei in Genua und ein Polizist wurden Ende Juni in Italien verhaftet. Die Anklage lautet: Entführung, eigenmächtige Gewaltanwendung und Körperverletzung. Damit haben die Berichte politischer Gefangener, sie seien bei Verhören gefoltert worden, erste juristische Folgen. Das Verfahren stützt sich auf Aussagen des Rotbrigadisten Cesare di Lenardo, der vor Gericht berichtet hatte, er sei mit Rasierklingen, Chemikalien, Elektroschocks, Salzwasser und Schlägen mißhandelt und zu Scheinerschießungen an unbekannte Orte transportiert worden. Ähnlich erging es einer ganzen Reihe weiterer Gefangener, die im Zuge der Fahndung nach den Entführern des NATO-Generals Dozier verhaftet wurden (s. AK 221).

Die Verhaftung der fünf Polizeibeamten hat in den Reihen ihrer Kollegen größte Empörung ausgelöst. In vielen Polizeiverwaltungen wurden Protestversammlungen abgehalten. Die Polizeigewerkschaft SAP ereiferte sich in einer Erklärung über *,,die Gleichstellung von Leuten, die täglich ihr Leben für die Verteidigung der Institutionen riskieren, mit vulgären Verbrechern''*. Aus Rom, Neapel und Bari starteten mehrere Busse mit Polizisten, um in Padua einen Schweigemarsch durchzuführen (nach ,,taz'', 1.7.82).



INTERVIEW

GAL-Frauen setzen Frauen-Ausschuß in der Hamburger Bürgerschaft durch

Frauen wurden in der Hamburger Parlaments- und Regierungspolitik bisher immer unter „Soziales" abgehandelt, z.B. auch in den für die parlamentarische Arbeit maßgeblichen Ausschüssen der Bürgerschaft.
Die GAL hat gleich auf der zweiten Sitzung der neuen Bürgerschaft Antrag auf Einrichtung eines Frauen-Ausschusses gestellt, der mit Unterstützung


Ulla Jelpke Foto: argus

der SPD-Fraktion angenommen wurde. Wir haben mit drei Abgeordneten ein Gespräch geführt und sie zur Funktion und Arbeitsweise des Ausschusses sowie ihren Vorstellungen zur Arbeit befragt. Die Teilnehmerinnen waren Ulla Jelpke, Regula Schmidt-Bott und Angelika Birk.

Vor vier Jahren noch hat die SPD-Fraktion vehement einen schon damals gestellten Antrag auf Einsetzung eines

Vor vier Jahren noch hat die SPD-Fraktion vehement einen schon damals gestellten Antrag auf Einsetzung eines
Frauen-Ausschusses abgelehnt. Wie erklärt Ihr Euch heute die Zustimmung der SPD dazu?
Die SPD hat sich relativ lange um eine Antwort dazu herumgedrückt, z. B. war die Gesundheitssenatorin lange gegen die Einrichtung eines Schwangerschaft-Konflikt-Zentrums. Es hat fünf Jahre gedauert, bis wir (Regula Schmidt-Bott spricht hier von den Auseinandersetzungen in der SPD, Anm. AK) die SPD schließlich soweit hatten, mit Hilfe auch der Frauenbewegung. Ich denke, daß die SPD mit ihrer eigenen Argumentation politisch nicht sehr schlüssig und überzeugend war, von daher auch schlecht dastand und jetzt notgedrungen dem Ausschuß zugestimmt hat. Das heißt ja noch nicht, daß sie sich wirklich voll dahinterklemmt; es ist ja erstmal eine rein formale Zustimmung und noch keine inhaltliche.
Mit welchen Argumenten wurde denn damals der Frauen-Ausschuß abgelehnt?
Das wichtigste Argument war, daß mit der Einrichtung eines Frauen-Ausschusses die Frauenfrage aus anderen Ausschüssen rausgezogen würde. Gleichzeitig haben sie sich aber massiv gewehrt, daß die Frauenfrage wirklich in den einzelnen Ausschüssen behandelt wurde. Damals gab es auch eine Unterschriftensammlung der Bunten Liste für einen Frauen-Ausschuß, was aber rundweg abgelehnt worden ist.

Im übrigen war ihre Argumentation gegen den Frauen-Ausschuß nicht sehr überzeugend, weil sie gleichzeitig die Leitstelle zur Gleichstellung der Frau eingesetzt haben, womit ja auch Frauenfragen zentral an einer Stelle zusammengefaßt werden.

Es ist auch sehr bezeichnend, daß gerade linke SPD-Frauen sich gegen den Frauen-Ausschuß ausgesprochen haben, und wenn es jetzt heißt, daß hier ein Zugeständnis an die GAL-Frauen gemacht wurde, dann steckt dahinter, daß die SPD auch abwartet, so nach dem Motto: na, mal sehen, was die daraus machen. Sie werden sich da nicht so reinknien wie in andere Ausschüsse, sondern wir sollen erstmal die Arbeit machen, und dann wird man weitersehen. Jedenfalls werden sich die linken SPD-Frauen, so wie es jetzt aussieht, vorerst aushalten und nicht in den Ausschuß gehen, aus Trotz oder wie auch immer.

Aber jedenfalls haben wir erreicht, daß die Frauenfrage nicht mehr in den Ausschüssen unter dem Stichwort „Soziales" oder „Sonstiges" abgehandelt wird, sondern im eigenen Ausschuß in der Ausführlichkeit, die der Problematik auch angemessen ist. Und insofern haben wir hier erstmal ein Zeichen gesetzt. Damit haben wir natürlich noch keine Forderungen durchgesetzt — zwar war die Einrichtung selbst sicherlich ein Erfolg, aber das garantiert noch keine inhaltliche Substanz.
Wie wird der Ausschuß arbeiten, welche Kompetenzen hat er, wie setzt er sich zusammen?

noch keine inhaltliche Substanz."
Wie wird der Ausschuß arbeiten, welche Kompetenzen hat er, wie setzt er sich zusammen?
Formal hat dieser Ausschuß — wie alle anderen auch — die Funktion, Bürgerschaftsbeschlüsse, Anträge etc. gründlicher zu befassen, als es in der Bürgerschaft selbst möglich ist. Die wirklichen politischen Debatten laufen in den jeweiligen Ausschüssen. Dort laufen im Grunde genommen die Vorabstimmungen; das, was der Ausschuß bzw. die dortige politische Mehrheit beschließt, geht in der Regel so dann auch in der Bürgerschaft durch. Wir werden dort unsere Anträge einbringen, d.h. wir werden noch einmal ganz systematisch durchgehen, was an Unterlagen bisher vorliegt, und das ist nicht wenig.

Wir werden unsere Anträge natürlich nicht allein in den Ausschüssen stellen, sondern vor allem in der Bürgerschaft selbst, aber sie werden dann wohl wieder an die Ausschüsse verwiesen; dort wird sich noch einmal ausführlicher damit befaßt und sie gehen wieder in die Bürgerschaft zurück.

Mit dem ganzen schon vorliegenden Material — z.B. den Ergebnissen der öffentlichen Anhörung zur Situation der Frau 1978 — wurde eigentlich gar nicht gearbeitet.
Das einzige, was dabei herausgekommen ist, war ein Ersuchensantrag an den Senat, was bedeutet, er möge prüfen, wie das nach einem weiteren Jahr aussieht, was übrigens jetzt wohl gerade wieder ansteht. Das ist aber erstmal wieder nur eine Stoffsammlung: da wird ergänzt, was sich inzwischen getan hat, und es werden natürlich die wenigen Dinge lobende Erwähnung finden, die auch die SPD unterstützt hat, z.B. Frauen in Männerberufen.

Was uns vor allem wichtig ist: Es darf nicht so aussehen, daß wir den Frauen-Ausschuß haben, aber seine Beschlußfassung ohne Konsequenzen bleibt. Nehmen wir z.B. mal den Fall, daß im Wirtschaftsausschuß beschlossen wird, daß irgendwelche Arbeitsplätze wegrationalisiert werden, und dazu wird der Frauen-Ausschuß zwar gefragt, aber das hat dann überhaupt keinen Einfluß. Wir müssen zwar damit rechnen, daß es so laufen wird, aber es ist wichtig, daß wir dann darauf drängen, daß der Frauen-Ausschuß genauso ernstgenommen wird wie der Finanz- oder Wirtschaftsausschuß.

Wir wollen natürlich auch im positiven Sinne Anregungen geben, die dann in den anderen Ausschüssen weiterverarbeitet werden, z.B., daß Stadtviertel für Frauen sinnvoll geplant werden, oder die Einrichtung eines Frauenforschungsbereichs an der Uni etc. Insofern werden die Fraueninteressen jetzt doppelt in der Bürgerschaft vertreten sein, das kann ja nur gut sein.

Wichtig ist eben, daß hier nicht irgendwer zuständig ist, sondern daß für alle Frauenfragen die Federführung beim Frauen-Ausschuß liegen wird. Parallel wird sich dann auch noch der zuständige Ausschuß damit befassen müssen, aber die Federführung, also die bestimmende Komponente, liegt beim Frauen-Ausschuß.
Ich kann mir vorstellen, daß gegen den Frauen-Ausschuß auch heute noch so argumentiert wird, daß damit alles, was die Frauen betrifft, in eine Schublade gesteckt wird, daß dann die Frauen in den anderen Ausschüssen nicht mehr präsent sein würden. Wie steht Ihr zu diesen Argumenten?
Sehr präsent war die Frauenproblematik bisher in allen Ausschüssen nicht, wenn man mal von der Situation der Frau im Beruf absieht, da hat sich der Ausschuß für Soziales schon mit befaßt. Die anderen Ausschüsse haben sich damit nur sehr eingeschränkt beschäftigt. Es geht vor allem darum, das Gewicht, das der Frauenfrage zukommt, zu verdeutlichen, so daß die Schwerpunktsetzung klar wird. Die ganze Diskussion in den Ausschüssen um Frauenfragen hat bisher nur zu diesem schon erwähnten Ersuchensantrag geführt, da ist ja keine praktische Politik dabei ausgekommen. Davon abweichend gibt es nur wenige Ausnahmen, die aber darauf zurückzuführen sind, daß der Druck von außerhalb kam, also nicht im Parlament selbst zustande kam oder Ergebnis der Diskussionen in den Ausschüssen war.

Es ist ja nicht so, daß an die Frauen in den Ausschüssen nie gedacht wurde,

in den Ausschüssen nie gedacht wurde,



Angelika Birk Foto: argus

im Gegenteil. Gerade bei der Sparpolitik, bei Umschulungen, bei der Wiedereingliederung ins Berufsleben etc. wurde sehr viel an die Frauen gedacht, und zwar im negativen Sinne. Mehr als 20.000 Frauen suchen einen Arbeitsplatz in Hamburg, über 50 % der berufstätigen Frauen sind in den untersten Lohngruppen eingegliedert, doppelt so viele Mädchen wie Jungen suchen einen Ausbildungsplatz, knapp zwei Drittel aller Frauen sind ökonomisch von ihren Männern abhängig, die Mehrheit der Sozialhilfeempfänger sind Frauen in Hamburg. Dies wurde alles von den Abgeordneten mit beschlossen. Das ist seit Jahren so und wir können davon ausgehen, daß es auch bei den zukünftigen Sparmaßnahmen so sein wird, daß gerade auf die Frauen enorme Einsparungen zukommen werden. Z.B. wird durch die FDP gerade der Mutterschaftsurlaub zur Diskussion gestellt.

Ich sehe noch enorme Schwierigkeiten, uns diese Kompetenz der Federführung, der Hauptzuständigkeit für den Frauen-Ausschuß zu erkämpfen, daß der Frauen-Ausschuß dazu gemacht werden kann, wozu wir ihn haben wollen. Und das wird sicherlich auch nicht innerhalb des Parlaments gehen, sondern da wird der Druck von der Straße nötig sein, darauf sind wir angewiesen. Wir werden unsere Forderungen im Alleingang nicht durchkriegen, wenn wir nicht den Druck von der Straße organisieren. Denn stimmenmäßig sind wir da sowieso unterlegen, was allerdings nicht heißt, daß wir die Anträge nicht selbständig auch in der Bürgerschaft einbringen können, wenn sie im Ausschuß abgeschmettert werden. Aber wenn der Druck auf der Straße fehlt und die Zusammenarbeit mit den Frauenprojekten nicht läuft, dann sehe ich dafür schwarz. Dann wird es eine isolierte Arbeit, die im Bürokratenklüngel untergeht. Wir müssen die Zusammenarbeit mit den Frauenprojekten, den Gewerkschaftsfrauen usw. suchen und die Öffentlichkeit herstellen.
Wie soll die Zusammenarbeit zwischen der Leitstelle für die Gleichstellung der Frau und dem Frauen-Ausschuß aussehen?
Die Leitstelle wird bei den Ausschußsitzungen jeweils vertreten sein. Da sitzen häufig auf der einen Seite die Abgeordneten und aufder anderen die Vertreter der Verwaltung, und die müssen dann Fragen beantworten, die von den Abgeordeneten gestellt werden. Und die Leitstelle ist ja eine Einrichtung im Senat, sie gehört somit zur Verwaltungsseite. Wieweit die Leitstelle den ihr vorgegebenen Rahmen ein Stück sprengen oder sich zurückhalten wird, wird sich zeigen. Es wird auch davon abhängen, wie wir da nachfragen.

Die Leitstelle wird bei den Ausschußsit-

Es gibt durchaus gute Untersuchungen von der Leitstelle, z.B. zu Gewalt gegen Frauen oder zur Situation der Ausländerinnen in Hamburg oder zur Situation der Frauen im Arbeitsmarkt (im Öffentlichen Dienst). Und ich stelle es mir schon so vor, daß wir auch an die Leitstelle herantreten und ein Gespräch über die mögliche Zusammenarbeit führen. Dann werden wir ja auch sehen, wie die Bereitschaft dazu ist.
SPD und CDU haben schon angekündigt, daß sie voraussichtlich auch Männer in den Ausschuß schicken werden. Wie steht Ihr dazu? Und kann nicht gerade durch die Mehrheitsverhältnisse in dem Ausschuß alles, was Ihr einbringt, abgeblockt werden? Ihr habt ja auch gesagt, daß die linken SPD-Frauen erstmal nicht in den Ausschuß gehen werden — insofern könnte ja alle Arbeit für die Katz' sein durch die Mehrheitsverhältnisse.

Regula Schmidt-Bott Foto: argus

Zahlenmäßig sieht es so aus, daß der Ausschuß aus je sechs Vertretern von SPD und CDU und einer Vertreterin der GAL bestehen wird. Die Etablierten haben uns in diesem Ausschuß den Vorsitz überlassen. Sie mußten uns einen Ausschuß geben, in dem wir den Vorsitz haben, und mit diesem können wir ihrem Verständnis nach wahrscheinlich am wenigsten anfangen, bzw. es wird auch so gesagt: nun zeigt mal, was ihr könnt, ihr habt den Ausschuß schließlich gefordert. Als Vorsitzende des Ausschusses hast Du das Recht oder die Pflicht, die Versammlungsleitung zu machen, man hat da also so ein bißchen die Fäden in der Hand. Erfahrungsgemäß wenden sich auch Presse und andere Medien in Sachfragen an die Vorsitzenden. Mann soll das nicht überschätzen, aber man hat damit schon ein bißchen mehr Gewicht als ein normales Ausschußmitglied, auch gegenüber den Behörden.

In der Frage der Mitarbeit von Männern im Ausschuß gehen wir prinzipiell davon aus, daß Frauenpolitik in erster Linie von den Betroffenen selbst gemacht und entwickelt wird. Entschei-

nern im Ausschuß gehen wir prinzipiell davon aus, daß Frauenpolitik in erster Linie von den Betroffenen selbst gemacht und entwickelt wird. Entschei-
dend sind für uns aber natürlich die Inhalte. Es gibt hierzu ein schönes Beispiel, wo sich die CDU-Frauen vor den Karren ihrer Parteimänner haben spannen lassen, als sie in die Hetze gegen die Frauenwoche mit eingestimmt und Herrn Perschau voll unterstützt haben, als er gesagt hat, die Frauenwoche würde von „linken vernagelten Ideologen" gemacht. Es ist klar, daß wir da natürlich zwischen einer CDU-Frau und einem CDU-Mann keinen großen Unterschied machen. Bei den SPD-Frauen sehe ich das schon ein bißchen anders, da würde ich es eigentlich gerade von den linken Frauen — also denjenigen, die auch in der Bürgerschaft sitzen, um für die Frauen etwas zu verändern — erwarten, daß sie im Frauen-Ausschuß mitarbeiten.

Wir werden uns natürlich nicht darauf einlassen, den Männern im Ausschuß vorzusagen, was wir uns alles vorstellen, die hören zu und lachen sich kaputt, sondern es wird so sein, daß wir sagen werden: Bitte ihr Herren, was habt ihr für Vorstellungen, warum seid ihr in diesen Ausschuß gegangen. Die sollen ruhig erstmal selbst sich ihre Gedanken machen, wenn sie dazu überhaupt in der Lage sind.

Es gibt auch die Möglichkeit, Leute zur Ausschußsitzung einzuladen, Projekte zu besichtigen. Ich glaube, daß wir da auch Möglichkeiten haben, die Mitglieder dazu zu zwingen, sich mit den Problemen auseinanderzusetzen. Aber wir sollten uns von denen, die jetzt von CDU und SPD im Ausschuß sitzen werden, nicht viel erwarten. Wenn man sich mal die Stimmung vor Augen hält, die da war, als wir den Antrag stellten, obwohl er angenommen wurde, dann können wir uns nicht viel Ernsthaftigkeit erwarten. Wir haben davon abgesehen, den Antrag zu stellen, daß in den Ausschuß nur Frauen delegiert werden sollen — das sollen die

Forts. n. Seite

Fortsetzung v. letzter Seite

Fraktionen selbst entscheiden. Es spricht ja für sich, wenn es dann Männer sind. Im Prinzip gilt für uns, daß uns ein aufgeschlossener linker Mann lieber ist als eine rechte Frau, und die gibt es auch in der SPD. Insofern kann ich mir auch die Zusammenarbeit mit Männern in einem Frauenausschuß vorstellen, trotz aller Unterschiede. Wenn sie uns dann tatsächlich nur verarschen wollen, so nach dem Motto: laß die sich doch abzappeln, dann werden wir eben neu überlegen, was wir machen. Ohne jetzt vorab drohen zu wollen, aber wir haben da verschiedene Möglichkeiten, das in der Bürgerschaft oder sonstwo zu thematisieren ...

Bisher stehen für die Frauenprojekte in Hamburg 2 Mio DM zur Verfügung (im Jahr) — ein Klacks gegenüber 45 Mio für die Polizeizentrale allein. Hat der Ausschuß Kompetenzen, Mittel im Haushalt zu fordern, also einen Frauen-Etat? Und wie stellt Ihr Euch die Zusammenarbeit zwischen den Empfängern, also den Projekten, und Euch vor?

Der Ausschuß selbst hat keine Etatrechte, er kann aber vorschlagen. Und was nachher realisiert wird, ist ein Spiegel der politischen Kräfteverhältnisse. Wir werden unsere Anträge nur dann durchkriegen, wenn die SPD geschlossen dafür stimmt; von der CDU können wir uns da sowieso nichts erwarten. Nur wenn wir die SPD im Ausschuß hinter uns haben, ist davon auszugehen, daß das auch bei Beschlußfassung in der Bürgerschaft der Fall ist. Das wird ja als politische Linie in den Fraktionssitzungen festgelegt. Es wird nicht unsere Aufgabe sein, aufzuschlüsseln, was Frauenprojekte brauchen; das müssen die Projekte selbst sagen, was sie brauchen. Insofern sind wir darauf angewiesen, daß sie an uns herantreten und ihre Forderungen anmelden. Wir greifen auf, was von den Projekten kommt, und bringen das dann in Form entsprechender Anträge in die Bürgerschaft ein.

Wir lehnen es ab, Anträge von Projekten zurückzuweisen, weil nicht mehr Geld da ist, also sozusagen eine Zensur auszuüben. Soviel Geld, wie die Projekte beantragen und sagen, daß sie brauchen, werden wir fordern. Im übrigen ist ja die Forderung nach einem Frauen-Etat auch Gegenstand unseres Forderungskatalogs bei den Verhandlungen mit der SPD.

Welche Dinge fordert Ihr darüber hinaus für die Frauen von der SPD?

Frauen-Ausschuß, Frauen-Etat, Zurücknahme der Sparpolitik — die betrifft ja in besonderem Maße die Frauen, Beschäftigungsprogramm für Frauen. Aber das erste Gespräch wird sicherlich noch nicht so sehr konkret werden, auch in Anbetracht der doch recht schwierigen Materie. Das wird erstmal ein „Abklopf"-Gespräch sein. Details werden erst später zur Sprache kommen.

kommen.

Ihr seid ja zu fünft; es sind also insgesamt fast soviel Frauen in Eurer Fraktion, wie auch CDU und SPD bei wesentlich mehr Abgeordneten Frauen in ihren Fraktionen stellen: die SPD hat 7, die CDU 6 Frauen unter den Abgeordneten. Wie sind Eure Erfahrungen als Frauen im Parlament nach den ersten Sitzungen? Habt Ihr da schon so Eure speziellen Erlebnisse gehabt, auch innerhalb der Fraktion?

Innerhalb der Fraktion gab es bisher noch keine Schwierigkeiten, was nicht heißt, daß die nicht noch kommen können. Da bin ich mir durchaus nicht sicher. Aber bisher ist es recht gut gelaufen.

Etwas anderes ist es aber im Parlament. Da werden die GAL-Frauen schon erheblich „gewürdigt", z.B. ist eine große Unruhe im Saal, wenn wir unsere Reden halten, es fallen Zwischenrufe usw. Das kann man nicht so gut verstehen, wenn man selbst redet, aber es ist eben eine Störung. Thea Bock hat sich schon einmal über das Verhalten von Perschau (CDU) beschwert, und wir haben gesagt: wenn das so weitergeht, dann werden wir das mal zum Tagesordnungspunkt in der Bürgerschaft machen.

Es kommen natürlich aus beiden Fraktionen — CDU und SPD — so ganz klassische chauvinistische Sprüche: was das doch bei der GAL für geile Frauen sind, daß abtaxiert wird, welche schicker und hübscher ist usw. Auch in der Presse wird das häufig so behandelt; es wird nicht geschrieben, was wir gesagt haben, sondern was wir anhatten. Oder daß über Thea im „Spiegel" der Spruch von der „vollbusigen Spitzenkandidatin" stand, worauf eine hübsche Leserbriefserie kam, in der gefragt wurde, ob der „Spiegel"-Schreiberling auch mal untersucht hätte, ob Kiep einen kleinen oder großen Pimmel hat. Also die Berichterstattung ist ziemlich sexistisch. Wir wollen alle diese Sprüche und Bemerkungen, die da im Parlament fallen, genau sammeln, und zur gegebenen Zeit wird uns dazu auch eine passende Bemerkung einfallen.

Wir danken Euch für das Gespräch.

Abschied vom „freien Lohnarbeiter"'

„Courage" und die „Hausfrauisierung" der Weltwirtschaft

Claudia von Werlhofs Artikel in der „Courage" 3/82 setzt sich einen großen Anspruch: Er soll die Hausarbeit „verstehen", soll sie in Beziehung setzen zur Weltökonomie, und damit die Bedeutung der Frauenfrage als allgemeinste, alle gesellschaftlichen Themen enthaltende Frage, erkennbar machen; außerdem will sie den Zusammenhang zwischen Weltwirtschaftskrise und Kriegsgefahr aufzeigen.

Das entspricht wohl dem Bedürfnis vieler Frauen, nach Jahren von Bauch- und Betroffenheitspolitik und in einer Situation, wo die „großen" politischen Probleme wie Krise und Kriegsgefahr zur subjektiv erfahrbaren Bedrohung werden, wieder nach theoretischen Erklärungsmodellen zu suchen für die wesentlichen Entwicklungen in der Welt und ihre Widerspiegelung im Alltag der Frauen.

Diesem großen Anspruch wird der Artikel jedoch nicht gerecht. Die Autorin arbeitet mit einem Begriffswirrwarr, das an den Stichwortjournalismus des „Spiegel" erinnert, dabei aber nicht als unverbindlich dahinplätscherndes Geplauder verstanden werden soll, sondern als Instrumentarium zur Erklärung für umwälzende Entwicklungen der Weltwirtschaft. Zur Methode wird die scheinbare Beliebigkeit in der Begriffswahl dort, wo es der Autorin darum geht, andere Positionen — insbesondere die der Marxisten — zu kritisieren und dagegen ihre eigene als neue Erkenntnis zu präsentieren. Das sieht dann so aus, daß sie Begriffe wie z.B. „Lohnarbeit" je nach Bedarf unzulässig eng oder unzulässig weit definiert, um dann Aussagen anderer, die zwar diese Begriffe verwenden, nicht aber im Sinne der Werlhof'schen Definition, als unzutreffend und nicht mehr zeitgemäß zu verwerfen.

Der zentrale Ansatzpunkt des Artikels ist der Gegensatz zwischen sog. „freier" Lohnarbeit und Hausarbeit; seine wesentliche Aussage geht dahin, den „Beginn einer völlig neuen Phase kapitalistischer Entwicklung" zu prophezeien, in der die „freie" Lohnarbeit mehr oder weniger abgeschafft und ersetzt wird durch „Hausarbeit" bzw. „unfreie" Lohnarbeit. Darunter versteht v.W. gleichzeitig eine Anpassung der Verhältnisse in den Industrieländern an die der Länder der 3. Welt, wie auch eine Angleichung von „männlicher" an „weibliche" Arbeit.

Der Lohnarbeiter, das unbekannte Wesen

Bei der Wirtschaftskrise handelt es sich nach C.v.W. „*nicht bloß um eine Konjunkturkrise oder gemäßigte strukturelle Verschiebung, sondern um den Beginn einer völlig neuen Phase kapitalistischer Entwicklung, von der keiner weiß, wie sie genau aussehen wird. Sie ist dadurch gekennzeichnet — und das ist es, was vor allem von Bedeutung ist — daß sie die 'freie' Lohnarbeit mehr oder weniger abschafft. Mit dieser Entwicklung sind gleichzeitig die Demokratie, die Menschenrechte, Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit in Frage gestellt, von der Emanzipation ganz zu schweigen*".

„Freie Lohnarbeiter" bzw. „Proletarier" sind für C.v.W. vermutlich nur diejenigen Werktätigen, die sie selbst vom Augenschein her kennt. Dieser beschränkt sich zeitlich (Nachkriegszeit bis heute) wie räumlich (reiche westliche Industrienationen) auf einen Bereich, in dem es den Arbeitern überdurchschnittlich gut ging und, trotz sinkender Tendenz, immer noch geht. Zusätzlich wird das Bild noch verschönt, indem der Einfachheit halber „*Mittelschicht, 'schweigende Mehrheit' etc.*" kurzerhand mit zu den Lohnarbeitern gerechnet werden; andererseits werden solche Teile der Arbeiterschaft, die die Gesamterscheinung herabdrücken könnten (Frauen, ausländ. Arbeiter), ignoriert. Die Beschreibung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der so definierten Lohnarbeiterschaft klingt entsprechend rosig:

„*Dieser Typ des Lohnarbeiters stellt bei uns immerhin eine Art Mehrheit dar, er trug die Gesellschaft, die Demokratie, er war der Wähler, er war der 'Freie, Gleiche und Brüderliche', ihm galten die bürgerlichen und Menschen-Rechte, er war der angeblich gleichwertige und mündige Vertragspartner der Unternehmer, er war gesetzlich vor Willkür und Gewalt geschützt, sozial gesichert, permanent, wenn nicht lebenslang beschäftigt in Fabrik oder Büro, er war gesellschaftlich frei organisiert, und er erhielt einen Lohn, der für ihn und seine Familie auf einem durchschnittlichen Niveau der Lebenshaltung ausreichte: der Staatsbürger, der 'Mensch', das Mitglied der Gesellschaft, das freie Individuum*".

An anderer Stelle macht die Verfasserin noch deutlicher, wie eingeschränkt sie den Begriff des Lohnarbeiters tatsächlich sieht: „*Der proletarische Lohnarbeiter ist eine minoritäre Erscheinung während einer bestimmten Phase des Kapitalismus und beschränkt auf einige wenige Gebiete der Erde. (...) Der 'Proto-Typ' des freien Lohnarbeiters, der städtische Industriearbeiter männlichen Geschlechts, weißer Hautfarbe und über 21 Jahre alt...*".

Wenn C.v.W. vom Verschwinden des „freien Lohnarbeiters" spricht, meint sie also das Verschwinden d i e s e s Typs. Ginge es ihr nur um die Aussage, daß auf die Bevölkerung der westlichen Industrienationen im Zuge der Krise wirtschaftliche Verelendung und politische Entrechtung zukommen, so wäre eine Diskussion darum, ob ihr Begriff vom Lohnarbeiter mit marxistischen Kategorien übereinstimmt oder nicht, rein akademisch.

Mit dem Proletarier verschwindet auch der Marxismus

Es geht ihr aber um mehr, nämlich um eine Abrechnung mit der marxistischen Theorie:

„*Ich glaube, daß wir den historischen Moment erleben, in dem die 'Säule' kapitalistischer Produktion, der freie Lohnarbeiter oder Proletarier, auf Nimmerwiedersehen verschwindet. Es handelt sich um eben jenen Arbeiter, der seit dem 19. Jahrhundert die 'klassische' Figur des vom Kapital Ausgebeuteten und daher auch subjektiv zur Umwälzung der Gesellschaft Berufenen abgibt, zumindest was die Meinung der Linken betrifft*".

Diese angebliche „Meinung der Linken" versucht C.v.W. zu widerlegen, indem sie behauptet, an die Stelle des Proletariats im Kapitalismus trete eine a n d e r e Klasse, an die Stelle der „freien Lohnarbeit" eine a n d e r e Art von Arbeit, so wie sie in der 3. Welt schon an der Tagesordnung sei:

„*Es handelt sich um eine unfreie, 'verweiblichte' Form von Lohnarbeit, die keine permanente Beschäftigung, niedrigste Löhne, längste Arbeitszeiten, monotonste Arbeit, keine gewerkschaftliche Organisation, keine Qualifizierung, kein Aufstieg, keine Rechte und keine soziale Sicherheit bedeutet*".

Die Veränderung der Weltwirtschaft bestehe in einer Ausrichtung der Verhältnisse in den Industrienationen an denen in der 3. Welt. Die ehemaligen Proletarier werden dabei laut C.v.W. abgeschoben in den sog. „informellen Sektor": „*Teilzeitarbeit, Kontraktarbeit, Saison- und Gastarbeiterarbeit, illegale Arbeit, Leiharbeit, sowie unentlohnte Arbeit wie die sog. 'Eigenarbeit', 'Schattenarbeit', Subsistenzarbeit und, meist 'vergessen', Hausarbeit, also generell (Lohn)-Arbeit, die nicht 'frei' ist*".

Durch die Hintertür werden die Lohnarbeiter, nun als „unfreie" Lohnarbeiter, also schnell wieder hereingeholt — nur der 'Proletarier' (in der Version von C.v.W.) ist auf der Strecke geblieben.

Mit seinem Verschwinden will C.v.W. die marxistische Auffassung, wonach das Proletariat immer mehr Ausdehnung und Macht erlange, widerlegen: „*Alle Fortschritts- und Modernisierungstheorien, sowohl linke wie rechte und mittlere, waren sich darin einig, daß dieser Typus von Arbeiter-Mensch verbreitet werden sollte und sich auch ausbreiten würde: der freie Lohnarbeiter stelle das 'Bild der Zukunft' für alle 'noch' nicht Lohnarbeitenden und überhaupt den Rest der Menschheit dar. Das ist die sog. Proletarisierungsthese, die Lieblingsthese der Linken*".

„*Das Ergebnis ist die totale Ratlosig- der Linken*".

„*Das Ergebnis ist die totale Ratlosigkeit. Eine Gesellschaft und Ökonomie ohne den freien Lohnarbeiter kann sich niemand vorstellen, schon gar nicht im Kapitalismus (...) Und was ist mit der Übernahme der Macht, dem Uralttraum der Linken, gar der 'Diktatur des Proletariats' oder der Führung der Regierung durch die Mittelschichten? Es kann doch nicht bloß alles Illusion gewesen sein! Doch es kann: Schon Marx entdeckte, daß Gleichheit und Freiheit nur ein Schein sein können, eine Illusion, der diejenigen aufsitzen, denen diese 'Gleichberechtigung' mit dem Kapital formal suggeriert wird. So ist es eigentlich keineswegs überraschend, daß eines Tages der Gleiche, der Freie, der Proletarier, der Held der Weltgeschichte, eiskalt auf den Müllhaufen dieser Geschichte geworfen wird*".

Daß C.v.W. ausgerechnet Marx zitiert, ist erstaunlich: Wenn sie Marx selbst gelesen hätte, dann wüßte sie wohl auch, daß die von ihr als große Neuigkeit verkündeten Merkmale „unfreier", „verweiblichter" Lohnarbeit viel eher den Charakter der Lohnarbeit und des Proletariats im marxistischen Sinn treffen als diejenigen Eigenschaften, die sie der „freien" Lohnarbeit zuschreibt.

Es soll hier nicht der Eindruck er-

Fortsetzung nächste Seite



1 Wenn wir Hausarbeit verstanden haben, haben wir die Ökonomie verstanden.

2 der Zusammenhang von Weltwirtschaftskrise und Kriegsgefahr: Kriegswirtschaft.

3 die «Säule» der kapitalistischen Produktion, der Proletarier, verschwindet.

4 Das «Bild der Zukunft» kommt abhanden, das führt zur allgemeinen Ratlosigkeit.

5 Der Proletarier als minoritäre Erscheinung und die Entdeckung des „informellen Sektors".

Die Thesen von Claudia von Westhof

Forts. v. l. Seite

weckt werden, als gäbe es mit der Anwendung der marxistischen Theorie auf die heutigen gesellschaftlichen Probleme keine Schwierigkeiten. Das gilt insbesondere für die damalige Einschätzung einer relativ zügigen und geradlinigen Entwicklung zum Sozialismus in den hochentwickelten Industriestaaten. Eine gewisse Rat- bzw. Perspektivlosigkeit ist in dieser Hinsicht nicht zu leugnen. Stichwort: Krise der Linken.

Diese Ratlosigkeit rührt aber nicht daher, daß das Proletariat zu verschwinden „droht". Und die Verelendung, die C.v.W. voraussagt, wäre eher eine Entwicklung hin zum „Normalzustand" des Kapitalismus auch in den Industriestaaten, hin zu einem Proletariat der alten Art.

Die „wahren Ausgebeuteten"

Der Hintergrund von C.v.W.'s Thesen ist nicht nur eine Kritik an den Linken. Es geht nicht nur um den Abschied vom Proletariat als revolutionärer Klasse; die neue Klasse, die an ihre Stelle tritt, tut dies nicht nur zu dem Zweck, den Marxismus zu widerlegen, sondern sie nimmt gleichzeitig die Rolle des Proletariats, der revolutionären Klasse, in einer neuen Theorie ein.

„Nicht 10 % freie Lohnarbeiter, sondern 90 % unfreie Nicht-Lohnarbeiter sind die Säule der Akkumulation und des Wachstums, sind die wahren Ausgebeuteten, sind die wahren 'Produzenten', sind die 'Norm', der allgemeine Zustand, in dem sich der Mensch im Kapitalismus befindet. Und das steht zu seinem Entsetzen nun auch dem Proletarier ganz real bevor. Denn der Mensch im Kapitalismus befindet sich entgegen allen anders lautenden Beteuerungen in Unfreiheit, Ungleichheit und Unbrüderlichkeit, umgeben von Gewalt, Elend, Unterdrückung, rechtlos, unmündig, unorganisiert, lohnlos, eigentumslos, ungesichert, hungernd und frierend, — aber: arbeitend".

Verarschen können wir uns selber! Erst denkt sich C.v.W. einen elitären fiktiven Lohnarbeiter aus, schwärmt in den höchsten Tönen von seiner Freiheit etc., definiert dann den Rest der Menschheit als Nicht-Lohnarbeiter, erledigt nebenbei die Marxisten, die ihr auf diesem Weg nicht ganz folgen können, und landet last not least bei der sensationellen Erkenntnis, daß der Kapitalismus für die meisten Leute (wenn auch nicht für den 'Proletarier', aber der verschwindet ja sowieso!) doch ziemlich unangenehm sein kann.

Die „sog. Emanzipation"

In der Auseinandersetzung mit der „Proletarisierungsthese" der Linken kritisiert C.v.W. auch deren Emanzipationsverständnis:

„Auch die sog. Emanzipation der Frau bezieht sich darauf, daß Frauen eben solche, 'gleichen', quasi geschlechtsneutralen Lohnarbeiter werden, und die sozialistischen Länder behaupten von sich, emanzipiert zu sein oder zu haben, weil dort viel mehr Frauen lohnarbeiten als hier".

Der Kern ihrer Kritik scheint dabei

den, und die sozialistischen Länder behaupten von sich, emanzipiert zu sein oder zu haben, weil dort viel mehr Frauen lohnarbeiten als hier".

Der Kern ihrer Kritik scheint dabei

weder zu sein, daß Lohnarbeit allein die Frauen nicht emanzipiert, wenn ihre sonstigen Belastungen die gleichen bleiben, noch, daß Emanzipation durch Berufstätigkeit allein deshalb keine Perspektive haben kann, weil letztere im Aussterben begriffen sein soll. Ihre Formulierung deutet vielmehr an, daß sie Berufstätigkeit überhaupt für ein untaugliches Mittel zur Emanzipation der Frau hält. Das schimmert auch in ihrer Haltung zur Hausarbeit durch. C.v.W. schreibt zwar: *„Es geht mir also keineswegs um eine Verherrlichung der Hausfrau, wie sonst üblich, des Proletariers"*, fährt dann aber fort: *„Dabei könnte es theoretisch auch sehr schön sein, Hausfrau zu sein, denn niemand sonst hat die Chance, derart vielfältige und unterschiedliche, im Prinzip alle Tätigkeiten, die es gibt, zu verrichten".*

Dies Verständnis von „schöner" Hausarbeit ist so umfassend, daß daneben eine Lohnarbeit kaum noch möglich wäre. Wenn bei dieser Form von Hausarbeit *„alle Tätigkeiten, die es gibt"* anfallen sollen, so ist damit offenbar die weitgehende Produktion aller Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände im individuellen Haushalt und eine Rückentwicklung der entsprechenden industriellen Produktion gemeint — als p o s i t i v verstandene Utopie.

„Die Hausfrau ist das genaue Gegenteil des Proletariers"

C.v.W. stellt dem „Proto-Typ" des Proletariers den entsprechenden Proto-Typ der Hausfrau gegenüber, die *„lebenslängliche Nur-Hausfrau".*

Im Gegensatz zur scheinbaren Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit des



Proletariers sei die Hausfrau ganz real unfrei, d.h. sie sei weder frei, Ort und Art ihrer Arbeit zu wählen oder zu wechseln, noch sei sie frei von allen Produktionsmitteln, denn außer ihrer Arbeitskraft besitze sie noch das Produktionsmittel Gebärfähigkeit. Es bereitet C.v.W. offensichtlich einige Schwierigkeiten, die Unterschiede die zwischen der Lage der Hausfrauen und der Lohnarbeiter (aber z.B. auch zwischen „Nur"-Hausfrauen und berufstätigen Frauen) wirklich bestehen, erst in die Begrifflichkeit der klassischen bürgerlichen Ideologie und dann in ein Gegensatzschema („im Sinne des Kontrastes zwischen weiß und schwarz") zu pressen: so scheint es nicht zwingend

in die Begrifflichkeit der klassischen bürgerlichen Ideologie und dann in ein Gegensatzschema („im Sinne des Kontrastes zwischen weiß und schwarz") zu pressen: so scheint es nicht zwingend

logisch, daß eine *„scheinbare Freiheit"* und eine *„reale Unfreiheit"* einen solchen Gegensatz bedingen; ebensowenig deutlich wird der grundlegende Gegensatz zwischen dem Widerspruch zwischen formaler Gleichberechtigung und faktischer Ungleichheit von Frau und Mann auf der einen Seite (den C.v.W. als Beleg ihrer These anführt) und dem Widerspruch zwischen der formalen Gleichheit von Arbeiter und Kapitalist vor dem Gesetz und ihrer faktischen Ungleichheit auf der anderen. Dieser Gegensatz bildet aber den Rahmen der weiteren Analyse:

„Ich würde sagen, daß die extreme Verschiedenheit in den Arbeitsbedingungen von freiem Lohnarbeiter und Hausfrau die beiden End-Pole eines fortlaufenden Kontinuums von kapitalistischen Arbeits- und Produktionsverhältnissen bildet, zwischen denen sich die Realität abspielt — mehr zur freien Lohnarbeit oder mehr zur unfreien, unbezahlten Hausarbeit neigend. Sämtliche auf der Welt vorhandenen Arbeitsverhältnisse finden sich hier wieder, einschließlich derjenigen, die man üblicherweise in einen dritten, vor- oder nichtkapitalistischen Bereich einordnet".

In der Arbeit der Hausfrau seien alle Verhältnisse vorkapitalistischer Gesellschaften vereint: *„Zwangsarbeit, Leibeigenschaft, Sklaverei und unfreie Lohnarbeit"*. Daher sei *„Hausarbeit, nicht Lohnarbeit, das 'Modell' von Arbeit im Kapitalismus überhaupt"*. Alle Menschen im Kapitalismus seien zwar eigentlich, potentiell, Lohnarbeiter, real aber eher „Hausfrauen", industrielle Reservearmee, relative Überbevölkerung; relativ nämlich im Verhältnis zur vorhandenen Lohnarbeit.

Es ist schon etwas verwirrend: Hausarbeit und „freie" Lohnarbeit werden als absoluter Gegensatz gehandelt; jede Form von Lohnarbeit, die dieser Vorstellung von „Freiheit" dann aber nicht ganz entspricht (und da bleibt an „freier" Lohnarbeit nicht mehr viel übrig), wird umstandslos der Rubrik „Hausarbeit" zugeschlagen.

Auf diese Weise wird auch das Problem der berufstätigen Frau behandelt. C.v.W. räumt immerhin ein, daß es die lebenslange Hausfrau kaum gibt, daß fast jede Frau irgendwann in ihrem Leben lohnarbeitet. Macht aber nichts:

„Nie jedoch ähnelt die Lohnarbeiterin oder der unfreie Lohnarbeiter dem freien Lohnarbeiter. Alle Bedingungen verweiblichter oder direkt

ben lohnarbeitet. Macht aber nichts:

„Nie jedoch ähnelt die Lohnarbeiterin oder der unfreie Lohnarbeiter dem freien Lohnarbeiter. Alle Bedingungen verweiblichter oder direkt

weiblicher Lohnarbeit verweisen vielmehr auf den hausfraulichen Charakter dieser Arbeit, so daß sie eher als bezahlte Hausarbeit denn als freie Lohnarbeit verstehbar wird. (...) Die Lohnarbeit der Frauen wird als Verlängerung ihrer Hausarbeit organisiert und behandelt, übrigens deswegen auch entsprechend schlecht bezahlt".

Frauenarbeit im Kapitalismus

Wenn C.v.W. von Hausarbeit, freier und unfreier Lohnarbeit schreibt, dann in einer Sprachmischung, die teils dem Alltagsgebrauch entliehen, teils Marxschem Vokabular abgeguckt ist, je nachdem, was sie zur Stützung ihrer Thesen gerade benötigt. Ein schwammiger Freiheitsbegriff, der sich bewegt zwischen individueller Freiheit, scheinbarer Freiheit, faktischer Freiheit, Freiheit von Produktionsmitteln und Arbeitsplatz etc., ist in diesem Sinn natürlich vielseitig verwendbar und insofern sehr nützlich. Präzise Begriffe, wie z.B. Marx sie zur Beschreibung von Lohnarbeit u.ä. verwandte, werden von C.v.W. vermieden oder nur eingeschränkt benutzt (so z.B. der Begriff „Mehrwert").

Will frau untersuchen, wie sich z.B. die industrielle Lohnarbeit im Verhältnis zur Hausarbeit verhält oder auch zur Agrarwirtschaft, zum Handwerk usw., so sollte sie sich doch etwas genauer ansehen, was, wie und wofür dort produziert wird, vielleicht auch schon mal Worte wie „Gebrauchswert" und „Tauschwert" einfließen lassen, und nicht allein von den einzelnen Tätigkeiten oder einem kaum faßbaren Freiheitsbegriff ausgehen.

Frau nehme als Ausgangspunkt eine „normale" Familie im Kapitalismus, Vater Arbeiter, Mutter Hausfrau; beide arbeiten: der Vater verkauft seine Arbeitskraft an den Kapitalisten und produziert für diesen Tauschwerte für den Warenmarkt; sein Lohn finanziert die Lebenshaltung der Familie. Die Arbeit der Muter schafft Gebrauchswerte für die Familie; sie dienen der Reproduktion der Arbeitskraft (der ihres Mannes, der Aufzucht von Kindern).

Wenn nun die Frau auch einer Lohnarbeit nachgeht, so ist zwar der gemeinsame Lohn des Ehepaars höher als der des Mannes allein, aber die Lebenshaltungskosten der Familie sind auch gestiegen. Denn ein Teil der Ge-

narbeit nachgeht, so ist zwar der gemeinsame Lohn des Ehepaars höher als der des Mannes allein, aber die Lebenshaltungskosten der Familie sind auch gestiegen. Denn ein Teil der Ge-

brauchswerte, die die Frau vorher im Haushalt hergestellt hat, muß jetzt als Ware gekauft werden. Dazu kommt, daß der Wert der Arbeitskraft (woraus sich die Höhe des Lohns ableitet) bestimmt ist durch die zur Erhaltung der Arbeiterfamilie nötige Arbeitszeit; das bedeutet umgekehrt, daß sich, wenn in der Regel mehrere Familienmitglieder Lohn erhalten, der Gesamtlohn auf die einzelnen aufteilt.

Sind alleinstehende Frauen (oder Männer) berufstätig, so orientieren sich Einkommen und Tätigkeit am Regelfall: Die typischen Frauenberufe sind so schlecht bezahlt, daß die Frau allein (und erst recht, wenn sie Kinder versorgen muß) schlecht davon leben kann; die Anforderungen besser bezahlter „Männerberufe" setzen die Existenz einer „Hausfrau" für den Alltagskram und die Kinderversorgung implizit voraus.

Die Unterscheidung von Lohnarbeit und Hausarbeit nach den produzierten Werten widerlegt die Theorie von C.v.W., wonach z.B. Teilzeitarbeit u.ä. automatisch der „Hausarbeit" zuzuschlagen seien. Für den Charakter der Lohnarbeit, Tauschwerte zu produzieren, ist es unerheblich, wie lange oder regelmäßig sie ausgeführt wird. Ebenfalls unerheblich ist die Art der ausgeführten Tätigkeit: eine Frau, die Blusen in der Fabrik näht, verrichtet ebensowenig Hausarbeit wie eine Frau, die in einer Großbäckerei arbeitet, auch wenn vielleicht genau die gleiche Arbeit manchmal zuhause anfällt. (Und sogar eine Frau, die in der eigenen Wohnung professionelle Schreibarbeiten macht, leistet damit nicht Hausarbeit, sondern Lohnarbeit).

Zu den wirtschaftlichen und politischen Modifikationen, denen dieses „Grundmodell" unterworfen ist, gehören in den imperialistischen Staaten z.B. solche politischen Sicherheitsvorkehrungen wie das „soziale Netz", wo die Kosten allgemeiner gesellschaftlicher Reproduktion über die einzelnen Familien hinaus (über Steuern und Sozialabgaben) den Lebenshaltungskosten der einzelnen Lohnempfänger zugeschlagen werden. Gleichzeitig werden Funktionen, die früher „privat" wahrgenommen wurden (sei es in den Familien durch die Arbeit der Frauen, sei es durch individuelle „Wohltätigkeit"), verstaatlicht. Die Krise führt über die Sparpolitik zu einer Reprivatisierung dieser Funktionen z.T. durch eine Rückverlagerung in die Haushalte (bei anderweitiger Verwendung der einbezogenen Gelder). Wenn C.v.W. diese Phase als Ablösung der Lohnarbeit durch Hausarbeit sieht, trennt sie zwei so eng zusammengehörige Dinge wie Lohnarbeit und Arbeitslosigkeit. Die jederzeit mögliche Arbeitslosigkeit macht gerade einen Teil der von C.v.W. so beschworenen „Freiheit" des Proletariers aus; die industrielle Reservearmee, zu der auch die Frauen zählen, gehört zum Grundinventar des Kapitalismus.

Was C.v.W. entdeckt hat, ist lediglich die altbekannte Tatsache, daß in den kapitalistischen Krisen Arbeitskräfte „freigesetzt" werden (insbesondere Frauen), daß die Löhne gedrückt werden, daß an den Sozialausgaben gespart wird und daß das alles zusammen plus einer entsprechenden ideologischen Beeinflussung die Frauen dazu zwingt, einen Teil der Einbußen durch vermehrte Arbeit zuhause aufzufangen.

Das ist überhaupt nichts Neues oder Besonderes, sondern der normale Gang der Dinge und hat mit einem Verschwinden des Proletariers oder der historischen Wende zum Zeitalter der „Hausarbeit" nichts zu tun.

Gegen Schluß des Artikels scheint der Autorin sowas allerdings auch zu dämmern; sie schreibt: „*Sie* (die Wende) *offenbart nicht einen neuen, anderen Kapitalismus oder gar Sozialismus, sondern die vollkommen logische Fortführung des bestehenden Systems, die nicht mehr verbrämte Durchsetzung seiner latenten 'Natur'* ".

Es scheint so, als hätte sie selbst nach zehn Seiten schwer durchdringlichen Textes vergessen, was sie noch am Anfang über die „völlig neue Phase" geschrieben hat.

zehn Seiten schwer durchdringlichen Textes vergessen, was sie noch am Anfang über die „völlig neue Phase" geschrieben hat.

Weibliches Arbeitsvermögen = Gebärfähigkeit

An die Stelle der Unterscheidung von Gebrauchswert und Warenproduktion setzt C.v.W. *„die Menschenproduktion im Gegensatz zur Produktion von Sachen"*. Erstere sei Spezialität der Hausfrau, letztere die des Lohnarbeiters. Der Kern dieser Einteilung und sein Ausgangspunkt sei ***„nichts anderes, als das natürliche Monopol der Frauen, ihre Gebärfähigkeit"***. Diese habe gerade für den Kapitalismus zentrale Bedeutung, *„da der berühmte Mehrwert, Zweck kapitalistischer Produktion, nur dem lebendigen Menschen entzogen"* werden könne. Die „Menschenproduzenten", also die Frauen, seien daher für die Unternehmer im Grunde viel wichtiger als die Sachenproduzenten Lohnarbeiter. Das Dumme ist nur, daß den lebendigen

Forts. n. Seite

6 Was ist der Kapitalismus für eine Produktionsweise? Eroberung. «Schuldfrage» und «Integration»

7 Es ist alles umgekehrt: die «Säule» der Akkumulation das Bild der «Zunkunft» sind die 3. Welt und die Hausfrau

8 Die Hausfrau als Gegenteil des Proletariers und das Kontinuum zwischen beiden Proto-Typen: Hausarbeit als Modell von Arbeit

9 Geschlechtliche Teilung, Hierarchisierung und Entwertung von Arbeit: Modell internationaler Teilung der Arbeit

10 Das Warum der Teilung: Gebärfähigkeit und weibliches gegen männliches Arbeitsvermögen

Fortsetzung v. letzter Seite

Menschen der Mehrwert nur entzogen werden kann, wenn sie auch zu Lohnarbeitern werden, daß z.B. bei hoher Arbeitslosigkeit der potentielle Mehrwert gar nicht ausgeschöpft werden kann.

Auch C.v.W. stellt die Frage: *,,Was tun mit den zunehmend 'Überflüssigen'?''* Das System sei darauf angewiesen, sie in anderen Bereichen zum Einsatz zu bringen. *,,Die Frage ist heute, wie soll das ohne freie Lohnarbeit organisiert und kontrolliert werden''?*

Diese anderen Bereiche sieht sie in der Verallgemeinerung der Hausarbeit gegeben. Die Produktion von Menschen habe ein spezifisch weibliches Arbeitsvermögen entwickelt, wozu neben der Gebärfähigkeit auch sexuelle und emotionale Zuwendung und andere ,,typisch weibliche'' Einstellungen und Verhaltensformen gerechnet werden, deren ,,Ausbildung'' obendrein noch kostenlos sei. Die ,,Unqualifiziertheit'' der Frauen sei in Wahrheit eine Super-Qualifikation. Die so beschriebene Qualifikation besteht vor allem in einer größeren Bereitschaft, sich umfassend ausbeuten zu lassen. C.v.W. folgert:

,,Nicht die Verallgemeinerung der Lohnarbeit, sondern die Verallgemeinerung der Hausarbeit ist daher der Traum aller Kapitalisten. Es gibt keine billigere und produktivere, fruchtbarere menschliche Arbeit, und man kann sie auch ohne Peitsche erzwingen. Ich glaube, die Umstrukturierung unserer Ökonomie wird der Versuch sein, das weibliche Arbeitsvermögen auch den Männern anzuerziehen und aufzuzwingen, soweit möglich''.

Als Beispiele für diese Entwicklung werden ausländische Arbeiter (*,,die wegen ihres gebrauchswertorientierten, bäuerlichen Hintergrunds dem weiblichen Arbeitsvermögen näher stehen''*) und die Ausbeutung billiger weiblicher Arbeitskräfte in der 3. Welt genannt.

Was bleibt also übrig an faktischer Aussage dieser ,,Verallgemeinerung der Hausarbeit'', läßt frau einmal die m.M. nach falsche Verwendung des Begriffs ,,Hausarbeit'' außer acht?

Daß im Zuge der Krise die für Frauenarbeit (aber auch für die ausländischen Arbeiter) typischen Eigenschaften wie größere Rechtlosigkeit, schlechtere Bezahlung und Arbeitsbedingungen sich für alle Arbeiter und Arbeiterinnen verstärken. Auch das hat mit einer ,,Verweiblichung'' der Arbeitskraft nichts zu tun. Es sei denn, dem Kapital würde es gelingen, den Männern auch den ,,Kern weiblichen Arbeitsvermögens'', die Gebärfähigkeit aufzuzwingen.

Komplizenschaft der Männer?

Die Hauptleidtragenden dieser Entwicklung sind bei C.v.W. offensichtlich die Männer, genau genommen *,,die städtischen Industriearbeiter männlichen Geschlechts, weißer Hautfarbe und über 21''*, denn alle anderen sind ja schon da, wo sie hin sollen, sind schon Hausarbeiter/innen. C.v.W. schreibt, die Unternehmer würden solange freie Lohnarbeiter entlassen und durch unfreie, hausfrauisierte Lohnarbeiter, auch Frauen, ersetzen, *,,bis auch die Männer bereit sind, vom hohen Roß des Proletariers, des Gleichen und Freien, herabzusteigen und ähnliche Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. (...) Das werden sie nur akzeptieren, wenn sie dafür garantiert bekommen, die Kontrolle über die Frauen weiterhin zu behalten''.*

beiter, auch Frauen, ersetzen, ,,bis auch die Männer bereit sind, vom hohen Roß des Proletariers, des Gleichen

Sie läßt zwar offen, ob die Männer sich auf diese Weise bestechen lassen werden, unterstellt ihnen aber zumindest eine Komplizenschaft mit ihren Ausbeutern zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Das wird auch an einer anderen Stelle deutlich, wo C.v.W. gegenüberstellt Priester, Entwicklungshelfer, Unternehmer, Minister und Ehemann auf der einen Seite, und Heiden, Unterentwickelte, Ausgebeutete, Untertanen und Frauen auf der anderen.

Ein Beitrag zur Friedensdiskussion?

C.v.W. versteht ihren Artikel als Beitrag zur Friedensdiskussion: Er soll Aufklärung bringen über den Zusammenhang von Wirtschaftskrise und Kriegsgefahr, der ihrer Meinung nach in der Friedensdiskussion nicht thematisiert wird.

Sie selbst bleibt allerdings auch bei der Behauptung stehen, daß dieser Zusammenhang existiere und wichtig sei. Diese inhaltliche Leere versucht sie mit dem Schlagwort ,,Kriegswirtschaft'' zu überdecken, das sie bei irgendeinem Politiker aufgeschnappt hat (*,,ich weiß nicht, was er genau damit sagen wollte''*) und das ihr anscheinend so gut gefiel, daß sie es gleich in eine ihrer Thesen eingebaut hat. Auf diese Weise wird eine Verbindung zwischen ,,Krieg'' und ,,Wirtschaft'' wenn schon nicht inhaltlich, so doch wenigstens formal hergestellt, und C.v.W. kann sich im folgenden beruhigt ihrem eigentlichen Thema, der wirtschaftlichen Entwicklung, widmen, die dann durch den Begriff ,,Kriegswirtschaft'' hinlänglich als mit der Kriegsgefahr zusammenhängend gekennzeichnet ist.

Einen kleinen Heinweis darauf, wie sich dieser Zusammenhang konkret darstellt, enthält der Artikel allerdings doch, in der Vermutung, daß umfassende wirtschaftliche Veränderungen nicht ohne Gewaltanwendung durchsetzbar seien. Betrachtet frau nun die Analyse dieser wirtschaftlichen Veränderungen, so drängt sich der Schluß auf, diese Gewaltanwendung richte sich gegen die noch ,,frei'' lohnarbeitenden Männer, die Proletarier.

Aber warum sollte ein Krieg nötig sein, um die Degradierung der Proto-Typen Proletarier durchzusetzen? Oder meint C.v.W. gar keinen ,,großen Krieg'', sondern eher eine Art Bürgerkrieg, oder einen ,,Alltagskrieg'' zur Abwechslung mal gegen die Männer, beschrieben mit dem Wort ,,Kriegswirtschaft''? Oder ein Verteidigungskrieg 1. Welt gegen 3. Welt? Immerhin sieht C.v.W. die 3. Welt gegenüber der 1. im Vorteil wegen der dort niedrigeren Produktionskosten; diese seien die Ursache der Krise in den Industriestaaten. Andererseits streitet sie nicht ab, daß es ,,unser'' Kapital ist, das diese niedrigeren Arbeitspreise in der 3. Welt nutzt.

Leider (vielleicht auch glücklicherweise, wer weiß, was für Spekulationen sonst noch möglich wären) enthält der Artikel keine weiteren Andeutungen über irgendeinen konkreten Zusammenhang zwischen C.v.W.s Analyse und der Kriegsgefahr.

Und wozu das alles?

Was bleibt, ist die Frage nach dem Sinn

Und wozu das alles?

Was bleibt, ist die Frage nach dem Sinn dieses Artikels, der immerhin 10 Courage-Seiten füllt.

Die Folgerung , die C.v.W. selbst aus ihren Ausführungen zieht, ist ausgesprochen mager:

,,Eine Alternative ist nur in Sicht, wenn wir es schaffen, auf die Dauer nicht einfach nur den Lohn, sondern viel mehr, nämlich die Produktionsmittel wieder zu bekommen, ohne dafür 'am Draht' zu hängen, damit wir für unsere eigene, autonome Existenz arbeiten können. Dazu brauchen wir allerdings nicht nur keine Proletarier, sondern auch keine Hausfrauen''.

Das gibt bestenfalls soviel her wie ein routinemäßiger Aufruf zur Notwendigkeit der Revolution aus besten ML-Zeiten. Und das nach den hehren Ansprüchen und dem Brimborium, mit dem der Artikel eingeleitet wurde.

Läßt frau einmal die Vermutung außer Acht, daß es sich bei dem ganzen Artikel zum großen Teil um reines Profilierungsgehabe handelt, so bleibt als Fazit:

❶ Eine Definition von Lohn- und Hausarbeit, die so konstruiert ist, daß sie

a) in Gegensatz gestellt werden kann zum Marxismus (Ende des Proletariers);

b) der Frau einen neuen polit-ökonomischen Wert zuordnet, also geeignet ist, die Theorie in der Frauenbewegung landen zu lassen.

❷ Hausarbeit und ,,unfreie'' Lohnarbeit werden als Arbeitsform der Zukunft dargestellt; die Wertung schwankt dabei zwischen positiv (potentiell schön, orientiert am Menschen) und stark negativ. Die Wertung ist allerdings insofern unerheblich, als die Hausfrauisierung als historisch zwangsläufige Entwicklung vorgestellt wird, der keine/r entgeht, ob es ihr/ihm nun gefällt oder nicht.

❸ Der Artikel bietet keine Perspektiven an; er enthält auch keinerlei Hinweise, was frau gegen die Kriegsgefahr unternehmen kann/soll, obwohl er mit dem Anspruch angetreten ist, einen wichtigen Beitrag zur Friedensdiskussion zu leisten.

❹ In einer Hinsicht enthält der Artikel allerdings sehr wohl praktische Implikationen, und zwar in Hinblick auf die Vorstellungen von der Emanzipation der Frauen:

a) Die besondere Stellung der Frau wird biologisch abgeleitet, aus ihrer Gebärfährigkeit.

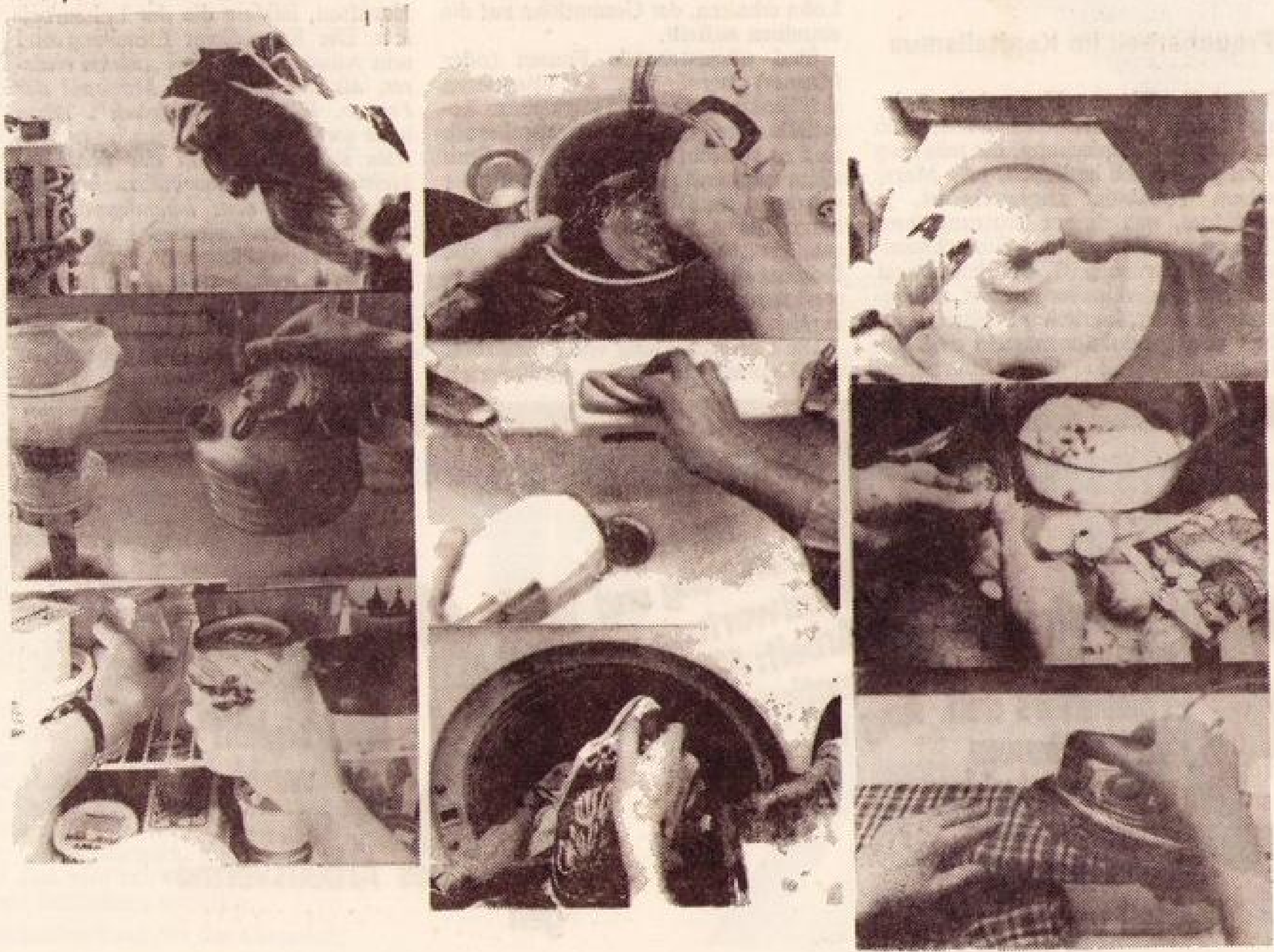
b) Das Hausfrauendasein, das spezifische weibliche Arbeitsvermögen, werden zwar nicht durchgängig positiv bewertet, aber statisch als quasi naturgegebener Zustand. (Frau und Natur werden sogar mehrfach gleichgesetzt.)

c) Es werden natürlich keinerlei Vorschläge gemacht, wie frau dem Hausfrauendasein entrinnen, ihre Lage verbessern kann. Das würde der dargestellten historischen Entwicklung ja auch zuwiderlaufen.

d) Demgegenüber werden linke Emanzipationsvorstellungen, die eine stärkere Einbeziehung der Frauen in die Lohnarbeit beinhalten, als ,,geschlechtsneutrale'' Gleichmacherei abgetan. Der Aufsatz hat damit die Funktion, die Frauen zurückzuzerren, zu desorientieren, sie ihr ,,Schicksal'' als naturgegeben, unabänderlich, in gewisser Weise sogar als avantgardistisch empfinden zu lassen. Er ist damit im Kern reaktionär und unterscheidet sich in mancherlei Hinsicht kaum von den Blüm'schen Thesen zur CDU-Familienpolitik.

reaktionär und unterscheidet sich in mancherlei Hinsicht kaum von den Blüm'schen Thesen zur CDU-

Eine Hamburger Genossin.



Abschaffung des Ehegatten-Splittings?

Im Vorfeld der Diskussion über den Sparhaushalt des kommenden Jahres (,,Operation '83'') sind auch Überlegungen zur Änderung des bisher gültigen Ehegatten-Splittings angestellt worden. Immerhin fallen von rund 50 Mrd. Mark Steuervergünstigung an private Haushalte allein 30 Mrd. auf das Ehegatten-Splitting. Eine reichhaltige Reserve also für die staatliche Rotstiftpolitik.

Die Vorlage der Regierung sieht eine Begrenzung des aus dem Ehegatten-Splitting entstehenden Steuervorteils von bisher jährlich 14.000 auf 10.000 Mark und eine Herabsetzung der Berechnungsobergrenze von 140.000 auf 90.000 jährliche Einkommen vor. Betroffen wären also in erster Linie Familien mit mittleren und höheren Einkommen. Zu begrüßen wäre ein solcher Schritt im Falle einer Umverteilung dieser Gelder zugunsten niedrigerer Einkommensschichten der Bevölkerung; aber das ist bekanntlich nicht Sinn der ,,Sparpolitik''.

Auf Seiten der Linken haben bislang der KBW und die SOST (Sozialistische Studiengruppen) dieses Thema aufgegriffen. Beide sehen einen p o s i t i v e n Aspekt darin, daß mit der ,,Operation '83'' das Ehegatten-Splitting in die Diskussion gebracht wurde. Bei den SOST mündet das in der zweifelhaften Empfehlung, *,,in der Abwehr des Sozialabbaus nicht alles bedingungslos zu verteidigen, sondern gerade auch von Sozialisten, Alternativen und Grünen darauf hinzuarbeiten, daß das Problem der Veränderung der verkrusteten Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft mit aufgeworfen wird''* (,,Sozialismus'', 4/82).

Auch bei der Debatte um das Ehegatten-Splitting komme es auf die *,,Formulierung von Alternativen zum bürgerlichen Entwicklungsweg''* (SOST) an, wobei der KBW und die SOST sich in der Schlußfolgerung einig sind: die Abschaffung des Ehegatten-Splittings und eine entsprechende Anhebung des Kindergeldes. W i e diese Alternative erreicht werden soll, bleibt unerwähnt. Es liegt auf der Hand, daß unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen die bloße Abwehr unsozialer Sparmaßnahmen nur über die Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten denkbar ist (wie z.B. der erfolgreiche Kampf der älteren Mitbürger/innen gegen die Streichung ihres Taschengeldes). Um wieviel mehr gilt das für die Durchsetzung von ,,Alternativen zum bürgerlichen Entwicklungsweg''? Nun sind Alternativen nicht ausschließlich unter dem Aspekt aktueller Durchsetzbarkeit, sondern auch hinsichtlich ihrer propagandistischen Wirkung und ihres längerfristigen Mobilisierungseffektes zu beurteilen. Meiner Auffassung nach ist auch unter diesem Aspekt die pauschale Forderung nach Abschaffung des Ehegattem-Splittings ungeeignet, in der Konsequenz massenfeindlich und hinderlich im Kampf gegen die Rotstiftpolitik.

len. Meiner Auffassung nach ist auch unter diesem Aspekt die pauschale Forderung nach Abschaffung des

Was bedeutet Ehegatten-Splitting?

Seit 1958 können Eheleute so besteuert werden, als trüge jeder genau die Hälfte zum gemeinsamen Einkommen bei. Das hat zur Folge, daß bei ungleichen Einkommen der Progressionseffekt gedämpft wird. Am Vorteilhaftesten wirkt sich das Splitting aus, wenn es nur einen Verdiener gibt. So zahlt ein Lediger mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 60.000 Mark rund 20.000 Mark an Einkommenssteuer; im Falle einer Heirat verringert sich die Steuerlast bei einer nicht berufstätigen Ehefrau auf etwa 13.000 Mark. Der Splitting-Vorteil geht gegen Null, je mehr sich die Einkommen beider Ehepartner gleichkommen. Der Steuervorteil durch das Splitting nimmt mit der Höhe des Einkommens zu; der absolut maximale Splitting- Effekt eines verheirateten Alleinverdieners ist bei einem Jahreseinkommen von 260.000 Mark erreicht und beträgt 14.700 Mark. Die relativ höchste Steuerersparnis ist allerdings bei einem Einkommen zwischen 60. bis 80.000 Mark erreicht. Auf diesen steuerlichen Vorteil müssen rund 900.000 alleinerziehende Väter und v.a. Mütter verzichten, ebenso wie alle Alleinstehenden, unverheiratet Zusammenlebenden, Getrenntlebende, Geschiedene und Verwitwete. Durch dieses Ehegatten- Splitting werden:

— alle nicht auf der Ehe begründeten Lebensformen diskriminiert, und im besonderen wird die klassische Ehe (in der ausschließlich der Mann berufstätig ist) bevorzugt;

— die höheren Einkommensschichten bevorteilt, während der Effekt in den unteren Einkommensklassen gering bleibt;

— Ehefrauen davon abgehalten, ebenfalls erwerbstätig zu werden. Zudem ist das Ehegatten-Splitting kinderfeindlich, da es in seiner Höhe unabhängig von der Kinderzahl ist.

Auf den ersten Blick erscheint die Bezeichnung des Ehegatten-Splitting als *,,Fremdkörper im bundesdeutschen Steuerrecht''* (SOST) ebenso einleuchtend wie die Forderung, *,,daß die Beseitigung des Ehegatten-Splitting in keinem demokratischen Steuerprogramm fehlen darf''* (KBW).

Die Alternativen von KBW und SOST

Nach Auffassung der SOST und des KBW bedeutet das Ehegatten-Splitting *,,eine prinzipielle Benachteiligung der erwerbstätigen Frau''* (KVZ, 18.6.). Die Steuereinnahmen, die aus der Beseitigung des Splitting resultieren, müßten für eine entsprechende Erhöhung des Kindergeldes eingesetzt werden (KBW): *,,Ein Steuersystem, das Frauen nicht diskriminiert, hat zur Voraussetzung, daß die Entscheidung für die Ehe Privatangelegenheit bleibt, die Entscheidung für Kinder gesellschaftlich unterstützt wird''* (SOST). Letzteres ist zu unterstützen wie die Forderung nach einer Besteuerung, *,,die neutral gegenüber allen Formen des Zusammenlebens ist''* (SOST). Die Forderung nach Abschaffung des Splittings und dessen Ersetzung durch eine *,,Individualbesteuerung der Einkommen''* (unter Berücksichtigung der Anzahl der Kinder v.a.) hingegen erscheint mir falsch.

Der SOST und dem KBW geht es darum, Einkommen für Kinder, Jugendliche und ihre Betreuungspersonen zu schaffen, *,,und nur dafür sollte die Gesellschaft Einkommensübertragungen zulassen, nicht für die Haushaltsführung als solche'* (SOST). Und an anderer Stelle noch deutlicher: *,,Nur beim Ehegatten-Splitting werden die in der Ehe (!) erbrachten Leistungen von Frauen als wirtschaftlich gleichwertig zum Erwerbseinkommen betrachtet''* (Hervorhebung von SOST). Im übrigen durchbreche *,,mit der wirtschaftlichen Berücksichtigung der unbezahlten Ehefrauentätigkeit 'Hausarbeit' alle bürgerlichen Gepflogenheiten''* (SOST).

Diese Ausführungen sind erstens übertrieben (,,Hausfrauen'' werden ihrer gesellschaftlichen Leistung entsprechend eben nicht bezahlt, sondern nur indirekt und im geringen Umfang

ihrer gesellschaftlichen Leistung entsprechend eben nicht bezahlt, sondern nur indirekt und im geringen Umfang

über Steuerbegünstigung ihres M a n n e s),und zweitens bezeichnend, da von der SOST und dem KBW die von der ,,nur-Hausfrau'' erbrachte Leistung ausschließlich unter dem Aspekt der Kindesaufzucht gesehen wird, d.h. es wird nur e i n T e i l ihrer Arbeit anerkannt.

In der Praxis ist es so, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise immer mehr Frauen in den Haushalt zurückzwingt, und damit in vielen Fällen die materielle Existenzsicherung von den Steuerbegünstigungen des Ehegatten-Splittings a b h ä n g t ! KBW und SOST können ja mal versuchen, diesen Ehepartnern zu erzählen, sie müßten erst Kinder in die Welt setzen, bevor sie in den Genuß von Steuervorteilen nach den Plänen unserer ,,Alternativ''-Reformer kommen dürften.

Tatsächlich wäre - wenn man sich schon auf das Glatteis eigener ,,Alternativ''-Reformen begeben will - eine gerechtere Umverteilung von Steuerbegünstigungen, ihre Ausweitung auf nicht-eheliche Formen des Zusammenlebens, auf Alleinstehende und unter besonderer Berücksichtigung der Kinderanzahl zu befürworten, nicht aber die pauschale Abschaffung des Ehegatten-Splittings.

An dieser Frage begegnen wir wieder der Arroganz innerhalb der Linken, unter dem Stichwort der Gleichberechtigung der erwerbstätigen Frau ihren Stempel von ,,Emanzipation'' alle und jedem aufzudrücken, ohne die objektiven Bedingungen zu berücksichtigen, unter denen sich ihre Forderungen auswirken würden.

Ein Genosse der Kommission Betrieb und Gewerkschaft

Erste Startbahn-Prozesse

Lädierter Landfriede

Genau 12.40 Uhr war es, als am 15. November vergangenen Jahres vor dem Terminal des Frankfurter Flughafens ein Mann mit entblößtem Oberkörper auf die Straße stürzte, um sich der Polizei entgegenzustellen. Was trieb den 38jährigen EDV-Techniker, am Tag der berühmten „Flughafenblockade" der Startbahn West-Gegner, zu dieser wagemutigen Aktion? Man glaubt es kaum: die hessische Verfassung! Sie hielt er in den Händen und streckte sie der anrückenden Polizei entgegen, vielleicht mit einem letzten Rest Hoffnung, der staatlichen Gewaltmaschine auf diese Weise Einhalt zu gebieten. Umsonst. Er wurde festgenommen und als Teilnehmer einer „Verkehrsblockade" wegen „Nötigung" angeklagt. Am 25.5. sollte ihm vor dem Amtsgericht Frankfurt der Prozeß gemacht werden. Doch das Gericht entschied auf Freispruch — freilich nicht wegen der objektiven Notwehrsituation, auf die sich die Startbahngegner bei der Begründung für diese Aktion berufen (ein Volksbegehren war nach Maßgabe der hessischen Verfassung beantragt, aber die Landesregierung setzte die Baumaßnahmen für die Startbahn West fort). Sondern der Angeklagte hatte das seltene Glück, einen Redakteur des Hessischen Rundfunks als Entlastungszeugen aufbieten zu können. Dieser sagte aus, daß der Verkehr nicht durch die Demonstranten, sondern umgekehrt durch die über die ganze Straßenbreite vorrückende Polizei blockiert worden sei.

Einen weiteren Angeklagten ließ das Gericht, ebenfalls am 25.5., mit einem blauen Auge davonkommen, weil er blau gewesen sei. Dieser war am 7.11.81 am Baugelände mit der Staatsgewalt zusammengeprallt, wobei ein Polizeipferd samt beamteten Reiter einfach umfiel. Ein Sachverständigengutachten ergab, daß der Angeklagte während des Tatgeschehens einen Blutalkoholspiegel von immerhin 2,8 Promille hatte. (Prost! War das der Zaubertrank der Kochbrigade mit den übermenschlichen Kräften?). Unter der Auflage, 500 DM an amnesty international zu zahlen, und weil der Angeklagte versicherte, sich an nichts zu erinnern, wurde das Verfahren eingestellt.

Auch sonst ist der Rachedurst der Obrigkeit gegen den Startbahn-Widerstand noch keineswegs gestillt. Verfasser und Verteiler eines Flugblatts, in dem der Polizei *„faschistische Menschenverachtung"* vorgeworfen wurde, erhielten Freispruch, da sogar der Staatsanwalt *„keinen Zweifel"* daran hatte, *„daß einzelne Polizeibeamte ausfällig geworden sind"*. Auch ein beliebter Aufkleber, auf dem das hessische Wappentier, ein Löwe, mit Helm und Schlagstock abgebildet ist, erfüllt nicht den Tatbestand des § 90a (Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole), sondern geht (in der untersten Instanz) im Rahmen der Meinungsfreiheit durch.

Dieser relativ glimpfliche Verlauf der ersten Prozesse in Sachen Startbahn sollte jedoch keinesfalls dazu verleiten, die Justiz und ihre Entschlossenheit, harte Strafen zu verhängen, zu unterschätzen. Vielleicht hat eine umsichtige Regie sogar bewußt solche Verfahren an den Anfang gesetzt, bei denen auch die Staatsanwaltschaft ohne Gesichtsverlust auf Freispruch plädieren konnte, um die Bewegung erst einmal einzulullen. Das dicke Ende kommt bestimmt — wenn nicht während der acht (!) Prozeßtermine, die allein in der Ferienzeit angesetzt sind, so doch spätestens nach den hessischen Landtagswahlen (auf diesen Zeitpunkt sind auch, durchsichtig genug, die besonders spektakulären Verfahren gegen Alexander Schubart, Leo Spahn und andere BI-Repräsentanten verschoben, bei denen es um solche Hämmer wie „Nötigung von Verfassungsorganen" geht).

So ist es nur zu unterstreichen, daß die Bunte Hilfe/Frankfurt immer wieder davor warnt, die Prozesse auf die leichte Schulter zu nehmen oder gar individuell durchzufechten. Rund 2.000 Festnahmen hat die Bunte Hilfe gezählt; 768 Einzelverfahren waren bis Mitte Mai bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft in Bearbeitung. Es muß davon ausgegangen werden, daß eine große Anzahl weiterer Strafverfahren hinzukommt. Bisher hat die Bunte Hilfe jedoch „nur" von 145 Straf- und 9 Bußgeldverfahren Kenntnis erlangt. **Dringend werden a l l e, die in Verfahren verwickelt sind oder Festnahme-Situationen beobachtet haben (und demzufolge als Zeugen aussagen könnten), gebeten, sich umgehend mit der Bunten Hilfe in Verbindung zu setzen.**

Von den Tatvorwürfen ist der häufigste Anklagepunkt schwerer Landfriedensbruch und versuchte gefährliche Körperverletzung, gefolgt von Nötigung. Diese Art der Anklageerhebung hat für die Strafverfolgungsorgane den Vorteil, keinem der Beschuldigten k o n k r e t e, individuell zurechenbare Verletzungen von Polizisten oder Sachbeschädigungen beweisen zu müssen. Stattdessen wird den einzelnen Beschuldigten unterstellt, dies zumindest billigend in Kauf genommen zu haben.

Ein beachtlicher Posten sind auch 60 (!) Strafbefehle wegen „Freiheitsberaubung". Am 27.1., einen Tag nach dem Rodungsbeginn auf Baulos 2 des Startbahngeländes, war nämlich das Wohnheim, in dem die Holzfäller aus Österreich untergebracht waren, blockiert worden. Alle Teilnehmer an dieser Aktion waren dabei festgenommen worden.

In einem Fall ist gegen einen Teilnehmer der Großdemonstration vom 30.1.82 sogar die absurde Anklage wegen „versuchten Mordes" (!) erhoben worden. Ferner versucht die Flughafen AG, für das Vernageln der Bäume wie für Beschädigungen an der Mauer (dazu gehört perverserweise sogar das Besprühen mit Parolen) zivilrechtlich Schadensersatz einzutreiben. Obwohl FAG und Landesregierung bisher noch nicht versucht haben, nach niedersächsischem Vorbild (Grohnde) ihre Gesamtschäden bzw. „Leistungen" einzelnen Startbahngegnern aufzubrummen (dabei dürfte es um Rekordsummen gehen), ist auch dies nicht auszuschließen.

Hier kommt eine Kriminalisierungswelle riesigen Ausmaßes auf die Bewegung zu, von der die Öffentlichkeit bisher nur die ersten Ausläufer wahrgenommen hat. Zum ersten Male in der Geschichte der Ökologiebewegung werden sehr, sehr viele Bürger betroffen sein, die im Umgang mit der Justiz praktisch keine Erfahrung haben. Dies sollte nicht vergessen werden, wenn — wie bei einer gelungenen Satire — der hessische Ministerpräsident und Dachlatten-Spezialist Börner auf SPD-Wahlplakaten mit dem Spruch zitiert wird: *„Ich will, daß jeder Hesse friedlich für seine Meinung demonstrieren kann"*.

KB/Gruppe Frankfurt

Bunte Hilfe — Startbahn West
c/o Club Voltaire
Kleine Hochstr. 5
6000 Frankfurt a.M. 1
Tel. 0611/28 39 48

Spendenkonto:
Commerzbank AG Frankfurt
BLZ 500 400 00
Kto.-Nr. 5458534
Barbara Krebs (Kennwort: Bunte Hil-

Spendenkonto:
Commerzbank AG Frankfurt
BLZ 500 400 00
Kto.-Nr. 5458534
Barbara Krebs (Kennwort: Bunte Hilfe)





Da freut sich Holger Börner: Dachlatten-Einsatz der CDU an der Startbahn-West

Vorfluter gegen Startbahn West

Was hat die Mafia mit dem Wasser zu tun? Ganz einfach: Wer den Nerv hat, seine Tageszeitung bis zu den hinteren Seiten zu lesen, also auch die Rubrik „Aus aller Welt" bzw. „Bunte Welt" oder „Blick in die Welt", der/die erfährt, daß in den Mittelmeerländern zur Zeit eine irre Hitze herrscht, und daß in Sizilien das Wasser knapp geworden ist. Der Zusammenhang freilich, in den diese beiden Informationen gesetzt werden, führt in die Irre. Denn an und für sich gäbe es schon genug Wasser auf Sizilien, nur in der Versorgung hat eine mächtige Organisation, deren Name mensch ungern ausspricht, die Hand am Hahn. Da kommt es eben vor, daß das Wasser hier ungenießbar und dort abgedreht wird, weil sich damit ein gutes Geschäft machen läßt. Denn Wasser ist kostbar, und bei allem, was kostbar ist, gibt's auch Kriminalität. So ist das in Sizilien, und da ist das auch möglich, weil da erstens alles ziemlich unordentlich ist, und zweitens ist es ja auch weit weg. Oder etwa nicht? Schlicht um Wasser geht es unter anderem auch in der Auseinandersetzung um den Bau der Startbahn West am Frankfurter Flughafen, also mitten in der Bundesrepublik. Aber die Methoden, die die Flughafenbetreiber dabei anwenden, erinnern an das sizilianische Beispiel, mindestens, was den Stil angeht.

Daß die Abrodung eines riesigen Waldgeländes und der Bau einer mehrere Kilometer langen, mehrere hundert Meter breiten und mehrere Meter dicken Betonpiste den Wasserhaushalt der Umgebung verändert, ist unmittelbar einsichtig. Man kann ja nicht einfach in ein relativ sumpfiges Gelände hineinbetonieren, sondern muß den Grundwasserspiegel entsprechend absenken. Dadurch wird es eben, grob gesagt, an der einen Stelle etwas weniger, an der anderen Stelle etwas mehr Wasser geben. Aber wir haben schon andere Sachen überlebt. Ist es denn da noch zu ertragen, daß ein paar fanatische Naturschützer einen wahren Prozeßkrieg um jede Pfütze auf dem Startbahngelände entfachen — jetzt wo die ganze Auseinandersetzung doch gelaufen ist? Nur um den Bau zu erschweren und zu verzögern, was wiederum unsere Steuergelder kostet! Und überhaupt, wer blickt durch diesen Paragraphen- und Instanzendschungel denn noch durch, durch dieses Dickicht von Zuständigkeiten und Verwaltungsvorschriften?

Gereizt und mit unverhohlener Wut reagieren Flughafen AG, Landesregierung und Medien auf die Tatsache, daß der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) vom Klagerecht der Naturschutzverbände in Hessen Gebrauch gemacht und die wasserrechtliche Problematik zum Anlaß genommen hat, mehrere Prozesse gegen den Startbahnbau anzustrengen. Diesem ganzen juristischen Hick-Hack müsse endlich ein Ende gemacht werden. Am klarsten spricht es der Ministerpräsidenten-Aspirant Dregger aus: Die Abschaffung des (gerade erst eingeführten und nur in Hessen und Bremen existierenden) Klagerechts für Naturschutzverbände rangiert auf seiner Liste von „Sofortmaßnahmen" schon auf Platz 2 (hinter dem Bau von Block C des AKW Biblis).

Die Frage ist, ob die Wasserproblematik tatsächlich nur eine Nebensache ist, die den Startbahngegnern gerade zupaß kommt, um die FAG noch einmal nachhaltig zu ärgern, oder ob es um mehr geht. Immerhin wurden aus dem Bereich nördlich des Flughafens bis vor kurzem zwei Fünftel der Frankfurter Trinkwasserversorgung gefördert. Dies ist inzwischen wegen der vom Flughafen ausgehenden Umweltverseuchung (z.B. die periodisch wiederkehrenden Kerosin-Unfälle) nicht mehr möglich. Eine Austrocknung des Bereichs im Süden durch die zusätzliche Startbahn macht diese Situation gewiß nicht besser. Frankfurt (und Schritt für Schritt das gesamte Rhein-Main-Gebiet!) ist mehr und mehr darauf angewiesen, seinen Verbrauch aus weiter entfernt liegenden Wasservorräten zu speisen, was wiederum erhebliche Eingriffe in die Umwelt verursacht. So ist ein Problem mit dem nächsten verzahnt, und die überschaubaren einzelnen Eingriffe (Abholzung eines Waldgebiets, Trockenlegung eines Naturschutzgebiets) summieren sich zu einem großen Schaden (Veränderung des Wasserhaushalts einer gesamten Region), dessen Folgen heute vielleicht noch nicht absehbar sind.

Vor diesem Hintergrund ist das Interesse des BUND an den „Pfützen" auf der gerodeten Startbahntrasse durchaus von Bedeutung. Handelt es sich nämlich um fließende Gewässer, sog. „Vorflutgräben", dann muß vor Baubeginn in einem formellen Verwaltungsakt geklärt werden, welche Folgen eine Unterbrechung, Umleitung bzw. ein Zuschütten dieser Gräben nach sich zieht. Würde man dieses Verfahren korrekterweise als Planfeststellungsverfahren durchführen, hätten alle direkt Betroffenen gesetzliche Mitwirkungs- und ggf. Klagemöglichkeiten.

Zur Beantwortung dieser Frage beantragte der BUND einen Beweissicherungstermin auf dem Startbahngelände. Und siehe da: Es fanden sich (auf den ersten Blick) keine Vorfluter. Doch die Naturschützer waren nicht auf den Kopf gefallen, steckten mit Hilfe alter Karten den Verlauf der vermuteten Gräben ab (wobei, wie man erfahren konnte, Dachlatten verwendet wurden...) und wiesen Erstaunliches nach. Bautrupps hatten die Vorflutgräben mit Kies zugeschüttet und zur besseren Tarnung auch noch gefällte Bäume, Äste usw. darüber gelegt. Man darf wohl vermuten, daß diese phantasievolle Maßnahme von der FAG veranlaßt wurde.

Da es also doch Vorflutgräben gibt (die übrigens z.T. seit der Römerzeit die Entwässerung des betroffenen Waldgebiets regulieren), wurde durch die Klage des BUND erreicht, daß bis zur vollständigen Klärung aller wasserrechtlichen Fragen beim Startbahnbau kein Grundwasser angeschnitten werden darf. Streng genommen müßte dies eigentlich einen Baustopp beinhalten, da der Grundwasserspiegel nur 30 cm unter der Oberfläche liegt, so daß so gut wie keine Baumaßnahme ohne einen Grundwasser-Eingriff vorgenommen werden kann.

Was macht die FAG unter diesen Umständen? Der Beobachter am Startbahn-Gelände sieht es jedenfalls nicht. Die Mauer und Erdaufschüttungen verwehren ihm die Sicht. Dafür hat er/sie das erhebende Gefühl, an einer Stelle, wo früher dichter Wald den Blick begrenzte, nun bis zum Taunus in die Ferne schauen zu können.

Aus neueren Luftaufnahmen jedoch konnten die Bürgerinitiative und der BUND entnehmen, daß umfangreiche Arbeiten auf dem Gelände durchgeführt wurden. Dabei wurden Erdaushebungen in einer Länge von mehreren hundert Metern, einer Breite von etwa 20 m und einer Tiefe von mindestens 1 m bis 1,50 m ausgemacht. Also Baumaßnahmen von genau der Art, wie sie die FAG derzeit nicht durchführen dürfte. Der BUND schlug Alarm und beantragte einen neuerlichen Beweissicherungstermin. Doch als man auf dem Baugelände versammelt war, mußte festgestellt werden, daß die Erdaushebungen — offenbar in fieberhafter Eile — mit Kies und Sand wieder zugeschüttet worden waren. Derartige Praktiken rufen bei den Richtern allerdings nicht einmal mehr ein müdes Arschrunzeln hervor...

Das Recht, auf das der BUND sich mit guten Gründen berufen kann, wird eben nicht nur in der Propaganda als überflüssig und ärgerlich dargestellt. Es wird auch eiskalt ignoriert und gebrochen. Denn der Bau der Startbahn ist abgemacht, und wen scheren dabei schon ein paar klägliche Überbleibsel aus der ohnehin überholten Phase sozialliberaler „Reformpolitik"

KB/Gruppe Frankfurt

„Dieser Betrieb ist besetzt!"

Die wachsende Krise weist zu neuen Arbeitskämpfen

Am 13. Mai 1982 legte die 1.000 köpfige Belegschaft des Mainzer Omnibuswerk von Magirus Deutz spontan die Arbeit nieder, verließ die Werksanlagen und zog vor den Landtag. Die Mombacher Hauptstraße wurde kurzzeitig besetzt, die Magirusfahnen am Werkstor verbrannt. Der Grund: Iveco, ein Ableger des Fiat-Multis und ihrerseits seit Anfang der 70er Jahre Mutter von Magirus, will die gesamte Busfertigung nach Italien verlagern. Nur sieben Tage vorher: ein zweistündiger Warnstreik bei Peine-Salzgitter. Die Beschäftigten befürchten, daß der Stahlstandort Peine mit seinen gegenwärtig 4.000 Beschäftigten dem „Sanierungskonzept" der Stahlbarone zum Opfer fallen soll.

Zwei Beispiele von vielen in den letzten Monaten; sie häufen sich. Heute wurde hier noch demonstriert, morgen schon findet dort vielleicht eine nächste Besetzung statt. Die nebenstehend dokumentierten Betriebsbesetzungen sind die Speerspitze anwachsender Reaktion in den Betrieben auf die Folgen der kapitalistischen Krise. Sie sind die unter den derzeitigen Verhältnissen am weitesten entwickelten und am konsequentesten geführten Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit. Mit all ihren Mängeln und Hemmnissen zeigt die Zunahme von Betriebsbesetzungen in den letzten Monaten Ansätze eines neuen Bewußtseins und Selbstvertrauens in den Betrieben.

Die dokumentierten Betriebsbesetzungen sind keineswegs Produkt besonders günstiger subjektiver Bedingungen; es handelt sich im Gegenteil um durchweg völlig „normale" Betriebe, mit völlig „normalen" Betriebsräten, die weitgehend unangefochten in der Vergangenheit das ihre zum Abbau von Arbeitsplätzen beigetragen hatten und nunmehr verbittert vor dem Scherbenhaufen ihrer „sozialpartnerschaftlichen" Politik stehen. Auch die Gewerkschaften wirken nicht ermunternd, sondern traten den eigenständigen Besetzungen reserviert bis ablehnend gegenüber.

Ausschlaggebend für derartige Aktionen sind die objektiven Bedingungen, die unter der voranschreitenden Krise herangewachsen sind und nun auf verschiedene Weise in Abwehrreaktionen der Kollegenschaft in den Betrieben ihren sichtbaren Ausdruck finden.

In fast allen dargestellten Betrieben hat vorher bereits ein Personalabbau stattgefunden. Die Zustimmung der BR erfolgte in der Hoffnung, darüber die restlichen Arbeitsplätze retten zu können, was sich jedoch als Illusion erwies. Vor einigen Jahren war der Verlust des Arbeitsplatzes in der Regel nicht gleichbedeutend mit Dauerarbeitslosigkeit und Existenzbedrohung. Oftmals — wenn auch nicht in allen Fällen — wurde eine Abfindung dankend in Kauf genommen und dann in einem Nebenbetrieb weitergearbeitet. Diese Möglichkeiten haben sich im Laufe der letzten Jahre radikal geändert. Von daher ist der Kampf um den Erhalt des Arbeitsplatzes mehr und mehr gleichbedeutend mit einem Kampf um die Existenz. Dies gilt in besonderem Maße für Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit, wo kaum mehr Hoffnung auf Weiterbeschäftigung besteht; und dies betrifft in besonderem Maße Frauen und Ausländer aus nicht EG-Ländern, denen Ausweisung bei Verlust des Arbeitsplatzes droht.

Die dargestellten Betriebsbesetzungen sind gleichzeitig Ausdruck wachsender Einsicht in selbständige Aktionen der Arbeiterinnen und Arbeiter. Die Gewerkschaften und das ganze System der Mitbestimmung haben sich als unfähig erwiesen, der kapitalistischen Krise Einhalt zu gebieten. Die Kahlschlagpolitik bei AEG oder im Stahlsektor hat das eindringlich bewiesen. Demgegenüber hat sich gezeigt, daß durch die direkte Aktion oftmals vielmehr zu erreichen ist. Immerhin haben die Betriebsbesetzungen zumindest eine Verzögerung der Konzernabsichten bewirkt und/oder einen besseren Sozialplan zur Folge gehabt.

Wir sind weit davon entfernt, diese ersten Schritte eigenständiger Kampfaktionen als große Wende oder neue Qualität von Arbeiterbewußtsein hochzujubeln; für solche Schlußfolgerungen ist es gewiß noch zu früh und es würde zu einer Unterschätzung der Reserven von Sozialdemokratie und Gewerkschaftsführung bei der Eindämmung dieser Konflikte führen. Es sollte uns aber dazu veranlassen, Schritte realer Veränderungen zu untersuchen und nach Kräften zu unterstützen.

Betriebsbesetzungen am Beispiel ...

Seibel & Söhne (Erwitte)

Gegen die beabsichtigte Stillegung der Zementfabrik (151 Mitarbeiter) wurde von der Belegschaft vom 10. März 1975 bis 30. April 1976 das Werk besetzt. Die bislang längste Besetzung eines Betriebes in der Geschichte der BRD zeichnete sich durch umfangreiche Aktivitäten zur Organisierung der Solidarität aus; Schulklassen, Gewerkschafts- und Studienseminare sowie Delegationen anderer Betriebe (u. a. eine LIP-Arbeiterdelegation) besuchten das Werk: eine Zeitung „Streikstimme", die auch vor anderen Betrieben verteilt wurde, hatte zeitweise eine Auflage von 30.000 Exemplaren; Delegationen fuhren in zig andere Städte, um dort vor Arbeitern, Schülern und Studenten über ihre Besetzung zu berichten. Von Beginn an gab es von Seiten der Frauen eine rege Unterstützung, die ihren Höhepunkt in einer von ihnen organisierten Demo fand.

Das selbstbewußte Auftreten und die breite Solidaritätsarbeit brachte die IG-Chemieführung dazu, sich überhaupt erst mit der Besetzung zu befassen. Sie orientierte in erster Linie auf die juristische Auseinandersetzung mit Seibel, weg von der Eigeninitiative der Beschäftigten. Auf ihr Drängen wurde die Besetzung in einen „Streik von außen" umgewandelt, womit ein wesentliches Faustpfand aus der Hand gegeben wurde. Die Besetzung wurde gewerkschaftsoffiziell nie anerkannt, was die

schäftigten. Auf ihr Drängen wurde die Besetzung in einen „Streik von außen" umgewandelt, womit ein wesentliches Faustpfand aus der Hand gegeben wurde. Die Besetzung wurde gewerkschaftsoffiziell nie anerkannt, was die

Aussperrung der Belegschaft und die Auflösung des Betriebsrats erleichterte. Schließlich empfahl die IG-Chemie, sich beim Arbeitsamt zu melden, was zugleich eine Anerkennung der ausgesprochenen Entlassungen bedeutete.

Am 10. März 1976 kamen 30.000 Menschen zu einer Solidaritätsdemonstration anläßlich des nunmehr einjährigen Streiks in Erwitte. Nach mehr als 400 Tagen sowie einigen Gerichtsentscheidungen endete der Streik mit der Wiedereröffnung des Betriebes.

Becker-Chemie

Der erst 1976 mit erheblichen staatlichen Zuschüssen vom amerikanischen Düngelmittelkonzern „Becker-Industries Corperation" in Brake/Unterweser errichtete Becker-Chemie Betrieb stand bereits Ende 1978 vor der Pleite. 108 Beschäftigten wurde hiermit die Existenzgrundlage geraubt. Ab dem 6. November 1978 begann eine zweimonatige Betriebsbesetzung, um die Demontage des Betriebes zu verhindern. Im Dezember wurden alle Mitarbeiter vom Konkusverwalter entlassen. Erst nach Gefängnisandrohung wegen Landfriedensbruch und mit dem Erscheinen der Polizei vor den Werkstoren wurde Mitte Januar die Werksbewachung eingestellt. Die örtlichen IG-Chemievertreter unterstützten den Betriebsrat, im Gegensatz zur IG-Chemieführung. Ein zweites Erwitte sollte verhindert werden. Bis zur Aufgabe konnte kein Käufer für das Werk gefunden werden. Ob später die Verhandlungen um einen Sozialplan noch zum Erfolg wurden, ist uns nicht bekannt.

Enka-Kassel

Nach der Fusion des deutsch-niederländischen Konzerns Enka-Glanzstoff-AG mit der AKZO 1969 ist dieser zu einem der größten Chemiemultis mit Monopolstellung auf dem Gebiet der Chemiefaserherstellung herangewachsen (77.300 Beschäftigte und 160 Niederlassungen in 50 Ländern). Der Konzern verfolgt die Strategie, in

dieser zu einem der größten Chemiemultis mit Monopolstellung auf dem Gebiet der Chemiefaserherstellung herangewachsen (77.300 Beschäftigte und 160 Niederlassungen in 50 Ländern). Der Konzern verfolgt die Strategie, in

sog. Billiglohnländern (allein vier Werke in Südamerika) eine hausgemachte Konkurrenz aufzubauen, hierüber durch Billigimporte einen Verfall der Preise zu erwirken und damit gezielt die Verluste im Inland hochzutreiben, was somit als Argument für die Stillegung bzw. für die Konzentration der Produktion in den Mutterländern herangezogen wird.

In diesen Strudel multinationaler Konzernpolitik wurde u. a. auch das Enka-Werk in Kassel gezogen. Seit 1969 wurde die Belegschaft von 2.500 auf ganze 840 Beschäftigte zurechtgestutzt. BR-Vorsitzender Haase sorgte für die Zustimmung des BR zu diesen Entlassungen.

Als Ende 1980 bekannt wurde (Haase wußte als AR-Mitglied schon vorher davon), daß nun auch noch die verbliebenen Arbeitsplätze zur Disposition stünden, riß den Beschäftigten endgültig der Geduldsfaden. Mit einer symbolischen Torbesetzung im Dezember 1980 wurde der Anfang gemacht (sie fand jeweils nach Beendigung der Arbeit statt und störte somit nicht den Produktionsablauf). Nach 10 Tagen wurde kurz vor Weihnachten die „Besetzung" unter der Zusicherung abgebrochen, daß eine Entscheidung auf der im Monat drauffolgenden AR-Sitzung nicht getroffen würde. Als dann die Belegschaft über die Presse erfahren hatte, daß der Enka-Vorstand auf einer Klausurtagung drei Tage vor der AR-Sitzung seine Entscheidung treffen und erst danach mit dem Betriebsrat und der IG-Chemie verhandeln wollte, hielt die Belegschaft endgültig nicht mehr still.

Am 26.1.1981 wurden ein Teil der Produktion und der Versand besetzt. Nach Drohung mit einer einstweiligen Verfügung und einer Bereitschaftserklärung seitens des Vorstands, mit dem BR nunmehr verhandeln zu wollen, wurde die Besetzung ohne jede konkrete Zusage über den Erhalt der Arbeitsplätze vom BR wieder abgeblasen. Ende März 1981 legte der Gesamt-BR ein eigenes „Alternativ"-Konzept vor, wonach d i r e k t e Entlassungen vermieden werden sollten. Das alte Kon-

te Zusage über den Erhalt der Arbeitsplätze vom BR wieder abgeblasen. Ende März 1981 legte der Gesamt-BR ein eigenes „Alternativ"-Konzept vor, wonach d i r e k t e Entlassungen vermieden werden sollten. Das alte Kon-

zept: Sozialplan, Abfindung, keine Neueinstellung bei Ausscheiden, d. h. gestreckter Abbau der Arbeitsplätze, fand seine Auferstehung.

Ende Mai 1982 war folgender Stand: Am 17.5. lehnte der Vorstand den Vermittlungsvorschlag des hessischen Landesarbeitspräsidenten Fuhrmann ab, das Kasseler Werk mit einer von 760 (das sind bereits wiederum 80 weniger als im Vorjahr) auf 475 Beschäftigte verringerten Belegschaft weiterzuführen. Das Konzept des Konzernvorstands sieht dagegen die Stillegung des Kasseler Werkes vor; der Rest der Belegschaft soll dann auf Zweigwerke (Aachen, Aschaffenburg und Wuppertal) verteilt werden.

Der Kampf der Enka-Arbeiter/innen indes geht weiter; am 15. Mai führten sie unter Beteiligung anderer Arbeiter ein Autokorso durch, um damit zu zeigen, daß sie den vorprogrammierten Tod auf Raten ihres Werkes auch weiterhin nicht kampflos hinnehmen werden.



Hamburg, 14. Mai: Drei Stunden lang waren die Werkstore der Maschinenfabrik von Ortmann & Herbst zugekettet. Die Belegschaft solidarisierte sich mit dieser Aktion des Vertrauensleutekörpers, da auch sie nicht einsehen, daß trotz Überstundenanfall in einigen Betriebsbereichen 26 der 530 Beschäftigten „wegen der schlechten Auftragslage" entlassen werden sollen. Nach Abbruch der Aktion erklärte sich die Geschäftsleitung zu erneuten Verhandlungen mit dem Betriebsrat bereit.



Die in Frankfurt besetzten Betriebe zeich(net)en sich durch einen überdurchschnittlich hohen Anteil ausländischer Kollegen und bei Videocolor/Ulm an ausländischen Kolleginnen aus. Für sie steht am meisten auf dem Spiel (für nicht EG-Ausländer droht die Ausweisung!) und sie gehören überall zum kämpferischten Teil der Belegschaften. Es wird berichtet, daß die Ausländerfeindlichkeit in diesen Fällen des gemeinsamen Kampfes völlig in den Hintergrund trat.

Video-Color/Ulm

Nachdem in den vergangenen zwei Jahren 50 Mio. Mark investiert wurden, wurde Ende 1981 das „Aus" für das Farbfernsehenröhrenwerk Videocolor durch die Geschäftsleitung des französischen Elektro-Giganten Thomson-Brandt bekanntgegeben (1979 hatte AEG Anteile des ursprünglich zu ihr gehörenden Werkes an Thomson-Brandt verkauft und mit der RCA aus den USA eine Dreierholding gebildet, aus der AEG und RCA dann 1981 ausgestiegen sind). Am 9. November 1981 wurde von der Geschäftsleitung noch eine Verneunfachung der Jahresproduktion angekündigt. Zehn Tage später eröffnete der Konzern das Vergleichsverfahren, die Werkschlies-

ber 1981 wurde von der Geschäftsleitung noch eine Verneunfachung der Jahresproduktion angekündigt. Zehn Tage später eröffnete der Konzern das Vergleichsverfahren, die Werkschlies-

sung wurde bekanntgegeben und Ende November wurden die Kündigungen an die 1.683 Mitarbeiter verschickt.

Ohne Verhandlung mit dem Betriebsrat wurde im Vergleich ein Sozialplan in Höhe von 13 Mio. Mark willkürlich festgelegt. Nach den Vorstellungen des Konzern sollte die Farbröhrenproduktion auf die Werke in Lyon (Frankreich) und Anagni (Italien) konzentriert werden.

Ihre Empörung über die Absichten der Schließung dokumentiert die Belegschaft mit einer dreitägigen Arbeitsniederlegung. Der BR orientierte zunächst auf einen besseren Sozialplan (43 statt 13 Mio. Mark).

Die Wende brachte ein Brief vom Leiter des Entwicklungszentrums an die Geschäftsleitung, der der IGM zugespielt wurde und aus dem einwandfrei hervorging, daß Videocolor ein völlig gesunder Betrieb ist, der nunmehr einer „undurchsichtigen Konzernstrategie" geopfert werden sollte. Trotz eingehender Warnung des Vergleichsverwalters vor weiteren Aktionen trat am 11. Januar 1982 die Belegschaft in einen unbefristeten Streik. Nunmehr ging es der Belegschaft um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.

Gegen 950 streikende Arbeiter wurde daraufhin die fristlose Kündigung beantragt, bis zum 23. Januar 1982 sollten die ersten 368 ihren Arbeitsplatz verlieren, ausländischen Kollegen außerhalb der EG wurde die Aufenthaltsgenehmigung mit Hinweis auf die Werkschließung nicht mehr verlängert.

Trotz dieser Repressalien dauerte die Besetzung des Ulmer Werkes 18 Tage lang an. 57.000 Mark an Spendengeldern kamen zusammen, die evangelische und katholische Kirche erklärten sich mit den Besetzern solidarisch und gründeten ein Unterstützungskomitee, Solidaritätserklärungen aus Lyon und Anagni ermunterten die Streikenden.

sche und katholische Kirche erklärten sich mit den Besetzern solidarisch und gründeten ein Unterstützungskomitee, Solidaritätserklärungen aus Lyon und Anagni ermunterten die Streikenden.

Am 17. Januar nahmen Mitglieder des BR und der Streikleitung das Verhandlungsergebnis an. Die Kündigung von 368 Beschäftigten wurde sofort wirksam, die Hälfte der verbleibenden 1.200 sollten Ende März, der Rest im Juni auf die Straße fliegen. Statt der zunächst angebotenen Summe von 13 Mio. Mark umfaßte der Sozialplan nunmehr 29,5 Mio. Mark, alle Repressalien mußten zurückgenommen werden, die entstandenen Nettolohnausfälle während des Streiks wurden vom Kapitalisten bezahlt.

Das Streikkomitee ist weiterhin aktiv geblieben und hat mit einem Flugblatt in die spätere Besetzung bei Rockwell-Golde eingegriffen.

VDM/Frankfurt

Am 6. August 1981 teilte der Vorstand der Vereinigten Deutschen Metallwerke die beabsichtigte Schließung des Werkes in Heddernheim (F/M) mit. Betroffen waren 1.700 Beschäftigte. Die IGM-Ortsverwaltung kündigte Proteste an, blieb jedoch zunächst untätig. Erst durch die Initiative von 13 Gemeindepfarrern und Mitarbeitern des Industrie- und Pfarramtes der ev. Kirche wurde eine breitere Öffentlichkeit hergestellt.

Am 23. September wurde der endgültige Schließungstermin mitgeteilt (31.3.1982). Einen Tag später gingen einige hundert Beschäftigte des Werkes in einer spontanen Aktion auf die Straße, ein Teil „sicherte" die Tore. Auf Initiative der IGM wurde die Besetzung gleich wieder abgebrochen, da sich die Geschäftsleitung unter diesen Umstän-

Fortsetzung v. letzter Seite

den nicht zu Verhandlungen bereit erklärte. Nach diesem ersten Warnschuß erklärte sich die Geschäftsleitung zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem BR und der IGM bereit. Letztere hatten bereits Mitte September einen Alternativplan zur Weiterführung der Produktion bei VDM ausgearbeitet. Bei den angelaufenen Verhandlungen orientierten sie jedoch nicht mehr auf den Erhalt der Arbeitsplätze, sondern auf einen besseren Sozialplan.

Am 26. Oktober blockieren die VDM-Arbeiter erneut die Werkstore. Sie reagieren im Anschluß an eine Betriebsversammlung damit auf ein provozierendes Sozialplanangebot der Geschäftsleitung. Für eine Woche ruhte die Produktion, ein Materialabtransport wurde verhindert. Nach mehrmaligem Scheitern der Verhandlungen schlossen IGM und BR einen Sozialplan ab, der an der Werkschließung nichts änderte. Die Haltung der Belegschaft zum Verhandlungsergebnis war gespalten, eine Aufrechterhaltung der Besetzung wurde so verunmöglicht; am Nachmittag des 2. Novembers öffneten sich die Werkstore wieder.

Die zum Zwecke der Organisierung der Solidaritätsarbeit gegründete „Bürgerinitiative für VDM", in der zahlreiche Hedderheimer Bürger mitarbeiteten, löste sich auf. In einer Stellungsnahme wertete sie die Besetzungsaktion als Erfolg, den Abbruch der Kampfaktionen als „politischen Fehler"; der IGM wurde das Versäumnis vorgeworfen, die Organisierung gemeinsamer Aktionen der Frankfurter Metallbetriebe unterlassen zu haben.

Rockwell-Golde

Über Rockwell-Golde, wo nach fünftägiger Besetzung ein beachtlicher Teilerfolg erzielt wurde (nach dreimaliger Dezimierung der Belegschaft von 900 — 1974 auf 300 — 1982, lehnte der BR diesesmal die Verhandlungen über Massenentlassungen von vornherein ab mit dem Ergebnis, daß die angekündigten Entlassungen erst einmal vom Tisch sind), berichteten wir im letzten ARBEITERKAMPF

Mannesmann-Demag

Nach 12-tägiger Besetzung und Streik der Belegschaft wurde die Arbeit am 10. Mai wieder aufgenommen. Im Gegensatz zu den vorherigen hat die IGM-Ortsverwaltung diese dritte Besetzung innerhalb der letzten sieben Monate in Frankfurt von vornherein unterstützt. Der „Kompromiß", der zwischen der IGM, dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung ausgehandelt wurde und schließlich für den Abbruch der Besetzung sorgte, ist indes beschämend: Von den 140 geplanten Entlassungen soll nun 36 der Betroffenen ein Arbeitsplatz in einem anderen Mannesmann-Betrieb angeboten werden. Bei den anderen Entlassungen sollen „bevorzugt" Kolleg/inn/en ab 59 ausgesucht werden; für sie wird ein Sozialplan ausgearbeitet; die während des Streiks gegen 18 Beschäftigte ausgesprochenen fristlosen Kündigungen sowie sämtliche Abmahnungen an die Streikenden werden zurückgestellt; die Streiktage werden nicht bezahlt, jedoch ein 2.000-Mark-Vorschuß gewährt, der mit dem Urlaubsgeld verrechnet werden soll.

Gewerkschaften und Betriebsbesetzungen — am Beispiel Frankfurt

Mit der Schließung von VDM und den Teilschließungen bei Triumph-Adler ist die Kette von Massenentlassungen und weiterhin drohenden Betriebsstillegungen in Frankfurt nicht abgerissen. Die Frankfurter IGM-Ortsverwaltung (OV) verweist auf 4.250 Arbeitsplätze in 15 Betrieben, deren Vernichtung bereits durchgeführt worden ist oder in allernächster Zeit bevorsteht. Somit entfällt schon jetzt auf fünf Arbeitssuchende in Frankfurt nur eine offene Stelle. Welche Mitverantwortung die IGM bei dieser Entwicklung trägt, zeigt sich exemplarisch bei Triumph-Adler (TA) und VDM; die beide zum Mutterkonzern VW gehören.

Direkt nach der Übernahme von TA durch VW 1979 bestanden bereits Pläne, das Werk in den nächsten Jahren schrittweise zu schließen. Bei den Betriebsrätewahlen 1978 eroberte eine von Ausländern gestellte Liste insgesamt sechs von 23 Sitzen. BR-Vorsitzender Franz Stein stellte daraufhin Ausschlußantrag aus der IGM, der mit einem vorübergehenden Funktionsverbot für die ausländischen Kollegen endete. Bei der BR-Wahl 1981 (die Sanierungspläne der Geschäftsleitung sickerten immer mehr durch) lehnte Stein und mit ihm die BR-Mehrheit das Angebot eines gemeinsamen Aktionsplans ab.

Stein, gleichzeitig Mitglied im Aufsichtsrat von TA und somit im Besitz von Informationen, verweigerte jegliche Auskunft über diese Pläne. Erst einen Tag vor dem Werksurlaub (!) unterrichtete er die Vertrauensleute über die knallharte Alternative: Schließung oder Entlassung von 600 bis 800 Beschäftigten (von 3.300). Als dennoch ca. 200 Kolleg/inn/en in einer spontanen Demonstration zur IGM-OV zogen, standen sie vor verschlossenen Türen.

Auf einer Pressekonferenz äußerte sich der DGB-Kreisvorsitzende Kiesewetter, daß ein „Absturz des Adlers" nicht mehr aufgehalten werden könne. Die nach den Werksferien am 2.9.81 einberufene IGM-Vertreterversammlung, wo über Gegenmaßnahmen bei TA beraten werden sollte (inzwischen war auch die Schließungsabsicht bei VDM bekannt), wurde wegen Beschlußunfähigkeit vertagt. Eine Demonstration gegen Arbeitsplatzvernichtung in Frankfurt organisierte die IGM erst zu einem Zeitpunkt, n a c h - dem bei TA und VDM die Entscheidung gefallen war: In beiden Fällen orientierte die IGM-OV (bei VDM gegen die Besetzung) auf einen Sozialplan. Alternativpläne der IGM für TA (VW müsse für Ersatzproduktion sorgen) und VDM (Weiterführung von angeblich profitablen Betriebsteilen) hatten eher Alibi-Funktion und spielten in den Verhandlungen keine Rolle mehr. Hintergrund dieser skandalösen Untätigkeit von der IGM ist in der Verfilzung zu sehen: Eugen Loderer, Vorsitzender der IGM, ist gleichzeitig stellvertretender AR-Vorsitzender von VW und kennt somit die längerfristigen Pläne des Konzerns. BR-Vorsitzender Stein bei TA, gleichzeitig Mitglied der IGM-OV in Frankfurt, ist ebenso Mitglied im Aufsichtsrat bei TA wie Günkel, der seineszeichens 1. Bevollmächtigter der IGM-OV in Frankfurt war und als ehrenamtliches Mitglied im Bundesvorstand der IGM vertreten ist. Rudi Blank, IG-Metaller und langjährig stellvertretender Gesamt-BR-Vorsitzender von VW, wurde im Juli 1981 Arbeitsdirektor von TA und damit gleichzeitig Vorstandsmitglied. Karl Gustav Ratjen, AR-Vorsitzender der VW und somit „Kollege" von Loderer, ist gleichzeitig Vorstandsvorsitzender der Metallgesellschaft und in dieser Funktion maßgeblich verantwortlich für die Schließung der Tochterfirmen TA und Adler in Frankfurt.

Diese personelle Verfilzung und die konkrete Politik vor Ort macht offensichtlich, daß es im VW-Konzern gelungen ist, durch entsprechende Postenvergabe maßgebliche Funktionäre der IGM als Träger seiner Rationalisierungsstrategie mit einzubauen.

Offenbar ist Adler Opfer der Strukturpolitik westeuropäischer Regierungen in ihrem Bemühen, mit massiver staatlicher Unterstützung einige wenige ausgesuchte Elektrogiganten gegen die internationale Konkurrenz aus Japan und den USA aufbauen zu wollen. Welche Rolle bei diesem Prozeß, der hunderttausende von Arbeitsplätzen kosten wird, der Europäische Gewerkschaftsbund und die IGM spielt, läßt sich nur vermuten. Das Frankfurter Beispiel deutet jedenfalls auf einiges hin.

Taktikwechsel

Nach dem traurigen Wirken der IGM-Ortsverwaltung/Frankfurt bei Triumph-Adler ist von Seiten der Belegschaft und der aktiven Gewerkschafter Kritik laut geworden. Insbesondere die VDM-Besetzung, die ja eine von der IGM-OV losgelöste Aktion war, signalisierte den Vertrauensverlust für die IGM, falls sie auf ihrem bisherigen Kurs weiterzugehen gedenkt.

Sichtbarer Ausdruck der aufgetretenen Widersprüche war die anschließende Neuwahl des Bevollmächtigten der IGM-OV/Frankfurt. Hermann Günkel, der, gestützt auf die Betriebsratsführer der wichtigsten Frankfurter Betriebe, die OV 25 Jahre fest im Griff hatte, war aus Altersgründen zurückgetreten. Für die Kontinuität seiner berüchtigten Tradition („das Uganda der IGM") sollte nun sein Stellvertreter Günter Otto sorgen. Neben Otto — und das gilt für Frankfurter Verhältnisse als überraschend — trat noch ein zweiter Kandidat zur Wahl an. G. Schwarz vom IGM-Bezirksvorstand ist bekannt für seine Kritik an der Bremserpolitik der OV-Spitze. Immerhin stimmte ein Drittel der Delegierten für ihn.

Ein weiteres Zeichen wurde durch eine Veranstaltung von VDM-Kolleg/inn/en gesetzt, die mit Unter-

Ein weiteres Zeichen wurde durch eine Veranstaltung von VDM-Kolleg/inn/en gesetzt, die mit Unterstützung seitens der GEW durchgeführt wurde. Unter den 400 Teilnehmer/inne/n befanden sich auch Kolleg/inn/en von Videocolor/Ulm und Triumph-Adler. Die Veranstaltung war ein Erfolg für die vorstandskritischen Gewerkschafter. Auf der DGB-Kreisvorstandssitzung am 9. März wurde die GEW unter Beschuß genommen und beschlossen, daß sich einzelne Gewerkschaften *„nicht zu Wortführern der Kritik anderer DGB-Gewerkschaften machen könnten"* (Zitat und Information aus „Arbeiterpolitik", 1.5.82). Die Kritik an der Frankfurter OV fiel zusammen mit einer Veranstaltung von ebenfalls ca. 400 Kolleg/inn/en, die eine Woche zuvor gegen den „Ja-aber"-Beschluß des DGB-Frankfurt Stellung bezogen hatten. Das flexiblere Vorgehen der IGM-OV wurde bei Rockwell-Golde sichtbar, wo sie das Vorgehen des BR, nicht über einen Sozialplan zu verhandeln, sondern für den Erhalt der Arbeitsplätze zu kämpfen, zumindest verbal unterstützte. Ähnlich versuchte sie auch bei der anschließenden Mannesmann-Aktion nicht ins Abseits zu geraten und lud hier sogar ihrerseits zu einer Protestversammlung ein. Das äußerst schäbige Ergebnis, auf das sich die IGM aber letztlich auf dem Verhandlungswege eingelassen hat, zeigt, daß hier kein grundsätzlicher Wandel stattgefunden hat.

Trotzdem ist festzuhalten, daß die Besetzungen auch in den verkrusteten Blechhaufen der IGM-Spitze in Frankfurt etwas Leben gebracht haben; die Ausgangsbedingungen für die aktiven fortschrittlichen Gewerkschafter sind dadurch gewiß nicht schlechter geworden.

Betriebs- und Gewerkschaftskommission



Hamburg, 24. Mai: Gut 1.000 Beschäftigte der Gabelstaplerfabrik Still traten nach der Mittagspause in einen Warnstreik, um gegen die geplante Teilstillegung und der damit befürchteten Entlassung von 116 Kolleg/inn/en zu demonstrieren.

Kontaktadressen

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
B. Möller
Postfach 103141
28 Bremen 1

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Köln
KB/Gruppe Köln
c/o BULI-Büro
Jülicher Straße 22
5000 Köln 1

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
Postlagerkarte
032 776 B

Frankfurt
Postlagerkarte
032 776 B
6000 Frankfurt 1

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos. Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 071089 A
Postamt Leimen

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier

Redaktion des
ARBEITERKAMPFES
Lindenallee 4
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 19
Redaktion: 040/43 53 20
Abonnement-Verwaltung:
040/43 53 46

Hamburg:

Guter Auftakt zur Gegenwehr

Auf Initiative der „aktiven Metaller" der HDW-Hamburg (ihre Mitglieder wurden jüngst aus der IGM ausgeschlossen bzw. erhielten eine „Disziplinarstrafe") fand am 9.6. eine Versammlung statt. Vor dem Hintergrund anstehender Massenentlassungen und Betriebs(teil)stillegungen insbesondere in der Hamburger Metallindustrie (v. a. der Werften) und der Untätigkeit der IGM auf diesem Sektor wurde diese Versammlung vom Veranstalter als Auftakt für die Sammlung von Kräften aktiver Gegenwehr verstanden. Gekommen waren 370-380 Kolleginnen und Kollegen nicht nur aus der Metall-Branche. Praktisch alle namhaften Metallbetriebe Hamburgs waren durch ihre Betriebsratsvorsitzenden, Betriebsratsmitglieder oder Vertrauensleute personell vertreten.

Der Betriebsratsvorsitzende von der HDW, Holger Maler, von Ortmann & Herbst, Dieter Bonk, sowie Vertrauensleute von Jungheinrich und der Firma Still betonten in ihren Redebeiträgen, daß die Linie der Sozialpartnerschaft (aushandeln von Sozialplänen, Abfindungen etc.) keinen Beitrag zum Erhalt von Arbeitsplätzen leisten kann und stattdessen vielmehr auf Kampfmaßnahmen der Betroffenen orientiert werden müsse. In diesem Zusammenhang stieß der Beitrag von Heinz Göppler, Betriebsratsvorsitzender von Rockwell-Golde aus Frankfurt, der über die erfolgreiche Betriebsbesetzung ausführlich informierte, auf viel Beifall. Er erzählte, wie solch weitgehende Kampfaktionen trotz scheinbar schlechter Ausgangsbedingungen durch Informations- und Solidaritätsarbeit dennoch zu bewerkstelligen sind. Eine Betriebsrätin von Broschek (Druck) berichtete über die Ausländerfeindlichkeit in ihrem Betrieb und sprach sich für einen verstärkten Kampf dagegen aus, der auch durch das schlechte Abschneiden der HLA bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg nicht einfacher geworden sei.

Ein bekanntes Mitglied der DKP von HDW sprach sich für die Wiederaufnahme der „aktiven Metaller" in die IGM aus. Gleichzeitig betonte er jedoch, die Kollegen sollten, statt solche Versammlungen durchzuführen, lieber die IGM-Vertreterversammlung zum „Parlament der Arbeit" umwandeln. Dem wurde entgegengehalten, daß es das Verhalten der IGM-Führung ist, das eine solche Versammlung gerade notwendig macht. Bereits am 2.11.1981 wurde von ihr auf der Vertreterversammlung eine Abstimmung zu Aktionen gegen die Sparbeschlüsse (vergleichbar mit der in Stuttgart) vermieden. Ein gleichnamiger Antrag auf der Vertreterversammlung wurde ebenso abgeblockt, allerdings mit dem „Zugeständnis", diesen auf DGB-Bezirksebene weiterzuleiten. Als schließlich auf der Vertreterversammlung am 5.5.82 ein Antrag für Kampfmaßnahmen gegen die anstehenden Entlassungen eingebracht wurde, ist dieser auf Initiative des Vorstands abgelehnt worden. Stattdessen soll sich nun nach (!) der Sommerpause eine große Funktionärskonferenz mit diesem Thema befassen.

Statt aktiv zu mobilisieren, so wurde der IGM-Führung vorgeworfen, habe sie aus wahlunterstützenden Erwägungen für die SPD darauf verzichtet. Tatsächlich wurden die Möglichkeiten, daß im Herbst endlich Aktivitäten von der IGM ausgehen, als sehr gering eingeschätzt. Aus diesem Grund sollte dieses Treffen erst als Auftakt verstanden werden. Nach der Sommerpause, so die Initiatoren, werde dieser Ansatz weiterverfolgt. Inzwischen ist aus diesem Kreis ein erstes Informationsblatt (die „Alternative Hamburgseite") erschienen, das nunmehr des öfteren herauskommen soll.

Das andere Amerika: Wachsende Solidarität mit El Salvador

Interview mit Bill Zimmermann (Präsident der „Weltfront der Solidarität mit dem Salvadorianischen Volk"

Das folgende Interview mit Bill Zimmermann wurde von einem Mitglied des El Salvador Komitee Köln geführt und verschiedenen Zeitungen zur Verfügung gestellt. Wir veröffentlichen die Auszüge, die sich vor allem auf die amerikanische Solidaritätsbewegung beziehen. Anschaulich wird daran deutlich, unter welchen Bedingungen die Solidaritätsbewegung und die Linke arbeiten, welchen politischen Stand sie haben. Auf besonderes Interesse, aber auch auf heftigen Widerspruch dürfte dabei die Trennung von Solidaritätsbewegung und Antiinterventionsbewegung treffen, die so sicherlich auch in der amerikanischen Linken nicht unumstritten ist.

Köln, 9.Juni 1982

Frage: Kannst Du uns erklären, wie sich die El Salvador Solidaritätsbewegung in den USA entwickelt hat — auch in Beziehung zur allgemeinen Oppositionsbewegung in den USA?

Bill Zimmermann: Heute wird die meiste Solidaritätsarbeit auf Massenebene von einer Organisation namens CISPES (Comitee in Solidarity with the People of El Salvador) gemacht. Gegenwärtig gibt es annähernd 300 CISPES-Gruppen in den USA. Aber CISPES vertritt nur die Solidaritätsarbeit, es gibt auch eine Menge Arbeiten, die angemessener als antiinterventionistische zu bezeichnen sind. Wir haben zwei Haupttendenzen in den USA: die eine ist die Tendenz der Solidarität, in der Leute engagiert sind, die die Revolution in El Salvador unterstützen, und die andere ist die Tendenz der Anti-Intervention, die sich nur um die US-Einmischung in El Salvador kümmert und nicht notwendigerweise die FMLN und die FDR in El Salvador unterstützt. Die Solidaritätsarbeit wird hauptsächlich von der Linken gemacht, von Leuten, die einige politische Erfahrungen haben. Im Hinblick auf die weltweite Situation und auf die Situation in El Salvador ist dies nicht notwendigerweise die wichtigste Arbeit. In den USA, denke ich, ist die Arbeit gegen die Intervention die wichtigste.

Es gibt viele Veteranen-, Kirchen-, humanitäre Organisationen, die gegen die Intervention in El Salvador opponieren; die meisten, weil sie spüren, wie sich eine Situation wie damals in Vietnam entwickelt. Wie ihr wißt, war der Vietnam-Krieg eine sehr dramatische Erfahrung für das Volk in den USA, in allen sozialen Sektoren, sowohl was die Menschenleben betrifft, die wir in Vietnam verloren, als auch die Veränderungen in der Wirtschaft der USA. Es gab in den letzten Jahren sehr dramatische wirtschaftliche Veränderungen, und viele Leute schreiben den Niedergang der US-Wirtschaft der Einmischung in Vietnam zu. Deshalb gibt es eine Abneigung, in eine ähnliche Situation verstrickt zu werden. Dies wiederum spiegelt sich im Kongreß wider, der für uns der schwächste Punkt in der Strategie des US-Imperialismus ist. Der Präsident muß — egal, was er in El Salvador machen will — vor den Kongreß gehen,

des US-Imperialismus ist. Der Präsident muß — egal, was er in El Salvador machen will — vor den Kongreß gehen,

um den Haushalt genehmigt zu bekommen. Egal wie aggressiv Reagan und Haig in Mittelamerika sein wollen, werden ihre Hände gebunden sein, wenn der Kongreß den Preis dafür nicht bezahlen will. Ebenso war der Kongreß der wichtigste Ort in den letzten Jahren des Vietnamkrieges, weil er die Unterstützung an die Saigoner Regierung kontrollierte. Wir meinen, daß heute dasselbe für El Salvador gilt. Wir sind strategisch schwach. Eine der Regeln des Guerilla-Krieges besagt: wenn du schwach bist, konzentriere deine Kräfte gegen den schwächsten Punkt des Feindes. Und wir meinen, der schwächste Punkt ist der Kongreß. Deshalb versuchen wir, alle Organisationen, die gegen die Intervention sind — die Gewerkschaften, die kirchlichen, die humanitären Organisationen — dazu zu bringen, ihre Anstrengungen auf den Kongreß zu konzentrieren und die Kongreßabgeordneten zu überzeugen, gegen die US-Hilfe nach El Salvador zu stimmen.

Gegenwärtig gibt es bezüglich der El Salvador-Frage viele Unterschiede im Kongreß; die allgemeine Bilanz lautet: 1/3 gegen weitere US-Hilfe nach El Salvador, 1/3 dafür, 1/3 — in der Mitte — schwankend. Wir versuchen, unsere Aufmerksamkeit auf dieses Drittel zu konzentrieren.

Es gibt viele Gründe, weshalb Kongreßabgeordnete gegen die US-Intervention in Mittelamerika stimmen, und dies sind nicht notwendigerweise unsere Gründe. Einge der Kongreßabgeordneten befürchten nur Unruhen in den USA selbst, ähnlich denen, die es während des Vietnamkrieges gab, und sie meinen, El Salvador sei nicht den Preis wert, der zu bezahlen wäre, wenn diese Unruhen entstehen.

Andere meinen, El Salvador habe keine wirtschaftliche Bedeutung für die USA und tatsächlich gibt es nur sehr wenige US-Konzerne und eine sehr kleine Investitionssumme in El Salvador, und El Salvador ist auch eine sehr kleines Land. El Salvador hat politische Bedeutung, weil es nahe des Panamakanals liegt und wenn die Revolution Erfolg hat in El Salvador, wird das die Revolution in Guatemala und Honduras ermutigen, die wirtschaftlich viel wichtiger sind für die USA. Andere Kongreßabgeordnete haben wiederum das Gefühl, El Salvador sei schon verloren, die Faschisten sind an der Macht und in der Regierung, und es lohne sich nicht, dafür zu kämpfen; laßt uns die Linie um Guatemala ziehen und nicht um El Salvador. So hat jeder seine eigenen Gründe für seine Opposition. Einige der Gründe sind gut, andere nicht so gut. Aber wir denken nicht, daß unsere Arbeit darin bestehen sollte, die Kongreß-Mitglieder zu erziehen oder unter ihnen eine Solidaritätsbewegung aufzubauen, vielmehr darin, die US-Hilfe zu stoppen, und dann können die Salvadorianer den Krieg alleine gewinnen.

Das ist in etwa das Bild der Bewegung in den USA. Sie wächst sehr schnell. Die öffentliche Meinung ist auf unserer Seite, überwältigend auf unserer Seite. Bei einer Gallup-Umfrage wurde gefragt: Sind Sie für oder gegen den Einsatz von US-Truppen in El Salvador. 89% der Befragten waren gegen einen solchen Einsatz. Das bedeutet, daß jeder Präsident, der US-Truppen nach El Salvador schickt, die nächste Wahlen nicht wird gewinnen können, weil die öffentliche Meinung so überwältigend gegen einen solchen Einsatz ist. Wir glauben nicht, daß eine solche US-Intervention eine historische Möglichkeit ist. Auf die Gallup-Frage: Sind Sie für oder gegen eine Einmischung gleich welcher Art in El Salvador, Militärberater, militärische und wirtschaftliche Hilfe, antworteten mehr als die Hälfte der Befragten, 54%, gegen jede Art von Einmischung zu sein. Dies ist der Vietnam-Situation sehr unähnlich, als zu Beginn des Krieges die Leute mit überwältigender Mehrheit dafür waren. Dieses Mal sind sie mit überwältigender Mehrheit gegen die US-Einmischung in El Salvador.

Wir denken deshalb, daß wir strategisch in der Lage sind, die Wahlmöglichkeiten von Reagan und Haig in El

Wir denken deshalb, daß wir strategisch in der Lage sind, die Wahlmöglichkeiten von Reagan und Haig in El

Salvador zu begrenzen. Wenn die FMLN ihre militärische Kapazität vergrößern kann und wir die militärische Hilfe aus den USA niedrighalten können, wird das Kräfteverhältnis schließlich zu Gunsten der FMLN ausschlagen.

Frage: Was für Methoden wendet ihr bei der Massenarbeit an?

Bill Zimmermann: Die Komitees machen Demonstrationen. Manchmal werden diese Demonstrationen landesweit koordiniert. Im März 1981 gab es gleichzeitig in 15-20 Städten der USA Demonstrationen; im März 1982 gab es eine zentrale Demonstration in Washington mit 50.000 Teilnehmern.

Andere sind Anzeigenkampagnen in Zeitungen, vor allem während kritischer Momente in El Salvador, damit die Öffentlichkeit andere Informationen als die in den Nachrichten bekommen kann.

Wir haben jetzt auch drei Filme, die über El Salvador gemacht wurden: einer ist besonders wirkungsvoll, nämlich „El Salvador — ein anderes Vietnam?".

Dann gibt es Redner, die regelmäßig auftreten, vor allem an den Universitäten, um das El Salvador Problem zu diskutieren. Wir haben auch eine Reihe von Film- und Fernsehschauspieler(innen) für die Solidaritätsarbeit für El Salvador gewonnen.

Wir haben auch mit einer Organisation namens „Medical Aid for El Salvador" begonnen, mit der wir unsere Solidarität manifestieren. Es ist eine Organisation, mit deren Aufbau ich vor einem Jahr begonnen habe nach dem Muster einer ähnlichen Organisation namens „Medical Aid for Indochina", die während des Vietnamkrieges arbeitete. „Medical Aid for El Salvador" sammelt Spenden in den USA, im wesentlichen auf einer humanitären Linie. Dieses Geld wird den Volkskliniken der FMLN zur Verfügung gestellt. Wir haben versucht, in dieser Arbeit Leute zu engagieren, die unmittelbar rechts neben jenen einzuordnen wären, die in CISPES direkt arbeiten, d.h. Leute, die nicht zu Demonstrationen gehen wollen, die sich bei militanten Aktionen nicht wohlfühlen, in erster Linie, weil sie mittelständisch sind oder politisch noch nicht so weit, die aber gleichwohl zur US-Außenpolitik in El Salvador Stellung beziehen wollen. Diese Leute kann man auf der Grundlage der humanitären Sorge um die Kriegsopfer ansprechen.

Frage: Von der historischen Kontinuität bezüglich der Anti-Vietnamkriegs-Bewegung haben wir schon kurz gesprochen. Kannst Du noch etwas sagen über die soziale Zusammensetzung der El Salvador Solidaritätsbewegung?

Bill Zimmermann: Das sind viele Fragen auf einmal. Laßt uns nochmals auf die Kontinuität der Anti-Vietnamkriegs-Bewegung zurückkommen. Ich glaube, das ist besonders interessant. Gegenwärtig gibt es in den USA sehr wenige linksgerichtete Parteien, bzw. haben sie sich wenig entwickelt. Die meisten, die noch existieren, sind sehr isoliert, sehr sektiererisch, sehr borniert in ihren Perspektiven, und sie rekrutieren weder sehr viele Leute noch



die besten. Gleichzeitig gibt es Überreste von der Vietnam-Bewegung, Zehn-

die besten. Gleichzeitig gibt es Überreste von der Vietnam-Bewegung, Zehn-

tausende von Leuten, mit großer politischer Erfahrung als Organisatoren, als Aufklärer und Propagandisten, als Teilnehmer einer militanten und sehr breiten und ausgeklügelten (sofisticated) Bewegung. Diese Leute wissen nicht, wo sie politisch hingehen sollen, weil die linken politischen Parteien nicht reif genug sind, ihr Interesse anzuziehen. Wir haben also eine Situation, wo es sehr, sehr viele unorganisierte, aber gute politische Arbeiter gibt in den USA. Wenn etwas passiert wie heute in El Salvador, kommen diese Leute aus dem Niemandsland, wie es scheint, hervor mit ihren politischen Fertigkeiten, die für diese Art Arbeit erforderlich sind.

Aber die El-Salvador-Bewegung umfaßt viel mehr als diese Leute. Es gibt auch eine neuen Generation von politischen Aktivisten, die zu jung waren, um an der Bewegung gegen den Vietnam-Krieg teilzunehmen. Die Führung von CISPES besteht z.B. in erster Linie aus diesen jüngeren Leuten. Sie sind sehr gut, sie haben eine enorme Energie und Kreativität und sie setzen sich sehr ein. Das macht uns, die wir graue Strähnen in den Bärten haben, optimistischer, wenn wir sehen, daß trotz der Zeitungsberichte über die Jugend, über Drogen, Materialismus, Konsumorientierung, immer noch sehr viele junge Leute da sind, die sich in der Politik engagieren.

Ihr habt nach der sozialen Zusammensetzung der Bewegung gefragt. Sie ist viel breiter als bei der Vietnam-Bewegung, eben wegen der Vietnam-Erfahrung. Die USA machen nicht nur sehr ernste wirtschaftliche Veränderungen, sondern auch politische durch in den letzten zehn Jahren. Dies nicht nur wegen Vietnam, sondern auch wegen Watergate. Da Vietnam und Watergate zur selben Zeit und miteinander verbunden passierten, sind die meisten US-Amerikaner sehr skeptisch gegenüber der Regierung, glauben nicht mehr so einfach an die Informationen, die von Washington kommen. Das ist eine enorme Veränderung, denn zu Beginn des Vietnam-Krieges waren die meisten Amerikaner gegenüber der Regierung loyal und glaubten, was die Regierung sagte. Heute ist das Gegenteil der Fall; es gibt einen enormen Skeptizismus.

Die soziale Zusammensetzung der El Salvador Bewegung schließt Gewerkschaftsmitglieder ein (während des Vietnam-Krieges waren die Gewerkschaften immer auf der anderen Seite; bis zum Ende des Krieges waren die Gewerkschaften dafür, während wir dagegen waren; heute ist es viel leichter, mit den Gewerkschaften zu arbeiten). Die Kirchen in den USA, vor allem die katholische, nehmen eine sehr gute Position ein in der El Salvador Frage. Das hängt offensichtlich mit der Ermordung von Romero und der nordamerikanischen Nonnen zusammen. Aber die katholische Kirche ist normalerweise eine sehr konservative Kraft und während des Vietnam-Krieges waren die katholische Hierarchie und Führung immer auf der Seite Washingtons.

Dies sind nur zwei Beispiele für ein viel breiteres Interesse. Sogar unter den Kapitalisten gibt es eine gewisse Unterstützung für unsere Seite, eine gewisse Opposition gegen die Einmischung in El Salvador, denn sie betrachten das Problem vom Standpunkt einer Kosten-Nutzen-Analye aus und denken, daß der Preis gemessen am

einer Kosten-Nutzen-Analye aus und denken, daß der Preis gemessen am

Nutzen zu hoch ist.

Frage: Kannst Du die Verbindung der Salvador-Bewegung mit oder ihre Integration in anderen sozialen Bewegungen wie der allgemeinen Friedensbewegung, der Anti-AKW-Bewegung etwas näher erläutern?

Bill Zimmermann: Die Verbindungen sind nicht sehr tief. Vor allem die Anti-Nuklear-Bewegung versucht, sich einzig und allein auf Atomwaffen zu konzentrieren, wegen der historischen Möglichkeit, neue Sektoren zu gewinnen, vor allem aus dem konservativen-, Unternehmer- und republikanischen Lager. Sogar das Atomenergie-Problem wird aus der Bewegung rausgehalten; sie möchten sich ganz eng auf die Nuklearwaffen konzentrieren. Das heißt natürlich nicht, daß es keine Anti-AKW-Aktivitäten mehr gibt; es gibt immer noch sehr viele Leute, die daran interessiert sind. Aber die sehr großen Massendemonstrationen und Massenorganisationen, die in den nächsten Monaten in den USA entstehen werden, werden alle die Nuklearwaffen als Brennpunkt haben. Die „Nuclear-freeze-campain", die Demonstrationen in Zukunft, einschließlich derjenigen am nächsten Sonntag, richten sich nur gegen Nuklearwaffen. Die El Salvador Arbeit spielt dabei wirklich keine Rolle.

Die Linke, die Leute, die ich kenne, die Führung von DISPES, versucht nicht, das Salvador-Problem in die Friedensbewegung einzubringen, denn wir meinen, daß es heute eine Gelegenheit gibt, die Gesamtbewegung zu verbreitern und daß es heute wichtiger ist, die Bewegung zu verbreitern als sie zu vertiefen.

Ich denke, in dieser Zeit ist es möglich, Leute wie Reagan von Sektoren zu isolieren, die normalerweise mit seinesgleichen verbündet sind, und das ist taktisch das Wichtigste. Ich denke also, daß sich heute in den USA die Salvador-Bewegung in eine Richtung und die Friedensbewegung in eine andere entwickelt. Es gibt freundschaftliche Beziehungen, einige Leute, auch ich, sind in beiden Bewegungen. Aber im Großen und Ganzen gibt es eine Trennung zwischen beiden.

Frage: Wie steht es mit der Gefahr, daß die Reagan-Regierung, ihrer möglichen Wahlniederlage im November bewußt, versucht, den Krieg in El Salvador zu forcieren?

Bill Zimmermann: Zwei Faktoren arbeiten zu unseren Gunsten: der eine ist der Malvinas-Krieg. Die Reagan-Regierung machte einen sehr großen Fehler, als sie Großbritannien so stark unterstützte. Damit hat sie alle ihre Freunde in Südamerika verloren. Sogar die faschistischen Regierungen sind heute gegen die USA. Die Strategie, über die sie vor diesem Konflikt verfügte, nämlich, die Armeen von Venezuela, Argentinien, Kolumbien für die Intervention in El Salvador zu benutzen, bezahlt von den USA — diese Strategie funktioniert nicht mehr. Vielleicht können sie in zwei, drei Jahren diese Beziehungen wieder reparieren und für eine solche Strategie benutzen. Aber ich denke, daß diese Länder sich für mindestens zwei Jahre nicht mehr auf diese Art einbeziehen lassen. Das ist für die FMLN ein sehr positiver Umstand.

Der zweite Faktor ist die Wahl der extremen Rechten in El Salvador. Das beste Argument, das Reagan dafür hatte, die Regierung dort weiter zu unterstützen, war, daß die Christdemokraten wirkliche Reformen durchführten, das Land verteilten, die Regierung veränderten, die politische Gewalt abschafften, weil sie wie wir seien, dieselbe Politik machten wie wir. So wurde die Wahlfarce vom 28. März vorbereitet und durchgeführt und die Wahlen waren in dem Sinne erfolgreich, daß sie viele Leute auf der ganzen Welt davon überzeugten, viele Menschen hätten daran teilgenommnen. Das war eine Lüge, aber wir konnten nicht wirklich beweisen, daß es eine Lüge war. Von diesem Standpunkt aus betrachtet waren die Wahlen also ein Erfolg, aber bezüglich des Wahlsiegers waren sie eine schreckliche Niederlage für Reagan, denn die Christdemokraten sind weg und Roberto d'Abuisson ist Präsident der verfassunggebenden Versammlung. Viele der liberalen und sogar einige der konservativen Kongreßmitglieder, die bislang die Reagan-Linie unterstützten, tun dies nicht länger, eben wegen d'Abuissons Wahl. Das beste Beispiel

bislang die Reagan-Linie unterstützten, tun dies nicht länger, eben wegen d'Abuissons Wahl. Das beste Beispiel

dafür wurde vor ca. zwei Wochen deutlich, als der Auswärtige Ausschuß des Senats nach dem Wunsch der Regierung die Militärhilfe von 66 auf 166 Millionen Dollar hätte erhöhen sollen. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senats, der ein „Republikaner" ist, Senator Percy aus Illinois, sagte nein und sprach sich für eine Reduzierung des vorgeschlagenen Haushaltes um 100 Millionen Dollar aus, womit die US-Militärhilfe für die salvadorianische Regierung auf dem Niveau von 1982, 66 Millionen Dollar, bleiben wird. Der Grund für seine Entscheidung war die Wahl von Roberto d'Abuisson. Die Einschätzung von Percy ist wiederum eine unternehmerische: was bekommen wir zurück, wenn wir so und soviel investieren? Senator Percy ist ein Unternehmer, er war Manager bei einem transnationalen Konzern, Bell and Howeyll, bevor er in den Senat ging. Er beurteilt diese Probleme also von einem unternehmerischen Standpunkt, und so sagte er: d'Abuisson ist an der Macht, er ist isoliert, es wird keine wirklichen Reformen geben und wir wissen aus unseren Erfahrungen in Vietnam, daß wenn die Leute gegen die Regierung sind, es keinen Sinn hat, noch so viel Geld und noch so viel Truppen reinzustecken — die Regierung wird schließlich aufgeben. Angesichts der Wahl von d'Abuisson und angesichts des Malvinas-Krieges hat Reagan keine Möglichkeiten mehr offen. Ich denke daher, daß wir zumindest in den nächsten 2 Jahren wesentliche Fortschritte machen, die Bewegung verbreitern und die Militärhilfe auf 66 Millionen Dollar jährlich herabdrücken werden.

Forts. n. Seite

Fortsetzung v. letzter Seite

Frage: Zur gleichen Zeit als der Haushaltsvoranschlag für die Militärhilfe nach El Salvador gekürzt wurde, wurde derjenige für die Militärhilfe an Israel um den gleichen Betrag erhöht. Die Frage wäre, wie die antiinterventionistische Bewegung in den USA mit anderen US-Interventionen auf der Welt umgeht, z.B. im Mittleren Osten, in Südafrika und Namibia usw.

Bill Zimmermann: Die Frage unterstellt einen höheren Grad politischer Entwicklung als er in den USA besteht. Es gibt keine Beziehungen zwischen der Arbeit gegen die Intervention zugunsten von Israel, in Namibia und Südafrika und der Arbeit gegen die Intervention in El Salvador. Würden wir diese Fragen miteinander verbinden, wäre dies ein taktischer Fehler, denn wir können eine sehr starke Bewegung gegen die Intervention in El Salvador aufbauen und würden wir die Teilnahme daran von einer Stellungnahme gegen die US-Politik im Vorderen Orient abhängig machen, würden wir die Arbeit für El Salvador zu sehr begrenzen. Taktisch lohnt sich das nicht. Die Israel-Frage ist in den USA eine sehr schwierige, wegen der Stärke der jüdischen Organisationen, die sehr dickköpfig auf Israel fixiert sind. Wenn jemand Israel oder die US-Unterstützung für Israel kritisiert, beschimpfen sie ihn sofort als Antisemiten, und das ist eine sehr wirkungsvolle politische Taktik.

Frage: Wir waren beim ersten Internationalen Forum der Solidarität mit dem salvadorianischen Volk, bei dem die Weltfront gegründet wurde. Wie wurde dieses Ereignis in der Solidaritätsbewegung in den USA aufgenommen? Wie geht es weiter mit der Weltfront?

Bill Zimmermann: Das Treffen des Permanenten Büros der Weltfront (zu Pfingsten) wurde von mehr Führungsmitgliedern der FMLN besucht als noch das Forum. Es gibt von Seiten der FMLN jetzt ein größeres Engagement, die Weltfront aufzubauen. Sie hoffen, daß die Weltfront vielleicht einmal eine Organisation wird, zu der alle Solidaritätsgruppen der Welt gehören. Politisch möchten sie die breitest mögliche Beteiligung an dieser Weltfront, und sie möchten so viele humanitäre und religiöse Organisationen wie möglich in organisierter und koordinierter Form engagieren. Das Ziel dabei ist, eine möglichst große Wirkung auf den US-Kongreß auszuüben.

Das Programm, das politisch auf diesem Treffen entwickelt wurde, umfaßt drei Punkte: Zwischen dem 19. und dem 26. Juli, also den Jahrestagen der nicaraguanischen und kubanischen Revolution, wird es in Lateinamerika viele Aktivitäten geben, und wir werden die Solidarität mit El Salvador zum Thema dieser Aktivitäten machen. Leute aus dem Permanenten Büro werden in die verschiedenen Länder reisen, in denen es Feiern gibt in Lateinamerika und dort die Weltfront vertreten und die Solidaritätsarbeit fördern. Das wird auf Lateinamerika beschränkt sein. Am 15. und 16. Oktober sollen dann internationale Protesttage vor den US-Botschaften in aller Welt sein.

Am 23. Januar 1983 wird der internationale Solidaritätstag mit dem salvadorianischen Volk sein. Vor allem die Kubaner wollen helfen, dieses Ereignis zu unterstützen und auch die Weltfront wird weltweit Aktivitäten dazu entwickeln. Dieser Fahrplan soll auf der nächsten Sitzung des Permanenten Büros im September ratifiziert bzw. bestätigt werden.

Soweit die politische Front. Was die materielle Seite betrifft, hielt ein FMLN-Vertreter eine leidenschaftliche Rede, in der er auf den großen Geldmangel aufmerksam machte; die Regenzeit hat begonnen, und die Nahrungsmittel sind knapp. Man sagte uns, daß vor allem in den letzten vier Wochen viele Waffen erbeutet worden seien: schwere Maschinengewehre und 9mm-Kanonen. Das ist wichtig, denn damit hat die FMLN eine Luftabwehrkapazität bekommen, kann beginnen, eine Luftabwehrkapazität aufzubauen. Und es ist umso wichtiger, als die in den USA ausgebildeten Truppen zurück sind, und die Regierungsarmee mehr mit Hubschrauber manövrieren wird; die Brigade Atlacatl hat schon immer Hubschrauber benutzt. Deshalb ist es wichtig, eine Luftabwehr zu haben.

Obwohl es also bei den Waffen Fortschritte gegeben hat, gibt es eine sehr ernste Lebensmittel- und Kleiderknappheit wegen der beginnenden Regenzeit. Die FMLN-Armee wird allmählich sehr groß und wenn sie groß wird, überschreitet das die Fähigkeit der Bauernbevölkerung, diese Armee zu unterhalten. Jeden Tag 10.000 Leute zu ernähren ist eine große Operation und 10.000 Schuhe zu finden, ist auch eine große Operation. Deshalb gibt es große Sorgen mit dem Spendenaufkommen. Wir müssen die Wichtigkeit des Spendens wieder betonen. Hier in Deutschland habt ihr ja viel Geld aufgebracht, wahrscheinlich mehr als in irgend einem anderen europäischen Land. Aber es gibt in Europa noch Länder, wo wir keine gute Arbeit gemacht haben: Dänemark, Schweden z.B. Diese Länder brachten sehr große Geldsummen auf während des Vietnamkrieges, aber in diesem Fall bis jetzt relativ wenig. Da muß etwas mehr gearbeitet werden. Wenn ihr bei dieser Arbeit helfen könnt, wenn ihr Verbindungen in Skandinavien habt, das wäre sehr wichtig. Dasselbe gilt für Italien.

Der dritte Punkt geht die Presse an, die die weltweite Meinung über El Salvador beeinflußt. Die Linie für die gegenwärtige Periode sollte sein, den faschistischen Charakter der Regierung in El Salvador deutlich zu machen. Wir können viel gewinnen, wenn wir die Weltöffentlichkeit über die Natur dieser Regierung aufklären, denn damit wird sie weltweit von Unterstützung abgeschnitten, werden die materiellen Unterstützungsprogramme für die Opposition erhöht. Darauf soll den Sommer über die Betonung gelegt werden.

Frage: Was meinst Du zu der Frage, ob die Solidaritätsarbeit auf El Salvador konzentriert werden/bleiben soll, oder ob man sie ganz auf Mittelamerika ausdehnen soll?

Bill Zimmermann: Was die Arbeit gegen die Intervention jetzt betrifft, ist es sehr wichtig, diese Arbeit auf El Salvador zu konzentrieren. Nicht, weil die anderen Länder nicht von Interesse wären; es ist vielmehr ein taktisches Problem, wie man den Krieg gewinnen kann. Das ist eine Brennpunkt-Analyse: Wenn an diesem Punkt der Geschichte sich der Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution in El Salvador konzentriert und wenn es eine Entwicklung der revolutionären Kräfte in El Salvador gibt, die der Situation in Guatemala weit voraus ist (wo der Einigungsprozeß noch nicht so weit ist, die Befreiungsarmee noch nicht so groß, noch keine koordinierten Aktionen unternehmen kann), dann müssen wir zuerst die Schlacht in El Salvador gewinnen bevor wir nach Guatemala „gehen".

Die beste Art, die Weltfront aufzubauen, zu stärken und eine Infrastruktur zu entwickeln, besteht darin, sich auf El Salvador zu konzentrieren. Wenn die Weltfront einmal eine Institution sein wird mit einer starken Infrastruktur, mit Beteiligung eines sehr breiten Spektrums von Leuten auf der ganzen Welt, wenn sie einmal gewisse Fortschritte bezüglich der Salvador-Solidarität macht, dann können wir anfangen, die Probleme von Guatemala, Honduras einzubringen und dann werden wir eine Organisation haben, die stark genug ist, etwas zu erreichen.

Nicaragua Nachrichten

Spenden für Opfer der Flutkatastrophe

"Nach jüngsten Angaben des nationalen Katastrophenstabes forderten die seit einer Woche in der Pazifikzone Nicaraguas anhaltenden Unwetter bisher 67 Tote. 43.2oo Personen sind durch die Zerstörung ihrer Wohnungen bisher als obdachlos registriert. Allein in der Stadt Esteli werden sieben Familien vermißt. Die Zahl der zerstörten und schwerbeschädigten Hütten vor allem der armen Bevölkerung wird auf mehrere lotausend geschätzt. Zwölf Brücken wurden vollständig zerstört und 2o weitere sind unpassierbar.
Nach Angaben von Regierungsstellen sind in der Provinz Chinandega drei Viertel der Bananenpflanzungen ruiniert. In der Region Carazo wurden durch Dauerregenfälle und Sturmschäden allein 2.2oo Hektar Mais, in der Region Süd-Zelaya loo Hektar Reis, in Diriamba eine Geflügelfarm vernichtet. In mehreren Städten sind schwere Schäden am Wasserleitungsnetz festzustellen. So ist die 2o.ooo Einwohner zählende Gemeinde Juigalpa ohne Trinkwasser. Der gesamte Nordteil der Provinz Chinandega und weitere 18 Gemeinden sind von der Umwelt abgeschnitten, weil die Verkehrswege nicht mehr befahrbar sind. Das Hospital in Chinandega und die Poliklinik im Westen der Hauptstadt mußten wegen Unwetterschäden evakuiert werden. Teile der Einrichtung und des Medikamentenvorrats sind unbrauchbar geworden. Mehrere Industriebetriebe vor allem in Managua, León und Chinandega, sowie die Molkerei in der Hauptstadt mußten ihre Produktion einstellen.
Schwer betroffen ist der wichtigste Hafen des Landes in Corinto: Der Sturm zerstörte Teile der Kaianlagen und den Leuchtturm. Zucker, Kaffee und Baumwollvorräte in den Lagerhallen wurden als nicht mehr verwertbar registriert. In der Nähe der Stadt Grenada versucht die Bevölkerung zur Zeit 2.ooo Stück Vieh vor dem Ertrinken zu retten.
Der Gesamtschaden wird von der Regierung des Landes auf bisher loo Millionen US-Dollar geschätzt. Nach Auffassung von Regierungsmitglied Dr. Sergio Ramirez handelt es sich 'um die schlimmste Zeit, die das Land seit dem Befreiungskrieg von 1979 erlebt ...'
Die Regierung hat den Ostteil des Landes zum Katastrophengebiet erklärt. Die Obdachlosen wurden provisorisch in Schulen und öffentlichen Gebäuden untergebracht. Das Gesundheitsministerium erließ wegen erhöhter Seuchengefahr besondere Richtlinien. Überall in den betroffenen Gebieten ist die Be-
Richtlinien. Überall in den betroffenen Gebieten ist die Be-
völkerung, die in den sandinistischen Verteidigungskomitees und in den Milizen organisiert ist, damit beschäftigt, Obdachlose zu evakuieren, Straßen und Brücken zu sichern, Lebensmittel zu verteilen und Notlager einzurichten.
Welches Ausmaß die Katastrophe in Nicaragua hat, wird an folgendem Beispiel deutlich: In Condega, einer Gemeinde im Norden des Landes, wurden die Ortschaften zuerst von den Wassermassen eingeschlossen, die Fluten überspülten dann Bauernhütten, rissen Menschen und Haustiere mit sich. Einige der Betroffenen konnten sich auf Bäume retten und verbrachten dort bis zu 15 Stunden. Umgestürzte Stromleitungen machen noch immer das Überqueren mancher Straßen zum gefährlichen Abenteuer: Da sie unsichtbar im Wasser liegen, starben mehrere Menschen an Stromschlägen.
Nicht nur hier, sondern auch in anderen Teilen des Landes zählen viele Kinder zu den Opfern der Katastrophe: Sie stürzten in reissende Ströme oder in Kanäle, die die Hüttenviertel der Armen durchfluteten."

Das nationale Notstandskomitee in Nicaragua richtet seinen Aufruf an alle internationalen Hilfsorganisationen, Nicaragua in dieser schwierigen Situation schnell Hilfe zu leisten. Denn das Land, das immer noch unter den Folgen des Bürgerkrieges zu leiden hat, hat allein nicht die Kraft, die Konsequenzen dieser Naturkatastrophe zu tragen.
Das nicaraguanische Rote Kreuz hat sich nach Genf und an andere Mitgliedsorganisationen des Internationalen Roten Kreuzes gewandt; auch Caritas sandte im Namen der Bischofskonferenz ein Hilfegesuch.
Anläßlich der Flutkatastrophe in Nicaragua haben Medico International e.V. in Frankfurt und das Informationsbüro Nicaragua e.V. als Koordinationsstelle der Nicaragua-Solidaritätsbewegung auf Veranlassung der nicaraguanischen Ministerien und beteiligten Organisationen eine Hilfsaktion gestartet. Die beiden Organisationen rufen alle Hilfsorganisationen der Bundesrepublik Deutschland auf, ihren Möglichkeiten entsprechend der Notstandssituation in Nicaragua Rechnung zu tragen. Eingehende Spenden werden für die dringend benötigten Hilfsgüter verwandt: Nahrungsmittel, Zelte, Kleidung, Milchpulver, Babyflaschen und Medikamente. Eine Liste der benötigten Hilfsgüter ist bei Medico International anzufordern

Die Spendenkontonummer lautet:
Medico International e.V.
Stadtsparkasse Frankfurt
Konto: 1800 Blz: 500 501 02
Stichwort: Soforthilfe Nicaragua

Britische Soldaten freikaufen?

Im letzten AK war eine Anzeige des Westdeutschen Irland Solidaritätskomitees/WISK abgedruckt, die auf Kritik gestoßen ist. Das WISK hat zu Spenden aufgerufen, um britische Soldaten den Ausstieg aus der Armee zu ermöglichen. Es gäbe, so argumentierte das WISK, durchaus Soldaten, die mit dem Kriegskurs der Thatcher-Regierung — sowohl auf den Malvinen wie auch in Nordirland — nicht einverstanden seien, die aber umgerechnet 45 000 DM aufbringen müßten, um den Dienst quittieren zu können. Die Spenden sollten dazu verwandt werden, diese „Ablösesumme" an die Armee zu zahlen. Zu dieser Anzeige des WISK, die auch in der „taz" und in regionalen Alternativzeitungen erschien, gibt es einen Leserbrief verschiedener Irland-Inititiven und H-Block-Komitees, den wir im folgenden abdrucken. Die Verfasser behaupten, es gäbe auch andere Möglichkeiten, legal aus der britischen Armee auszusteigen. Unabhängig davon ist die AK-Redaktion der Meinung, daß ein „Freikaufen" von Soldaten den antimilitaristischen Kampf kaum weiterbringen kann, da die aufgebrachten Gelder zu nichts anderem dienen werden, als daß die Armeeführung die entstandenen Lücken wieder schließt, d.h. entsprechend neue Leute unter Sold nimmt. In einem solchen Spendenaufruf können wir nach nochmaliger Diskussion keinen Sinn sehen und bedauern es daher selbstkritisch, daß diese Anzeige im AK zum Abdruck gelangt ist.

AK-Redaktion

* * *

Mit Irland verbindet sich der Flair des Spektakulären, und das darf dann wohl auch nicht in einem WISK-Spendenaufruf fehlen, der neben seiner politischen Fragwürdigkeit, eben weil es gerade auch um Geld geht, so geschmacklos ist, daß wir uns wirklich gefragt haben, ob sich da jemand mit dem WISK einen schlechten Scherz erlaubt hat.

Weitere Postsendungen sprechen allerdings dafür, daß das leider nicht der Fall ist.

Die aktuell zu einer zentralen Konferenz in Frankfurt versammelten Irland-Komitees distanzieren sich von dieser höchst fragwürdigen Art der Solidarität mit dem irischen Befreiungskampf. Die Anzeige, die auf viel Geld aus ist, suggeriert die Unterstützung des irischen Befreiungskampfes über den Aufkauf der Feinde des irischen Volkes durch deutsche Linke. Einen Tag vor der größten Demonstration gegen Militarismus in der TAZ abgedruckt, muß sich uns der ungute Gedanke aufdrängen, daß hier auf zweifelhafte und verlogene Weise zynisch die Friedensbewegung ausgebeutet werden soll. Verlogen sind nämlich in der Tat die sogenannten Fakten, mit denen da Stimmung gemacht wird.

Als stünde quasi ein großer Teil der Soldaten der britischen Freiwilligen-Armee zum Absprung bereit und kann es bloß nicht, weil er sich sonst lebenslanger Armut und Not aussetzen würde, wird mit der Not — und natürlich mit Geld — gepokert:

45 000 DM für einen Brit!

Dagegen steht: jeder Soldat der britischen Berufsarmee kann fast jederzeit ohne Ablösegeld aus der Armee austreten.

Bis zum Alter von 17 Jahren und 9 Monaten sind an den Austritt gar keine Bedingungen geknüpft. Ältere Soldaten haben alle drei Jahre die Möglichkeit, die Armee zu verlassen. Sie müssen sich allerdings an eine sechsmonatige Kündigungsfrist halten. Versäumen sie die fristgerechte Kündigung, wird eine Ablösesumme von ihnen verlangt. Diese beträgt je nach Dienstgrad durchschnittlich zwischen 150 und 200 £ für Soldaten der unteren Ränge. Selbst ein Sergeant Mayor, der höchstrangige Unteroffizier, hat maximal 500 £ für seine Entlassung in die Freiheit zu zahlen.

Keinen Penny, aber drei bis höchstens sechs Monate Bunker, kostet es den Soldaten, der sich womöglich auf der Falls-Road in Belfast überlegen sollte, daß es Besseres gibt, als auf Iren zu schießen. Gleiches steht auch den auf den Malvinen eingesetzten Soldaten frei.

Bei der Abwicklung weniger spontaner Armeeaustritte steht den kriegsmüden Sodaten in Großbritannien das Komitee „at ease" mit kostenloser Rechtshilfeberatung und Vertretung bei. Von einem der Anwälte, Bill Nash, wissen wir, daß seit der Präsenz der britischen Armee in Nord-Irland nur etwa 130 Soldaten aus politischen Gründen den Dienst quittiert haben. Im übrigen haben austrittswillige aber finanzschwache Soldaten auch die Möglichkeit, die Ablösesumme vom Sozialamt erstattet zu bekommen. Wohlgemerkt, alles für den Fall, daß sie sich nicht an die offiziellen Austrittsbedingungen halten: da kostet es nämlich gar nichts. An gar keine Bedingungen ist der Armeeaustritt für die allemal gut gestellten Offiziere geknüpft, die können ihren (zivilen) Hut ohne Vorankündigungen jeden Tag nehmen.

All die erwähnten Bedingungen gelten in Friedenszeiten, also auch aktuell in Irland oder auf den Malvinen, denn weder gegen Argentinien noch gegen das irische Volk führen die Brits einen erklärten Krieg.

Bleibt die Frage, wofür, für wen uns das WISK 45 000 DM aus der Tasche locken will?

Wenn das WISK für dieses zweifelhafte Unternehmen schon Bezug auf die Spendensammlung „Waffen für El Salvador" nimmt, dann bleiben wir doch besser auch dabei. Die salvadorianische Befreiungsarmee, genauso wie natürlich die irische, verstehen es, mit 45 000 DM mehr als einen gegnerischen Soldaten zu entwaffnen.

Ein Spendenaufruf für die republikanische Hilfsorganisation „Green Cross '73", 11a Springfield Road, Belfast hätte dem WISK besser gestanden — aber der ginge wohl nicht über seine Konten.

Die anwesenden Irland- und H-Block Komitees aus Aachen, Berlin, Bremen, Bochum, Frankfurt, Kiel, Münster, Paderborn und ein ehemaliger britscher Soldat, der es auch ohne Sammlung geschafft hat.

13.6.82

Höre, Staune — oder doch alles Asche?

Die NDW—Diskussion liegt in den ersten Zügen

Es gibt sie schon länger, die Neue Deutsche Welle. Doch wie es mit neuen Dingen so geht, tun wir uns schwer damit. Den Anfang machte ein Genosse unserer Kommission (s. AK 221, S.44). Daraufhin erhielten wir eine Replik des Genossen Fassanbass, der längere, sehr lebhafte Diskussionen in unserer Kommission hervorrief. Diese Diskussionen verliefen widersprüchlich genug, daß wir uns darauf einigten, noch je einen Beitrag aus unserer Kommission zum Thema zu veröffentlichen.

Einig waren wir uns darin, daß sämtliche Beiträge keine fundierte Untersuchungen zur NDW darstellen. Deshalb beschlossen wir, diese Sache genauer zu untersuchen. Gleichzeitig rufen wir alle AK-Leser/innen auf, uns mit Anregungen, Material und sonstigen Beiträgen in dieser Arbeit zu unterstützen.

Kulturkommission

Außer Atem — aber bitte mit Sahne ...

„Die Musik hat genauso wie jede andere Kunst, einen bestimmten gesellschaftlichen Zweck. Sie wird von der bürgerlichen Gesellschaft vor allem als Erholung, zur Reproduktion der Arbeitskraft und zur Einschläferung, zur Verdummung benutzt. (...) Wenn wir die bürgerliche Musik am besten beschreiben wollen, so müssen wir den Ausdruck ‚Stimmung' gebrauchen, das heißt die bürgerliche Musik will den Zuhörer ‚unterhalten' “ (H. Eisler 1932: „Unsere Kampfmusik“).

„Nee, kein Etikett, ich möchte einfach eine Musik machen, die zum Tanzen, zum Bewegen antörnt. Und ich möchte über Gefühle singen oder absurde Sachen. Das ist nämlich das, was mich die nächsten 30 Jahre hauptsächlich interessieren wird“ (Annette H. von IDEAL nach „FR“ vom 6.3.82).



„Tanzbarer Faschismus“ mit DAF ?

Die nächsten dreißig Jahre will ich Anette H. wohl wünschen, wenn Ronnie Reagan sich bald wieder bei den grauen B-Film-Helden einreiht und Mister Haig sein Engagement mehr im Bereich der Deutsch Amerikanischen Freundschaft (von mir aus am Mikro) sucht, hat sie und haben wir vielleicht wirklich noch eine Chance. Geschichte wird gemacht, warum nicht von uns.

Eine leise Ahnung mag mensch bekommen, wenn er/sie heute einen Plattenladen betritt: schön aufgereiht und in die blauen Augen stechend steht dort ein Cover neben dem anderen und irgendwo in der Nähe der Kasse die Sampler: „Neue deutsche Tanzmusik“ neben Udo Jürgens und anderen Kleintönern der sechziger.

Daß die Nähe leider nicht nur räumlich ist, deuten die Titel an; die Interviews mit neuen deutschen Gruppen bestätigen den Verdacht und die Texte selbst sind sich so unähnlich nicht: *„Rote Rosen, Rote Lippen/Roter Wein/ laden dich ein / laden dich ein“* (Gerhard Winkler). *„Dein Kleid ist so rot / Dein Mund ist so rot, mein Schatz / Deine Lippen sind so rot“* (DAF). Im AK 221 wird die westdeutsche Linke belehrt: *„Daß radikaler Inhalt auch radikale Form hat, dürfte sich mittlerweile herumgesprochen haben!!“* Was tun, wenn es brennt?

Woher bläst der Wind?

„Nouvelle Vague“ ist zuallererst ein Kinobegriff, gemünzt auf die in den sechziger Jahren von der Filmkritik in die Filmpraxis wechselnden Regisseure um Jean-Luc Godard, Francois Truffaut oder Claude Chabrol. Sie revolutionierten damals die Filmtechnik, indem sie das klassische Hollywood-Handwerk über Bord warfen, neue Sichtweisen entdeckten, neue ‚verbotene' Schnitte machten und neue Dramaturgien ausprobierten. Als „New Wave“ wurde der Begriff dann auf die Musik von „Talkin Heads“ etc. übertragen, um dann ca. 1980 im deutschen Sprachraum wieder Verwendung zu finden. Der Begriff ist heute etabliert, geklärt ist er noch lange nicht oder bereits nicht mehr. Immer mehr der NDW zugerechnete Gruppen lehnen ihn für sich selbst ab; auf den NDW-Samplers sind Gruppen zu finden, denen nichts gemeinsam ist, außer deutschen Texten und einer für die Plattenkonzerne relevanten Profitträchtigkeit. Nicht zuletzt ist NDW (oder neuerdings auf den Samplers auch verstärkt *„Neue Deutsche Tanzmusik“*) ein Schlagwort, auf das bürgerliche Zeitungen abfahren, weil sie dort wieder einmal einen Ort gefunden haben, an dem sich *„die Gefühle, die viele dumpf in sich verspüren, ausdrücken“* (Klaus Pokatzky im Zeitmagazin 22 v. 28.5.82). NDW als Möglichkeit, die Jugend von heute zu verstehen. Ich bin da skeptisch, NDW heißt für mich eher „Alles oder nichts“; wenn ich beklagen will, daß die NDW unpolitisch ist oder sogar faschistoid, knallt mir jemand eine Platte von „Slime“ vor die Nase, und wenn ich behaupte, NDW sei ganz wesentlich auch Mackermusik, wird mir als Gegenbeispiel „Malaria“ aufgeführt. Die NDW ist so breit gestreut, daß es mir derzeit unmöglich erscheint, allgemeingültige Aussagen über sie zu machen oder ihre Trends genau zu analysieren — außer ich beschränke mich auf die Plattitüde, daß die NDW kommerzialisiert ist, denn wer oder was ist das nicht ...

Ein Begriff aber, der eine Auseinandersetzung mit seinem Inhalt fast unmöglich macht, erscheint mir für eine Diskussion und Auseinandersetzung kaum tauglich, er ist so umfassend, daß er kaum mehr kritisierbar ist. Deswegen hier ein bißchen „NDW“-Kritik auf kleiner Flamme.

Das Herz macht bum bum

Liberal ist die DAF nicht, der Sound ist militant. Harte Rythmen, viel Maschine, viel Leder. Das Ziel von Robert Görl, der auf der ‚Jazzhochschule' in Graz war, und Gabi Delgado-Lopez, in der BRD geborener Sohn spanischer Antifaschisten, ist es, die Hörgewohnheiten der Standard-Pophörer aufzubrechen und trotzdem unterhaltend, abwechslungsreich und zum Tanzen geeignet zu sein (wiedergegeben nach Musikexpress, Neue Deutsche Welle, S. 28) So weit, so gut. Aber...

Hörgewohnheiten aufzubrechen, ist ein anspruchsvolles Unternehmen, die Fähigkeit hinzuhören, ist in der BRD nirgends allzuhoch entwickelt, der Musikanalphabetismus ist enorm. Zudem stellen sich einige Fragen: welche Hörgewohnheiten sollen aufgebrochen werden? Und wozu, mit welchem Ziel?

Der Feind ist schnell anvisiert, für die DAF sind es unter anderem die *„deutschen Rock-Schwätzer“* (musik express), der *„deutsche schwülstige Kraut-Rock a la Eloy“* (musik express) die *„Leitartikel Songs“* u.a. von Lindenberg („FR“ vom 6.3.82). Da kann mensch nur zustimmen, radikaler Inhalt soll seine radikale Form bekommen.

Der große Sprung nach vorn ist bei der DAF aber eher ein dicker Rücksetzer geworden, die Musik wurde zwar

Der große Sprung nach vorn ist bei der DAF aber eher ein dicker Rücksetzer geworden, die Musik wurde zwar nicht so schwülstig und soft wie die von Udo L., bots oder Eloy, dafür aber nicht weniger konsumierbar. Die Ästhetik blieb gefühlvoll, an die Stelle harmonischer Klänge und melodiöser Stimmführung trat nicht weniger eingängiger minimalistischer Rythmus. Die auf Technik und Leder gerichtete Ästhetik, ist für mich bestenfalls mackerhaft, appelliert an Gefühl und Stärke und bewegt sich im schlimmsten Fall an der Grenze zum Faschistoiden.

Alles ist gut

„Wir vertreten keine Ideologien, wollen auch keine fördern, schon gar nicht eine faschistische“ (DAF, zitiert nach „FR“, Propaganda ohne Distanz). Mensch kann es auch, leicht anders gewichtet, so sagen:

„Bei einer Veranstaltung wie ‚Rock gegen Rechts' würden wir nicht spielen, weil wir keinen Bock drauf haben, uns einzuklinken in so'ne Bewegung, das geht so schnell, daß du da in so'ne politische Kiste gepackt und vereinnahmt wirst. Wir spielen vor Linken und Rechten“ (Axel Dill von ‚Abwärts', zit. n. Zeitmagazin 22).

Ideologiefeindlichkeit, und die wird der NDW allgemein — und meist mit einem liebevollen Schulterklopfen: ‚endlich sieht die Scene es ein...', bestätigt — schützt allerdings vor Vereinnahmung nicht. Und wenn Rosa Luxemburg schreibt: *„Beim wahren Künstler ist das soziale Rezept, das er empfiehlt, Nebensache: die Quelle seiner Kunst, ihr belebender Geist, nicht das Ziel, das er sich bewußt steckt, ist das Ausschlaggebende“* (zit. nach AK 221; nachschlagen konnte ich es leider nicht, weil die Quellenangabe fehlte!), dann ist zuallererst Vorsicht geboten, denn so aus seinem Zusammenhang gerissen besagt das Zitat nur noch wenig, auf keinen Fall aber, daß die „NDW“ fortschrittlich ist, denn was ist die „Quelle ihrer Kunst“? Und was „ihr belebender Geist“? Belebt wird vor allem doch die Tanzfläche der Disco und die Quelle, aus der die DAF schöpft? *„sei still. schliesse deine augen, bitte denk an/ nichts. glaube mir. alles ist gut. alles ist gut.“* Das kommt düster und dumpf aus dem Lautsprecher, von wegen ideologiefeindlich — da ist der Wunsch möglicherweise Vater des Gedankens. Da wird befohlen, und in der Musik schwingt die Drohung mit. Die DAF wolle „altbekannte Begriffe und Klischees aus ihren bewährten Zusammenhängen herausreißen und eine neue Umgebung für sie schaffen, in der sie mit ihrer alten Bedeutung kollidieren“, heißt es im Musikexpress. Mir ist nicht so klar, wie das konkret aussieht, denn die DAF schaffen weder in ihren Texten, noch in ihrer Musik eine Distanz zu der dort ins extrem getriebenen quasi-faschistischen Ideologie. Neu ist lediglich, daß der Ort, an dem die Propaganda des *„immer voran“* des *„Ja zur modernen Welt“* (Freiwillige Selbstkontrolle), des a-historischen *„schau nie zurück“* (DAF) verlagert wird: in die Disco, in den Konzertsaal, auf die Schallplatte. In jedem Fall ist das Publikum, sind die Zuhörer und Zuhörerinnen, sind die Tänzerinnen und Tänzer keine, die kritisch mit ei-

das Publikum, sind die Zuhörer und

Zuhörerinnen, sind die Tänzerinnen und Tänzer keine, die kritisch mit einem von einer Band gelieferten Material umgehen, sondern welche, die sich davon in Bewegung setzen lassen, die sich animieren lassen wollen.

Problembewußtsein ist nicht gefragt, sondern Körperlichkeit, Sinnlichkeit und Sensibilisierung sind die Schlagworte dieses kalten Irrationalismus: *„dreh dich nie um. schau nie zurück. schau nur/ nach vorn. du bist so jung. bleib für immer jung. / du bist so stark. du bist so schön. dreh dich nie/ um. verlier nicht den kopf.“* Da muß man kein steifer Linker sein, um die Behauptung zu wagen, daß es nicht nur ‚fragwürdig' ist, wenn auf DAF-Konzerten die Hand zum Hitlergruß gereckt wird, sondern das hat eine gewisse Folgerichtigkeit. Der *„Tanz den Adolf Hitler“* wird körperlich umgesetzt, und da hilft mir Gabi Delgado-Lopez' Beteuerung, er wolle keine faschistische Ideologie fördern, auch nicht weiter. Die skin-heads mit dem Hakenkreuz an der Lederjacke werden das nicht hören.

Daß im übrigen bei DAF-Auftritten Frauen wenn überhaupt als Gogogirls oder zur Bedienung der Cassettendecks antreten, hat auch nicht unbedingt was mit Fortschrittlichkeit zu tun.

Und wo lacht der Mensch

Musikkritik ist keine der angenehmsten Beschäftigungen, die Kriterien die zur Hand sind, helfen nur sehr eingeschränkt weiter, ich kann zwar mit H. Eisler die „volksnahe Dekadenz“ der bürgerlichen Unterhaltungsmusik geißeln und fordern, deren Sentimentalität abzuschaffen, da sie im Klassenkampf hinderlich sei — sehr sinnvoll und vielversprechend ist das sicherlich nicht. Ernst Buschs Gesang kann keine Alternative zu den Synthesizerklängen von DAF sein. Zu erforschen, ob Tanzen an sich nur reaktionären Unterhaltungswert hat oder fortschrittliche Aktivität ist, ist möglicherweise intellektuell ergiebig (obwohl ich das bezweifle). Die zunehmende Politikverdrossenheit der Scene (auch der musikalischen) und das gesteigerte Modebewußtsein ehemaliger Dogmatiker wird dadurch nicht behoben, vermutlich nichtmal bewußt gemacht. Und Rezepte für eine andere Kunst und für fortschrittliches (und das heißt auch sinnliches) Handeln werden dadurch auch nicht gegeben.

Die „NDW“ läßt sich deshalb sicher nicht pauschal ablehnen, aber mir scheint große Vorsicht geboten. Zu sehr wird mir das „Deutsche“ gelobt, die kulturelle Emanzipation vom Big Brother USA. Zu viel starke Männer, schöne Mädels, schnelle Körper, Blicke nach vorn und Verbote, sich umzudrehen, sind mir in den Texten enthalten. Die Negation der Texte sollte mitgedacht werden: wenn der „schöne junge Prinz“ besungen wird, die „schönen blauen Augen“, die „roten Lippen“, dann fällt viel unter den Tisch, Sinnlichkeit wird reduziert auf Schönheit, auf Äußerlichkeit, wer sich nicht toll bewegen kann, wer im Rolli sitzt, keine Arme hat oder auf Krücken humpelt, für den oder die ist an der Spitze der NDW kein Platz.

Berlin-Q-Damm 12.4.81

Zum Abschluß noch eine Empfehlung. Neu ist die Platte wohl, sogar deutsch getextet, aber sicher kein Produkt einer Welle und auch kaum Tanzmusik, dafür aber widerspenstig und erkenntnisfördernd, ohne didaktisch zu sein: *„Indianer für Morgen“* von Heiner Goebbels und Alfred Harth, die beide aus dem sogenannten Linksradikalen (mittlerweile aufgelösten) Blasorchester kommen.

„Gegen 21.30 am Kaufhaus Wertheim am Kurfürstendamm. Der Demonstrationszug ist in Richtung Gedächtniskirche abgezogen. Zwei junge Männer werfen mit Steinen zwei kleine Glasvitrinen ein. Plötzlich lösen sich aus der Zuschauermenge zwei ältere Männer in Zivilkleidung und stürzen sich auf die Steinewerfer. Eine Schußwaffe wird entsichert und den Festgenommenen seitlich an den Kopf gehalten. Stehenbleiben. Ich schieße, ich mach keinen Spaß. Polizei. Ausweis können Sie nachher sehen. Haut mich hier raus ey.“ Das ist eine O-Ton-



Alte deutsche Welle: Punks im Polizeigriff

Aufnahme, die ein Team des SFB am 12.4.81 bei einer Demo am Ku'damm aufgenommen hat und die von Heiner Goebbels und Alfred Harth mit Syntheziser, Schlagzeug und Saxophon sehr aggressiv vertont wurde. Immer wieder werden Versatzstücke aus der Tonaufnahme über sehr atonale, rythmische Klangflächen gelegt und erreichen so eine musikalische Umsetzung des Geschehens am 12.4.81, das einerseits die emotionale Situation nachvollziehbar macht, andererseits aber auch die Brutalität dieses Staates, seine Rücksichtslosigkeit und die Hilflosigkeit seiner Opfer entlarvt. Hervorragend ist auch noch das Stück „Kein Kriegsspielzeug für Jonathan“, in dem Goebbels/Harth die Elektrogeräusche der Automaten durch dazwischengeschnittene Werbespots und Saxophonattacken verfremden.

Goebbels' und Harths musikalische Montage und Verfremdungstechnik ist in jedem Fall fortschrittlich und sicher nicht kommerzialisierbar, weil sie sich den dumpfen Hörgewohnheiten mit aller Kraft und sehr gewitzt widersetzt.

Fassanbass

Fortsetzung nächste Seite

Selbstkristisches von tj.

1. Stein des Anstoßes an meinem Artikel war ja wohl der Abdruck des Textes „Mussolini“ direkt über dem Absatz mit der westdeutschen Linken. Nach den Diskussionen, die ich mit Genoss-inn-en führte, ist mit klar geworden, **daß ich hätte schreiben sollen, daß ich den Text selbst faschistoid finde.**
   Ich halte es allerdings für einen Fehler, die gesamte NDW auf DAF abzuqualifizieren. Was ich mit „Steifheit der Linken“ meine, ist das exemplarische Bestrafen, das willkürliche Rausgreifen von Textstellen, die so erstmal gar nichts miteinander zu tun haben, und die Ignoranz nach dem Motto: „Was ich nicht verstehe, ist nicht gut, und was nicht gut ist, ist nicht da.“
2. Ich wollte mit dem Artikel provozieren, was mir ja nun auch gelungen ist. Der Abdruck des „Mussolini“ ist eine Provokation, auf die zum Glück reagiert wurde. Das hängt mit der ganzen Problematik der Kulturfragen zusammen, **und der Spruch im Vorspann des Artikels gilt nicht nur für die neue Musik.** Der Spruch wurde ‚dann ja auch wohlwollend ignoriert. Es gab **scheinbar** wichtigeres.

So ziemlich alle Reaktionen waren sehr defensiv, was ich nun beim „Mussolini“ nicht verstehe, oder agressiv, was sich meistens auf den Absatz die westdeutsche Linke betreffend bezog, na bitte. Ich glaube nach wie vor, daß der Ansatz NDW fortschrittlich ist, Fassanbass' Arroganz nützt nichts!

tj., Kulturkommission

the kids are alright!!

„ ... wo ein Professor der Archäologie über einen südamerikanischen Stamm, der ein hochentwickeltes Wissen über Pflanzen, Medizin hat schreibt: 'Das Erstaunliche ist, daß diese Leute keine Schriftsprache haben.' Und niemand findet ihn absurd".
„ ... ging eine neue Schlußfolgerung hervor: Daß es nämlich kindisch von einem Schriftsteller ist, zu wollen, daß die Leser sehen, was er sieht, ... — wenn er dies will, bedeutet das, daß er den wesentlichsten Punkt nicht verstanden hat ...".

Doris Lessing in ihrem Vorwort zum „GOLDENEN NOTIZBUCH"



Hamburger Punks

Es ist doch alles so verdammt schwierig! Irgend etwas ist passiert, vielleicht nicht plötzlich, aber jetzt ist es da: Etwas ist anders geworden.

Die Linken, wir Linke haben das gemerkt, zuerst, als neue, uns unbekannte Gesichter in unseren schon gelichteten Demonstrationsreihen auftauchten, junge Gesichter unter kürzeren Haaren, merkwürdig erscheinenden Frisuren.

Die kids haben — nicht nur auf „unseren" Demonstrationen — Sachen gemacht und geredet, die wir nur schwer verstanden. Unter anderem hat das der genannten „Gewaltfrage" neuen Stoff gegeben. Wir Linken haben darauf nicht reagiert. Auch nicht oder wenigstens äußerst spärlich, als Polizeiübergriffe anfingen, für diese Frisuren eine gewisse Vorliebe zu entwickeln. ... „Geschichte wird gemacht — warum nicht von uns", fragt f. Hier haben wir ein Prachtbeispiel dafür, wie sie von uns nicht gemacht wurde...

Sicher gab es und gibt es Ausnahmen
uns nicht gemacht wurde...

Sicher gab es und gibt es Ausnahmen unter uns, aber an dem Unverständnis hat sich im wesentlichen nichts geändert. Nichtsdestotrotz halten zur Zeit anscheinend einige von uns die Stunde für gekommen, über die Musik dieser kids zu richten. Wir halten uns offenbar im Umgang mit den Kriterien „reaktionär" und „fortschrittlich" immer für kompetent. Daß der Umgang mit diesen Zensuren so einfach nicht ist, zeigt sich wie auch hier vor allem, wenn es um Erscheinungen der Kultur geht, zumal um eine Kultur, die sich außerhalb des gut umzäunten Geheges der bürgerlichen abspielt. Stutzig sollte uns in unserem Fall machen, daß die kids doch eigentlich von anderen Stellen schon zensiert genug sind.

Dabei ist unsere Ausgangsposition als ideologische Sittenrichter denkbar ungünstig. Lange genug haben sich ehrbare Linke mit Vergnügen Lynnard Skynnard (Stichwort: Reaktion), Eric Clapton (Stichwort: Rassismus) und Meat Loaf (Stichwort: Macker) angehört; einige mögen vielleicht dieser Tage erst nach Hannover ins Niedersachsenstadion gefahren sein, wo die Show bezeichnenderweise mit „Under My Thumb" begann. Alle sind sie ungeachtet dessen ehrbare Linke geblieben, und sage mir keiner, die Musikanten seien erst zu verstehen, seit mehr deutsch gesungen wird.

Daß die Neue Deutsche Welle (ohne Tüttel!) mit den kids etwas zu tun hat, ist schwer zu bestreiten. Aber auch in der Diskussion in unserer Hamburger Kommission haben wir bemerkt, daß wir von der Leidenschaft zum Zensieren keineswegs frei sind. Man könnte sogar tj. den „Vorwurf" (mit Tüttel!) machen, er habe mit der Sortiererei „fortschrittlich" ... etc. angefangen. Auch sein „radikal" — in Form und/oder Inhalt — für sich allein sagt noch nichts. Daß seine Intentionen dabei andere waren als zu sortieren, möge der/die geneigte Leser/in selbst herausfinden oder auch nicht — ist auch nicht so wichtig; wir sind, wie gesagt, alle nicht frei davon.

Wenn sich die Linken nun hinstellen und mit klugen Gesichtern der neuen deutschen Musik mehr oder weniger durch die Blume, dafür aber unverblümt pauschal, Ideologiefeindlichkeit, Rückschrittlichkeit oder Schlimmeres bescheinigen, laufen sie Gefahr, sich unbeliebt und verdächtig zu machen. Und ist noch ein Feulletonist darunter, der das Kunststück fertig bringt, eine spaltenlange, komplizierte Verbindung zwischen Claude Chabrol, Talking Heads und Trio zu knüpfen: Ab dafür!

Unsere Sortierei halte ich für recht unerheblich. Fassanbass scheint das zu ahnen. Anschaulich schildert er aus eigener offenbar leidvoller Erfahrung, wie sich jede pauschale Qualifizierung durch praktische Gegenbeispiele widerlegen ließ. Warum er es dennoch unverdrossen weiter versucht, ist mir unbegreiflich. Denn eine differenzierte konkrete Auseinandersetzung mit NDW kann man das, was er schreibt, nicht nennen: DAF wird zum „Hauptfeind" erkoren, das Ganze mit willkürlichen Zitaten zweifelhafter Kompetenz umrankt und garniert schließlich mit einigen nicht weniger willkürlichen Text-Fetzen-Rezensionen. Kaum hilfreich.

Was mich am meisten an Fassanbass' Beitrag ärgert, ist, daß er ganz offensichtlich kunstvoll zu verschweigen sucht, was ihn an tj.s Beitrag am meisten geärgert hat. Ich kann mir die Sonderbehandlung, die DAF in seinen Zeilen genießt, nur damit erklären, daß f. sich darüber aufgeregt hat, daß tj. die neue Musik und ihre Texte für im allgemeinen fortschrittlich erklärt hat und wenige Zentimeter davon entfernt den „Mussolini" plaziert. Aber das ist doch kein Grund zum Schämen! Mir vergeht auch die „gute Laune", wenn ich höre „Tanz den Adolf Hitler!" Im wesentlichen jedoch nicht wegen irgendwelcher semantischen Feinheiten, die f. allenthalben aufspürt, sondern weil ich täglich erfahre, wie sich das Nazitum nicht nur auf diesem Wege wieder salonfähig macht. Gerade bei den kids. Und da kann man nur ganz genau hinhören, beobachten und, wo möglich, entgegenwirken. Also sage mir jemand genau: Überwiegen solche Beiträge in der NDW? Ja/nein? Stark/weniger stärk? Daß mit diesem einem Beispiel aber dann für mich die ganze NDW gestorben ist, kann ich trotzdem nicht behaupten, und f. kann es auch nicht, wie er selbst sehr richtig schreibt, er tut aber so — und das ist schlimm.

Was mich fast genauso ärgert, ist die Hochnäsigkeit, die aus f.s Zeilen herausguckt. Nicht anständig zitiert hat der dumme tj., ph! Dabei ist unser gute f. auch nicht allzu genau mit seiner Zitiererei. Das Kommerz-Blatt „Musikexpress" z.B. ist in diesen Fragen auch nicht der Weisheit letzter Schluß. Was braucht er unbedingt dieses Luxemburg-Zitat? Ich biete ihm ein anderes selben Inhalts von Doris Lessing; steht oben.

Ich habe geschrieben, f.'s sei keine differenzierte Auseinandersetzung mit

Ich habe geschrieben, f.'s sei keine differenzierte Auseinandersetzung mit NDW - mit tj. übrigens auch nicht. Ich muß dem zwei Sachen hinzufügen. Erstens vermisse ich in dem Beitrag, wenn er sich denn schon ans Sortieren „reaktionär" etc. macht, eine Unterscheidung, ob und wann reaktionäre Elemente „aus der Quelle" — um nun doch beim Luxemburg-Zitat zu bleiben — kommen und wann sie durch die Kommerzialisierung bedingt sind und ob und wie sich beides gegenseitig bedingt. Danach ließe sich nämlich tj.s Ansatz weiterverfolgen, wo er über Versuche einiger Gruppen berichtet, dieser Kommerzialisierung zu entgehen. Wüßte man hier genaueres, käme man vielleicht mal zu einer Einschätzung, ob sich hier Gemeinsamkeiten mit den Linken anbahnen (lassen).

Überhaupt — und das wäre zweitens — hat f. die Ansätze in tj.s Beitrag weitgehend ignoriert. Zum Thema „deutsch", dem „D" in NDW, fällt f. nur der deutsche Imperialismus ein. Tj. hat seinen Beitrag mit einem Zitat eingeleitet: „Deine eigene Kultur zu ignorieren, ist unklug". Tatsächlich kommt man in dieser Kontroverse nur weiter, wenn man die Rolle der Kommerzialisierung nicht nur feuilletonistisch, sondern vor allem konkret untersucht. Kann man derselben in einem imperialistischen Land als Kulturschaffender entgehen? Kann man eigene Kultur davor retten? Wie weit? Wie lange? Bleibt bzw. kann trotz Kommerzialisierung ein nicht-integrierbarer Rest bleiben? Oder ist Rock auch einfach nur imperialistisch systemerhaltend? In der DDR haben die „Kulturbeauftragten" diesen Kurzschluß-Trick lange Zeit mit dem Begriff „westlich dekadent" versucht und gleichzeitig dabei ihre eigene Abwehrschlacht geschlagen — vergebens. Es dürfte demnach vom Rock schon etwas Unintegrierbares geblieben sein trotz des Totalkommerz.

F.s Versuch der Summierung „zu viel starke Männer, schöne Mädels ... pp." in diesem Zusammenhang scheitert ebenfalls. Denn unzählige Beispiele sehr ironischer, sarkastischer und anders mehr „Aufarbeitungen" des überkommenen deutschen Schlagerkulturguts gerade in der NDW — und kaum irgendwo anders, wohlbemerkt — hat er unterschlagen und/oder nicht verstanden.

Zum Schluß ein Dank an tj.: Die Unterhaltung, die er anregte mit f. und in der Kommission hat für mich — unter anderem — eine sehr klare Aufgabenstellung für die Kulturkommission ergeben: Sie möge helfen zu verhindern, daß jemals wieder bei uns ein Umgang mit Stilrichtungen und Künstlern einreißt, wie es ihn z.B. in den 30er Jahren in der KPD gegeben hat, als Alfred Kurella in „Das Wort", Moskau 1937, schrieb: „Heute läßt sich klar erkennen, wes Geistes Kind der Expressionismus war, und wohin dieser Geist, ganz befolgt, führt: In den Faschismus". Also solche Sachen wie: „Expressionismus führt zum Faschismus, Expressionsimus ..." — Nein, danke!

th., Kulturkommission KB/Gruppe Hamburg



Zwei von der „alten Welle": Gene Vincent und John Lennon

Neue Welle unbekannter Strand

An der hitzigen Diskussion, die wir in der Hamburger Kulturkommission am Thema NDW (Neue Deutsche Welle) führten, sind mir zwei zentrale Problemkreise deutlich geworden, auf die ich mich hier beschränken will:

1. Kommen wir in der Beurteilung neuer, kultureller Erscheinungsformen mit dem Maßstab „fortschrittlich/reaktionär" weiter?
2. Ist der Anspruch an Kulturschaffende, parteilich im Sinne für die Beherrschten in unserer Gesellschaft aufzutreten, unangemessen, Ausdruck linker Hochnäsigkeit?

Es ist wahr: es fällt uns nicht mehr so leicht wie früher, mit neuen Ausdrucksformen in der Musik umzugehen. Besonders der Generation von Linken, die eine andere Geschichte haben als diejenigen, die jetzt heranwachsen.

Unsere Identität fußt mit auf den Erfahrungen einer Umbruchsituation Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre. Erscheinungsformen waren der „Kampf" um andere Lebens- und Wohnexperimente wie WGs, lange Haare, „antibürgerliche" Klamotten und nicht zuletzt die Rockmusik dieser Zeit. Sie war ein wesentlicher Ausdruck unseres Aufbegehrens gegen die herrschenden Werte und Normen; die „bots" drücken es so aus: *„Rockmusik, darunter verstehen wir eine musikalische Ausdrucksform von Protest gegen soziale Mißstände in der Gesellschaft, gegen eine Politik der Unterdrückung, Bevormundung und Entmündigung der Menschen, eine Musik also, die die Leute wachrüttelt, die zum Widerstand aufruft und ihn unterstützen will."* — *„Für uns dagegen — ... — ist Rockmusik Politik anderer Art* (gemeint ist hier die Art: rassistisch a la Clapton, Bowie, Rod Stewart), *eine Art sich einzumischen, der Wunsch, etwas zu verändern. Das ganze ist deshalb weniger eine Frage der Stilrichtung oder des gerade aktuellen musikalischen Trends."* (aus „bots: Aufstehn! Für den Frieden", VSA-Verlag, Hamburg 1982, S. 99/100).

Nun sind wir in die Jahre gekommen, haben unsere Berufe und schlagen uns mit den Widersprüchen herum, die sich daraus ergeben. Da werden wir z.B. als Lehrer oder Sozialarbeiter mit einer Generation konfrontiert, die uns p r i m ä r mit dem ganzen institutionalisierten Mist auch identifiziert. Unsere Widersprüche damit sind eben andere als die von ihnen erlebten. Ihre Kultur ist anders als unsere. Gegen langhaarige Eltern und Lehrer drückt sich ihr Widerstand auch aus in kurzem, phantasievoll gefärbtem Haarschnitt und einer Kleidung, die der Jeans- und Latzhosenkultur etwas Provokatives entgegensetzt. Und sie machen und hören eine Musik, die i h r e m Lebensgefühl entspricht.

chen und hören eine Musik, die i h r e m Lebensgefühl entspricht.

Und dieses Gefühl ist nicht unseres. Darin liegt m.E. die Hauptschwierigkeit unsererseits, sich angemessen damit auseinanderzusetzen.

Wenn ich daran zurückdenke, welchen Zeitraum die Musikindustrie benötigte, um unsere Musik zu vereinnahmen, zu integrieren in dieses System, im Vergleich z.B. zu Punk heute, kann mensch sich vorstellen, wie viel mächtiger und auch „lernfähiger" diese Industrie geworden ist. Damit will ich nicht ausdrücken, daß der neuen Musik schon alle Zähne gezogen worden seien, sondern daß der Kampf um die eigene Kultur vergleichsweise schwieriger geworden ist.

Eine Erscheinungsform der „Lernfähigkeit" des Musikbetriebes besteht m.E. in der größeren Toleranzschwelle auch gegenüber „widerborstigen" Stücken einerseits, und in der Bemühung andererseits, „zahnlosere" Musik besonders zu fördern und hochzupushen.

Dieser Widerspruch zeigt sich deutlich in dem, was heute alles unter dem Stichwort NDW kursiert. In der von der Zeitschrift „Der Musikmarkt" veröffentlichten Liste der 75 Schallplattenbestseller (Singles) werden z.B. folgende Titel geführt, die als nur NDW zugehörig eingestuft werden (Die Zahlen in Klammern geben den Platz = Verkaufszahlen an):

„Da, da, da" von Trio (2), „Rosemarie" von Hubert Kah (3), „Der Kommissar" von Falco (6), „Sommersprossen" von UKW (8), „Hurra, hurra, die Schule brennt" von Extrabreit (16), „Es geht voran" von Fehlfarben (23) und als letztes Beispiel: „Polizisten" von Extrabreit (57). — Bei den LPs mit verschiedenen Interpreten sind bis auf eine Ausnahme auf Platz 3 die ersten zehn ausschließlich NDW-Platten.

Ist daraus nun der Schluß erlaubt, die NDW insgesamt als „fortschrittlich/reaktionär" einzustufen? Ich denke: nein. Zu allererst stehen ja wohl die Inhalte zur Diskussion. Und daß die Musikindustrie versucht, alles zu Geld zu machen, ist eh eine Binsenwahrheit. Dies zum Hauptkriterium hochzustilisieren, ist zwar eine Unart vieler Linker, nichtsdestoweniger unzulässig und unergiebig. Es helfen jedenfalls keine Pauschalurteile weiter. Um auf die erste Frage zurückzukommen: sind denn damit nicht unsere Maßsäbe — s.o. — erneuerungsbedürftig? Auch hier denke ich: besser und hoffentlich nicht! Denn m.E. sind nicht unsere Maßstäbe untauglich, sondern unsere Analyse von NDW und unsere Auseinandersetzung damit. Aus welchem Grunde sollte ich nun aus der Not plötzlich eine Tugend machen? Das hieße doch, das Kind mit dem Bade auszuschütten!

Für mich gilt nach wie vor, daß Kulturprodukte als fortschrittlich oder reaktionär zu beurteilen sind, je nachdem sie Ausdruck einer Parteinahme für oder gegen die Unterdrückten in unserer Gesellschaft darstellen. Anders ausgedrückt: jedes Kulturprodukt gibt Auskunft über den Standpunkt, die Haltung des/der Produzent/en/in. Da ist m.E. eine „objektive" Haltung (im Sinne von „wertfrei" oder „ideologieneutral") nicht denkbar. Dies gilt auch für die Beschreibung der Realität, denn in der Art und Weise, wie sie geschieht, liegt diese Haltung verborgen (oder offen zutage).

Daß dies leider auf ein in der Linken weitverbreitetes Mißverständnis trifft, ist mir bewußt. Denn ich meine gerade nicht damit jene platte Parteilichkeit, die sich in „Parolen-Liedern", „Handlungsanweisungs-Gesängen", usw. ausdrückt. Dies ist eher zurückzuführen auf ein gewisses, in der Linken anzutreffendes Bewußtsein, das den Wert von Kultur nach der Brauchbarkeit für Tageskämpfe, der Funktionalisierung für eine bestimmte Politik und ähnlichen, kulturellen Erscheinungen unangemessenen Kriterien beurteilt.

Dagegen meine ich mit den „bots": *„Musik kann auch eine (nicht die einzige!) Art sein, überhaupt einen Zugang zur Politik zu finden. Sie erfüllt dann eine Funktion, die die politische Diskussion nicht ohne weiteres haben kann. Sie spricht den Kopf u n d den Bauch an, das Gefühl u n d das Gehirn. Wir können so vielleicht eine Verbindung von politischen Inhalten und Gefühlen erreichen, indem die Leute selbst aktiv sind, ihre eigenen Sachen in die Hände nehmen und nicht nur konsumieren. Wir halten das für ganz wichtig und sehen darin für uns als Musiker eine wichtige Funktion: die Entwicklung von großen politischen Kräften, die die Gesellschaft menschlicher, schöner und lebenswerter machen."* (a.a.O., S. 112/113).

Dazu herrschen nun mal allerlei merkwürdige Kulturauffassungen, die auch leider nicht immer ohne Schaden bleiben, bei Linken. Doch helfen uns nur sehr konkrete Analysen heraus, nicht jedoch das Überbordwerfen des Zieles solcher Untersuchungen, nämlich ein angemessenes Verständnis und Urteilsvermögen zu gewinnen.

Schließlich noch zur zweiten Frage. Aus dem bisher Gesagten ergibt sich.

Schließlich noch zur zweiten Frage.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, daß der Anspruch „Parteilichkeit" an Kulturschaffende sowohl abhängig ist von deren in dem Produkt sich äußernden Haltung als auch von uns als „Konsumenten", wie und ob wir dies auch begreifen. Im letztgenannten liegt m.E. das größere Problem. Denn ein falsches/unangemessenes Verständnis unsererseits muß zwangsläufig auch zu falschen/unangemessenen Ansprüchen führen. Und umgekehrt.

Ähnlich gefährlich finde ich auch die Konsequenz, sich wegen angeblicher mangelnder Kompetenz in Sachen Kultur rauszuhalten. Statt dies als Anforderung an sich selbst, als Impuls zur Auseinandersetzung zu begreifen, greift eine pluralistische Haltung des Gewährenlassens um sich mangels vorhandener Maßstäbe. Dies führt z.B. dazu, daß der „Mussolini" der Gruppe DAF selbst auf Linken-Feten gespielt und daher wacker getanzt wird. Gar nicht zu reden davon, wie er bei Jugendlichen konsumiert wird und welches Verständnis damit zum Ausdruck kommt.

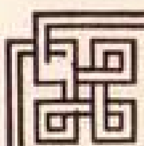
Zusammenfassend möchte ich sagen, daß der Anspruch eher an uns selbst, als in Richtung der Musikergruppen zu verstehen ist, da dies ja die Auseinandersetzung mit ihnen befördern würde. Letztlich sind auch die Kulturschaffenden Teil und Spiegelbild unserer Wirklichkeit, also auch gesellschaftlicher Bewegungen, wie stark oder schwach sie auch immer sein mögen.

Die „Schmetterlinge" haben das für sich so ausgedrückt in ihrem quasiprogrammatischen Lied „Schmetterband":

„Was ändert man mit einem Lied?
Das stell'n wir zur Debatte.
Das ganze Leben ist ein Kampf
und so auch diese Platte.
Doch muß man wissen, wo man steht
und auf wessen Seiten.
Da stell'n wir uns, was uns angeht,
zu den gemeinen Leuten."

D., Kulturkommission

KULTUR



Unsere Lage

1.

Vor einigen Jahren noch
achtundsechzig
und in den Nischen
der SPD-Reformpolitik
schien
ein menschenwürdiges Leben
und unsere persönliche Emanzipation
Frauen
wie Männer

beinahe

verwirklicht.

Beinahe
greifbar
die Utopie
lebendiger Wärme,
sinnvoller Arbeit,
menschlichen Zusammen-Wohnens.

Beinahe
verwirklicht
der Weg
zu unseren kleinbürgerlich
berechtigten Träumen.

Überwunden
das bornierte Elternhaus.
Befreit
die Sinnlichkeit.
Entwachsen
dem bürgerlichen Mief.
Sprudelnd
vor Erkenntnissen.
Aus dem Stand
in Bewegung geraten.

2.

Der kalte Krieg
traf
umso härter.
Hoffnungslosigkeit
Verzweiflung
Einsamkeit

Die Spiel-Räume werden knapp.
Die Illusionen
verfaulen.
Flucht
endet
mit dem Kopf an der Wand.
Tahiti
Bioenergetik
Der Grasgarten
Haus auf dem Lande

Keine Illusionen

Keine Illusionen
mehr
in unsere Lage.

Die unvorstellbare Grausamkeit
des Weltkrieges
hat schon begonnen.

Die dumpfe Verzweiflung
aus den Gedärmen
in den Kopf
steigen
lassen.

Nachts im Bett
weinen
allein.

Unsere Lage
ist
verzweifelt.

Nur das Bewußtsein
dieser Verzweiflung

kann

die Kraft
zum Handeln
bringen.

(Helga, 15.6.82)

Ermutigung

Zum Tode von Peter Weiss



Peter Weiss ist tot. Aus diesem Anlaß will ich etwas zu seinem Roman sagen, an dem er in den letzten zehn Jahren seines Lebens gearbeitet hat. Es erscheint mir als die einzige Möglichkeit, dem Schmerz, den die Todesnachricht bei mir ausgelöst hat, unmittelbar gerecht zu werden.

Ich möchte euch Lust machen, den dreibändigen Roman „Die Ästhetik des Widerstands" zu lesen und zu benutzen. Trotz posthumer Lobhudeleien in der Presse von Leuten, die nichts wesentliches davon kapiert haben. Trotz einem Titel, der eher feinsinniges, unkompetentes Gerede über Widerstand vermuten läßt, und trotz grauem Einband. Ich weiß nicht, wer sich was bei dieser Aufmachung gedacht hat; sie hat mich jedenfalls lange davon abgehalten, auch nur einen Blick in den Roman zu werfen.

Dieser Roman erzählt von Menschen, die in den Jahren von 1937 bis 1945 Widerstand gegen den Hitlerfaschismus und gegen den Krieg geleistet haben. Er erzählt zugleich von den Kämpfen der Menschen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, seit es Menschen gibt. Er ist ein gewaltiges, vielschichtiges, weitverzweigtes Epos von diesem Kampf der Menschen, von ihren Hoffnungen, von ihrem Leiden, von dem Verrat und der Niedertracht in den eigenen Reihen, von ihren Fehlern und Müdigkeiten; und von ihrem Mut, ihrer Treue, ihrer Liebe und ihrer Kraft, die sich immer wieder, auch wenn scheinbar keine Hoffnung mehr ist, Bahn brechen.

Dieser Roman ist geschrieben nach genauen Recherchen und vielen Gesprächen mit noch lebenden Zeugen der Ereignisse. (Es gibt zwei dicke Bände Notizbücher zu den drei Bänden des Romans).

Der Roman hat als „roten Faden" die Bewegungen und Reflektionen eines Ich-Erzählers. Dieser Ich-Erzähler ist nicht die Hauptperson, sondern die Erfahrungen des Ich-Erzählers sind die Beobachtungen, Fragen, Zweifel, Anstrengungen eines Menschen in der Bewegung der vielen, zu kämpfen. Diese Erfahrungen sind bei jedem einzelnen in der Bewegung vorstellbar. Insofern ist der Ich-Erzähler austauschbar mit jedem Menschen, der wach ist, der nicht lügt (auch nicht aus „Parteilichkeit"), der Fragen hat und Fragen zuläßt; der weiß, daß das Ziel jeder revolutionären Anstrengung die Selbstbestimmung, die Würde der ausgebeuteten und niedergedrückten Menschen sein muß. Dieser Mensch, der Ich-Erzähler, weiß auch, daß dieses Ziel nicht innerhalb kurzer Zeit erreichbar ist. Er weiß, daß es viele und langan-
Erzähler, weiß auch, daß dieses Ziel
nicht innerhalb kurzer Zeit erreichbar ist. Er weiß, daß es viele und langan-
dauernde Kämpfe brauchen wird; daß wir Niederlagen haben werden, auch Niederlagen an uns selbst, indem wir schwerwiegende Fehler machen. Er weiß aber auch, daß wir lernen müssen und lernen können, um immer weiter, Schritt für Schritt, auch stolpernd, auch mal über langwierige Umwege, auch mal überraschend schnell, in die richtige Richtung vorwärtszugehen. Er weiß, daß die Revolution die „autoritärste Sache der Welt" ist, weil die, die über uns herrschen, niemals freiwillig die Waffen und die Macht niederlegen werden, wenn sie nicht von uns dazu gezwungen werden. Er weiß, daß dieser Umstand uns Anstrengungen, Härte und Quälereien abverlangt, die uns unmenschlich erscheinen mögen, die wir aber nicht vermeiden können; wo wir nur darauf vertrauen können, daß — wenn wir es richtig machen — einmal eine Zeit kommt, in der Menschen so etwas nicht mehr zugemutet werden wird.

Die Stationen des Ich-Erzählers sind:
- als junger Arbeiter 1937 in Berlin und Bremen. Lernen mit Genossen. Sie eignen sich Wissen an, das ihnen nicht zugedacht ist, das ihnen vorenthalten werden soll, das ihnen aber erst ermöglicht, sich über das ihnen zugedachte Schicksal als dumpf funktionierende Arbeitsmaschinen zu erheben;
- im spanischen Bürgerkrieg bei den internationalen Brigaden als Helfer im Lazarett;
- Station in Paris nach der Auflösung der Brigaden, auf dem Weg ins Exil nach Stockholm;
- legale Existenz in Schweden als Asylant und Fabrikarbeiter, illegale Existenz als Kurier und Verbindungsmann der untergetauchten kommunistischen Kader in Schweden. Gleichzeitig der Versuch, mit anderen zusammen eine künstlerische Arbeit zu entwickeln, die zugleich Widerstand ist.
- Der letzte Abschnitt des Romans erzählt von der „Roten Kapelle", einer Organisation von zumeist bürgerlichen Widerstandskämpfern, die, im Apparat der Faschisten sitzend, militärische Geheimnisse an die Sowjetunion weitergaben und 1942 in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurden.

Der Roman von Peter Weiss hilft uns dabei, uns darauf zu besinnen, in welchem Zusammenhang wir selbst stehen. So, w i e er geschrieben hat, werden wir selbst immer wieder mitten in die Situationen gerissen. Wir können die Räumlichkeiten fast bis im Detail vor uns sehen: ob das die Küche der Arbeiterfamilie Coppi in Bremen ist, die Krankenstation der Internationalen Brigaden in Cueva La Potita; das Versteck in dem Schiff, in dem die Kommunistin Bischoff von Schweden nach Deutschland geschmuggelt wird; das Arbeitszimmer von Lenin, oder die
Deutschland geschmuggelt wird; das Arbeitszimmer von Lenin, oder die
Räume von Brecht. Wir werden beteiligt an den Gesprächen, an den Überlegungen. Wir kriegen die Fragen vorgelegt. Wir schauen nicht als Leser von außen zu, sondern wir werden mit reingezogen. Wir werden gezwungen, uns mit Menschen und Handlungen auseinanderzusetzen, so wie wir auch heute immer wieder vor ähnlichen Situationen und Fragen stehen.

Der Roman ist nicht einfach zu lesen. Die Sätze als solche sind nicht schwierig. Unsere Wirklichkeit ist so schwierig, damals wie heute: Es ist schwierig, eine Situation ganz, mit allen ihren Auswirkungen und Implikationen wahrzunehmen. Es ist schwierig, Dinge zu denken, die uns, mit Konsequenzen zu Ende gedacht, maßlosen Schrecken einjagen können. Der internationale Klassenkampf ist schwierig, die Menschen im Klassenkampf sind schwierig. Der Umgang mit Ängsten und Ansprüchen der Einzelnen ist schwierig ... Alles, was wir aus unseren Kämpfen auch kennen, wird deutlich und durchdenkbar gemacht, und das nicht als Denkspiel, sondern als eine parteiliche Aufforderung an uns, genau hier weiterzuarbeiten.

Wir sind es nicht gewöhnt, uns so eingehend mit bestimmter Malerei zu beschäftigen, mit Skulpturen, mit Reliefs, wie Weiss es in dem Roman tut. Er fängt an mit der Beschreibung des Pergamonaltares in Berlin, vor dem die drei Arbeiterjungen stehen, und etwas von sich, von ihrer Geschichte und ihrem Kampf wiederfinden in diesem uralten griechischen Fries, in dem es scheinbar um Götter und Dämonen geht, tatsächlich aber um den Kampf der Herrschenden gegen den Aufstand der Unterdrückten.

Weiss führt uns immer wieder vor Bilder und Fresken, in denen die Geschichte des Leidens, des Aufbäumens gegen Unterdrückung, die Geschichte des Lernens und Kämpfens der Menschheit — deren Anstrengungen und Hoffnungen über Jahrtausende die gleichen geblieben sind — zu entdecken ist. Wir lernen, Kunst zu sehen als die Arbeit von Menschen in den verschiedenen Zeitaltern und geographischen Räumen, die immer unter ganz bestimmten Herrschafts-Knechtschaftsverhältnissen stattgefunden hat. Wir
stimmten Herrschafts-Knechtschafts-verhältnissen stattgefunden hat. Wir
lernen, in berühmten alten Bildern unseren Kampf gegen die Ausbeuter zu entdecken. Wir lernen den Blickwinkel derer, die unten waren. Wir verstehen, daß all diese „hohe Kunst" tatsächlich uns gehört, genau von uns berichtet.

Beim Lesen der Ästhetik merken wir, daß es die „revolutionären Situationen", in denen uns auf einmal alles klar ist, wo jeder an seinem Platz steht und weiß, was er zu tun hat, nicht gibt. Es war immer die Anstrengung und die Initiative vieler nötig. Jeden Tag. Gegen alle Widerstände. Es ist ja nicht nur der Klassenfeind, gegen den wir kämpfen müssen, sondern es sind auch Illusionen, Borniertheit und private Machtgelüste unter uns.

Es war eigentlich immer der Alltag, in dem gekämpft wurde. Auch damals ging das ganz normale Leben mit all dem Kleinkram, der organisiert werden mußte, weiter.

Heute, wenn wir versuchen, uns die Zeit 1937 - 1945 vorzustellen, dann - bei mir war es jedenfalls so - hatte ich immer „Ausnahmezustand" im Kopf, wo alles anders ist. So war's wohl aber nicht. Sondern für die meisten zäher, grauer, stinknormaler Alltag. Genau so zäh, stinknormal wie heute.

Vielleicht kriegen wir, wenn wir uns das klarmachen, ein selbstverständlicheres Verhältnis zum „Kampf". Der ist nichts Heroisches „nur für Fighter". Der ist hauptsächlich Anstrengung und Arbeit und Ausdauer und Lernen. Zusammen lernen, um sich zurechtzufinden. Lernen, es richtig zu machen.

Insofern ist der Roman eine große Ermutigung: Kämpfen kann jeder, wenn er nur sein/unser Interesse dabei weiß, geduldig und entschlossen ist. Für jede und jeden gibt es eine Arbeit, die sie/er kann.

Den Kampf, den wir heute führen, lernen wir bei Weiss als folgerichtigen Teil in der Befreiungsgeschichte der Menschen begreifen. In ihrem langen Kampf haben die Menschen in weiten Teilen der Welt schon die Befreiung von der Leibeigenschaft, von Feudalismus und Kapitalherrschaft erkämpft. Diese Kampfgeschichte ist unsere Geschichte, auf die wir uns beziehen können quer durch alle Nationen, und aus der wir lernen werden.
nen quer durch alle Nationen, und aus der wir lernen werden.

Stefanie, Hamburg

Leserbrief

Über die Klassenfrage in der bildenden Kunst

Ich will meinen Beitrag zur Kulturdiskussion der Klassenfrage in der bildenden Kunst widmen, weil ich meine, daß diesem Aspekt in der Diskussion zu wenig Aufmerksamkeit gegeben wird.

Ein Beispiel für meine Betrachtung ist das Werk von Käthe Kollwitz. Sie stellt sich in ihren Bildern eindeutig auf die Seite der Unterdrückten und tritt für die Sache der Arbeiter ein. Sie zeigt in einer unmißverständlichen Bildersprache die Antagonismen der kapitalistischen Gesellschaft auf, spricht den Betrachter unmittelbar an und macht ihn betroffen. Käthe Kollwitz ist in dieser Sicht das herausragende Beispiel.

Zum anderen das Werk von Otto Dix, der seine Gesellschaftskritik subtiler, mehrdeutiger stellt und in vielen seiner Bilder den Blick für den arbeitenden Menschen schärft und ihn in seiner Abnutzung zeigt. Auch Otto Dix stellt sich auf die Seite der Ausgebeuteten.



Eine Demonstration, im Original farbig

Betrachtungen dieser Art müssen aber aktualisiert werden. Die Klassengegensätze sind in unserem Kulturbereich anders als im Anfang des 20.Jahrhunderts. Die reformistischen Glättungen der Gegensätze und das Bestehen des „Sozialstaates" haben diese krassen und augenscheinlichen Gegensatze verwischt, die jedoch immer noch vorhanden sind. Das Aufspüren und Kenntlichmachen der Klassengegensätze erfordert weitaus mehr Vielschichtigkeit und Sensibilität von den heutigen Künstlern, als die meisten in der Lage sind zu leisten. Das soll nicht heißen, daß Kollwitz und die anderen nicht sensibel gewesen seien, nur waren die Klassenauseinandersetzungen ihrer Zeit prägnanter.

Heute muß man eine subtilere Vermittlungsform wählen. Aber sie darf nicht so sinnlos verschlüsselt sein, daß nur wenige Eingeweihte den Sinn verstehen. Hier ist die Gratwanderung zwischen Kunst und Agitprop sehr schmal, wobei man das nicht trennen darf, aber in beiden verschiedene Gewichtungen sehen sollte. Wenn man sich die Kunstszene der Gegenwart betrachtet, so sieht das sehr blaß aus in der BRD.

Es gibt nur wenige Künstler, die sich dieser Frage widmen. Einer dieser Künstler ist der in Berlin lebende Iraner Akbar Behkalam, der eine ähnliche Bildersprache gefunden hat auch in Bezug auf die aktuelle Situation in der BRD. Sonst ist mir kein aktueller Künstler bekannt, was aber nicht bedeutet, daß es sie nicht gibt, sondern daß es weitaus schwieriger ist für diese Art von Künstlern, bekannt zu werden. Es ist deshalb wichtig und notwendig, sich in dieser Hinsicht zu informieren und weiterzubilden.

Was mich betrifft, so versuche ich, mich mit dieser Thematik bildnerisch auseinanderzusetzen. Das heißt, daß ich in meinen Bildern versuche, einen eindeutigen Standpunkt zu beziehen, der sich mit den Antagonismen in unserer Gesellschaft auseinandersetzt, was gerade in unserer Situation wichtig ist. Denn ich meine, daß Kunst in diesem Sinne auch etwas bewirken kann. Sie sollte sensibilisieren und den Blick für die Gegensätze schärfen und schulen. Es ist nicht verwunderlich, daß diese Art von Kunst in der heutigen Kunstszene unbequem ist, von dem bürgerlichen Kulturmarkt verschwiegen und nicht gefördert wird. Was eine Beschäftigung unsererseits umso nötiger macht. Denn: KUNST MUSS POLITISCH SEIN!

Ich habe mich bewußt in meinen Betrachtungen auf die BRD konzentriert und auf den Widerspruch in unserer Gesellschaft. Die Thematik der 3. Welt ist wichtig und brennend, jedoch sollten wir uns darüber nicht vergessen.

P., Bremen

„Das kommt mir irgendwie vor wie Anschleimen"

Interview mit Hamburger Punks

„Punks against fascism" (PAF) gibt es in Hamburg seit ca. zwei Monaten, ebenso die Zeitung „Hungrige Herzen", die im Mai erstmals als Nullnummer verkauft wurde. „PAF" und „Hungrige Herzen", die eng zusammenarbeiten, verstehen sich als antifaschistische Initiative unter Punks, die auch über Hamburg hinauswirken soll. Anlaß für ihren Zusammenschluß war der zunehmende Terror rechter Jugendbanden und der wachsende Einfluß organisierter Nazis der ehemaligen Hansa-Bande in der Hamburger Szene. Den Schlägereien in Szene-Kneipen, im Szene-Kino-Klick, in Jugendtreffs wollten sie eigene Aktivitäten entgegensetzen. Es folgten erste „Strafaktionen", die in der bürgerlichen Presse als „Bandenkrieg" erschienen. Es folgte ihre Mitwirkung bei der Gründung einer antifaschistischen AE, in der es namentlich zwischen FAU und PAF einerseits und KB u.a. andererseits zu Auseinandersetzungen über den Aktionismus kam, in dessen Verlauf bei Kneipen-Aktionen auch unpolitische oder gar linke Punks verdroschen und die eigenen Kräfte, ohne Öffentlichkeitsarbeit, gegenüber der Polizei verheizt wurden (siehe dazu AK 221).

Aus diesem Grunde beteiligten wir uns als KB auch nicht an der im Gespräch erwähnten Demonstration, obwohl wir weiterhin im Bündnis mitarbeiten.

Inzwischen hat sich die Hamburger Innenbehörde auf eine Weise des Problems angenommen, die ebenso exemplarisch ist wie die ganze Problematik überhaupt: während Innensenator Pawelczyk erklärte, über das Treiben rechter Jugendbanden und Nazis sei ihm nichts bekannt, was die Polizei zum Eingreifen veranlassen könne, wurden die Punks an ihrem Treffpunkt in Hamburg Altona (Spritzenplatz) zu Rudeln und einzeln gejagt, verprügelt, in Polizeiwachen verschleppt (wo sie sich ausziehen mußten), in Erziehungsheime oder an die Stadtränder verfrachtet usw. Die Brutalität dieser Einsätze, steht in der Kontinuität der „Säuberungsaktionen", die derselbe Senat bereits Jahre zuvor im Karolinenviertel durchführen ließ.

Anders als vor zwei Jahren allerdings trifft diese „Jugendpolitik" mit dem Polizeiknüppel, verbunden mit einer offenen Begünstigung rechter Umtriebe unter Jugendlichen auf der anderen Seite, diesesmal auf wachsenden öffentlichen Protest: Zwar blieben die Punks bei der von ihnen organisierten Protest-Demonstration zum Spritzenplatz mit ca. 300 Leuten trotz Unterstützung der Demo durch KB und GAL, noch weitgehend unter sich, inzwischen aber hat die Bezirksparlamentsversammlung Altona mit den Stimmen von SPD und GAL beim Senat protestiert, hat sich ein „Ermittlungsausschuß gegen Punkhatz in Altona" gegründet, der eine öffentliche Veranstaltung durchführen will.

Im folgenden Gespräch erläutern Mitglieder der „PAF" und von „Hungrige Herzen" ihre Ziele und — nicht zuletzt — ihre Kritik an der Linken, einschließlich KB. Wir hoffen auf rege Auseinandersetzung.

Antifa-Kommission und Antifa-Jugend AG/KB Hamburg

AK: *Ihr habt vor kurzem die „Punks against Facism" (PAF) gegründet und ihr gebt seit kurzem die Zeitung „Hungrige Herzen" (HH) heraus. Ihr seid sozusagen neu in der Hamburger Linken. Könnt ihr uns ein bißchen über eure Zielsetzung sagen?*

A: Die Zeitung HH ist erstmal unabhängig von der PAF gegründet worden. Wir arbeiten aber mit der PAF zusammen. Wir wollten versuchen eine Zeitung neuen Stils zu machen.

B: Die PAF wurde aus dem einfachen Ding gegründet, daß das mit den Nazis zu nervig wurde, wir immer mehr Ärger mit den Nazis hatten. Wir hatten keinen Bock mehr, daß die Nazis ihre Spielchen da durchziehen, weil sie organisiert sind und daß es von den Punks so'n Ding gibt, wo klar wird: Wir wehren uns gegen die Nazis. Was auch gut läuft, denn im Moment haben die Nazis ganz gut Schiß vor uns...

AK: *Wie stellt ihr euch den Kampf gegen die Nazis denn vor?*

C: Erstmal, daß wir massiv auftreten, also, wenn bekannt wird da und da treffen sich die Nazis und die haben das und das vor, gehen wir dahin und gewöhnen denen das schnell mal ab.

Das erste, was wir uns in der Faschistenbekämpfung gesetzt haben, ist den Mitläuferkreis zu sprengen. Das passiert nicht durch die Veröffentlichung von faschistischen Greueltaten, sondern indem man ihnen das gibt, wovor sie sich am meisten fürchten, nämlich was auf die Schnauze. Das einzigste, was sie stark macht und was sie zu den Faschos treibt, ist ja: da sind sie Kerle. Da herrscht so'n Führerkult. Die brauchen alle den starken Mann.

B: Wir wollen klarkriegen, daß sie sehen, daß die sich nicht alles erlauben können. Das läuft nicht darüber, das du da irgendwelche Propaganda machst, sondern du mußt klar an die rantreten, das du den wirklich erstmal auf die Fresse haust, das die merken, die haben nicht mehr soviel Freiheiten.

AK: *Ihr habt euch ja an einer Reihe Aktionen gegen die Nazis beteiligt, und da gab es unter anderem in der Kneipe „Schlaflose Nächte" eine Aktion, die sehr umstritten ist ...*

B: Fehler von der Aktion war, daß die da einfach reingestürmt sind und losgeprügelt haben. Ich hab von den Linken was auf die Fresse gekriegt, ich hab von den rechten was auf die Fresse gekriegt. Ich bin heute noch sauer, weil das nicht mit Punks gemacht worden ist, die sich auskennen. Da hat eigentlich alles auf die Fresse gekriegt, was da war.

AK: *Aber wie kann da eine Unterscheidung getroffen werden? Es gibt ja viele — Skinheads zum Beispiel — die rechte Sprüche drauf haben, die aber nicht ohne weiteres als Nazis bezeichnet werden können. Wie kann man genau wissen, wen man anzugreifen hat, denn es gibt rechte Jugendliche und organisierte Nazis.*

C: Kartei anlegen, beobachten. Das bringt nichts, die einzeln zu verhauen.

A: Ich meine, daß die Leute gedroht haben, z.B. die Punks sind alle irgendwie verjagt worden, vom Mönckebrunnen, vom Klick-Kino: haben die also alle einen vor die Schnauze gekriegt, genauso wie die Langhaarigen. Man muß auf dieses Problem jetzt irgendwie reagieren. Da halfen ja zeitweise gar keine Diskussion oder so was. Da kannst Du nicht rantreten an einen Nazi oder andere Nazimitläufer und ihm sagen, daß ist Scheiße, daß Du mitläufst. Sondern es muß ganz konkret diese Situation behoben werden, damit überhaupt wieder 'ne Diskussion möglich ist. Sie hatten ja am 20. April angedroht, einige linke Kneipen auseinanderzunehmen. Das hatte man über Kontaktleute dann irgendwie erfahren. Und nun war eben mal die Frage, daß man die Kneipen schützen mußte. Das war jetzt nicht spezielles Heldentum, sondern das war 'ne reine Abwehrmaßnahme. Und das hat sich auch gezeigt, daß man durch diese Maßnahme — wenn Ihr uns also einen auf die Schnauze hauen wollt, dann kommt, dann hauen wir zurück — daß man sie zumindest erstmal mit ihren Aggressionen reichlich zurückdrängen konnte. Dann kann man also auch dabeigehen, die Mitläufer rauszusuchen. Z.B. ist ja jetzt auch irgendwie geplant, die Leute mit 'ner speziellen Argumentation anzusprechen, aber so was kann man immer nur tatsächlich machen, wenn man den stärkeren Knüppel dazu in der Hand hat.

> *„Der Hauptkritikpunkt ist ja, daß die Linke an neue Bewegungen ja immer so rangeht: Wie können wir die Bewegung am besten nutzen ... Sie hat im Grunde genommen die ganze Punk-Bewegung von sich abgestoßen. Und das muß die Linke auch mal irgendwie lernen, daß man Bewegungen nicht irgendwie nach ihrem Nutzen beurteilt, sondern mal mit dem Herzen rangeht."*

AK: *Ich will von meiner Seite aus jetzt nicht auf die Auseinandersetzung eingehen. Wir haben uns dazu ja in unserer Presse sehr klar geäußert, wie wir die Situation einschätzen.*

C: Das war 'nen Ding, dazu wollte ich noch was sagen, und zwar stand da irgendwas drin von Bandenkrieg. Ich meine, teilweise ist da schon was dran, wenn man Punks als sogenannte Jugendbande bezeichnet und eben auch die Nazis als sogenannte Bande, dann ist das eben ein Bandenkrieg. Klar müßte aber eigentlich sein, das wird in dem Artikel gar nicht widerspiegelt, daß nicht nur die Nazis, sondern auch die Punks nicht nur Scheiße im Kopf haben, sondern auch eine gewisse Politik verfolgen, die, wenn sie sich nicht gerade an den Anarchismus anlehnt, ganz schön anarchistisch ist. Ich meine, es ist mehr ein politischer Kampf als ein Bandenkrieg.

AK: *Ja, dazu will ioh dann doch was sagen. Das würde ich so aus dem ARBEITERKAMPF nicht rauslesen und das ist auch nicht meine Position jetzt, daß das ein Bandenkrieg ist. Was wir geschrieben haben ist, daß, so wie die politischen Auseinandersetzungen da geführt worden sind, es der bürgerlichen Presse sehr leicht gemacht wird, die Sache als Bandenkrieg hinzustellen. Das ist ein wichtiger Punkt. Gerade aufgrund solcher Aktionen wie „Schlaflose Nächte" beispielsweise, wo eben nicht mehr unterscheidbar ist, wer wem was auf die Glocke haut.*

B: Das ist falsch, ich wußte nämlich, wem ich auf die Fresse hauen sollte, und ich weiß, wem ich noch immer auf die Fresse hauen will.

AK: *Ja, Du selbst vielleicht, aber diese ganze Aktion ist doch so abgelaufen, daß es ein ziemliches Tohuwabohu war.*

B: Ja, aber nicht von uns aus, sondern weil das nämlich der Fehler war von den Linken in meinen Augen.

AK: *Welche Linken meinst Du denn jetzt?*

B: Die Heinzis, die bei den „Schlaflosen Nächten" dabei waren: ist doch Kotzkram oder sowas, was die da abgezogen haben.

AK: *Mit Linken meinst Du also Leute aus dem autonomen Spektrum, andere waren ja nicht dabei?*

A: Ich wollt auch noch mal was zum Artikel im AK und zum Verhalten des KB sagen: Der KB hat ja diese Demonstration am 20. April nicht unterstützt, mit dem Hinweis, man würde wohl zuviel Hysterie verbreiten. Schließlich waren dann 2.000 Leute auf der Demo, was den KB dann wohl stutzig gemacht hat, glaube ich. Das wurde ja in diesem Artikel gerechtfertigt, wo das ganze Faschoproblem auf die Jugendzentren verlagert wird. Was ich nicht versteh', ist, daß der KB nicht an die Punks rangetreten ist, die ja gerade mit den Faschos zu tun hatten und auch die Informationen liefern konnten.

Schließlich besteht ja auch aus früherer Zeit son'ne Art soziales Verhältnis, wo die Punks auch wissen, warum diese Leute bei den Nazis sind. Es wurde immer nur so getan, als wenn wir 'ne Politik verfolgen, wo wir den Nazis immer eins auf die Fresse hauen wollten. Was wir einzig erst mal machen wollten: wir wollten erst mal die Bedrohung abwenden und dann schließlich diese Führer zu isolieren, um dann die Mitläufer rüberzuziehen. Das hat ja auch teilweise schon geklappt. Es stehen auf dem Spritzenplatz ja immer mehr Leute und man sieht, daß die NS-Szene immer isolierter rumläuft. Sie sind effektiv einfach schwächer geworden. Das war einfach ein Erfolg.

AK: *Zuerst mal selbstkritisch zum AK: Wir haben 'ne zeitland diesen ganzen Geschichten zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet jetzt in Hamburg, sagen wir, so im letzten halben Jahr oder letzten Jahr. Das würde ich auch so sehen. Wir haben uns erst durch die Ereignisse selbst davon überzeugen lassen, daß jetzt auch ein konkretes Eingreifen nötig ist. Trotzdem würde ich sagen, die Auseinandersetzung ist vereinfacht, wenn Ihr meint, wir hätten etwas gegen Aktionen solcher Art. Wir haben das auf dem Antifa-Bündnis so gesagt: wir sind selbstverständlich für Aktionen, wir sind dafür, daß man sich wehrt. Das ist alles nicht die Frage. Das haben wir früher gemacht, das machen wir auch heute und werden es auch in Zukunft machen, daß gegen Nazis auch konkret vorgegangen wird. Wir haben allerhand dagegen, sich einseitig und allein auf solche Aktionen zu stürzen und haben in diesem Zusammenhang daraufhingewiesen, daß die Diskussion wirklich breit rausgetragen werden muß, daß in Jugendheimen, in Schulen usw. diskutiert werden muß. Eben deswegen, daß nicht ohne weiteres klar ist in der Szene, die hier in Bewegung gekommen ist: wer ist hier ein Rechter, wer macht nur provokative Sprüche, wer ist jemand, der verführbar ist und den man gewinnen kann, und wer ist ein organisierter Nazi, der in irgendwelche Jugendgruppen hineinwirkt, um Leute zu gewinnen.*

A: Ich wollte noch mal was zu dieser Selbstkritik sagen. Diese Selbstkritik müßte ja auch eigentlich mit einschließen, daß Ihr Euch dann nicht an der Demo beteiligt habt. Ich finde es etwas unehrlich zu sagen, wir üben da'n bißchen Selbstkritik und haben da was unterschätzt. Es müßte z.B. doch gewährleistet sein, daß ihr, wenn nochmal so'ne Demonstration ansteht, dann tatsächlich auch mit dazu aufruft.

AK: ***Das kommt immer auf die konkrete Demonstration an.** Unsere Selbstkritik bezieht sich nicht auf die **Demonstration selbst! Ich finde unsere konkrete Entscheidung nach wie vor richtig!!!***

A: Da hättet Ihr doch z.B. an uns herantreten können und hättet sagen können, wir laufen da den Informationen ein bißchen hinterher und sagt doch mal, wie das aussieht. Aber sich aus der Demo zurückzuziehen, halte ich für einen politisch falschen Schritt. Denn gerade diese Demonstration hat sichtlich einiges mobilisiert und hat gerade antifaschistische Kräfte wirklich wieder **zusammengeführt**, und zwar dadurch, daß man jetzt tatsächlich überall geschlossen dastand und gesagt hat: **Keine Handbreit den Faschisten!** Da ist eine neue Kraft hinzugekommen, aus der Ihr Euch ja selber auch eigentlich herauskatapultiert habt.

AK: ***Das ist nicht ganz richtig:** Wir waren ja bei den Geschichten, die vorher gelaufen sind, Klick-Aktion usw., dabei: Also bei den konkreten Vordiskussionen. Und da haben wir zu den Leuten gesagt: Leute, die Aktionen, die da geplant sind, die sind entweder selbstmörderisch oder beknackt, ja! Weil die Bullen vorher Bescheid wissen, die Nazis vorher Bescheid wissen, weil es total unorganisiert (?) ist. Chaotische Scheiße, die da abläuft. Und nach jeder Aktion mußte von den Beteiligten gesagt werden: Ja, war Scheiße! Und wir haben gesagt, Leute, wir müssen Öffentlichkeitsarbeit machen, die Informationen, die es gibt, die müssen raus. Auf der Grundlage kannst Du dann 'ne weitere antifaschistische Arbeit machen. Das hat sich tatsächlich so polarisiert, daß statt dessen zunächst einmal zu dieser Demonstration aufgerufen wurde. Und wir haben gesagt, als Ersatz für eine allgemeinere Öffentlichkeitsarbeit geht das nicht. Und so haben wir das auch in unserem Artikel formuliert. Beides zusammen, d.h. eine vernünftige Aktion ... Und jetzt geht's weiter!*

C: Wir haben mitgekriegt, daß militanter antifaschistischer Widerstand läuft, die Leute aber nicht wußten, wem sie da was auf die Fresse haun sollten. Das haben wir dann auch gemerkt. Darum waren wir dann auch im Hamburger Antifa-Bündnis. Da hab ich dann mal gesagt ... Es ging da um eine Veranstaltung in Hamm, wo massig Nazis aufgetaucht sind, und wo dann die Veranstalter bei Euch angerufen haben, und gefragt haben, was sollen wir tun, hier sind Nazis, Hilfe! Hilfe! und Ihr ihnen dann empfohlen habt, die Bullen zu rufen ... wo ich dann gesagt habe, das ist doch schwachsinnig. Hätte da jemand bei uns angerufen, wären wir hingekommen mit unseren ganzen Gerätschaften ... und da meintet ihr, daß sei recht spekulativ. Von da an war klar, daß auf dem Antifa-Bündnis nichts mehr läuft. Wir haben uns da 'ne Zeit lang rausgehalten aus dem Antifa-Bündnis, weil wir da eben keine Chancen sahen irgendwas zu machen, weil wir wurden da nicht ernst genommen. Wir haben dann versucht, über militante Sachen uns einen Namen zu machen um in der Linken anerkannt zu werden und von der Rechten geschätzt zu werden. Das Interesse unter den Punks an uns stieg so, daß Teilweise auf PAF-Treffen 80 Leute waren. Bloß wir haben das Interesse falsch angepackt und sind nicht näher drauf eingegangen, weil wir uns immer weiter von der Basis entfernten und dachten, wir wären die großen Macher. Aber immerhin haben wir es geschafft, in Altona einen Punk-Treff zu machen und, was das wichtigste an einer politischen Gruppe ist, daß sich die Leute öfters sehen und irgendwie miteinander reden.

B: Erst nachdem wir auf dem Spritzenplatz zweimal abgeräumt wurden, wur-



Zuwachs für die Wahlbewegung



Das Wahrzeichen der „PAF"

den wir interessant für die Linke. Das kommt mir irgendwie vor wie anschleimen. Guck Dir Karoviertel an.

AK: *Das kann man nicht so stehen lassen. Ich möchte ein bißchen genauer wissen, was Du mit anschleimen meinst.*

B: Na ja. Was ich meine ist, im Moment haben wir auch Konnektions zu den Gruppen in der Hamburger Linken. Vorher war das nicht, nä. Das Problem was sich für mich da stellt ist: Waren wir vorher uninteressant und sind jetzt interessant oder wußten die Leute nichts von uns? Und daß sie nichts von uns wußten, kann ich mir nicht vorstellen. Mir fällt dazu immer nur das Karolinenviertel ein. Ich mein, was da abgegangen ist, da hat sich kein Schwein für interessiert.

AK: *Ich denke schon, daß ihr interessanter seid als vorher, sagen wir mal vor zwei Jahren und vor einem Jahr, ja, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Weil nämlich insgesamt in Hamburg, beispielsweise, eine zunehmende Unruhe in der Jugend sich entwickelt hat und insofern auch zunehmende Auseinandersetzungen innerhalb der Szene einerseits und andererseits mit dem Staatsapparat. Die Sachen werden eben immer schlimmer vor unseren Augen.*

A: Der Hauptkritikpunkt ist ja, daß die Linke an neue Bewegungen immer so ran geht, wie können wir die Bewegung am besten nutzen und sie hat damals im Karoviertel bei den Punks nicht irgendwie gesehen, daß die gut für irgendwas sind. Sie hat im Grunde genommen die ganze Punkbewegung von sich abgestoßen. Und das muß die Linke auch mal irgendwie lernen, daß man Bewegungen nicht irgendwie nach ihrem Nutzen beurteilt, sondern mal mit dem Herzen da rangeht.

AK: *Ihr kritisiert, daß die Linke abseits gestanden hat. Das kann ich für große Teile der Linken akzeptieren. Was uns betrifft, würde ich das nicht akzeptieren. Ihr werft der Linken vor, sie würde die Punks funktionalisieren. Für was sollte die Linke die Punks denn benützen können?*

ren. Ihr werft der Linken vor, sie würde die Punks funktionalisieren. Für was sollte die Linke die Punks denn benützen können?

C: Der Fehler, den die Linke überhaupt gemacht hat, war, die Punks zu ignorieren. Es ist der Linken in die Schuhe zu schieben, daß solche Leute wie Dave (Michael David, Ex-Hansabande) es geschafft haben, Punks zu sich rüber zu ziehen.

B: Also ich finde es falsch, zu sagen die Linke hat die Punks den Faschos in die Arme getrieben. Was die Linken Scheiße gebaut haben, ist: Blindheit, denn das mit der Jugendbewegung dauert schon länger und Punks gibt es in Hamburg schon seit '78.

Und mittlerweile gibt es auch Punks, die sagen: weder links noch rechts, Hauptsache Punk und kann mit denen einen saufen. Ich kenne ne ganze Menge Leute, die sagen: ich sauf mit Linken und Rechten. Ich will meine Ruhe. Ich will meinen fun. Spaß. Wenn es mir bei den Rechten zu nervig ist, geh ich eben zu den Linken. Und wenn die wieder rumspinnen, geh ich wieder zu den Rechten. Mal wieder.

AK: *Was meint Ihr, wie die Linke den Einfluß der Nazis zurückdrängen kann?*

B: Mit 'ner Einheit. Bei den Leuten ein Wir-Gefühl entwickeln. Das ist ja auch son Ding was die Nazis auch drauf haben. Und uns fehlt eben so ein Ding wo wir zu stehen.

AK: *Für wen ist die PAF denn jetzt eigentlich Bezugspunkt, für wieviel Leute spricht sie?*

C: Wir wollen in erster Linie alle Punks ansprechen. Der ‚Savage army' klar zu machen, daß da jemand dagegen ist. Wir wollen den Nazis den Wind aus den Segeln nehmen. Und wir wollen anderen fortschrittlichen Punks die jetzt noch in Gruppen wie der SDAJ rumhängen einen neuen Bezugspunkt geben.

anderen fortschrittlichen Punks die jetzt noch in Gruppen wie der SDAJ rumhängen einen neuen Bezugspunkt geben.

C: Aber es weitet sich aus: In Bergedorf gibt es jetzt 'ne PAF, in Itzehoe soll was gegründet werden, in Karlsruhe gibts organisierte Punks, in Hannover gibts die POGOS. Unser Ziel ist es auch, mit den ganzen bestehenden Punkgruppen irgendwie was Nationales zu machen. Also wir wollen erstmal so ein Treffen machen, mal 1.000 Leute einladen...

AK: *Welche Rolle spielt denn die Zeitung „Hungrige Herzen" bei dem ganzen Prozeß?*

A: Also wir haben schon vorher was zusammen gemacht, bevor die Zeitung erschienen ist. Wir waren der Meinung, daß wir gerade wegen dieser Faschogeschichte enger mit den Punks zusammenarbeiten sollten. Das wurde ja in Teilen der Sponti-Szene auch abgelehnt, z.B. haben Punks Hausverbot in Linken Kneipen bekommen. Wir sind nicht das Zentralorgan der PAF, sondern bei uns sitzen Leute, die sind größtenteils keine Punks und kommen aus verschiedenen politischen Richtungen. Aber es sitzen welche von der PAF mit drinne. Ziel der Zeitung ist es, daß Gruppen sich in ihr selber darstellen können. Wir wollten ne Reportagezeitung machen. Es hat auch irgendwie etwas mit dem Niedergang der Linken zu tun. Ein Ziel von uns ist es, neue Anstöße zugeben, 'ne Begeisterungsfähigkeit der Linken wieder aufzubauen. Daher auch der Name, Hunger nach neuen Ideen, auch nach einem neuen Zusammenschluß innerhalb der Linken.

AK: *Ihr kennt doch sicher den Slogan No future, der oft in Zusammenhang mit der heutigen Jugend gebracht wird, weil sie keine Ziele/Ideale hätten. Ich glaube eher, daß es eine Sehnsucht nach Zukunft ist...*

A: No future heißt für mich keine Zukunft für diesen Staat.

B: So, wir haben auch Ziele, z.B. ein Haus für uns in Altona. Wir sind nicht müde im Fordern. No future ist etwas, was ist. Das was ich fordere ist 'ne Zukunft. Ich will 'ne Zukunft. Ich will so leben, wie ich will. Und nicht in einer so bescheuerten Gesellschaft, wo ich eben nicht so rumlaufen kann, weil das nicht da rein paßt und wo ich nicht denke, daß ich der Verarschte hier bin. Das was ich fordere ist, daß ich endlich mal nicht der Verarschte bin.

C: Wenn die uns das nicht geben wollen, dann helfen wir eben nach, holen uns das. Wir sind keine Nihilisten! Ich denke, daß meine Werte auch meine Ziele sind. Ich will 'ne Arbeit haben, die mir Spaß macht, wo ich was erstelle, was mir gehört. Wo ich kreativ daran tätig bin. Was ich nicht sehe ist, jetzt die Proletarier zu befreien und dann befreien die mich.

B: Das Ding ist, das wir das jetzt haben wollen, und nicht erst in 30 Jahren. Ich will nicht warten, bis hier mal die Weltrevolution losgeht. Unser Ding heißt: subito!

wollen, und nicht erst in 30 Jahren. Ich will nicht warten, bis hier mal die Weltrevolution losgeht. Unser Ding heißt: subito!

„No future ist etwas, was ist. Das was ich fordere, ist ne Zukunft. Ich will ne Zukunft. Ich will so leben, wie ich will. Und nicht in so einer bescheuerten Gesellschaft, wo ich eben nicht so rumlaufen kann, weil das nicht reinpaßt, und wo ich nicht denke, daß ich der Verarschte hier bin. Das was ich fordere ist, daß ich endlich mal nicht der Verarschte bin."

AK: *Ich bezeichne mich als Marxist, und ich warte auch nicht, daß ich das Glück nach der Revolution kriege. Das Problem ist nur, daß der Staat Dir das nicht erlaubt.*

C: Es gibt ja nur noch drei Möglichkeiten: Entweder Du entziehst Dich der ganzen Scheiße, indem Du Dich umbringst, oder Du machst sie mit — Kompromisse eingehen — oder Du stellst Dich eben dagegen. Dazu gehört aber eben, daß Du ständig Repressalien ausgesetzt bist. Praktisch führst Du einen Kampf gegen den Rest der Welt.

AK: *Wie glaubt Ihr, Menschen die noch nicht davon überzeugt sind, davon zu überzeugen?*

B: Machen. Vormachen. Du kannst sie nicht durch Labern überzeugen, sondern dadurch, daß Du es lebst. Was das Problem ist, ist denen ihre Angst. Aber wenn die sehen, daß das ganz viele machen... Und so voll können die ihre Knäste nicht packen, da müssen sie schon anbauen...

AK: *Wie seht Ihr das eigentlich mit der GAL?*

B: Die unterstützen uns im Moment. Das sind die Leute, die uns am konkretesten unterstützen.

A: . Was ich auch besonders gut finde, daß sie nicht versucht haben uns da was aufzupropfen. Die haben dafür gesorgt, daß uns die bürgerlichen Parteien zumindest mal anhören mußten. Die GAL hat die Eigenständigkeit der Punks anerkannt...

AK: *Wie sieht das mit anderen Kräften aus, mit wem wollt ihr noch zusammenarbeiten?*

C: Wir arbeiten auch mit der FAU (Freie Arbeiter Union, Anm. AK) zusammen. Die waren ja zuerst ziemlich gegen die Punks. Von denen kam auch das Ding: Weder rechts noch links, total unpolitisch, auf die Schnauze. Die haben dann aber gemerkt, daß das doch nicht zutrifft.

AK: *Wie seht Ihr das mit der Friedensbewegung?*

C: Ich war auch damals in Bonn. Aber mir ist aufgefallen, daß die auch keinen Kontakt zu Leuten wie uns hat. Z.B. war da ein Punk mit einem großen Hakenkreuz auf dem Rücken, und da meinten alle: Da kommen die Nazis. Und kein Arsch hat gesehen, daß darüber „Destroy!", stand.

B: Mir sind die Typen ein bißchen zu friedlich. Ich hab auch Angst vor'm Krieg, aber hier laufen noch mehr Sachen ab, nä. Nach dem Motto: Ich bin gegen den Krieg, bin aber auch in der SPD und muß darum unterstützen, daß sie hier die Leute plattknüppeln.

A: Ich sehe, daß da Leute erste Schritte gemacht haben. Viele Leute sind für sich radikaler geworden. Z.B. irgend eine Mutti, die sich noch nie für Politik interessiert hat, ist auf einmal auf so einer Demo, und die ganzen Anstrengungen hin mit Anreise und so, für die ist das einfach ein radikaler Schritt. Das wird ja nicht so laufen, daß da die Leute zu Hause rumsitzen und dann aufmal einen Stein in die Hand nehmen und werfen. Deswegen nehm ich die sehr ernst.

AK: *Es gibt ja auch Meinungen in der Linken, daß ihr unzuverlässig seid, und daß ihr keine Absprachen einhaltet.*

B: Das beruht aber auf keiner praktischen Erfahrung. Heut waren wir pünktlich.

C: Die DKP hat ja damals mal Gerüchte in die Welt gesetzt, daß alle Punks Faschisten sind, weil die mal so'n Fest von der DKP gestürmt haben.

B: Nee, das war anders. Die DKP-Ordner wollten da Punks nicht reinlas-

Faschisten sind, weil die mal so'n Fest von der DKP gestürmt haben.
B: Nee, das war anders. Die DKP-Ordner wollten da Punks nicht reinlas-

sen. Mit der Begründung, daß sie Faschisten wären. Und das war ausgerechnet der Typ, dem die Faschos mal den Kiefer gespalten haben!

C: Du hast vorhin gefragt, wie die Punker von Linken benutzt werden könnten. Dazu mal ein Beispiel: Um zu beweisen, daß die Jugend auf der Straße rumhängt, engagierten die von der SDAJ aus drei Punkrockers und die sollten mit Spraydosen durch Bahrenfeld ziehen und die Forderung nach einem Jugendzentrum überall hinsprühen, und die haben dann überall *„Polizei — SA/SS!"* und *„Deutschland verrecke"* gesprüht, die haben so'ne Polizei-Notrufsäule kaputtgemacht und ein Hakenkreuz drauf. Und dann hat sich die DKP auf mal distanziert, weil die Bullen da angerufen haben, weil die wohl ab und zu mit DKP unterschrieben haben. Da haben die dann gesagt: Das waren doch keine Jugendlichen, das waren Außenseiter, Pestbeulen!

B: Eine Front: RAF und DKP!

C: Die können uns als Aushängeschilder benutzen, und wenn wir dazu nicht mehr gut sind, werden wir eben fallen gelassen.

A: Ich finde die Linke sollte sich mal wieder zusammenfinden, und das jetzt nicht als Floskel, sondern es sollten bald mal praktische Schritte in die Richtung unternommen werden. Ich sehe, daß die Linke immer weiter Berg ab geht.

AK: *Ihr habt jetzt 'ne ganze Menge erzählt. Inwieweit gebt Ihr denn so die Meinung von den Leuten, mit denen Ihr zu tun habt, wieder?*

C: Drum sind wir ja hier, weil wir unterschiedliche Meinungen haben.

B: Ich mag dich trotzdem!

AK: *o.k. — ich finde, wir lassen das so stehen. Zum Abschluß jetzt noch eine Frage: Wie ist das bei Euch mit der Beteiligung der Frauen? Du hast vorhin gesagt, bei den Nazis gibt es diese Mackerstrukturen. Wie ist das bei Euch?*

Punk-Frau: (die zufällig gerade den Raum betritt, in dem das Interview stattfindet): Das ist hier teilweise so, würde ich sagen. Es ist meistens so, daß die Jungens was sagen, und wenn die Mädchen was dagegen sagen, werden sie nicht für voll genommen.

B: Das stimmt doch gar nicht, das ist doch Unsinn.

Punk-Frau: Ne, ich sag ja bloß, was ich empfinde.

AK: *Kannst Du genauer sagen, welche Schwierigkeiten Ihr als Frauen habt?*

Punk-Frau: Ja, wenn wir irgendetwas sagen, dann labern die einfach weiter und so und daß die Leute gar nicht richtig zuhören und so, dabei sind die Ideen ganz gut, aber die labern einfach weiter — und wenn sie selbst die Ideen haben, dann wird das gleich gemacht — Du, das ist teilweise so.

AK: *Und wie ist es mit der Zusammensetzung, wieviele Frauen sind dabei?*

Punk-Frau: Es sind eine ganze Menge.

---

schaffnerweisheit

alle ermuntern
die aussteigen wollen
denen die richtung nicht paßt

alle die einsteigen
fragen
wohin sie eigentlich wollen

dann abpfeifen

ke. 19.10.81

B: Die Hälfte.

Punk-Frau: Nee, die Hälfte ist das nicht, würde ich nicht sagen. Es sind aber ziemlich viele.

B: Also ich mein, daß so ziemlich viel Meinung unterdrückt wird, das ist mir vollkommen klar. Das liegt aber wahrscheinlich daran, daß die Leute nicht ausreden können, weil alles durcheinander sabbelt.

Punk-Frau: Tu nicht so. Wenn die Mädchen was sagen, schrein die Jungs einfach weiter. Die hörn gar nicht zu. Und wenn irgendjemand was sagt von den Jungs, dann halten die Leute viel eher die Schnauze, als wenn ein Mädchen was sagt.

B: Das sowieso. Das ist klar. Also, da mußte schon 'ne Persönlichkeit vorsetzen. Also, ab und zu braucht Ihr echt 'nen Führer, hab ich echt das Gefühl *(Empörung in der Runde — Anm. AK)*. Es ist Scheiße *(jaja — Zurufe — Anm. AK)*. Du hast doch gesehen, da sitzen 60 Mann und alles sabbelt durcheinander...

C: Jetzt wird es aber super! Wer ist

Anm. AK). Du hast doch gesehen, da sitzen 60 Mann und alles sabbelt durcheinander...
C: Jetzt wird es aber super! Wer ist

denn jetzt der Führer! Das war doch der Hammer! Der absolute Reißer!

B: War das nicht im Gespräch, daß sich 'ne Frauengruppe gründen soll?

Punk-Frau: Aber das ist auch Scheiße.

AK: *Wieso Scheiße?*

Punk-Frau: Weil das auch nichts bringt. Ich mein, im Grunde haben die Leute dieselben Vorstellungen, was sie machen wollen. Das bringt nichts, wenn die Frauen zusammenarbeiten gegen die Jungs. Das muß gemeinsam gehen.

AK: *Wie läuft denn die Auseinandersetzung zwischen Euch Frauen und den Typen?*

Punk-Frau: Nicht genug. Es ist aber auch Scheiße, wenn Du was sagst, labern die echt weiter. Da kannste gegen anschrein. Es ist manchmal wirklich so. Das stimmt.

B: Also mich hat das immer genervt, daß die Frauen sich immer so zurückgehalten haben bei der PAF.

Punk-Frau: Weil es immer gleich heißt, bäh ... und Du wirst als Mannweib hingestellt.

AK: *Manche meinen ja, daß die Frauen bei Punks mehr zu sagen hätten als in anderen Zusammenhängen.*

Punk-Frau: Na, ich finde das immer Scheiße, daß es heißt, bei Punks und so ist es immer Gleichberechtigung und so. Im Grunde läuft da nicht viel. Viel zu wenig. Das merkste manchmal auch an Sprüchen und so.

AK: *Siehst Du Möglichkeiten, das zu ändern?*

Punk-Frau: Ja, das sie uns mal zuhörn.

B: Ja, das ist auch so'n Ding, was gemacht werden muß innerhalb der PAF zu den Frauen. *Alle durcheinander: Er wir das schon machen; Vorsitzender der Frauengruppe. Immer ich (Gelächter).*

AK: *Liebe Leute, das Gespräch mit Euch hat uns Spaß gemacht. Auf ein weiteres!*



Wir, 30 - 40 Slumburger Punx, suchen Briefkontakt mit Gleichgesinnten etc. siehe Faksimile



KBW: Warum holt Schmierer die „Drei-Welten-Theorie" aus der Mottenkiste?

Zwischen spontanem Zerfall, Auflösungsdebatten und der Suche nach neuen organisatorischen Zusammenschlüssen befindet sich seit Monaten der KBW. Eine außerordentliche Delegiertenkonferenz hat kürzlich mit großer Mehrheit entschieden, daß die Auflösungsdebatte keinen Nutzen macht. Das wird den spontanen Auflösungsprozeß kaum bremsen. Ansonsten hält die Ratlosigkeit weiter an.
Zugleich ist der KBW seit einigen Monaten sehr darum bemüht, Einfluß auf Teile der Friedensbewegung zu gewinnen. Hans-Gerhart „Joscha" Schmierer (langjähriger Vorsitzender und immer noch Vordenker des KBW) unternahm in der „KVZ" vom 18. Juni den Versuch, Sympathie für ein etwas in Vergessenheit geratenes obskures Gebilde zu wecken: Die sogenannte „Theorie der drei Welten", made in China. „Auf große Zustimmung ist sie ja hierzulande nie gestoßen", klagt Schmierer, ohne über die Ursachen des Mißerfolgs Rechenschaft geben zu wollen. „Als strategische Konzeption" sei trotzdem dieses Gebilde heute noch ein brauchbares Instrument.
Das führt auf die alte Frage zurück: Gibt es überhaupt eine „Theorie der drei Welten" als Erklärungsmuster und Handlungsanleitung für die Widersprüche in der Welt? Oder handelt es sich bloß um eine schillernde Seifenblase? Und was sind, falls es sich tatsächlich um eine Theorie handelt, die Schlußfolgerungen für die Praxis?

Die Schwächen der Friedensbewegung

Der von Schmierer gewählte Einstieg ins Thema ist auf den ersten Blick sehr sympathisch: Er macht auf die Schwächen der Friedensbewegung aufmerksam, die sich darin zeigt, daß über den allgemeinen Parolen („gegen das atomare Wettrüsten") der konkrete politische Kampf gegen die heute schon stattfindenden Kriege bei weitem zu kurz kommt: *„Daher denn auch der Festivalcharakter"* (der Bonner Demonstration am 10. Juni), *„der angesichts der wirklich stattfindenden Kriege in der Welt etwas verblüfft. Losungen gegen die israelische Invasion des Libanon, in deren Verlauf die PLO vernichtet werden soll, gab es nur von der PLO selber. In der Vorbereitung des drohenden Krieges um Europa wird fast bloß noch das Wettrüsten gesehen; zu den bereits stattfindenden Kriegen wird kaum noch Stellung bezogen".* Als Beispiel für diese Tendenz führt Schmierer auch die Unfähigkeit der britischen Friedensbewegung an, sich gegen den Falkland/Malvinen-Krieg ihrer Regierung zu wenden.

Soweit scheint Schmierer einer radikalen, linken Kritik am aktuellen Zustand der Friedensbewegung weit entgegenzukommen. Es ist wohl so, daß Schmierer diese sympathische Einkleidung seiner weiteren Gedanken ganz bewußt gewählt hat, um ein sich ausbreitendes Unbehagen am Zustand der Friedensbewegung zu nutzen. Allerdings haben Schmierers Schlußfolgerungen mit einer l i n k e n Kritik sehr wenig zu tun. Das zeigt sich gleich in seiner Verarbeitung der Kritik an der britischen Friedensbewegung: *„Es ist in Diskussionen um die Bonner Demonstration über die Schwäche der britischen Friedensbewegung gesprochen worden, insofern sie keine Politik gegenüber dem britischen Krieg entfalten konnte. Diese Lähmung war fast unvermeidlich. Zu einer Mobilisierung aller Kräfte gegen Supermächte und Krieg kann es bloß kommen, wenn von den Völkern in allen Ländern für die Durchsetzung einer einheitlichen Konzeption gekämpft wird, die die Kräfte gegen die Supermächte sammelt, statt zu zersplittern".* Eine merkwürdige Art der Schlußfolgerung! Tatsache ist ja, daß nicht „die Supermächte" (= Sowjetunion und USA) um die Inseln Krieg geführt haben, sondern ganz konkret Großbritannien und Argentinien. Die Schwäche der britischen Friedensbewegung besteht nicht in einem Mangel an Parolen gegen „die Supermächte", sondern in ihrer Stumpfheit gegenüber dem Imperialismus des e i g e n e n Landes. **Man muß sogar feststellen, daß gerade die fast ausschließliche Orientierung der Friedensbewegung auf das atomare Wettrüsten der „Supermächte" d i e wesentliche Voraussetzung ist, um die Kriegspolitik des eigenen Landes zu übersehen oder zu verdrängen.** Wie kann von einer Bewegung, die sich so total auf „die Supermächte" fixiert, überhaupt erwartet werden, daß sie sich auch noch um die konkrete Rolle ihrer eigenen Regierung beim Malvinen-Krieg oder beim israelischen Vernichtungskrieg im Libanon kümmert?

Was nun den KBW, und speziell das politische Wirken von H.-G. Schmierer angeht, so wird man ihm keinesfalls die Absicht zuschreiben können, der Friedensbewegung eine Stoßrichtung gegen den hausgemachten Imperialismus der eigenen Nation zu weisen. Im Gegenteil läuft die ganze Politik des KBW darauf hinaus, eine solche Stoßrichtung zu behindern und die Friedensbewegung noch stärker auf Parolen wie die „Blockfreiheit" Europas gegenüber den „Supermächten" zu orientieren. Die Politik des KBW kann also nicht dazu beitragen, von den Schwächen der Friedensbewegung loszukommen, die Schmierer als Ausgangspunkt seiner Betrachtungen gewählt hat.

Die „Theorie der drei Welten"

Schmierer registriert den praktischen Mißerfolg, mit der „Theorie der drei Welten" in der bundesdeutschen Linken Boden zu gewinnen. *„Versteht man die Drei-Welten-Theorie als eine Zustandsbeschreibung, dann scheint sie durch die Entwicklung in den letzten Jahren erheblich erschüttert und auf jeden Fall keine Kriterien abzugeben für die Unterscheidung zwischen gerechten und ungerechten Kriegen... Begreift man die Drei-Welten-Theorie als Zustandsbeschreibung, statt als strategische Konzeption, dann kann man sie ad acta legen. Auf große Zustimmung ist sie ja hierzulande nie gestoßen".* Trotzdem will Schmierer sie keineswegs „ad acta legen", denn: *„Als strategische Konzeption hat die Drei-Welten-Theorie eine Analyse der widersprüchlichen Interessen zur Grundlage, beschränkt sich aber nicht auf eine solche Analyse, sondern konzipiert eine Richtung des Kampfes, die den Sieg über Imperialismus und Hegemonismus, den Sieg über die Vorbereitungen der beiden Supermächte für den Weltkrieg ermöglichen soll, indem die Einheit der Dritten Welt und das Bündnis der Dritten Welt mit der Zweiten Welt gesucht wird, um die beiden Supermächte auseinanderzudrängen und zu isolieren und alle Kräfte gegen den gefährlichsten Feind zu konzentrieren. Als solche strategische Konzeption ermöglicht sie auch heute, die handelnden Kräfte zu beurteilen".*

Stellen wir zunächst einmal die von Schmierer nicht beantwortete Frage nach den Gründen für den Mißerfolg der „Drei-Welten-Theorie". Vordergründig ist dazu anzuführen, daß die chinesische Politik s e l b s t für eine totale Diskreditierung ihrer Theorie gesorgt hat, indem sie beispielsweise Anbiederungen an die rechten Flügelleute der CDU/CSU als diplomatische Konkretisierung dieser Theorie vorführte. (Man erinnert sich an die Verbrüderungsszenen mit Strauß, dessen aggressive Position gegen die Sowejtunion als „Wachsamkeit gegen die gefährlichere Supermacht" gelobt wurde). Die konsequente innenpolitische Umsetzung dieser chinesischen Außenpolitik hat hierzulande nur die MLD („Marxisten-Leninisten") versucht, die über das Format einer bedeutungslosen Sekte nie hinauskam und die sich inzwischen aufgelöst hat, ohne Spuren zu hinterlassen. Die 1980 aufgelöste „KPD" ist nicht zuletzt an dem Problem zerbrochen, die außenpolitischen Postulate der „Drei-Welten-Theorie" mit ihrem sozialistischen Anspruch zu vereinbaren. Spätenstens das Ende des „Vietnam-Traumas" der USA und ihre Rückkehr zu einer offen aggressiv agierenden Außenpolitik hat zur vollständigen Blamage der „Drei-Welten-Theorie" mit ihrer Bewertung der Sowjetunion als Hauptfeind geführt.

Man muß den Mißerfolg der „Drei-Welten-Theorie" aber auch etwas grundsätzlicher betrachten, nämlich nicht bloß von ihrer praktischen Umsetzung in der chinesischen Außenpolitik her, sondern auch vom Wesen dieser Theorie selbst her. Dazu muß etwas weiter ausgeholt werden.

Die erste wichtige Feststellung ist, daß es eine „Drei-Welten-Theorie" als umfassende und geschlossene Analyse und Strategie der KP Chinas überhaupt nie gegeben hat. Als Begriff aufgekommen ist diese „Theorie" um die Mitte der 70er Jahre. Sie umfaßte aber niemals mehr als einige sehr vage Raster, die ein relativ breites Spektrum politischer Handlungsmöglichkeiten zuließen. Insofern kann man sagen, daß die „Drei-Welten-Theorie" eigentlich nur in der Praxis der chinesischen Außenpolitik zu erfassen ist. Der erste und einzige Versuch, den vagen Begriff der „Drei-Welten-Theorie" wirklich als ausgearbeitete Theorie zu formulieren, wurde im Oktober 1977 in der chinesischen Presse unternommen. Diese Ausarbeitung trägt den Titel **„Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt — Ein bedeutender Beitrag zum Marxismus-Leninismus"** und ist abgedruckt in der „Peking Rundschau" Nr. 45/1977. Die Arbeit ist ein typisches Produkt der frühen Nach-Mao-Periode (Tod Mao Tse-tungs und „Zerschlagung der Viererbande" im Herbst 1976), als unter Leitung Hua Guo-fengs versucht wurde, die real praktizierte Politik als Ideologie („Theorie") zu kanonisieren und als logische Weiterführung der „Mao-Tse-tung-Ideen" zu legitimieren. Mit der Entmachtung Hua Guo-fengs ist diese Übergangsphase abgeschlossen worden. Das führte u.a. dazu, daß heute von der „Drei-Welten-Theorie" in China kaum noch gesprochen wird. Daraus ergibt sich auch, daß eine Weiterentwicklung der 1977 schriftlich dargestellten „Drei-Welten-Theorie" nicht erfolgt ist; dieses Gebilde, auf das Schmierer sich nun wieder positiv bezieht, ist gewissermaßen auf dem Zustand von 1977 versteinert.

Der Mißerfolg der „Drei-Welten-Theorie" ist auch darin begründet, daß sie als Anleitung für praktische Politik gar nichts oder alles Beliebige hergibt, was auf dasselbe hinausläuft. Im wesentlichen sagt sie folgendes aus: Es gibt gegenwärtig drei Klassen von Ländern. Die „erste Welt" sind die zwei „Supermächte" USA und Sowjetunion. Die „zweite Welt" wird von den Industriestaaten gebildet, also außer Europa auch Japan, Kanada, Australien. Die „dritte Welt" besteht aus den Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, die auch im populären Sprachgebrauch unter diesem Begriff zusammengefaßt werden.

In diesem denkbar primitiven Schema stellen die Supermächte den Hauptfeind dar und sind auch die Haupttriebkräfte für einen dritten Weltkrieg. Die dritte Welt, deren enger Zusammenschluß empfohlen wird, gilt als Hauptkraft im Kampf gegen die Supermächte. Eine Zwischenstellung nimmt die zweite Welt ein: der chinesischen Analyse zufolge wird sie einerseits von den beiden Supermächten bedroht und unterdrückt, nimmt aber andererseits immer noch an der Ausbeutung und Unterdrückung der dritten Welt teil.Empfohlen wird ein Bündnis von zweiter Welt und dritter Welt gegen die Supermächte.

Dieses dürftige Gerüst läßt fast alle Fragen der praktischen Politik offen. Das beginnt bei den beiden Supermächten, die alles andere als eine politische Einheit sind. Im Gegenteil ist gerade der Widerspruch zwischen den beiden „Supermächten", also innerhalb der sogenannten „ersten Welt", eine wesentliche Triebkraft der Weltpolitik. Daher ist eine internationale Frontbildung, die sich g l e i c h e r m a ß e n gegen „b e i d e Supermächte" richten soll, keine Handlungsanleitung für praktische Politik. In der „Drei-Welten-Theorie" ist von Anfang an die Tendenz angelegt, e i n e von den zwei Supermächten als den eigentlichen Hauptfeind zu definieren und zugleich die andere Supermacht mehr oder weniger in die angestrebte Frontbildung gegen den Hauptfeind einzubeziehen. In der Praxis der chinesischen Außenpolitik ist das bekanntlich so gelöst worden, daß man die Sowjetunion zum Hauptfeind und die USA teilweise zum Verbündeten erklärt hat. Dieses Praxis stützt sich ideologisch auf die oberflächliche These, daß die USA eine absteigende, in die Defensive gedrängte Macht seien, die Sowjetunion hingegen eine aufsteigende, offensive Macht (Anm. 1). Dieser These zufolge streben die USA im wesentlichen nach Erhalt ihres Besitzstandes und des internationalen Status quo, während die Sowjetunion auf kriegerische Neuaufteilung der Welt aus sei, folglich also auch Hauptkriegstreiber sei. Für die diplomatische Praxis bedeutet das, daß sich die Konjunktur der chinesisch-amerikanischen Beziehungen nur noch am Umfang und Niveau der amerikanischen Waffenlieferungen nach Taiwan orientiert (Anm. 2).

Als *„strategische Konzeption"* versagt die „Drei-Welten-Theorie" völlig, wenn es um die Widersprüche zwischen Staaten der zweiten und der dritten Welt oder um Widersprüche innerhalb der dritten Welt selbst geht. Die E m p f e h l u n g der Drei-Welten-Theorie läuft darauf hinaus, daß solche Widersprüche allesamt friedlich und einvernehmlich gelöst und dem gemeinsamen Kampf gegen die Supermächte (speziell gegen die Sowjetunion als Hauptfeind) untergeordnet werden müßten. Das taugt aber höchstens als moralischer Appell, weil diese Widersprüche im wirklichen Leben fortexistieren und ihren Ausdruck, bis hin zum Krieg, finden. Das kann aufgrund der objektiven Verhältnisse gar nicht anders sein, beispielsweise deshalb, weil die Triebkräfte des Imperialismus für Länder wie Großbritannien, Frankreich oder BRD weiterwirken, selbst wenn diese Länder durch die Atomrüstung der „Supermächte" gewissermaßen ins zweite Glied der Weltpolitik verdrängt worden sind. Auf Grundlage der imperialistischen Ökonomie und Politik bleibt das gepredigte Bündnis zwischen zweiter und dritter Welt höchstens ein frommer Wunsch. Konkret für die chinesische Außenpolitik ist festzustellen, daß sie dieses Bündnis wiederholt als Kooperation zwischen imperialistischen und neokolinial verwalteten Staaten gegen angeblich prosowjetische Befreiungsbewegungen interpretiert hat. In diesem Sinn begrüßte China die zweimalige militärische Intervention Frankreichs zur Aufstandsbekämmpfung in Zaïre (1977 und 1978). Hierher gehören auch die ziemlich unverblümten Aufforderungen der chinesischen Führung vom Frühjahr 1979, die USA sollten schärfer gegen den Volksaufstand im Iran und gegen Kuba vorgehen (Anm. 3).

De facto handelt es sich also um eine Politik, die unter bestimmten Umständen die imperialistische Kriegsführung gegen Länder und Bewegungen der Dritten Welt unterstützt oder sogar fordert — sofern sich nämlich eine solche Kriegsführung als Teil des Kampfes gegen den Hauptfeind Sowjetunion interpretieren läßt. Unter demselben Blickwinkel werden die Widersprüche zwischen dem westlichen Teil der zweiten Welt und der Sowjetunion behandelt. Der aggressive Aspekt im Antisowjetismus bürgerlicher Politiker wird ignoriert und taucht nicht einmal an irgendeiner Stelle der Analyse auf; stattdessen wird einseitig und ausschließlich die „Wachsamkeit" und „Entschlossenheit" gegenüber der Sowjetunion betont und gefordert.

Speziell für die konkrete Politik ihrer Anhänger in Westeuropa hat die Drei-Welten-Theorie aber keine praktischen Handlungsanleitungen zu bieten. Ausdruck dieses Defizits ist die Verwirrung und Zersplitterung zwischen den diversen auf Peking genordeten „ML"-Gruppen bei der praktischen Anwendung der Theorie. Das Spektrum reichte von direkten Bündnisangeboten an die CDU/CSU bis zum pseudo-militärischen Radikalismus des KBW, der den Sturz der bürgerlichen Staatsmacht fast schon auf die Tagesordnung setzen wollte. Es ergab sich, daß die MLD die „KPD" zeitweise als 5. Kolonne Moskaus beschimpfte, während umgekehrt die „KPD" in der MLD eine Produktion des Verfassungsschutzes sah — beides unter Berufung auf ein und dieselbe „Drei-Welten-Theorie". Selbst innerhalb e i n e r Organisation führten die Interpretationsversuche der „Drei-Welten-Theorie" zu enormen Pendelschlägen und Schwankungen, wie etwa den sehr kurzfristigen und verschämten Annäherungsversuchen der „KPD" an CDU-nahe Kreise und an die MLD.

Das Beispiel Falkland/Malvinen

Die „KVZ" hatte bisher am Malvinen-Krieg zunehmend eindeutiger Partei für die Ansprüche Argentiniens und gegen das Vorgehen Großbritanniens ergriffen. Diese Haltung entsprach ganz genau der diplomatischen Position Chinas zu diesem Konflikt, konnte also 100 %ige Linientreue für sich beanspruchen.

Trotzdem widersprach nun Schmierer in seinem Aufsatz: *„....Unter diesem Gesichtspunkt erscheint mir die Stellungnahme der KVZ für die 'argentinische Lösung' in der Auseinandersetzung um die Falkland-Inseln/Malvinen und die Berufung auf das durch die argentinische Regierung vorübergehend geschaffene fait accompli als Irrtum. Um die Befreiung von Menschen ging es Argentinien ja wohl nicht. Es wird meines Erachtens übersehen, daß es sich bei dem Besetzungsabenteuer nicht nur um ein Ablenkungsmanöver von inneren Widersprüchen handelte, sondern um einen Akt regionalen Hegemoniestrebens, das als nächstes zu einem Krieg mit Chile führen wird, wenn es ungebrochen fortwirkt. Man sollte auch nicht übersehen, daß dieses Abenteuer nicht ohne Wissen der USA vorbereitet werden konnte, wie man auch nicht vergessen sollte, daß Argentinien ein Land mit 95 % europäischer (weißer) Bevölkerung und ein klassisches Siedlerland ist. Das alles sagt natürlich nichts über die Motive und Interessen Großbritanniens in diesem Konflikt aus. Objektiv hat wahrscheinlich die Tatsache, daß Großbritannien das fait accompli auf den Falkland-Inseln/Malvinen nicht akzeptierte, am meisten den USA geschadet, die auf Argentinien als regionale Hegemonialmacht setzen, sich aber unter den gegebenen Umständen wohl oder übel auf die Seite Großbritanniens stellen mußten — um der NATO willen und nicht zuletzt auch, um Großbritannien unter Kontrolle zu behalten. Was die Folgen sein werden, ist schwer absehbar. Auf jeden Fall wird diese Auseinandersetzung beiden Seiten eine Warnung sein, und das wäre schon was".*

Die letzten Sätze sind der Neigung Schmierers zu orakelhaft-philosophischen Betrachtungen zuzurechnen. Worum es bei dem im ersten Satz des Zitats angesprochenen Gesichtspunkt geht, ist dies: *„Eine einheitliche Front gegen die beiden Supermächte und für die Auflösung ihrer Militärblöcke kann nur gebildet werden, wenn innerhalb dieser Frontbildung das Selbstbestimmungsrecht anerkannt wird und alle Widersprüche dem Kampf gegen den gemeinsamen Feind untergeordnet und durch Verhandlungen gelöst werden. Alle Kräfte, die dieses Ziel gefährden, befinden sich im Unrecht. Dabei können nicht das Territorialprinzip und das historische Recht den Ausschlag geben, sondern nur der Gesichtspunkt, welche Politik wird die Freiheit und Einheit der Völker, d.h. der ausgebeuteten und unterdrückten Massen fördern, welche nicht?"*

So gesehen müßte man Großbritanniens Kolonialkrieg fast schon begrüßen, weil er immerhin „am meisten den USA geschadet", also ganz sicher dem Kampf gegen die beiden Supermächte genutzt hat. Nicht mehr interessant ist bei dieser Betrachtungsweise, daß es sich um den Krieg eines imperialistischen Landes gegen ein Land der Dritten Welt gehandelt hat. Schmierers Hinweis auf die „weiße" Bevölkerung Argentiniens dient als zusätzliches Argument, um vom imperialistischen Charakter dieses Krieges abzulenken. Als ob man Kriege nach der Hautfarbe und Rasse der beteiligten Nationen zu bewerten hätte, statt nach Gesichtspunkten der Ökonomie und Politik! Nach den von Schmierer angegebenen Kriterien dürfte Kritik an Großbritannien sich allenfalls auf die Frage beziehen, ob die Strafexpedition denn nun dem Zusammenschluß von zweiter und dritter Welt gegen die beiden Supermächte gedient hat oder nicht.

Aufgrund dieser Fragestellung kommt Schmierer zu einer politischen Lösung des Konflikts, die an Realitätsnähe und innerer Logik kaum noch zu überbieten ist: *„Unter dem Gesichtspunkt einer Sammlung der Kräfte gegen die Supermächte wäre eine Verhandlungslösung zwischen Argentinien und Großbritannien das Beste, in der die Inseln vielleicht entmilitarisiert und territorial Argentinien angegliedert würden, jedoch unter Anerkennung der vollen Souveränität der Inselbevölkerung...".* — Entweder hat Argentinien die Souveränität über die Inseln oder es hat sie nicht. Wenn es sie n i c h t hat, ist es Unsinn, von einer „territorialen Angliederung" der Inseln an Argentinien zu sprechen (Anm. 4). Außerdem fragt sich doch, ob es die Aufgabe von Sozialisten ist, idealistische Traumkonzepte auszuhecken. Jede realistische Betrachtung wird davon ausgehen müssen, daß — unabhängig

Forts. n. Seite

von der weiteren Behandlung der Souveränitätsfrage — nicht die „Entmilitarisierung", sondern im Gegenteil der Ausbau der Inseln zum Militärstützpunkt des Imperialismus erfolgen wird.

Schmiererss „Verhandlungslösung" ist von dem Grundsatz der prinzipiellen Versöhnbarkeit der Widersprüche zwischen zweiter und dritter Welt geleitet. Diesem Grundsatz folgend ließe sich für jeden derartigen Konflikt irgendeine Patentlösung ausdenken (Anm. 5). Eine wundervolle Beschäftigung für lange Winterabende! Die Sache ist aber so, daß diese Widersprüche ihrem Wesen nach u n v e r s ö h n l i c h sind. Die imperialistischen Staaten drängen danach, sich die gesamte Welt ökonomisch und politisch zu unterwerfen — und diese Herrschaft militärisch zu sichern und auszuweiten. Wenn dabei konkrete Konflikte auftauchen, werden sie durch die üblichen Elemente der Politik (wozu „nötigenfalls" auch der Einsatz militärischer Mittel gehört) entschieden. Politische Lösungen, wo sie zustande kommen, können nichts anderes als Ausdruck eines bestimmten Kräfteverhältnisses und Kräftemessens sein. Der Standpunkt der prinzipiellen Versöhnbarkeit der Widersprüche zwischen der imperialistischen „zweiten Welt" und der Dritten Welt leistet nichts für die Einsicht in die wirklichen U r s a c h e n der Kriege. Eher schon begegnet sich Schmierer in diesem Punkt mit der speziellen Neigung der DKP, Kriege und Konflikte aus mangelnder Vernunft der Staatsmänner zu erklären, die angeblich den eigenen nationalen Interessen zuwiderhandeln.

Die Widersprüche Europa-USA

Nach Ansicht Schmierers kann ein Dritter Weltkrieg nur verhindert werden, *„wenn es der Dritten Welt gelingt, ihre ökonomische, politische und militärische Einheit zu stärken und ein Bündnis mit der zweiten Welt gegen die beiden Supermächte zustandezubringen".* — Gibt es Anhaltspunkte, die eine solche Perspektive realistisch machen, fragt Schmierer. Seiner Ansicht nach gibt es wirklich solche Anhaltspunkte. Er sieht solche Anhaltspunkte *„in der Tatsache, daß sich die herrschende Klasse der westeuropäischen Länder den objektiven Widersprüchen nicht entziehen kann... Innerhalb der NATO entwickeln sich diese Widersprüche an vier Fronten: In der Stellung gegenüber den Forderungen der Dritten Welt (z.B. Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes einschließlich des Rechtes auf einen eigenen Staat durch die EG; nur halbherzige Unterstützung des Boykotts gegen den Iran), in der westlichen Wirtschaftspolitik (Auseinandersetzung um hohe US-Zinsen und Handelspolitik), in der Wirtschaftspolitik gegenüber dem Osten (Ablehnung von politischen Kredit- und Handelsrestriktionen gegen SU und Comecon durch die EG) und in der Debatte um die Militärstrategie der NATO (die gegenwärtig ausschließlich durch die US-Interessen gegenüber dem sowjetischen Rivalen diktiert ist und sich von den politischen Zwecken der europäischen herrschenden Klassen in dem Maße*

die Militärstrategie der NATO (die gegenwärtig ausschließlich durch die US-Interessen gegenüber dem sowjetischen Rivalen diktiert ist und sich von den politischen Zwecken der europäischen herrschenden Klassen in dem Maße

entfernt, wie ein Krieg in Europa wahrscheinlicher wird)".

Daß auf den von Schmierer angeführten Gebieten Widersprüche bestehen, ist durch die Tatsachen der Politik bewiesen. Gibt es aber wirklich Anhaltspunkte, die darauf hindeuten, daß sich diese Widersprüche zu einem B r u c h Westeuropas mit den USA und zu einem „B ü n d n i s" mit der Dritten Welt entwickeln könnten? Viele der von Schmierer genannten Widersprüche ergeben sich einfach aus der kapitalistischen Konkurrenz. Daher wirken diese Widersprüche nicht bloß zwischen dem westlichen Teil der „zweiten Welt" und den USA, sondern ganz genauso auch innerhalb der „zweiten Welt" selbst, beispielsweise zwischen der BRD und Großbritannien, zwischen Japan und Westeuropa usw.. Das ist der Grund, warum beispielsweise die „europäische Integration" seit 20 Jahrens kaum substantiell vorangekommen ist. Zudem wirkt die kapitalistische Konkurrenz auf jeden Fall g e g e n ein Bündnis mit der Dritten Welt, da der Kampf um die maximale Ausplünderung eben dieser Dritten Welt ein wesentliches Element der Konkurrenz ist.

Allerdings gibt es in der außenpolitischen Praxis tatsächlich unterschiedliche Verhaltensweisen, wie Schmierer u.a. am Beispiel Israel/Palästina aufgezeigt hat. Die Frage ist aber, wie bedeutsam die dabei wirkenden Widersprüche r e a l sind und welchen praktischen Wert sie für die Dritte Welt haben. Die verbale *„Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Palästinenser"* beispielsweise verträgt sich immer noch glänzend mit der praktischen Unterstützung Israels durch die Hauptmächte Westeuropas und mit einer klammheimlichen Freude sämtlicher imperialistischer Regierungen über die von Israel angestrebte politische Vernichtung der Palästinenser. Die PLO — wie überhaupt j e d e Befreiungsbewegung der Dritten Welt — würde in eine gefährliche Sackgassse laufen, wenn sie in den verbalen Bekenntnissen der EG eine politische Perspektive sehen würde. Zum guten Teil handelt es sich bei derartigen Abläufen noch nicht einmal um wirkliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen der USA und Westeuropas, sondern um eine gut berechnete diplomatische Arbeitsteilung zum Zweck der maximalen Erhaltung und Ausdehnung des Einflusses.

Entscheidend für die Entwicklung der Beziehungen zwischen „zweiter" und „dritter Welt" ist: Als imperialistische Staaten können die europäischen Großmächte und Japan heute nur noch im engen Bündnis mit den USA existieren und ihre Interessen verwirklichen. Selbst eine maritime Großmacht wie Großbritannien wäre in ihrem Krieg gegen ein Land dritter Ordnung wie Argentinien ohne die politische und militärische Unterstützung der USA in erhebliche Schwierigkeiten geraten. **Das gemeinsame Interesse an der Ausplünderung der Dritten Welt und an der Niederkämpfung des sowjetisch dominierten Blocks verbindet die USA und die „zweite Welt" sehr viel stärker als irgendwelche Widersprüche sie trennen können.**

Gerade das wird offenbar von Schmierer, und überhaupt vom KBW, bestritten. Besonders auf dem militärischen Feld stellen sich in der Optik Schmierers die Beziehungen nur als Unterordnung Westeuropas unter das „D i k t a t" der USA dar. Nicht erklärt wird, auf welcher materiellen Grundlage die USA in der Lage sein könnten, ihren Verbündeten irgend etwas zu d i k t i e r e n. Auch in diesem Punkt trifft Schmierers Argumentation sich wieder mit der DKP, die davon ausgeht, daß sich die BRD in einer Art von Kolonialstatus gegenüber den USA befinde, und die daher vom Standpunkt der „nationalen Interessen" aus argumentieren möchte.—

Innerhalb der NATO wirken sowohl Übereinstimmung wie auch Gegensätzlichkeit von Interessen. **Letzten Endes drücken aber die gemeinsamen gefaßten Beschlüsse der NATO viel mehr die Gemeinsamkeit als die Gegensätzlichkeit der Interessen aus.** Das gilt beispielsweise auch für den „Nachrüstungs"beschluß, der bekanntermaßen nicht nach Diktat der USA, sondern wesentlich auf Initiative der Bundesregierung hin gefaßt wurde.

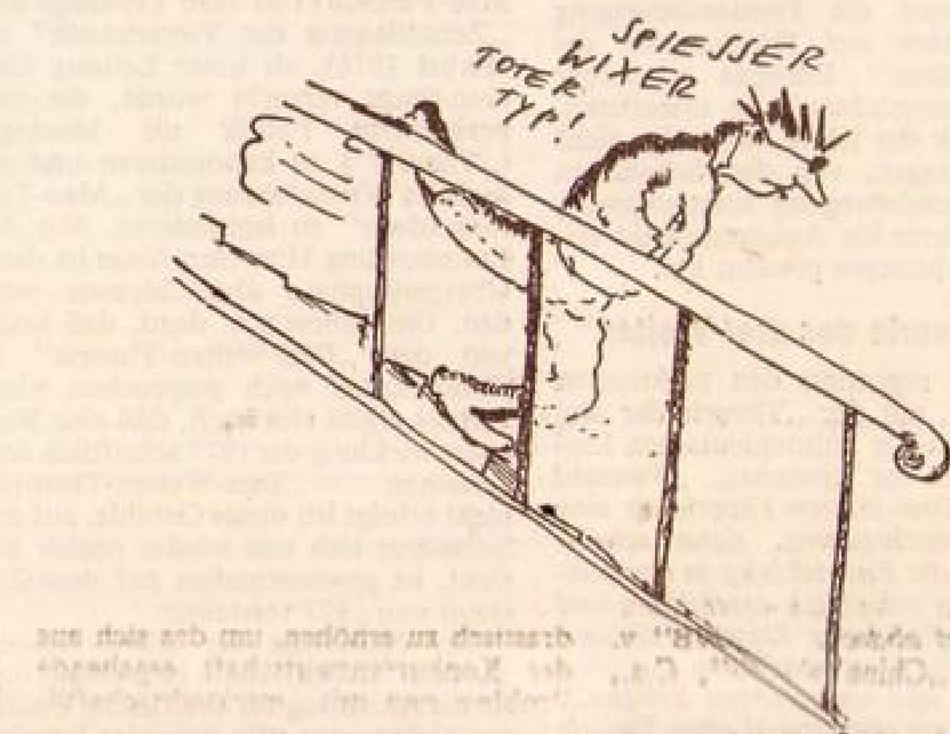
Man kann noch nicht einmal sagen, daß die vorhandenen Tendenzen zum engeren Zusammenschluß der westeuropäischen Hauptmächte und zu größerer Autonomie gegenüber den USA notwendigerweise in Richtung gesteigerter Friedfertigkeit, Annäherung an die Dritte Welt usw. wirken müssen. Beispielsweise hat die CDU/CSU in den 50er und 60er Jahren den Zusammenschluß Westeuropas im Zeichen einer extrem aggressiven Zielsetzung und Politik betrieben. Man kann auch nicht sagen, daß Großbritanniens Kolonialkrieg gegen Argentinien für eine relative Friedfertigkeit der europäischen Imperialisten im Vergleich mit der Block-Vormacht USA spricht. Die von

ner extrem aggressiven Zielsetzung und Politik betrieben. Man kann auch nicht sagen, daß Großbritanniens Kolonialkrieg gegen Argentinien für eine relative Friedfertigkeit der europäischen Imperialisten im Vergleich mit der Block-Vormacht USA spricht. Die von

Schmierer befürwortete Parole der „Blockfreiheit" bietet so betrachtet überhaupt keine Perspektive. Konkret wird sie vom KBW dazu mißbraucht, die Existenz von „Blöcken" (also die „Rivalität der Supermächte") als Wurzel allen Übels darzustellen und von der spezifischen Aggressivität des „e i g e n e n" Imperialismus abzulenken. Das bietet die Basis, um die Frage nach der Verteidigung des eigenen Staates aufzuwerfen. Dafür wirbt der KBW gern mit *alternativen Verteidigungskonzepten*, die zwar allesamt vollständig idealistisch sind, aber immerhin den „Vorteil" haben, überhaupt für den Gedanken der militärischen Verteidigung eine Bresche in die Friedensbewegung zu schlagen.

Schmierers „gerechter Krieg"

Worum es in Wahrheit geht, hat Schmierer in der KBW-Zeitschrift „Kommunismus und Klassenkampf" (Nr. 8/1981) bereits vor einigen Monaten vorgestellt: *„...Es ist unser strategisches Ziel, auf dem angegebenen Weg* (gemeint ist der „Kampf gegen die beiden Supermächte", insbesondere gegen die Sowjetunion als **„gefährlichere und aggressivere Supermacht"** — Anm.d.Verf.) *den Weltkrieg zu verhindern. Wenn es dennoch zum Krieg kommt, müssen wir konkret untersuchen, welchen Charakter dieser Krieg annimmt. In der gegenwärtigen Situation, in der der Krieg heranreift, gibt es sowohl Bedingungen, die den Krieg von westlicher Seite zu einem gerechten Krieg machen können, als auch Bedin-*



gungen, die ihn von vornherein zu einem ungerechten Krieg machen... Der Krieg eines blockfreien Europa oder auch eines blockfreien Westdeutschland gegen einen Eroberungskrieg der Sowjetunion wäre eindeutig ein gerechter Krieg, den die Arbeiterklasse in einen revolutionären Verteidigungskrieg umwandeln müßte. Welche Bündnisse ein solcher Krieg notwendig machen würde, ist eine Frage der Zukunft". Schmierer meint damit, daß das von ihm gerade eben konstruierte „blockfreie" Westeuropa seinen Krieg gegen die Sowjetunion ruhig auch gemeinsam mit den USA führen dürfte. *„Unter den jetzigen Bedingungen* (den jetzigen! d.h. im Rahmen der NATO und keineswegs der Blockfreiheit! —

ihm gerade eben konstruierte „blockfreie" Westeuropa seinen Krieg gegen die Sowjetunion ruhig auch gemeinsam mit den USA führen dürfte. „Unter den jetzigen Bedingungen (den jetzigen! d.h. im Rahmen der NATO und keineswegs der Blockfreiheit! —

Anm.d.Verf.), *obwohl ein Krieg der beiden Supermachte um die Weltherrschaft droht, spricht vieles dafür, daß er als ungerechter Eroberungskrieg der Sowjetunion beginnt, während alle* (alle, also auch die USA! — Anm. d. Verf.) *antisowjetische Kräfte gezwungen sein werden, einen gerechten Verteidigungskrieg zu führen."* Grund: *„Der Drang nach Eroberung geht gegenwärtig hauptsächlich von der Sowjetunion aus".*

Schmierer macht also das Prädikat „gerechter Krieg" weder von einem Austritt der BRD aus der NATO noch von einer Umrüstung der Bundeswehr auf irgendwelche „alternativen Konzepte" abhängig. Er möchte das Prädikat durchaus auch dem heute existierenden imperialistischen Staat verleihen. Als Begründung dient dabei wie immer der ungeheure Eroberungsdrang, nach dem Motto „....Und was machen wir, wenn die Russen einmarschieren?".

Erstens jedoch ist dieser Fall extrem unwahrscheinlich, was selbst abgebrühte bürgerliche Politiker öffentlich anerkennen. Und zweitens ist es im Stadium des Imperialismus naiv, die Frage nach dem „gerechten Verteidigungskrieg" überhaupt zu stellen. Für die Beurteilung eines imperialistischen Krieges ist die Krage ziemlich uninteressant, wer im streng formalen Sinn „den ersten Schuß abgegeben" hat. Man wird den Zweiten Weltkrieg nicht bloß deshalb als gerechten Verteidigungskrieg Deutschlands betrachten können, weil es formal tatsächlich Großbritannien und Frankreich waren, die Deutschland von sich aus den Krieg erklärten. Oder wenn Syrien und Ägypten heute eine Kriegsfront gegen Israel eröffnen würden, also rein formal betrachtet Israel „überfallen" würden, so wäre das deshalb noch lange kein Krieg, der einfach als „ungerecht" zu bezeichnen wäre. Ob ein Krieg als „gerecht" betrachtet werden kann, ist nicht einfach vom Moment des Kriegsausbruchs her zu beurteilen, sondern weit mehr von der Politik der dem Krieg v o r a n g e h e n d e n Phase her. Schmierer müßte demnach erst einmal bestreiten, daß die Herrschenden der BRD eine Politik mittragen, die zur Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen führt und die politisch und ökonomisch den Zweck von Ausbeutung und Expansion dient.

her. Schmierer müßte demnach erst einmal bestreiten, daß die Herrschenden der BRD eine Politik mittragen, die zur Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen führt und die politisch und ökonomisch den Zweck von Ausbeutung und Expansion dient.

Kt., Hamburg

Anmerkungen

1. In diesem Punkt zeigt sich die „Drei-Welten-Theorie" als typisches Produkt der nur wenige Jahre dauernden Phase um die Mitte der 70er Jahre: Dieser Zeitabschnitt war dadurch gekennzeichnet, daß die USA nach ihrer katastrophalen Niederlage in Indochina vorübergehend eine Politik der Zurücknahme der Frontlinien und der Konsolidierung betrieben, während die Sowjetunion einige außenpolitische Erfolge zu verzeichnen hatte (außer Indochina vor allem im südlichen Afrika). Daß bereits in dieser kurzen Phase die Sowjetunion auch schwere Rückschläge zugunsten der USA erlitt, und zwar vor allem in der strategisch zentralen Nahost-Region, blieb bei der „Drei-Welten-Theorie" gleich unberücksichtigt.

2. Das heißt konkret: Es spielt für die chinesisch-amerikanischen Beziehungen überhaupt keine Rolle, was sich die USA beispielsweise in ihrem Verhältnis zu den Befreiungsbewegungen und Staaten der Dritten Welt herausnehmen. Das Verhältnis der chinesischen Führung zur Reagan-Regierung wird nur dadurch getrübt, daß diese die Beziehungen zu Taiwan wieder etwas aufgewertet hat. China hat darauf mit einigen diplomatischen Signalen in Richtung Sowjetunion reagiert. Tatsächlich sind diese Signale von sehr niedrigem praktischen Wert, erfüllen jedoch den beabsichtigten propagandistischen Effekt im Westen.

3. Bekannt ist auch die chinesische Unterstützung für die pro-imperialistischen Truppen UNITA und FNLA im angolanischen ‚Bürgerkrieg'; diese Politik Chinas spiegelte sich völlig in Stellungnahmen des KBW wieder. Entlang dieser Linie spaltete der KBW 1976 mehrere von ihm dominierte Afrika-Komitees.

4. In diesem Punkt scheint Frau Thatcher schlauer zu sein als Schmierer: S i e weiß, daß die „volle Souveränität der Inselbevölkerung", d.h. die freie Entscheidung der Bewohner über ihre Zugehörigkeit, auf absehbare Zeit nicht anderes als den Anschluß an Großbritannien bedeutet.

In einer Reblik auf Schmierers Artikel wurde von „KVZ"-Chefredakteur F. Bleicher inzwischen darauf hingewiesen, daß die Kernfrage in diesem Fall die Interpretation des Begriffs „Selbstbestimmungsrecht" ist („KVZ", 25.6.): Wenn man diesen Begriff so interpretiert, wie Schmierer es tut, kommt man auch zur Schlußfolgerung, daß Gibraltar britisch bleiben muß, daß Diego Garcia (US-Stützpunkt im Indischen Ozean) US-amerikanisch bleiben muß (nachdem man sämtliche Einwohner vor ein paar Jahren deportiert hat) usw. Der Gedanke, daß britischen Staatsbürgern an jedem Punkt der Welt, wohin sie der Kolonialismus verschlagen hat, „die volle Souveränität" zukommen müßte, hat in der Tat etwas Verführerisches — aus der Sicht des Kolonialismus!

Daß die Frage im KBW nach wie vor heiß umstritten ist, zeigt eine auf der Leserbriefseite plazierte Replik von KBW-Geschäftsführer V. Lehmann auf die Schmierer-Kritik von F. Bleicher. V. Lehmann verurteilt Argentiniens Vorgehen noch schärfer als Schmierer: er sieht darin nicht bloß einen „Akt der Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechts der Falkländer", sondern auch einen „Angriff auf die Souveränität Englands". („KVZ", 2.7.). Man sieht, wie schnell für die Spitzenfunktionäre des KBW der Verteidigungsfall gegeben ist.

5. Aus ähnlichen Gründen hat sich die chinesische Führung nicht in der Lage gesehen, einen parteilichen Standpunkt zum Befreiungskampf der POLISARIO gegen Marokko einzunehmen. Stattdessen wurde betont, daß dies ein tragischer Konflikt sei, der nur zur „Ein-

5. Aus ähnlichen Gründen hat sich die chinesische Führung nicht in der Lage gesehen, einen parteilichen Standpunkt zum Befreiungskampf der POLISARIO gegen Marokko einzunehmen. Stattdessen wurde betont, daß dies ein tragischer Konflikt sei, der nur zur „Ein-

mischung der beiden Supermächte" (besonders natürlich der Sowjetunion!) führe und der geregelt werden sollte.

„Moderne Zeiten"

Ökologie kontra sozialistische Planwirtschaft

Voraussetzung für eine Systemveränderung sei, „daß ein alternatives Entwicklungsmodell für die Gesellschaft im Ganzen schon in Umrissen formuliert ist." So die Initiative Sozialistische Politik (ISP) in ihrer Mitte 81 veröffentlichten „Diskussionsplattform". Als „leitender Gesichtspunkt" wurde u.a. genannt: „Relative Selbständigkeit der Kommunen und Regionen durch eine breite lokale Produktionspalette". In der ISP-Zeitschrift „Moderne Zeiten" (moz), Nr. 11-12/81, wurde dieser Gesichtspunkt von Wilfried Maier erstmals näher erläutert, wobei er sich die „Kommunalisierung der Produktion" nicht im Rahmen einer sozialistischen Planwirtschaft, sondern — gerade gegenteilig — als Alternative hierzu und als s p e z i f i s c h e E i g e n t u m s f o r m vorstellt. Als Geburtshelfer für seine Überlegungen nennt Maier die Ökologiebewegung, durch die sich nach dem Abwirtschaften der „staatssozialistischen Traditionsparteien" die Perspektive zur Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise aktuell erneuere. Diese Bezugnahme ist insofern richtig, als gerade mit der Ökologiebewegung eine breite Ablehnungsfront gegen zentralistische Strukturen aufkam. Ob ansonsten die von Maier entwickelte Perspektive den ökologischen Notwendigkeiten tatsächlich gerecht zu werden vermag, soll im folgenden untersucht werden.

Sein Modell einer *„kommunalen Vergesellschaftung der Arbeit"* entwickelt Maier in Abgrenzung zur „Großen Industrie" und zur sozialistischen Planwirtschaft. Da der Großindustrie die Tendenz zur Größenausdehnung und zur Produktion für immer weitere Märkte innewohne, führe sie *„unvermeidlich"* zur Zerstörung der Öko-Sphäre und darüber hinaus zu einer riesigen Energieverschwendung. Gegen Planwirtschaft und allgemeines Staatseigentum wendet Maier ein, daß dadurch in Ermangelung eines *„dichten Geflechts kleiner Warenproduktion für lokale Märkte"* das kapitalistische Produktivkraftsystem lediglich ins Gigantisch-Kontraproduktive getrieben werde. Dies werde *„mit den Mißernten in der sowjetischen Großlandwirtschaft"* jährlich erneut unter Beweis gestellt.

Nötig sei stattdessen der *unmittelbare Verbund aller Arbeitszweige am gegebenen Ort"* sowie ein föderatives System, das den einzelnen *„relativ autarken"* Kommunen starke Verfügungsrechte gewährt. Die Eigentumsformen sollen, so Maier, dem *„Realzusammenhang der Arbeitsvergesellschaftung entsprechen"*, was offenbar bedeuten soll, daß die kleinen und mittelgroßen Produzentenkollektive ihre Produktionsmittel besitzen. Für sein alternatives Kommunalisierungskonzept führt Maier in erster Linie *„stoffliche Gründe"* an.

— Im Unterschied zu Großindustrie und Planwirtschaft könne allein die kommunale Verbundwirtschaft auf Grundlage der örtlichen Bedingungen *„den Energiesatz thermodynamisch optimal gestalten"* und damit die Produktionsvorgänge *„stofflich-energetisch"* optimieren. (Beispiel: Wärmeverluste beim Ausbau großer Fernwärmenetze). Kurz: im kommunalen Verbund soll die E f f i z i e n z der Produktion zu steigern ein. Gleichzeitig soll die kommunale Verbundwirtschaft ökologischen Zielen optimal dienlich sein, also die Voraussetzung dafür schaffen, daß die Ökosysteme in ihrer Vielseitigkeit erhalten und ausgebaut werden.

Der Witz dabei ist, daß Maier in Abgrenzung zur sozialistischen Planwirtschaft g l e i c h z e i t i g mehr Effizienz und eine stärkere Berücksichtigung der Ökosysteme fordert, ohne zu bedenken, daß in der Regel das eine nur auf Kosten des anderen verwirklicht werden kann. Es dürfte allgemein bekannt sein, daß die Berücksichtigung ökologischer Belange (Vielfalt der Arten, Verzicht auf Raubbau an natürlichen Ressourcen, Filtrierung industrieller Schadstoffe etc.) in der Regel unvereinbar ist mit einer Produktionsweise, die in erster Linie effizient, also mit maxiemalem „Output" arbeiten soll.

Maier versucht diesen Widerspruch zu umschiffen, indem er zwischen *„Ökologisierung der Produktion"* und *„stofflich energetischer Optimierung der Verfahren"* (u.a. durch „minima-

Forts. n. Seite

len Energieaufwand") ein Gleichheitszeichen setzt. Damit reduziert er die Ökologie auf eine Wissenschaft, der es vorrangig um Sparsamkeitskonzepte in Sachen Energie und Rohstoffe geht. Diese völlig unzulässige Verkürzung wird sonst innerhalb der Öko-Bewegung zumeist dann vorgenommen, wenn die Interessenidentität von Kapitalismus und Ökologie „bewiesen" werden soll.

So steht der Westberliner Alternativpapst Joseph Huber den Maier'schen Prämissen gar nicht so fern, wenn er schreibt: *„Kapitalistisches Wirtschaften und ökologisches Haushalten müssen einander nicht ausschließen, denn beide beruhen auf einem ähnlichen Prinzip: der Kapitalismus, mit möglichst wenig möglichst viel gewinnen, der Ökohaushalt, mit möglichst geringem Aufwand das Beste zu erreichen"* (1). Richtig betrachtet ist Ökologie die Lehre vom Gesamthaushalt der Natur, der so oder so durch menschliche Eingriffe verändert wird. **Das Verhältnis zwischen menschlicher Gesellschaft und den natürlichen Grundlagen muß auch im Sozialismus widersprüchlich bleiben und unweigerlich zum Konflikt führen zwischen kurzfristigen Verwertungsinteressen sowie der Erfordernis, die Naturzusammenhänge langfristig zu erhalten bzw. zu verbessern.**

Ökologischer = ökonomischer Landbau?

Die Spanne zwischen dem Primat der Ökonomie und den ökologischen Notwendigkeiten soll hier am Beispiel des ökologischen Landbaus kenntlich gemacht werden, in einem Bereich also, wo der Widerspruch Mensch-Natur noch am ehesten aufhebbar erscheint. Hier kommt es ganz entscheidend darauf an, die (in vielerlei Hinsicht ökologisch unverantwortliche) Schädlingsbekämpfung mit Chemikalien zu reduzieren. Erschwert wird diese Aufgabe dadurch, *„daß Unkrautbekämpfung ohne Herbizide (chem. Vernichtungsmittel) kostspieliger und weniger effektiv"* sei, *„und wegen des bedeutend höheren Arbeits-, Kosten- und Energieaufwands nicht selten zur Reduzierung es zu bearbeitenden Landes führe"*. (Diese und folgende Angaben aus Öko-Landbau und Welthunger, Reinbek 1982). Zudem lassen sich Pestizide (Chemikalien gegen pflanzliche und tierische Schädlinge) ohne großen Energieaufwand herstellen, während *„einige nichtchemische Schädlingsbekämpfungsmethoden offenbar sehr energieintensiv"* sind. Von Bedeutung ist auch, daß die derzeit bekannten chemischen Düngemittel rasch die natürlichen Nährstoffe des Bodens zerstören und biologische Anbaumethoden

chen Nährstoffe des Bodens zerstören und biologische Anbaumethoden

(wenn überhaupt) nur auf längere Sicht produktiver sind. Vergleichende Untersuchungen in den USA haben ergeben, daß derzeit biologische Anbaumethoden die Jahresproduktion von Mais und Sojabohnen um 14 bzw. 12 % und bei Weizen um 28 % reduzieren würden. Das hängt u.a. damit zusammen, daß stickstoffbedürftige Pflanzen wie Mais, Weizen und Kartoffeln jahrzehntelang mittels Chemiedüngung hochgepäppelt wurden. Berücksichtigt werden muß außerdem, daß die durch Chemikalien völlig versauten Böden nur *„unter großem Aufwand an Zeit und Geld"* biologisch regenerieren können: *„Landwirte, die früher nach konventionellen Methoden gewirtschaftet hatten, berichteten, die Ernteerträge seien während der ersten Jahre nach der Umstellung von chemieintensiven auf den biologischen Anbau oft deutlich niedriger gewesen. Während dieser Übergangszeit kam es nicht selten zu schwerem Unkrautbefall, und manchmal war es schwierig, die Frucht überhaupt durchzubekommen. Gelegentlich wiesen die Pflanzen Mangelsymptome auf"*. Drei bis fünf Jahre seien für eine derartige Umstellungsphase in Kauf zu nehmen. Gerade unter Hinweis auf die weltweite Ernährungskrise und die damit gekoppelte verschärfte Konkurrenz, Verteuerung usw. werden derartige Umstellungen trotz immer größerer Umweltschäden im größeren Stil innerhalb des Kapitalismus nicht vorgenommen. **Das beweist auf der anderen Seite, daß eine außerordentliche politische Mobilisierung (unter Zurückstellung kurzfristiger ökonomischer Erfordernisse) nötig wäre, um hier das Ruder noch herumzuschmeißen.**

Kann diese gewaltige Aufgabe ohne „zentralistische" oder „planwirtschaftliche" Methoden gelöst werden?

Zurück zum freien Markt...

Von Maier ist zu hören, daß die sozialistische Planwirtschaft für eine Kommunalisierung hinderlich sei. Ihm zufolge würde die *„Vergesellschaftung der Arbeit unmittelbar auf gesamtstaatlicher Ebene der Entwicklung kommunaler Verbundswirtschaft eher im Wege stehen"*. Die Kernfrage, der Maier bei seinem Modell ausweicht, lautet allerdings: Wie anders als auf Grundlage der Warenproduktion sollen nach Abkehr von der zentralen Planwirtschaft die einzelnen, mit *„relativer Autonomie"* und *„starken kommunalen Verfügungsrechten"* ausgestatteten Kommunen untereinander in Austausch treten? Vor nicht einmal 2 Jahren sah sich Maier noch in der Lage, dieser Frage auf den Grund zu gehen. Gemeint ist seine Auseinandersetzung mit Otto Ullrich (vgl. „Ökologie, Sozialismus und Grüne Partei"). Ullrich hatte damals — wie heute Maier — wegen „Bürokratisierung und Starre" einen nationalen Plan abgelehnt und stattdessen den Austausch seiner „Zukunftskommunen" über den Markt und die Geldwirtschaft vorgeschlagen (vgl. „Weltniveau", bzw. AK 164 und 167). In seiner damaligen Kritik hatte Maier noch in aller Ausführlichkeit begründet, daß ohne nationalen Plan und Zentralisierung der unterschiedlichen Kommunen *„die Bewegungsgesetze der Warenproduktion ... stärker sind als doktrinäre Ideologen"* und somit *„die ganze alte Scheiße wieder von vorne losgeht"* (2). Mit „alter Scheiße" meinte Maier den Kapitalismus mit all seinen Begleiterscheinungen, und in der Tat: Zwischen vielen dezentralisierten Einheiten müssen sich notwendigerweise Konkurrenzverhältnisse entwickeln, die unabhängig von den Wünschen irgendwelcher Ideologen die Ausbeutung von Mensch und Natur sogar noch verschärfen können. Einen aktuellen Beleg bietet die jüngere Geschichte der VR China.

Marktwirtschaft in der VR China

Betriebsgröße und Vergesellschaftungsgrad der Produktion galten bis 1978 in der VR China als ein wesentlicher Maßstab für fortgeschrittene Produktionsverhältnisse. Im Zuge der Rechtswende seit 1976 leitete die KPCh unter dem Gesichtspunkt der Ersetzung von Planwirtschaft durch Marktmechanismen ein Dezentralisierungsprogramm ein:

In Stadt und Land wurden privat- und konkurrenzwirtschaftliche Methoden forciert, um *„eine Marktwirtschaft zu organisieren, die bestimmte Bereiche ergänzend abdeckt"* („SWB" v. 9.2.79 nach „China aktuell", C.a., 2/79).

Im staatlichen Sektor sollen (im Unterschied zum Modell Maier) weiterhin zentrale Pläne gültig sein. Dennoch erhielten ausgewählte „Reformbetriebe" (neben einer generellen Stärkung der betrieblichen Eigenständigkeit und der „gewinnorientierten Erfolgsbeteiligung") das Recht, auch außerhalb des Plans zu produzieren und eigene Vertriebswege aufzubauen (vgl. C.a. 2/81). Trotz ihrer eingeschränkten Wirkungsbreite entwickelten die somit freigesetzten Marktmechanismen binnen kurzer Frist ihre eigene Dynamik: Betriebe nutzen die ihnen zustehenden Finanzmittel zunehmend zur unkontrollierten Ausweitung der Produktion und treten *„als Konkurrenten um Rohmaterialien und Energie* (und um Absatzmärkte Anm. AK) *gegenüber den schon etablierten Betrieben"* auf den Plan (C.a. 2/81). Zur Illustration das Beispiel einer Maschinenfabrik aus Sichuan: *„Das Werk stellt Drehmaschinen her. Für 1979 setzte der Staat jedoch die Produktionspläne für den Betrieb herab, so daß er nicht genügend Arbeit hatte. Man entschloß sich trotzdem, die qualitätsmäßig guten kleinen und mittelgroßen Drehbänke weiter herzustellen. Um diese zu verkaufen, setzte man eine Anzeige in die Volkszeitung, die dort am 25.6.79 erschien. Für mehr als 1.000 Drehbänke kamen daraufhin Verträge zustande. Andere Werke, die gleichfalls ähnliche Drehbänke herstellten, kamen durch die Erfolge des Sichuaner Werks in Zugzwang. Um mehr Kunden zu bekommen, mußten sie ihre Preise senken bzw. erwogen eine Betriebsschließung"* (a.a.O.) (3).

Die erweiterte Autonomie der Betriebe (dazu gehören auf niedrigerem Niveau auch die zig Millionen bäuerlicher Haushalte und die seit 1976 massenhaft neugegründeten Dienstleistungs-Kleinbetriebe) bringt notwendigerweise Konkurrenz hervor. Dabei setzt sich naturwüchsig das Primat der Ökonomie gegen die Ökologie durch. Dagegen muß schließlich wieder der Staat aktiv werden, um beispielsweise gegen das Abholzen von Wäldern durch die Bauern und andere Formen von Naturzerstörung vorzugehen. Ein etwas anderes Problem, das aber dieselbe materielle Basis hat, ist die anti-ökologische Tendenz der autonom wirtschaftenden bäuerlichen Haushalte, anstelle von Getreide zu profitablerem Anbau (z.B. Tabak) überzugehen oder überhaupt die Landwirtschaft zugunsten anderer Erwerbsformen einzuschränken.

Inzwischen sahen sich die chinesischen Behörden veranlaßt, die Strafen für industrielle Umweltverschmutzung drastisch zu erhöhen, um das sich aus der Konkurrenzwirtschaft ergebende Problem nun mit „marktwirtschaftlichen" Mitteln wieder in den Griff zu bekommen. Dabei spielen neben ökologischen Gesichtspunkten auch konkurrierende Profit-Interessen eine Rolle, wie folgendes Beispiel zeigt: *„Chinas Behörden haben vier Fabriken kurzerhand zeitweilig geschlossen,* **weil sie devisenträchtige Tourismusgebiete verschmutzten.** *Es handelt sich um Fabriken in der Stadt Guiliu, die Stahl und Papier herstellen sowie um ein Elektrizitätswerk"*. Ein anderes Beispiel für die Wirkungsweise der erweiterten betrieblichen Autonomie: Nach 1976 begannen die kommunal und regional betriebenen Fabriken, in großem Stil moderne Maschinen aus dem westlichen Ausland zu bestellen, nachdem sie die Kompetenz dazu erhalten hatten. (Von diesen Maschinen, die vielfach überhaupt nicht den konkreten Gegebenheiten entsprachen, erhoffte man sich damals wahre Wunderdinge). Daraus entwickelte sich eine Welle von Fehlinvestitionen, die den Staat schließlich zu einem massiven Eingreifen veranlaßten.

Mit Bezug auf die chinesische Entwicklung seit 1976 ist festzustellen, daß von der Autonomie der Betriebe, Kleinbetriebe und bäuerlichen Haushalte ein starker Druck gegen die Belange der Ökologie (einschließlich des Umgangs mit der menschlichen Arbeitskraft) ausgeht. Andererseits kann gerade der Staat als korrigierende Instanz gegen die Verabsolutierung des Primats der Ökonomie und des Profits wirken. In der Dialektik ‚zentral-dezentral' ist es, wenn überhaupt, noch am ehesten der zentrale Plan, der langfristige ökologische Gesichtspunkte berücksichtigen und durchsetzen kann.

Ebenso schief wie Maier liegt Joscha Schmierer, der im KBW-Organ „Kommunismus und Klassenkampf" (April 82) Maiers Kommunalisierungs-Ansatz aufgriff und vervollständigte: Planwirtschaft anstelle der Marktgesetze sei *„ ... auch gar nicht anzustreben und könnte nur in der Form des Staatsmonopols, mit ihrer spezifischen Verbindung von zentraler Planung und wirtschaftlichem Chaos, geschehen. Stattdessen kommt es darauf an, den Markt in die ihm zugrundeliegenden gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Produzenten und Konsumenten aufzulösen und diese bewußt zu gestalten"* (KuK 4/82, S. 55). Hier wird nach dem Motto „Planwirtschaft führt zum Chaos" auf das Repertoire des klassischen Antisozialismus zurückgegriffen. Das auch dies noch aus vorgeblich ökologischen Motiven geschieht, macht die Sache nicht besser!

Der Abschied vom demokratischen Zentralismus

Zwei Dinge können nach dem bisher Gesagten festgehalten werden:

1. Ökologische Politik steht in der Regel in einem kurzfristig nicht lösbaren Widerspruch zum Primat der Ökonomie und damit zur marktwirtschaftlichen Produktionsweise.

mie und damit zur marktwirtschaftlichen Produktionsweise.

2. Kleine Wirtschaftseinheiten (nicht völlig autark, sondern auf Austausch angewiesen), die auf eigene Faust (also unabhängig von gesellschaftlichen Planvorgaben) produzieren, geraten über kurz oder lang in marktwirtschaftliche Konkurrenzverhältnisse.

Abschließend soll ein weiterer wesentlicher Aspekt des Kommunalisierungsmodells betrachtet werden: die *„Staatsfrage"*. Aus den bisher zitierten Äußerungen Maiers (und Schmierers) geht hervor, daß die realsozialistischen Erfahrungen auszureichen scheinen, um mit der Vorstellung einer zentralen Planwirtschaft zu brechen. Unberücksichtigt bleibt, daß es in der Regel nicht darum geht, ob eine Zentralinstanz nötig ist, sondern vielmehr darum, welchen Charakter die zentralisierende Instanz einnimmt. Kaum bestreitbar ist der historische Sachverhalt, daß eine bürgerliche Zentralmacht (also eine aufgesetzte, besondere Zentralgewalt) von Staats wegen immer genau dann nötig wurde, wenn die in den arbeitsteilige Zusammenhang einbezogenen Produzenten *„diesen arbeitsteiligen Zusammenhang nicht bewußt beherrschen und gemeinsam regulieren können"*. (vgl. Anmerkung 3). Auf diesen Zusammenhang ist auch in der Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Ökologen Amery in „Ökologie, Marxismus und Grüne Partei" hingewiesen worden ... von Maier selbst: *„Der mit dem Absolutismus aufkommende Staatsapparat in Europa ist das notwendige Gegenstück zur Gesellschaft privater Warenproduzenten ... Überflüssig wird der Staat erst, wenn die Arbeit soweit vergesellschaftet ist, daß die Gesellschaft insgesamt (!) zu einem selbstbewußten Arbeitskörper geworden ist, der den menschlichen Stoffwechsel mit der Natur nach gemeinsamem Plan (!) und unter Berücksichtigung der natürlichen Gegebenheiten regelt"* (S. 53). Man könnte demnach mit Maier sagen: eine aufgesetzte Zentralgewalt wäre das notwendige Gegenstück einer in „relativ autonomen" Kommunen parzellierten Gesellschaft ...

Damit schält sich heraus, daß letztendlich die prinzipiell vorgetragene Ablehnung der „Zentralmacht" bei Maier und Co. hinausläuft auf eine staatsfreundliche Position: Verbirgt sich dahinter doch die eher resignierte Position, daß eine „Zerschlagung" des bürgerlichen Staates und seine Ersetzung durch rätedemokratische Strukturen (d.h. durch einen durchschaubaren demokratischen Zentralismus) geradezu ausgeschlossen sei. Mit dieser Haltung beschäftigte sich u.a. Lenin in „Staat und Revolution": bezogen auf Bernstein, der 1899 (ähnlich übrigens wie Maier 1981) die Aussagen von Marx über die Pariser Kommune als Appell für eine föderalistische Staatsform zu interpretieren suchte, schrieb er: *„Bernstein kann es einfach nicht in den Sinn kommen, daß ein freiwilliger Zentralismus, eine freiwillige Verschmelzung der proletarischen Kommunen zum Zweck der Zerstörung der bürgerlichen Herrschaft und der bürgerlichen Staatsmaschine möglich ist. Bernstein, wie jedem Philister, erscheint der Zentralismus als etwas, das nur von oben, nur von der Beamtenschaft und dem Militärklüngel aufgezwungen und aufrechterhalten werden kann"*. (AW, B.I,S. 362).

Die Perspektive zur Überwindung des Kapitalismus erneuere sich, so Maier, nicht mehr aus den sozialistisch/kommunistischen Traditionsparteien: „Die haben ihre Krisen." Keine Frage! Es ist sehr viel zeitgemäßer, mitzumachen beim „ökologischen" Wettbewerb um die optimalen Energiesparalternativen, zumal wenn es sich um Alternativen zur „sowjetischen Planbürokratie" handeln soll.

Das funktioniert eine bestimmte Zeitlang allemal, selbst wenn es dem „Geschwätz von gestern" (hier: den Attacken Maiers gegen die bürgerliche Ökologie in den „Heften...", 1980)total widerspricht.

Ein Genosse aus Lüneburg



Mao: „Um ein starkes sozialistisches Land aufzubauen, ist eine starke und einheitliche Führung unbedingt erforderlich, muß es eine einheitliche Planung und Disziplin für das ganze Land geben. Diese unentbehrliche Einheit darf keinesfalls untergraben werden. Gleichzeitig muß aber die Initiative der örtlichen Ebenen voll zur Geltung gebracht werden. Jeder Örtlichkeit soll die ihren lokalen Bedingungen entsprechende Besonderheit zugestanden werden. Besonderheiten dieser Art haben mit der von Gao Gang praktizierten nichts gemein, sondern sind im Interesse der Gesamtheit und der Stärkung der Einheit des ganzen Landes notwendig ... Zentralisierung und Selbständigkeit bilden, prinzipiell, eine Einheit von Gegensätzen, es muß beides, sowohl Zentralisation als auch Selbständigkeit geben." (Über die zehn großen Beziehungen)

Anmerkungen

1) J. Huber, Die verlorene Unschuld der Ökologie, Ffm 1982, S. 106. Huber entwickelt diese These folgerichtig weiter, indem er die Mikroelektronik als *„geradezu das Symbol einer ökologisch angepaßten Industrie"* (S. 49) ebenso abfeiert wie den beängstigenden Trend zur Heimarbeit am Mikrocomputer: *„Vergleicht man die Kosten, ergibt sich ein klarer Kostenvorteil für die Heimarbeit und zwar in einem unglaublichen Verhältnis 20:1 bis zu 30:1. Ökologisch bedeutet das nichts anderes, als eine etwa 20 bis 30fache Einsparung von Rohstoffen und Energie"* (Huber, a.a.O., S. 66). Maiers Kommunen blieben demgegenüber in Punkto Dezentralität („stofflich-energetisch" betrachtet) auf halbem Wege stehen ...?

2) Wie bereits ausgeführt, spricht sich Maier aus ökologischen und energiebezogenen Gründen gegen Großindustrien aus. Damit hat er auch in dieser Hinsicht seine zuvor gegen Ullrich ins Feld geführte Position gründlich revidiert. Gegen die Behauptung Ullrichs, nur Klein- und Mittelbetriebe könnten ökolo-

gen Ullrich ins Feld geführte Position gründlich revidiert. Gegen die Behauptung Ullrichs, nur Klein- und Mittelbetriebe könnten ökolo-

gisch sinnvoll produzieren, wandte damals Maier richtig ein, daß in erster Linie durch Großindustrien eine strikte gesellschaftliche Kontrolle über ökologische Folgeschäden möglich sei: *„Noch wichtiger aber ist, daß mit der großen Industrie für die Gesellschaft insgesamt und für jedes ihrer Individuen erstmals die Möglichkeit sich entwickelt, einen Überblick über ihre produktiven Gesamtverrichtungen und deren Folgen zu gewinnen. Die Vermittlung zwischen den verschiedenen arbeitsteiligen Funktionen kann gar nicht anders erfolgen, als über den Markt. Und das bedeutet: Blindheit aller Beteiligten über die Folgen ihres Tuns. Erst die große Industrie mit ihrer hoch vergesellschafteten Arbeit ermöglicht die bewußte Regulation des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses."* („Marxismus, Ökologie ...", S. 67).

Neben diesen klugen Gedanken aus vergangener Zeit wird bei Maiers Kommunalisierungsmodell (bzw. bei ähnlichen Dezentralisierungsmodellen) außer acht gelassen, daß der reale Sozialismus sich durch die Existenz antagonistischer Widersprüche und erbitterte Machtkämpfe im Rahmen der Übergangsgesellschaft auszeichnet. Wenn außerhalb von Gewerkschaften den Werktätigen überhaupt eigenständige politische Machtzentren im Sozialismus zur Verfügung stehen, dann doch wohl vermittels von Großindustrien. Es dürfte unmittelbar einleuchten, daß nicht auf der Grundlage kommunalisierter Klein- und Mittelbetriebe, sondern in erster Linie durch die Initialzündung des in den polnischen Großwerften organisierten Proletariats der polnische Klassenkampf in dieser Schärfe hat ausbrechen können. Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an die wichtige Rolle, die das in den Textilfabriken organisierte Proletariat von Shanghai im Laufe der chinesischen Kulturrevolution spielte.

3) Dies ist kein Ausnahmefall. Aus der nordchinesischen Provinz Heilongjiang wird berichtet, daß von der Gesamtmenge der zur Erschließung bestehender Potentiale gewährten Darlehen 70% für komplette Neuinvestitionen zweckentfremdet wurden. *„Dies läge nicht nur daran, daß den betreffenden lokalen Betrieben und Institutionen jeder Sinn für volkswirtschaftliche Proportionen fehle. Hauptsächlich läge es daran, daß es überhaupt keine einheitliche Aufsicht für betriebliche Investitionsprojekte gebe."* (C.a., 12/80, S. 1046). Unterschlagen wird hier der ursächliche Grund, die Politik des materiellen Anreizes. Das unproduktive Chaos veranlaßte die KPCh, ab Dezember 1980 eine Re-Zentralisierungskampagne einzuleiten unter dem Motto: „Die Planmäßigkeit muß verstärkt werden, die Blindheit überwunden werden". Seither wurden alle Neuinvestitionen unter die Aufsicht einer zentralen Aufbaubank gestellt, ohne daß jedoch die Politik der Gewinnmaximierung selbst angetastet wurde. *„Somit ist die fortexistierende Kontrolle der Zentrale über die Investitionsvorhaben eine Vorbedingung für eine ausgeweitete Gewinnbeteiligung der Betriebe"*. (so die Einschätzung von E. Garms, C.a., 2/81).



„...schon gar nicht etwa unsere Politik in Frage stellen..."

Die DKP macht sich Mut

„Chancen für Stärkung der Partei wachsen". Dieses seit Jahren bekannte Motto hat der DKP-Parteivorstand auf einer Tagung am 22./23. Mai wieder einmal bekräftigt. Grund genug gab es für solche Selbst-Ermutigung, nachdem die DKP im März bei den Wahlen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein von ihrem ohnehin niedrigen Niveau noch etwas weiter heruntergerutscht war. Inzwischen ist das Hamburger Wahlergebnis dazugekommen: Dort fiel die DKP am 6. Juni von 1,0 auf 0,6 %.

Selbstverständlich waren die *„unbefriedigenden"* und *„enttäuschenden"* Wahlergebnisse eines der zentralen Themen bei der Parteivorstands-Tagung im Mai. Da mußte sich die Partei von ihren Führern ein paar offene und harte Worte gefallen lassen: Wie kommt es denn, daß die Partei nicht in der Lage ist, das von ihrem Vorstand seit Jahren festgestellte *„wachsende Ansehen"* der DKP auch in Wählerstimmen umzusetzen? Das *„darf von uns nicht einfach hingenommen werden"*, sagt der Parteivorstand. ***„Wir sind uns darüber einig, daß unbefriedigende Wahlergebnisse weder allein auf objektive Faktoren zurückgehen, schon gar nicht etwa unsere Politik in Frage stellen. Also müssen wir immer wieder um so genauer unsere W a h l k a m p f p r a x i s prüfen, zumal unsere Partei ja im außerparlamentarischen Kampf durchaus als eine beachtliche Kraft wirksam ist".***

Für den DKP-Parteivorstand scheidet von vornherein der zersetzende Gedanke aus, daß Wahlergebnisse möglicherweise auch ein Reflex auf die Politik der Partei sind. (Ohnehin kann sich der DKP-Parteivorstand Kritik an seiner Politik nur als *„antikommunistische Vorbehalte"* vorstellen). Der Kern des Problems liegt nach Ansicht des DKP-Vorstands in der bedauerlichen Tatsache, daß sich viele Mitglieder der DKP im Wahlkampf nicht genug anstrengen: „...daß immer noch ein zu geringer Teil der Kraft unserer Partei für eine intensive Teilnahme an Wahlkämpfen mobilisiert wird. Und wenn wir uns damit nicht abfinden wollen, dann ist das in erster Linie eine Frage der Motivation aller Parteimitglieder". Die fragen nämlich teilweise sogar schon, welchen politischen Nutzen die *„intensiv geführten"* Wahlkämpfe der DKP eigentlich haben sollen. Manche Parteigruppen kennen nicht einmal *„den Wahlkampfplan und ihre Aufgaben"*, klagt der Parteivorstand. Und *„von deren Notwendigkeit überzeugt"* sind auch nicht alle. Aber es gibt auch Erfreuliches zu berichten: *„Beispielhaft vorangegangen"* sind 400 Hamburger Parteimitglieder, ***„die der Partei eine Woche ihres Urlaubs zur Verfügung stellten, das heißt eine Woche lang vom frühen Morgen bis in die Nacht hinein aktiv am Wahlkampf der Partei teilnahmen".*** Inzwischen weiß man, daß das für das Wahlergebnis
gung stellten, das heißt eine Woche lang vom frühen Morgen bis in die Nacht hinein aktiv am Wahlkampf der Partei teilnahmen". Inzwischen weiß man, daß das für das Wahlergebnis
auch nichts gebracht hat. So gesehen ist die Hamburger Pioniertat eher ein Gegenbeweis zur Behauptung des Parteivorstands, daß es bei den Wahlen besser laufen könnte, wenn sich alle Mitglieder ordentlich abarbeiten.

Daß Ertrinkende tatsächlich nach Strohhalmen greifen, ist bisher empirisch nicht bewiesen. Bewiesen ist aber, daß der DKP-Parteivorstand gern mit Argumenten arbeitet, die allenfalls die Tragfähigkeit eines Strohhalmes haben: Da müssen die wahlkampfmüden DKP-Mitglieder sich sagen lassen, bei den niedersächsischen Landtagswahlen im März habe sich doch *„herausgestellt, daß es eine unaufhaltsame Tendenz zum Stimmenrückgang nicht gibt"*. Immerhin habe die DKP dort *„unseren Stimmanteil gegenüber den letzten Landtagswahlen in etwa halten"* können. Tatsächlich: Die DKP ist dort von ihrem unter Bundesdurchschnitt liegenden Ergebnis (0,3%) nicht noch weiter heruntergerutscht. Und sie hat auch nur 1.100 Stimmen gegenüber der letzten Landtagswahl verloren. Ein stolzes und beflügelndes Ergebnis! ... Dieses Abschneiden, das heute der DKP als Mutmacher dienen soll, war vom DKP-Bezirksvorstand Niedersachsen damals allerdings weit skeptischer beurteilt worden: *„Das unbefriedigende Wahlergebnis ist auch durch Schwächen unserer Arbeit bedingt, die in den Gruppen und Vorständen der Partei einer kritischen Diskussion bedürfen"* („UZ", 23.3.82).

„Nicht vergessen — DKP stärken!"

Ein weiteres zentrales Thema der DKP-Parteivorstandstagung im Mai waren innerorganisatorische Probleme mit der Arbeitskraft und Motivation der Mitglieder.

„In der Partei wird viel über das Problem der Ü b e r l a s t u n g diskutiert, über die Häufung der Aufgaben und die im Verhältnis dazu zu geringe Kraft". Aus den schmalen Andeutungen läßt sich ahnen, daß die DKP dieselben Probleme wie alle anderen linken und auch grünen und alternativen Gruppierungen hat: Die Zahl der Leute, die zur kontinuierlichen und verbindlichen Arbeit bereit sind, ist gegenüber früheren Jahren stark gesunken und nimmt immer noch weiter ab. Die Arbeitsbelastung der Übriggebliebenen ist dafür umso höher. — In der DKP kommt aber noch ein ganz spezielles Element hinzu: Die Partei befindet sich mit ihrem politischen Einfluß auf dem absteigenden Ast. Das geht nicht nur ihr so. Die DKP ist aber die einzige Organisation, die diesem Abstieg mit tollkühnen Mutmacher-Parolen wie **„Chancen für die Stärkung der Partei wachsen"** zu begegnen versucht. Da kriegen dann die Mitglieder von ihren Führern immer wieder aufs Neue zu hören, daß die *„objektiven Bedingungen"* sehr gut seien, daß *„in den Aktionen und Bewegungen die Organisationskraft der DKP gefragt"* sei, daß das „Ansehen" der DKP wächst usw. usf. Mißerfolge in der eigenen Arbeit lassen sich vor dem Hintergrund solcher Sprüche nur als persönliche Unfähigkeit, Trägheit, Feigheit etc. interpretieren. Blockiert ist auch die Einsicht, warum sich persönliche Anerkennung für das Arbeitspensum einzelner DKPler in einzelnen Initiativen nicht in Zustimmung zur Politik der P a r t e i vermarkten läßt.

Unter dem Motto **„Nicht vergessen: DKP stärken!"** läuft seit Monaten ein „Wettbewerb zur Stärkung der DKP", bei dem es in erster Linie um die Anwerbung neuer Mitglieder geht. Obwohl dieser Wettbewerb ständig die Seiten der Parteizeitung „UZ" füllt und obwohl man über die schwungvolle und erfolgreiche Durchführung des Wettbewerbs in der Regel nur Gutes lesen kann, mochte der Parteivorstand auf der Tagung im Mai seinen Mitgliedern ein bißchen Kritik nicht ersparen: *„ ... daß wir im Wettbewerb noch nicht überall gut vorankommen, daß wir, d.h. auch der Parteivorstand, berechtigten Grund zur Unzufriedenheit mit uns selbst haben. Denn bei Würdigung des bisher Erreichten muß gesagt werden, daß insgesamt gesehen die bisherigen Wettbewerbsergebnisse noch nicht ausreichend sind, noch nicht den Notwendigkeiten und Möglichkeiten entsprechen". „Wir müssen noch große kollektive Anstrengungen machen — vor allem, was die Mitgliederwerbung betrifft — um an die Ziele des Wettbewerbs heranzukommen".*

Mensch weiß schon: Auch hier liegt das Problem nicht bei der Politik der Partei, sondern beim mangelnden Ein-
bung betrifft — um an die Ziele des Wettbewerbs heranzukommen".

Mensch weiß schon: Auch hier liegt das Problem nicht bei der Politik der Partei, sondern beim mangelnden Ein-
satz vieler Mitglieder. „Noch haben nicht alle Gruppen den Sinn und Zweck des Wettbewerbs so richtig erkannt und sich entsprechende, konkrete Ziele gestellt. Noch hört man hier und dort im Zusammenhang mit dem Wettbewerb etwas von ‚Pflichtübung', von ‚verbalen Bekenntnissen'. Uns sind ja die Argumente bekannt, die von Genossinnen und Genossen gegen den Wettbewerb vorgetragen wurden und noch werden." In den parteiinternen Diskussionen sind alle diese Einwände selbstverständlich längst als Unsinn entlarvt worden: *„Manchmal versteckt man sich hinter solchen Meinungen, weil man es machen soll, weil man sich der Diskussion nicht gewachsen fühlt, die man zwangsläufig führen muß, wenn man Menschen als Mitglieder für unsere Partei, als Leser und Abonnenten für die Zeitung unserer Partei, die UZ, gewinnen will.* **Immer aber steht hinter solchen Meinungen eine ungenügende Kenntnis der Politik und Beschlüsse der Partei, reflektieren sich Schwächen bei der Überzeugungsarbeit in den eigenen Reihen".**

Dagegen weiß der Parteivorstand ein Mittel: *„Erst wenn die Politik und Beschlüsse der Partei v e r s t a n d e n werden, wenn sich unsere Mitglieder mit ihnen identifizieren, von ihrer Richtigkeit und Notwendigkeit überzeugt sind — erst dann setzen wir die aus innerster Überzeugung getragene Kraft frei, die zu Erfolgen im politischen Kampf führt!"* In diesem klugen Ratschlag drückt sich ein Politikverständnis aus, daß die Beziehung zwischen Führungsgremien und Mitgliedern reduziert auf **„Beschlußübermittlung nach unten"** plus **„Aufspüren, worin Umsetzungsschwierigkeiten bestehen".**

Es gibt sehr gewichtige Gründe, nicht bloß am Nutzen des DKP-Werbe-Wettbewerbs, sondern auch an der Stichhaltigkeit der darüber gelegentlich vermittelten Erfolgsmeldungen zu zweifeln. Ein kleiner Zusammenhang besteht schließlich doch zwischen der Mitglieder-Entwicklung einer Partei und ihrem Abschneiden bei Wahlen. Daß die DKP seit Jahren nur steigende Mitgliederzahlen und sonstige Stärkungen der Partei meldet, während sie bei den Wahlen steil in den Keller geht, scheint auf die Dauer unglaubwürdig.

Ein Beispiel für diesen seltsamen Widerspruch: Wettbewerbs-Spitzenreiter in der Abteilung ‚Große Kreise' ist Hamburg-Nord. Das Wahlergebnis vom 6. Juni weist aber aus, daß in Hamburg-Nord die DKP von 1,8 auf 1,0% (Bezirksversammlung) abgefallen ist, was ziemlich genau dem durchschnittlichen Hamburger Verlust entspricht. — Daß mit den offiziell genannten Zahlen irgendetwas wohl nicht stimmt, wurde in diesem Wahlkampf sehr deutlich: Als „Hamburgs größte Wählerinitiative" präsentierte die DKP einen Wahlaufruf, den angeblich 2.700 Nicht-Mitglieder unterzeichnet hatten. Zusätzlich gibt die DKP die Zahl ihrer Hamburger Mitglieder mit 3.200 an. Zusammen wären das allein schon 5.900 Stimmen für die DKP. Bekommen hat sie aber nur 5.550. Immerhin ist die DKP damit die einzige Partei, die alle ihre Wähler persönlich kennt. Das ist ja auch etwas sehr Wichtiges und Schönes.

„Tür zu, es zieht!"

Die DKP hatte nach der Bundestagswahl 1980 einige vorsichtige Schrittchen im Sinn einer Öffnung gegenüber dem grün-alternativen Spektrum getan. Auf ihrem Parteitag im Mai 81 hatte die DKP dies als gültige Taktik bestätigt. Im Mittelpunkt stand dabei der Versuch, in grün-alternative Wahlbündnisse hineinzukommen. Dieser Taktik-Wechsel wurde unternommen, nachdem die DKP zuvor 3 - 4 Jahre lang die grünen und alternativen Listen mal ignoriert und mal auf niedrigstem Niveau beschimpft hatte. Kein Wunder also, daß die DKP mit ihren plötzlichen Annäherungsversuchen nirgendwo Entzücken hervorrief. Schuld daran sind selbstverständlich *„antikommunistische Vorbehalte"* und *„zählebige, von den Massenmedien systematisch geförderte Vorurteile gegen unsere Partei".*

Formal bestätigte der DKP-Parteivorstand auf seiner Tagung am 22./23. Mai zwar die Bereitschaft zu Wahlbündnissen mit „linken und demokratischen Kräften". Zugleich wurde aber jetzt betont: *„In diesem Sinne handeln wir logisch uud konsequent, wenn wir dort, wo kein Wahlbündnis zustande kommt, als DKP selbständig kandidieren und uns rechtzeitig darauf vorbereiten. Das ergibt sich daraus, daß unsere Politik immer konsequente Arbeiterpolitik bleibt".* „Logisch" betrachtet enthält diese Aussage im wesentlichen Stuß — aber jedenfalls schreibt sie die „rechtzeitige" Orientierung der DKP auf Alleinkandidatur fest. Das läßt deutlich darauf schließen, daß die DKP auch in Zukunft an ihrer Linie der Kandidatur um jeden Preis festhalten will — auch auf die Gefahr hin, den sinkenden Einfluß der Partei immer wieder öffentlich zu dokumentieren.

Unterdessen ist die vom DKP-Parteivorstand vorübergehend angedeutete Öffnung gegenüber dem grün-alternativen Spektrum eingestellt worden. Die damaligen, ohnehin bloß extrem zaghaften Ansätze, in der Parteizeitung „UZ" gelegentlich mal in Form eines Interviews oder einer Dokumentation ausgewählte Grüne und Alternative direkt zu Wort kommen zu lassen, wurden noch im vorigen Jahr wieder abgeblasen. Die ein paar Monate lang gemäßigte Art des Umgangs mit Grünen und Alternativen ist inzwischen wieder dem seit Jahren bekannten Gezeter gewichen. In Hamburg führte die DKP ihren Wahlkampf fast ausschließlich gegen die GAL, die man einerseits mit der CDU auf eine Stufe stellte, während man ihr andererseits bescheinigte, sie habe ihr Programm im wesentlichen von der DKP übernommen.

Mit ähnlicher zu allem entschlossener Blindheit attackiert die DKP auch den Sammlungsversuch ehemaliger SPD'ler bei den Demokratischen Sozialisten (DS): Wer die Arbeiterbewe-
Mit ähnlicher zu allem entschlossener Blindheit attackiert die DKP auch den Sammlungsversuch ehemaliger SPD'ler bei den Demokratischen Sozialisten (DS): Wer die Arbeiterbewe-
gung stärken will, muß sich zwangsläufig in der DKP („einzige Partei der Arbeiterklasse") organisieren. Das wollen die DS bekanntlich nicht. Folglich sind sie ein schädliches Konkurrenzunternehmen gegen die DKP, zumal sie, jawohl, „antikommunistische Vorbehalte" haben.

Mit schwindender politischer Bedeutung scheint sich in der DKP wieder die Linie der totalen Selbstabkapselung durchzusetzen. Es triumphiert die Mentalität des ideologisch sauberen kleinen Häufleins, das furchtlos seinen Weg durch eine Welt von Feinden geht. Und vielleicht hat der DKP-Vorstand sogar recht, wenn er darin den besten Weg sieht, seine Schäfchen möglichst geschlossen zusammenzuhalten und größere Einbrüche in die eigenen Reihen zu vermeiden. Die DKP in der Krise präsentiert sich als Partei für harte Männer. **„Bekennermut und Opferbereitschaft"** rühmt der stellvertretende Parteivorsitzende Gautier als die herausragenden Tugenden des DKP-Mitglieds (nach „UZ", 19.6.82). Ähnliche Töne schlägt der „UZ"-Redakteur Hänsel an: „ ... *es wird noch ein langer Weg sein, es wird viel Arbeit kosten", „zäh und beharrlich"* müsse man diesen Weg gehen, dürfe *„Mühsal und Rückschläge"* nicht scheuen. Am Ende des Weges sollen dann irgendwann auch noch *„wachsender Einfluß"* der DKP und sogar *„parlamentarischer Erfolg"* stehen, aber das stellt sich nur noch als Zukunftsmusik dar. Frömmer kann kein Wort zum Sonntag sein.

(Alle Zitate, soweit nicht anders angegeben, sind aus der Rede von DKP-Präsidiumsmitglied Kurt Fritsch auf der Vorstandstagung am 22./23. Mai; nach „UZ", 27.5.82)

Hier — spricht — der — automatische — Anrufbeanworter — der — DKP... —

Viel Intelligenz und Einfallsreichtum verwenden alle DKP-Gremien auf ihre Wahlanalysen. Schließlich muß eine wirklich gute Analyse so formuliert sein, daß man sie auch vier Jahre später fast unverändert wieder vorlegen kann. Einige Kostproben gefällig?

„Trotz des selbstlosen und energischen Einsatzes aller Mitglieder im Wahlkampf konnte die DKP ihr Wahlziel, ihren Stimmenanteil zu vergrößern, nicht erreichen... Antikommunistische Verleumdungen, das Totschweigen und das Verfälschen der konstruktiven Politik der DKP in den Massenmedien erschwerte es den Wählern, die politischen Positionen der DKP zu erkennen. Alle anderen Parteien konzentrierten ihre Verleumdungen auf die DKP... Die ‚Bunte Liste' und eine ‚Grüne Liste' dienten dazu, die Wähler von der einzigen Alternative, die vom Großkapital gefürchtet wird, von der DKP, abzulenken..."
(Bezirksvorstand Hamburg; „UZ", 6.6.78).

★

„...Der DKP ist es trotz großer Anstrengungen noch nicht gelungen, sich größeren Teilen der Arbeiter als einzige wählbare Alternative darzustellen. Der scharfe Antikommunismus, die undemokratische Fünf-Prozent-Klausel sowie der fast totale Boykott der DKP durch die Massenmedien haben sich nachteilig ausgewirkt... Das Auftreten der ‚Grünen' hat nur Schaden angerichtet. Bürgerinitiativen wurden gelähmt, die linken Kräfte weiter zersplittert... Im Wahlergebnis kommt die politische Bedeutung und die beachtliche Rolle, die unsere Partei in der Bundesrepublik spielt, nicht zum Ausdruck... Das Wahlergebnis veranlaßt uns, mit noch größerem Nachdruck für die Erweiterung unseres Einflusses unter den Arbeitern, vor allem der Großbetriebe, und der jungen Generation ... zu wirken..."
(Bezirksvorstand Hessen; „UZ", 10.10.78)

★

„...Die großen Anstrengungen der Partei vermochten nicht, im ganzen Land die Mauer des Totschweigens der Medien zu durchbrechen, die DKP gegen alle antikommunistischen Verfälschungen und Verleumdungen sowie gegen die undemokratische Fünf-Pro-
„...Die großen Anstrengungen der Partei vermochten nicht, im ganzen Land die Mauer des Totschweigens der Medien zu durchbrechen, die DKP gegen alle antikommunistischen Verfälschungen und Verleumdungen sowie gegen die undemokratische Fünf-Pro-
zent-Klausel größeren Teilen der Bevölkerung als wählbare Alternative darzustellen... Das Wahlergebnis veranlaßt uns, mit noch größerem Nachdruck bei konsequenter Realisierung unserer Schwerpunktorientierung, für die Erweiterung unseres Einflusses unter den Arbeitern, vor allem in den Großbetrieben, und unter der jungen Generation ... zu wirken...".
(Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz; „UZ", 20.3.79).

★
★

„...Der politische Einfluß der DKP ist größer, als es das Wahlergebnis ausdrückt. Die DKP hat unter schwierigsten und ungleichen Bedingungen Wahlkampf geführt. CDU, FDP und SPD waren bestrebt, zu keinem Zeitpunkt eine Chancengleichheit zuzulassen... Mit ihnen haben die Massenmedien alles unternommen, um den Einfluß der DKP auf die Wähler kleinzuhalten... Die DKP ... ist sich bewußt, daß es aus den Stimmenverlusten weitere Schlußfolgerungen für die Verstärkung einer systematischen Massenarbeit, für die Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft und der Jugend... und für die zahlenmäßige Stärkung der DKP zu ziehen gilt..."
(Bezirksvorstand Schleswig-Holstein; „UZ", 2.5.79).

★

„...Wesentliche Ursache für den beträchtlichen Stimmenverlust ist die Tatsache, daß die DKP ihren Wahlkampf unter den Bedingungen eines massiven Antikommunismus führen mußte. Ihre Politik wird in den bürgerlichen Zeitungen, in Fernsehen und Rundfunk entweder totgeschwiegen oder verketzert oder verfälscht. Sie wird durch die undemokratische Fünf-Prozent-Klausel massiv behindert... Die DKP zieht aus dem Wahlergebnis die Schlußfolgerung, ihre Anstrengungen zu verstärken, um ihre konstruktive Politik der arbeitenden Bevölkerung näherzubringen und ihre Vertrauensbasis vor allem unter den Arbeitern und der Jugend auszubauen...".
(Bezirksvorstand Bremen/Niedersachsen-Nordwest; „UZ", 9.10.70).

★

„...Die DKP hat ihren Wahlkampf unter den Bedingungen eines massiven Antikommunismus führen müssen. Die undemokratische Fünf-Prozent-Klausel und andere Schikanen behinderten unsere Partei. Die DKP hat trotz aller Bemühungen die Totschweigepraxis der Landtagsparteien und der von ihnen gesteuerten Massenmedien nicht durchbrechen können... Die DKP zieht aus dem Wahlergebnis die Schlußfolgerung, ihre Anstrengungen zu verstärken, um ihre konstruktive Politik der arbeitenden Bevölkerung näher zu bringen. Der Ausgang der Wahlen unterstreicht die Hinweise, die auf den jüngsten Parteivorstand- und Bezirksvorstandstagungen und auf dem Bundeswahlkonreß der DKP gegeben wurden: Es geht darum, allseitig dafür zu wirken, daß der Masseneinfluß unter der arbeitenden Bevölkerung erweitert wird, daß sich unsere Partei stärker der Jugend zuwendet ... und vor allem zahlreiche neue Mitglieder, vor allem aus der Industriearbeiterschaft, für die DKP gewonnen werden...".
(Bezirksvorstand Saar; „UZ", 29.4.80).

★

„...Wenngleich die DKP in außerparlamentarischen Aktionen sehr engagiert war und einen offensiven Wahlkampf führte, so hat sie dennoch ein wichtiges Wahlziel, ihren Stimmenanteil zu halten und nach Möglichkeit auszubauen, nicht erreicht... Die DKP sah sich einer massiven antikommunistischen Kampagne, einer Totschweigetaktik und Verleumdungspraxis durch die Massenmedien ausgesetzt. Gegen die DKP richteten sich zahlreiche Wahlbehinderungen, von der undemokratischen Fünf-Prozent-Klausel bis zu Berufsverbotsdrohungen gegen ihre Kandidaten...".
(Bezirksvorstände Rheinland-Westfalen und Ruhr-Westfalen; „UZ", 13.5.80).

★

„...Im gesamten Wahlkampf war die DKP
demokratischen Fünf-Prozent-Klausel bis zu Berufsverbotsdrohungen gegen ihre Kandidaten...".
(Bezirksvorstände Rheinland-Westfalen und Ruhr-Westfalen; „UZ", 13.5.80).
★

„...Im gesamten Wahlkampf war die DKP zahllosen antikommunistischen Behinderungen und Diskriminierungen ausgesetzt. Während die etablierten Parteien und auch die Grünen in den Medien hofiert wurden, wurden die Vorschläge und Forderungen der DKP faktisch totgeschwiegen, wurden gegen unsere Partei Lügen und Verleumdungen verbreitet... Das unbefriedigende Wahlergebnis ist auch durch Schwächen unserer Arbeit bedingt... Es bleibt eine große Aufgabe für uns, die Protestwähler stärker anzusprechen und vor allem enttäuschten Arbeitern und kritischen Jugendlichen zu beweisen, daß die DKP die linke Alternative in unserem Land ist. Wir müssen verstärkt alles tun, damit sich das wachsende Ansehen unserer Partei in Bürgerbewegungen und demokratischen Bündnissen auch bei Wahlen in Entscheidungen für die DKP auswirkt...". (Bezirksvorstände Niedersachsen und Bremen/Niedersachsen-Nord); „UZ", 23.3.82).

★

„...Insgesamt hat die DKP ... Stimmenverluste erlitten. Für diese Einbußen liegen die Ursachen neben objektiven Bedingungen wie zum Beispiel gesteigerter Antikommunismus, undemokratische Fünf-Prozent-Klausel, zahlreiche Wahlbehinderungen, massive Manipulation durch die Medien und Auswirkungen der Berufsverbote auch in den Schwächen unserer Arbeit. Die Einbußen sind für die Kommunisten eine Herausforderung ... sich noch aktiver für die Interessen der arbeitenden Menschen einzusetzen, insbesondere ihre Arbeit in den Betrieben, unter der Jugend und unter den Frauen zu verbessern...".
(Bezirksvorstand Schleswig-Holstein; „UZ", 9.3.82).

★

„...Im Abschneiden der DKP zeigten sich auch die Wirkungen der undemokratischen Fünf-Prozent-Klausel sowie die Existenz zählebiger, von den Massenmedien systematisch geförderter Vorbehalte gegen unsere Politik. Eine weitere Ursache liegt in der noch zu geringen Verankerung der DKP in der arbeiten Bevölkerung sowie in ihrer zahlenmäßigen Schwäche..."
(Bezirksvorstand Hamburg; „UZ", 8.6.82).

Zu siebt um einen Tisch
Ein halbes Jahr Multiplikatoren-Schulung im KB

Ein kleines Dorf irgendwo in Norddeutschland, zwischen Hamburg und Hannover: Es ist Samstagmorgen 9 Uhr, eiskalt, aber die Sonne scheint. Langsam trudeln die Teilnehmer an der ersten „Multiplikatoren-Schulung" des KB ein, aus Freiburg und Nürnberg, Köln und Bielefeld, Bremen, West-Berlin, Hannover, Hamburg ... Noch ein wenig verquollen gibts einen Kaffee, manche Genossinnen und Genossen kennen sich, obwohl sie aus ganz verschiedenen Städten kommen, alte Geschichten werden ausgetauscht, gemeinsame Bekannte rumgereicht. Nach einer Stunde Anlaufzeit versammeln wir uns alle zum ersten Plenum: 42 sind es geworden, die freiwillig teilweise ein halbes Dutzend Hundert Kilometer Anreise hinter sich haben, und nun in einem halbwegs gemütlichen Restaurantraum hocken und die Vorstellung der ersten Multi-Schulungsrunde erwarten. Der KB schult, nach vielen Anläufen, Kongreßbeschlüssen und vorbereitenden Diskussionen, unterschiedliche Erwartungen liegen im Raum.

„ ... den Marxismus-Leninismus hochhalten ..."

Erinnern wir uns an die vergangenen Kongresse des KB. In unterschiedlichen Resolutionen und Kongreßbeschlüssen wurde von uns der Anspruch formuliert, trotz der allgemeinen Erosion marxistisch-leninistischer Positionen in der westdeutschen Linken wollen wir an den Grundpositionen unserer eigenen KB-Vergangenheit festhalten, sie fortschreiben, in der heutigen Situation anwenden, aber nicht dogmatisch anbeten. Für die meisten von uns ein Spruch, hinter dem ein großes Fragezeichen stand, wie er denn einzulösen sei, was er inhaltlich bedeute. Nach vielen Jahren der praktischen organisierten Arbeit, nachdem einige Generationen in den KB und wieder hinaus gegangen sind, waren viele ehemals allgemein bekannte „klassische" Positionen des „ml" verschüttet, oder schlichtweg unbekannt, auch weil die „alten" Genossinnen und Genossen ihre damals erworbenen Erkenntnisse nicht weiter vermittelt hatten. Verschiedene Entwicklungslinien trafen sich so in der jüngsten Vergangenheit: Einmal die Erfahrung mit der westdeutschen Linken, die allzu bereitwillig „ideologischen Balast abwarf", um wieder an Höhe zu gewinnen; das Eingeständnis größerer Lücken in der Kenntnis und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus, der „Klassiker", besonders Marx und Lenin; und nicht zuletzt die bohrenden Fragen, die die gesellschaftliche Realität stellt, die Fragen gegenüber der Entwicklung des Imperialismus, die Zusammenhänge zur Kriegsgefahr, die Rolle des BRD-Imperialismus. „So viele Fragen, so wenige Antworten..." Das drängendste Moment ist jedoch die politische Praxis, die jedem und jeder diese und viele andere Fragen während der Arbeit in der Friedensbewegung, in antiimerialistischen Gruppen oder ganz einfach in den alltäglichen persönlichen Diskussionen stellt. Hier liegt die Grundlage für die Motivation, und hier ist in der neu beginnenden Schulungsarbeit des KB angesetzt worden. Und deshalb ist das Echo vermutlich auch so groß.

So war es also nur logisch, eine neu beginnende Schulung, die solch einen umfassenden Anspruch aufgreifen will, mit einer Auseinandersetzung über den Imperialismus zu starten. Die Leninsche Imperialismus-Analyse ist die bis heute qualifizierteste und tiefgehendste Schrift zu diesem Thema, und so stand am Anfang dieses Schulungszyklus, gewissermaßen als Grundlage für die gesamte weitere Auseinandersetzung zu diesem Thema das Befassen mit Lenin's Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus".

Eine kleine Zwischenbemerkung noch zu der Frage, wer diese Schulungsarbeit im KB verantwortlich gestaltet. Mehrere Monate vor dem letzten KB-Kongreß im Frühjahr 1982 begann ein kleiner Kreis von Genossinnen und Genossen des Antifa/-IKAH-Bereiches mit der Vorbereitung und Durchführung einer Schulungsrunde mit dem oben beschriebenen Ansatz. Mit der erfolgreichen Durchführung dieser Schulung als Rückenwind wurde eine „Schulungskommission am lg" gegründet, die fortan für die Schulungsarbeit im KB verantwortlich zeichnet.

Der im Frühjahr dieses Jahres begonnene Schulungszyklus lief in drei Schritten ab; zunächst die Schaffung einer allgemeinen Grundlage mit dem Studium des Imperialismus-Textes von Lenin. Mit diesem Schritt sollten theoretische Grundkenntnisse und eine historische Einordnung des verwendeten Textes geleistet werden. Im zweiten Schritt dann die konkrete Kritik des BRD-Imperialismus, seine Stellung in der kapitalistischen Weltwirtschaft, und seine gegenwärtige Rolle in der Front der Kriegstreiber. Der dritte Schritt schließlich bestand in der Auseinandersetzung mit verschiedenen Strömungen in der Friedensbewegung, den heutigen und historischen Vaterlandsverteidigern, und den verschiedensten Varianten von Neutralismus- und Alternativen Verteidigungskonzepten. Mit diesen drei Schritten sollte der Bogen von den theoretischen Grundlagen über die konkrete Kritik des BRD-Imperialismus hin zu einer Auseinandersetzung um die Politik im gegenwärtigen Kampf gegen den Krieg gespannt werden.

Inhalt und Form sind Zwillinge

Wer kennt sie nicht, diese „Frontal-Unterrichts-Schulungen", die sich zwar inhaltsmäßig aber sonst sehr wenig vom Lernen in der Schule unterscheiden. In der Schulungskommission war von Beginn an klar, s o n i c h t. Wir wollten zweierlei Dinge unter einen Hut bringen. Einmal mußte die Arbeit der Kommission darin bestehen, eine möglichst qualifizierte Vorarbeit bei der Auswahl der Schulungstexte zu leisten, die Auswahl politisch zu begründen und den gesamten Arbeitsprozeß transparent zu machen. Da wir für die konkrete Umsetzung auf den jeweiligen Multi-Runden ebenfalls verantwortlich waren, mußten wir uns in die Sachthemen einarbeiten, da wir keine Spezialisten auf den Gebieten Imperialismusforschung, Friedensbewegung und materialistische Historik sind. Gleichzeitig konnten und wollten wir nicht diejenigen sein, die die Inhalte so weit verdaut und verarbeitet präsentieren, daß sie nur noch aufgenommen zu werden brauchten. Unsere Vorstellung ging dahin, daß jeder Teilnehmer und jede Teilnehmerin die Möglichkeit haben mußte, sich eigenständig in die jeweilige Fragestellung einarbeiten zu können, den Großteil des anzueignenden Stoffes in kollektiven Diskussionen auf den Wochenenden aufzunehmen. Und so wurden die Schulungstexte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr frühzeitig zugeschickt, die Arbeit während der Wochenenden bestand zeitlich ca. je zur Hälfte aus Gruppenarbeit und Plenumsdiskussionen oder Referaten. Zum Einstieg wurden von der Kommission Referate gehalten, die sich mit der Vorgehensweise auf dem jeweiligen Wochenende, und einem oder zwei auf die Fragestellung zugeschnittenen Themen befaßten. Den Abschluß eines jeden Wochenendes bildeten Plenumsdiskussionen, in denen die Arbeitsergebnisse der Gruppen und ein allgemeiner Punkt diskutiert wurden, um auf diese Weise das von den einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmern Erarbeitete in der Auseinandersetzung mit den anderen nochmals zu überprüfen.

Zu diesen Schulungswochenenden waren aus den Regionen der BRD jeweils zwei oder mehrere Genossinnen und Genossen gekommen, die dann ihrerseits die Schulungsinhalte in ihren Orten umsetzen sollten. Deshalb auch der Begriff „Multiplikatoren-Schulung" (der sich im Laufe der Zeit zu ‚Multi-Schulung' abgeschliffen hat).

Die Ausgangsbedingungen waren für die einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehr unterschiedlich, besonders was die Kenntnisse des Imperialismus im Allgemeinen, Details zur politischen Ökonomie und der historischen Entwicklung z.B. des BRD-Imperialismus betrifft. Solche Unterschiede sind nie ganz aufhebbar, aber die Einarbeitung in einen abgegrenzten Text mit einer bestimmten Fragestellung erhöht die Chance einer gleichberechtigten Teilnahme. Der Schwerpunkt lag eindeutig auf einer „kritischen Aneignung" von Inhalten, und nicht auf der Eintrichterung von Wissen „von oben nach unten". Gerade dieses Vorgehen verhilft zu einer Stärkung der sachlichen und politischen Urteilsfähigkeit, und ist nicht auf „Ausrichtung" und schnelle „Vereinheitlichung auf eine Linie" gezielt. Ermutigung und konkrete Unterstützung der an diesen Schulungen Teilnehmenden, der Abbau einer leidigen Konsumhaltung gerade in theoretischen Fragen sollte das Ergebnis dieser und der auf ihr aufbauenden Schulungen sein. wir wollten der theoretischen und ideologischen Unsicherheit zu Leibe rücken, aus der Dogmatismus und Schematismus erwachsen. Und wir wollten kritische Unruhe und neue theoretische Energien freisetzen.

Eine ganze Menge Inhalt und ebensoviele Fragen

So weit erstmal sehr allgemein zu den Vorgaben und Rahmenbedingungen der ersten Multi-Schulungsrunde. Der erste Teil dieser Runde diente der Auseinandersetzung mit der leninschen Imperialismustheorie, und Ergebnis dieses Schulungsteils sollte sein, *„Sachkenntnis in Bezug auf Lenin's Analyse des Imperialismus zu erhalten, insbesondere der Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus". Dazu gehört auch Kenntnis des historischen Rahmens, in dem diese Analyse entstand; Erarbeitung von Ansätzen zur kritischen Weiterentwicklung der leninschen Analyse unter heutigen Bedingungen, und zwar Ansätze in der Fragestellung, Erarbeitung von Materialien; Belebung der ideologischen und theoretischen Auseinandersetzung im KB, Schaffung neuer Motivation, wachsender persönlicher Sicherheit in strategischen Fragen als Grundlage für eine Re-Organisation; tatsächliche Stärkung des organisatorischen Zusammenhalts über die Schulungsarbeit selbst"* (Internes Schulungsinfo Nr. 7).

Nach diesem Wochenende fuhren die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer einerseits mit dem guten Gefühl nach Hause, den Lenin-Text zum großen Teil sehr intensiv durchgearbeitet zu haben, und ein Verständnis für die politische und historische Funktion dieses Textes erworben zu haben. Gleichzeitig sind eine Menge von Fragen aufgeworfen worden, von denen nur einige hier angerissen werden können: In welchem Stadium seiner Entwicklung befindet sich der Imperialismus heute? Ist der Imperialismus in der Defensive oder der Offensive? Viele Fragen gab es zum ‚Fortschrittsbegriff' im leninschen Text. Ist die heute zunehmende Verschmelzung von Staat und Monopol ein neues Stadium des Kapitalismus, das Lenin noch nicht absehen konnte?

Vielleicht werden viele der „alten" Linken bei diesen Fragen wissend den Kopf wiegen und denken: „Das steht doch eigentlich alles beantwortet im Lenin-Text!" — Oder ganz andere wiederum: „Da seht Ihr's, da gibt der Alte auch keine Antworten, haben wir ja immer gesagt!" Zunächst betrachtete die Kommission das Entstehen dieser und anderer Fragen als Erfolg, zeigt das doch, daß nicht in der „klassischen" Weise gearbeitet wurde. An dieser Stelle waren die Fragen auch Ausgangspunkt für die Suche in der weiteren Arbeit, für Anstöße aktuell zu untersuchen.

Der zweite Schritt in diesem Schulungszyklus dient der Einschätzung des BRD-Imperialismus, der Frage nach seiner besonderen Aggressivität, der Einbettung der BRD in die internationale kapitalistische Weltwirtschaft, die Stellung der Regierenden der BRD in der großen Front der Kriegstreiber •usw. In der Vorbereitung dieses Schulungsteils wurde die Kommission mit der Tatsache konfrontiert, daß zur Einschätzung des BRD-Imperialismus kein für unsere Zwecke akzeptabler Text existiert. Es gibt sehr viele Abhandlungen, die einzelne Aspekte, meist sehr konzentirert auf die ökonomische Seite, herausheben, wiederum andere sind mehr von der eigenen politischen Linie bestimmt, die untermauert wird (z.B. DKP/KPdSU). Wir entschlossen uns schweren Herzens dazu, einen Text der Sozialistischen Studiengruppen (SOST) zu nehmen, der die Entwicklung der ökonomischen Grundlagen für die aktuelle Weltkrise behandelt, und dazu noch drei weitere Texte, die unterschiedlich die historische oder die ökonomische Entwicklung der BRD nach dem II. Weltkrieg behandeln. Die Fragen, die sich aus dem ersten Schulungsteil ergeben hatten, wurden den Teilnehmern und Teilnehmerinnen nochmals ins Gedächtnis zurückgerufen, um auf dieser Basis Antworten für die Entwicklung – zugeschnitten auf das Beispiel BRD – zu finden. Die Grundlagen für die Entwicklung des BRD-Imperialismus konnten trotz dieser schwierigen Materialsituation erarbeitet werden. Darüberhinaus entstanden durch das konkrete Befassen eine Reihe von Fragen, besonders die nach der „besonderen Aggressivität des BRD-Imperialismus".

Die dritte Runde stand im Zeichen der Auseinandersetzung mit Strömungen innerhalb der Friedensbewegung, mit historischen Strömungen der Vaterlandsverteidigung und ihrer objektiven Grundlagen, mit heutigen Varianten dieser Strömungen und neuen Schattierungen von Analysen, die den Imperialismus verneinen oder beschönigen. Grundlage für die Diskussion war ein von der Kommission zusammengestellter Reader, in dem Texte der MoZ, des SB und der SOST enthalten waren, die verschiedenen Positionen für Strategie der Friedensbewegung verbreiten. Den Einstieg in diese Diskussion gab ein Referat, in dem kurz die Imperialismuskritiken des KBW, der MoZ, der SOST und der DKP dargestellt wurden. Sodann ein kurzer Ausflug in die Geschichte der Arbeiterbewegung und die Stellung der damaligen Sozialdemokratie zum Krieg, ihre ideologischen Positionen, die letztlich zur Bewilligung der Kriegskredite und zum Burgfrieden führten.

Mit dieser inhaltlichen Zusammenstellung sollte eine Brücke geschlagen werden zwischen der historischen Situation vor dem I. Weltkrieg, den objektiven Faktoren, die zur Einbindung großer Teile der Arbeiterbewegung in die imperialistische Politik des damaligen Deutschen Reiches führte, und der heutigen Situation. Auch die heutigen Positionen der Vaterlandsverteidigung „fallen nicht vom Himmel". Im Anschluß an die Diskussion entlang der Referate und der Texte in den Arbeitsgruppen wurde im Plenum ausführlich die Frage diskutiert, ob es heute noch möglich sei, Lenins Parole, „den Krieg revolutionär zu wenden", die Gewehre umzudrehen und den Sturz der eigenen Bourgeoisie anzustreben, umsetzbar, überhaupt die richtige Losung für die gegenwärtige Linke in diesem Zeitabschnitt der Weltkriegsgefahr ist.

NEU !
SCHULUNGSINFO Nr.9

Soeben ist das neue Schulungsinfo erschienen über den letzten Teil unseres Schulungszyklus'. Wie mit den vorigen Infos dokumentieren wir Inhalt und Ablauf unserer Schulung. Das Info Nr.9 enthält demgemäß:

* Eine erste Auswertung des ersten Zyklus'
* Eine Zusammenstellung der Kritiken an der Imperialismus- Theorie aus der westdeutschen Linken
* Ein Referat zur Geschichte des Sozialchauvinismus mit dem Schwerpunkt Entwicklung der SPD
* Ein Referat über die gegenwärtigen Strömungen in der Friedensbewegung (Schwerpunkte: „Verteidigungsdilemma" der BRD, Neutralismus, Alternative Verteidigung)
* Eine Zusammenstellung der in den Arbeitsgruppen diskutierten Texte (Reader)
* Und natürlich die Protokolle der AGs und der Plena des Wochenendes.

Das Schulungsinfo kann ab sofort über den Verlag g e g e n V o r a u s k a s s e bestellt werden und kostet 5,- DM. Ebenso können die Infos Nr.7 und Nr.8 bestellt werden, in denen wir die ersten beiden Teile Infos Nr.7 und Nr.8 bestellt werden, in denen wir die ersten beiden Teile der Imperialismus- Schulung dokumentierten.

Entgegen allen Bedenken: Es geht!

Entgegen allen bisherigen Unkereien und gescheiterten Anläufen zeigt dieser Schulungsansatz, daß heute eine breitere Motivation zur Teilnahme an solchen und ähnlichen Schulungen besteht. Das zeigt sich einmal an der zahlreichen Teilnahme an den Multi-Schulungen, alle drei Wochenenden waren mit ca. 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gut besucht. Der erste Teil dieses Zyklus wurde nach den bisher vorliegenden Berichten von ca. 200 Sympathisantinnen und Genossen wahrgenommen. Dies ist jedoch kein repräsentatives Bild, da einerseits noch nicht an allen Orten dieser erste Schritt umgesetzt wurde, und erst für diese Wochen zu Beginn der Sommerpause geplant sind, zum anderen die Kommission noch nicht über alle gelaufenen Schulungen Berichte bekommen hat. Zum weiteren entwickelte sich die Auflage der verschiedenen Schulungsinfos von anfänglicher Auflage mit 300 Stück bis zur gegenwärtigen Höhe von 500 Stück für das Info Nr. 9 (siehe zu den Infos auch die Anzeige in diesem Text).

Im Vergleich mit dem in Info Nr. 7 formulierten Anspruch (siehe das Zitat weiter oben) wertete die Schulungskommission die bisherige Arbeit aus und schrieb in Info Nr. 9 als allgemeinere Auswertung: *„Unser Motto hieß ‚kritische Aneignung'. Nun muß Mensch zugeben, daß die Kritik im Verlauf der Schulung immer wieder die Tendenz hatte, hinter den allzugroßen Schwierigkeiten der Aneignung zurückzubleiben. ‚Offene Fragen' wurden zwar immer wieder aufgeworfen, blieben aber häufig angesichts der Kompliziertheit des Stoffes auf der Strecke. Sie hätten wahrscheinlich auch von Seiten der Kommissions-Vorbereitungen stärker als geschehen ‚mitgenommen' d.h. immer wieder aufgegriffen, zusammengefaßt und vertieft werden sollen, unsere weitere Arbeit wird das berücksichtigen müssen.*

Aber auch mit der Aneignung hat nicht alles so geklappt, wie es hätte sein sollen ... Im ersten Teil waren Genossinnen und Genossen z.T. vom Text überfordert, wurde der Text nicht „geschafft", blieb viel für die Nachbereitung, insbesondere zeigten sich politisch-ökonomische und sonstige „Wissenslücken". Abgesehen von der noch weiteren Öffnung dieser Lücken konnten wir auf Grund der schwierigen Textlage im zweiten Teil die Entwicklung des BRD-Imperialismus nicht zur Zufriedenheit schulen, was sich im dritten Teil als fehlende Grundlage rächte. (...)

Unterm Strich aber haben diese Mängel nicht demotivierend gewirkt, sondern im Gegenteil das Bedürfnis nach individueller Vertiefung und weiterer organisierter Schulung erhöht, und Interesse an weiterführender theoretischer Arbeit geschaffen (...). Voila, eine der wesentlichen Zielsetzungen der Schulung neben der Ausrüstung für die Praxis" (Info Nr. 9, Seite 4).

Weitere Schulungen

Einige Fragen konnten nicht beantwortet werden, weil einfach die Kenntnis polit-ökonomischer Grundlagen fehlte. So beispielsweise bei der Frage, welche Auswirkungen die Existenz der UdSSR bzw. des RgW für die innerimperialistischen Widersprüche hat. Oder die Frage, ob der Kapitalexport notwendig sei, die Überakkumulation vermeidbar usw. Die von der Schulungskommission geplanten weiteren Zyklen entstanden aus solchen Fragen. Und so werden wir im Herbst (Erster Start am 2./3. 10.82) unsere Schulungsarbeit mit einem Zyklus über die Begriffe und Gesetze der Politischen Ökonomie, der bürgerlichen und marxistischen Krisentheorie, und die verschiedenen gegenwärtigen Ansätze einer reformistischen oder linkssozialdemokratischen Krisenbewältigung anschließen. Auch dieser Schulungszyklus wird in drei Teilen ablaufen:

1. Aneignung theoretischer Grundkenntnisse in Form von Textarbeit, historischer Einordnung der verwendeten Texte;
2. Geschichte der kapitalistischen Krisen, Aneignung historischen Wissens;
3. Auseinandersetzung mit reformistischen Krisentheorien, die heute relevant sind. In diesem Zyklus wollen wir wieder anknüpfen an die Diskussion aus dem vorherigen Zyklus um die ökonomischen Ursachen der internationalen Konkurrenz und der Entstehungsgründe der aktuellen Kriegsgefahr.

Schulungskommission am lg

KB-Ferienlager 1982

Seit nunmahr zwei Jahren bekannt und beliebt sind die Sommer- und Winterschulungen der baden-württembergischen KB-Gruppen. Die Verbindung von Erholung, Geselligkeit, Sport, „Keimform" auf der einen und Erarbeitung fester politischer Grundlagen auf der anderen Seite ist nach einem strapaziössn Polit-Halbjahr (oder einer längeren Pause?) genau das richtige, um mit neuem Schwung wieder loslegen zu können.

Diesmal wollen wir uns an der leninschen Imperialismus-Theorie abarbeiten. Dabei geht es zunächst um das Buch von Lenin selbst, weiterführend dann um die Übertragung des so gewonnenen Erklärungsmusters auf die heutige Weltlage

Das ganze findet vom 8. - 14. August in den Bregenzer Bergen auf einer Hütte statt. Reine Übernachtungsgebühr pro Tag etwa 7 DM, zuzüglich Verpflegung.

Anmeldung: Wie immer per Brief an Buchladen Jos Fritz, z. Hd. des KB,

Hauseigentum zum Nulltarif

Im folgenden soll nicht beschrieben werden, wie Ihr jemanden findet, der Euch ein Haus schenkt, sondern es geht um ,,Hausbesetzungen'' ganz besonderer Art ...

Nicht zuletzt seit den Skandalen um die NEUE HEIMAT in Westberlin ist jedem bekannt, daß man durch Beteiligungen an Häusern Steuern, also Bargeld, sparen kann. Wie diese Mafia aus Abschreibungsgesellschaften, Banken, Berliner Senat und potenten ,,Steuersparern'' genau funktioniert, um welche Summen es dabei tatsächlich geht und wer letztendlich die Zeche bezahlt, soll im folgenden dargestellt werden[1]. Interessant ist das ganze nicht nur für Häuserkämpfer, sondern für jeden Mieter und Lohnsteuerzahler, aber auch für alle, die wissen wollen, warum Vietor ausgerechnet im Westberliner Wohnungsbau seine ,,Gewerkschaftsbeiträge'' anlegt ...

Der Steuersparer

Steuern sparen wollen wir letztendlich alle, doch gibt es einige Leute, die sich darüber besonders den Kopf zerbrechen, weil sie besonders viel Geld ,,verdienen'' und deshalb natürlich auch ,,viel'' Steuern bezahlen müßten. Nehmen wir z.B. mal einen Arzt, der 260.000 DM jährlich erwirtschaftet: 130.000 DM Steuern müßte der eigentlich bezahlen. So einer bekommt jetzt rein zufällig ein Briefchen von einer Abschreibungsgesellschaft, die ihm hohe Steuerersparnisse verspricht:

»STEUERN-DIE VERMÖGEN WERDEN«

LIEBER DR. [redacted]
VERMUTLICH GEHÖREN AUCH SIE ZU DEN BÜRGERN, DIE UNTER DER STEUERLAST BESONDERS ZU LEIDEN HABEN.
WIE WIR UNS DENKEN KÖNNEN SIND SIE DAMIT SEHR UNZUFRIEDEN, DASS IHR SAUER VERDIENTES GELD NICHT NUR FÜR DIE NOTWENDIGE INNERE SICHERHEIT AUSGEGEBEN WIRD, SONDERN DAß DAMIT AUCH DIE SOGEN. "SOZIALAUSGABEN", WIE Z.B. BAFÖG-GELDER FÜR GAMMELNDE STUDENTEN UND ARBEITSLOSENGELD FÜR ARBEITSSCHEUE ELEMENTE FINANZIERT WERDEN.
BEI UNS WERDEN IHRE STEUERN ZU VERMÖGEN!
WENN SIE SICH EINE ZUSÄTZLICHE RENTE -OHNE EIGENKAPITALEINSATZ- VERSCHAFFEN WOLLEN,
DANN BETEILIGEN SIE SICH IM BERLINER SOZIALEN WOHNUNGSBAU.
WIR WÜRDEN UNS FREUEN, AUCH SIE BALD ZU UNSEREM ZUFRIEDENEN KUNDENSTAMM ZÄHLEN ZU DÜRFEN.
IHRE ABSCHREIBUNGSGESELLSCHAFT

Eine *,,zusätzliche Rente (2,5% jährlich, natürlich steuerfrei) ohne Eigenkapitaleinsatz durch eine Investition in der sozialen Wohnungsbau Berlin''* wird da versprochen. Weiter ist dann von einer Gesamtverlustzuweisung von 230% die Rede. Zahnärzte wissen zumindest, daß Verlustzuweisungen von dem zu versteuernden Einkommen abzuziehen sind, also Steuerersparnisse darstellen. Bekommt so jemand z.B. eine Verlustzuweisung über 180.000 DM, so bedeutet das für ihn nur noch ein zu versteuerndes Einkommen von 80.000 DM, wofür er jetzt nur noch 30.000 DM Steuern zahlen muß: 100.000 DM Steuern gespart.

Der ,,Steuersparer'' investiert jetzt also 100.000 DM Steuern in den Berliner ,,Sozialen Wohnungsbau'', d.h. er überweist an eine Abschreibungsgesellschaft 100.000 DM. Die schickt ihm dann die Verlustzuweisung über 180.000 DM, womit der ,,Steuersparer'' seine 100.000-DM-Investition wieder raus hat und zugleich Mitbesitzer an einem Haus geworden ist. Hauseigentum zum Null-Tarif eben!

Kommanditgesellschaft.
Beginn : 3.August 1979.
Kommanditistin ist mit folgender Einlage :
1) Kauffrau Syla Francke geb.Koeppler, Berlin, 10.000.- DM.

Als Kommanditisten sind mit folgenden Einlagen in die Gesellschaft eingetreten :

2)	Rita Baumstark, Schwanau,	100.000.-- DM
3)	Zahnarzt Dr.Alfred Hofmann, Freiburg	100.000.-- DM
4)	Zahnarzt Dr.Ivo Paapa, Freiburg,	100.000.-- DM
5)	Arzt Dr.Walter Rheingans, Bad Bergzabern,	100.000.-- DM
6)	Facharzt Dr.Günther Thomas, Baden-Baden,	100.000.-- DM
7)	Arzt Dr.Stefan Werner, Rheinstetten,	100.000.-- DM
8)	Facharzt Dr.Hans Elmar Pfaff, Waldkirch,	100.000.-- DM
9)	praktischer Arzt Dr.Josef Alster, Philippsburg,	50.000.-- DM
10)	Ärztin Dr.Sigrid Berwich, Wiesenbach,	50.000.-- DM
11)	Facharzt Dr.Walter Burgard, Lörrach,	50.000.-- DM
12)	Arzt für Allgemeinmedizin Dr.Siegfried Elsässer, Friesenheim,	100.000.-- DM
13)	Facharzt Dr.Wolfgang Hauck, Karlsruhe,	75.000.-- DM
14)	praktischer Arzt Dr.Gerhard Krehan, Graben-Neudorf,	100.000.-
	Dr.Zdenek Nr	

Dieses Haus baut nun für ihn eine Abschreibungsgesellschaft in Berlin.

Die Abschreibungsgesellschaft

Gemanagt wird so eine Gesellschaft in aller Regel von Finanzmaklern, Steuerberatern und Rechtsanwälten. Ihre Funktion besteht darin, ,,Verluste'' zu machen, die nur auf dem Papier stehen, also in Wirklichkeit gar keine Verluste sind. Dazu bläht sie die gesamten Kosten erstmal tüchtig auf. Ein entsprechendes Grundstück[2] und die Baukosten für ein Haus würden ca. 3,5 Mio DM kosten. Die Abschreibungsgesellschaft erhöht nun allein durch ihre Existenz die Kosten noch mal um 1,1 Mio DM. Da werden z.B. Kreditvermittlungsgebühren, Treuhandgelder und ähnliches kassiert, mit denen sich diese feinen Herren dann selbst bezahlen. Die gesamten Kosten betragen jetzt also 4,6 Mio DM. Und nun kommt der Trick: **Die Abschreibungsgesellschaft borgt sich nun möglichst viel Geld von einer Bank (bis zu 85% des gesamten Kapitals), für das dann Zinsen gezahlt werden müssen. Diese Zinsen werden nun ins Verhältnis zum ,,Eigenkapital'' gesetzt, wodurch ,,Verluste'' entstehen, da die Zinsen höher sind als das Eigenkapital. Somit hat man eine Verlustzuweisung produziert, die dann die ,,Steuersparer'' abschreiben können.** Nebenbei kommt noch hinzu, daß diese Zinszahlungen auch noch subventioniert werden.

Daß diese ,,Verlustzuweisungen'' letztlich das ,,Eigenkapital'' darstellen, wurde oben bereits beschrieben. **Insgesamt werden dem Finanzamt auf diese Weise im Laufe von 15 Jahren 1,8 Mio DM entzogen.** Davon könnte der Staat selber problemlos ein 8-Familien-Haus bauen.

Doch es kommt noch viel dicker.

Amtsgericht Charlottenburg
das Handelsregister ist folgen- eingetragen worden.
am 14. 10. 1981, Abt. 90—93.
Neueintragungen:

[illegible]

Die Kostenmiete

Wie oben bereits angesprochen, haben die Reichen ja im Berliner ,,Sozialen Wohnungsbau'' investiert. Das tun sie natürlich nicht, weil sie vorhaben, billig in Sozialwohnungen zu wohnen, sondern weil der ,,Soziale Wohnungsbau'' vom Senat bezuschußt wird. Und das läuft offiziell über die sog. Kostenmiete: Die Sozialmiete eines Neubaus beträgt 5,24 DM pro qm und steigt bis zum 15. Wohnjahr auf 7,62 DM pro qm. **Der Unterschied zwischen der Sozialmiete und der Kostenmiete, also dem, was der Erbauer sagt, was ihn der qm ,,real'' kosten würde, bezahlt der Westberliner Senat einfach an die Abschreibungsgesellschaft.**

Deshalb ist auch die Abschreibungsgesellschaft daran interessiert, eine möglichst hohe Kostenmiete zu haben und erfindet deshalb auch Unkosten, die es gar nicht gibt, z.B. das ,,Mietausfallwagnis'': angesichts von 17.000 Berlinern mit einem Wohnberechtigungsschein erster Dringlichkeit ein Witz. Oder eine ,,Instandhaltungspauschale'', die natürlich in den ersten 15 Jahren bei einem Neubau nur auf dem Papier steht. Außerdem kann die Abschreibungsgesellschaft die Verwaltungskosten relativ beliebig, das heißt hoch ansetzen. **Die Schweinerei, die dazu kommt, ist die, daß der Westberliner Senat die Kostenmiete per Erlaß selbst festlegt,** damit also auch selbst festlegt, wieviel Zuschüsse er an die Abschreibungsgesellschaften zu zahlen hat. Und wenn die Kostenmiete nicht hoch genug ist, gibt's Druck

1980 betrug die Kostenmiete 23 DM pro qm. **Der Staat bezuschußte also jeden qm Sozialwohnung mit 17,76 DM. Das macht bei unserem Beispielhaus auf 15 Jahre bezogen das nette Sümmchen von 3,7 Mio. DM.** 1981 lag die Kostenmiete übrigens schon bei 29 DM/qm, denn der Bau- und Wohnungssenator hat sie (auf vielfachen Wunsch der Abschreibungsgesellschaften (s. Kasten) einfach erhöhen lassen.

,,Sozialer Wohnungsbau''

Von weiteren Tricks und Kleinigkeiten abgesehen (3) kann man folgendes zusammenfassen:

Für den Bau eines neuen Hauses müßte der Staat, wenn er selbst bauen würde, 3,5 Mio. DM bezahlen. Das tut er aber nicht, sondern er schenkt unseren armen Spitzenverdienern das Haus und bezuschußt das ganze mit sage und schreibe 6,1 Mio. DM (4)!

Die Steuerzahler haben also mit Hilfe des Westberliner Senats fast 2 Häuser bezahlt, doch die ganze Kohle und das Besitzrecht an dem Haus irgendwelchen Spitzenverdienern, Steuerberatern, Finanziers, Banken und sonstigen Räubern in den Arsch gesteckt. Was das noch mit ,,Sozialem Wohnungsbau'' zu tun haben soll, kann wohl kein vernünftiger Mensch einsehen.

Angesichts von Einsparungen in allen sozialen Bereichen, von Wohnungsnot und viel zu hohen Mieten ist es schon haarsträubend anzusehen, wie diese ,,Soziale Marktwirtschaft'' funktioniert. Mietraum ist einfach eine Ware, die den ,,Marktgesetzen'' unterworfen ist, die die Reichen also noch reicher macht und von den kleinen Leuten, Mietern und Lohnsteuerzahlern gleich doppelt bezahlt wird.

Wieviele Wohnungen könnte der Westberliner Senat selber billiger bauen, wenn nicht Spekulanten, ,,Steuersparer'', Banken Finanzmakler und ähnliches Volk gemästet würden.

Daß sich sowas auch noch ,,Sozialer Wohnungsbau'' schimpft, setzt dem Faß nur noch die Krone auf.

Es wird Zeit, daß die Leute, die daran, wie überhaupt an der ,,Freien Marktwirtschaft'' verdienen, bald verschwinden ...

BERLIN
... der Steuern wegen

Welchen Gewinn der Erwerb von Immobilien schon bisher brachte, läßt einer von Vormbrocks letzten Einkommensteuer-Bescheiden – der für 1978 – erahnen. Damals verdiente Vormbrock bei der Neuen Heimat 284 767 Mark, hinzu kamen 48 839 Mark aus seinen verschiedenen Aufsichts- und Beiratsposten. Alles in allem hatte das Ehepaar Vormbrock Jahreseinkünfte von 404 057 Mark.

Da ginge üblicherweise mehr als die Hälfte an Steuern weg. Aber der NH-Manager besaß eine Reihe von Immobilien, darunter die in Hamburg-Mümmelmannsberg und mehrere Wohnungen in Berlin, für die er steuerlich Verluste geltend machte, insgesamt 356 587 Mark. So ging die Rechnung mit dem Fiskus zu seinen Gunsten auf.

Das Finanzamt Wandsbek stellte eine Einkommensteuerschuld von 4712 Mark fest. Da die Vormbrocks im Laufe des Jahres, insbesondere über den Lohnsteuerabzug, bereits 153 117 Mark gezahlt hatten, ergab sich eine Differenz von 148 405 Mark – die hatte der tüchtige Immobilienfachmann noch aus der Staatskasse zu bekommen.

aus: ,,Spiegel''

Anmerkungen:

1)Wer sich intensiv mit diesen Dingen beschäftigen möchte, dem sei folgendes Buch ans Herz gelegt: Das Abschreibungs Dschungelbuch, Ulsen/Claassen, LitPol, Berlin 1982, 9,80 DM.

2)Das hier als Beispiel benutzte Haus hätte 12 Wohnungen zwischen 90 und 120 qm. Es ist dem unter Anm.: 1 ang. Buch entnommen.

3) Hier kommt vor allem noch das sog. Berlin Darlehen in Frage, bei dem für das Beispielhaus nochmal 0,6 Mio. DM rauszuholen wären.

Ganz besonders raffinierte Anleger haben quasi als Krönung noch die 20 % Steuerersparnis nach Paragraph 17 Berlin-Förderungsgesetz auf den Fremdkapitaleinsatz (in der Regel 85 % der Herstellungkosten) eingestrichen. Der Trick ist einfach, wenn auch nicht ganz astrein: Bauherren haben Berlin-Darlehen an eigene Projekte vergeben, haben sich bei einer Bank in gleicher Höhe refinanziert und der Bank eine Grundschuld eingeräumt. Da es nicht statthaft ist, sich selbst mit steuerbegünstigten Berlin-Darlehen zu versorgen, wurden sogenannte „Darlehensfonds" gegründet, die über Kreuz, also bei zwei Objekten, sich die Gelder gegenseitig gewährten. Eine Förderung hoch zwei.

aus: ,,Handelsblatt''

Weitere ,,Tricks'' werden noch ausführlich im ,,Abschreibungs Dschungelbuch'' ausgeführt.

4) 1,8 Mio. Steuermindereinnahmen
3,7 Mio. direkte Subventionen
0,6 Mio. über Berlin-Förderungsgesetz

5) Vietor: ,,Ich besitze in Hamburg 24 Wohnungen und eine halbe; außerdem bin ich in Berlin an 217 Wohnungen beteiligt.''

Bonn 10.6.



Bilder, Reportagen, Reden, Kontroversen und Dokumente vom "Gipfel-Treffen" der 400 000 in Bonn.

Außerdem: I.D.E.E. Hannover, Reagan in Westberlin und andere Friedensaktionen
Artikel zu Geschichte und Politik der NATO und zur Strategie einer Friedensbewegung "von unten".

Herausgeber: die Vertreter der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) sowie des Bundeskongresses Autonomer Friedensgruppen (BAF) im Koordinationsausschuß der Demo.

Umfang: 120 Seiten A4. Preis: 9,80
Bestellungen an den **Verlag Die Werkstatt**, Düstere Eichenweg 5, 3400 Göttingen, Tel. 0551/42014:
Einzelbestellungen nur gegen Vorauskasse (10 DM incl. Porto).
Bei Abnahme von mind. 5 Exemplaren gibt's 35% Rabatt, für je 10 bestellte Bücher zusätzlich ein Freiexemplar.



Vier Initiativen aus dem BAF-Spektrum haben gemeinsam eine Friedensbroschüre erstellt. Den Grund dafür nennen sie im Vorwort ihrer Broschüre: *,,Viele Menschen haben sich angesichts der wachsenden Kriegsgefahr erstmals politisch engagiert, sind in eine Friedensgruppe eingetreten oder haben selbst eine Gruppe gegründet. Dabei ist es bis jetzt eine Schwierigkeit geblieben, insbesondere neu Hinzukommende in die aktuelle Diskussion einzuführen. Daran hat auch die unübersehbar gewordene Friedensliteratur nur wenig geändert. Eine geeignete Einführungsbroschüre liegt unseres Wissens bislang noch nicht vor. Mit ihrer Broschüre wollen die Autoren, alle seit längerem in der Friedensbewegung aktiv, diese Lücke schießen und ein preiswertes, lesbares Heft vorlegen, das auf die wesentlichen Fragen in der Friedensbewegung eingeht.''* Dieses Vorhaben ist unseres Erachtens gelungen. In einer Sprache, die auch für diejenigen verständlich ist, die neu zur Friedensbewegung hinzustoßen, werden die Ursachen der Kriegsgefahr analysiert, die Maßnahmen zur Kriegsvorbereitung offengelegt und daraus Perspektiven für die Friedensbewegung abgeleitet.

Bestellungen an: Friedenswerkstatt, Alter Weg 17, 33 Braunschweig.
Preis: 3.50 DM; ab 10: 3 DM; ab 30: 2,50 DM